#GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN



Beteiligungsbericht

Informationen über die Beteiligungen
zum 31. Dezember 2024

StädteRegion Aachen

Beteiligungsunternehmen in alphabetischer Reihenfolge

Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG 240
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH 250
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft Aachen 129
Aachener Verkehrsverbund GmbH 120
AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mit beschränkter Haftung 282
AWA Entsorgung GmbH 30
AWA Service GmbH 47
BZPG Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH 390
Camp Astrid GmbH & Co. KG 256
Camp Astrid Verwaltungs GmbH 263
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland - Anstalt des öffentlichen Rechts - 379
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts 449
Energeticon gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung 299
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen 82
enwor - energie & wasser vor ort GmbH 158
EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH 167
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH 111
Grenzlandtheater Aachen der StädteRegion Aachen Gesellschaft mit beschränkter Haftung 462
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH 337
KOMPAC GmbH 453
KuK- Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen GmbH 472
MVA Weisweiler GmbH & Co.KG 54
MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH 66
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh 426
Rhein-Maas Klinikum GmbH 350
RMK-Service GmbH 416
Rureifel Tourismus GmbH 478
Senioren und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen 363
SPRUNGbrett gGmbH - Sozial- und Gesundheitsinitiative der StädteRegion Aachen 402
STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG 189
Studieninstitut für kommunale Verwaltung 439
Vogelsang IP gemeinnützige GmbH 312
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH 220
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH 233
Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH 326
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund 75
Zweckverband Entsorgungsregion West 17
Zweckverband Region Aachen 269

Vorwort



Die StädteRegion Aachen erfüllt ihre kommunalen Aufgaben in einem breiten und vielfältigen Aufgabenspektrum. Neben der Wahrnehmung der klassischen Verwaltungsaufgaben werden zahlreiche Leistungen durch Einrichtungen, Gesellschaften und Zweckverbände erbracht, die in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form organisiert sind. Diese wirtschaftlichen Beteiligungen bilden einen wesentlichen Baustein der kommunalen Leistungserbringung.

Der Beteiligungsbericht zum 31.12.2024 gibt einen umfassenden Einblick in dieses Beteiligungsportfolio. Er dient als praktische Handreichung für die politischen Entscheidungsträger_innen sowie für die interessierte Öffentlichkeit und ermöglicht es, das kommunalwirtschaftliche Handeln der StädteRegion Aachen transparent nachzuvollziehen. Die rechtliche Grundlage der wirtschaftlichen Betätigung bildet § 107 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), der die Ausrichtung aller Beteiligungen am öffentlichen Zweck vorgibt.

Die Aufgabenbereiche der Beteiligungen sind vielfältig und reichen von der Verkehrs- und Energieversorgung über infrastrukturelle Dienstleistungen bis hin zur Kulturförderung. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge für Bürger_innen der StädteRegion Aachen und unterstützen zugleich innovative und nachhaltige Entwicklungen in der Region.

Der Beteiligungsbericht 2024 enthält insbesondere Angaben zu den organisatorisch-rechtlichen Strukturen der Beteiligungen, zur Besetzung der Organe sowie zur stichtagsbezogenen wirtschaftlichen Lage der Gesellschaften und Zweckverbände. Er stellt damit ein zentrales Instrument der Information und Transparenz dar.

Mit Beschluss des Städteregionstages vom 18.09.2025 hat die StädteRegion Aachen wie bereits in den Vorjahren von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, für das Jahr 2024 auf die Erstellung eines Gesamtabschlusses zu verzichten. Die Erstellung des Beteiligungsberichts für das Jahr 2024 bleibt jedoch verpflichtend und erfolgte entsprechend den landesrechtlichen Vorgaben der GO NRW sowie den seit 2021 geltenden Mustern der Verwaltungsvorschriften zur GO NRW und KomHVO NRW.

Der Beteiligungsbericht 2024 steht Ihnen auf www.staedteregion-aachen.de zur Verfügung und kann dort abgerufen werden. Für weitere Informationen und Rückfragen wenden Sie sich gerne an unser Amt 80 – Wirtschaftliche Beteiligungen, Zentrales Controlling und Fördermittelmanagement.

Aachen, im August 2026

(Dr. Tim Grüttemeier)
Städteregionsrat

Inhalt

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen 4
2 Beteiligungsbericht 2024 6
2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes 6
2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes 7
3 Das Beteiligungsportfolio 8
3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio 11
3.2 Beteiligungsstruktur 12
3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen 14
3.4 Einzeldarstellung 15
3.4.1 Bereich Entsorgung 16
3.4.2 Bereich Verkehr 74
3.4.3 Bereich Versorgung 157
3.4.4 Bereich Wirtschafts- und Strukturförderung 232
3.4.5 Bereich Wohnungswirtschaft 336
3.4.6 Bereich Gesundheitswesen 349
3.4.7 Bereich Beschäftigung, Qualifizierung, Dienstleistung 425
3.4.8 Bereich Kultur 461
4 Organisation der Beteiligungsverwaltung 481

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2024

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Städteregionstag hat am 18. September 2025 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die StädteRegion Aachen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form, darunter auch Sondervermögen gemäß § 97 GO NRW und Eigenbetriebe gemäß § 114 GO NRW, der StädteRegion Aachen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Gemeinde, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden.

Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der StädteRegion Aachen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Städteregion Aachen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der StädteRegion Aachen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die StädteRegion Aachen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Städteregion Aachen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die StädteRegion Aachen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2024 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2024. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2024 aus.

3 Das Beteiligungsportfolio

- Städteregion Aachen
  - 25,00% Zweckverband Entsorgungsregion West
    - 100,00% Materis GmbH
    - 93,75% *AWA Entsorgung GmbH [M]*
  - 3,13% AWA Entsorgung GmbH [M]
    - 100,00% AWA Service GmbH
    - 50,00% MOENA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG
    - 50,00% MOENA Verwaltungs GmbH
    - 50,00% MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH
      - 0,00% MVA Weisweiler GmbH & Co.KG [M]
    - 50,00% MVA Weisweiler GmbH & Co.KG [M]
  - 0,00% Zweckverband Aachener Verkehrsverbund
    - 100,00% Aachener Verkehrsverbund GmbH
  - 0,01% Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen
    - 94,90% Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft Aachen
      - 100,00% ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH
      - 100,00% Aachener Parkhaus GmbH
      - 100,00% Unterstützungseinrichtung "Akreka" GmbH
      - 100,00% ASEAG - Reisen GmbH
      - 49,50% Better Mobility GmbH [M]
      - 0,91% beka GmbH
      - 0,61% GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH [M]
    - 74,90% STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG [M]
      - 100,00% WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH [M]
      - 100,00% FACTUR Billing Solutions GmbH
      - 100,00% enwor Netz GmbH
      - 100,00% STAWAG Energie GmbH
      - 76,00% Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA)
      - 50,80% Regionetz GmbH [M]
      - 50,00% PSW Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
      - 50,00% PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG
      - 49,00% Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH
      - 49,00% enewa GmbH
      - 49,00% StadtWerke Rösrath - Energie GmbH
      - 30,00% smartlab Innovationsgesellschaft mbH
      - 25,10% Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH
      - 25,10% Stadtwerke Lübeck Energie GmbH

- 18,08% Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG
- 16,00% NetAachen GmbH
- 14,18% Trianel GmbH
- 13,70% Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG
- 9,74% Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG
- 6,67% ASEW Energie und Umwelt Service GmbH & Co. Kommanditgesellschaft
- 5,00% HOCHTEMPERATUR-KERNKRAFTWERK Gesellschaft mit beschränkter Haftung (HKG) Gemeinsames Europäisches Unternehmen
- 4,35% Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
- 2,00% Technische Werke Naumburg GmbH

37,64% *regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh [M]*

32,50% Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH [M]

52,52% enwor - energie & wasser vor ort GmbH [M]

- 50,00% WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH [M]
- 25,10% *STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG [M]*

9,25% EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

- 100,00% Wärmeversorgung Würselen GmbH
- 55,10% Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH
- 49,20% Regionetz GmbH [M]
- 49,00% Windpark Paffendorf GmbH & Co. KG
- 45,00% Green Solar Herzogenrath GmbH
- 45,00% EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH
- 45,00% EWV Baesweiler GmbH & Co. KG
- 39,16% GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH
- 24,90% Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH
  - 1,43% *enwor - energie & wasser vor ort GmbH [M]*
- 8,51% Propan Rheingas GmbH & Co Kommanditgesellschaft
- 8,05% Propan Rheingas GmbH
- 6,58% GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- 6,58% GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- 5,00% RURENERGIE GmbH

100,00% Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

50,00% Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG [M]

50,00% Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH

- 0,00% Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG [M]

25,00% Camp Astrid GmbH & Co. KG [M]

25,00% Camp Astrid Verwaltungs GmbH

- 0,00% Camp Astrid GmbH & Co. KG [M]

0,00% Zweckverband Region Aachen

- 8,00% Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH [M]

16,98% AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mit beschränkter Haftung [M]

13,00%



Hinweise zum Lesen der Beteiligungsstruktur:

- Der Prozentsatz ist der prozentuale Anteil des Mutterunternehmens am gezeichneten Kapital der Tochtergesellschaft.

[M]	Mehrfachbeteiligung, Mehrfachnennungen
kursiv	Auflistung der Tochtergesellschaften erfolgt an anderer Stelle in der Beteiligungsstruktur

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Berichtszeitraum hat es verschiedene Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen gegeben.

Zugänge

Die Rureifel Tourismus GmbH wurde am 10.12.2024 gegründet. Die StädteRegion Aachen ist zu 10,00 % beteiligt. Die Rureifel Tourismus GmbH wird daher neu in den Beteiligungsbericht aufgenommen.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2024 hat die enwor – energie- und wasser vor ort GmbH (enwor) Aktien der Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), entsprechend einem Anteil von 25,1 % am Grundkapital, erworben. Somit hält die StädteRegion Aachen mittelbar über die enwor Anteile an der STAWAG und diese wird neu in den Beteiligungsbericht aufgenommen.

Veränderung in Beteiligungsquoten

Im Jahr 2024 hat sich die Beteiligungsquote der StädteRegion Aachen an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Städte-Region Aachen mbH geändert. Die StädteRegion Aachen ist neu mit 100,00 % (vorher: 51,36 %) beteiligt.

Abgänge

Im Berichtsjahr 2024 hat es keine Abgänge gegeben.

3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht der Beteiligungen der StädteRegion Aachen mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Beteiligung	Kapital			Jahresergebnis
	Gesamt in T€	Anteil absolut in T€	Anteil in %	in T€
Zweckverband Entsorgungsregion West	34	9	25,00	789
AWA Entsorgung GmbH	640	170	26,56	3.032
AWA Service GmbH	25	7	26,56	322
MVA Weisweiler GmbH & Co.KG	5.000	664	13,28	6.727
MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH	26	3	13,28	-10
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	-	-	-	5
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen	14.050	1	0,01	4.423
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	57	19	33,40	0
Aachener Verkehrsverbund GmbH	26	-	-	783
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft Aachen	6.021	1	0,01	0
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	22.325	11.732	52,55	11.183
EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH	18.151	1.679	9,25	21.173
STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG	58.102	7.669	13,20	10.000
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH	1.200	158	13,20	2.454
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH	25	25	100,00	6
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	6.025	3.013	50,00	-3.885
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH	25	13	50,00	0
Camp Astrid GmbH & Co. KG	50	13	25,00	0
Camp Astrid Verwaltungs GmbH	25	6	25,00	1
Zweckverband Region Aachen	-	-	-	92
AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mit beschränkter Haftung	3.253	584	17,96	-165
Energeticon gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	26	7	25,00	-35
Vogelsang IP gemeinnützige GmbH	100	4	4,29	478
Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	25	2	8,00	-10
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städte-Region Aachen mbH	1.000	782	78,18	547
Rhein-Maas Klinikum GmbH	7.600	3.800	50,00	4.502
Senioren und Betreuungszentrum der Städte-Region Aachen	4.091	4.091	100,00	452
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland - Anstalt des öffentlichen Rechts -	300	17	5,83	1.431
BZPG Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH	25	25	100,00	25
SPRUNGbrett gGmbH - Sozial- und Gesundheitsinitiative der StädteRegion Aachen	26	26	100,00	-18
RMK-Service GmbH	25	13	50,00	143
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh	1.500	151	10,09	4.095
Studieninstitut für kommunale Verwaltung	-	-	-	40
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	1.385	1	0,07	-
KOMPAC GmbH	26	26	100,00	244

Beteiligung	Kapital			Jahresergebnis
	Gesamt in T€	Anteil absolut in T€	Anteil in %	in T€
Grenzlandtheater Aachen der StädteRegion Aachen Gesellschaft mit beschränkter Haftung	26	26	100,00	-199
KuK- Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen GmbH	25	15	60,00	-28
Rureifel Tourismus GmbH	25	3	10,00	-

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern der StädteRegion Aachen.

gegenüber		Städteregion Aachen	Zweckverband ZEW	AWA Entsorgung- GmbH	Zweckverband AVV	E.V.A mbH	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	enwor GmbH	Energie- und Wasser-Versorgung GmbH	Wirtschaftsförderungs-gesellschaft Städteregion Aachen mbH	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH	Camp Astrid GmbH & Co. KG	Camp Astrid Verwaltungs GmbH	Zweckverband Region Aachen	AGIT mbH	Energetikon gGmbH	Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	vogelsang ip gGmbH	GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen mbH	Rhein-Maas Klinikum GmbH	Senioren- und Betreuungszentrum	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR	Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH	SPRUNGbrett gGmbH	regio IT GmbH	Studieninstitut für kommunale Verwaltung	d-NRW AöR	KOMPAC GmbH	Grenzlandtheater GmbH	Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der Städteregion Aachen mbH	Runrefié Tourismus GmbH
Zweckverband ZEW	Forderungen	- €		11.525.378,87 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	8.160,57 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €		2.358.173,68 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	76.902,81 €		11.912.867,29 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	50.619,73 €	16.686,66 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	6.352,50 €		32.034.713,83 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
AWA Entsorgung- GmbH	Forderungen	- €	2.358.155,86 €		- €	- €	- €	- €	26.186,96 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	11.525.378,87 €		- €	- €	- €	- €	11.977,28 €	30.399,92 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	4.391,10 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	26.911.524,23 €		- €	- €	- €	- €	22.125,25 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	64,31 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	700,00 €	11.912.867,29 €		- €	- €	- €	- €	10.064,94 €	- €	- €	- €	- €	- €	25.616,50 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	92.720,25 €	- €	- €	- €	- €	- €
Zweckverband AVV	Forderungen	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €		7.970,52 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	308.011,95 €	- €	- €		15.883,35 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
E.V.A. mbH	Forderungen	- €	- €	- €	1.152,71 €		- €	- €	1.546,12 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	1.279.304,87 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	2.584.048,77 €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	1.152.377,00 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	15.883,35 €		- €	- €	3.402,75 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	1.216.256,93 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	38.252,43 €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	1.159.387,52 €	- €	- €	- €	- €	- €
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	Forderungen	39.323,78 €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	2.519,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	1.352.016,79 €	- €	- €	- €	- €		18,34 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	209.800,12 €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	24.482,77 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	162.457,53 €	- €	- €	- €	- €		7.260,17 €	5.368,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	10.610,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
enwor GmbH	Forderungen	- €	- €	11.977,28 €	- €	- €	18,34 €		6.508,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	2.341,42 €	37.188,52 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	30.360,94 €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	411,09 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	10.064,94 €	- €	- €	7.260,17 €		14.666,61 €	- €	6.054,19 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	310.727,71 €	108.117,02 €	- €	- €	15.194,15 €	- €	10.868,13 €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	22.125,25 €	- €	- €	- €		- €	- €	18.158,73 €	- €	- €	- €	- €	452,32 €	- €	- €	- €	- €	- €	234.493,92 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Energie- und Wasser-Versorgung GmbH	Forderungen	- €	- €	30.399,92 €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	96.322,18 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	70,00 €	- €	- €	- €	1.546,12 €	- €	6.508,00 €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	28.327,35 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	25.615,50 €	- €	- €	- €	- €		18.158,73 €	- €	- €	- €	- €	- €	104.101,25 €	- €	- €	- €	- €	- €	34.885,76 €	- €	495.267,65 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	2.998,40 €	- €	- €	- €	1.402,75 €	- €	14.666,61 €	- €	452,32 €	- €	- €	- €	- €	- €	2.022,86 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	23.805,00 €	- €	- €	- €	- €	- €
Wirtschaftsförderungs-gesellschaft Städteregion Aachen mbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	2.122,41 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	103,53 €	- €	- €	2.313,38 €	2.034,70 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	105,53 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	Forderungen	11.329,97 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	1.659.200,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		15.000,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	452,32 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	137.212,61 €	- €	- €	- €	- €	22.911,18 €	6.054,19 €	18.158,73 €	- €	- €		74.781,76 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	15.000,00 €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	74.781,76 €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Camp Astrid GmbH & Co. KG	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Camp Astrid Verwaltungs GmbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Zweckverband Region Aachen	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	5.221,07 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		5.850,00 €	- €	20.000,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	35.379,38 €	- €	- €	- €	- €	- €
AGIT mbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	5.592,14 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	248.883,49 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	5.850,00 €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	10.610,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	1.307,14 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	51.893,53 €	- €	- €	- €	- €	- €
Energetikon gGmbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	2.022,80 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	104.101,25 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	20.000,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	20.000,00 €	1.190,00 €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
vogelsang ip gGmbH	Forderungen	773,10 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	11.613,10 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen mbH	Forderungen	23.942,43 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	411,09 €	- €	22,03 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	2.716,90 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	28.301,47 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	2.341,42 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	175.243,96 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	234.459,92 €	- €	105,53 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	26.493,11 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	507,78 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	310.727,71 €	34.886,76 €	103,53 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Rhein-Maas Klinikum GmbH	Forderungen	286.472,39 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	1.771,49 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	1.252,89 €	8.160,57 €	- €	- €	- €	- €	- €	37.188,52 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	30.234,33 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	2.067.776,40 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	311.545,61 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	10.806,17 €	50.619,73 €	- €	- €	- €	- €	- €	108.117,02 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	303.006,85 €	- €	- €	- €	- €	- €
Senioren- und Betreuungszentrum	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	96.322,18 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	6.231,23 €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	495.267,65 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	26.852,89 €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	59.012,52 €	16.686,66 €	64,31 €	- €	- €	- €	- €	495.267,65 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	20.810,40 €	- €	- €	- €	- €	- €
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	19.841,87 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	1.247.311,58 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	156.639,14 €	- €	- €	- €	- €	- €
Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	30.234,33 €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	875.000,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	376.312,32 €	20.832,80 €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	92.078,32 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	15.184,15 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	313.317,59 €	- €	- €		721.028,41 €	- €	- €	- €	- €	- €
SPRUNGbrett gGmbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €
	Erträge	1.084.359,13 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €		- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	2.447,75 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	2.313,94 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	16.432,71 €	- €	- €	- €	- €	- €
regio IT GmbH	Forderungen	3.791.085,85 €	- €	4.391,00 €	- €	1.180.907,31 €	- €	- €	28.327,35 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	5.223,07 €	5.930,14 €	- €	- €	- €	- €	6.231,32 €	19.841,87 €	15.002,20 €	4.552,95 €	- €	3.157,13 €	275.497,40 €	- €	1.234,49 €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	14.237.170,63 €	- €	- €	- €	287.049,97 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	92.730,25 €	- €	5.780.410,67 €	- €	- €	23.805,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	37.369,03 €	62.699,08 €	- €	- €	- €	- €	26.852,69 €	139.765,83 €	273.224,32 €	16.529,72 €	- €	21.357,53 €	236.438,87 €	- €	13.912,59 €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	2.201.122,01 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	16.430,20 €	- €	- €	- €	- €	- €
Studieninstitut für kommunale Verwaltung	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	3.157,13 €		- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	21.357,53 €	- €	- €	- €	- €	- €
d-NRW AöR	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	12.596,80 €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	275.571,38 €	- €		- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	230.438,67 €	- €		- €	- €	- €
KOMPAC GmbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	2.718,90 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	1.995,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	10.868,13 €	- €	2.034,70 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	26.453,11 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Grenzlandtheater GmbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	207.946,80 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	428.047,29 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	16.785,37 €	- €	- €	- €	- €	- €
Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der Städteregion Aachen mbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Runrefié Tourismus GmbH	Forderungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	
	Verbindlichkeiten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	
	Erträge	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	
	Aufwendungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	

* geringe Differenzen ergeben sich durch die unterschiedlichen Steuersätze (Vor- bzw. Umsatzsteuer) bzw. durch die unterschiedlichen Jahreszuordnungen/ Rückstellungen

3.4 Einzeldarstellung

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die StädteRegion Aachen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die StädteRegion Aachen mehr als 50 % der Anteile hält,

- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die StädteRegion Aachen einen maßgeblichen Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die StädteRegion Aachen mehr als 20 % der Anteile hält,

- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der StädteRegion Aachen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,

- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der StädteRegion Aachen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der StädteRegion Aachen dauerhaft dienen sollen,

- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der StädteRegion Aachen zum Unternehmen hergestellt werden soll.



Entsorgung

3.4.1.1 Zweckverband Entsorgungsregion West

Firmensitz:
Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler

Rechtsform: KdöR
Gründungsdatum: 28.01.2003
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Wirtschaftsprüfer/-in

Dr. Neumann, Schmeer und Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Der Zweckverband ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen wurden.

Der Zweckverband nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gemäß §§ 20 Abs. 1 Satz 1, 17 Abs. 1 S. 1 KrWG, § 5 LKrWG NRW wahr.

Der Zweckverband kann zur Durchführung der ihm mit befreiender Wirkung übertragenen Aufgaben die erforderlichen Satzungen gemäß § 8 Abs. 4 GkG NRW erlassen.

Der Zweckverband hat das Recht, zur Deckung der ihm im Rahmen der übertragenen Aufgaben entstehenden Aufwendungen Gebühren und Beiträge in entsprechender Anwendung des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW) in der jeweils geltenden Fassung zu erheben (§ 19 Abs. 3 Satz 1 GkG NRW). §12 dieser Satzung bleibt hiervon unberührt.

Soweit Aufgaben bei den Verbandsmitgliedern verbleiben, steht ihnen insoweit das Recht und die Pflicht zum Erlass von Satzungen, zur Erhebung von Gebühren sowie zur Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes zu.

Bei der Erstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes für das gesamte Verbandsgebiet übernimmt der Zweckverband die Vorgaben der von seinen Verbandsmitgliedern für die bei ihnen verbliebenen Aufgaben erstellten Abfallwirtschaftskonzepte.

Der Zweckverband darf Abfälle von außerhalb des Verbandsgebietes zur Beseitigung übernehmen. Er kann dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen.

Soweit sich der Zweckverband an Gesellschaften beteiligt, die der Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes dienen, kann festgelegt werden, welche Mitglieder des Zweckverbandes die aus der Beteiligung resultierenden Rechte als Mitglieder wahrnehmen dürfen und zugleich unter Freistellung der anderen Mitglieder sämtliche Pflichten und Haftungen übernehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband hat bei der Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben die Kreislaufwirtschaft (Vermeidung und Verwertung von Abfällen) zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu fördern und den Schutz von Mensch, Klima und Umwelt bei der Erzeugung, Bewirtschaftung, und Entsorgung von Abfällen sicherzustellen.

Die Ressourcenschonung wird durch geeignete Maßnahmen gefördert und umgesetzt, wie z.B. bei der Gewinnung von Wertstoffen und Energien aus Abfällen oder Information und Beratung über Recycling, Ressourcenschonung und Klimaschutz.

Der Zweckverband verpflichtet sich im Rahmen der ihm als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger gemäß § 4 übertragenen Aufgaben, vorbildlich klimaneutral im Sinne des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) und aller weiteren hiermit zusammenhängenden Bundes-, Landesgesetze und Verordnungen zu werden.

Der Zweckverband verpflichtet sich, alle Möglichkeiten zu nutzen, die nationalen sowie internationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Dabei wird der Zweckverband die Entwicklung zu einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Produktions- und Konsumweise in der Region vorantreiben.

Kapital

Stammkapital	34.000 €; 100 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder

Kreis Düren	25 Stimmen
Kreis Euskirchen	25 Stimmen
Stadt Aachen	25 Stimmen
StädteRegion Aachen	25 Stimmen

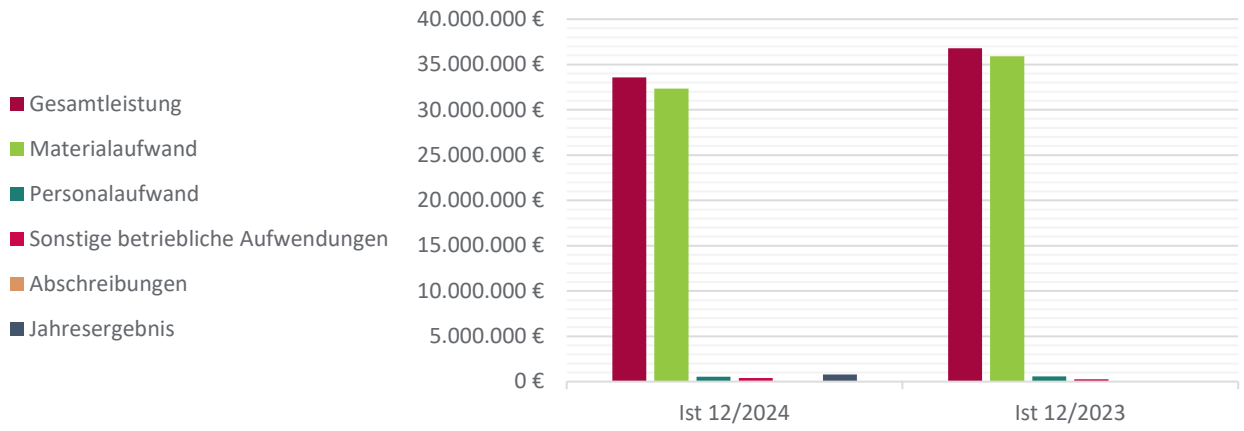
Beteiligungen

Materis GmbH	25.000,00 €	100,00 %
AWA Entsorgung GmbH	600.000,00 €	93,75 %

Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen
Materis GmbH 100,00%	AWA Entsorgung GmbH 93,75%

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

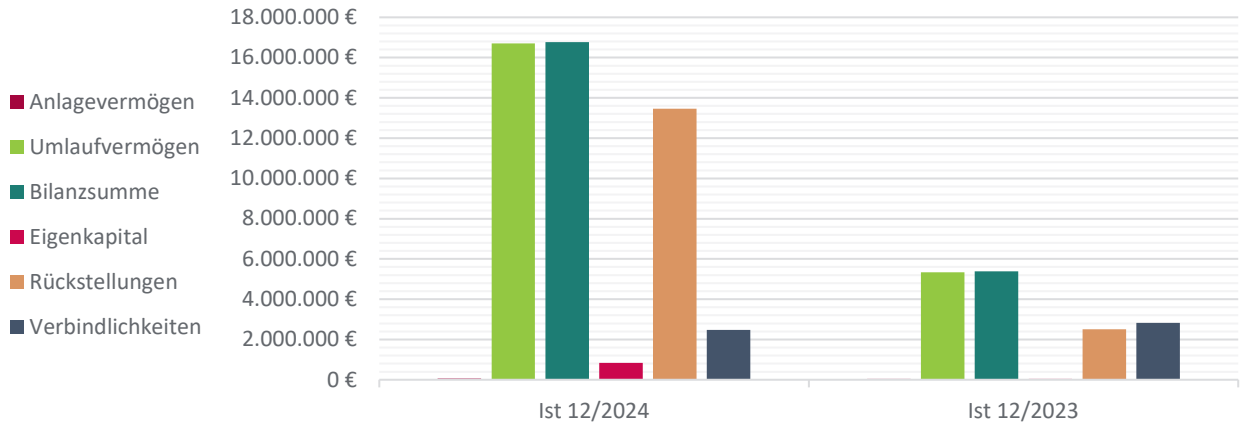


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	33.562.485,19	36.419.636,39	-2.857.151,20
Sonstige betriebliche Erträge	4.622,54	366.320,13	-361.697,59
Gesamtleistung	33.567.107,73	36.785.956,52	-3.218.848,79
Materialaufwand	32.344.931,09	35.916.672,04	-3.571.740,95

dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	32.344.931,09	35.916.672,04	-3.571.740,95
Rohergebnis	1.222.176,64	869.284,48	352.892,16
Personalaufwand	550.718,53	559.990,17	-9.271,64
dar.: Löhne und Gehälter	400.210,55	248.218,34	151.992,21
dar.: soziale Abgaben	150.507,98	311.771,83	-161.263,85
Sonstige betriebliche Aufwendungen	388.338,08	249.869,29	138.468,79
EBITDA	283.120,03	59.425,02	223.695,01
Abschreibungen	8.411,59	-	8.411,59
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	8.411,59	-	8.411,59
EBIT	274.708,44	59.425,02	215.283,42
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	597.826,00	21.131,00	576.695,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	83.617,00	73.024,00	10.593,00
EBT	788.917,44	7.532,02	781.385,42
Ergebnis nach Steuern	788.917,44	7.532,02	781.385,42
Jahresergebnis	788.917,44	7.532,02	781.385,42
Zuführungen in die Rücklagen	192.020,00	-	192.020,00
Gutschrift / Belastung auf Kapitalkonten	12.210,31	-	12.210,31
Bilanzergebnis	609.107,75	-	609.107,75

Bilanz

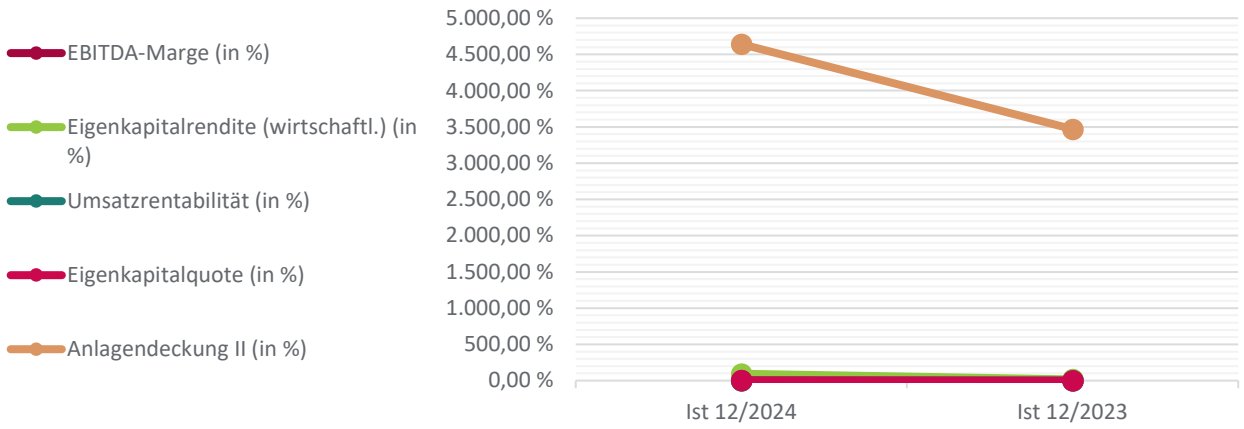


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	55.506,43	49.000,00	6.506,43
Sachanlagen	6.506,43	-	6.506,43
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.506,43	-	6.506,43
Finanzanlagen	49.000,00	49.000,00	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	49.000,00	49.000,00	0,00
Umlaufvermögen	16.711.088,67	5.340.626,24	11.370.462,43
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.965.865,04	2.885.988,62	11.079.876,42
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.294.036,19	1.452.159,58	-158.123,39

Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.525.537,97	85.948,13	11.439.589,84
Forderungen gegen Gesellschafter	1.119.208,65	1.015.608,56	103.600,09
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	27.082,23	332.272,35	-305.190,12
Kasse, Bankguthaben, Schecks	2.745.223,63	2.454.637,62	290.586,01
Rechnungsabgrenzungsposten	-	0,00	0,00
Bilanzsumme	16.766.595,10	5.389.626,24	11.376.968,86
Passiva			
Eigenkapital	835.127,75	46.210,31	788.917,44
Gezeichnetes Kapital	34.000,00	34.000,00	0,00
Kapitalrücklage	192.020,00	-	192.020,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0,00	4.678,29	-4.678,29
Jahresergebnis	-	7.532,02	-7.532,02
Bilanzergebnis	609.107,75	-	609.107,75
Rückstellungen	13.460.115,10	2.510.932,94	10.949.182,16
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.741.328,00	1.653.769,00	87.559,00
sonstige Rückstellungen	11.718.787,10	857.163,94	10.861.623,16
Verbindlichkeiten	2.471.352,25	2.832.482,99	-361.130,74
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	94.332,91	75.096,78	19.236,13
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	2.358.155,66	2.706.010,00	-347.854,34
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0,00	38.289,64	-38.289,64
Sonstige Verbindlichkeiten	18.863,68	13.086,57	5.777,11
Bilanzsumme	16.766.595,10	5.389.626,24	11.376.968,86

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	0,8	0,2	0,6
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	94,5	16,3	78,2
Umsatzrentabilität (in %)	2,4	0,0	2,4
Eigenkapitalquote (in %)	5,0	0,9	4,1
Anlagendeckung II (in %)	4.641,7	3.469,3	1.172,4

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	6	4	2
Verschuldungsgrad (in %)	1.907,7	11.563,3	-9.655,6

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Frau Maren Killewald

Verbandsvorsteher/-in

Herr Heiko Thomas

Verbandsversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Andraczek (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Gisela Nacken (GRÜNE)	
Städteregionstagsmitglied Herr Heiner Berlipp (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Bernd Schwuchow (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Willi Bündgens (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Manfred Wirtz (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Wolfgang Goebbels (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Wüller (SPD)	
Städteregionstagsmitglied Herr Dr. Thomas Griese (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Werner Krickel (GRÜNE)	
Städteregionstagsmitglied Herr Franz-Josef Kogel (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Catarina dos Santos-Wintz (CDU)	
Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Frau Birgit Nolte	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Verbandsversammlung gehören von den insgesamt 28 Mitgliedern 4 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 14,28 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

I. Grundlagen des Zweckverbandes

Die Verbandsmitglieder StädteRegion Aachen, Stadt Aachen sowie die Kreise Düren und Euskirchen bilden den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW), der in seiner Rechtsform eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Der ZEW trägt die öffentlich-rechtliche Entsorgungsverantwortung in dem von seinen Mitgliedern ganz oder teilweise übertragenen Aufgabenumfang. Der Umfang der ihm übertragenen Aufgaben bestimmt sich nach den Anlagen 1-4 der Verbandsatzung des ZEW.

Organe des ZEW sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Im Übrigen gibt es die Funktion des Vorsitzenden der Verbandsversammlung sowie die Leitung der Geschäftsstelle (Geschäftsleitung).

Das Verbandsgebiet umfasst die 36 Städte und Gemeinden der dem ZEW angehörigen vier Gebietskörperschaften. In diesem 2.897 km² großen Entsorgungsgebiet in der süd-westlichen Region Nordrhein-Westfalens garantiert der Zweckverband die Entsorgungssicherheit für über 1 Mio. Bürgerinnern und Bürger und steht für leistungsgerechte und stabile Abfallgebühren. Nach Maßgabe seiner Abfallsatzung gewährleitet der ZEW vorrangig Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen, zur Vorbereitung einer Wiederverwendung, zum Recycling sowie zur stofflichen und energetischen Verwertung aber auch letztendlich zur umweltgerechten Beseitigung von Abfällen.

Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der ZEW hauptberuflich Bedienstete (Beamte, Angestellte) eingestellt, die die Geschäftsstelle bilden. Des Weiteren kann sich der ZEW ganz oder teilweise Dritter bedienen.

Mit der operativen Erledigung eines großen Teils seiner Entsorgungsaufgaben hat der ZEW seine Tochtergesellschaft AWA Entsorgung GmbH (AWA) über einen Rahmenvertrag und zugehörige Einzelverträge beauftragt. Darüber hinaus besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen ZEW und AWA. Die AWA als eine kommunale Entsorgungsgesellschaft mit den Tätigkeitsschwerpunkten Anlagenbetrieb und Anlagenplanung nimmt u.a. den Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen wie z.B. Biovergärungs- und Kompostierungsanlagen sowie Recyclinghöfen wahr.

Die Materis GmbH, 100 %ige Tochtergesellschaft des ZEW, übernimmt die Auslastung der für den ZEW errichteten und betriebenen Anlagen, soweit die für den ZEW vorgehaltenen Behandlungskapazitäten nicht für die Entsorgung der dem ZEW überlassenen Abfälle benötigt werden.

Für die Erledigung der übernommenen abfallrechtlichen Aufgaben werden entsprechende Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) gegenüber den jeweiligen Verbandsmitgliedern erhoben.

Die Kalkulation der Gebühren erfolgt dabei auf Basis der tatsächlichen Ist-Kosten. Auf der Grundlage des Zahlenwerks aus dem geprüften Jahresabschluss, erfolgt die Nachkalkulation, mit der die tatsächlich angefallenen Kosten für den Kalkulationszeitraum ermittelt werden.

Gem. § 6 Abs. 2 des KAG NRW sind Kostenüberdeckungen am Ende des Kalkulationszeitraums innerhalb von vier Jahren auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraums ausgeglichen werden.

In die Gebührenkalkulation des ZEW fließen die von der AWA für deren Leistung berechneten Entgelte ein. Die Preise für diese Leistungen sind gemäß den zugrundeliegenden Verträgen nach der Verordnung PR-Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen zu berechnen.

Ab dem Geschäftsjahr 2024 werden die im Rahmen der Nachkalkulation ermittelten Kostenunter- oder Kostenüberdeckungen jährlich von der AWA Entsorgung GmbH gegenüber dem Zweckverband Entsorgungsregion West schlussabgerechnet. Die erste Spitzabrechnung der AWA Entsorgung GmbH betrifft daher die in 2024 erbrachten Leistungen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bereits mit der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurden die Ziele der Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung, Wiederverwendung und damit die Ressourcenschonung nochmals in stärkerem Maße in den Fokus genommen. Nach Inkrafttreten des neue Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz NRW (LKrWG NRW) im Februar 2022, in dem die fünfstufige Abfallhierarchie jetzt auch auf Landesebene festgeschrieben ist, wir die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand unterstrichen. Den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern sowie den Gesellschaften, an denen sie beteiligt sind, werden verschiedene Pflichten auferlegt, die den Wandel von einer linearen Abfallwirtschaft zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft weiter vorantreiben sollen.

Aufgrund der Verwertungsvorgaben LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW sind die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) verpflichtet, weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen, die der thermischen Behandlung zugeführt werden, auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Der ZEW ist bestrebt, über die bisher getrennt gesammelten Wertstofffraktionen wie z.B. Altmetall, Altglas, Altholz, Alttextilien hinaus weitere Fraktionen für eine stoffliche Verwertung an den Wertstoffhöfen getrennt zu erfassen bzw. die Sammelstrukturen in Richtung getrennte Sammlung/schonende Sperrmüllsammlung zu beeinflussen. Neben der separaten Sammlung von Hartkunststoffen wurden rd. 776 t Matratzen aus den angelieferten kommunalen Sperrmüllanlieferungen aussortiert und der stofflichen Verwertung zugeführt. Bei der Neuausschreibung der Altholzentsorgung Anfang 2024 wurde die stoffliche Verwertung des überwiegenden Teils des Stoffstroms verpflichtend vorgeschrieben. Außerdem wurden weitere Gebührenanreize für eine verstärkte Getrenntsammlung von Altholz der Kategorien AI-AIII geschaffen.

Da das LKrWG NRW vorgibt, dass bei der Gebührenbemessung wirksame Anreize zur Vermeidung, zur Getrennthaltung, zum Recycling und zur sonstigen Verwertung geschaffen werden sollen, wurde bereits im Jahr 2023 eine Lenkungsgebühr für Bio- und Grünabfälle eingeführt.

Die im Jahr 2023 vorgenommene deutliche Senkung der Leistungsgebühren für den Bioabfall und für kompostierbare Grünabfälle wurde auch im Jahr 2024 dem Grunde nach beibehalten, wenn auch mit den unten beschriebenen Anpassungen. Die nach wie vor niedrige Leistungsgebühr war geboten, um spürbare Anreize zu schaffen, einerseits die getrennt gesammelte Menge an Bioabfall für die Biovergärung/Kompostierung (und damit auch indirekt die Energiegewinnung) deutlich zu erhöhen. Andererseits sollte dadurch der relative hohe Nativ-Organik-Anteil im Restmüll, ca. 39 % (Literaturwert), der sich aufgrund seines Feuchtegehaltes merklich negativ auf den Verbrennungsprozess auswirkt, reduziert werden.

Gestiegene gesetzliche Anforderungen an Kompost und vermehrter Störstoffeintrag in den Bioabfall durch mangelhafte Abfalltrennung in den Haushalten werden künftig bei der Behandlung des Bioabfalls zu erheblichem Mehraufwand führen. Aussortierte Störstoffe vermischt mit erheblichen Anteilen Bioabfall wurden im Jahr 2024 der MVA zur thermischen Behandlung zugeführt.

Im Hinblick auf die schärferen Qualitätsvorgaben der BioAbfV werden weiterhin im Auftrag des ZEW alle kommunalen Bioabfallanlieferungen kontrolliert und bonitiert. Gemeinsam mit den Sammel-örE sind bis zum Jahr 2025 dringend weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Bioabfallqualität voranzutreiben.

Deutlich veränderte Lenkungsgebühren für Bio- und Grünabfälle sollten Anreize für die Kommunen bzw. die Sammel-örE schaffen, noch vor dem Jahr 2025 wirksame Maßnahmen zu treffen, um die Qualität der Biotonne spätestens bei der Einsammlung zu kontrollieren. Bislang haben erst wenige Kommunen Kontrollmechanismen wie z.B. sog. „Waste-Watcher“ oder die Ausrüstung von Sammelfahrzeugen mit KI-basierten Detektorsystemen eingeführt.

Aufgrund der weiterhin hohen Verschmutzung der Bioabfallanlieferungen im Jahr 2023 und um die Ziele der novellierten BioAbfV einhalten zu können, wurde die Leistungsgebühr für Bio- und Grünabfälle zum 1.1.2024 erneut angepasst. Im Jahr 2024 wurden die Gebühren für Bio- und Grünabfälle entsprechend der Bonitierung gestaffelt, so dass nur noch die unverschmutzten und wenig verschmutzen Anlieferungen durch quersubventionierte Gebühren belohnt und die sehr stark verschmutzten Abfallanlieferungen entsprechend sanktioniert wurden.

Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan (bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan, dem Stellenplan und dem Finanzplan) sowie eine detaillierte Gebührenkalkulation.

Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Die thermische Behandlung der dem ZEW überlassenen Abfälle war zu jeder Zeit gewährleistet. Die im Wirtschaftsplan der MVA geplante Durchsatzmenge von 360.000 t wurde um 46.360 t überschritten, rd. 51 % davon (208.934 t) lieferten ZEW und AWA.

Die Gebühreneinnahmen stellen sich für das Jahr 2024 wie folgt dar:

Herkunft	Ist	Plan	△ PL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	11.999.377 €	11.871.694 €	127.683 €
Stadt Aachen	9.199.368 €	8.903.800 €	295.568 €
Kreis Düren	7.350.422 €	7.443.985 €	- 93.563 €
Kreis Euskirchen	1.914.852 €	2.036.559 €	- 121.707 €
Summe	**30.464.019 €**	**30.256.038 €**	**207.981 €**

Die Gebühreneinnahmen basieren auf folgenden Mengen:

Herkunft	Ist	Plan	△ PL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	103.463 t	98.535 t	4.928 t
Stadt Aachen	68.374 t	66.680 t	1.694 t
Kreis Düren	96.027 t	91.120 t	4.907 t
Kreis Euskirchen	11.282 t	12.000 t	- 718 t
Summe	**279.146 t**	**268.335 t**	**10.811 t**

Im Verbandsgebiet bleiben die Haus- und Sperrmüllmengen im Jahr 2024 im Vorjahresvergleich stabil.

Das Wirtschaftsjahr 2024 schließt vor Berücksichtigung von Rückerstattungsverpflichtungen / Inanspruchnahme aus Kostenüberdeckungen oder Kostenunterdeckungen mit einem Jahresergebnis von T€ 11.952 ab.

Personalentwicklung

Im Berichtsjahr 2024 waren sieben hauptamtliche Mitarbeiter / Mitarbeiterinnen beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren im Jahr 2024 insgesamt 5,64 Arbeitnehmer/innen beschäftigt.

Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages.

Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2024 lagen mit insgesamt T€ 33.562 um 7,85 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 36.420). Die Umsatzminderung erfolgt im Wesentlichen aus dem Herkunftsbereich der StädteRegion Aachen (T€ 12.256; Vj. T€ 12.469) und des Kreis Düren (T€ 7.497; Vj. T€ 10.869), während die Umsatzerlöse aus dem Herkunftsbereich der Stadt Aachen (T€ 9.407; Vj. T€ 9.384) und dem Kreis Euskirchen (T€ 1.915 T€; Vj. T€ 1.524) gestiegen sind.

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen (s.a. Ausführung unter I.).

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, konnte es bisher i.d.R. beim Rohergebnis (T€ 1.217; Vj. T€ 503) nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen.

Jedoch hat die Umstellung der Abrechnungssystematik ab dem Jahr 2024 mit der AWA Entsorgung GmbH nunmehr einen wesentlichen Einfluss auf die Planung des ZEW. Die im Rahmen der Nachkalkulation ermittelten Kostenunter- oder Kostenüberdeckungen der AWA Entsorgung GmbH werden mit dem ZEW schlussabgerechnet und fließen in die Nachkalkulation des ZEW ein.

Dadurch kann es nunmehr grundsätzlich zu Planabweichungen kommen, die im Rahmen der Nachkalkulation des ZEW und bei den Gebührenplanungen der Folgejahre nach den Vorschriften des KAG NRW zu berücksichtigen sind.

Da der ZEW seine Gebühren auf KAG-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne aus dem operativen Geschäft. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen.

In der Gebührenkalkulation dürfen Pensionen und Versorgungsleistungen für ehemals beim ZEW beschäftigte Beamte nicht angesetzt werden. Diese Aufwendungen sind durch Umlagen der Verbandsmitglieder an den ZEW zu erstatten. Im Jahr 2024 wurden Umlagen i.H. von T€ 223 berücksichtigt. Die damit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen in Höhe von T€ 31 lagen um T€ 192 unter den festgesetzten Umlagen. Gem. § 19a GkG NRW i.V. mit § 75 (3) GO NRW muss der hieraus entstehende Jahresüberschuss in der Bilanz in eine Ausgleichsrücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals eingestellt werden. Im Fall eines zukünftig entstehenden Jahresfehlbetrages aus diesem Bereich ist zur Deckung die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage möglich.

Vor Zuführung / Inanspruchnahme der Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger/-innen wies der ZEW damit ein Ergebnis in Höhe von T€ 11.952 aus.

Das außergewöhnlich hohe Jahresergebnis resultiert aus der Nachkalkulation der AWA Entsorgung GmbH, deren Überdeckung des Jahres 2024 erstmalig direkt mit dem ZEW abgerechnet wurde. Aus dieser Nachkalkulation ist eine Kostenüberdeckung in Höhe von insgesamt T€ 9.654 (zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer: 11.488 T€) für die Gebietskörperschaften ermittelt worden. Diese Kostenüberdeckung resultiert u.a. aus Beteiligungserträgen, Mehrerlösen aus der Deponierung, geringeren Instandhaltungsaufwendungen und Rechts- und Beratungskosten auf Ebene der AWA Entsorgung GmbH.

Auf Ebene des ZEW fielen geringere Kosten im Bereich der Beratungskosten (T€ 163) an, da eine geplante Hausmüllanalyse nicht im Wirtschaftsjahr durchgeführt wurde. Weiterhin lagen die Personal- und Fortbildungskosten um T€ 116 unter Plan, da einerseits die im Stellenplan hinterlegten Besoldungen derzeit noch nicht den tatsächlichen Besoldungen entsprechen und andererseits Krankengeldanspruch im Jahr 2024 im Angestelltenbereich bestand.

b) Finanzlage

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet.

Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben weitestgehend der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen.

Im Wirtschaftsjahr 2024 wurden Investitionen in Höhe von T€ 15 getätigt.

Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung des Finanzmittelfonds um T€ 291 auf nunmehr T€ 2.745.

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2024 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert.

Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern/ -besitzern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

c) <u>Vermögenslage</u>

Das Anlagevermögen ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.294; Vj. T€ 1.452), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW grundsätzlich überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind. Weitere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Gesellschaften bestehen in Höhe von T€ 1.119 (Vj. T€ 1.106) sowie gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 11.526 (Vj. T€ 86).

Die Zunahme der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen ist auf die ab dem Jahr 2024 geänderte Abrechnungssystematik zurückzuführen. Die im Rahmen der Nachkalkulation der AWA Entsorgung GmbH ermittelten Kostenunterdeckungen oder Kostenüberdeckungen werden jährlich gegenüber dem ZEW schlussgerechnet. Die daraus resultierenden gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten werden ab 2024 als Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen (bei der AWA Entsorgung GmbH als Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern).

Den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stehen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen insgesamt in Höhe von T€ 2.452 (Vj. T€ 2.819) gegenüber.

Die Rückstellungen (T€ 13.460; Vj. T€ 2.511) erhöhen sich um insgesamt T€ 10.949. Der Anstieg der Rückstellungen resultiert aus der Umstellung der Abrechnungssystematik ab dem Jahr 2024 mit der AWA Entsorgung GmbH. Die im Rahmen dieser Abrechnung ermittelten Kostenunter- oder Kostenüberdeckungen werden ist dem ZEW schlussabgerechnet und fließen in die Nachkalkulation des ZEW ein. Die im Rahmen der Nachkalkulation des ZEW entstehenden Kostenunter- und Kostenüberdeckungen werden entsprechend der Vorschriften des KAG NRW in die Gebührenrechnung der Folgejahre einbezogen.

Erstmalig wird im Jahr 2024 in der Bilanz eine Ausgleichsrücklage als gesonderter Unterposten im Eigenkapital gebildet. In der Gebührenkalkulation dürfen Pensionen und Versorgungsleistungen für ehemals beim ZEW beschäftigte Beamte nicht angesetzt werden, sondern werden über Umlagen finanziert. Ein aus den festgesetzten Umlagen nach dem Abzug der nicht gebührenansatzfähigen Aufwendungen aus diesem Bereich entstehender Jahresüberschuss ist gem. § 19a GkG NRW i.V. mit § 75 (3) GO NRW in der Bilanz in eine Ausgleichsrücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals einzustellen. Im Fall eines zukünftig entstehenden Jahresfehlbetrags aus diesem Bereich ist zur Deckung die Inanspruchnahme oder Ausgleichsrücklage möglich.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt verwendbar.

Im monatlichen Berichtswesen werden finanzielle Leistungsindikatoren fortlaufend analysiert. Hervorzuheben sind hier die Tonnagen bzgl. der angenommenen und entsorgten Abfallmengen und den daraus resultierenden Umsatzerlösen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung.

Als öffentlich-rechtlicher Entsorger ist der ZEW in der Pflicht, die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling vorrangig vor einer energetischen Verwertung oder der Beseitigung von Abfällen gemäß den Zielen der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen und voranzutreiben. Weiterhin muss der ZEW vor dem Hintergrund des Umwelt- und Klimaschutzes immer weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen, die in der MVA Weisweiler verbrannt werden, ausschleusen und einer stofflichen Verwertung zuführen. Darüber hinaus unterstützt die durch den ZEW beauftragte Abfallberatung der AWA, die Maßnahmen des ZEW durch Projekte und Kampagnen wie z.B. #wirfürBio – kein Plastik in die Tonne oder gegen Lebensmittelverschwendung sowie durch Bildungsprojekte in Kindergärten und Schulen.

III. Prognosebericht

Aufgrund der Verwertungsvorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, des LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW ist der Zweckverband verpflichtet, stetig weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Um einerseits vorgegebene Recyclingquoten erfüllen zu können und andererseits der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gerecht zu werden, sind nicht unerhebliche Abfallmengen der Verbrennung und damit der MVA Weisweiler zu entziehen.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und die Übertragung der Sperrmüllmengen (ca. 12.000 t/a) zum 01.01.2022 und der Hausmüllmengen (ca. 35.000 t/a) zum 01.01.2025 auf den ZEW entsteht keine Lücke im Verbrennungskontingent von ZEW und AWA. Im Gegenteil, der ZEW kann sich weiterhin vorrangig der Erfassung von Wertstoffen mit zielführenden Maßnahmen und neuen Ideen zur Wiederverwendung/-verwertung dieser Stoffe annehmen. Ziel ist eine verstärkte Förderung der Kreislaufwirtschaft. Beispielsweise sollen auf den Wertstoffhöfen/Entsorgungszentren im Verbandsgebiet zukünftig weitere Abfallfraktionen (z.B. Rigips, Matratzen) getrennt gesammelt werden. Außerdem ist der ZEW bemüht stoffliche Verwertungsmöglichkeiten für z.B. Mineralfaserabfälle und Altholz der Kategorie AIV zu finden.

Zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet ist es notwendig, das Auslastungskontingent der AWA gem. § 2 (3) der Zusammenarbeitsvereinbarung vom 07.04.2017 um weitere 17.500 t auf 203.500 t/a zu erhöhen. Entsprechend reduziert sich das Auslastungskontingent der EGN auf 156.500 t.

Durch die Novellierung der Kreislaufwirtschaftsgesetze ist die Überarbeitung der kommunalen Beratungsstrukturen im Allgemeinen und der Inhalte der Abfallberatung nun dringend geboten. Eine zielgruppengerechte Förderung des Wissens über Abfallvermeidung, Wiederverwendung und richtige Abfalltrennung ist wesentlich für eine nachhaltige Abfallwirtschaft. Deshalb soll beispielsweise im Bereich der Abfallpädagogik in den Kindergärten und Grundschulen weiterhin die Bewusstseinsbildung hin zu abfallvermeidenden Maßnahmen im Fokus stehen, mit dem Ziel der Veränderung des Konsumverhaltens. Schließlich bedeutet Abfallvermeidung gleichzeitig Klimaschutz. Jede Tonne Restmüll, die nicht entsteht, entlastet das Klima um ca. eine Tonne CO_2.

Die teils umgesetzten, teils geplanten Maßnahmen zur Intensivierung der Getrenntsammlung von Wertstoffen zur stofflichen Verwertung, die schärferen Qualitätsvorgaben der BioAbfV an die eingesammelten Bioabfälle ab dem Jahr 2025 sowie das Konzept zur Optimierung der Bio- und Grünabfallverwertung im gesamten Verbandsgebiet und auch der Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW sollten im Abfallwirtschaftskonzept (AWK) dokumentiert, das AWK fortgeschrieben werden.

Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres betrugen T€ 33.562 (Vj. T€ 36.420). Aufgrund der kalkulatorischen Bedingungen erhält der ZEW seine Selbstkosten erstattet, die somit auch ihren Niederschlag in den Gebühren (Umsatzerlösen) finden. Es besteht dadurch eine Korrelation und korrespondierende Entwicklung zwischen den Entsorgungskosten (T€ 32.345; Vj. T€ 35.917) und den Umsatzerlösen (T€ 33.562; Vj. T€ 36.420).

Der Wirtschaftsplan 2025 weist Entsorgungskosten von T€ 40.634 und Umsatzerlöse von T€ 43.670 aus.

Grundlage der Plankosten sind die Kosten, die die AWA gemäß ihrem Wirtschaftsplan, dem ZEW 2025 in Rechnung stellen wird. Diese Kosten fallen für die Erbringung von Entsorgungsleistungen an, mit denen der ZEW die AWA beauftragt hat.

Den Kostenplanungen der AWA liegen Mengenplanungen zugrunde, die auf Basis der Erfahrungen aus den Vorjahren und unter Berücksichtigung eventueller gesetzlicher und struktureller (z.B. Änderung von Sammelsystemen) Einflüsse entwickelt worden sind.

Aufgrund der geänderten vertraglichen Regelungen zur Abrechnungssystematik zwischen ZEW und AWA erfolgt nunmehr wie oben beschrieben eine Schlussabrechnung der im Rahmen der Nachkalkulationen bei der AWA ermittelten Kostenüberdeckung bzw. Unterdeckungen gegenüber dem ZEW. Die Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen werden als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Diese Forderungen oder Verbindlichkeiten müssen durch den ZEW neben seinen Über- oder Unterdeckungen in die Nachkalkulation des ZEW einbezogen. Die gesamte Kostenüberdeckung oder Kostenunterdeckung wird nach den Vorschriften des KAG NRW gegenüber dem Gebührenzahler in die künftigen Gebührenkalkulation einbezogen.

Die oben beschriebenen kreislaufwirtschaftlichen Ziele in den nächsten Jahren stellen den ZEW vor die Herausforderung eine hochwertige Verwertung und Beseitigung bei Beibehaltung stabiler Gebühren sicherstellen zu müssen.

Zudem stellt die Einführung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) auch ein Risiko für die Verbrennungsentgelte des ZEW dar (hierzu s. auch Risikobericht), das durch den Einsatz der Bürgerrückstellungen minimiert werden kann.

Bei den Planungen für die Gebühren der Jahre 2025 und 2026 wurden bereits die Herausforderungen, wie unter anderem eine verstärkte stoffliche Verwertung von Altholz und die Planungen zum Bau einer neuen Vergärungsanlage miteinbezogen. Hier hat der ZEW künftig mit weiteren steigenden Entsorgungskosten zurechnen.

Durch den Einsatz der aktuellen KAG-Rückstellungen können diese Kostensteigerungen aus jetziger Sicht abgemildert werden. Die KAG-Rückstellungen werden somit gebührenmindert eingesetzt.

Aktuell wurde für die Jahre 2025 und 2026 eine zweijährige Gebührenplanung aufgestellt. Hierbei wurden die bisherigen Bürgerrückstellungen in einem Forecast bis zum Jahr 2029 in die Überlegungen miteinbezogen. Für die künftigen Gebührenplanungen ab dem Jahr 2027 müssen die nun neu entstandenen KAG-Rückstellungen aus dem Jahr 2024 nach den Vorschriften des KAG NRW bis Ende des Jahres 2028 gebührenmindernd eingesetzt werden.

IV. Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Der angelieferte kommunale Bioabfall weist weiterhin zum Teil sehr hohe Störstoffmengen auf. Der geforderte Kontrollwert von 1 % Gesamtkunststoff bei Bioabfällen darf ab Mai 2025 nicht überschritten werden. Die Gefahr besteht, dass bei zu hoher Störstoffmenge eine Entfrachtung nicht in ausreichendem Maße durch technische Hilfsmittel in der Kompostierungsanlage erreicht wird und Bioabfallanlieferungen abgewiesen und zur Verbrennung gelenkt werden müssen.

Die Menge Bioabfall, die aufgrund eines solchen Grenzwertes nicht mehr der Kompostierung zugeführt werden dürfte sondern verbrannt werden müsste, würde deutlich steigen und auch der Biogasproduktion entzogen.

Die Einführung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) stellt einerseits auch ein Risiko für die Verbrennungsentgelte des ZEW dar. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass die Siedlungsabfälle einen höheren Anteil an organischem Kohlenstoff im Verhältnis zum fossilen Kohlenstoff haben, dies ist bei den Gewerbeabfällen umgekehrt. Die zu entrichtende Abgabe nach dem BEHG beläuft sich für das Jahr 2024 auf 45 €/t fossiles CO_2, in den Folgejahren ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Ab dem Jahr 2027 unterliegt die Abgabe keinem Höchstpreis im europäischem Zertifikathandel, hier wird aktuell vermutet, dass eine Tonne fossiles CO_2 über 100 € kosten wird.

Die Abgabe ist in die Gebühren mit einzubeziehen und verteuert zum Beispiel den Hausmüll im Jahr 2024 um 18,08 €/t.

Chancenbericht

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 20 (DRS 20) nur bedingt beschrieben werden.

Mit dem am 29.10.2020 in Kraft getretenen Gesetz zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union wird das Deutsche Kreislaufwirtschaftsgesetz an die neuen EU-Vorgaben aus dem Jahr 2018 angepasst. Die daraus resultierenden weitergehenden Anforderungen an Getrennterfassung von verwertbaren Stoffen, Wiederverwendung und Wiederverwertung werden als Chance betrachtet, die Abfallwirtschaft ökonomisch und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz werden ökonomische Anreize zur CO^2 Verminderung in den betrieblichen Abläufen geschaffen. Auch diese Entwicklung ist als Chance für den ZEW zu bewerten.

Es ist als Chance im Rahmen der Novellierung der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) zu betrachten, dass die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie auch dort sehr fokussiert wurde, mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wiederverwertung sind demnach strenger.

Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für überlassungspflichtige Abfälle und eine deutlich bessere Trennung von Abfallgemischen aus Gewerbebetrieben bleibt weiterhin Tatbestand der GewAbfV. Auch die Betreiber von Sortieranlagen werden stärker zu einer hochwertigen Sortierung und Erhöhung der Verwaltungsmengen angehalten.

Sie sind seit 01.01.2019 verpflichtet, gegenüber den Abfallerzeugern/-besitzern Erklärungen abzugeben, dass ihre Anlagen technisch den Anforderungen der GewAbfV entsprechen und die geforderte Sortierquote erreicht wird. Allerdings fehlt nach wie vor eine konsequente Überwachung durch die unteren Abfallwirtschaftsbehörden.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und der Übertragung der Aufgabe, Sperrmüll und Restabfälle zu entsorgen, wird das Kontingent von AWA/ZEW in der MVA nahezu vollständig ausgelastet werden. Wertstoffe, die den Abfällen mit dem Ziel der Wiederverwendung oder des Recyclings künftig entzogen werden, führen nicht zu Lücken in der Auslastung der vorhandenen Verbrennungskapazität. Für den Fall, dass die Verbrennungskapazitäten nicht durch die ZEW-Mengen allein ausgelastet werden können, trägt die 100%ige Tochter des ZEW, die Materis, zur vollständigen Auslastung der Verbrennungskapazitäten bei.

Derzeit wird von ZEW/AWA die Möglichkeit geprüft, mit Unterstützung durch das Förderprogramm „Kommune Zirkulär“ weitere Konzepte und Maßnahmen zur Steigerung der Kreislaufwirtschaft zu entwickeln. Das Förderangebot unterstützt die Kommunen, kreislauforientierte und ressourcenschonende Maßnahmen zu identifizieren und zu realisieren. Ziel des Angebotes ist es u.a., über die bereits bestehenden Ansätze der Kreislaufführung im Abfallsektor hinaus den Fokus insbesondere auf Abfallvermeidungsmaßnahmen zu legen.

Beispielsweise soll eine sog. Circular Economy Manager für zunächst 48 Monate beantragt werden, der ein Circular Economy Konzept flächendeckend für das gesamte Verbandsgebiet erstellt. In dem Konzept sollen alle, auch in den einzelnen Kommunen auf unterschiedlichen Ebenen und Themenschwerpunkten laufende Maßnahmen vernetzt, und mit neuen Abfallvermeidungs- und Ressourcenschonung-Maßnahmen vernetzt, und mit neuen Abfallvermeidungs- und Ressourcenschonung-Maßnahmen ergänzt werden.

Weitere Fördertöpfe auch für die Disziplinen Klimaschutz und Grüne Energien sollen systematisch gesucht und ausgewertet werden.

Gesamtaussage

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist.

Es ist Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben.

3.4.1.2 AWA Entsorgung GmbH

Firmensitz:
Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 11269
Gründungsdatum: 23.01.1991
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 3,13% / 23,44% / 26,56%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Dr. Neumann, Schmeer und Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Beauftragung der AWA Entsorgung GmbH durch den "Zweckverband Entsorgungsregion West" mit der Aufgabenwahrnehmung, Koordination und Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben. Diese umfasst insbesondere die Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für Anlagen und Sortierung, stofflichen oder energetischen Verwertung, zu thermischen oder sonstigen Behandlungen und Ablagerungen von Abfällen sowie die Errichtung und den Betrieb entsprechender Anlagen. Die Gesellschaft hat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß § 1 KrWG die Kreislaufwirtschaft (Vermeidung und Verwertung von Abfällen) zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu fördern und den Schutz von Mensch und Umwelt bei der Erzeugung und Bewirtschaftung von Abfällen sicherzustellen. Die Ressourcenschonung wird durch geeignete Maßnahmen gefördert und umgesetzt. Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Klimaschutzziele entsprechend dem Bundesklimaschutzgesetz zu erreichen. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gesellschaftsgegenstand zu fördern. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich mit Zustimmung der Gesellschafter/Gesellschafterinnen an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft hat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß §1 KrWG die Kreislaufwirtschaft (Vermeidung und Verwertung von Abfällen) zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu fördern und den Schutz von Menschen und Umwelt bei der Erzeugung und Bewirtschaftung von Abfällen sicherzustellen.

Die Ressourcenschonung wird durch geeignete Maßnahmen gefördert und umgesetzt. Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Klimaschutzziele entsprechend dem Bundesklimagesetz zu erreichen.

Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gesellschaftsgegenstand zu fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich mit Zustimmung der Gesellschafter/ Gesellschafterinnen an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Kapital

Stammkapital	640.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Zweckverband Entsorgungsregion West	600.000,00 €	93,75 %
Stadt Aachen	20.000,00 €	3,13 %
StädteRegion Aachen	20.000,00 €	3,13 %

Beteiligungen

AWA Service GmbH	25.000,00 €	100,00 %
MOENA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	12.782,30 €	50,00 %
MOENA Verwaltungs GmbH	12.782,30 €	50,00 %
MVA Weisweiler GmbH & Co.KG	2.500.000,00 €	50,00 %
MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH	12.782,30 €	50,00 %

Verbundene Unternehmen

AWA Service GmbH
100,00%

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

MOENA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG
50,00%

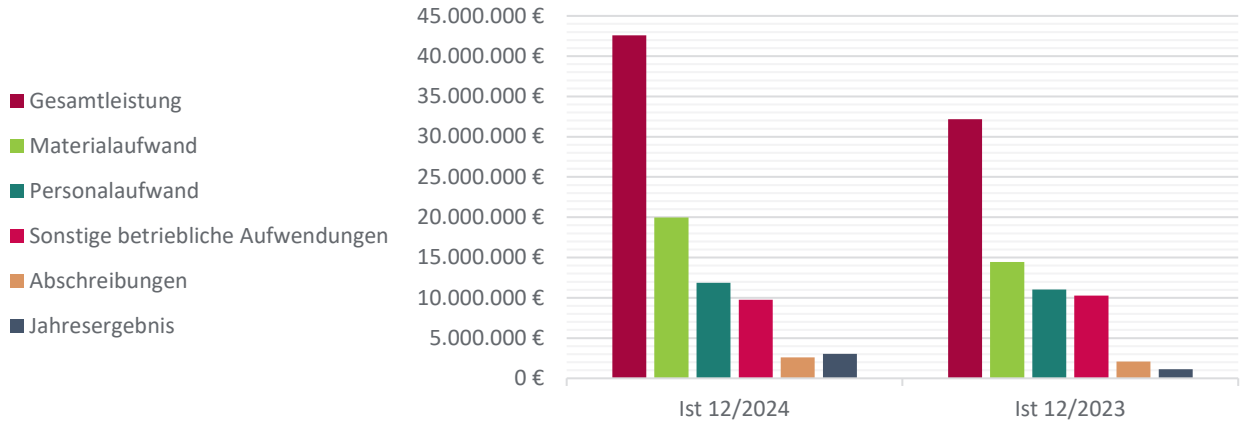
MOENA Verwaltungs GmbH
50,00%

MVA Weisweiler GmbH & Co.KG
50,00%

MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH
50,00%

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

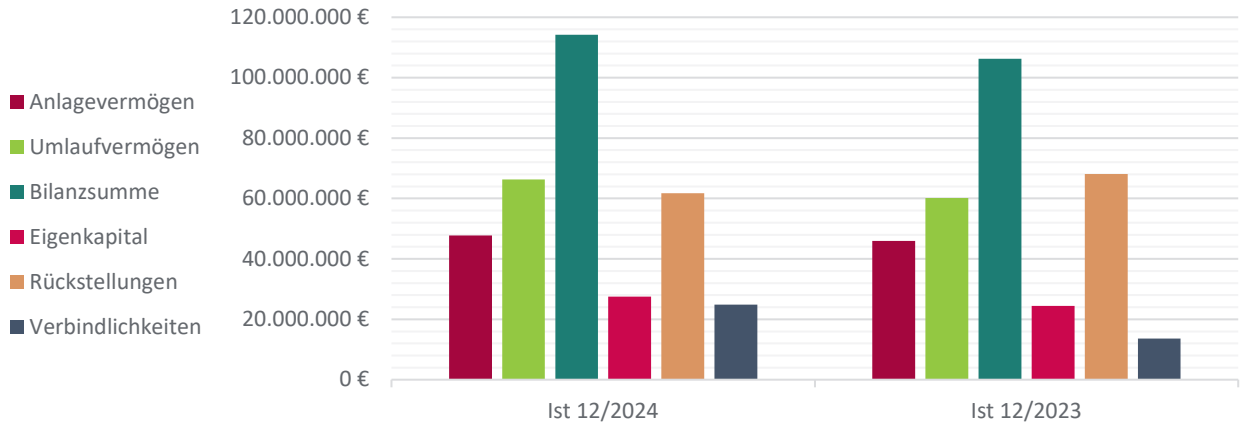


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	42.062.480,31	30.577.989,37	11.484.490,94
Andere aktivierte Eigenleistungen	101.521,20	704.574,26	-603.053,06
Sonstige betriebliche Erträge	419.427,24	897.025,48	-477.598,24
Gesamtleistung	42.583.428,75	32.179.589,11	10.403.839,64
Materialaufwand	19.951.385,63	14.434.264,29	5.517.121,34
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	189.698,80	215.769,57	-26.070,77
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.761.686,83	14.218.494,72	5.543.192,11
Rohergebnis	22.632.043,12	17.745.324,82	4.886.718,30
Personalaufwand	11.855.066,99	11.038.216,52	816.850,47
dar.: Löhne und Gehälter	9.505.104,80	8.773.690,64	731.414,16
dar.: soziale Abgaben	2.349.962,19	2.264.525,88	85.436,31

Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.766.184,92	10.276.897,00	-510.712,08
EBITDA	1.010.791,21	-3.569.788,70	4.580.579,91
Abschreibungen	2.592.185,16	2.093.971,22	498.213,94
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	2.592.185,16	2.093.971,22	498.213,94
EBIT	-1.581.393,95	-5.663.759,92	4.082.365,97
Erträge aus Beteiligungen	3.363.655,32	7.742.825,05	-4.379.169,73
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.546.023,86	1.240.627,29	305.396,57
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	325.939,15	527.879,00	-201.939,85
EBT	3.002.346,08	2.791.813,42	210.532,66
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-158.250,00	1.574.597,56	-1.732.847,56
Ergebnis nach Steuern	3.160.596,08	1.217.215,86	1.943.380,22
Sonstige Steuern	128.564,61	81.111,45	47.453,16
Jahresergebnis	3.032.031,47	1.136.104,41	1.895.927,06

Bilanz

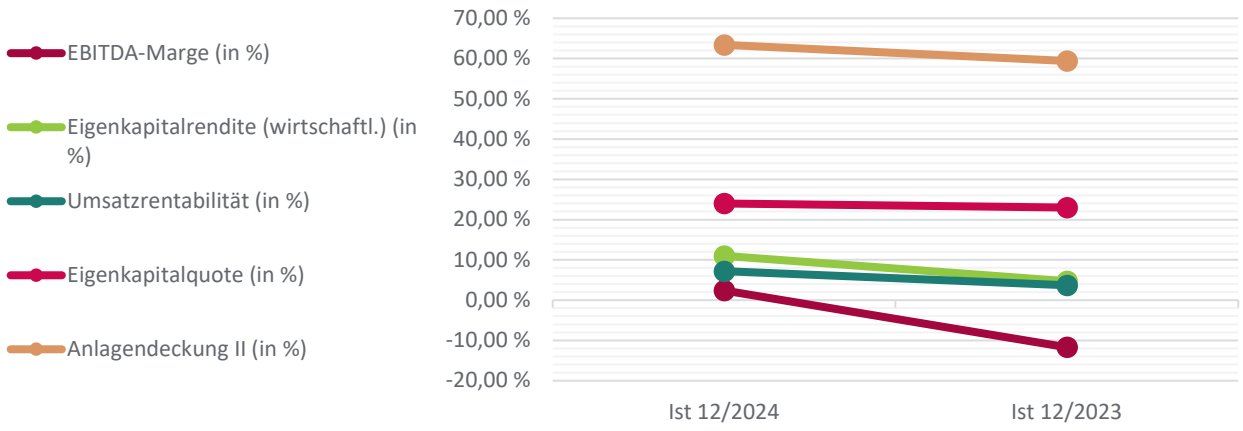


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	47.728.837,58	45.919.709,79	1.809.127,79
Immaterielle Vermögensgegenstände	24.029,81	33.961,34	-9.931,53
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	24.029,81	33.961,34	-9.931,53
Sachanlagen	43.629.539,56	41.836.741,85	1.792.797,71
Grundstücke und Gebäude	35.241.566,00	32.693.320,68	2.548.245,32
Technische Anlagen und Maschinen	2.977.358,11	3.231.465,92	-254.107,81
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.349.245,42	1.239.081,62	110.163,80
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.061.370,03	4.672.873,63	-611.503,60
Finanzanlagen	4.075.268,21	4.049.006,60	26.261,61
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00	0,00
Beteiligungen	2.514.189,93	2.514.189,93	0,00
Sonstige Ausleihungen	1.536.078,28	1.509.816,67	26.261,61
Umlaufvermögen	66.302.164,35	60.183.393,06	6.118.771,29
Vorräte	81.176,10	64.690,44	16.485,66
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	81.176,10	64.690,44	16.485,66

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.484.096,75	23.984.441,52	-500.344,77
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.650.482,98	1.009.414,13	641.068,85
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	185.565,95	354.566,70	-169.000,75
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	10.124.555,15	12.915.675,11	-2.791.119,96
Forderungen gegen Gesellschafter	2.358.155,66	2.706.233,87	-348.078,21
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	9.165.337,01	6.998.551,71	2.166.785,30
Kasse, Bankguthaben, Schecks	42.736.891,50	36.134.261,10	6.602.630,40
Rechnungsabgrenzungsposten	142.517,76	169.858,06	-27.340,30
Bilanzsumme	114.173.519,69	106.272.960,91	7.900.558,78
Passiva			
Eigenkapital	27.457.967,33	24.425.935,86	3.032.031,47
Gezeichnetes Kapital	640.000,00	640.000,00	0,00
Gewinnrücklagen	3.000.000,00	3.000.000,00	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	20.785.935,86	19.649.831,45	1.136.104,41
Jahresergebnis	3.032.031,47	1.136.104,41	1.895.927,06
Rückstellungen	61.724.056,46	68.129.138,11	-6.405.081,65
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.780.276,43	2.865.292,03	-85.015,60
Steuerrückstellungen	582.251,00	582.251,00	0,00
sonstige Rückstellungen	58.361.529,03	64.681.595,08	-6.320.066,05
Verbindlichkeiten	24.887.495,90	13.587.886,94	11.299.608,96
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	8.136.432,13	9.156.219,39	-1.019.787,26
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.619.884,66	2.819.118,72	1.800.765,94
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	11.525.378,87	33.255,92	11.492.122,95
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	16.485,11	18.013,45	-1.528,34
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	217.301,84	-	217.301,84
Sonstige Verbindlichkeiten	372.013,29	1.561.279,46	-1.189.266,17
Rechnungsabgrenzungsposten	104.000,00	130.000,00	-26.000,00
Bilanzsumme	114.173.519,69	106.272.960,91	7.900.558,78

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	2,4	-11,7	14,1
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	11,0	4,7	6,3
Umsatzrentabilität (in %)	7,2	3,7	3,5
Eigenkapitalquote (in %)	24,0	23,0	1,0
Anlagendeckung II (in %)	63,4	59,4	4,0

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	157	148	9
Verschuldungsgrad (in %)	315,4	334,6	-19,1

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

technische/-r Geschäftsführer/-in

Herr Stefan Jücker

Prokurist/-in

Herr Dirk Hanke

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Andraczek (GRÜNE) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

sachk.B. Herr Daniel Reinartz (GRÜNE)

Städteregionstagsmitglied Herr Heiner Berlipp (SPD) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Herr Bernd Schwuchow (CDU)

Städteregionstagsmitglied Herr Willi Bündgens (CDU) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Herr Manfred Wirtz (CDU)

Städteregionstagsmitglied Herr Wolfgang Goebbels (SPD) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Wüller (SPD)

Städteregionstagsmitglied Herr Dr. Thomas Griese (GRÜNE) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Herr Werner Krickel (GRÜNE)

Städteregionstagsmitglied Herr Franz-Josef Kogel (CDU) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Frau Catarina dos Santos-Wintz (CDU)

Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Frau Birgit Nolte	

Gesellschafterversammlung

Mitglied	
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 16,67 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die AWA Entsorgung GmbH (AWA E) ist die operative Gesellschaft des Zweckverbands Entsorgungsregion West (ZEW). Der ZEW hat die AWA E mit der Aufgabenwahrnehmung, der Koordination und der Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben mit einem umfangreichen Aufgabenpaket beauftragt.

Die Gesellschaft hat drei Eigentümer ZEW (93,75 %), StädteRegion Aachen (3,125 %) und Stadt Aachen (3,125 %). Am ZEW sind zu gleichen Teilen die Stadt Aachen, die StädteRegion Aachen, der Kreis Düren und der Kreis Euskirchen beteiligt.

Die Aufgaben der AWA E ergeben sich u.a. durch Festlegungen im Abfallwirtschaftskonzept 2020 des ZEW, welches am 28. Februar 2020 von der Verbandsversammlung des ZEW beschlossen wurde. Dort sind abfallwirtschaftliche Maßnahmen zur Abfallverwertung beschrieben und Festlegungen zum Anlagenbetrieb und damit zur Entsorgungssicherheit in der Region Aachen-Düren getroffen.

Insgesamt sind im Jahr 2024 450.545 t Abfälle fakturiert worden (Vorjahr 511.283 t).

Weitere Aufgaben der AWA E:

- Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzepts
- Planung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für abfallwirtschaftliche Anlagen
- Betrieb von Entsorgungszentren

- Betrieb von Entsorgungsanlagen
- Monitoring bei Stilllegung und Nachsorge von Altdeponien
- Schadstoffsammlung
- Abfallberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Abfallpädagogik

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2024 befand sich die deutsche Wirtschaft weiterhin in der Stagnation.

Die Weltwirtschaft erholte sich langsam von den negativen Schocks der vergangenen Jahre, ist aber von mehreren lokalen Konflikten geprägt.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung und weitere Konfliktherde begründen die noch immer hohen Rohstoffpreise, insbesondere bei der Energie. Sowohl die sinkende, aber noch auf leicht überdurchschnittlichen Niveau bestehende Inflation von 2,2 % (Kerninflation ohne Energie und Lebensmittel) als auch die erstmalig im Juni 2024 durchgeführte Leitzinssenkung nach dem Spitzenleitzins von 4 % auf aktuell 3,15 % hatten Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Lage.

Die Investitionsbereitschaft als Zukunftsindikator verharrt auf sehr niedrigem Niveau. In der Baubranche und dem produzierenden Gewerbe erwartet man eher noch Rückgänge, während der Dienstleistungssektor der einzige Wirtschaftsbereich ist, der eine leicht positive Entwicklung erwartet. Stabilisierend ist im Jahr 2024 die Konsumnachfrage anzusehen. Diese hat das gesamtwirtschaftliche Ergebnis in der Weise gestützt, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimawandel nicht von einer "technischen Rezession" spricht.

Dementsprechend entwickelten sich sowohl die globale Güternachfrage als auch der Handel im Jahr 2024 wie im Vorjahr mit nur +0,3 % deutlich schwächer, werden aber auf diesem Niveau als robust bezeichnet.

Der Arbeitsmarkt war insgesamt stabil und die Arbeitslosigkeit ist mit 5,9 % zum Vorjahr um 0,3 % erhöht. Als Risiko für den Arbeitsmarkt ist die Entwicklung der deutschen Automobilwirtschaft zu sehen, die durch den Umbau auf Herstellung von Elektroautos und den damit einhergehenden Marktverschiebungen auf die internationale Nachfrage reagieren muss.

Der weltweite Rückgang der Rohstoff- und Energiepreise sowie die Auflösung von Engpässen in den Lieferketten trugen zur Abschwächung der Inflation bei, während die Geldpolitik gelockert wurde. Der drastische Anstieg der Energiepreise bereits in 2022, eine Folge des Ukrainekonfliktes, hatte schwerwiegende negative Auswirkungen, insbesondere auf energieintensive Industrien. Trotz der Senkung des Leitzinses von 4 % auf 3,25 % rechnet die Bauwirtschaft mit einem stärkeren Rückgang der Nachfrage aus dem Wohnungsbau mit -12 % auf 10,75 Mrd. €, während der Wirtschaftsbau noch mit +1,7 % auf 21,6 Mrd. € und der Öffentliche Bau sogar mit +4 % auf 16,2 Mrd. € die Bauwirtschaft trägt. Die Freisetzung von Arbeitskräften wird nicht mehr ausgeschlossen. Im Bereich der Anlageninvestition ist eine Zurückhaltung spürbar - negative Wirtschaftserwartungen sind der Grund hierfür.

Die einzelnen Stoffströme, die im Verantwortungsbereich der AWA E liegen, weisen hinsichtlich der Mengenschwankungen und Preisentwicklungen unterschiedliche Tendenzen auf.

Restmüll

Mit ca. 120.300 t Restmüll (dem ZEW überlassenen Siedlungsabfälle zur Beseitigung), welcher ausschließlich in der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG (MVA Weisweiler) verbrannt wurde, blieben die Mengen aus den Kommunen stabil (-1.300 t gegenüber dem Vorjahr).

Sperrmüll

Die Sperrmüllmengen, die an den Anlagen geliefert wurden, sind dagegen um ca. 3.400 t auf ca. 38.000 t gestiegen.

Altpapier

Während im ersten Halbjahr 2024 die Preise für gemischtes Altpapier der Sorte 1.02 stetig angestiegen sind und gegenüber dem Januarpreis ein Plus von insgesamt 67,5 €/t erreicht wurde, setzte ab August ein Preisverfall am Altpapiermarkt ein. Die Preisrückgänge im Zeitraum von August bis November betrugen 39 €/t. Dies zeigt deutlich, welchen Preisschwankungen dieser Markt unterlegen ist. Durch die Mindestpreisregelung im Vertrag mit dem Altpapierverwerter ist sichergestellt, dass die AWA E auch bei solchen Schwankungen einen Erlös erwirtschaftet, der eine garantierte Mindestvergütung an die anliefernden Kommunen sichergestellt und die der AWA E entstandenen Kosten deckt.

Im Jahr 2024 wurde von der Verlängerungsoption aus der Ausschreibung für das gesamte Jahr 2025 Gebrauch gemacht, sodass sich an dieser Situation auch im Jahr 2025 nichts ändern wird. Im Jahr 2025 wird für die Folgejahre eine neue EU-weite Ausschreibung durchgeführt werden.

Insgesamt ist bei der Mengenentwicklung im Altpapierbereich festzuhalten, dass sich der rückläufige Trend etwas abgeschwächt fortsetzt. Insgesamt wurden im Jahr 2024 ca. 1.300 t weniger Altpapier angeliefert (Rückgang Vorjahr -2.115 t).

Altholz

Der Entsorgungsweg für die erfassten Althölzer der Kategorie AI - AIII in die thermische Verwertung endete im Mai 2024. Der Holzmarkt unterliegt ebenfalls großen Preisschwankungen. Nach einer EU-weiten Ausschreibung unter Festlegung einer Mindestverwertungsquote für die stoffliche Verwertung wurde ein Vertrag mit einem Holzverwerter geschlossen, der einen geringfügigen Erlös garantiert. Dieser Vertrag endet im Juni 2025, enthält aber eine Verlängerungsoption.

Die angelieferte Altholzmenge in Höhe von ca. 16.000 t ist gegenüber dem Vorjahr signifikant angestiegen (+ 3.800 t). Dies ist im Wesentlichen auf eine erhöhte Sortierfähigkeit in den Anlagen der AWA E und auf eine gestiegene Getrennterfassung von Altholz im Rahmen der Sperrmüllabfuhr der Kommunen zurückzuführen.

Elektro-Altgeräte

Mit ca. 2.000 t sind die Anlieferungen im Elektro-Altgerätebereich nahezu stabil geblieben. Der Absatz des Elektronikschrotts wird ausschließlich über das Elektro-Altgeräte Register (ear) sichergestellt. Die entstehenden Kosten für die Verwertung der Elektro-Altgeräte wird von den Herstellern gemäß der geteilten Produktverantwortung nach dem Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (ElektroG) getragen.

Matratzen und Kunststoffe

Mit ca. 780 t Matratzen, die aus den Sperrmüllanlieferungen stammen und in eine stoffliche Verwertung abgesteuert wurden, verdoppelte sich die verwertete Menge gegenüber dem Vorjahr. Die Kosten für die Verwertung sind im Jahr 2024 stabil geblieben.

Die auf den Wertstoffhöfen getrennt erfassten Kunststoffe beliefen sich im Jahr 2024 auf eine Menge von ca. 200 t. Aufgrund der instabilen Marktlage für Altkunststoffe verringerten sich die Erlöse. So muss z.B. für PVC-haltige Kunststoffe mittlerweile Zuzahlungen aufgewendet werden.

Geschäftsverlauf

a) Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsätze der AWA E wurden zum Großteil durch die Erlöse der Abfallbeseitigung erzielt, die grundsätzlich mit den entgeltrelevanten Aufwendungen für die Abfallbeseitigung korrelieren.

Die Gesamtleistung im Kalenderjahr 2024 lag mit 42.062 T€ über dem Wert des Jahres 2023 (30.578 T€). Das Rohergebnis (Umsatzerlöse abzgl. Materialaufwand) des Kalenderjahres 2024 in Höhe von 22.111 T€ ist gegenüber dem Vorjahr (16.144 T€) um 5.967 T€ oder 37 % gestiegen. Die Aufwendungen wurden im Wesentlichen durch die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler geprägt, die gegenüber dem Vorjahr um 3.759 T€ gestiegen sind.

Aus der Nachkalkulation des Wirtschaftsjahres 2024 ist eine Kostenüberdeckung in Höhe von insgesamt 9.654 T€ (Vorjahr 18.403 T€) für die Gebietskörperschaften ermittelt worden. Die Überdeckung resultiert u.a. aus Beteiligungserträgen, Mehrerlösen aus der Deponierung, geringeren Instandhaltungsaufwendungen und Rechts- und Beratungskosten. Die Überdeckung des Jahres 2024 wurde erstmalig direkt mit dem ZEW abgerechnet.

Es wurde ein Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von 2.874 T€ (Vorjahr 2.711 T€) ausgewiesen. Aufgrund des negativen steuerlichen Ergebnisses, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2024 eine Steuererstattung infolge eines Verlustrücktrages auf das Vorjahr. Hieraus ergibt sich ein Mehrergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 1.733 T€ und es verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 3.032 T€ (Vorjahr: 1.136 T€).

Die Bilanz zeigte zum Stichtag 31. Dezember 2024 ein Eigenkapital in Höhe von 27.458 T€ (Vorjahr: 24.426 T€). Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme betrug 24 % (Vorjahr: 23 %).

Mit diesem Ergebnis erzielte die Gesellschaft ein um rund 1.372 T€ besseres Ergebnis als geplant.

b) Abfallwirtschaftliche Entwicklung und Anlagenbetrieb

Die AWA E ist als 100 % kommunales Unternehmen zu vorbildlichem ökologischem Verhalten verpflichtet. Dies ergibt sich aus § 21 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG). Hier ist vorgegeben, dass öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des §20 des KrWG Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen über die Verwertung, insbesondere der Vorbereitung zur Wiederverwendung und des Recyclings und die Beseitigung erstellen. Die genauen Anforderungen richten sich nach dem Landesrecht. Diesen Verpflichtungen kommt die AWA E vollständig nach.

Als zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb unterliegen alle Prozesse einer regelmäßigen Überprüfung. Im Rahmen eines umfangreichen Berichtswesens werden die Belange des betrieblichen Umweltschutzes abgedeckt.

Entsorgungszentrum Warden

Im Jahr 2024 erfolgte erstmalig ein durchgehender Anlagenbetrieb aller neuen Betriebseinheiten. Der Anlagenbetrieb erfolgte über das ganze Jahr hinweg zuverlässig.

Der im Jahr 2023 in Betrieb genommene neue Wertstoffhof am Entsorgungszentrum Warden (EZ Warden) wurde weiterhin sehr gut angenommen.

Insbesondere an Samstagen wurde der Wertstoffhof von den Bürger*innen deutlich stärker als in Vorjahren frequentiert. Die vielfältigen Abgabemöglichkeiten machen es möglich, die getrennte Erfassung von stofflich verwertbaren Abfallströmen zu steigern. Altholz der Kategorie AI - AIII und Hartkunststoffe wurden verstärkt separat erfasst. Einschränkungen im Bereich des Wertstoffhofes bestanden aufgrund einer schadhaften Stromversorgungsleitung, welche durch eine provisorische Zuleitung überbrückt wurde. So konnten die Papierfressen weiterhin in Funktion bleiben.

Im Bereich der Elektroaltgeräteannahmestelle und -übergabestelle erfolgte im Jahr 2024 ein zuverlässiger Anlagenbetrieb. Zur Sicherung der Sortierqualität und zur Vermeidung von Fehlwürfen aus kommunalen Elektroschrottsammlungen wurden die Anlieferungen intensiv kontrolliert und die Anlieferqualitäten dokumentiert. Die Anzahl von Fehlwürfen, insbesondere von Geräten mit festverbauten Akkus, wurde infolgedessen deutlich reduziert.

Die Dokumentation der Elektroschrottqualität hat sich bewährt und wird auch im Jahr 2025 fortgeführt.

Die Aufbereitung von kommunalem Sperrmüll wurde im Jahr 2024 weiter intensiviert. Im Rahmen eines Pilotversuches wurde der angelieferte Sperrmüll nach Qualitäten anhand des Altholzgehaltes in "holzreichen Mischsperrmüll" und "holzarmen Restsperrmüll" getrennt. Aus der Mischsperrmüllfraktion wurde das Altholz per Baggersortierung abgetrennt und für eine hochwertige, energetische Verwertung separiert. Der Versuch erwies sich als erfolgreich, sodass aus den vorhandenen Mischsperrmüllfraktionen bis zu 50 Massen-% Altholz separiert werden konnte. Die Verfahrensweise wurde ab dem dritten Quartal 2024 in den Regelbetrieb überführt, so dass 3.300 t Altholz für eine getrennte Verwertung bereitgestellt werden konnten.

Seit Januar 2024 wird zudem ein elektrisch angetriebener Zerkleinerer für die Sperrmüllzerkleinerung eingesetzt. Dieser wurde im zweiten Quartal zusätzlich mit einer magnetischen Kopftrommel ausgerüstet, sodass die Menge an separier-

ten Schrotten gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden konnte. Mehr als 1.500 t Schrott aus der Sperrmüllaufbereitung des EZ Warden konnten so vermarktet werden. Rund 800 t Matratzen wurden aus den Sperrmüllanlieferungen aussortiert und in die separate Matratzenverwertung abgesteuert.

Der Jahresdurchsatz der Sperrmüllaufbereitung am EZ Warden betrug im Jahr 2024 ca. 29.000 t. Die Sortierbestrebungen werden im Jahr 2025 weiter gesteigert, um einen möglichst großen Anteil des angelieferten Sperrmülls in ökologisch und ökonomisch attraktive Verwertungskanäle abzusteuern.

Im Jahr 2024 wurden am EZ Warden ca. 25.000 t Altpapier aus der kommunalen Sammlung und 11.000 t Altholz der Kategorie AI–AIII umgeschlagen. Dies entspricht der jeweiligen Vorjahresmenge.

Auf der Deponie des EZ Warden wurden im Jahr 2024 ca. 29.000 t mineralische Abfälle abgelagert. Dies sind im Wesentlichen Rostaschen und Bauschuttgemische, welche im Rahmen der Endprofilierung eingebaut wurden. Der Ablagerungsbetrieb erfolgte planmäßig, sodass weite Teile des Ablagerungsbereiches bereits verfüllt werden konnten. Seit dem dritten Quartal 2024 wurden vorwiegend Bauschuttgemische der Wertstoffhöfe der AWAE im gegenwärtigen Kippfeld eingebaut. Die Verfüllung des aktuellen Kippfeldes wird voraussichtlich bis zum vierten Quartal 2025 erfolgen.

Für die Bauplanung des fünften Bauabschnitts der Oberflächenabdichtung der Deponie (Deponiescheide 1 – Bereich Folgenutzungsfläche) wurde ein Rahmenterminplan mit den zueinander in Beziehung stehenden Projekten Oberflächenabdichtung, Folgenutzung und Halle 3 entwickelt. Die für diesen Abschnitt benötigten Deponieentgasungseinrichtungen wurden herausgelöst und vorgezogen, die Maßnahme zur Verlegung der temporären Gassammelleitungen laufen derzeit. Die öffentliche Ausschreibung der Baumaßnahme des fünften Bauabschnitts ist erfolgt. Der Submissionstermin fand am 21.02.2025 statt. Der Baubeginn für den fünften Bauabschnitt der Oberflächenabdichtung ist für Ende März/Anfang April 2025 vorgesehen.

Aufgrund von Lieferschwierigkeiten im Gewerk Stahlbau sind die Arbeiten am Sickerwasserschacht 4 der Deponie zeitlich in Verzug geraten. Nach Fertigstellung der Stahlbauarbeiten im Januar 2025 erfolgen noch die Gewerke Dachdecker, Fassadenbau, Elektro- sowie Restarbeiten im Lüftungs- und Pumpleitungsbau. Die Fertigstellung der Aufstockung des Sickerwasserschachts 4 ist für Ende des ersten Quartals 2025 geplant.

Das neue Verwaltungsgebäude am EZ Warden wurde fertiggestellt. Der Umzug und die Abnahme sind erfolgt.

In der Sickerwasserreinigungsanlage des EZ Warden wurden **74.806 m³** (Vorjahr **63.371 m³**) Sickerwasser behandelt und der Indirekteinleitung zugeführt. Im Blockheizkraftwerk wurden **1.330.287 m³** (Vorjahr **1.220.920 m³**) Deponiegas zur Strom-, Wärme- und Kälteerzeugung für den Gesamtstandort genutzt.

Während des Jahresverlaufs kam es am EZ Warden u. a. zu drei besonderen Ereignissen:

- Am **20. Januar 2024** mussten einzelne Sammeltouren aufgrund des starken Schneefalls der Vortage und dadurch bedingt nicht passierbarer Straßen dringend nachgefahren werden. Die Annahme an der MVA Weisweiler konnte an diesem Tag wegen Revisionsarbeiten nicht erfolgen, sodass nach Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln eine kurzfristige Zwischenlagerung und ein Umschlag in Hausmüll am EZ Warden erfolgte.

- Am **28. Dezember 2024** kam es zu einem Brandereignis in der Papierumschlaghalle, bei dem rund **150 m³ Altpapier** in Brand geraten waren. Größerer Sachschaden konnte durch das schnelle Eingreifen des Betriebspersonals und der Feuerwehr vermieden werden. Als Brandursache wird von einem falsch entsorgten Akku ausgegangen.

- Infolge der überdurchschnittlichen Grünabfallanlieferungsmengen an die Kompostierungsanlage im EZ Warden wurde bei der zuständigen Genehmigungsbehörde eine Überschreitung der Genehmigungskapazität angezeigt. Einer temporären Erhöhung der genehmigten Annahmemenge für Grüngut wurde zugestimmt.

Entsorgungszentrum Horm

Bei der turnusmäßigen Überprüfung der automatischen Sprinklerlöschanlage im EZ Horm wurde festgestellt, dass der Luftabzug und der darauffolgende Wasserzulauf eine erhöhte Durchlaufzeit benötigen. Nach neuesten Anforderungen an Löschanlagen darf die Durchlaufzeit bis zum Einsetzen der Sprinklerlöschanlage maximal 60 Sekunden betragen (Vorjahr 90 Sekunden). Entsprechend der neuen Anforderungen wurde im Jahr 2023 ein Unternehmen damit beauftragt,

die hydraulische Messung vorzunehmen. Die Messung ist im Jahr 2024 erfolgt und ergab, dass die Anlage umgebaut werden muss. Technische Lösungsansätze werden mit dem VDS erarbeitet und im Jahr 2025 umgesetzt.

Im der Umschlaghalle EZ Horm wurde eine KI-Bonitierung für Bioabfall installiert und ist in der Testphase.

Kompostierungs- und Vergärungsanlage Würselen

In der Kompostierungs- und Vergärungsanlage Würselen wurden die angelieferten Bioabfälle zuverlässig zu Biogas und einem gütegesicherten Kompostprodukt verwertet. In der ersten Jahreshälfte musste ein Teilbereich der Nachrottehalle aufgrund eines Dachschadens temporär außer Betrieb genommen werden. Um den Gesamtbetrieb der Anlage aufrecht halten zu können, wurden in diesem Zeitraum geplante Sanierungsmaßnahmen an den Rottetunneln auf das Jahr 2025 verschoben. Die ZEW-Verbandsversammlung hat am **10. Oktober 2024** einer Fortsetzung der Planung zur Erweiterung der Kompostierungs- und Vergärungsanlage in Würselen zugestimmt. Geplant wird eine Teilstromvergärungsanlage mit einer Durchsatzleistung von insgesamt **70.000 t pro Jahr**.

Die Bonitierung der angelieferten Bioabfälle wurde im Jahr 2024 fortgeführt. Hierbei konnte keine signifikante Verbesserung der Qualität festgestellt werden.

Kompostplatz Aachen-Brand

Für den Kompostplatz Aachen-Brand wurde ebenfalls infolge der überdurchschnittlichen Grünanlieferungsmengen bei der zuständigen Genehmigungsbehörde eine Überschreitung der Genehmigungskapazität angezeigt. Dies wurde ausnahmsweise bewilligt.

Rostascheanlage

Die Inbetriebnahme der neuen Rostascheaufbereitungsanlage seitens der MVA Weisweiler ist im ersten Quartal 2024 planmäßig erfolgt. Mit der Inbetriebnahme der Neuanlage ist die Altanlage stillgelegt worden und wurde anschließend rückgebaut. Im gleichen Zeitraum wurde die Genehmigung der Rostascheaufbereitungsanlage an die MVA Weisweiler übertragen. Die Wertstoffausbringung der neuen Anlage erfüllt die Erwartungen.

Schadstoffannahme und -sammlung

Die Standorte EZ Warden, EZ Rurbenden, EZ Süd, die Annahmestelle Aachen-Eilendorf sowie die mobile Schadstoffsammlung wurden von den Kund*innen weiterhin gut angenommen.

Des Weiteren ist festzustellen, dass sich das Kundenaufkommen zur Abgabe von Schadstoffen auf allen Anlagen gegenüber 2023 weiter erhöht hat. Hier sind vor allem die Gewerbekunden des EZ Warden zu nennen, was einen erhöhten Beratungsbedarf im Vorfeld zur Folge hat. Ein gleichbleibender Trend bei der Entsorgung von Bauhofabfällen kann festgestellt werden.

Das Aufkommen von Alt-Batterien ist gegenüber 2023 gleich geblieben. Die Absteuerung in die Verwertungsanlagen hat sich verbessert, wodurch ein kontinuierlicher Abfluss der abgegebenen Batterien gewährleistet ist. Hier ist insbesondere das Aufkommen von Bleiakkumulatoren (Starter-Batterien) zu erwähnen. Hier hat sich die Menge gegenüber den Vorjahren weiter erhöht. Gleichzeitig stieg auch der Beratungsbedarf bei der Batterieentsorgung. Wegen der vermehrt auftretenden Unfälle und Brände mit Batterien wird es eine neue europäische Batterieverordnung geben. Lithium-Batterien werden, einer Überlegung folgend, wohl auch ein Pfandsystem erhalten.

Die Einführung alternativer Antriebe für Fahrzeuge zur Beförderung gefährlicher Güter erfordert es, sicherheitsrelevante Anpassungen der schriftlichen Weisungen und des ADR (Agreement concerning the international carriage of dangerous goods by road; deutsch: Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße) im Jahr 2025 einzuführen und umzusetzen. Zu den Änderungen im ADR werden auch elf neue Gefahrgut-Eintragungen notwendig, von denen fünf aus dem Bereich der Zellen und Batterien mit neuen UN-Nummern kommen.

Im Bereich Schulentsorgung und Apotheken ist ein Mengenrückgang der zu entsorgenden Schadstoffe festzustellen. Das rührt daher, dass immer weniger Schulen Chemikalien vorhalten, um chemische Experimente durchzuführen. Die meisten Experimente werden mittlerweile in Form virtuell interaktiver Chemiesimulationen und animierter virtueller Versuche durchgeführt.

Die Menge von nicht gefährlichen Abfällen (Dispersionsfarbe) ist gegenüber 2023 nahezu gleich geblieben.

Lage

a) Ertragslage

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (19.762 T€; Vorjahr 14.219 T€) beinhalten im Wesentlichen die Fremdleistungen für die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler, für den Betrieb der Kompostplätze Alsdorf-Warden und Würselen sowie Leistungen für den Betrieb der Zentraldeponie Alsdorf-Warden, für die Rostascheaufbereitung sowie die Betriebsführung (die Betriebsführung nur bis März 2024), für die Schadstoffsammlung, für Fremdleistungen der Abwasserentsorgung aus der Sickerwasserreinigungsanlage sowie den Kostenaufwand der Weiterbelastungen.

Der Anstieg ist überwiegend auf erhöhte Verbrennungskosten der MVA Weisweiler (um 3.759 T€) zurückzuführen. Seit dem 1. Januar 2024 wird auch die thermische Abfallverwertung in den nationalen Emissionshandel einbezogen. Dieser beträgt für das Jahr 2024 45 Euro pro Tonne CO_2 und wird von der MVA an den Endverbraucher weitergegeben. Die Auswirkungen sind je nach Müllzusammensetzung pro Tonne Abfall unterschiedlich, was Mehrkosten von 20 bis 45 Euro pro Tonne Abfall ausmachen kann. Auch im Bereich der Bio- oder Grünabfallentsorgung entsteht teilweise ein CO_2 Aufschlag nach BEHG. Diesen seltenen Fall hat die AWA bei der externen Entsorgung von Bio- und Grünabfällen, die z.B. verschmutzt, kontaminiert oder vermischt sind. Eine thermische Verwertung wird daher notwendig.

Zudem war eine Zunahme bei den Vergütungen an Dritte um 668 T€ (plus 51,5%) zu verzeichnen, die auf gestiegene Vergütungspreise für Papier, Pappe, Kartonagen (PPK) zurückzuführen ist.

Die Personalkosten beliefen sich im Berichtszeitraum auf 11.855 T€ und lagen damit um 817 T€ über dem Vorjahreswert (11.038 T€). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Neueinstellung von neun Mitarbeitenden in kaufmännischen und technischen Bereichen sowie aus einer durchschnittlichen Tariferhöhung von 11,5% zu Jahresbeginn 2024.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren insbesondere Kosten für Wartung/Instandhaltung (2.638 T€; Vorjahr 3.133 T€), Mieten (2.301 T€; Vorjahr 2.509 T€), KFZ-Kosten (655 T€; Vorjahr 738 T€), Fremdleistungen (575 T€; Vorjahr 643 T€), EDV/Kommunikationskosten (524 T€; Vorjahr 516 T€) und Kosten für Energieversorgung (494 T€; Vorjahr 487 T€) enthalten.

Die Umsatzerlöse sind aufgrund der für die Gesellschaft geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen (KAG, LSP u.a.) stark von den Entsorgungskosten abhängig, die wiederum maßgeblich von den Verbrennungskosten der MVA Weisweiler bestimmt werden.

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse entfallen mit etwa 29,7 Mio. € (Vorjahr 20,4 Mio. €) auf Entsorgungsentgelte, die damit über dem Niveau des Vorjahres liegen. Diese Entwicklung resultierte aus den höheren Entsorgungskosten im Bereich der Verbrennung.

Im Geschäftsjahr wurden Beteiligungserträge in Höhe von 3.364 T€ (Vorjahr 7.743 T€) erzielt.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen Schrotterlöse (4.960 T€; Vorjahr 4.211T€), Erlöse aus der Papiervermarktung (2.870T€; Vorjahr 2.107 T€), Erlöse aus Geschäftsbesorgungen (1.388 T€; Vorjahr 1.198 T€) Mieterlöse aus dem Betriebshof RegioEntsorgung (606 T€; Vorjahr 496 T€) und seit dem 01.04.2024 den Erlösen aus dem Mietvertrag des Standortes Rostaschenanlage an die MVA Weisweiler (134 T€).

In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 387 T€ (Vorjahr 587 T€) enthalten.

Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthält neben Darlehenszinsen (128 T€; Vorjahr: 143 T€) auch zinsbasierende Anpassungen aus langfristigen Rückstellungen für Erstattungsverpflichtungen aus Entgeltkalkulationen der Vorjahre (209 T€; Vorjahr 186 T€) sowie einer Rückstellung zur Rekultivierung (0 T€; Vorjahr 224 T€). Weiterhin wurden Zinsen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ausgewiesen (37 T€; Vorjahr 45 T€), die mit den Zinserträgen aus der Rückdeckungsversicherung (73 T€; Vorjahr 72 T€) verrechnet werden.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 2.874 T€ (Vorjahr Jahresüberschuss 1.136 T€) ab.

b) Vermögenslage

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft in Höhe von 114.015 T€ (Vorjahr 106.273 T€) lag um 7.742 T€ über dem Vorjahreswert.

Die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 2.592 T€, Anlagenzugänge in Höhe von 4.413 T€ sowie Anlagenabgänge zum Buchwert in Höhe von 12 T€ führten zu einer Erhöhung des Anlagevermögens von 45.920 T€ auf 47.729 T€.

Die Forderungen beinhalteten sonstige Vermögensgegenstände (9.007 T€; Vorjahr 6.999 T€), Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (10.125 T€; Vorjahr 12.916 T€), Forderungen gegen verbundene Unternehmen (186 T€; Vorjahr 355 T€) und Forderungen gegen Gesellschafter (2.358 T€; Vorjahr 2.706 T€).

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 2.874 T€ erhöht.

Die Eigenkapitalquote stieg von 23% auf 24%. Diese ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten gering. Aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlage lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten.

Das Verhältnis von Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) wies einen Wert von 192% aus.

Die Rückstellungen (61.724 T€; Vorjahr 68.129 T€) sanken um insgesamt 6.405 T€. Wesentliche Bewegungen ergaben sich aus den Bürgerrückstellungen (- 6.507 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (8.136 T€; Vorjahr 9.156 T€) reduzierten sich (1.020 T€) um die planmäßigen Tilgungen.

Die Zunahme der Verbindlichkeiten (24.887 T€; Vorjahr 13.588 T€) ist im Wesentlichen auf die ab dem Jahr 2024 geänderte Abrechnungssystematik zurückzuführen. Die im Rahmen der Nachkalkulation ermittelten Kostenunterdeckungen oder Kostenüberdeckungen werden jährlich von der AWA Entsorgung GmbH gegenüber dem ZEW schlussabgerechnet. Die daraus resultierenden gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten werden ab 2024 als Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter, dem Zweckverband Entsorgungsregion West, ausgewiesen.

c) Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2024	31.12.2023
	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	12.023	19.922
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-4.401	-13.451
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.019	-1.005
Veränderung des Finanzmittelfonds	+6.603	+5.466
Finanzmittelfonds am Anfang des Geschäftsjahres	36.134	30.668
Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	42.737	36.134

Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

a) Umweltschutz- und Klimaschutz

Die AWA E hat, mit dem entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss des 1. März 2024, verpflichtend begonnen ein zertifiziertes Energiemanagementsystem (EnMS) bis zum 18. Juli 2025 einzuführen. Auf der daraus resultierenden Datenbasis können nachfolgende Angaben zu den Auswirkungen auf den Umwelt- und Klimaschutz gemacht werden.

Insgesamt konnten im Jahr 2024 bei der AWA E in Summe 1.542 t CO_2 vermieden werden.

Die Eigenstrom- und Wärmenutzung aus den beiden Blockheizkraftwerken (BHKW) für Deponie- und Biogas sowie die Stromerzeugung aus der ersten in Betrieb befindlichen Dachflächen-Photovoltaikanlage auf den Rottetunneln des EZ Warden führten zu einer Vermeidung von 1.473 t CO_2 (-21 t CO_2 aus PV).

Durch den Einsatz von HVO 100 (Ökodiesel) bei den dieselbetriebenen Arbeitsmaschinen am EZ Warden konnten 73,5 t CO_2 vermieden werden.

Durch die Umstellung der Arbeitsmaschinen im Bereich der Sperrmüllbehandlung (von Dieselbetrieb auf Elektrobetrieb) konnten unter Bezug von Netzstrom 33,7 t CO_2 vermieden werden. Erfolgt hier eine Umstellung von Netz- auf PV-Strom, dann können weitere 86,6 t CO_2 vermieden werden.

Der Gesamtenergiebedarf der AWA E des Jahres 2024 betrug in Summe 12,456 GWh/a. Hieraus resultieren Treibhausgas-Emissionen vom 2.263 t/a CO^2, die die AWA im Jahr 2024 imitiert hat. Durch die konsequente Umstellung der Arbeitsmaschinen und des Fuhrparks von Dieselkraftstoff auf HVO 100 sowie die Inbetriebnahme der restlichen Dachflächen-Photovoltaik ist kurzfristig eine Reduktion um 928 t/a CO^2 auf 1.326 t/a CO^2-Emissionen möglich. Dies entspricht einer Reduktion der Treibhausgas-Emissionen von ca. 66% im Vergleich zur Verwendung konventioneller Energieträger bezogen auf das Jahr 2024.

Die Empfehlungen aus dem 2021 erstellten Klimaschutzkonzept werden sukzessive umgesetzt und durch neue Maßnahmen ergänzt. Darüber hinaus werden entdeckte Potentiale wie z.B. die Abwärmenutzung betrachtet und auf ihre technische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit geprüft.

Eines der Ziele der AWA E ist es, die Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2030 erreicht zu haben. Bis dahin wird, Stand heute, ein maximales Vermeidungspotential von ca. 74% der physikalischen THG-Emissionen (Rest ca. 1.000 t/a CO_2) prognostiziert.

b) Wasser, Abfall und Immissionsschutz

Die Einhaltung aller geltenden Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzvorgaben hat weiterhin höchste Priorität und konnte im Jahr 2024 wieder gewährleistet werden.

Nach erfolgreicher Prüfung wurde die AWA E wieder als zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb anerkannt und erhielt im Jahr 2024 die Jubiläumsurkunde für 25 Jahre als Entsorgungsfachbetrieb.

Über das Jahr 2024 hinweg fanden von Seiten der zuständigen Überwachungsbehörden folgende Kontrollen statt:

- 11. April 2024: EZ Warden – Umweltinspektion des Müllzerkleinerungsaggregates

Die Umweltinspektion wurde ohne Hinweise bestanden.

- 14. August 2024: EZ Rurbenden – Umweltinspektion und AwSV-Prüfung der Schadenstoffannahme inkl. Umschlagplatz

Die Prüfung wurden erfolgreich bestanden. Der Hinweis aus der Vorprüfung wurde damit abschließend bearbeitet.

- 4. Dezember 2024: EZ Horm – Abfallstromkontrolle

Die Prüfung wurde ohne Hinweise bestanden

c) Arbeitsschutz

Im Jahr 2024 hat die AWA E die Funktion der verantwortlichen Elektrofachkraft extern vergeben. Es wurden außerdem interne Mitarbeiter*innen bestimmt, die durch Schulungen und fachspezifische Weiterbildungen mittelfristig den externen Dienstleister ablösen können.

Die Maßnahmen im Rahmen des Projektes „Psychologische Belastung am Arbeitsplatz“ wurde im Jahr 2024 durch Teamgespräche, Beratung von Führungskräften und die Einführung der „Personalabteilung-vor-Ort“ begonnen. Die Erfolgskontrolle der Maßnahmen und die Aktualisierung der standortbezogenen Gefährdungsbeurteilungen (GBU) erfolgen in

regelmäßigen Abständen. Anlassbezogen werden die GBU sofort aktualisiert, sonst bei Bedarf jährlich im Anschluss an die Begehung der Standorte. Spätestens im Drei-Jahres-Rhythmus erfolgt die regelmäßige Aktualisierung.

Im Jahr 2024 wurde das Schwerpunktthema „Demografischer Wandel“ gestartet. Auf der Auftaktveranstaltung am 02.02.2024 haben die Abteilungs- und Betriebsleitungen sowie Teamleitungen aus der Verwaltung und Vertreter*innen des Betriebsrats teilgenommen. Hierbei wurden die Personengruppen im Alter von 50 – 59 Jahren, sowie die ab 60 Jahren in den Fokus gestellt.

d) Personalentwicklung

Im Jahr 2024 waren im Durchschnitt 157 Personen (ohne Aushilfen, Auszubildende sowie den Geschäftsführer) bei der AWA E tätig (2023: 148 Personen). Darüber hinaus wurden vier Personen im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ) im Jahr 2024 beschäftigt. (2023: sechs Personen) Eine Person wurde aus dem ANÜ-Verhältnis in ein Beschäftigungsverhältnis bei der AWA E übernommen (2023: zwei Personen).

Die Ausbildungsquote 2024 lag im Durchschnitt bei 6,48% (2023 war der Durchschnitt bei 6,39%). Über alle Fachbereiche und alle Ausbildungsjahre lag die AWA E im Durchschnitt bei 12 Personen, die auf das Berufsleben in Form einer Ausbildung vorbereitet wurden.

Sie werden in den Ausbildungsberufen Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Kaufleute für Büromanagement, Fachinformatiker*in und Kaufleute für Digitalisierungsmanagement bei der AWA E ausgebildet.

Drei Ausbildende haben im Jahr 2024 die Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen. Es wurden zwei Abschlüsse im dem Beruf Kaufleute für Büromanagement und ein Abschluss im Beruf Fachinformatiker*in für Systemintegration erlangt. In allen Fällen erfolgte im Anschluss an die Ausbildung eine dem Beruf entsprechende Übernahme und ein Beschäftigungsverhältnis bei der AWA E.

III. Prognosebericht

Nach dem Beitritt des Kreis Euskirchen als vierte Gebietskörperschaft des ZEW wird neben der Übernahme der Sperrmüllentsorgung zum 1. Januar 2023 zum 1. Januar 2025 die Hausmüllentsorgung des Kreises Euskirchen vom ZEW übernommen.

Im Zuge der Übernahme der Hausmüllentsorgung des Kreises Euskirchen ergibt sich gemäß der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen ZEW, AWA E, MVA Weisweiler sowie dem zweiten Gesellschafter der MVA Weisweiler eine weitere Kontingentverschiebung zugunsten der AWA E.

Die geplante Jahresverbrennungsleistung der MVA Weisweiler beträgt 380.000 t für 2025 (Vorjahr: 360.000 t).

Die im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) vorgesehene CO^2-Abgabe für Brennstoffe ist nunmehr in der Wirtschaftsplanung 2025 und in der Mittelfristplanung enthalten. Das Gesetz sieht eine Abgabe für das Jahr 2025 von 55 €/t fossiles CO^2 (ursprünglich 45 € /t fossiles Co_2) und im Jahr 2026 einen Anstieg auf bis zu 65 €/t fossiles CO_2 vor. In der Planung sind die CO^2-Preise entsprechend des fossilen und des biologischen Ursprungs abfallscharf berücksichtigt.

Der weiterhin erhöhte Störstoffanteil im Bioabfall gefährdet den Absatz des erzeugten Kompostes und führt zu steigenden Mengen, die aus dem Bioabfall ausgeschleust und in der MVA Weisweiler verbrannt werden müssen. Durch entsprechende Satzungsänderungen des ZEW ist auch die Möglichkeit geschaffen worden, den zusätzlichen Aufwand bei verschmutzten Anlieferungen als Zuschlag den Kommunen zu berechnen. Die Kampagne #wirfuerbio zur Verbesserung der Qualität in der Biotonne wird im Jahr 2025 fortgeführt.

Die AWA E hat ich entsprechend dem Energieeffizienzgesetz (EnEfG) vom 18.November 2023 verpflichtet, ein Energiemanagementsystem (EnMS) gemäß DIN EN ISO 50001:2018 einzuführen und zu betreiben. Der Anwendungsbereich des EnMS bezieht sich auf die gesamte Organisation und alle Prozesse der AWA E und gilt für alle Standorte. Ausgenommen sind die AWA-Kooperationen. Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen findet auch im Wirtschaftsplan 2025 Berücksichtigung. Im Jahr 2025 werden weitere Photovoltaikanlagen am EZ Warden in Betrieb genommen und ein Batteriespeichersystem errichtet. Auf den Dächern der anderen Entsorgungszentren sind ebenfalls PV-Anlagen geplant. Der Ausbau von Ladestationen, eine Tankstelle für HVO-Kraftstoff sowie die Rückgewinnung von Energie aus den Rottetunneln am EZ Warden sollen forciert werden. Hieraus entstehen neben einer höheren Effizienz und Autarkie positive Effekte auf den Klimaschutz.

Aus den zuvor genannten Sachverhalten resultiert ein für die AWA E überwiegend positiver Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025.

Das Planjahr 2025 weist Gesamt-Erlöse in Höhe von 59.811 T€ zur Deckung der geplanten Kosten von 57.498 T€ aus. Die AWA E schließt handelsrechtlich nach Steuern das Planjahr 2025 mit einem kalkulierten Überschuss von 2.313 T€ ab.

IV. Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem ist fester Bestandteil des betrieblichen Alltags. Alle Geschäftsabläufe werden einer regelmäßigen Überprüfung durch eine extern beauftragte Beratungsgesellschaft unterzogen.

Die Zielsetzung des Risikomanagements ist es, bestehende und mögliche Risiken für alle Bereiche des Unternehmens zu identifizieren, sie kontextspezifisch zu bewerten sowie daraus abgeleitet strategische Maßnahmen zur Reduzierung, Vermeidung oder Kompensation von Risiken festzulegen. Darüber hinaus ist ein wesentlicher Bestandteil des Risikomanagements, die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen durch Kontrollmechanismen sicherzustellen.

Ein Risiko ist dabei alles, was die AWA E an der Erreichung ihrer Ziele hindern kann. Zum Risiko gehört die Möglichkeit, dass ein Schaden oder Nachteil eintritt oder eine positive Entwicklung bzw. ein Vorteil ausbleibt. Risiken sind in allen Bereichen des Unternehmens möglich und können alle Hierarchieebenen betreffen.

Im ersten Halbjahr eines Jahres findet in Einzelgesprächen zwischen der Beratungsgesellschaft und den für die jeweiligen Betriebs- und Unternehmensbereiche zuständigen Mitarbeitenden die Inventur aller bestehenden und potenziellen Risiken statt. Als Hilfsmittel bei der Risikoerkennung wird der Leitfaden für die Risikoinventur verwendet. Hierbei handelt es sich um den an die Bedürfnisse des Unternehmens angepassten Fragenkatalog des Institutes der Wirtschaftsprüfer (IDW) zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach §53 HGrG (IDW PS 720). Zur besseren Handhabbarkeit wurden die Fragen im Leitfaden den Risikoarten Strategierisiko, Marktrisiko, Rechtsrisiko, Finanzrisiko und Betriebsrisiko zugeordnet. Betriebsspezifische Aspekte werden mittels ergänzender Fragen beleuchtet. Die Ergebnisse werden dokumentiert.

Im zweiten Halbjahr werden die anerkannten Risiken hinsichtlich ihrer geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeit, der Bestandsgefährdung sowie dem anzunehmenden Höchstschadenswert (Worst Case) und den mittleren zu erwartendem Schadenswert mit der Beratungsgesellschaft in einem gemeinsamen Termin mit allen Verantwortlichen bewertet. Die Ergebnisse werden anschließend der Geschäftsführung vorgelegt.

Das Risikomanagement der AWA E profitiert dabei vom bundesweiten Einsatz des beauftragten Beraters. Damit ist die Gesellschaft in der Lage, die durch den Betrieb entstehenden Risiken adäquat zu bewerten und zu monitoren.

Chancenbericht

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und der damit verbundenen Sperrmüll – und Hausmüllentsorgung ergeben sich diverse Chancen für die AWA E. Die dadurch gesicherte Auslastung der Anlagen der AWA E und des Konzerns (MVA Weisweiler und Rostaschenanlage) sorgen für Planungssicherheit. Durch die gesicherte und planbare Anlieferung von Sperrmüllmengen lassen sich bestehende Recyclingpotentiale im Sinne der Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft besser aus dem Abfallstrom heben.

Die Aufbereitung des kommunalen Sperrmülls, welche bereits im Jahr 2024 intensiviert wurde, kann hierdurch über die kommenden Jahre weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus lassen sich durch gesicherte Abfallmengen Prozesse wirtschaftlicher darstellen und Fixkosten anteilig senken.

Durch die allgemein steigende Verantwortung für Umwelt- und Klimaschutz, die zur Einhaltung dieser Verantwortung eigens gesteckten Ziele, anhaltend hohe Energiepreise sowie die Verschärfung entsprechender rechtlicher Vorgaben ergeben sich auch im Energiebereich und vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien Chancen für die AWA E. So befindet sich die AWA E zurzeit mit verschiedenen Partnern in Gesprächen zur Nutzung freier Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen. Auch die Nutzung bestehender Abwärme potentiale, die Steigerung von Effizienz und Autarkie sowie die Umstellung auf alternative Kraftstoffe und Antriebe werden aktuell untersucht und gefördert.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang zum einen die Zusammenarbeit zwischen der MVA Weisweiler, der RWE Power AG und der STAWAG zur Wahrnehmung von Wärme- und Stromerzeugungsaufgaben durch den Bau einer Kraft-Wärme-Koppelungsanlage und die Einspeisung der erzeugten Wärme in Fernwärmleitungen. Zum anderen gilt die mögliche Einrichtung und der Betrieb einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf der Deponiefläche des EZ Warden als wegweisendes und zukunftsträchtiges Projekt, von dem ein nachhaltiger und wirtschaftlicher Mehrwert erwartet wird. Hierzu führt die AWA E aktuell Gespräche mit kommunalen Partnern und Energieversorgern.

Durch die Einführung und Nutzung digitaler Lösungen, nicht nur im technischen Bereich (wie z.B. KI-Bonitierung im EZ-Horm), sondern vor allem im kaufmännischen Bereich, verspricht sich die AWA E mehrere Chancen. Die Verbesserung der Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den Fachabteilungen, eine klare und einheitliche Gestaltung von Prozessen, das Schaffen von Verbindlichkeiten und nicht zuletzt, in Zeiten des Fachkräftemangels, die Sicherung des Wissenstransfers sowie die Konservierung des vorhandenen Wissens sind zentrale Punkte dieser Maßnahme.

Weiterhin sieht die AWA E allgemein Chancen durch technologische Innovationen, die Erweiterung des Dienstleistungsangebotes und bei der Unterstützung von Zukunftsprojekten in der Entsorgungs- und Verwertungsbranche. Hieraus sollen möglichst langfristige, strategische Ansätze zur nachhaltigen Weiterentwicklung der AWA E abgeleitet werden, damit die Möglichkeit besteht, zukünftige Entwicklungen aktiv mitzugestalten.

Risikobericht

Entsprechend des Risikomanagementsystems wurden Risiken im Unternehmen identifiziert. Einzelne dieser Risiken wurden als Top-Risiken bewertet, d.h. sie wurden als potenziell bestandsgefährdend eingeschätzt bzw. ihr Höchstschadenswert wurde mindestens als schwerwiegend eingeschätzt. Für diese Top-Risiken ist ein Frühwarnsystem mit Indikatoren, Schwellenwerten und Gegenmaßnahmen hinterlegt.

Unter diese Top-Risiken fallen Risiken in Bezug auf die Änderung und/oder Einhaltung der Ziele und Vorgaben auf kommunaler Ebene sowie Landes- und Bundesebene sowie Risiken in Verbindung mit IT-Sicherheit und Cyber-Resilienz (insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der KRITIS-Verordnung).

Des Weiteren fallen hierunter Risiken zur Zusammenarbeit mit wichtigen Geschäftspartnern und Risiken in Verbindung mit dem Anlagen- und Deponiebetrieb.

Ein weiteres Top-Risiko besteht, wenn bedingt durch z.B. Änderung der Rechts- und/oder Vertragslage die andienungspflichtigen Mengen in großem Maße und nicht nur für einen begrenzten Zeitraum einberechnen. Rückläufige Mengen würden zu nicht ausgelasteten Anlagen und Mindereinnahmen führen, welche die Fixkosten nicht mehr decken. Es ist allerdings festzuhalten, dass obwohl die Liberalisierung der Abfallbeseitigung immer wieder diskutiert wird und die andienungspflichtigen Mengen Schwankungen unterworfen sind, diese Mengen Schwankungen unterworfen sind, diese Mengen aktuell stabil bis steigend sind.

Als nicht bestandsgefährdendes, trotzdem aber nicht zu vernachlässigendes Risiko wurde im Bereich Personal das Risiko Personalengpass identifiziert. Der Fachkräftesicherung wird in den kommenden Jahren ein großer Wert für die Sicherung des Geschäftsmodells beigemessen. Die AWA E hat deshalb das Thema demografischer Wandel zu seinem nächsten Schwerpunkt-Thema im Arbeitsschutz ausgewählt.

3.4.1.3 AWA Service GmbH

Firmensitz:
Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 12652
Gründungsdatum: 19.07.2004
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: - / 26,56% / 26,56%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Dr. Neumann, Schmeer und Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen im Auftrag des Zweckverbandes Entsorgungsregion West und der AWA Entsorgung GmbH und zwar einschließlich Errichtung, Erwerb und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Maßnahmen treffen, sofern sie von untergeordneter Bedeutung sind, die die Aufgabenerfüllung für den Zweckverband Entsorgungsregion West und die AWA Entsorgung GmbH nicht negativ beeinträchtigen und sich im Rahmen des §8 GKG NW sowie der §§ 107, 108 GO NW halten. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich mit Zustimmung der Gesellschafter an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft darf auch sonstige Maßnahmen treffen, sofern sie von untergeordneter Bedeutung sind, die die Aufgabenerfüllung für den Zweckverband Entsorgungsregion West und die AWA Entsorgung GmbH nicht negativ beeinträchtigen und im Rahmen des § 8 GKG NRW sowie der §§ 107 und 108 GO NRW halten. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich mit Zustimmung der Gesellschaft an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwerten.

Kapital

Stammkapital	25.000 €; 0 Stimmen

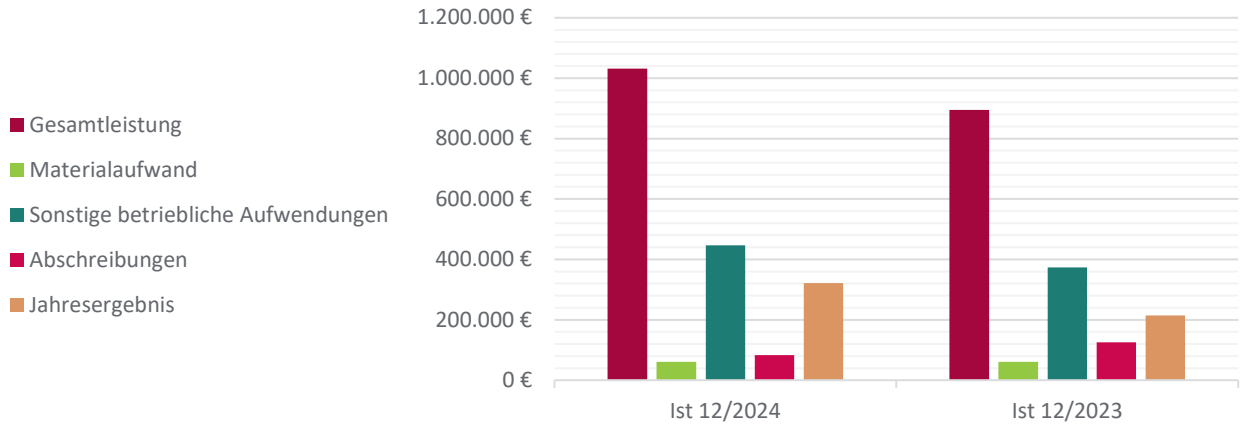
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
AWA Entsorgung GmbH	25.000,00 €	100,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

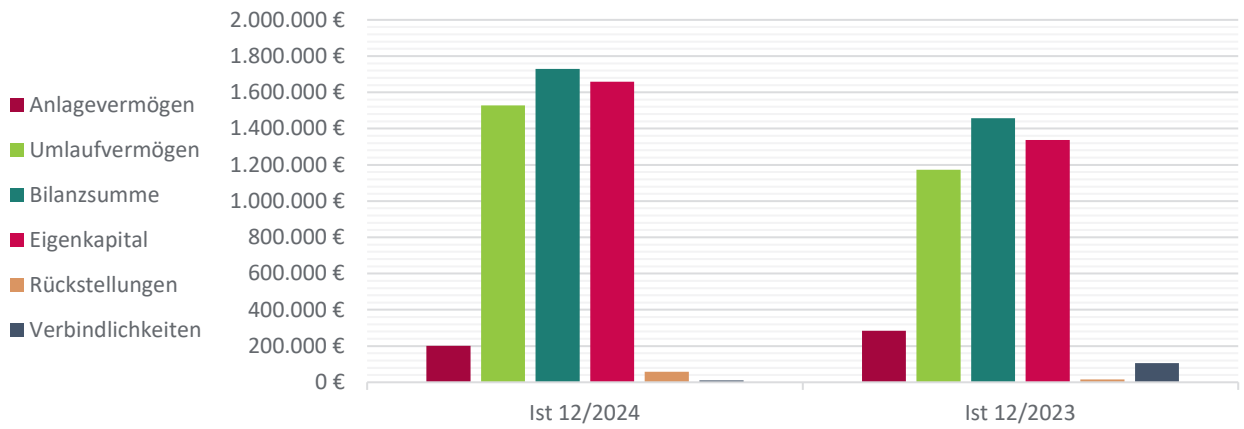
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	889.509,38	889.407,51	101,87
Sonstige betriebliche Erträge	142.273,95	5.740,00	136.533,95
Gesamtleistung	1.031.783,33	895.147,51	136.635,82
Materialaufwand	60.926,85	60.888,94	37,91
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	60.926,85	60.888,94	37,91
Rohergebnis	970.856,48	834.258,57	136.597,91
Personalaufwand	-	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	446.614,84	373.233,42	73.381,42
EBITDA	524.241,64	461.025,15	63.216,49
Abschreibungen	82.983,00	125.450,40	-42.467,40
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	82.983,00	125.450,40	-42.467,40
EBIT	441.258,64	335.574,75	105.683,89
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.199,55	-	19.199,55
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.313,24	7.531,35	-3.218,11
EBT	456.144,95	328.043,40	128.101,55
Steuern vom Einkommen und Ertrag	60.534,83	40.262,24	20.272,59
Ergebnis nach Steuern	395.610,12	287.781,16	107.828,96
Sonstige Steuern	73.617,41	73.617,41	0,00
Jahresergebnis	321.992,71	214.163,75	107.828,96

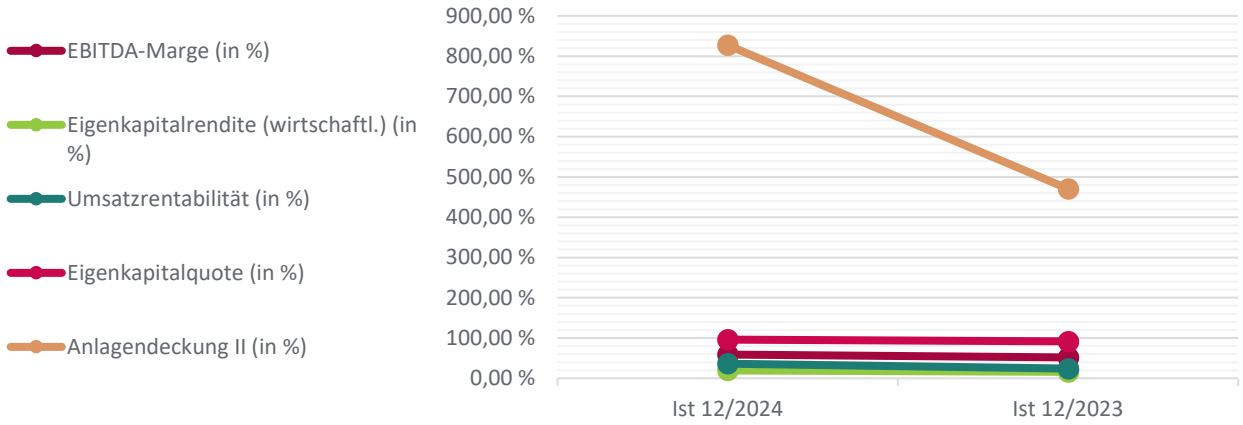
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	200.520,24	284.097,24	-83.577,00
Sachanlagen	200.520,24	284.097,24	-83.577,00
Grundstücke und Gebäude	99.840,24	101.747,24	-1.907,00
Technische Anlagen und Maschinen	8.212,00	10.207,00	-1.995,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	92.468,00	172.143,00	-79.675,00
Umlaufvermögen	1.527.954,06	1.173.590,50	354.363,56
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	72.441,76	63.545,45	8.896,31
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.249,89	0,00	11.249,89
Forderungen gegen Gesellschafter	16.524,87	18.013,45	-1.488,58
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	44.667,00	45.532,00	-865,00
Kasse, Bankguthaben, Schecks	1.455.512,30	1.110.045,05	345.467,25
Bilanzsumme	1.728.474,30	1.457.687,74	270.786,56
Passiva			
Eigenkapital	1.658.887,30	1.336.894,59	321.992,71
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.311.894,59	1.097.730,84	214.163,75
Jahresergebnis	321.992,71	214.163,75	107.828,96
Rückstellungen	58.800,00	15.502,41	43.297,59
Steuerrückstellungen	-	0,00	0,00
sonstige Rückstellungen	58.800,00	15.502,41	43.297,59
Verbindlichkeiten	10.787,00	105.290,74	-94.503,74
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.968,17	22.290,74	-18.322,57
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	6.818,83	83.000,00	-76.181,17
Bilanzsumme	1.728.474,30	1.457.687,74	270.786,56

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	58,9	51,8	7,1
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	19,4	16,0	3,4
Umsatzrentabilität (in %)	36,2	24,1	12,1
Eigenkapitalquote (in %)	96,0	91,7	4,3
Anlagendeckung II (in %)	827,3	470,6	356,7

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	0	0	0
Verschuldungsgrad (in %)	4,2	9,0	-4,8

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Dirk Hanke

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die AWA Service GmbH wurde durch notarielle Urkunde vom 19. Juli 2004 gegründet und am 20. September 2004 unter der HR B 12652 in das Handelsregister Aachen eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Eschweiler.

Die Gründung sowie die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung der AWA Service GmbH ergibt sich aus der Gemeindeverordnung NRW § 108 Abs. 3 Nr. 2 zwischen der AWA Service GmbH und ihrer 100 %igen Muttergesellschaft, der AWA Entsorgung GmbH, bestehen Leistungsbeziehungen. Die primären Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH ergeben sich aus dem Abfallwirtschaftskonzept des Zweckverbandes Entsorgungsregion West.

Die Geschäftstätigkeit der AWA Service GmbH beschränkt sich auf die reine Vermögensverwaltung der Betriebsmittel und Grundstücke.

Wie die Gesellschaft diese öffentlichen Zwecksetzung im Geschäftsjahr 2024 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Lageberichtes.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft war im Jahresverlauf 2024 von einer wirtschaftlichen Stagnation bei gleichzeitig hohen, wenn auch rückläufigen Inflationsraten geprägt. Ursache für diese schwächere Entwicklung waren vor allem Nachwirkungen der massiven Kaufkraftverluste im Zuge der Energiepreiskrise, die den privaten Konsum geschwächt haben. Hinzu kamen eine deutlich geringere Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft sowie dämpfende Effekte der geopolitischen Spannungen und Krisen.

Weiterhin sorgen die hohen Energiepreise für Kaufkraftverluste und Konsumunsicherheiten der privaten Haushalte. Durch den Anstieg des Leitzinses der Europäischen Zentralbank litten die Konsum- und die Baukonjunktur, da die realen Haushaltseinkommen gesunken und die Finanzierungskosten gestiegen sind. Um die Schwankungen der Inflation zu stabilisieren, wurden die Leitzinsanhebungen schnell und kräftig angehoben, ab Juni 2024 aber von 4 % auf 3,25 % gesenkt. Auch ist eine merkliche Wende bei der Produktion in den energieintensiven Industriezweigen in Deutschland trotz gesunkener Energiepreise bislang ausgeblieben.

Geschäftsverlauf

Die AWA Service GmbH agierte im Jahre 2024 als vermögensverwaltende Gesellschaft am Standort Horm.

Sie vermietet ihre Grundstücke und Betriebsanlagen an die AWA Entsorgung GmbH, welche berechtigt ist, weitere Untervermietungen vorzunehmen. Die Umsatzerlöse resultieren daher in der Hauptsache aus Mieteinnahmen und Weiterbelastungen. Die Weiterbelastungen beinhalten Kosten für laufende Aufwendungen aus den zu vermietenden Grundstücken und Betriebsanlagen.

In 2024 wurden mehrere Rollen aufgrund von Verschleiß repariert oder komplett erneuert.

Im Rahmen der Überprüfung der automatischen Sprinkleranlage im Jahr 2023 wurde festgestellt, dass die Durchlaufzeit des Luftabzugs und des nachfolgenden Wasserzulaufs die aktuellen Anforderungen nicht erfüllte.

Daraufhin wurde im Jahr 2024 eine hydraulische Berechnung durchgeführt und entsprechende Instandsetzungsmaßnahen beauftragt.

Die Umbaumaßnahmen erfolgen im ersten Quartal 2025.

Im Jahr 2024 wurden die Wand- und Außenhydranten durch einen Sachverständigen geprüft. Die Prüfung hat ergeben, dass bei den Innenhydranten das vorgegebene Zeitfenster, in dem Wasser ankommen muss, nicht eingehalten wird. Weitere Maßnahmen werden für 2025 geplant.

Höhere Reparaturaufwendungen sind entstanden, weil bei Wartungsarbeiten an den Hauben der Rauch- und Wärmeabzugsanlagen starke Korrosionsschäden festgestellt wurden und bei der Funktionsprüfung durch den VDS (Verband der Sachversicherer e.V. / Schadenverhütung GmbH) Druckschläuche aufgrund des Alters geplatzt sind. Nach einer Überprüfung durch den Errichter Firma wurden sämtliche Bauteile, welche nicht mehr funktionstüchtig waren, ausgetauscht (53 T€). Auch alle Druckschläuche wurden erneuert. Nach der Reparatur wurde die Anlage vom VDS abgenommen.

Lage

a) Ertragslage

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse (insgesamt 890 T€; Vj. 889 T€) betreffen in weit überwiegenden Anteilen Mieterlöse (844 T€; Vj. 844 T€) sowie Erlöse aus Weiterbelastungen (36 T€; Vj. 36 T€).

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich um Erlöse aus Sachversicherungsleistungen (1 T€) sowie Mehrerlöse aus Anlagenabgängen (141 T€). Diese betreffen den Verkauf von Containern, zwei Sennebogen Greifbagger und einem Radlader.

Die Abschreibungen i.H.v. 83 T€ (Vj. 125 T€) reduzieren sich aufgrund vollständig abgeschriebener Anlagegüter sowie der Anlagenabgänge im Bereich der Arbeitsmaschinen um 42 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen (ca. 183 T€) und Gebäude/Raumpflegearbeiten (ca. 39 T€).

Die Versicherungen der AWA Service GmbH, welche die Gebäude inkl. Feuerversicherung und die Betriebshaftpflichtversicherung beinhalten, betragen 208 T€ (Vj. 194 T€). Der Anstieg zum Vorjahr ist auf die erhöhte Gefahren- und Risikogruppe im Entsorgungsbereich zurückzuführen.

Die Instandhaltungsaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 63 T€ gestiegen (183 T€, Vj. 120 T€).

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss von 322 T€ (Vj. 214 T€) ab.

Der geplante Jahresüberschuss i.H.v. 239 T€ wurden um 83 T€ überschritten.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Die notwendige Liquidität ist vorhanden und wird zudem bei Bedarf durch die Muttergesellschaft sichergestellt.

Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage wurden die nachfolgenden Kapitalflussrechnung erstellt:

	2024 - T€ -	2023 - T€ -
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	429	251
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0	-4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-83	-82
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	346	165
Finanzmittelfonds am Jahresanfang	1.110	945
Finanzmittelfonds am Jahresende	1.456	1.110

Insgesamt beträgt der Finanzmittelfonds Ende des Jahres T€ 1.456 (Vj. T€ 1.110).

c) Vermögenslage

Das langfristige Vermögen der Gesellschaft wird durch das Anlagevermögen repräsentiert, das 12% des Gesamtvermögens umfasst.

Das kurzfristige Vermögen (1.529 T€) übersteigt das kurzfristige Fremdkapital (70 T€).

Das Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr um 270 T€ auf nunmehr 1.728 T€ erhöht (Vj 1.458).

Grundsätzlich war die Liquidität der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 durch die Einräumung von vertraglich geregelten Gesellschafterdarlehen gewährleistet. Der Darlehensvertrag beinhaltet Regelungen für ein Investitionsdarlehen sowie für ein Liquiditätsdarlehen zur Finanzierung des laufenden Geschäftsverkehrs. Zum 31.12.2023 lag noch ein Gesellschaftsdarlehen i. H. v. 83 T€ vor; die vollständige Tilgung erfolgte im Dezember 2024. Der Darlehensvertrag wurde insgesamt gekündigt.

Für das Geschäftsjahr 2024 wurden aus einem Festgeldkonto Zinserträge in Höhe von 19 T€ erzielt.

Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2024 erzielte die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 322 T€. Im Wirtschaftsplan war ein Jahresergebnis von 239 T€ anvisiert. Im Wesentlichen beruhen die Abweichungen zwischen Planung und tatsächlichem Jahresergebnis auf den Veräußerungserlösen aus Anlagenabgängen. Demgegenüber stehen ungeplante Mehraufwendungen bei den Instandhaltungen.

Im Wirtschaftsjahr 2025 wird mit Erlösen in Höhe von ca. 881 T€ geplant, die sich in der Hauptsache aus Mieteinnahmen ergeben. Den Umsatzerlösen stehen Kosten von 598 T€ (Vorjahr 596 T€) entgegen, die im Wesentlichen Abschreibungen, Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung, Versicherungen und sonstige betriebliche Aufwendungen beinhalten.

Die Wartungs- und Instandhaltungskosten werden mit 171 T€ angesetzt und steigen um 30 T€ zum Vorjahresplan (141 T€). Die AWA Service GmbH übernimmt alle Kosten der Instandhaltung und Wartung des Gebäudes und der Betriebsvorrichtungen, die mit dem Gebäude oder den Flächen am EZ Horm verbunden sind.

Im Wirtschaftsplan 2025 ist ein Jahresergebnis in Höhe von 202 T€ (Vj. 239 T€) geplant.

Für das Wirtschaftsjahr 2025 wurde eine Investition in Höhe von 5 T€ für eine Klimaanlage am Kleinanlieferplatz eingeplant.

Bei Feststellung von Mängeln an den Mietgegenständen prüf die AWA Service GmbH, ob eine Reparatur möglich und auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Ist dies der Fall, so trägt die AWA Service GmbH die Kosten für die Instandsetzung. Ist eine Reparatur unmöglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar, so wird der Gegenstand verkauft oder verschrottet. Anlagegüter der AWA S, die seitens der AWA Service GmbH nicht ersetzt aber noch benötigt werden, werden von der AWA Entsorgung GmbH neu angeschafft.

Lediglich der Ersatz- oder die Neubeschaffung von Verschleißteilen zur Instandsetzung von beweglichen Mietgegenständen wird durch die AWA Service GmbH übernommen (Mietvertrag über bewegliche Sachen §5 (2) Pflichten des Mieters).

Sofern Investitionen für den Ersatz oder Austausch beweglicher Gegenstände erforderlich werden, sind diese von der AWA Entsorgung GmbH zu übernehmen.

Investitionen die Immobilien der AWA Service GmbH betreffen, werden weiterhin von der AWA Service GmbH übernommen.

Chancen- und Risikobericht

Als Grundstücksverwaltungsgesellschaft sind die Chancen und Risiken der AWA Service GmbH gering. Hinausführende und bestandsgefährdende Risiken werden aufgrund des eng begrenzten Geschäfts und der vertraglichen Bindungen zur Muttergesellschaft nicht gesehen.

3.4.1.4 MVA Weisweiler GmbH & Co.KG

Firmensitz:
Zum Hagelkreuz 22
52249 Eschweiler

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Handelsregisternummer: 5528
Gründungsdatum: 11.09.1997
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: - / 13,28% / 13,28%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

DORNBACH GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens sind

- wirtschaftlicher und umweltverträglicher Betrieb der MVA Weisweiler,

- technische Weiterentwicklung der MVA Weisweiler,

- alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten,

- Beteiligung an anderen Unternehmungen,

- Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Reststoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auf Basis einer Zusammenarbeitsvereinbarung aus dem Jahr 1997 haben sich die Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH (AWA) und EGN-Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (EGN) gleichberechtigt verpflichtet, jeweils ein Anlieferkontingent in Höhe von 145.000 t/a anzuliefern und stehen im Rahmen einer „bring or pay"- Regelung dafür auch finanziell in der Pflicht. Die Möglichkeit, die MVA Weisweiler gleichberechtigt in der sogenannten „freien Spitze" auszulasten, bietet beiden Vertragspartnern die Chance, die Aufwendungen für die Sicherung der „Pflicht-Müllmengen" zu kompensieren. Zum 1. Dezember 2017 ist dieses Anlieferkontingent für beide Gesellschafter auf jeweils 180.000 t/a erhöht worden. Im Jahr 2023 wurde das Kontingent der AWA auf 186.000 t/a erhöht und das Kontingent der EGN auf 174.000 t/a verringert. Ab Januar 2025 beträgt das Kontingent der AWA 203.625 t/a, das der EGN 156.375 t/a. Damit ist die Belieferung der MVA Weisweiler mit mindestens 360.000 t Verbrennungsabfällen pro Jahr langfristig vertraglich gesichert. Infolge der zunehmenden Bedeutung erneuerbarer Energien, des beschlossenen Kohleausstiegs und nicht zuletzt der jüngsten Entwicklung in der Versorgung Deutschlands mit Gas und Öl wird die Rolle der MVA Weisweiler als Energielieferant immer wichtiger. Aus diesem Grund prüft die MVA Weisweiler zurzeit, wie die im Brennstoff „Abfall" enthaltene Energie nicht nur als Strom und Dampf, sondern auch als Wärme oder für die Produktion von Wasserstoff oder alternativen Kraftstoffen wirtschaftlich genutzt werden kann.

Kapital

Kommanditeinlage	5.000.000 €; 0 Stimmen
Komplementäreinlage	0 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

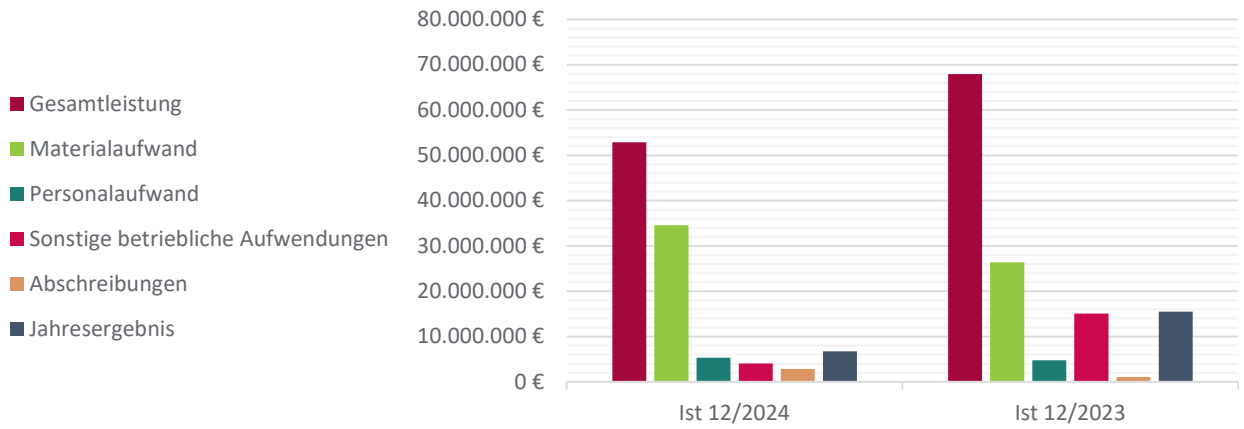
Komplementär		
MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH	0,00 €	0,00 %

Kommanditisten		
AWA Entsorgung GmbH	2.500.000,00 €	50,00 %
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	2.500.000,00 €	50,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

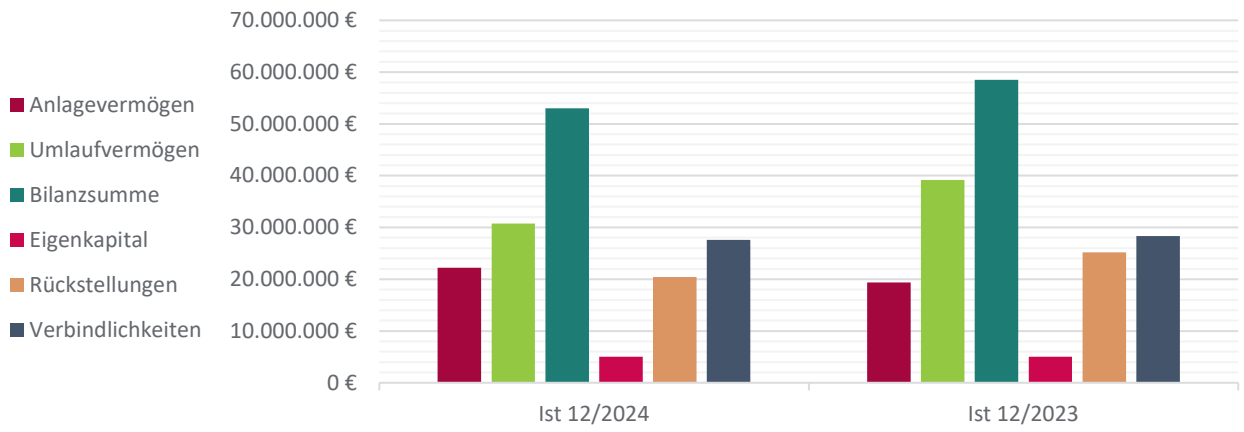
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	47.196.010,56	66.881.442,73	-19.685.432,17
Andere aktivierte Eigenleistungen	261.224,00	-	261.224,00
Sonstige betriebliche Erträge	5.440.201,24	1.047.456,16	4.392.745,08
Gesamtleistung	52.897.435,80	67.928.898,89	-15.031.463,09
Materialaufwand	34.588.616,13	26.393.546,87	8.195.069,26
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	12.697.378,58	3.866.784,02	8.830.594,56
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	21.891.237,55	22.526.762,85	-635.525,30
Rohergebnis	18.308.819,67	41.535.352,02	-23.226.532,35
Personalaufwand	5.294.809,29	4.773.261,49	521.547,80
dar.: Löhne und Gehälter	4.476.561,14	4.050.909,81	425.651,33
dar.: soziale Abgaben	818.248,15	722.351,68	95.896,47
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.080.974,30	15.042.521,38	-10.961.547,08
EBITDA	8.933.036,08	21.719.569,15	-12.786.533,07
Abschreibungen	2.832.959,50	1.084.120,75	1.748.838,75
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	2.832.959,50	1.084.120,75	1.748.838,75
EBIT	6.100.076,58	20.635.448,40	-14.535.371,82
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	767.983,55	316.159,47	451.824,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	23,00	-23,00
EBT	6.868.060,13	20.951.584,87	-14.083.524,74
Steuern vom Einkommen und Ertrag	147,00	5.378.913,00	-5.378.766,00
Ergebnis nach Steuern	6.867.913,13	15.572.671,87	-8.704.758,74
Sonstige Steuern	140.602,50	87.021,78	53.580,72
Jahresergebnis	6.727.310,63	15.485.650,09	-8.758.339,46
Gutschrift / Belastung auf Kapitalkonten	-6.727.310,63	-15.485.650,09	8.758.339,46
Bilanzergebnis	0,00	0,00	0,00

Bilanz

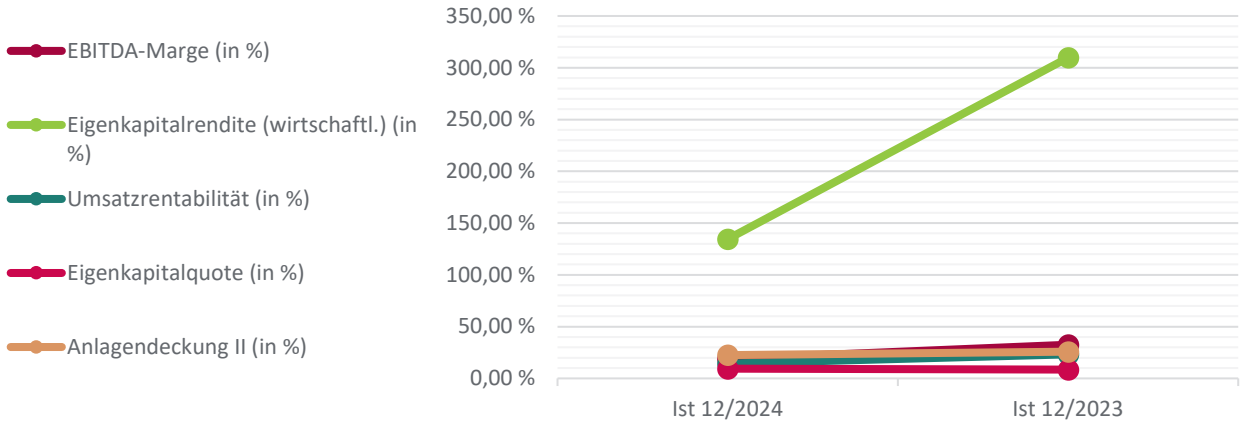


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	22.248.674,98	19.389.194,39	2.859.480,59
Immaterielle Vermögensgegenstände	14.717,00	24.529,00	-9.812,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	14.717,00	24.529,00	-9.812,00
Sachanlagen	22.233.957,98	19.364.665,39	2.869.292,59
Grundstücke und Gebäude	7.367.118,00	4.527.041,00	2.840.077,00
Technische Anlagen und Maschinen	12.672.151,00	3.024.082,00	9.648.069,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	550.680,00	292.712,00	257.968,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.644.008,98	11.520.830,39	-9.876.821,41
Umlaufvermögen	30.758.041,05	39.138.780,66	-8.380.739,61
Vorräte	8.089.762,40	160.000,00	7.929.762,40
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.089.762,40	160.000,00	7.929.762,40
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.898.463,06	6.332.097,74	-2.433.634,68
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.663,32	28.737,31	-25.073,99
Forderungen gegen Gesellschafter	1.387.156,66	97.046,83	1.290.109,83
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	2.507.643,08	6.206.313,60	-3.698.670,52
Kasse, Bankguthaben, Schecks	18.769.815,59	32.646.682,92	-13.876.867,33
Rechnungsabgrenzungsposten	9.284,98	11.441,16	-2.156,18
Bilanzsumme	53.016.001,01	58.539.416,21	-5.523.415,20
Passiva			
Eigenkapital	5.000.000,00	5.000.000,00	0,00
Kapitalanteile	5.000.000,00	5.000.000,00	0,00
dar.: Kapitalanteile Kommanditisten	12.784.000,00	12.784.000,00	0,00
dar.: nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-7.784.000,00	-7.784.000,00	0,00
Bilanzergebnis	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	20.439.818,58	25.215.364,87	-4.775.546,29
Steuerrückstellungen	0,00	5.022,00	-5.022,00

sonstige Rückstellungen	20.439.818,58	20.192,00	20.419.626,58
Verbindlichkeiten	27.576.182,43	28.324.051,34	-747.868,91
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.262.283,77	1.947,00	6.260.336,77
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	20.523.691,47	25.898,00	20.497.793,47
Sonstige Verbindlichkeiten	790.207,19	478,00	789.729,19
Bilanzsumme	53.016.001,01	58.539.416,21	-5.523.415,20

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	18,9	32,5	-13,6
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	134,5	309,7	-175,2
Umsatzrentabilität (in %)	14,3	23,2	-8,9
Eigenkapitalquote (in %)	9,4	8,5	0,9
Anlagendeckung II (in %)	22,5	25,8	-3,3

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	50	50	0
Verschuldungsgrad (in %)	960,3	1.070,8	-110,5

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

kaufmännische/-r Geschäftsführer/-in
Herr Herbert Josef Küpper — MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH

technische/-r Geschäftsführer/-in
Herr Andreas Fries — MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH

Prokurist/-in
Herr Dirk Hanke
Herr Udo Martinett

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Dr. Thomas Griese (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Franz-Josef Kogel (CDU)	
Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Frau Birgit Nolte	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 3 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 18,75 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens MVA Weisweiler GmbH & Co. KG (MVA KG) sind der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb der Müllverbrennungsanlage Weisweiler (MVA Weisweiler) und alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten. Dieser Betrieb soll unter wirtschaftlichen Randbedingungen stattfinden, die möglichst niedrige Verbrennungsentgelte verursachen. Außerdem kann das Unternehmen alle mit der thermischen Abfallbehandlung verbundenen Geschäftstätigkeiten übernehmen.

Auf Basis einer Zusammenarbeitsvereinbarung aus dem Jahr 1997 haben sich die Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH (AWA) und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (EGN) gleichberechtigt verpflichtet, jeweils ein Anlieferkontingent in Höhe von 145.000 t/a anzuliefern und stehen im Rahmen einer „Bring or pay"-Regelung dafür auch finanziell in der Pflicht. Die Möglichkeit, die MVA Weisweiler gleichberechtigt in der sogenannten „freien Spitze" auszulasten, bietet beiden Vertragspartnern die Chance, die Aufwendungen für die Sicherung der „Pflicht-Müllmengen" zu kompensieren.

Zum 1. Dezember 2017 ist dieses Anlieferkontingent für beide Gesellschafter auf jeweils 180.000 t/a erhöht worden. Im Jahr 2023 wurde das Kontingent der AWA auf 186.000 t/a erhöht und das Kontingent der EGN auf 174.000 t/a verringert.

Ab Januar 2025 beträgt das Kontingent der AWA 203.625 t/a, das der EGN 156.375 t/a. Damit ist die Belieferung der MVA Weisweiler mit mindestens 360.000 t Verbrennungsabfällen pro Jahr langfristig vertraglich gesichert.

Infolge der zunehmenden Bedeutung erneuerbarer Energien, des beschlossenen Kohleausstiegs und nicht zuletzt der jüngsten Entwicklung in der Versorgung Deutschlands mit Gas und Öl wird die Rolle der MVA Weisweiler als Energielieferant immer wichtiger. Aus diesem Grund prüft die MVA Weisweiler zurzeit, wie die im Brennstoff „Abfall" enthaltene Energie nicht nur als Strom und Dampf, sondern auch als Wärme oder für die Produktion von Wasserstoff oder alternativen Kraftstoffen wirtschaftlich genutzt werden kann.

Forschung & Technische Entwicklung

Die Gesellschaft ist ständig darum bemüht, alle Erkenntnisse aus dem laufenden Betrieb dahingehend zu nutzen, die Durchsatz- und Zeitverfügbarkeiten zu verbessern und die Wartungsmaßnahmen und -abläufe zu optimieren. Vorrangiges Ziel ist die Senkung der spezifischen Verbrennungskosten bei einem technisch sicheren und zukunftsorientiert ausgerichteten Betrieb.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der fortwährenden Verbesserung der Energieeffizienz sowie auf Maßnahmen zur CO_2-Reduktion.

Die MVA KG arbeitet an einem Konzept für die Zukunft der MVA Weisweiler, das im Rahmen eines ganzheitlichen Nachhaltigkeitsansatzes die Aspekte Klima- und Ressourcenschutz, Ver- und Entsorgungssicherheit sowie Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit gleichrangig beinhaltet.

Hierfür werden Projekte der zukünftigen Fernwärmeversorgung in der Region (insbesondere im Kreis Düren sowie der Stadt und der StädteRegion Aachen), der mobilen Wärmeversorgung sowie der Nutzung von CO_2 für biotechnologische Zwecke untersucht.

Am 27. März 2024 wurde der Förderantrag für das geplante F+E-Vorhaben „ReCO_2NWert" genehmigt. Die Forschungsergebnisse dienen dem Zweck, um künftig Kohlenstoff, einen wichtigen Rohstoff aus Abgasen der MVA Weisweiler, vor Ort biotechnologisch für hochwertige Produkte der ortsansässigen Industrie zu nutzen (z.B. Kunststoff- und Kosmetikindustrie). An diesem Projekt sind insgesamt 10 Partner beteiligt; die Förderung erfolgt durch das Land NRW im Rahmen des Strukturwandels Rheinisches Revier. Erste Ergebnisse sollen 2028 vorliegen.

Ziel der MVA KG ist, in einem wirtschaftlich tragbaren Maße bis zum Jahr 2030 einen klimaneutralen Betrieb der MVA Weisweiler gemäß EU-Vorgaben zu erreichen und damit als Müllverbrennungsanlage einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten.

Im Jahr 2022 hat die MVA KG mit dem Bau einer eigenen Rostascheaufbereitungsanlage begonnen, die einen deutlich höheren Grad der Rückgewinnung von Metallen erzielt als die bei den bisherigen Verwertungspartnern eingesetzte Aufbereitungsanlage. Die Anlage befindet sich seit dem 11. März 2024 im Betrieb.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2024 nach den Berechnungen des Statischen Bundesamtes erneut rückläufig: preis- und kalenderbereinigt lag es um 0,2 % niedriger als im Vorjahr. Negative Faktoren waren "zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau, aber auch unsichere wirtschaftliche Aussichten." Leicht positiv wirkten private Konsumausgaben sowie die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates. Am stärksten negativ betroffen waren die Wirtschaftsbereiche Maschinenbau, Automobilindustrie, Chemie- und Metallindustrie sowie das Baugewerbe, wohingegen sich die Dienstleistungsbereiche insgesamt leicht positiv entwickelt haben. (Siehe Pressemitteilung des Statischen Bundesamtes vom 15. Januar 2025 - 019/25).

Für die kommenden beiden Jahre wird eine schleppende Erholung und eine leichte Steigerung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt erwartet, wobei die Aussichten mit großen Unsicherheiten behaftet sind. (Ifo-Konjunkturprognose Winter 2024, S. 12 ff.)

Obwohl die konjunkturelle Situation in Deutschland derzeit dafür sorgt, dass weniger Gewerbeabfälle auf den Verbrennungsmarkt kommen und die Marktteilnehmer für 2024 aufgrund der Einführung der CO2-Abgabe auf Grundlage des

Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) mit einem geringeren Abfallaufkommen gerechnet hatten, sind die Marktpreise für die Verbrennung stabil geblieben.

Hierzu haben eine Reihe von Sonderfaktoren beitragen: vermehrte Anlagenstillstände in Deutschland wie auch der Brand des Rotterdamer Müllheizkraftwerks im Jahr 2023 haben sowohl die Verbrennungskapazität in Deutschland als auch die Exportmöglichkeiten in die Niederlande reduziert.

Die für das Jahr 2024 geplante Inbetriebnahme neuer Verbrennungskapazität in Deutschland hat sich bei mehreren Müllheizkraftwerken verzögert. Die Zementindustrie hat - aufgrund der schlechten Baukonjunktur - deutlich weniger hochkalorische Ersatzbrennstoffe angenommen, die dann in den klassischen Müllverbrennungsanlagen verbrannt werden mussten.

Flutabfälle durch Hochwasserereignisse haben in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg zu erhöhtem Sperrmüllaufkommen geführt. (EUWID Recycling und Entsorgung 29.2024 sowie 51/52.2024).

Im Jahr 2024 wurde erstmals eine CO_2-Abgabe von 45 € je Tonne emittierten CO_2 aus der Verbrennung fossiler Abfälle erhoben; im Jahr 2025 steigt diese Abgabe auf 55 €. Die Mehrkosten sind überwiegend an die Abfallerzeuger, d.h. die Haushalte und Gewerbebetriebe weitergereicht worden. Die Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH hat aktuell eine Musterklage gegen die Einbeziehung der Müllverbrennung in den deutschen Emissionshandel erhoben, die von zahlreichen Mitgliedsunternehmen der ITAD (Interessengemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e.V.), darunter auch der MVA KG, finanziell unterstützt wird.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2024 wurden 406.360 t Abfälle zur thermischen Behandlung angeliefert. Damit hat die MVA KG das Mengenziel des Wirtschaftsplans 2024 (Plan: 360.000 t) um rund 46.360 t überschritten.

Dies ist deutlich mehr als im Vorjahr (Vj. 395.508 t), wobei die Zeitverfügbarkeit mit rund 93,0 % auf Vorjahresniveau lag. Die Verbrennungsleistung der MVA Weisweiler lag im Jahr 2024 auf Rekordniveau.

Die beiden Auslastungspartner EGN und AWA haben ihre Auslastungskontingente zuverlässig beliefert.

Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr auf 47.196 T€ und lagen damit 29,4 % unter dem Vorjahreswert von 66.881 T€.

Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die gesunkenen Erlöse aus Energielieferungen zurückzuführen, die im Vergleich zu 2023 um 49 % zurückgegangen sind.

Der deutliche Anstieg der Verbrennungserlöse gegenüber dem Vorjahr ist in weit überwiegendem Maße durch die Weiterbelastung der CO_2-Abgabe im Anlieferpreis bedingt.

Im März 2024 wurde die neue Rostaschenaufbereitungsanlage in Betrieb genommen. Damit ist es der MVA KG erstmals möglich, selbst Metalle aus ihrer Rostasche zu recyceln. Diese Metalle werden zu einem Pauschalpreis an die Gesellschafter veräußert. Im Jahr 2024 generierte die MVA KG aus dem Metallverkauf Umsatzerlöse in Höhe von 1.254 T€ (Vj. 0 Euro).

Der Materialaufwand von 34.589 T€ (Vj. 26.394 T€) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 31 % erhöht. Diese Position wird maßgeblich durch die Bildung von Rückstellungen für Revisionen sowie durch die Rückstellungen für Einlöse Verpflichtungen aus der CO_2-Abgabe (8.466 T€) beeinflusst.

Im Geschäftsjahr wurde für die Revision zweier Linien eine Rückstellung i. H. v. 4.256 T€ gebildet (Vorjahr: Rückstellung für die Revision einer Linie i. H. v. 2.069 T€) sowie für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von insgesamt 544 T€. Aufgrund des Reparaturbedarfs an der Turbine wurde eine Rückstellung i. H. v. 1.471 T€ gebildet.

Weiterhin bestehen Rückstellungen für Stromsteuerzahlungen, Abgaben nach dem Strompreisbremsegesetz sowie ausstehende Rechnungen i. H. v. 4.671 T€.

Erstmals im Geschäftsjahr 2024 waren die Verpflichtungen nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) zu erfassen. Ab dem 1. Januar 2024 fällt auch die Abfallverbrennung unter den Geltungsbereich des Gesetzes. Betreiber von Abfallbehandlungsanlagen sind dazu verpflichtet, Zertifikate für die bei der Abfallverbrennung entstandenen CO_2-Emissionen zu erwerben. Diese sind als Vermögensgegenstand unter den Vorräten auszuweisen (7.930 T€). Am Ende des Geschäftsjahres wird die tatsächlich erwartete Verpflichtung auf Grundlage der verbrannten Abfallströme ermittelt, die als Rückstellung abzubilden ist. Im Geschäftsjahr war diese Rückstellung mit 8.466 T€ zu dotieren. Die Verpflichtung ist mittels eines zu verifizierenden Emissionsberichts im Folgejahr zu erklären. Der verifizierte Emissionsbericht ist im Folgejahr der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) beim Umweltbundesamt zu übermitteln. Hieraus ergibt sich die abschließende Höhe der Verpflichtung für die CO^2- Emissionen aus der Abfallverbrennung des Jahres 2024.

Im Jahr 2023 wurde eine Drohverlustrückstellung von 10.853 T€ aufgrund einer Vertragsanpassung der Verbrennungspreise für die Wirtschaftsjahre 2023 und 2024 gebildet. Diese Maßnahme war erforderlich, da für 2024 ein entsprechender Verlust erwartet wurde. Die Vertragsanpassung wurde notwendig, da die Ermittlung der Verbrennungspreise teilweise an die EEX-Entwicklung der Vorjahre gekoppelt ist und diese insbesondere im Jahr 2022 ungewöhnlich stark und unvorhersehbar gestiegen war. Im Jahr 2024 wurden 6.413 T€ der Drohverlustrückstellung verbraucht, der verbleibende Differenzbetrag von 4.440 T€ ertragswirksam aufgelöst.

Die Personalkosten in Höhe von 5.295 T€ lagen im Wesentlichen aufgrund von Gehaltssteigerungen, der Auszahlung der Inflationsausgleichsprämien zuzüglich der damit verbundenen Nebenkosten sowie von erhöhten Rückstellungen für die Abgrenzung von Resturlaub und Überstunden um 522 T€ über dem Niveau des Vorjahres.

Die Abschreibungen von 2.833 T€ (Vj. 1.084 T€) sind im Vergleich zum Vorjahr um 1.749 T€ gestiegen. Im Wesentlichen ist der Anstieg der Abschreibungen auf die Inbetriebnahme der neuen Rostaschenaufbereitungsanlage zurückzuführen sowie auf eine darauf entfallene außerplanmäßige Abschreibung i. H. v. 758 T€. Hintergrund der außerplanmäßigen Abschreibung ist eine Bewertung der erbrachten und abgerechneten Leistungen eines Dienstleisters.

Ursächlich für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge (5.440 T€, VJ 1.047 T€) ist im Wesentlichen die Auflösung der Drohverlustrückstellung aus dem Jahr 2023. Die Inanspruchnahme der Drohverlustrückstellung wurde buchhalterisch im Materialaufwand abgebildet.

Trotz des rückläufigen Zinsniveaus beliefen sich die Zinserträge aus Festgeldanlagen im Jahr 2024 auf 768 T€ (Vorjahr: 316 T€). Die rückläufigen Sparzinsen sind vor allem auf die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zurückzuführen, die darauf abzielt, die Wirtschaft durch niedrige Zinssätze zu fördern. Dies führt zu geringeren Renditen auf Spareinlagen.

Aufgrund des im Jahr 2024 durchschnittlich hohen Bestands an liquiden Mitteln konnten jedoch erhöhte Spareinlagen getätigt werden, was zu einem Anstieg der Zinserträge im Vergleich zum Vorjahr führte.

Zinsaufwendungen liegen im Geschäftsjahr 2024 nicht vor (Vj. 0 T€).

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Ergebnis von 6.727 T€.

b) Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung setzt sich wie folgt zusammen:

		2024 T€	2023 T€
A.	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	816	34.736
B.	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-5.963	-6.742
C.	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-9.000	-12.000
D.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-13.877	15.994
E.	Finanzmittelfonds am Jahresanfang	32.647	16.653
F.	Finanzmittelfonds am Jahresende	18.770	32.647

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen langfristiges, überwiegend in Sachanlagen gebundenes Vermögen in Höhe von 22.249 T€ aus. Dies entspricht rund 42 % der Bilanzsumme. Der Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens (im Wesentlichen Vorräte, Forderungen und liquide Mittel) an der Bilanzsumme beträgt rd. 58 %.

Die Abschreibungen in Höhe von 2.075 T€, Investitionen in Höhe von 5.693 T€ sowie Abgänge i. H. v. 758 T€ führten zu einer Erhöhung des Anlagevermögens von 19.389 T€ auf 22.249 T€.

Die Gesellschaft fällt ab dem Jahr 2024 erstmals unter den Geltungsbereich des BEHG. Der wesentliche Zugang bei den Vorräten in Höhe von 7.930 T€ ist verursacht durch den Erwerb von Emissionsberechtigungen zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen für den im Rahmen der Verbrennung anfallenden Schadstoffausstoß. Diese Zertifikate sind als kurzfristiger immaterieller Vermögensgegenstad unter dem Umlaufvermögen anzuweisen und dienen zur Abdeckung der Schadstoffemissionen, die im Folgejahr auf Basis des Emissionsberichts abschließend zu erklären sind.

In den letzten Jahren hat das Unternehmen bedeutende Investitionen in die Erweiterung seiner Verarbeitungskapazitäten getätigt. Dazu zählt insbesondere die Inbetriebnahme einer neuen Rostascheaufbereitungsanlage (Gesamtinvestition 15.090 T€ abzüglich 758 T€ Sonderabschreibungen) im März 2024. Diese Anlage ermöglicht die effiziente Gewinnung von Metallen aus Rostaschen. Zusätzlich wurde in moderne Anlagen und Betriebssysteme investiert, um die Effizienz der Müllverbrennung zu steigern.

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) für das Geschäftsjahr beträgt 9,4 % (Vj. 8,5 %) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht.

Die Verbindlichkeiten sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 3 % gesunken (27.576 T€, Vj. 28.324 T€). Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern wurde der Jahresüberschuss 2024 (6.727 T€) auf die Verrechnungskonten der Kommanditisten vorgetragen sowie eine Auszahlung aus Vorjahren in Höhe von 9.000 T€ an die Kommanditisten vorgenommen.

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist eine Verbindlichkeit gegenüber einer Baufirma (902 T€) enthalten, die aufgrund von Mängeln bei diversen Arbeiten bisher noch nicht beglichen wurde. Der Anstieg der Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr beruht hauptsächlich auf der Umbuchung der Gewerbesteuerrückstellung für das Jahr 2023, gemäß dem vorliegenden Bescheid des Finanzamtes, von den Rückstellungen in die Verbindlichkeiten.

Die Rückstellungen haben sich um 4.775 T€ auf 20.440 T€ verringert. Die Verringerung liegt im Wesentlichen darin begründet, dass für das Jahr 2024 aufgrund eines steuerlichen Verlustes keine Gewerbesteuerzahlung für das Jahr 2024 zu erwarten ist und entsprechend keine Rückstellung gebildet wurde.

Die permanente Optimierung des Anlagenbetriebs führt seit mehreren Jahren zu Reisezeiten von ca. 24 Monaten. Diesem positiven Umstand wurde in den vergangenen Jahren aus Gründen einer sachgerechten periodischen Zuordnung durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Die Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes lassen die Bildung sogenannter Aufwandsrückstellungen nicht mehr zu. Die Rückstellungen enthalten Aufwendungen für die unterlassene Instandhaltung i. H. v. 6.274 T€ (Vj. 4.618 T€).

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse der MVA KG sind weiterhin geordnet. Die Liquidität ist sichergestellt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

a) Personalentwicklung

Im Jahr 2024 waren im Durchschnitt bei der MVA KG 51,08 (Vj. 49,75) Mitarbeiter (MA) beschäftigt.

Die kaufmännische Geschäftsbesorgung für die MVA KG erfolgt durch Mitarbeiter des Gesellschafters AWA Entsorgung GmbH und die technische Betriebsführung der Müllverbrennungsanlage erfolgt durch eigene Mitarbeiter der MVA KG. Die Betriebsführung der Rostascheaufbereitungsanlage erfolgt durch die Mitarbeiter des Gesellschafters EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH.

b) Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2024 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissionsgrenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut nach einem eingehenden Prüfungsverfahren im November 2024 zuerkannt.

Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde kontinuierlich über den laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage auch in 2024 unangemeldet kontrolliert.

Auf Initiative der MVA-Belegschaft hat die MVA KG im Jahr 2024 Umweltleitlinien verabschiedet, die auf unserer Homepage veröffentlicht sind.

Derzeit durchläuft die MVA KG den Zertifizierungsprozess für das Umweltmanagementsystem EMAS, quasi das EU-Gütesiegel für Nachhaltigkeit. Mit der Einführung von EMAS stellen wir sicher, dass bei der MVA Weisweiler alle Umweltaspekte umgesetzt werden – von der fachgerechten Entsorgung von Abfällen über die nachhaltige Stromerzeugung bis hin zum energieeffizienten Betrieb unserer Anlage.

III. Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2025 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Müllverbrennungsanlage – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten.

Die MVA KG erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten.

Wie sich die CO^2-Abgabe auf die Mengenentwicklung der zu verbrennenden Abfällen dauerhaft auswirkt, bleibt abzuwarten. Wir rechnen mi keiner oder allenfalls einer geringen Lenkungswirkung und einem auch im Jahr 2025 stabilen Abfallaufkommen.

Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die Verbrennungsmenge im Jahr 2025 die Planmenge von 360.000 t erreicht oder übersteigt. Insoweit wird die Geschäftsentwicklung stabil bleiben.

Die Verbrennungspreise für das Jahr 2025 liegen aufgrund vertraglicher Vereinbarungen deutlich über den Preisen de Jahres 2024. Die Erlöse aus dem Verkauf von Überschussenergie liegen voraussichtlich erheblich unter dem Niveau des Jahres 2024.

Die Kosten für wichtige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind in den vergangenen Jahren stark angestiegen und auch nach dem Rückgang der hohen Energiekosten nicht wieder auf das Ausgangsniveau gesunken. Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Tariflöhne steigen die Personalkosten weiter an.

Insgesamt ist für das Jahr 2025 ein Ergebnis zwischen ein bis zwei Millionen Euro zu erwarten.

IV. Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern diskutiert.

In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Preis- und Mengenentwicklung sowie Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust)
- rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- technische Verfügbarkeit der Anlage

Marktrisiken aus der Entwicklung des Verbrennungsmarkts können sich aufgrund der Entsorgungs- und Anlieferungsverträge mit den Gesellschaftern AWA und der EGN nur indirekt ergeben, da Kontingente und Mengen bis zum Jahr 2028 fest vereinbart sind.

Aus dem Verkauf von Überschussenergie ergeben sich für die nächsten Jahre voraussichtlich eher Chancen als Risiken.

Aus der Entwicklung des rechtlichen Umfelds können sich für die MVA KG in den nächsten Jahren erhebliche finanzielle Belastungen ergeben, die auch zu Liquiditätsabflüssen führen können.

Zum einen hat die Generalzolldirektion mit ihrem am 4. März 2021 veröffentlichten Schreiben „zur steuerbegünstigten Entnahme von Strom zur Stromerzeugung“ die Steuerbegünstigung des Einsatzes von Strom in Müllverbrennungsanlagen, die wie die MVA Weisweiler ja zumeist auch Stromerzeuger sind, weitgehend aufgehoben. Dies betrifft die komplette Verbrennungsbranche und hat zu mehreren Gerichtsprozessen geführt. Die MVA KG hat gegen entsprechende Bescheide Einspruch eingelegt. Die Verfahren sind bis zum Abschluss der „Musterprozesse“ ruhend gestellt. Sollte die Rechtsauffassung der Generalzolldirektion Bestand haben, führt dies zu einer nicht unerheblichen Steuerbelastung, die für das abgelaufene Geschäftsjahr und die eventuell betroffenen Vorjahre bilanziell berücksichtigt ist.

Eine weitere Kostenbelastung ist seit dem Jahr 2024 durch die Einbeziehung der thermischen Abfallbehandlung in den Geltungsbereich des Brennstoff-Emissionshandelsgesetzes (BEHG) entstanden.

Bei der MVA KG hat die CO^2-Abgabe im Jahr 2024 über 18 % des Gesamtaufwandes ausgemacht. Im Jahr 2025 wird diese Abgabe von 45 € je Tonne fossiles CO^2 auf 55 € steigen. In den nächsten Jahren ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Die Aufwendungen der CO^2-Abgabe werden über die Anlieferpreise an die Kunden der MVA KG weitergereicht. Gegen die Einbeziehung der Abfallverbrennungsanlagen in den deutschen Emissionshandel wird inzwischen ebenfalls ein „Musterprozess“ geführt.

Die technische Verfügbarkeit der Anlage soll durch vorausschauende Instandhaltung und ständige Verbesserung betrieblicher Abläufe erhalten und verbessert werden.

Die Risiken der Gesellschaft werden im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur erfasst und regelmäßig mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

Chancenbericht

Die MVA KG und ihre Gesellschafter haben am 7. April 2017 vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Die geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2028 gekündigt werden. Bis dahin sind die Anlieferpreise (teils mit Preisgleitklauseln) fest vereinbart.

Die mengenmäßige Auslastung der MVA Weisweiler ist ebenfalls vertraglich langfristig abgesichert.

Darüber hinaus sind am 7. April 2017 die Verträge zwischen der MVA KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 1. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert worden. Seit dem 1. Januar 2021 besteht das Betriebspersonal der MVA Weisweiler aus eigenen Mitarbeitern der MVA KG.

Die Anbindung an das Braunkohlekraftwerk besteht weiterhin und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) werden wie in der Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power AG wahrgenommen. Darüber hinaus sind die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert worden. Hieraus hat die MVA KG positive Ergebniseffekte generiert, die auch in den nächsten Jahren zu erwarten sind.

Im Januar 2021 haben die Gesellschafter und der Aufsichtsrat der MVA KG den Bau einer neuen Rostaschenaufbereitungsanlage genehmigt. Diese Anlage auf dem Stand der modernsten Technik soll insbesondere die NE-Metallausbeute aus der bei der MVA Weisweiler anfallenden Rostasche deutlich erhöhen. Die Anlage ist am 11. März 2024 in den Betrieb gegangen.

Die MVA KG arbeitet an einem Konzept für die Zukunft der MVA, das im Rahmen eines ganzheitlichen Nachhaltigkeitsansatzes die Aspekte Klima- und Ressourcenschutz, Ver- und Entsorgungssicherheit sowie Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit gleichrangig beinhaltet.

Am 12 März 2025 haben die MVA KG, RWE Power AG und STAWAG umfangreiche bilaterale Kooperationsverträge unterzeichnet, um die langfristige Sicherung der Versorgung der angeschlossenen Haushalte in Aachen und der Region mit Fernwärme auch nach der Abschaltung der letzten Braunkohle-Kraftwerksblocks am Standort Weisweiler im Rahmen des Kohleausstiegs von RWE bis zum 1. April 2029 zu sichern. Die MVA KG investiert voraussichtlich 65 Mio.€ in eine Turbine zur sogenannten Kraft-Wärme-Kopplung. Die gleichzeitige Produktion von Dampf und Strom nutzt die eingesetzten Energieträger effizient und erzielt erfreulich hohe Wirkungsgrade. RWE Power AG wird den erzeugten Strom weitervermarkten und transportiert die ausgekoppelte Wärme über die bestehende, ca. 17 Kilometer lange Leitung nach Aachen und über andere Leitungen – in kleineren Mengen – zu benachbarten Kommunen, wie z.B. Eschweiler und Inden.

Weiterhin untersucht die MVA KG Projekte der mobilen Wärmeversorgung sowie der Nutzung von CO^2 für biotechnologische Zwecke.

Ziel ist, in einem wirtschaftlichen tragbaren Maße bis zum Jahr 2030 einen klimaneutralen MVA-Betrieb gemäß EU-Vorgaben zu erreichen und damit als Müllverbrennungsanlage einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten.

Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2024 hat zu einem sehr guten Ergebnis geführt. Dies ist auf die hohe Verbrennungsmenge (Rekord seit Bestehen der MVA Weisweiler), auf die Preise für den Verkauf für Überschussenergie sowie ein striktes Kostenmanagement zurückzuführen.

Der Preis für den Verkauf von Überschussenergie im Jahr 2025 ist vertraglich fixiert und liegt erheblich unter dem Preis für das Jahr 2024. Entsprechend werden auch die Erlöse aus dem Verkauf von Überschussenergie gegenüber dem Jahr 2024 sehr deutlich zurückgehen.

Die Verbrennungspreise enthalten seit dem Jahr 2024 zwei Komponenten: die vertraglich vereinbarten Verbrennungspreise sowie die – von der Abfallart abhängige - CO^2-Abgabe. Die für 2025 vereinbarten Verbrennungspreise liegen deutlich über denen für das Jahr 2024.

Insgesamt rechnen wir im Jahr 2025 mit einem Gesamtergebnis zwischen ein bis zwei Millionen Euro für die MVA KG. Allerdings bestehen wegen der rückläufigen Konjunktur, der weiterhin latenten Inflationsgefahr und des immer noch laufenden Krieges in Europa hohe Unsicherheiten.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft bedient sich keiner derivativen Finanzinstrumente, wie Optionen, Swaps oder anderer Termingeschäfte.

VI. Bericht über Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft hat keine weiteren Standorte oder Niederlassungen.

3.4.1.5 MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH

Firmensitz:
Zum Hagelkreuz 22
52249 Eschweiler

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 10984
Gründungsdatum: 10.09.1997
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: - / 13,28% / 13,28%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

DORNBACH GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Eschweiler, welche den Betrieb der Müllverbrennungsanlage Weisweiler zum Gegenstand hat, sowie der Betrieb und die Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Rohstoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Grundlagen der Aktivitäten der Gesellschaft bilden der Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1997 sowie die für den Betrieb der MVA Weisweiler abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kreis Aachen (jetzt StädteRegion Aachen), Stadt Aachen, AWA Abfallwirtschaft Kreis und Stadt Aachen GmbH, Eschweiler (jetzt AWA Entsorgung GmbH), R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) und MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vom 19.06.1997, die die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den entsorgungspflichtigen kommunalen Körperschaften Kreis und Stadt Aachen, der AWA Entsorgung GmbH als beauftragte Dritte von Kreis (jetzt StädteRegion) und Stadt Aachen und der R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) als privatem Partner bei der Zusammenarbeit regelt.

Nach dem Vertragswerk übernimmt die MVA Weisweiler Verwaltung GmbH die Stellung der persönlich haftenden Gesellschafterin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Des Weiteren übt die Gesellschaft die Geschäftsführungstätigkeit für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG aus, welche den Betrieb der Müllverbrennungsanlage in Weisweiler zum Gegenstand hat.

Kapital

Stammkapital	25.565 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
AWA Entsorgung GmbH	12.782,30 €	50,00 %
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	12.782,30 €	50,00 %

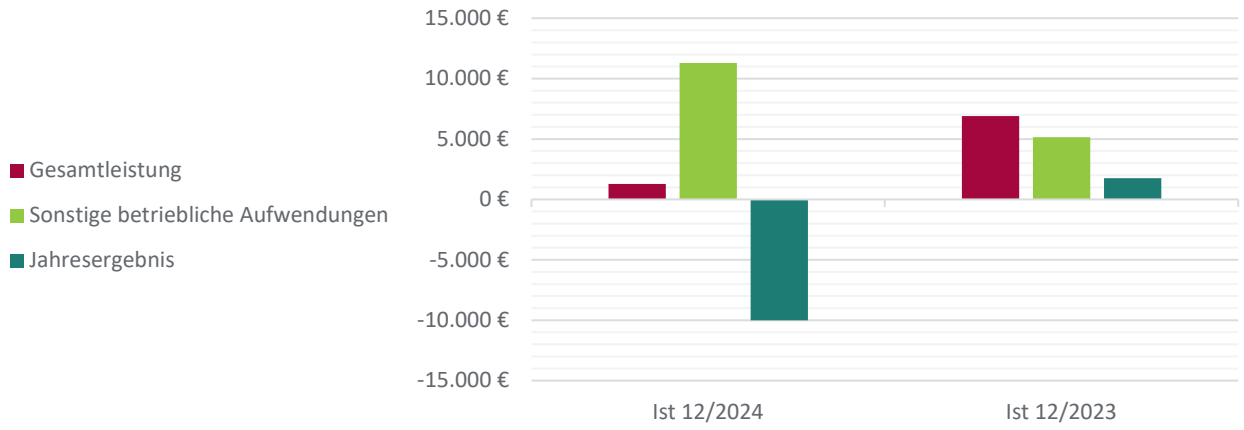
Beteiligungen		
MVA Weisweiler GmbH & Co.KG	0,00 €	0,00 %

Verbundene Unternehmen | **Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen**

MVA Weisweiler GmbH
& Co.KG
0,00%

Finanzdaten

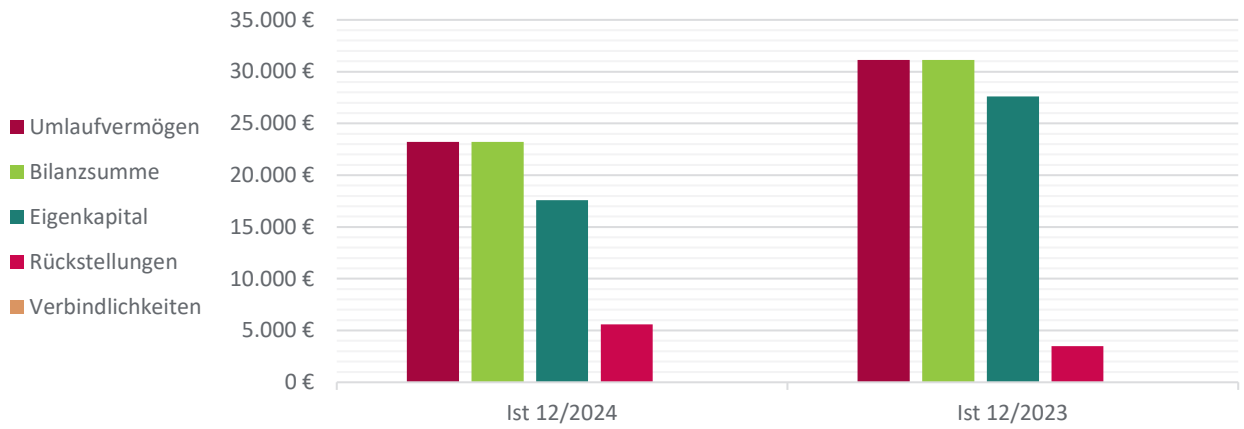
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Sonstige betriebliche Erträge	1.278,23	6.902,85	-5.624,62
Gesamtleistung	1.278,23	6.902,85	-5.624,62
Materialaufwand	-	-	-
Rohergebnis	1.278,23	6.902,85	-5.624,62
Personalaufwand	-	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.296,35	5.149,10	6.147,25
EBITDA	-10.018,12	1.753,75	-11.771,87
Abschreibungen	-	-	-
EBIT	-10.018,12	1.753,75	-11.771,87
EBT	-10.018,12	1.753,75	-11.771,87
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	-10.018,12	1.753,75	-11.771,87
Jahresergebnis	-10.018,12	1.753,75	-11.771,87

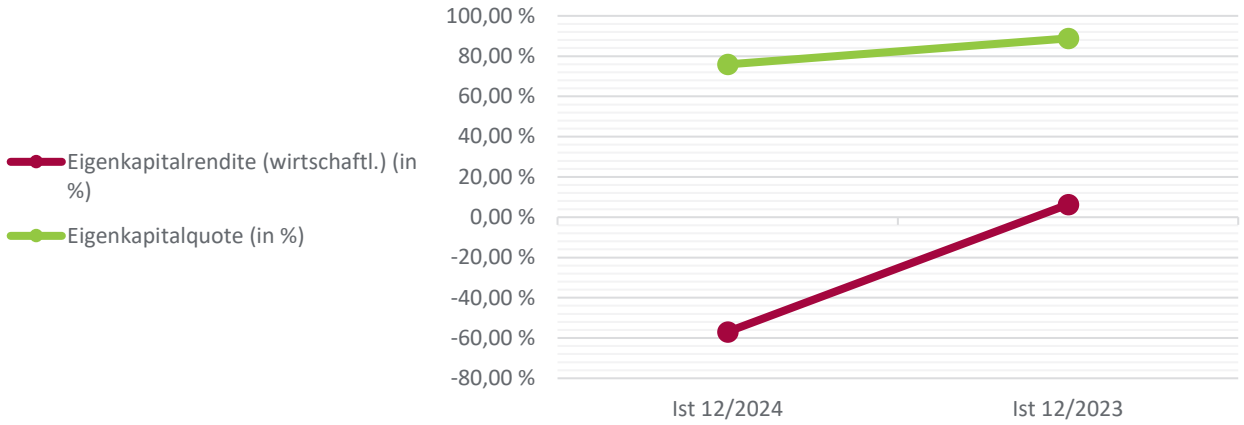
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	-	-	-
Umlaufvermögen	23.200,14	31.118,26	-7.918,12
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.278,23	6.878,23	-5.600,00
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	1.278,23	6.878,23	-5.600,00
Kasse, Bankguthaben, Schecks	21.921,91	24.240,03	-2.318,12
Rechnungsabgrenzungsposten	-	0,00	0,00
Bilanzsumme	23.200,14	31.118,26	-7.918,12
Passiva			
Eigenkapital	17.600,14	27.618,26	-10.018,12
Gezeichnetes Kapital	25.564,60	25.564,60	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	2.053,66	299,91	1.753,75
Jahresergebnis	-10.018,12	1.753,75	-11.771,87
Rückstellungen	5.600,00	3.500,00	2.100,00
sonstige Rückstellungen	5.600,00	3.500,00	2.100,00
Verbindlichkeiten	-	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	0,00	0,00
Bilanzsumme	23.200,14	31.118,26	-7.918,12

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-	-	-
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	-56,9	6,3	-63,2
Umsatzrentabilität (in %)	-	-	-
Eigenkapitalquote (in %)	75,9	88,8	-12,9
Anlagendeckung II (in %)	-	-	-

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Verschuldungsgrad (in %)	31,8	12,7	19,1

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in
Herr Herbert Josef Küpper
technische/-r Geschäftsführer/-in
Herr Andreas Fries
Prokurist/-in
Herr Dirk Hanke
Herr Udo Martinett

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Grundlagen der Aktivitäten der Gesellschaft bilden der Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1997 sowie die für den Betrieb der MVA Weisweiler abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kreis Aachen (jetzt StädteRegion Aachen), Stadt Aachen, AWA Abfallwirtschaft Kreis und Stadt Aachen GmbH, Eschweiler (jetzt AWA Entsorgung GmbH), R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) und MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vom 19.06.1997, die die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den entsorgungspflichtigen kommunalen Körperschaften Kreis und Stadt Aachen, der AWA Entsorgung GmbH als beauftragte Dritte von Kreis (jetzt StädteRegion) und Stadt Aachen und der R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) als privatem Partner bei der Zusammenarbeit regelt.

Nach dem Vertragswerk übernimmt die MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH die Stellung der persönlich haftenden Gesellschafterin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Des Weiteren übt die Gesellschaft die Geschäftsführungstätigkeit für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG aus, welche den Betrieb der Müllverbrennungsanlage in Weisweiler zum Gegenstand hat.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2024 nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erneut rückläufig: preis- und kalenderbereinigt lag es um 0,2 % niedriger als im Vorjahr. Negative Faktoren waren „zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau, aber auch unsichere wirtschaftliche Aussichten.“ Leicht positiv wirkten private Konsumausgaben sowie die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates. Am stärksten negativ betroffen waren die Wirtschaftsbereiche Maschinenbau, Automobilindustrie, Chemie- und Metallindustrie sowie das Baugewerbe, wohingegen sich die Dienstleistungsbereiche insgesamt leicht positiv entwickelt haben (siehe Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 15. Januar 2025 - 019/25).

Für die kommenden beiden Jahre wird eine schleppende Erholung und eine leichte Steigerung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts erwartet, wobei die Aussichten mit großen Unsicherheiten behaftet sind. (Ifo-Konjunkturprognose Winter 2024, S. 12ff.)

Obwohl die konjunkturelle Situation in Deutschland derzeit dafür sorgt, dass weniger Gewerbeabfälle auf den Verbrennungsmarkt kommen und die Marktteilnehmer für 2024 aufgrund der Einführung der CO_2-Abgabe auf Grundlage des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) mit einem geringeren Abfallaufkommen gerechnet hatten, sind die Nettopreise (exkl. CO_2-Abgabe) stabil geblieben.

Hierzu haben eine Reihe von Sonderfaktoren beigetragen: vermehrte Anlagenstillstände in Deutschland wie auch der Brand des Rotterdamer Müllheizkraftwerks im Jahr 2023 haben sowohl die Verbrennungskapazität in Deutschland als auch die Exportmöglichkeiten in die Niederlande reduziert.

Die für das Jahr 2024 geplante Inbetriebnahme neuer Verbrennungskapazität in Deutschland hat sich bei mehreren Müllheizkraftwerken verzögert. Die Zementindustrie hat – aufgrund der schlechten Baukonjunktur – deutlich weniger hochkalorische Ersatzbrennstoffe angenommen, die dann in den klassischen Müllverbrennungsanlagen verbrannt werden mussten.

Flutabfälle durch Hochwasserereignisse haben in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg zu erhöhtem Sperrmüllaufkommen geführt. (EUWID Recycling und Entsorgung 29.2024 sowie 51/52.2024).

Im Jahr 2024 wurde erstmals eine CO_2-Abgabe von 45 € je Tonne emittierten CO_2 aus der Verbrennung fossiler Abfälle erhoben; im Jahr 2025 steigt diese Abgabe auf 55 €. Die Mehrkosten sind überwiegend an die Abfallerzeuger, d.h. die Haushalte und Gewerbebetriebe weitergereicht worden. Die Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH hat aktuell eine Musterklage gegen die Einbeziehung der Müllverbrennung in den deutschen Emissionshandel erhoben, die von zahlreichen Mitgliedsunternehmen der ITAD (Interessengemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e.V.), darunter auch der MVA KG, finanziell unterstützt wird.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat über die Tätigkeit als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten. Die operativen Tätigkeiten mit dem Betrieb der Müllverbrennungsanlage sind Gegenstand der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und die betreffenden Aussagen sind dort zu entnehmen.

Lage

a) Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2024 sonstige betriebliche Erträge von T€ 1,3. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die mit der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vertraglich vereinbarte Haftungsvergütung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Steuerberatungs- und Prüfungskosten (T€ 10; Vorjahr: T€ 4,9).

Die periodenfremden Aufwendungen (T€ 1,3; Vorjahr: T€ 0) enthalten im Wesentlichen Jahresabschlusskosten aus den Vorjahren.

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 10.018,12€ (Vorjahr: Jahresüberschuss 1.753,75€) ab.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Gesellschaft erhält die vertraglich festgelegte Haftungsvergütung und hat darüber hinaus das Recht auf Kostenerstattung der Aufwendungen für die Geschäftsführung der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.

Die Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist daher jederzeit gesichert.

Im Rahmen ihrer Funktion und der organisatorischen Bedingungen fallen bei der Gesellschaft keine Investitionen an.

c) Vermögenslage

Die zuvor genannten Rahmenbedingungen stellen eine geordnete Vermögenslage sicher. Für Abschluss- und Prüfungskosten wurden Rückstellungen in Höhe von T€ 5,6 gebildet.

Die Bilanzsumme ist insgesamt (T€ 23,2; Vorjahr: T€ 31,1) im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

a) Personalentwicklung

Die Gesellschaft hat keine eigenen Beschäftigten. Die Geschäftsführer haben Anstellungsverträge bei der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.

b) Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2024 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissionsgrenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut nach einem eingehenden Prüfungsverfahren im November 2024 zuerkannt.

III. Prognosebericht

Für die Gesellschaft sind über ihre Funktion als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten vorgesehen. Ein Prognosebericht kann sich daher sinnvollerweise nur auf den operativen Bereich und damit auf die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beziehen.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2025 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Müllverbrennungsanlage – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hängen naturgemäß entscheidend von den Geschäftsrisiken der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG ab.

Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern diskutiert.

In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Preis- und Mengenentwicklung sowie Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust)
- rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- technische Verfügbarkeit der Anlage

Die Risiken der Gesellschaft werden im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur erfasst und regelmäßig mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

Chancenbericht

Die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hat am 7. April 2017 mit ihren Gesellschaften vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Die geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2028 gekündigt werden. Bis dahin sind die Anlieferpreise (teils mit Preisgleitklauseln) fest vereinbart.

Die mengenmäßige Auslastung der MVA Weisweiler ist ebenfalls vertraglich langfristig abgesichert.

Darüber hinaus sind am 7. April 2017 die Verträge zwischen der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 1. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert worden. Seit dem 1. Januar 2021 besteht das Betriebspersonal der MVA Weisweiler aus eigenen Mitarbeitern der MVA Weisweiler GmbH und Co. KG. Die Anbindung an das Braunkohlekraftwerk besteht weiterhin und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) werden wie in der Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power AG wahrgenommen. Darüber hinaus sind die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert worden. Hieraus hat die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG positive Ergebniseffekte generiert, die auch in den nächsten Jahren zu erwarten sind.

Im Januar 2021 haben die Gesellschafter und der Aufsichtsrat der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG den Bau einer neuen Rostaschenaufbereitungsanlage genehmigt. Diese Anlage auf dem Stand der modernsten Technik soll insbesondere die NE-Metallausbeute aus der bei der MVA Weisweiler anfallenden Rostasche deutlich erhöhen. Die Anlage ist am 11. März 2024 in den Betrieb gegangen.

Die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG arbeitet an einem Konzept für die Zukunft der MVA, das im Rahmen eines ganzheitlichen Nachhaltigkeitsansatzes die Aspekte Klima- und Ressourcenschutz, Ver- und Entsorgungssicherheit sowie Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit gleichrangig beinhaltet.

Am 12. März 2025 haben die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, RWE Power AG und STAWAG umfangreiche bilaterale Kooperationsverträge unterzeichnet, um die langfristige Sicherung der Versorgung der angeschlossenen Haushalte in Aachen und der Region mit Fernwärme auch nach der Abschaltung des letzten Braunhohle-Kraftwerksblocks am Standort Weisweiler im Rahmen des Kohleausstiegs von RWE bis zum 1. April 2029 zu sichern. Die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG investiert voraussichtlich 65 Mio.€ in eine Turbine zur sogenannten Kraft-Wärme-Kopplung. Die gleichzeitige Produktion von Dampf und Strom nutzt die eingesetzten Energieträger effizient und erzielt erfreulich hohe Wirkungsgrade. Die RWE Power AG wird den erzeugten Strom weiter vermarkten und transportiert die ausgekoppelte Wärme über die bestehende, ca. 17 Kilometer lange Leitung nach Aachen über andere Leitungen - in kleineren Mengen – zu benachbarten Kommunen, wie z.B. Eschweiler und Inden.

Weiterhin untersucht die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG Projekte der mobilen Wärmeversorgung sowie der Nutzung von CO^2 für biotechnologische Zwecke.

Ziel ist, in einem wirtschaftlich tragbaren Maße bis zum Jahr 2030 einen klimaneutralen MVA-Betrieb gemäß EU-Vorgaben zu erreichen und damit als MVA einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten.

Gesamtaussage

Trotz stabiler operativer Geschäftsabläufe führten erhöhte Kosten bei der MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH zu einem Jahresfehlbetrag im Geschäftsjahr 2024. Das Unternehmen ergreift gezielte Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung, um die finanzielle Stabilität langfristig zu sichern.



Verkehr

3.4.2.1 Zweckverband Aachener Verkehrsverbund

Firmensitz:
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Rechtsform: KdöR
Gründungsdatum: 15.04.1994
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Datum der aktuellen Satzung: 24.11.2021

Wirtschaftsprüfer/-in

Dr. Jöris - Ehlen und Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Der Zweckverband hat im Verbundraum folgende Aufgaben:

1. Beschlussfassung über allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr unter Beachtung der Planungen des "Zweckverbandes Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur-Rheinland" (ZV NVR),

2. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die vom Zweckverband gegründete Aachener Verkehrsverbund GmbH (Verbundgesellschaft) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,

3. Hinwirkung darauf, dass die Verbandmitglieder die Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der Verbundgesellschaft in ihren Planungen beachten und die Verbundgesellschaft als Träger öffentlicher Belange anerkennen,

4. Aufstellung von Rahmenvorgaben für die Betrauung von Verbundverkehrsunternehmen (Verbundverkehrsunternehmen sind ASEAG und west) durch die Verbandsmitglieder mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen und die Vergabe entsprechender öffentlicher Dienstleistungsaufträge sowie die Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge an andere Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) gemäß §11 und §11a,

5. Finanzierung der Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen unter Beachtung des Rechts der Europäischen Union und des nationalen Rechts,

6. Erstellung und Veröffentlichung eines Jahresberichts gemäß Art. 7 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (VO 1370/2007) für den Zweckverband und seine Verbandsmitglieder,

7. Förderung des ÖPNV im Rahmen der vom Land NRW gewährten Mittel gemäß §11a und §11 Abs. 2 ÖPNVG NRW sowie zur Förderung des Azubitickets, des Sozialtickets und des NRW-eTarifs als eigene Aufgabe nach näherer Maßgabe von §13 dieser Satzung. Hierzu übertragen die Verbandsmitglieder die Aufgabenwahrnehmung gemäß §11a und §11 Abs. 2 ÖPNVG NRW sowie gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehrs Nordrhein-Westfalen (Richtlinien Sozialticket 2011) und den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Azubitickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen (Richtlinien Azubiticket) und der Allgemeinen Vorschrift des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zum Ausgleich nicht gedeckter Kosten im Zusammenhang mit dem NRW-eTarifs in der jeweils geltenden Fassung auf den Zweckverband. Der Zweckverband leitet die ihm gewährten Mittel an die im Verbundraum tätigen öffentlichen oder privaten Verkehrsunternehmen, Verbandsmitglieder, Gemeinden, Zweckverbände oder sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts, die Zwecke des ÖPNV verfolgen, weiter oder verwendet sie im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben selbst. Den Verkehrsunternehmen gleichgestellt sind erlösverantwortliche Aufgabenträger; über den Status als Zuwendungsempfänger in Bezug auf die Förderung nach dieser Förderrichtlinie verständigen sich

die Verkehrsunternehmen mit ihren zuständigen, erlösverantwortlichen Aufgabenträgern mit verbindlicher Wirkung gegenüber dem ZV AVV.

8. Wahrnehmung der Aufgaben eines Trägers öffentlicher Belange (TöB) in seinem Zuständigkeitsbereich.

9. Funktion einer Behördengruppe im Sinne der VO 1370/2007,

10. Koordination grenzüberschreitender ÖSPV-Verkehre.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen, unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern. Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen.

Kapital

Stimmrechte	- €; 100 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder

Kreis Düren	25 Stimmen
Kreis Heinsberg	25 Stimmen
Stadt Aachen	25 Stimmen
StädteRegion Aachen	25 Stimmen

Beteiligungen

Aachener Verkehrsverbund GmbH	25.600,00 €	100,00 %

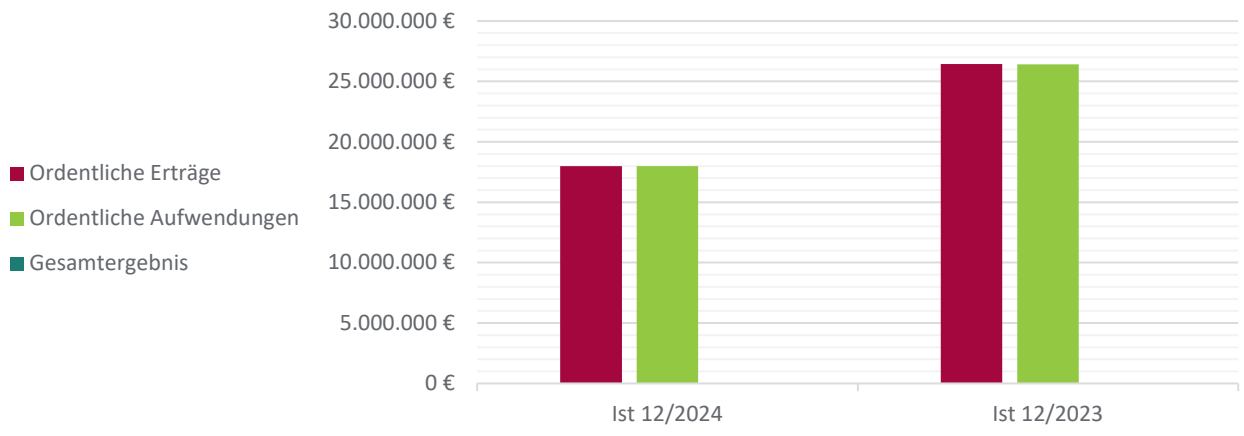
Verbundene Unternehmen

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

Aachener Verkehrsverbund GmbH 100,00%

Finanzdaten

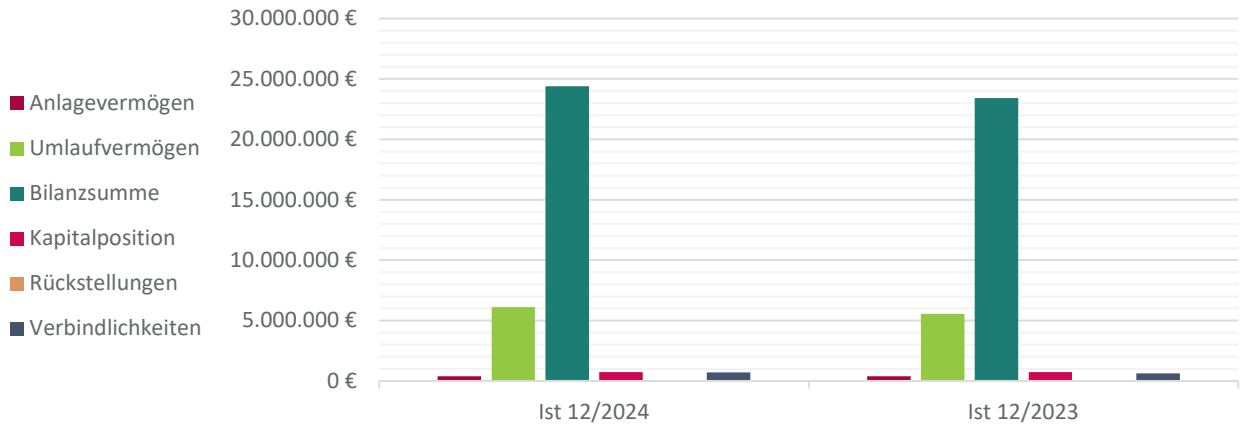
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Zuweisungen und Umlagen nach Arten sowie aufgelöste Sonderposten	17.981.950,22	26.418.097,08	-8.436.146,86
Zinsen und sonstige Finanzerträge	4.423,31	10.525,03	-6.101,72
Ordentliche Erträge	17.986.373,53	26.428.622,11	-8.442.248,58
Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahme	17.954.341,56	26.391.550,30	-8.437.208,74
Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.757,88	26.546,78	211,10
Ordentliche Aufwendungen	17.981.099,44	26.418.097,08	-8.436.997,64
Ordentliches Ergebnis	5.274,09	10.525,03	-5.250,94
Gesamtergebnis	5.274,09	10.525,03	-5.250,94
Verbleibendes Gesamtergebnis	5.274,09	10.525,03	-5.250,94

Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	386.037,41	386.037,41	0,00
Sachanlagevermögen	1,00	1,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere	1,00	1,00	0,00
Finanzanlagevermögen	386.036,41	386.036,41	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	386.035,41	386.035,41	0,00
Beteiligungen	1,00	1,00	0,00
Umlaufvermögen	6.106.138,97	5.563.269,03	542.869,94
Liquide Mittel	6.106.138,97	5.563.269,03	542.869,94
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	17.911.233,93	17.477.038,94	434.194,99
Bilanzsumme	24.403.410,31	23.426.345,38	977.064,93
Passiva			
Kapitalposition	744.629,12	739.355,03	5.274,09
Rücklagen	739.355,03	728.830,00	10.525,03
Jahresergebnis	5.274,09	10.525,03	-5.250,94
Rückstellungen	5.236,00	5.236,00	0,00

Sonstige Rückstellungen	5.236,00	5.236,00	0,00
Verbindlichkeiten	697.027,49	634.829,47	62.198,02
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.288,60	-	1.288,60
Transferleistungen	695.738,89	634.829,47	60.909,42
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	22.956.517,70	22.046.924,88	909.592,82
Bilanzsumme	24.403.410,31	23.426.345,38	977.064,93

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Eigenkapitalquote I (in %)	3,1	3,2	-0,1
Anlagendeckungsgrad (in %)	192,9	191,5	1,4

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	-	-	-
Verschuldungsgrad (in %)	-	-	-

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Verbandsvorsteher/-in

LRat Herr Stephan Pusch (CDU)

Verbandsversammlung

Mitglied

Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Herr Frederic Wentz

Städteregionstagsmitglied Frau Laura Postma (GRÜNE)

Städteregionstagsmitglied Herr Bernd Schwuchow (CDU)

1. stellv. Städteregionsrat Herr Axel Wirtz (CDU) (bis 12.12.2024) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Herr Franz-Josef Kogel (CDU)

Städteregionstagsmitglied Frau Catarina dos Santos-Wintz (CDU) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Herr Oliver Bode (CDU)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Verbandsversammlung gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 5 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 25,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

Lagebericht gemäß der Kommunalhaushaltsverordnung NRW

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „**N**eue **K**ommunale **F**inanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2024.

Im Haushaltsjahr 2024 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 5.318.122,53 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 507.161,24 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen und Rückforderungen von Verkehrsunternehmen in Höhe von 444.753,29 € sowie Zinsen in Höhe von 62.407,95 €, die aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschalen der Förderjahre 2023 und 2024 im Kalenderjahr 2024 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 5.825.283,77 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 780.000,00 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2024 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2024 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 5.045.283,77 € im ersten Halbjahr des Jahres 2025 zweckentsprechend verwendet worden.

Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Diese Mittel wurden dadurch reduziert, dass 25.673,20 € in die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen eingestellt wurden. Zudem wurden die Mittel um Zinsen in Höhe von 25.647,06 €, die aus den Mitteln der Ausbildungsverkehr-Pauschale für die Förderjahre 2023 und 2024 im Kalenderjahr 2024 erwirtschaftet wurden, aufgestockt. Insgesamt standen somit Mittel in Höhe von 10.873.095,20 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale zur Verfügung. Diese sind im Jahr 2022 zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgezahlt worden.

Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den „Richtlinien Sozialticket 2011“ in Höhe von 2.160.161,96 € erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um Zinsen in Höhe von 9.062,04 € aufgestockt worden, die aus den Mitteln zur Förderung des Mobil-Tickets des

Förderjahres 2024 im Kalenderjahr 2024 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt 2.169.224,00 € zur Förderung des Mobil-Tickets zur Verfügung. 2.084.556,29 € wurden gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV im Kalenderjahr 2024 ausgezahlt. Die zum Jahresabschluss 2024 verbliebenen Mittel sind in Höhe von 84.667,71 € im ersten Halbjahr des Jahres 2025 zweckentsprechend verwendet worden.

Des Weiteren hat der ZV AVV zur Förderung von Azubitickets im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Azubitickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen (Richtlinien Azubiticket)“ in Höhe von 322.190,23 € erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um Zinsen in Höhe von 1.459,20 € aufgestockt worden, die aus den Mitteln zur Förderung des Azubitickets des Förderjahres 2024 im Kalenderjahr 2024 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt 323.649,43 € zur Förderung des Azubitickets zur Verfügung. 322.190,37 € sind den Verkehrsunternehmen im Jahr 2024 zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverbandes Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Azubitickets im AVV ausgezahlt worden. Die zum Jahresabschluss 2024 verbliebenen Mittel sind in Höhe von 1.459,06 € im ersten Halbjahr des Jahres 2025 zweckentsprechend verwendet worden.

Zudem hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln Zuwendungen gemäß der „Allgemeine Vorschrift zur Gewährung von Zuwendungen zum Ausgleich nicht gedeckter Kosten im Zusammenhang mit dem NRW-eTarif“ erhalten. Für das Förderjahr 2021 / 2022 wurden dem ZV AVV im Jahr 2024 2.121,98 € ausgezahlt, wovon 1.767,80 € zweckentsprechend verwendet werden konnten. Für das Förderjahr 2023 hat der ZV AVV im Jahr 2024 7.750,78 € erhalten, wovon 7.254,18 € zweckentsprechend verwendet wurden. Die von den Fördernehmern nicht abgerufenen Mittel in Höhe von 354,18 € für das Förderjahr 2021 / 2022 bzw. 496,60 € für das Förderjahr 2023 verblieben in Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln beim ZV AVV und sind in entsprechender Höhe im Jahresüberschuss zum 31.12.2024 berücksichtigt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 386.035,41 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH), deren alleiniger Gesellschafter der ZV AVV ist.

Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV go.Rheinland bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr zu dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 5.274,09 €.

Die Einführung des Deutschlandtickets zum Preis von monatlich 49,- Euro zum 01.05.2023 (seit 1.1.2025: 58,- Euro) ist für die Verkehrsunternehmen bzw. die gesamte Nahverkehrsbranche mit nachhaltigen Auswirkungen verbunden. In wirtschaftlicher Hinsicht haben der Bund und die Länder der Branche grundsätzlich eine auskömmliche Finanzierung zumindest bis zum Jahr 2025 zugesichert, verbindliche Regularien zur Finanzierung über diesen Zeithorizont hinaus liegen bislang jedoch nicht vor. Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag jedoch zwar eine Preisstabilität bis 2029 festgelegt, welche den Nutzerinnen und Nutzern Planungssicherheit bieten und den Erfolg des Tickets langfristig sichern soll. Konkrete Angaben für eine künftige Finanzierung des Deutschlandtickets gehen aus dem Koalitionsvertrag jedoch nicht hervor. Auch im Hinblick auf die für die Verkehrsunternehmen wichtige sachgerechte Einnahmenaufteilung besteht weiterhin erheblicher Abstimmungsbedarf.

Zur Absicherung der wirtschaftlichen Stabilität im Nahverkehr sehen die zwischen dem Bund und den Ländern vereinbarten Finanzierungsregelungen für die Jahre 2023 – 2025 einen Ausgleich für die mit dem Deutschlandticket verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen vor, dessen Mechanismus grundsätzlich mit dem sog. ÖPNV-Rettungsschirm vergleichbar ist, welcher während der Pandemiejahre eingerichtet wurde. Im vorgenannten Zeitraum tragen sowohl der Bund als auch die Bundesländer jeweils 1,5 Milliarden Euro jährlich zum Ausgleich Deutschlandticket-bedingter Auswirkungen bei. Durch das 10. Regionalisierungsgesetz vom 20. Dezember 2024 wurde ermöglicht, nicht genutzte Bundesmittel aus dem Jahr 2023 bis Ende 2025 zur Finanzierung des Deutschlandtickets einzusetzen. Im Zusammenwirken mit der vorgenannten Preisanpassung zum 1.1.2025 wird aktuell von einer auskömmlichen Finanzierung für das Jahr 2025 ausgegangen. Die vorgenannten Maßnahmen reichen jedoch nicht für eine langfristige Finanzierung aus, da weiterhin eine strukturelle Unterfinanzierung des ÖPNV besteht.

Mangels entsprechend verbindlicher Festlegungen auf Bundes- und Landesebene besteht für die Verkehrsunternehmen bzw. die für die Finanzierung des ÖSPV gesetzlich zuständigen kommunalen Aufgabenträger in Bezug auf die Finanzierung der mit dem Deutschlandticket verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen über das Jahr 2025 hinaus derzeit

weiterhin keine Planungssicherheit. Das Angebot des preislich hochattraktiven Deutschlandtickets führt nicht zuletzt dazu, dass der tarifliche Gestaltungsspielraum im Rahmen der lokalen Verbundtarife deutlich eingeengt wird. Die Umsatzentwicklung der Verkehrsunternehmen und mithin die Wirtschaftlichkeit des Verbundverkehrs ist somit bereits seit der Einführung im Jahr 2023 in deutlich geringerem Umfang durch eigene tarifpolitische Maßnahmen seitens der Aufgabenträger steuerbar.

In Bezug auf den Haushalt des ZV AVV sind aus den vorgenannten Planungsunsicherheiten grundsätzlich keine unmittelbaren Auswirkungen zu erwarten. Da der Haushalt des ZV AVV entsprechend einer Anpassung der Verbandssatzung ab dem Haushaltsjahr 2024 keine Verbandsumlage mehr ausweist und die Finanzierung der ÖSPV-Fehlbeträge überdies den Verbandsmitgliedern als Aufgabenträger weiterhin selbst obliegt, würden sich entsprechende wirtschaftliche Entwicklungen nicht im Haushalt des ZV AVV niederschlagen.

Vorbehaltlich nachfolgender Ausführungen wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko im Hinblick auf die diesbezüglich notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann.

Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV AVV durch den ZV go.Rheinland, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden.

Auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN in NRW, welche u.a das Ziel einer effizienteren und einheitlicheren Organisation des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) ausweist, finden auf Landesebene aktuell Planungen zu einer Strukturreform der SPNV-Aufgabenträgerschaft in NRW statt. Als Teilgegenstand dieser Reformpläne werden neben einer inhaltlichen Neuordnung von Zuständigkeiten auch die künftigen Verwendungsmöglichkeiten der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Abs.1 ÖPNVG NRW diskutiert.

Nach dem aktuellen Stand der Beratungen kann aus derzeitiger Sicht nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen der SPNV-Strukturreform Bestimmungen in den angestrebten Gesetzesentwurf eingebracht werden, welche eine Weiterleitung entsprechender Mittel an lokale Verbundorganisationen der kommunalen ÖSPV-Aufgabenträger- wie den ZV AVV – nicht mehr erlauben würden.

Von einer entsprechenden Gesetzesänderung wäre insbesondere die Finanzierung der Verbundgesellschaft (AVV GmbH) betroffen, derer sich der ZV AVV zur Erfüllung seiner in öffentlichem Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben bedient und deren einziger Gesellschafter er ist.

Die Verbandsmitglieder und Verbundorgane wurden über die vorgenannten Entwicklungen informiert. Gemeinsam mit anderen Verbundorganisationen, dem Städtetag NRW, dem Städte- und Gemeindebund NRW sowie dem Landkreistag NRW setzten sich die Vertreter des AVV auf der Landesebene für Reformansätze ein, welche für die kommunalen Aufgabenträger bzw. der lokalen ÖSPV-Verkehrsverbünde wirtschaftlich und inhaltlich verträglich sind. Der Ausgang des laufenden Beratungsprozesses ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des ZV AVV sind unter Einbeziehung des Haushaltplans für das Haushaltsjahr 2025 keine bestandsgefährdenden Risiken ersichtlich.

3.4.2.2 Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Firmensitz:
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Stark verbunden, eng vernetzt.

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 956
Gründungsdatum: 11.12.1972
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 0,01% / - / 0,01%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

PKF Fasselt Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG) und der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- ktiengesellschaft (ASEAG) zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich zwischen diesen Gesellschaften vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen der Stadt Aachen als geschäftsführende Holding tätig werden. Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen, die Erbringung von Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen und damit zusammenhängende Tätigkeiten sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfes ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Kapital

Stammkapital	14.049.880 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Stadt Aachen	14.048.840,00 €	99,99 %
StädteRegion Aachen	1.040,00 €	0,01 %
Beteiligungen		
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft Aachen	5.714.042,88 €	94,90 %
STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG	43.518.218,25 €	74,90 %
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh	564.624,00 €	37,64 %

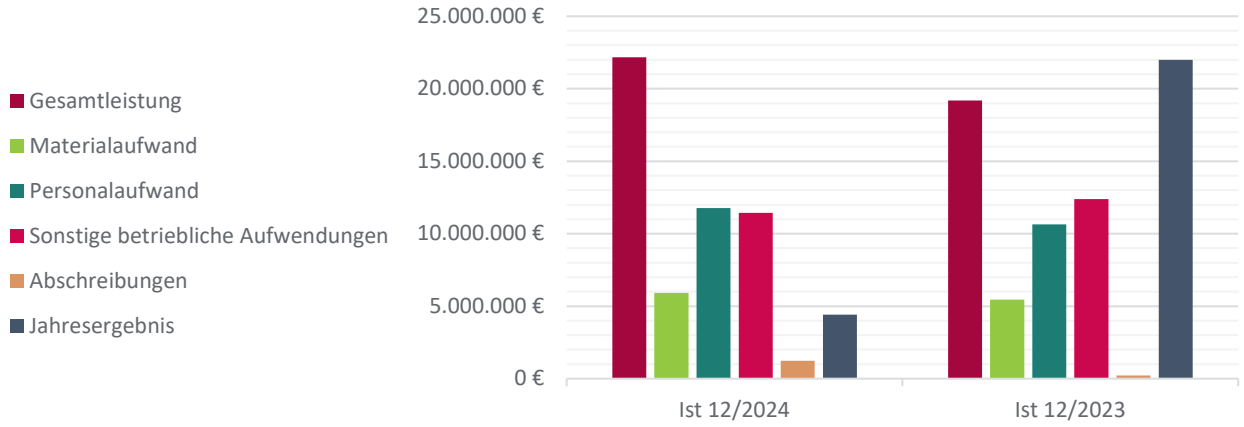
Verbundene Unternehmen

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft Aachen 94,90%	STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG 74,90%	regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh 37,64%

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

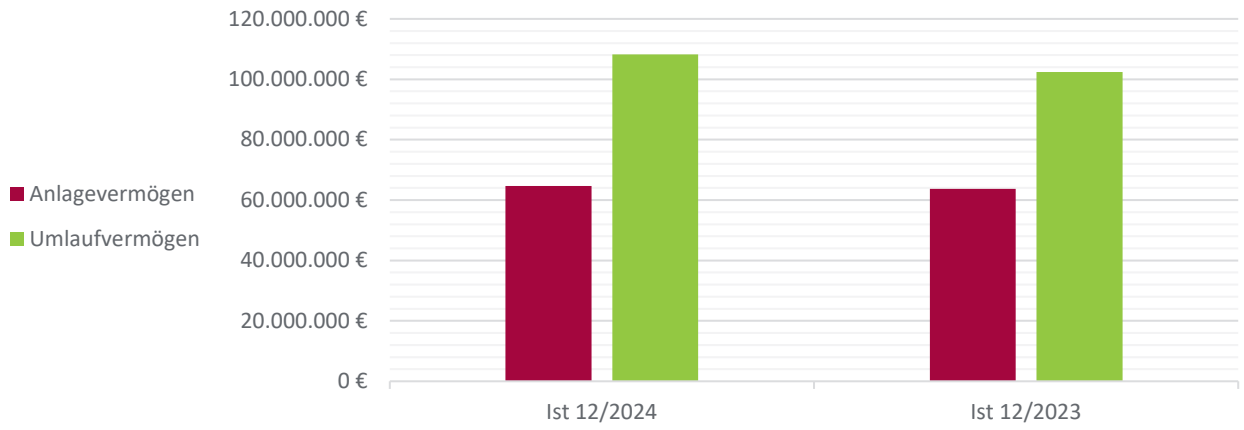


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	22.082.078,64	19.009.901,24	3.072.177,40
Andere aktivierte Eigenleistungen	24.837,85	106.778,40	-81.940,55
Sonstige betriebliche Erträge	64.720,99	74.100,42	-9.379,43
Gesamtleistung	22.171.637,48	19.190.780,06	2.980.857,42
Materialaufwand	5.927.610,94	5.447.868,60	479.742,34
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.190,90	22.275,13	-15.084,23
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.920.420,04	5.425.593,47	494.826,57
Rohergebnis	16.244.026,54	13.742.911,46	2.501.115,08
Personalaufwand	11.771.596,02	10.632.542,06	1.139.053,96
dar.: Löhne und Gehälter	9.618.830,45	8.781.898,98	836.931,47
dar.: soziale Abgaben	2.152.765,57	1.850.643,08	302.122,49
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.442.769,81	12.392.861,88	-950.092,07
EBITDA	-6.970.339,29	-9.282.492,48	2.312.153,19
Abschreibungen	1.239.148,39	209.925,62	1.029.222,77
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	1.239.148,39	209.925,62	1.029.222,77
EBIT	-8.209.487,68	-9.492.418,10	1.282.930,42
Erträge aus Beteiligungen	2.016.968,44	3.329.437,61	-1.312.469,17
Erträge aus Gewinnabführung	47.633.069,11	73.675.742,89	-26.042.673,78
Aufwendungen aus Verlustübernahme	35.708.405,21	33.768.567,37	1.939.837,84
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.078.024,32	1.713.305,61	-635.281,29

Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	143.699,38	-	143.699,38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.213.925,83	1.180.075,86	33.849,97
EBT	5.452.543,77	34.277.424,78	-28.824.881,01
Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.027.807,00	12.264.069,67	-11.236.262,67
Ergebnis nach Steuern	4.424.736,77	22.013.355,11	-17.588.618,34
Sonstige Steuern	1.421,00	16.546,38	-15.125,38
Jahresergebnis	4.423.315,77	21.996.808,73	-17.573.492,96

Bilanz

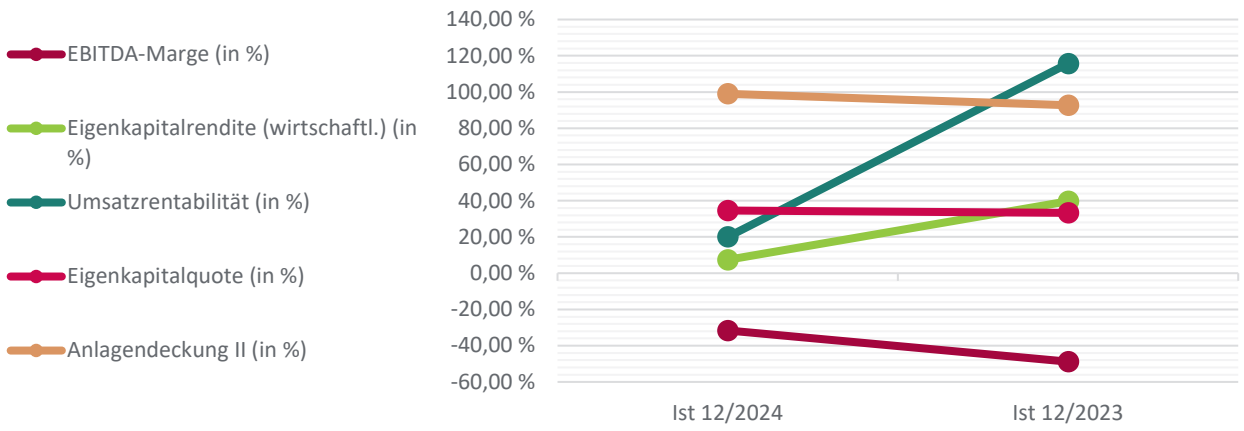


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	64.669.177,97	63.736.513,23	932.664,74
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.002.056,77	7.120.751,95	881.304,82
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	7.428.078,00	377.488,00	7.050.590,00
Geleistete Anzahlungen	573.978,77	6.743.263,95	-6.169.285,18
Sachanlagen	148.553,81	96.985,00	51.568,81
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	73.553,00	96.985,00	-23.432,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	75.000,81	0,00	75.000,81
Finanzanlagen	56.518.567,39	56.518.776,28	-208,89
Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11	53.722.346,11	0,00
Beteiligungen	2.793.168,12	2.793.168,12	0,00
Sonstige Ausleihungen	3.053,16	3.262,05	-208,89
Umlaufvermögen	108.252.881,69	102.370.523,36	5.882.358,33
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	57.971.771,73	79.075.568,06	-21.103.796,33
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	84.096,18	28.806,21	55.289,97
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	53.952.849,56	73.959.875,77	-20.007.026,21
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	474.186,55	968.356,12	-494.169,57
Forderungen gegen Gesellschafter	178.550,24	178.550,24	0,00

Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	3.282.089,20	3.939.979,72	-657.890,52
Wertpapiere	12.855.319,10	-	12.855.319,10
Sonstige Wertpapiere	12.855.319,10	-	12.855.319,10
Kasse, Bankguthaben, Schecks	37.425.790,86	23.294.955,30	14.130.835,56
Rechnungsabgrenzungsposten	9.700,00	159.666,00	-149.966,00
Bilanzsumme	172.931.759,66	166.266.702,59	6.665.057,07
Passiva			
Eigenkapital	59.827.240,20	55.403.924,43	4.423.315,77
Gezeichnetes Kapital	14.049.880,00	14.049.880,00	0,00
Kapitalrücklage	43.753.000,00	43.753.000,00	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-2.398.955,57	-24.395.764,30	21.996.808,73
Jahresergebnis	4.423.315,77	21.996.808,73	-17.573.492,96
Rückstellungen	6.199.656,05	15.558.965,69	-9.359.309,64
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.170.088,00	3.694.708,00	475.380,00
Steuerrückstellungen	443.615,97	10.480.719,66	-10.037.103,69
sonstige Rückstellungen	1.585.952,08	1.383.538,03	202.414,05
Verbindlichkeiten	106.904.863,41	95.303.812,47	11.601.050,94
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	423.550,15	126.240,52	297.309,63
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	15.056.948,65	14.945.756,35	111.192,30
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	66.374.571,61	56.515.141,57	9.859.430,04
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	1.152.377,50	16.279,52	1.136.097,98
Sonstige Verbindlichkeiten	23.897.415,50	23.700.394,51	197.020,99
Bilanzsumme	172.931.759,66	166.266.702,59	6.665.057,07

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-31,6	-48,8	17,2
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	7,4	39,7	-32,3
Umsatzrentabilität (in %)	20,0	115,7	-95,7
Eigenkapitalquote (in %)	34,6	33,3	1,3
Anlagendeckung II (in %)	99,0	92,7	6,3

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	134	123	11
Verschuldungsgrad (in %)	189,1	200,1	-11,0

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in
- Herr Dr. Christian Becker
- Herr Michael Carmincke

Prokurist/-in
- Frau Alexandra Genten
- Herr Christoph Jost
- Herr Stephan Wolf

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Willi Bündgens (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Dr. Florian Moschel (GRÜNE)	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 3 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 20,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die **Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.)** ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG, Aachen, (STAWAG) die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der **ASEAG** haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeitig

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen, sodass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet und soll die gemeinschaftlich entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Aufgrund des aktuellen Marktumfelds und den rechtlichen Rahmenbedingungen fokussiert sich die ASEAG auf ihre langjährige Kernkompetenz. Dies ist der Verkehr mit Bussen in der Stadt und in der StädteRegion Aachen. Durch die intensivierte Diskussion zum Thema „Verkehrswende“ werden erweiterte und neue Anforderungen gestellt, die neben der reinen Busleistung auch Produktangebote und Konzepte für die „erste und letzte Meile“ als Zubringer zum ÖPNV-Angebot vorsehen. In diesem Kontext gilt es, Mobilitätsleistungen, wie On-Demand-Verkehre, Car- und Bike-Sharing oder e-Roller und Taxi, intelligent mit dem klassischen Busangebot zu verknüpfen. Auch Dienstleistungen des ruhenden Verkehrs sind dabei über die APAG einzubinden (z. B. Park- and Ride-Ticket), sodass der Kunde ein durchgängiges Mobilitätserlebnis erfährt, und zwar unabhängig von dem Verkehrsmittel, für das er sich bei seiner jeweiligen Fahrt entschieden hat. Technologisch bildet die stetig zu erweiternde movA-App der ASEAG schon heute die Basis hierfür. Als eine große Plattform zur Fortentwicklung des ÖPNV in Stadt und StädteRegion Aachen hat das von den Aufgabenträgern gegründete „Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen“ (NEMORA; zuvor „AG Innovation“) im Geschäftsjahr 2022 ihre Arbeit aufgenommen, um Verkehrsprojekte (u. a. „Vision 2027“ der ASEAG) gemeindeübergreifend vorantreiben zu können. Darüber hinaus bringt sich die ASEAG in die Planungen rund um die „Regio-Tram“ ein, die die ASEAG im Falle einer Realisierung betreiben möchte. Die zugehörige Machbarkeitsstudie hat einen Nutzen-/Kosten-Faktor größer eins ergeben. Die politischen Gremien haben die Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AVV) damit beauftragt, die nächsten Planungsschritte anzugehen.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist die Basis geschaffen worden, um den Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW bis zum Jahr 2027 gerecht zu werden. Für eine Folgebetrauung ab Dezember 2027 gilt es nun, die ersten Weichen zu stellen. So wurde beispielsweise durch den Aufgabenträger Stadt Aachen im Jahr 2023 ein Gutachten zum Liniennetz in Auftrag gegeben, um hieraus gegebenenfalls resultierende Anpassungen des Nahverkehrsplans rechtzeitig beschließen zu können. Die sich entsprechend ergebenden Aspekte werden zurzeit diskutiert und sollen in die neuen Nahverkehrspläne der Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen einfließen. Die Verabschiedung der neuen Nahverkehrspläne wird für den Sommer bzw.

Herbst 2025 erwartet. Dabei zeichnet sich bereits ab, dass wesentliche Effekte für die Nutzung des ÖPNVs voraussichtlich nur durch den Ausbau der Infrastruktur erreicht werden können, damit die derzeitigen Reisegeschwindigkeiten deutlich erhöht werden.

Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Anforderungen der Bürger und Bürgerinnen der StädteRegion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Ein sehr dynamisches politisches Umfeld innerhalb Deutschlands (z. B. Entwicklungen rund um das Deutschlandticket, Diskussionen rund um den Klimawandel, Kürzung von Fördermitteln im Kontext des Technologiewandels) und eine hohe Unsicherheit aufgrund der geopolitischen Lage (z. B. Ukraine-Krise, Nah-Ost-Krise) bringen immer wieder neue Herausforderungen mit sich. Selbst eine moderne, vollständig auf Euro VI-Abgasnorm umgerüstete Busflotte erfüllt die neuen Erwartungen und gesetzlichen Vorgaben kaum. Weitere Investitionen in Technik und Infrastruktur – mit einem erheblichen Kapitalbedarf und teilweise schwierigen Beschaffungssituationen – werden notwendig sein, um den in den ÖPNV gesetzten Erwartungen annähernd gerecht werden zu können.

Die **STAWAG** ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser sowohl in der Stadt als auch in der StädteRegion Aachen. Im Zuge einer Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen (NERA) wurde im Geschäftsjahr 2024 eine umfassende Kooperation zwischen der STAWAG und der enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) umgesetzt. Die enwor hat dabei ihren gesamten operativen Geschäftsbetrieb inklusive ihrer Vermögenswerte und Beteiligungen am 1. Oktober 2024 mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2024 im Wege der Ausgliederung gemäß § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG auf die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, die zugleich in STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG umfirmiert wurde, übertragen. Gleichzeitig hat die STAWAG ihr Grundkapital erhöht und die enwor als weiter fortbestehende Holdinggesellschaft Aktien in Höhe von 25,1 Prozent des Grundkapitals der STAWAG erhalten. Mit 74,9 Prozent bleibt die E.V.A. Mehrheitsaktionärin der STAWAG. Die STAWAG fungiert damit weiterhin als Organgesellschaft der E.V.A. und leistet eine Ausgleichszahlung – aufgeteilt in einen festen als auch einen variablen Anteil – an die enwor als außenstehende Gesellschafterin.

Im Zuge des Zusammenschlusses sind hinsichtlich der übertragenen Vermögenswerte die Stromnetze in Herzogenrath und Würselen, das Gasnetz in Herzogenrath, die Wassernetze in Stolberg, Herzogenrath, Eschweiler, Alsdorf, Baesweiler, Würselen und Roetgen, die Straßenbeleuchtung in Herzogenrath sowie die bestehenden Fernwärme- und Telekommunikationsnetze eigentumsrechtlich von der enwor auf die STAWAG übergegangen. Die technische Betriebsführung für die auf die STAWAG übergegangenen Wassernetze und die Fernwärme- sowie Telekommunikationsnetze erbringt seit dem 1. Oktober 2024 die Regionetz. Des Weiteren hat die Regionetz, zunächst im Zuge einer Interimsbetriebsführung und ab dem 1. Januar 2025 durch einen Pacht der beiden Stromnetze und des Gasnetzes, den Strom-Netzbetrieb in Herzogenrath und Würselen sowie den Gas-Netzbetrieb in Herzogenrath übernommen.

Des Weiteren sind auch die bisherigen Anteile der enwor an den nachfolgenden Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften am 1. Oktober 2024 auf die STAWAG übergegangen. Hierbei handelt es sich um die enwor Netz GmbH, Herzogenrath, (enwor Netz), die WAG Wasserversorgungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG), die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH, Übach-Palenberg, (SWÜP), das Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen (IWA), die Trianel GmbH, Aachen, die Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL), die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen, (TGH), die Trianel Windpark Borkum GmbH & Co. KG, Aachen, (TWB), die Trianel Windkraftwerke Borkum II GmbH & Co. KG, Oldenburg, (TWB II), die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG, Aachen, (TOW), Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Aachen (TEE), die STAWAG Solar GmbH, Aachen, (STAWAG Solar), die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG, Aachen, (SA Giebelstadt II), die Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Ronneburg), die Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Oberwesel II), die Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Oberwesel III), und die Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Beltheim II). Die Beteiligungen, die den Erneuerbaren Energien zuzuordnen sind, wurden zum 31. Dezember 2024 im Rahmen einer Ketteneinbringung von der STAWAG auf die STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie) übertragen.

Mit Bezug auf den erfolgten Personalübergang sind rund 300 der bisher bei der enwor beschäftigten Mitarbeitenden am 1. Oktober 2024 im Wege von Betriebs(teil-)übergängen nach § 613 a BGB auf die STAWAG und deren Gruppengesellschaften, d. h. auf die E.V.A., die FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR) und die Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz) übergegangen. Die Zuordnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgte dabei nach funktionalen Kriterien zu den Gesellschaften, in denen sie ihre Funktion in der Organisation der STAWAG-Gruppe ausüben.

Durch den Zusammenschluss mit der enwor fungiert die STAWAG nunmehr als Dienstleister rund um Energie und Wasser sowohl in der Stadt als auch in der StädteRegion Aachen. Kernaufgabe des fusionierten Unternehmens ist dabei die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region Aachen mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen an, was den umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie betrifft. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze und der städtischen Abwasserkanäle sowie für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe wie auch für Vertriebspartner über effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse, modular auf den Kunden zugeschnitten, angeboten.

Gesteuert werden die vielfältigen Geschäftsaktivitäten innerhalb des STAWAG-Konzerns über eine Bereichs-, eine Geschäftsfeld- und eine Segmentebene. So wird auf der Bereichsebene zwischen „operativem Geschäft“ und „Beteiligungen“ differenziert. Das operative Geschäft untergliedert sich innerhalb der STAWAG in die Geschäftsfelder „Kraftwerke/Speicher“, „Wasser (exkl. Vertrieb)“, „Wärme“, „Vertrieb“ und „Sonstige Geschäftsfelder“ sowie in die operativen Beteiligungen, die einen bedeutenden Ergebnisbeitrag für das Gesamtergebnis der STAWAG leisten und eine Beteiligungsquote der STAWAG von mindestens 50 Prozent aufweisen.

Die **regio iT** ist ein zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Die regio iT orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs. Die regio iT investiert zudem in Beteiligungen, die als eigenständige Gesellschaft mit weiteren Partnern gemeinsame Kompetenzen bündeln und auf diese Weise zukunftsorientierte Geschäftsfelder und IT-Technologien erschließen. Die votegroup GmbH, Aachen, (votegroup), an der die regio iT mehrheitlich beteiligt ist, versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen. Im Bereich der digitalen Vernetzung von Mobilitätsangeboten ist die regio iT an der Better Mobility beteiligt. Im Bereich der digitalen Bildung ist die regio iT mehrheitlich an der cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH, Aachen, (cogniport) beteiligt. Im Bereich „kommunale Serviceportale“ ist die regio iT mehrheitlich an der nextgov iT GmbH, Aachen, (nextgov iT) beteiligt. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2024 hat die regio iT 47 Prozent der Geschäftsanteile an der Telecomputer GmbH (Telecomputer) mit Sitz in Berlin erworben. Gegenstand des Unternehmens der Telecomputer sind die Konzeption, die Entwicklung, die Pflege und der Vertrieb von Softwareprodukten für den Bereich des Verkehrswesens (insbesondere Kraftfahrzeugzulassungen und Führerscheinwesen). Die E.V.A. hält 37,64 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT.

Des Weiteren hält die E.V.A. unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Das Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen. Mit den Betriebsübergängen von der enwor auf die jeweiligen Konzerngesellschaften sollen gemäß § 613a BGB infolge organisatorischer Anpassungen Mitarbeitende der E.V.A. aus den Bereichen der Gebäudewirtschaft und der Unternehmenskommunikation auf die STAWAG überführt werden. Diese sogenannten Querversetzungen sind noch bis zum 31. Dezember 2024 bei der E.V.A. verblieben und werden erst ab dem Jahr 2025 personalaufwandswirksam bei der STAWAG erfasst.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2024 dauerten die geopolitischen Spannungen und die damit verbundenen Unsicherheiten für die Wirtschaft weiter an und spiegelten sich auch in der Entwicklung des Wirtschaftswachstums wider. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das gesamte Jahr 2024 im Euroraum um 0,9 Prozent angestiegen ist (Quelle: Eurostat – Euroindikatoren, Veröffentlichung vom 7. März 2025) liegt das preisbereinigte BIP in Deutschland gemäß dem Statistischen Bundesamt sogar um 0,2 Prozent niedriger als im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2025).

Gründe hierfür waren Unsicherheiten, die den Verbrauch und Investitionen belasteten, sowie eine schwächere Nachfrage nach Industriegütern. Zudem wirkte die restriktive Geldpolitik der letzten Jahre nach, auch wenn die Europäische

Zentralbank (EZB) den Leitzins im Jahr 2024 viermal auf 3 Prozent zum Jahresende gesenkt hat. Die Verbraucherpreise haben sich in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 Prozent gegenüber dem Jahr 2023 erhöht. Die Inflation deutlicher geringer aus als in den vorangegangenen Jahren. Im Jahresdurchschnitt hatte sie im Jahr 2023 bei +5,9 Prozent und im Jahr 2022 sogar bei +6,9 Prozent gelegen (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2025).

Trotz der anhaltenden Wirtschaftsflaute im Jahr 2024 hat sich der Arbeitsmarkt im Kern weiterhin behauptet. Die Arbeitslosigkeit hat sich von Januar bis im Dezember 2024 lediglich um 0,3 Prozent erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2024 waren rund 46,1 Millionen Menschen mit Arbeit oder in Deutschland erwerbstätig und damit so viele wie noch nie zuvor. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 72.000 Personen bzw. 0,2 Prozent gestiegen (Quelle: Destatis, Pressemitteilung Nr. 001 vom 2. Januar 2025).

Die Witterung des Jahres 2024 war insgesamt milder als im Vorjahr, obwohl das Vorjahr bereits überdurchschnittlich warm war. Außergewöhnlich hoch fielen die Niederschlagsmengen 2024 aus und lagen bis November in neun Monaten oberhalb des langjährigen Mittels, während die Sonnenscheindauer vor allem im ersten Halbjahr unterdurchschnittlich war. Auch das Windangebot war im Jahresverlauf tendenziell niedriger als im langjährigen Mittel. (Quelle: bdew, Die Energieversorgung 2024 – Jahresbericht vom 18. Dezember 2024).

Der Endenergieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2024 erneut um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und liegt mit 357,5 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) auf einem neuen Tiefstand. Verglichen mit dem bisherigen Höchststand des Jahres 1990 wurden 30 Prozent gespart.

Der Erdgasverbrauch ist im Jahr 2024 um knapp 3 Prozent auf rund 92,9 Mio. t SKE gestiegen. Die Nachfragesteigerung ist auf das gesunkene Preisniveau zurückzuführen. Insbesondere energieintensive Industriezweige erhöhten 2024 ihren Erdgaseinsatz. Aber auch Haushalte sowie Verbraucher im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen verbrauchten etwas mehr Erdgas. Die Stromerzeugung aus Erdgas lag mit 1 Prozent im Plus, die Fernwärmeerzeugung aus Erdgas stieg um 3 Prozent.

Für das Gesamtjahr 2024 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO_2-Emissionen insbesondere durch den weiteren Rückgang des Verbrauchs von Kohle von ca. 3 Prozent bzw. etwa 17 Millionen Tonnen. Der Beitrag der Erneuerbaren Energien erhöhte sich im Jahr 2024 insgesamt um 1,6 Prozent, wobei Strom aus Wasserkraft und Photovoltaik um 4 Prozent zulegte. Die Stromerzeugung aus Windenergie verharrte witterungsbedingt auf dem Vorjahresniveau (Quelle: AG Energiebilanzen e. V., Pressedienst vom 18. Dezember 2024).

Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) bezeichnet in seiner Bekanntmachung vom 6. Januar 2025 das Jahr 2025 als Schlüsseljahr für die Verkehrs- und Mobilitätsbranche. Der VDV fordert dann klare Weichenstellungen in Berlin und Brüssel. Während in Deutschland die neue Bundesregierung ihre verkehrspolitischen Ziele definieren wird, muss in Brüssel das neu besetzte EU-Verkehrskommissariat mit weitreichenden Initiativen die Richtung für eine nachhaltige Mobilität in Europa vorgeben. In Wortmann, Präsident des VDV, betont die Dringlichkeit einer klaren verkehrspolitischen Weichenstellung. „Die Ziele eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Transformation sind auf dem Kontinent und in Deutschland nur erreichbar, wenn Berlin und Brüssel die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Insbesondere Busse und Bahnen müssen stärker in den Fokus gerückt und als Teil der Lösung verstanden werden.“ (Quelle: www.vdv.de/250106-pm-eu-ausblick-2025.pdf).

Der für die regio iT wichtige Teilmarkt Informationstechnik ist um 4,8 Prozent gestiegen. Während die Teilmärkte Software (+ 12 Prozent) sowie IT-Service (+ 3,6 Prozent) ein Wachstum aufwiesen, blieb der Teilmarkt IT-Hardware auf Vorjahresniveau. Auch die Anzahl der Beschäftigten in der Informationstechnik ist erneut um 6.700 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Geschäftsverlauf

In der Wirtschaftsplanung 2024 der STAWAG war der Übergang des Geschäftsbetriebs der enwor auf die STAWAG mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2024 noch nicht berücksichtigt. Insoweit ist eine Vergleichbarkeit des Jahresabschlussdaten 2024 mit der Wirtschaftsplanung 2024 im Folgenden nur eingeschränkt möglich.

Die zivilrechtliche Einbringung des Geschäftsbetriebs auf die STAWAG und auch der Betriebsübergang von Mitarbeitenden der enwor auf die E.V.A und weiterer Konzerngesellschaften hat erst zum 1. Oktober 2024 stattgefunden, so dass die Abbildung des nahezu vollständigen Buchwerks der enwor vom 1. Januar 2024 bis 30. September 2024 bei der STAWAG erfolgt. Somit sind die von der enwor auf die E.V.A. übergegangenen Mitarbeitenden (24 Mitarbeitende bzw. 22,3 Mitarbeiteräquivalente) erst ab 1. Oktober 2024 im Personalaufwand der E.V.A. abgebildet, wogegen die entsprechenden Personalaufwendungen vom 1. Januar bis 30. September buchhalterisch bei der STAWAG erfasst sind.

Weiterhin sollten mit den Betriebsübergängen von der enwor auf die jeweiligen Konzerngesellschaften gemäß §613a BGB infolge organisatorischer Anpassung Mitarbeitende der E.V.A. auf den Bereichen der STAWAG-Gebäudewirtschaft und der Unternehmenskommunikation auf die STAWAG überführt werden. Diese sogenannten Querwechsler sind tatsächlich aber noch bis zum 31. Dezember 2024 bei der E.V.A. verblieben und werden erst ab 1. Januar 2025 personalaufwandswirksam bei der STAWAG erfasst. Für die bei der E.V.A. im Saldo entstandenen Aufwendungen, die sich unmittelbar aus dem Übergang des Geschäftsbetriebs der enwor auf die STAWAG im Geschäftsjahr 2024 ergeben haben, erfolgt eine entsprechende Nachverrechnung von der E.V.A. an die STAWAG.

Die **E.V.A.** erzielte für das Geschäftsjahr 2024 ein negatives Betriebsergebnis in Höhe von -8,2 Mio.€ und liegt damit deutlich unter dem Planwert (0 Mio.€). Das negative Betriebsergebnis basiert im Wesentlichen auf einem in der Planung nicht berücksichtigten zweckgebundenen Investitionszuschuss in Höhe von 8 Mio. Euro von der E.V.A. an die ASEAG für die „Anschaffung von E-Bussen“, der im Dezember 2024 ausgezahlt wurde.

Die **Gesamtleistung** im Jahr 2024 beträgt 22,2 Mio. Euro und übertrifft den Planansatz (20,4 Mio. Euro) um 1,8 Mio. Euro, was sowohl aus höheren Umsatzerlösen für Dienstleistungen, insbesondere resultierend aus dem Übergang des Geschäftsbetriebs der enwor auf die STAWAG, als auch ungeplanten Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen resultiert.

Die **Gesamtaufwendungen** sind mit 30,4 Mio. Euro um 10 Mio. Euro höher als geplant ausfallen. Wie bereits oben beschrieben, ist insbesondere der nicht geplante Investitionszuschuss an die ASEAG in Höhe von 8 Mio. Euro ursächlich für die höheren Gesamtaufwendungen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die nachfolgend aufgeführten bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

E.V.A Leistungsindikatoren	**Wirtschaftsplan 2024**	**Jahresabschluss 2024**	**Ist 2024 vs. Plan 2024**
Umsatzerlöse	20.397	22.082	1.685
davon Erlöse aus Dienstleistungen	15.227	16.106	879
davon Erlöse aus Weiterberechnungen	5.170	5.977	806
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	25	25
Sonstige betriebliche Erträge	0	65	65
Gesamtleistung	**20.397**	**22.172**	**1.775**
Materialaufwand	-4.610	-5.928	-1.318
Personalaufwand	-11.574	-11.772	-198
Abschreibungen	-1.066	-1.239	-173
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.147	-11.413	-8.296
davon Invest-Zuschuss an die ASEAG			
davon restlicher sonstiger Aufwand	0	-8.000	-8.000

	-3.147	-3.443	-296
Gesamtaufwand	-20.397	-30.381	-9.984
Betriebsergebnis	0	-8.209	-8.209
Beteiligungsergebnis	5.528	13.942	8.414
ASEAG, Verlustübernahme	-43.194	-35.708	7.486
STAWAG, Gewinnabführung	46.689	47.633	944
regio iT, Gewinnbeteiligung	1.867	1.851	-16
gewoge, Gewinnbeteiligung	166	166	0
Anzahl Mitarbeiter	118,2	140,8	22,6

[1] MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 22,1 Mio. Euro liegen um 1,7 Mio. Euro über dem Planwert von 20,4 Mio. Euro. Sie setzen sich aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 16,1 Mio. Euro (Plan: 15,2 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 6 Mio. Euro (Plan: 5,2 Mio. Euro). Die gegenüber der Planung um 0,9 Mio. Euro höhere Dienstleistungserlöse ergeben sich im Wesentlichen aus dem Übergang des Geschäftsbetriebs der enwor auf die STAWAG und daraus resultierenden zusätzlichen Dienstleistungen bei der E.V.A. Die um 0,8 Mio. Euro höheren Umsatzerlöse aus Weiterberechnungen beinhaltet zusätzlich weiterberechnete IT-Kosten (+1,3 Mio. Euro), zusätzlich weiterberechnete Job-Ticket-Kosten an die ASEAG (+0,2 Mio. Euro) sowie nicht geplanten Beratungskosten für das NERA-Projekt und die Nachhaltigkeitsberichterstattung (+0,3 Mio. Euro). Dem gegenüber stehen geringere Weiterberechnungen für ein ausgesetztes STAWAG Traineeprogramm (-0,3 Mio. Euro), für steuerliche Beratung (-0,2 Mio. Euro), für externe Rechtsberatung für die Regionetz (-0,1 Mio. Euro) sowie für nicht benötigte Revisionsberatungen (-0,4 Mio. Euro).

Bei den **aktivierten Eigenleistungen** handelt es sich um Erträge aus aktivierten Personalleistungen aus dem S/4 HANA-Projekt.

Sonstige betriebliche Erträge beinhalten außerplanmäßige Sachverhalte, insbesondere Erträge aus Erstattungen des Arbeitsamtes und der Krankenkassen.

Die **Gesamtaufwendungen** liegen mit -30,4 Mio. Euro um 10 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes.

Die **Materialaufwendungen** fallen dabei mit 5,9 Mio. Euro um 1,3 Mio. Euro höher als geplant aus (Planwert: 4,6 Mio. Euro). Die im Materialaufwand enthaltenen Aufwendungen für Arbeitsnehmerleistungen Dritter liegen um 0,5 Mio. Euro oberhalb des Planwertes, wovon 0,4 Mio. Euro auf den kaufmännischen Bereich und 0,1 Mio. Euro auf den Bereich Personal entfallen. Vakante Planstellen wurden unterjährig vorwiegend nicht neu besetzt, sondern im Kontext der bevorstehenden Übernahme von enwor Mitarbeitenden temporär durch vergleichsweise teurere Arbeitnehmerüberlassungen kompensiert. Des Weiteren übersteigen die weiterberechneten IT-Kosten um 0,8 Mio. Euro den geplanten Wert.

Die **Personalaufwendungen** liegen mit 11,8 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro oberhalb der Planung. Für die zum 1. Oktober 2024 von der enwor zur E.V.A. übergangenen Mitarbeitenden (22,3 MAÄ) sind im Zeitraum 1. Oktober 2024 bis 31. Dezember 2024 Personalkosten in Höhe von rund 0,6 Mio. Euro verbucht worden, während der anteilige Personalaufwand für diese Mitarbeitenden für den Zeitraum 1. Januar 2024 bis 30. September 2024 im Buchwerk der STAWAG verblieben ist. Umgekehrt hat sich NERA-bedingt (NERA = Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen) auch der Dienstleistungsumfang erhöht, womit die Dienstleistungserlöse höher als geplant ausgefallen sind, so dass sich hieraus „keine negativen NERA-Effekte“ auf das E.V.A. Betriebsergebnis ergeben. Durch einen kompensierenden Personaleinsatz durch Arbeitnehmerüberlassungen, der wie oben erwähnt im Materialaufwand verbucht ist, reduzieren sich die Personalaufwendungen in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro gegenüber dem Planwert. Darüber hinaus sind in der Wirtschaftsplanung an die STAWAG weiterberechnete Traineekosten in Höhe von 0,3 Mio. Euro für fünf ursprünglich geplante Traineestellen berücksichtigt, die im Geschäftsjahr 2024 ich eingestellt worden sind. Die im Personalauswand abgebildeten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen fallen um 0,2 Mio. Euro höher aus als geplant.

Des Weiteren war die Entgeltsteigerung ab 1. September 2024 in Höhe von 8 Prozent wirtschaftsplanerisch nicht in dieser Höhe berücksichtigt.

Die **Abschreibungen** des Jahres 2024 belaufen sich auf 1,2 Mio. Euro und liegen damit um 0,1 Mio. Euro über Planniveau. Ursächlich für die Planabweichung sind insbesondere höhere Investitionen im Zusammenhang mit der Einführung von SAP S/4 HANA.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** überschreiten mit 11,4 Mio. Euro den Planwert deutlich um 8,3 Mio. Euro was im Wesentlichen auf den im Dezember geleisteten Investitionszuschuss von der E.V.A. an die ASEAG in Höhe von 8 Mio. Euro zurückzuführen ist. Der um 0,2 Mio. Euro über Plan liegende freiwillige Sozialaufwand begründet sich in der Weiterberechnung von Jobticket-Kosten an die ASEAG, im Wirtschaftsplan 2024 nicht enthalten waren.

Das **Gesamtergebnis** der E.V.A. in Höhe von 4,4 Mio. Euro wurde wesentlich geprägt durch den im Betriebsergebnis enthaltenen Investitionszuschuss an die ASEAG in Höhe von -8 Mio. Euro sowie durch das Beteiligungsergebnis, insbesondere die Gewinnabführung von der STAWAG und die Verlustübernahme von der ASEAG.

E.V.A Tausend Euro	**Wirtschaftsplan 2024**	**Jahresabschluss 2024**	**Ist 2024 vs. Plan 2024**
Betriebsergebnis	**0**	**-8.209**	**-8.209**
Beteiligungsergebnis	**5.528**	**13.942**	**8.414**
ASEAG, Verlustübernahme	-43.194	-35.708	7.486
STAWAG, Gewinnabführung	46.689	47.633	944
regio iT, Gewinnbeteiligung	1.867	1.851	-16
gewoge, Gewinnbeteiligung	166	166	0
Zinsergebnis	**-164**	**-136**	**28**
Abschreibungen auf Finanzanlagen		**-144**	**-144**
Ergebnis vor Steuern	**5.364**	**5.453**	**89**
Steuern	**-824**	**-1.029**	**-205**
Jahresüberschuss / Fehlbetrag	**4.540**	**4.423**	**-117**

Das Ergebnis der **ASEAG** in Höhe von —35,7 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2024 ist um rund +7,5 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen.

Die Gesamtleistung liegt mit 92,1 Mio. Euro nahezu auf Planniveau (91,9 Mio. Euro). Die Einführung des Deutschlandtickets ab Mai 2023 hat sich auch im Geschäftsjahr 2024 negativ auf die Umsätze ausgewirkt. Als Gegenposition wurden in den sonstigen betrieblichen Erträgen entsprechende Ertragszuschüsse durch den Gesellschafter Stadt Aachen ausgewiesen, um die wirtschaftlichen Folgen der Einführung des Deutschlandtickets im Geschäftsjahr 2024 aufzufangen.

Die Materialaufwendungen betragen -73,8 Mio. Euro und liegen um 4,2 Mio. Euro unterhalb dem Planansatz. Die Treibstoffkosten lagen um 0,5 Mio. Euro unterhalb der geplanten Kosten. Darüber hinaus reduzierten sich die Kosten für Busanmietungen im Vergleich zum Planansatz um 2,2 Mio. Euro. Die Kosten für die Personalbeschaffung über die ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft bmH, Eschweiler, (ESBUS) lagen rund 2,6 Mio. Euro unter Plan, da seitens ESBUS der ASEAG-seitige Bedarf an Neueinstellungen nicht abgedeckt werden könnte.

Die Löhne und Gehälter sowie Sozialabgaben liegen bei der ASEAG mit 34,6 Mio. Euro um 0,7 Mio. Euro unter Plan. Dies ergibt sich unter anderem aus zeitlichen Verzögerungen bei der Besetzung von Planstellen in der Verwaltung und einem höheren Krankenstand außerhalb der sechswöchigen Lohnfortzahlungsfrist.

Die Aufwendungen für Altersvorsorge in Höhe von 1,5 Mio. Euro sind gegenüber dem Planansatz (2,5 Mio. Euro) um 1Mio. Euro geringer, da die auf einem Pensionsgutachten basierende Zuführung zu den Pensionsrückstellungen deutlicher geringer ausfiel.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen, insbesondere der 33 E-Busse, fielen die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2024 um 2 Mio. Euro geringer aus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit rund 13,8 Mio. Euro um rund 1,1 Mio. Euro über dem Planansatz von 12,7 Mio. Euro. Dies resultiert im Wesentlichen aus höheren Kosten für Versicherungen (rund 0,3 Mio. Euro). Daneben führen diverse kleinere Positionen (z.B. Rechts- und Beratungskosten, IT-Kosten, Fortbildungskosten und Reisekosten) zu der genannten Planabweichung, auch aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung.

Aufgrund des guten Zinsniveaus und der Möglichkeit, hohe kurzfristige Festgeld- und Termingeldanlagen zu tätigen fielen die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge um 0,8 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes aus.

Der **Geschäftsverlauf des Jahres 2024 der STAWAG** ist im Wesentlichen von der rückwirkend zum 1. Januar 2024 erfolgten Einbringung des gesamten Geschäftsbetriebs der enwor in die STAWAG geprägt. Das Jahresergebnis der STAWAG vor Körperschaftsteuer liegt im Geschäftsjahr 2024 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung der fusionierten Unternehmen bei rund 71,9 Mio. Euro. Die STAWAG beabsichtigt, eine Gewinnrücklage in Höhe von -10 Mio. Euro vorzunehmen. Für die in Abzug zu bringende Ausgleichszahlung an die enwor in Höhe von 12,1 Mio. Euro erfolgt eine synthetische Steuerbelastung, indem die Körperschaftssteuer und der Solidaritätszuschlag, die auf die STAWAG entfallen würden, wenn keine ertragssteuerliche Organschaft vorliegen würde, berücksichtigt werden. Für das Jahr 2024 wird dabei eine fiktive Steuerquote in Höhe von 19,3 Prozent berücksichtigt. Damit beläuft sich das von E.V.A. zu übernehmende Beteiligungsergebnis von der STAWAG auf voraussichtlich rund 47,6 Mio. Euro.

Aufgrund einer erstmalig vorgenommenen integrierten kaufmännischen Betrachtung beider Häuser wird von einem Planvergleich nachfolgend abgesehen.

Im konventionellen Erzeugungsbereich konnte die STAWAG für die TKL (Anteilsquote neu: 9,72 Prozent) im Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis in Höhe von 2,4 Mio. Euro erwirtschafte. Insbesondere infolge frühzeitig erfolgter Termingeschäfte sowie hoher Deckungsbeiträge am Spotmarkt während kurzfristig hoher Marktpreisphasen (sogenannte „Dunkelflaute“) konnte trotz niedriger Clean-Dark-Spreads ein ausgeglichenes Vermarktungsergebnis erreicht werden. Zusätzlich wurden deutlich positive periodenfremde Erträge aus dem Geschäftsjahr 2023, die sich im Wesentlichen aus sogenannten Re-Dispatch-Einsätzen des Kraftwerks-insbesondere zum Jahresende 2023-ergeben haben, vereinnahmt. Gegenläufig hat die STAWAG die zum Ende des Jahres 2023 bereits bestehende Drohverlustrückstellung für den bis zum angenommenen Stilllegungszeitpunkt im Jahr 2033 erwarteten defizitären Kraftwerksbetrieb Lünen zum 31. Dezember 2024 um 1,7 Mio. Euro auf dann 77,9 Mio. Euro erhöht, wovon eine bestehende Drohverlustrückstellung in Höhe von 11,6 Mio. Euro aus der Übernahme des Geschäftsbetriebes der enwor resultiert.

Neben der Beteiligung am Steinkohlekraftwerk Lünen ist die STAWAG an der TGH (Anteilsquote neu: 18,12 Prozent) beteiligt. Im Gegensatz zur TKL besteht zwischen der TGH und den Gesellschaftern kein Stromliefervertrag (PPA-Vertrag). Das Gaskraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung der STAWAG. Aus dem von der STAWAG an die TGH gewährten Gesellschafterdarlehen, das seinerzeit für die vorzeitige Ablösung bestehender Bankdarlehen von den Gesellschaftern der TGH ausgereicht wurde, erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2024 Zinserträge von rund 0,6 Mio. Euro. Aktuell beträgt die Forderung für das gewährte Gesellschafterdarlehen 9,7 Mio. Euro. Es ist davon auszugehen, dass eine Rückführung des ausgereichten Gesellschafterdarlehens sowie Ergebnisabführungen und Rückführungen des Eigenkapitals an die Gesellschafter kurz- bis mittelfristig erfolgen werden.

Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG zudem an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Im Geschäftsjahr 2024 erzielt die STAWAG mit dem Gasspeicher Epe ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis. Für den Betrachtungszeitraum bis zum Ende des Speicherzugangsvertrags im April 2028 hat die STAWAG in der Vergangenheit bereits Drohverlustrückstellungen gebildet, die sich zum 31. Dezember 2024 auf rund 7,7 Mio. Euro belaufen.

Im Geschäftsfeld „Wärme“ wird ein voraussichtlicher Verlust von rund -1,9 Mio. Euro erzielt. Hierbei sind die von der enwor auf den Wärmebereich der STAWAG übergehenden Anlagen berücksichtigt. Positiv wird das Ergebnis durch die Nichteinführung von geplanten CO^2-Zertifikatskosten für das eingesetzte Biomethan beeinflusst. Im Bereich Nachwärme und Quartier/Einzelprojekte führten die Insolvenzen der Landwärme GmbH und der Landwärme Services GmbH zu einer notwendigen bilanziellen Korrektur des bestehenden Vorratsvermögens für Biomethan in der Bilanz der STAWAG. Aufgrund des Ausgleichs der zunächst angenommenen fehlenden Biomethan-Mengen konnten die entsprechenden BHKWs entgegen der ursprünglichen Erwartung dennoch betrieben werden, was den negativen Ergebniseffekt hieraus abmildert. Darüber hinaus führt die Verschiebung der von der Stadt Aachen gewünschten Leitungsverlegung am Theaterplatz von 2024 auf Anfang 2025 zu einem positiven Ergebniseffekt, da sich die geplanten Einmalaufwendungen aus einer

Sonderabschreibung ebenfalls verschieben. Gegenläufig führen die spätere Inbetriebnahme von Neuanschlüssen und ein merklicher Absatzrückgang bei einzelnen Großkunden zu geringeren Wärmeerlösen.

Im Geschäftsfeld „Vertrieb“ hatten die Preisentwicklungen an den Energiemärkten infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine einen wesentlichen Einfluss auf die vertriebliche Strom- und Gassparte im Geschäftsjahr 2023. Im Jahr 2024 ging das Marktpreisniveau sowohl in der Strom- als auch in der Gassparte im Vergleich zum Vorjahr zurück, verblieb jedoch weiterhin auf einem relativ hohen Niveau.

In der Stromsparte sind die Absatzmengen im Privat- und Gewerbekundensegment trotz erhöhten Kundenverlusten auf 376 Gigawattstunden angestiegen und haben den Ergebnisbeitrag entsprechend erhöht. Die Preise der STAWAG-Grundversorgung wurden zum 1. Mai 2024 aufgrund gesunkener Beschaffungskosten gesenkt. Zudem haben positive Effekte, insbesondere aus Mehr-/Mindermengenabrechnungen, sowie die Inanspruchnahme der im Jahresabschluss 2023 gebildeten Drohverlustrückstellung des Spartenergebnisses positiv beeinflusst. Auch im Geschäftskundensegment brachte die Absatzsteigerung auf 208 Gigawattstunden einen positiven Ergebnisbeitrag mit sich.

In der Gassparte ist der Kundenzuwachs durch die enwor geringer ausgefallen und konnte die Mengenentwicklungen im Privat- und Gewerbekundensegment aufgrund von warmer Witterung und Kundenwechseln nicht kompensieren, der Absatz ist auf 695 Gigawattstunden gesunken. Die Preise wurden über das gesamte Jahr konstant gehalten. Positive Effekte aus Mehr-/Mindermengenabrechnung, BilA-Korrekturen des Vorjahres sowie auch hier aufgrund der Inanspruchnahme einer Drohverlustrückstellung aus dem Jahresabschluss 2023 haben das Spartenergebnis positiv beeinflusst. Im Geschäftskundensegment ist der Absatz insbesondere durch Zuwächse im Bereich der Wohnungswirtschaft auf 395 Gigawattstunden angestiegen.

In der vertrieblichen Wassersparte hat sich die geplante Absatzmenge von rund 15 Mio. m³ fusionsbedingt in etwa verdoppelt, demzufolge ist auch der Ergebnisbeitrag deutlich höher ausgefallen.

Im Geschäftsfeld Wasser wird im Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis von rund 6,2 Mio. Euro erzielt. In dem Geschäftsfeld werden neben der Bewirtschaftung der Wassernetze der bisherigen enwor-Kommunen auch die erweiterte Dienstleistung für die WAG sowie die bisher von der enwor erbrachten Dienstleistungen für die SWÜP abgebildet. Nicht berücksichtigt sind vertriebliche Sachverhalte, die gebündelt im Bereich Vertrieb ausgewiesen werden. Hierfür werden die Aufwendungen aus der Bewirtschaftung der Wassernetze über eine interne Leistungsverrechnung an den Vertrieb weiterbelastet. Wesentlicher Ergebnistreiber für das Jahr 2024 ist das Dienstleistungsgeschäft mit der WAG, bei der kaufmännische und technische Dienstleistungen durch die STAWAG erbracht werden. Im Netzbereich Wasser wirken u.a. höhere Erlöse aus der Abrechnung von Neuanschlüssen und Schadensfällen positiv.

Der Bereich Telekommunikation definiert sich dabei durch die Vermietung von Breitbandkabel an Telekommunikationsunternehmen, wie die NetAachen. Die Bereiche Strom- und Gasnetzeigentum enthalten das regulierte Netzvermögen der STAWAG. Erlösseitig wird hierbei im Geschäftsjahr 2024 das Pacht- und Betriebsführungsentgelt von der enwor Netz berücksichtigt. Unter den allgemeinen bzw. übergreifenden netzspezifischen Sachverhalten sind u.a. weiterberechnete Projektkosten aus dem netzspezifischen Projekt mit der Regionetz im Zusammenhang mit der Kooperation mit der enwor verankert. Im Bereich der Straßenbeleuchtung wird neben der bisherigen Betreuung der Beleuchtungsanlagen in der Stadt Aachen zusätzlich das neue Geschäft mit der Stadt Herzogenrath aufgenommen.

In Summe ergibt sich aus dem Geschäftsfeld „Sonstiges“ ein Deckungsbeitrag in Höhe von 5,2 Mio. Euro. Wesentlicher positiver Ergebnistreiber ist neben dem Dienstleistungsbereich der Regionetz das jeweilige Netzeigentum Strom und Gas. Gegenläufig wirkt zum einen im Bereich der Telekommunikation ein sich im Geschäftsjahr 2024 darstellender buchhalterischer Verlust aus im Zusammenhang mit dem Glasfaserausbau-Projekt „weiße Flecken“, der mit einer noch ausstehenden Endabrechnung gegenüber NetAachen im Geschäftsjahr 2025 zumindest teilweise kompensiert wird. Das Glasfaser-Projekt „Weiße Flecken“ der enwor wird vor dem Hintergrund des deutlich verzögerten Projektabschlusses und der damit entstandenen Notwendigkeit, das bestehende und noch nicht abgeschlossene Buchwerk auf die STAWAG zu überführen, noch einer gesamthaften kaufmännischen Analyse bzw. Revision unterzogen. Zum anderen liegen die Aufwendungen aus den allgemeinen netzspezifischen Sachverhalten über dem angenommenen Niveau.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST) und regionetz GmbH, Eschweiler, (regionetz, ab 03.01.2018: RegioTemp GmbH) in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz) erfolgt seit dem Jahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen

regionetz auf die Regionetz, womit die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete fortgeführt wird.

Im **Stromnetz** bildet das Jahr 2024 das erste Jahr der vierten Regulierungsperiode. Im Jahr 2023 konnte die Kostenprüfung der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode im Strombereich abgeschlossen werden, sodass hierdurch das genehmigte Ausgangsniveau als eine wesentliche Größe der künftigen erlösobergrenzen als gesichert angesehen werden kann. Im Strombereich hat die Regionetz für die Jahre 2019 bis 2024 zum 30. Juni des jeweiligen Vorjahres, entsprechend den Vorgaben aus dem §10a ARegV, Anträge auf Einbeziehung eines Kapitalkostenaufschlags bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden, deren Gültigkeit sich grundsätzlich auf die gesamte Regulierungsperiode bezieht, haben die Netzbetreiber jährlich zum 1. Januar eines Jahres die Erlösobergrenze nach §4 Abs. 3 Satz 1 ARegV anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte samt Verprobungsrechnung sowie die schriftliche Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die vierte Regulierungsperiode dar. Darauf entfalten im Laufe der Regulierungsperiode die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwerts und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors eine erlössenkende Wirkung. Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2024 nach dessen Anpassungen mit 195,3 Mio. Euro etwa 44,4 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung lässt sich insbesondere durch deutlich höhere vorgelagerte Netzkosten begründen.

Das Jahr 2024 bildete im **Gasbereich** das zweite Jahr der vierten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz zur dritten Regulierungsperiode stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids aktuell auch nach Abschluss der Regulierungsperiode zum 31. Dezember 2022 weiterhin noch aus. Die Kostenprüfung für die vierte Regulierungsperiode konnte aber bereits im Jahr 2022 abgeschlossen werden, sodass das hieraus resultierende Ausgangsniveau als wesentlicher Bestandteil der künftigen Erlösobergrenzenfestlegung als gesichert angesehen werden kann. Auch hierzu steht der finale Bescheid aktuell noch aus. Im Gasbereich haben die ehemaligen INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus dem §10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht und in der Folge auch für die Jahre 2019-2025 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt. Der Effizienzwert der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode wurde in der Erlösobergrenzenanpassung 2024 (im Dezember 2023) noch mit 91,38 Prozent angenommen; mittlerweile durch die Bundesnetzagentur mitgeteilte Effizienzwert liegt bei 94,01 Prozent.

Im Gasbereich liegt die vorläufige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung des angenommenen Effizienzwerts und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2024 mit 80,9 Mio. Euro etwa 1,8 Mio. Euro unter dem Niveau der für das Jahr 2023 genehmigten Erlösobergrenze. Das Absinken lässt sich insbesondere auf niedrigere vorgelagerte Netzkosten und geringere Personalzusatzkosten zurückführen, die einem höheren Kapitalkostenaufschlag gegenüberstehen.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden ohne Berücksichtigung aktivisch abgesetzter Kapitalzuschüsse insgesamt 70,2 Mio. Euro in das Anlagevermögen der Regionetz investiert, wobei auf das Stromnetz 24,6 Mio. Euro, auf das Gasnetz 16,3 Mio. Euro, das Wassernetz 13,5 Mio. Euro, die Straßenbeleuchtung 1,7 Mio. Euro, das Netzleitsystem 1,7 Mio. Euro, das Telekommunikationsnetz 3,6 Mio. Euro und den weiteren allgemeinen Verwaltungsbereich 8,6 Mio. Euro entfielen.

Im Jahr 2024 lag der Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten im Stromnetz auf vier wesentlichen Säulen aus dem Bereich der Energiewende. Für die kommenden Jahre wurde mit der Anschaffung von zwei Hochspannungs-Mittelspannungs-Transformatoren (HS-MS-Transformatoren) begonnen.

Schwerpunkte bildeten 2024 im Wasserbereich, analog zur Sparte Gas, alters- und zustandsbedingte Leitungserneuerung, Längsmaßnahmen aufgrund aufgetretener Schäden sowie erforderliche Umlegungen aus externen Maßnahmen.

Neben den Investitionen in das eigene Anlagevermögen wurden durch Regionetz auch Baumaßnahmen für die gepachteten Strom- und Gasnetze sowie die nicht regulierten Bereiche im Auftrag der STAWAG und der EWV verantwortlich koordiniert und durchgeführt. Das Gesamtvolumen dieser investiven Baumaßnahmen lag im Geschäftsjahr 2024 bei etwa 51,2 Mio. Euro.

Das Ergebnis der Regionetz vor Steuern (EBT) beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr etwa 56,4 Mio. Euro. Nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWV (18,5 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (3,5 Mio. Euro) werden über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag etwa 34,4 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

In Form einer Sacheinlage wurden Anteile an Beteiligungen sowie an drei Einzelanlagen aus dem Bereich Erneuerbare Energien zum Geschäftsjahresende auf die STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie) übertragen. Dank des neu hinzugekommenen Portfolios konnte die STAWAG Energie trotz des geringen Windaufkommens im abgelaufenen Jahr die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der Beteiligungsquote verglichen mit dem Plan um 5 Prozent steigern. Einschließlich der mit Biogas betriebenen Blockheizkraftwerke der STAWAG wurden im abgelaufenen Jahr 603 Gigawattstunden erzeugt, was gegenüber dem bereits starken Vorjahr eine Steigerung von 3 Prozent bedeutet.

Im Bereich Projektentwicklung wurden die Arbeiten am Windpark Erfstadt GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Erfstadt) mit 33 Megawatt Leistung, dem zweitgrößten Windpark der Gesellschaft, planmäßig fortgesetzt. Zwischen Ende März und Anfang April 2025 wurden die acht Anlagen mit einer Leistung in Höhe von 3,6 Megawatt bzw. 5,7 Megawatt in Betrieb genommen und versorgen seitdem rechnerisch 22.000 Haushalte mit grünem Strom. Auch in der Kooperation mit der Trave EE GmbH & Co. KG, Lübeck, (Trave EE), einem Joint Venture zwischen der STAWAG Energie und der Stadtwerke Lübeck Energie GmbH (Lübeck), (SW Lübeck) wurde die Umsetzung erneuerbarer Projekte vorangetrieben. Zwei Windparks in Rohlsdorf und Schülp-Jevestedt befinden sich derzeit im Bau. Beide Windparks werden nach Fertigstellung zusammen mit einem Betrag von rund 76,8 Gigawattstunden jährlich zur regenerativen Stromproduktion leisten.

Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG Energie mit einem Anlagenportfolio von knapp 26 Windparks, zwölf Solarparks und noch einigen kleineren Anlagen ein EBT von 10,5 Mio. Euro erzielt und die Erwartungen damit leicht übertroffen, was insbesondere auf über EEG-Niveau liegenden Vergütungssätzen im Rahmen der Direktvermarktung zurückzuführen ist. Der Gewinn wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die getätigten Investitionen der STAWAG Energie belaufen sich im Geschäftsjahr 2024 auf rund 11,2 Mio. Euro. Im Umfang von weiteren 21,6 Mio. Euro hat die STAWAG über den Zusammenschluss mit der enwor regenerative Beteiligungen erhalten. Aufgrund der Bündelung der regnerativen Erzeugungskapazitäten in der STAWAG Energie wurden diese daher in die STAWAG Energie eingebracht.

Die FACTUR Billing Solutions GmbH Aachen, (FACTUR) hat im Geschäftsjahr 2024 von einem wieder ansteigenden Zählpunktwachstum im externen Dienstleistungsgeschäft profitiert. Trotz höherer Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Umzug zum neu angemieteten Gebäude am Gut Wolf, bedingt durch die Kooperation mit der enwor sowie gestiegener Personalaufwendungen u.a. infolge einer Schatteneingruppierung der nicht tarifgebundenen Mitarbeiter zum 1. Oktober 2024 auf dem Niveau der Vergütungsregelungen des TVöD-Tarifs, erzielt die FACTUR bei einem Gesamtumsatz von 38,8 Mio. Euro ein EBT von rund 5,5 Mio. Euro. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die WAG, an der die STAWAG nach dem erfolgten Übergang des Geschäftsbetriebs der enwor auf die STAWAG zu 100 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2024 Umsatzerlöse von 28,5 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 2,5 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2023 hat die WAG einen Jahresüberschuss von rund 2,7 Mio. Euro erwirtschaftete, der zunächst vollständig an den Gesellschafter der STAWAG ausgeschüttet wird. Für das über Plan liegende Ergebnis in Höhe von 1,2 Mio. Euro wurde eine Einzahlung der STAWAG in die Kapitalrücklage der WAG vorgenommen.

Die enwor Netz (Anteilsquote: 100 Prozent) wird im Geschäftsjahr 2024 voraussichtlich ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erzielen. Für das Jahr 2024 behält die enwor Netz noch die Rolle des Netzbetreibers für das gepachtete Strom- und Gasnetz der bisherigen enwor bzw. nunmehr der STAWAG. Da in der enwor Netz in der Ausprägung als kleine Netzgesellschaft kein eigenes Personal beschäftigt ist, erfolgt die Betriebsführung für das vollständige Geschäftsjahr 2024 noch durch die enwor, respektive die STAWAG. Ab dem 1. Oktober 2024 hat die Regionetz die technische Dienstleistung für das 4. Quartal 2024 über eine Interimsbetriebsführung für die STAWAG übernommen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den SW Lübeck beteiligt. Die SW Lübeck wiederum hält 74,9 Prozent der Anteile an der TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz). Weitere Gesellschafterin ist mit 25,1 Prozent die

Schleswig-Holstein Netz AG; Quickborn, (SHNG). Die TraveNetz betriebt die Verteilnetze für Strom und Gas im Wirtschaftsraum Lübeck sowie Umgebungen und nimmt die Aufgaben der grundzuständigen Messstellenbetreiberin wahr. Sie verfügt hierfür über das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen, die Wegnutzungsrechte in Form von Konzessionsverträgen und alle erforderlichen Betriebseinheiten. Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 27,9 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2023 in Höhe von rund 5,2 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der StadtWerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SWR-E) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zudem hat die SWR-E zum 1. Januar 2017 das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungsparte wird für das Geschäftsjahr 2024 ein negatives Ergebnis von rund -0,7 Mio. Euro erwartet. Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,5 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2023 phasenverschoben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschaftsanteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Zudem hat die enewa zum 1. Januar 2021 das Wassernetz im Ortsteil Niederbachem von der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH, Bonn, erworben. Ab dem 1. Januar 2025 ist die enewa zusätzlich Eigentümerin des Gasnetzes in Wachtberg. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis von insgesamt rund -0,3 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock. Modells relevante Ergebnis der Versorgungsbereiche beläuft sich dabei auf rund 0,5 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,4 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2023 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH, Ruppichteroth, (GWR) beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,3 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2024 wurde keine Ausschüttung des Jahresergebnisses 2023 vorgenommen.

Im Zuge der Kooperation mit der enwor erhält die STAWAG mit der SWÜP eine zusätzliche Stadtwerkebeteiligung (Anteilsquote 25,1 Prozent). Die SWÜP ist hierbei ausschließlich als Wasserversorger (Vertrieb und Netzeigentum) der Stadt Übach-Palenberg tätig, wobei die vollständige kaufmännische und technische Betriebsführung durch die enwor, respektive die STAWAG-Gruppe erbracht wird. Gesellschafter ist neben der STAWAG mit 74,9 Prozent die Stadt Übach-Palenberg. Im Jahr 2024 erzielte die SWÜP voraussichtlich einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,4 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG ein phasenverschobenes Ergebnis von 0,1 Mio. Euro vereinnahmt.

Aus dem im Geschäftsjahr 2023 erzielten Jahresüberschuss der Trianel GmbH, Aachen, (Trianel) in Höhe von rund 68,8 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 14,18 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 6,4 Mio. Euro vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die Trianel einen Jahresüberschuss von rund 57 Mio. Euro.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2024 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben einen Jahresüberschuss von 5,4 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2024 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2023 in Höhe von rund 0,6 Mio. Euro.

Die Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2024 einen voraussichtlichen Jahresüberschuss von rund 1,6 Mio. Euro erzielen. Zur Stützung der Liquiditätssituation wurde jedoch ein Gesellschafterbeschluss gefasst, der für die Jahre 2022 bis einschließlich 2025 eine Thesaurierung der Jahresergebnisse vorsieht. Um den bestehenden EAV zwischen der TWN und der Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH, Naumburg, nicht zu gefährden, ist eine temporäre Reduzierung des festen Ausgleichsbetrags auf 9,8 TEuro sowie ein Verzicht auf die flexiblen Ausgleichsbeträge für die Jahre 2022 – 2025 vorgesehen. Insofern vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2024 sowie in den Jahren 2025 bis einschließlich 2026 einen phasenverschobenen Ergebnisbeitrag in Höhe von lediglich 400 Euro (reduzierter fester Ausgleichsbetrag).

Die STAWAG hat im Jahr 2021 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an die Thüga Aktiengesellschaft verkauft und hat seitdem einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Prozent gehalten. Im August 2024 hat die DKV Mobility SE (DKV) ein verbindliches Angebot zum Erwerb von 100 Prozent der Geschäftsanteile an der smartlab abgegeben. Die Beurkundung der Verträge zur Veräußerung der Geschäftsanteile der STAWAG an der smartlab ist bereits im November 2024 erfolgt, der Vollzug selbst erfolgte jedoch erst im Januar 2025. Sowohl der Ertrag von 8 Mio. Euro aus den Anlagenabgang unter Berücksichtigung der Transaktionskosten als auch die Zahlung an die E.V.A. zur Ablösung der Call-Option in Höhe von 4,1 Mio. Euro werden somit erst im Jahr 2025 realisiert. Die Zahlungsverpflichtung aus der Call-Option wurde jedoch im Jahresabschluss 2024 über eine entsprechende Rückstellung abgebildet, so dass sich im Jahr 2024 insgesamt ein negativer Ergebnisbeitrag in Höhe von -4,1 Mio. Euro ergeben hat.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen) beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW. Der PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2024 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Die regio iT hat aus dem Jahresüberschuss 2023 in Höhe von 6,1 Mio. Euro Gewinnthesaurierung in Höhe von 20 Prozent bzw. 1,2 Mio. Euro vorgenommen. Damit wurde an die E.V.A. phasenverschoben im Jahr 2024 ein anteiliges Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,9 Mio. Euro ausgeschüttet, das auf Planniveau liegt.

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2024 ihren Gesamtumsatz entgegen der wirtschaftlichen Lage auf einen Wert in Höhe von 165 Mio. Euro steigern. Nach wie vor sind die Produktlösungen mit einem Umsatzerlös von 116,5 Mio. Euro Wachstumstreiber der regio iT. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dieses Umsatzsegment einem Zuwachs von 6,5 Mio. Euro bzw. 5,9 %. Auf Basis der bereiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Insbesondere die Mitglieder der Beteiligungsgenossenschaft der regio iT sorgen für steigende Umsatzerlöse. An dieser Stelle trägt die Strategie der regio iT Früchte, Kunden zu Gesellschaftern zu machen. Die angespannte Haushaltslage der Kommunen führt zu einem rückläufigen Projektgeschäft. Mit einem Umsatzvolumen in Höhe von 11,5 Mio. Euro konnte das Vorjahresniveau (12,3 Mio. Euro) hier nicht erreicht werden. Deutlich überplanmäßig haben sich die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (21,2 Mio. Euro) konnten mit 26,2 Mio. Euro übertroffen werden. An dieser Stelle zeigen sich die investiven Maßnahmen seitens der Kunden aufgrund des DigitalPakets. Die sonstigen Erlöse liegen mit 1 Mio. Euro rund 1,8 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau (2,8 Mio. Euro). Im vergangenen Jahr konnten einmalige Effekte generiert werden. Im Wesentlichen wurden Erlöse aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen an den Tochtergesellschaften votegroup und cogniport erzielt, welche den jeweiligen Buchwert überschritten. Korrespondierend mit den gestiegenen Umsätzen weist der Materialaufwand einen Anstieg auf. Mit 74,3 Mio. Euro liegt dieser 4,8 Mio. Euro über dem Wert des Vorjahres. Die Fremdlieferungen entwickeln sich analog den Umsätzen aus Handels- und Leasinggeschäft, da dieses Kostensegment in unmittelbarer Korrelation zu diesem Umsatzsegment steht. Ähnliches gilt für die Entwicklung der Wartungskosten. Aufgrund der gestiegenen Produkterlösen werden im Zuge der Leistungserbringung vermehrt Wartung und Subskription eingekauft. In der Folge konnte das Rohergebnis von 89,5 Mio. Euro auf 91,4 Mio. Euro gesteigert werden. Die Rohertragsquote im Verhältnis zu Gesamtumsatz beläuft sich auf 55,4 Prozent. Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert mit hohem Maße der Personalkapazität. Die Steigerung der Gesamtleistung führt demnach auch zu höheren Personalkosten. Diese belaufen sich auf 61,5 Mio. Euro (Vorjahr: 56,7 Mio. Euro) für das Geschäftsjahr 2024. Ausschlaggebend ist der Aufbau von Mitarbeitenden. Zum 31. Dezember 2024 waren bei der regio iT 729 Mitarbeitende (Vorjahr: 697), davon 48 Auszubildende (Vorjahr. 55) beschäftigt. Darüber hinaus führten die tarifvertraglich geltenden Entgelterhöhungen zu steigenden Personalkosten. Mit Wirkung zum 1. März 2024 erfolgte eine monatliche Tarifsteigerung von 220 Euro zzgl. 5,5 Prozent. Die Personalkostenintensität (Personalkosten in Prozent vom Umsatz) liegt bei 37,3 Prozent. Die Ausschreibungen liegen aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 10,7 Mio. Euro über dem Vorjahreswert (10,1 Mio. Euro). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 13,8 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau (14,3 Mio. Euro). Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 5,3 Mio. Euro ist im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Dies ist insbesondere aufgrund der Einmaleffekte in den sonstigen Erträgen durch den Verkauf der Geschäftsanteile 2023 sowie der deutlich gestiegenen Tariferhöhungen zu erklären.

Die im August 2024 ausgeschüttete Dividende 2023 der gewoge in Höhe von 0,2 Mio. Euro bewegt sich auf Planniveau.

Die E.V.A. beschäftigt 154 Mitarbeitende (Anzahl Beschäftigte) zum Stichtag 31. Dezember 2024. Ein Anstieg von 24 Beschäftigten gegenüber dem Stichtag 30. September 2024 (130 Beschäftigte) begründet sich im Zugang ehemaliger enwor-Mitarbeitenden zur E-V-A- mit Wirkung zum 1. Oktober 2024. Die sogenannten Querwechsler (10,1 MAÄ aus dem Center Facility Management und 16,7 MAÄ aus dem Center Unternehmenskommunikation), die im Zuge von Nera von der E.V.A. zur STAWAG wechseln, sind zum Stichtag 31. Dezember 2024 noch bei E.V.A. enthalten und werden erst ab dem 1. Januar 2025 bei der STAWAG ausgewiesen.

Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter liegt der E.V.A. Personalbestand zum 31. Dezember 2024 bei 140,8 Mitarbeiteräquivalenten (MAÄ), davon 101,8 in Vollzeit- und 39 Teilzeitkräfte. Die Abweichung zum geplanten Wert (118,2 MAÄ in der Wirtschaftsplanung 31. Dezember 2024) begründet sich ebenso im Zugang von ehemaligen enwor-Mitarbeitenden zur E.V.A. und gleichzeitig zum 31. Dezember 2024 noch nicht erfolgter Umstellung der Querwechsler von der E.V.A. zur STAWAG (insgesamt 26,7 MAÄ). Rechnet man diese 26,7 MAÄ Querwechselnden heraus, so würde der bereinigte Personalstand 114,1 MAÄ (statt 140,8 MAÄ) zum Stichtag 31. Dezember 2024 betragen.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften, Auszubildenden beträgt die Vollzeitmitarbeiterzahl (MAÄ) der E.V.A. 152,2 zum 31. Dezember 2024 gegenüber dem Planwert von 132,4 MAÄ zum Jahresende.

E.V.A. Mitarbeiteräquivalente und Anzahl Mitarbeiter	**Plan Dez 24**	**Ist Sep 24**	**Ist Dez 24**	*Quer-wechsler ***	*Ist Dez 24 bereinigt*
Anzahl Beschäftigte *		130,0	154,0		
davon Vollzeit		96,0	115,0		
davon Teilzeit		34,0	39,0		
Mitarbeiteräquivalente *	118,2	117,7	140,8	*26,7*	*114,1*
Mitarbeiteräquivalente Aushilfen	0,2	0,4	0,4		
Mitarbeiteräquivalente Azubis	12,0	9,0	9,0		
Mitarbeiteräquivalente GF/Vorstand	2,0	2,0	2,0		
Mitarbeiteräquivalente Gesamt	132,4	129,1	152,2	*26,7*	*125,5*

* ohne Geschäftsführer, Aushilfskräfte, Azubildende, Praktikanten, Trainees, Leiharbeitnehmer und ruhende Arbeitsverhältnisse

*** zum 31.12.2024 noch bei der E.V.A. ausgewiesen*

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §289 f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 gilt:

In der E.V.A.-Gesellschafterversammlung vom 24. Juni 2022 wurde ein neuer Beschluss in Sachen Frauenquote für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2027 gefasst, im Einzelnen wie folgt:

Die Gesellschafterversammlung beschließt, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 20 Prozent Frauenanteil für den Zeitraum 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 beizubehalten und bei der Geschäftsführung den Status Quo für den genannten Zeitraum nicht zu unterschreiten. Mittelfristig wird darüber hinaus angestrebt, den Frauenanteil im Aufsichtsrat wie auch in der Geschäftsführung deutlich zu erhöhen, um ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis zu erreichen.

Anmerkung:

Bei der E.V.A. hat es auf der 1. Führungsebene aufgrund organisatorischer Änderungen in Zusammenhang mit der Übernahme der enwor GmbH eine Veränderung zum Vorjahr gegeben. Die Frauenquote ist von 28,57 Prozent (per 31.12.2023) um 6,35 Prozent auf 22,22 Prozent (per 31.12.2024) gesunken und liegt damit weiterhin unter der angestrebten Zielgröße von 50 Prozent (Differenz: -27,78 Prozent; Vorjahres-Differenz: -21,43 Prozent) für den Zeitraum bis 30. Juni 2027.

Bei der E.V.A. steigt die Frauenquote auf der 2. Führungsebene aufgrund organisatorischer Änderungen in Zusammenhang mit der Übernahme der enwor GmbH um 3,33 Prozent auf 33,33 Prozent (Vorjahr: 30 Prozent). Die beschlossene und anzustrebende Frauenquote von 30 Prozent für den Zeitraum bis 30. Juni 2027 konnte somit leicht übertroffen werden.

Für den Zeitraum 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 hat sich im Aufsichtsrat die Frauenquote von 20 Prozent (Vorjahr: 20 Prozent) gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Ergebnis von 4,4 Mio. Euro ab (Vorjahr: 22 Mio. Euro).

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt 13,7 Mio. Euro und liegt damit um 30,1 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 47,6 Mio. Euro (nach Rücklagenzuführung in Höhe von 10 Mio. Euro) um 26,1 Mio. Euro unter dem Vorjahr. Wesentliche Ursache hierfür war, dass im Zuge einer Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen im Geschäftsjahr 2024 eine umfassende Kooperation zwischen der STAWAG und der enwor umgesetzt wurde. Die enwor hat dabei ihren gesamten operativen Geschäftsbetrieb inklusive ihrer Vermögenswerte und Beteiligungen am 1. Oktober 2024 mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2024 im Weg der Ausgliederung gemäß §123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG auf die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, die zugleich in STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG umfirmiert wurde, sowie gegen Gewährung neuer Aktien übertragen. Nach der Einbringung ist die enwor mit 25,1% an der STAWAG beteiligt

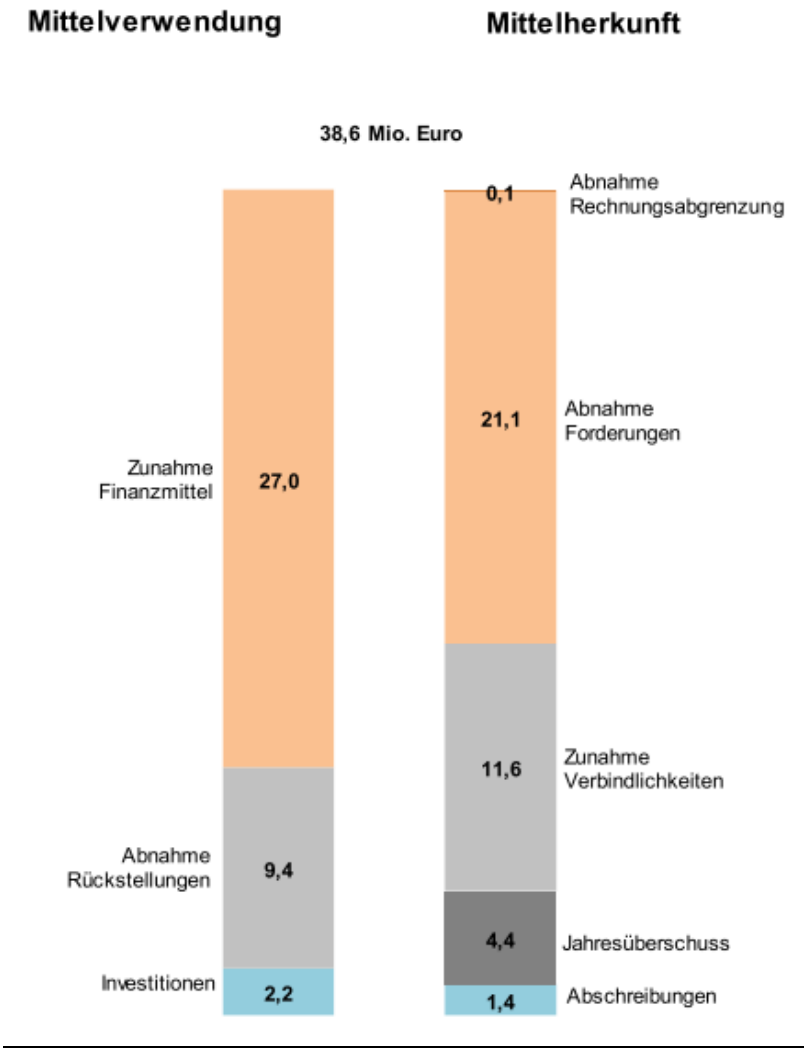
Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2024 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 35,7 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 1,9 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt -8,3 Mio. Euro aus einem schlechteren Betriebsergebnis und 6,4 Mio. Euro aus einem verbesserten Finanz- und Beteiligungsergebnis. Das schlechtere Betriebsergebnis ergibt sich im Wesentlichen aus erhöhten Materialaufwendungen von 9,3 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr. Der Personalaufwand stieg um 1,8 Mio. Euro. Jedoch wurde im Bereich der Altersvorsorge ein positiver Effekt durch geringere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 2,2 Mio. Euro erzielt. Im Finanz- und Beteiligungsergebnis ergeben sich gestiegene Zinserträge von 0,9 Mio. Euro und reduzierte Zinsen für Pensionsaufwendungen in Höhe von 0,7 Mio. Euro. Im Vorjahr wurde wegen der Unternehmensneubewertung der APAG eine außerplanmäßige Abschreibung auf Finanzanlagen in Höhe von 5 Mio. Euro durchgeführt. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen reduzierten sich im Berichtsjahr um 0,1 Mio. Euro.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist auch im laufenden Geschäftsjahr ein Investitionszuschuss an die ASEAG in Höhe von 8 Mio. Euro (Vorjahr: 8,5 Mio. Euro) enthalten.

Das Betriebsergebnis verbesserte sich somit insgesamt um 1,3 Mio. Euro auf -8,2 Mio. Euro.

Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 0,4 Mio. Euro Körperschaftssteuer (Vorjahr: 6,7 Mio. Euro) und auf 0,5 Mio. Euro Gewerbesteuer (Vorjahr: 7,3 Mio. Euro). Ertragssteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von -0,2 Mio. Euro (Vorjahr: -1,8 Mio. Euro) resultieren aus einem Verlustrücktrag zur Körperschaftssteuer 2023- Für steuerliche Risiken der laufenden Betriebsprüfung 2018- 2020 und zur Folgeprüfung 2021-2023 wurden 0,3 Mio. Euro eingestellt.

Finanzlage

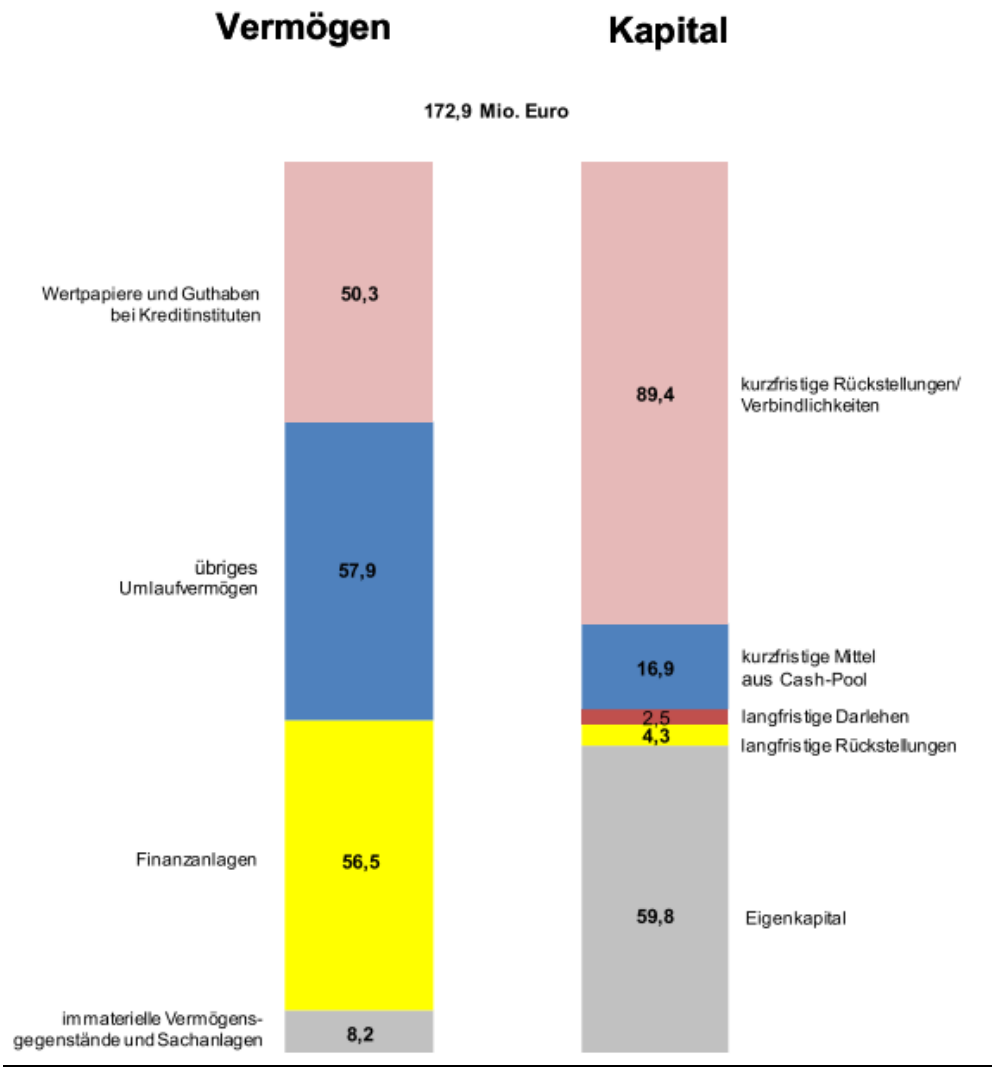


Im Jahr 2024 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 38,6 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen in Höhe von 27 Mio. Euro aus der Zunahme der Finanzmittel sowie aus der Abnahme von Rückstellungen in Höhe von 9,4 Mio. Euro, hiervon im Wesentlichen bei den Steuerrückstellungen.

Die Mittel resultieren hauptsächlich aus der Abnahme der Forderungen in Höhe von 21,1 Mio. Euro – im Wesentlichen gegen verbundene Unternehmen-, aus der Zunahme der Verbindlichkeiten in Höhe von 11,6 Mio. Euro und aus dem Jahresüberschuss.

Vermögenslage



Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 172,9 Mio. Euro und liegt damit um 6,6 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 37,4 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 29,1 Prozent aus Wertpapieren des Umlaufvermögens sowie Guthaben bei Kreditinstituten und mit 33,5 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital in Höhe von 59,8 Mio. Euro weitere 6,8 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 3,9 Prozent der Bilanzsumme betragen. Hierin enthalten ist ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Cash-Pool liegen bei 9,8 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 51,7 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus Darlehen (Stiftungsmitteln) in Höhe von 23,5 Mio. Euro, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, einem Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 12,4 Mio. Euro sowie aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 35,7 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 34,6 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß §290 ff. HGB auf. Die zu konsolidierenden verbundenen Unternehmen sind im Anteilbesitz der E.V.A. aufgeführt. Die verbundenen Unternehmen, die nach §296 Abs. 2 HGB für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind, werden nicht in den Konzernabschluss einbezogen und sind im Konzernanhang der E.V.A. im Einzelnen angegeben.

III. Prognosebericht

Nachdem die wirtschaftliche Dynamik in Jahr 2024 noch deutlich von den Nachwirkungen der vorangegangenen und teils anhaltenden Krisen geprägt war, erwartet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung weiterhin eine schwache wirtschaftliche Entwicklung. Gemäß dem Institut wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,1 Prozent wachsen, was eine Fortsetzung der Stagnation bedeutet. Die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt 2025 voraussichtlich auf 6,3 Prozent steigen, was einem weiteren Anstieg im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Diese Entwicklungen spiegeln die anhaltende wirtschaftliche Unsicherheit wider, bedingt durch geopolitische Spannungen, strukturelle Herausforderungen und die anhaltende Schwäche im Exportsektor.

Die Einkommen privater Haushalte in Deutschland zeigten gemäß dem Statistischen Bundesamt auch im Jahr 2024 einen positiven Trend. Die Tarifverdienste stiegen im Jahr 2024 um durchschnittlich 4,8 Prozent, was erstmals seit 2020 einen stärkeren Anstieg als bei den Verbraucherpreisen entspricht. Ohne Sonderzahlung betrug der Anstieg der Tarifverdienste 4,3 Prozent. Ein wesentlicher Faktor für diesen Anstieg waren die Inflationsausgleichsprämien, die 2024 in vielen Tarifverträgen vereinbart wurden. Diese Sonderzahlungen, die in der Regel als Festbetrag unabhängig von der Leistungsstufe ausgezahlt wurde, profitieren insbesondere die unteren Leistungsgruppen prozentual stärker. Mit dem Wegfall der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie zum Jahreswechsel 2024/2025 ist jedoch ein Rückgang dieser Sonderzahlungen zu erwarten. Infolgedessen dürfte die durchschnittliche Tariflohnerhöhung im Jahr 2025 moderater ausfallen. Dennoch wird insgesamt ein positiver Trend bei den Einkommen erwartet, unterstützt durch anhaltend moderate Verbraucherpreise und stabile Tarifabschlüsse.

Die EZB hat ihren Leitzins zuletzt am 17. April 2025 auf 2,25 Prozent gesenkt, was die siebte Zinssenkung seit Mitte 2024 darstellt. Dieser Schritt erfolgte vor dem Hintergrund eskalierender wirtschaftlicher Spannungen infolge eines internationalen Zollstreits. Mit der Zinssenkung reagiert die EZB auf die zunehmenden Risiken für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone und möchte hierdurch die Konjunktur durch günstigere Finanzierungsbedingungen stützen. Durch die Lockerung der Geldpolitik soll sowohl die Investitionsbereitschaft von Unternehmen als auch die Konsumnachfrage der Verbraucher gestärkt werden. Außerdem dürften schuldenfinanzierte Investitionen der neuen Bundesregierung den privaten Konsum ankurbeln und positive wirtschaftliche Impulse geben.

Die Inflationsrate in Deutschland sank laut dem Statistischen Bundesamt im Jahr 2024 auf durchschnittlich 2,2 Prozent, nach 5,9 Prozent im Vorjahr. Dieser Rückgang wurde vor allem durch deutlich gesunkene Energiepreise begünstigt, die im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr 2023 um 3,2 Prozent gefallen sind. Die Kerninflationsrate, bei der die Energiepreise ausgeklammert werden, lag im vergangenen Jahr bei 3 Prozent und liegt damit deutlich über der Gesamtteuerung. Anhand dieser Kenngröße wird erkenntlich, dass die Teuerung in anderen Güterbereichen im Jahresdurchschnitt 2024 weiterhin hoch war.

Der Wirtschaftsplan der **E.V.A**. für das Jahr 2025 geht von einem positiven Betriebsergebnis in Höhe von 4,1 Mio. Euro aus. Darin enthalten ist ein geplanter außerordentlicher Ertrag in Höhe von 4,1 Mio. Euro aus dem im Jahr 2025 abgebildeten Anteilsverkauf der STAWAG an der smartlab. Grundlage ist die Berücksichtigung einer im Beteiligungsvertrag zwischen STAWAG und enwor verankerten Call-Option für die E.V.A.

Für das Geschäftsjahr 2025 plant die E.V.A. eine **Gesamtleistung** in Höhe von 25,3 Mio. Euro inklusive des außerordentlichen Ertrags aus dem vorgesehenen Verkauf der Gesellschaftsanteile an der smartlab. Ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Ertrags in Höhe von 4,1 Mio. Euro wird für das Jahr 2025 eine Gesamtleistung in Höhe von 21,2 Mio. Euro erwartet. In Höhe von 21,2 Mio. Euro werden sich auch die geplanten Gesamtaufwendungen der E.V.A. bewegen.

E.V.A Leistungsindikatoren Tausend Euro	Ist 2024	**Plan 2025**	**Plan 2025 vs. Ist 2025**
Umsatzerlöse	22.082	21.199	-883
Andere aktivierte Eigenleistungen	25	0	-25
Sonstige betriebliche Erträge	65	4.072	4.007
Gesamtleistung	22.172	25.271	3.099
Materialaufwand	-5.928	-4.061	1.867
Personalaufwand	-11.772	-12.101	-329
Abschreibungen	-1.239	-1.442	-203
Sonstige betriebliche Aufwendungen davon Invest-Zuschuss an die ASEAG	-11.443 -8.000	-3.581	7.862

davon restlicher sonstiger Aufwand	-3.443	-3.581	8.000 -138
Gesamtaufwand	-30.381	-21.185	9.196
Betriebsergebnis	-8.209	4.086	12.295
Beteiligungsergebnis	13.942	1.624	-12.318
ASEAG, Verlustübernahme	-35.708	-44.784	-9.076
STAWAG, Gewinnabführung	47.633	45.057	-2.576
regio iT, Gewinnbeteiligung	1.851	1.185	-666
gewoge, Gewinnbeteiligung	166	166	0
Anzahl Mitarbeiter	140,8	116,3	-24,5

[1] MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die in der Wirtschaftsplanung 2025 ausgewiesenen Umsatzerlöse beinhaltet kundenbezogene Veränderungen, die sich teilweise kompensieren. So entfallen ab dem Jahr 2025 Umsatzerlöse mit der regio iT für im Jahr 2024 noch erbrachte kaufmännischen Dienstleistungen. Die geplanten Umsätze mit der ASEAG und APAG steigen in 2025 gegenüber dem Vorjahr, insbesondere aufgrund gestiegener Stundentarife bei der E.V.A. Umsatzerlöse mit dem STAWAG-Teilkonzern reduzieren sich einerseits, da die Bereiche Unternehmenskommunikation sowie das STAWAG Facility Management ab Januar 2025von der E.V.A. zur STAWAG wechseln, andererseits führt das durch NERA gestiegene Dienstleistungsvolumen bei anderen E.V.A. Centern zu Mehrumsätzen. Im Jahr 2024 gab es „NERA-bedingte“ Nachverrechnungen an die STAWAG in Höhe von rund 0,9 Mio. Euro, was insbesondere die Umsatzplanabweichung begründet.

Der Materialaufwand wird mit -4,1 Mio. Euro um vermutlich rund 1,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert liegen. Ursächlich für den erwarteten Rückgang sind die im Jahr 2024 noch benötigten Fremdleistungen durch Arbeitnehmerüberlassungen insbesondere im kaufmännischen Bereich (0,6 Mio. Euro) aufgrund von nicht besetzen Planstellen sowie geringere Weiterberechnungen. Beispielsweise werden Poststellendienstleistungen ab dem Jahr 2025 von der STAWAG erbracht; somit entfallen bisher im Materialaufwand ausgewiesene Weiterberechnungen von Portokosten an andere Konzerngesellschaften. Des Weiteren ergibt sich durch das IT-Insourcing (sukzessive Umstellung der IT-Arbeitsplätze von bisheriger Betreuung durch die regio iT auf Eigenbetrieb durch das E.V.A. Center Informationstechnologie) Kostenverschiebung von Materialaufwand zu Personal- und sonstigen Aufwendungen.

Der für das Jahr 2025 geplante Personalaufwand liegt mit -12,1 Mio. Euro um rund 0,3 Mio. Euro oberhalb des Personalaufwands für das Jahr 2024. Für die von der enwor auf die E.V.A. übergegangenen Mitarbeitenden (insgesamt 22,3 MAÄ, davon 6 MAÄ aus dem IT-Bereich der enwor) sind im Jahr 2024 nur die Personalkosten für das letzte Quartal 2024 im Buchwerk der E.V.A. ausgewiesen (rund 0,6 Mio. Euro), so dass hier keine Vergleichbarkeit zum Geschäftsjahr 2025 gegeben ist. Umgekehrt reduzieren sich im Jahr 2025 die Personalkosten für die zur STAWAG wechselnden Bereich Unternehmenskommunikation und STAWAG-Gebäudewirtschaft. Die Gebäudewirtschaft für die ASEAG verbleibt mit 12,5 MAÄ bei der E.V.A. Des Weiteren beinhaltet die für 2025 geplanten Personalkosten eine vorgezogene Entgeltsteigerung ab September 2024 in Höhe von 3,7 Prozent in Anlehnung die GEW-Tarifsteigerung. Der personalwirtschaftliche Effekt der aus NERA resultierenden sogenannten „Schatteneingruppierungen“ ist ebenso in der Wirtschaftsplanung 2025 berücksichtigt. Personalaufwendungen für bestehende Pensionsrückstellungen ehemaliger enwor -Mitarbeitenden, die auf die E.V.A. übergegangen sind, verbleiben aufgrund einer abgeschlossenen Schuldbeitrittsvereinbarung mit Erfüllungsübernahme bei der STAWAG. Eine Änderung der wöchentlichen Arbeitszeit (Reduzierung von einer 40 auf eine 38 Stundenwoche ab Oktober 2024 bzw. für Teilzeitkräfte eine Beibehaltung der Beschäftigungsgrade) hat rein wirtschaftsplanerisch keine Auswirkungen auf die Personalkosten. Es wird davon ausgegangen, dass die reduzierten Arbeitsstunden durch Effizienzsteigerungen kompensiert werden können. Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass die reduzierten Stundenkapazitäten mit höheren Stundentarifen einhergehen. Abgänge aufgrund auslaufender befristeter Arbeitsverträge sowie Renteneintritte bei gleichzeitigen Neueinstellungen gestiegenen Personalkosten entgegen. Die geplante Zuführung zu den Pensionsrückstellungen für das Jahr 2025 liegt auf Vorjahresniveau.

Die Abschreibungen liegen in der Planung 2025 bei -1,4 Mio. Euro und erhöhen sich damit voraussichtlich -0,2 Mio. Euro gegenüber dem laufenden Geschäftsjahr 2024 (-1,2 Mio. Euro). Ursächlich hierfür ist u.a. die im Jahr 2025 stattfindende Umstellung auf einen IT-Eigenbetrieb, womit auch Hardware (z.B. Laptops und Bildschirme) zukünftig bei der E.V.A. zu aktvieren sind.

Sonstige betriebliche Aufwendungen sind in Höhe von -3,6 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt, die gegenüber dem Vorjahreswert (-11,4 Mio. Euro) um +7,8 Mio. Euro deutlich niedriger ausfallen. Davon entfallen 8 Mio. Euro auf den im Jahr 2024 vorgesehenen zweckgebundenen Investitionszuschuss an die ASEAG für die Anschaffung von E-Bussen.

Ferner wurden ein positives Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,6 Mio. Euro und ein Zinsergebnis von +0,1 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Obschon das planerische Beteiligungsergebnis um 12,3 Mio. Euro unterhalb des Jahres 2024 erwartet wird, bleibt das geplante Ergebnis vor Steuern leicht über dem Jahreswert 2024 aufgrund keiner weiteren geplanten Investitionszuschüsse an die ASEAG (-0,8 Mio. Euro in 2024) sowie dem im Jahr 2025 außerordentlichen Ertrag aus dem Verkauf von Anteilen an der smartlab (+4 Mio. Euro in 2025). Dieser positive Effekt im Betriebsergebnis der E.V.A. (+12,3 Mio. Euro Plan 2025 gegenüber Ist 2024) entspricht dem planerisch geringeren Beteiligungsergebnis. Für das laufende Geschäftsjahr 2025 ergibt sich somit gemäß Wirtschaftsplanung ein positives Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von 5,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2024: 5,5 Mio. Euro) und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von -1 Mio. Euro ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 4,9 Mio. Euro.

Für die STAWAG ist nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich der noch schwer absehbaren weiteren energie- und wirtschaftspolitischen Entwicklung in Zusammenhang mit der neuen Regierung in Deutschland und den weiterhin bestehenden Risiken aus dem Ukraine-Konflikt davon auszugehen, dass im Geschäftsjahr 2025 ein Ergebnisniveau vor Einstellung in die Gewinnrücklagen und vor Körperschaftssteuer in Höhe von 68,4 Mio. Euro erzielt wird.

Der Vertriebsbereich der STAWAG erwartet im Jahr 2025 in der Stromsparte aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs eine rückläufige Absatzentwicklung im Privat- und Gewerbekundensegment, ebenso wird im Geschäftskundensegment eine rückläufige Mengenentwicklung erwartet. In der Gassparte wird die rückläufige Kundenentwicklung gegenüber 2024 durch Berücksichtigung von Durchschnittstemperaturen in der Planung für 2025 überkompensiert, zudem ist im Geschäftskundensegment von einer leichten Absatzsteigerung auszugehen. Im Wasserbereich ist von einem gegenüber dem Vorjahr konstanten Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand auszugehen. Im Bereich Wärmecontracting wurde zum Planungszeitpunkt von geringeren Absätzen ausgegangen.

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2024 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte – im Falle eines Jahres 2025 mit normalen Temperaturen – der witterungsabhängige Teil der Gas - und Stromnachfrage stimuliert werden. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen, dass insbesondere im Gasbereich aber auch im Strombereich von weiteren nachhaltigen Energieeinsparungen bzw. von durch eigenerzeugte Mengen reduzierte Netzdurchleitungen auszugehen ist. Die Regionetz hat diese Erwartung bei den im Rahmen der Netzentgeltkalkulation angesetzten Energiemengen entsprechend berücksichtigt.

Zur notwendigen Stärkung der Eigenkapitalstruktur vor dem Hintergrund hoher Investitionsvorhaben beabsichtigt die STAWAG eine Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 10 Mio. Euro, wie in der Wirtschaftsplanung 2025 berücksichtigt, vorzunehmen. Auf die in Abzug zu bringende Ausgleichszahlung an die enwor in Höhe von 11,3 Mio. Euro erfolgt eine synthetische Steuerbelastung, indem die Körperschaftssteuer und der Solidaritätszuschlag, die auf die STAWAG entfallen würden, wenn keine ertragssteuerliche Organschaft vorliegen würde, berücksichtigt werden. Für das Jahr 2025 erwartet die STAWAG nach bisherigen Erkenntnissen eine fiktive Steuerquote in Höhe von 19,8 Prozent. Damit beläuft sich das von der E.V.A. zu übernehmende Beteiligungsergebnis von der STAWAG auf voraussichtlich rund 45,1 Mio. Euro.

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2025 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend äußernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu werden der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG im Prozess- und Dienstleistungsbereich. Das im Zuge der Kooperation mit enwor neu hinzugekommene Netzeigentum Strom und Gas wird unter Beachtung der regulatorischen Rahmenbedingungen ebenfalls zu einem positiven Gesamtergebnis beitragen. Ein Schwerpunkt wir zudem auf der Steuerung und der Weiterentwicklung der Regionetz sowie der Hebung von Synergiepotenzialen liegen.

Für die **ASEAG** waren im Geschäftsjahr 2024 das Deutschlandticket mit seinen Auswirkungen auf die Nachfrage und die unsichere Finanzierung des ÖPNV insgesamt die beherrschenden Themen. Dem ÖPNV wird bei der Gestaltung der Verkehrswende zwar weiterhin eine wesentliche Bedeutung zugeschrieben, doch ist zunehmend erkennbar, dass technische, personelle und finanzielle Ressourcen nicht in dem Umfang vorhanden sind, wie sie für einen zügigen Ausbau von Angebot und Infrastruktur benötigt werden. Aus Sicht der ASEAG fehlen damit die nachhaltigen Komponenten für einen

dauerhaften Einstieg in die Verkehrswende, da die Absenkung des Tarifes allein nicht den Schub für die Leistungsfähigkeit des ÖPNV mit sich bringt und auf Dauer nur ein leistungsfähiges System den Kunden überzeugen wird. Zumindest im Hinblick auf die Finanzierung des Deutschlandtickets wurde Ende des Jahres 2024 mit der Preiserhöhung auf 58 Euro pro Monat ein wichtiger Schritt getan; dieser darf jedoch nicht der letzte sein, wenn das Angebot fortbestehen soll. Inwieweit das Angebot des Deutschlandtickets auch nach den im Jahr 2025 durchgeführten Bundestagswahlen und der derzeit stattfindenden Regierungsbildung Ziel der Politik bleibt, gilt es abzuwarten. Klar ist jedoch, dass aktuell die Finanzierung nicht über das Jahr 2025 hinaus gesichert ist und bei einem Rückfall in die alte Tariflogik mit erheblichen Widerständen der Kunden zu rechnen sein wird, da die Preiswahrnehmung durch das sehr günstige, stark subventionierte Deutschlandticket kundenseitig gestört ist.

Aufgrund der Anerkennung der aktuellen Rahmenparameter durch alle Beteiligten geht die ASEAG zurzeit davon aus, dass die nächsten Nahverkehrspläne von Stadt und StädteRegion Aachen, deren Verabschiedung im Jahr 2025 erwartet wird, gegenüber dem Status quo lediglich kleine Anpassungen des ÖSPV-Angebots beinhaltet werden. In den Fokus der Betrachtung rückt zunehmend der Ausbau der Infrastruktur.

Angebotsseitig bemüht sich die ASEAG weiterhin um die Akquisition von Fördermitteln. Ging es hierbei in den letzten Jahren primär um die Finanzierung neuer Verkehre, gilt es nun vermehrt darum, die Finanzierung bestehender Verkehre fortzusetzen.

Ertragsseitig ist für das Geschäftsjahr 2025 weiterhin mit gesicherten Einnahmen zu rechnen, da die entsprechenden Regelungen zum Mindererlösausgleich für das Deutschlandticket auch für das Jahr 2025 fortgeschrieben wurden. Die ASEAG geht aktuell davon aus, dass der planerische Jahresfehlbetrag 2025 in Höhe von 44,8 Mio. Euro weiter Bestand hat. Allerdings sind die Jahre ab 2026 als unsicher anzusehen. Sollte das Deutschlandticket aufgrund entfallender Refinanzierung eingestellt werden, sind erhebliche Verwerfung zu erwarten, da durch das Deutschlandticket die Preiswahrnehmung der Kunden erheblich gestört wird.

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Mit einem voraussichtlichen Umsatzwachstum wird trotz der weltweiten Krisen auch für das Jahr 2025 von einer positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Dies bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei den Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt, angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden. Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2024/2025 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurden in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2025 auf Planniveau im Sommer 2025 erfolgt.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke der E.V.A. zum Ende des Geschäftsjahres 2025 bei rund 116 MAÄ erwartet.

IV. Chancen und Risikobericht

Entsprechend §91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der

Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG sowie deren Tochterunternehmen.

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR) gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2024 auch unter der Einbeziehung des Zusammenschlusses mit der enwor ein gegenüber dem Vorjahr leicht verbessertes Gesamtbild. Vor allem die Preisentwicklungen an den Energiemärkten haben sich im Jahr 2024 weiter normalisiert. Die Großhandelspreise an den Beschaffungsmärkten sind gesunken, erreichten jedoch noch nicht wieder das Marktniveau aus der Zeit vor Beginn des Ukrainekrieges. Die STAWAG konnte ihre Preise in der Grundversorgung zum Teil schon wieder nach unten anpassen. Alle in den Vorjahren gebildeten vertriebliche Drohverlustrückstellungen wurden aufgelöst. Die Planungsparameter für die Kraftwerksscheibe TKL bleiben schwierig. Erfolge aus der Sportvermarktung und Erfolge aus sog. Dunkelflauten stehen den Unsicherheiten bei Stromerzeugungskapazität in Deutschland und Europa und deren Einfluss auf die Stromgroßhandelspreise gegenüber. Die bestehende Drohverlustrückstellung für den bis zum Jahr 2033 angenommenen defizitären Kraftwerksbetrieb wird im Jahr 2024 um 1,7 Mio. Euro auf 77,9 Mio. Euro erhöht, wovon eine bestehende Drohverlustrückstellung in Höhe von 11,6 Mio. Euro aus der Übernahme des Geschäftsbetriebs der enwor resultiert. Auch in den nächsten Jahren sind marktentwicklungsbedingte Rückstellungsverstärkungen nicht gänzlich auszuschließen.

Im Jahr 2024 hat die EZB ihre Zinssenkungspolitik fortgesetzt und den EZB-Leitzins in vier aufeinanderfolgenden Schritten von 4,5 Prozent auf 3,15 Prozent abgesenkt, sodass die inverse Zinsstruktur inzwischen weitreichend zurückgeführt ist. Zinsbedingte Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, wie es die STAWAG-Gruppe jahrelang im Ergebnis verkraften musste, haben aktuell keinen Einfluss mehr auf die Risikolage. Die Energietransformation ist in Deutschland ein politisches Kernthema. Auch in vielen anderen europäischen Ländern sind die Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Förderung regenerativer Energiequellen Bestandteile von Umweltinitiativen und Gesetzesvorhaben. Der ambitionierte Ausbau der künftig gewollten Energiefaktoren sowie der neue Einsatz von umweltschonenden Technologien füllen die Investitionspläne von Energieversorgern und Netzgesellschaften. Die Umsetzungsgeschwindigkeit und Finanzierung dieser Neuinvestitionen beinhalten jedoch weiterhin viele Unsicherheiten. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG und Regionetz. Marktbedingt rechnet die STAWAG mit weiter rückläufigen Bezugs- und Endkundenpreisen trotz hoher Volatilitäten auf den Beschaffungsmärkten und konzentriert sich auf eine Stabilisierung ihrer vorhandenen Marktanteile. Chancenreich sieht die STAWAG unverändert die Projektentwicklung in ihrer Tochtergesellschaft STAWAG Energie, in der der weitere Ausbau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen betrieben wird. In der zwischen der STAWAG und der EWV bestehenden Netzkooperation in der Regionetz wird der Erfolg künftig noch mehr in der Hebung und Realisierung von Synergiepotenzialen liegen. Der erfolgreich abgeschlossene Zusammenschluss von STAWAG und enwor bietet zudem die Chance, die jährlichen Ergebnisse der STAWAG-Gruppe auf einem erhöhten Niveau von ca. 45 Mio. Euro – 50 Mio. Euro zu halten. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2024 wird unverändert das Risiko einer Pandemie aufgeführt, das während der Corona-Pandemie erstmalig hinzugekommen war. Auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren als gering eingestuft wird, können die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sein, ungeachtet dessen, dass diese bei der Corona-Pandemie im Wesentlichen durch staatliche Zuschüsse aufgefangen wurden. Mit der Einführung des Deutschlandtickets wurden im Geschäftsjahr 2023 die Zuschüsse, die die Folgen der Pandemie auffangen sollten, durch Zuschüsse ersetzt, die die wirtschaftlichen Auswirkungen des neuen Ticketangebots kompensieren. Trotz der fortbestehenden Unsicherheit bei der langfristigen Finanzierung des Deutschlandtickets darf für das Geschäftsjahr 2025 von einem gesicherten Ausgleich ausgegangen werden. Für die Folgejahre bleibt die Finanzierungsunsicherheit jedoch weiterhin bestehen. Das Deutschlandticket hat sicher seinen Teil dazu beigetragen, dass die ASEAG in vielen Produktbereichen bereits wieder das Vor-Corona-Niveau erreichen konnte. Und in Verbindung mit dem langfristigen Trend zur erhöhten ÖPNV-Nutzung verhalf es der ASEAG im Geschäftsjahr 2024 sogar zu einem neuen Fahrgastrekord. Das zeigt, dass der Trend zu einer umweltfreundlichen Mobilität im Grundsatz fortbesteht. Bremsend werden sich aber künftig die anhaltende Personalknappheit und die zunehmenden Finanzierungschwierigkeiten auswirken. Sollte die Finanzierung des Deutschlandtickets durch Bund und Land nicht nachhaltig gesichert werden können,

wird der Weg zurück zu einer höheren Nutzerfinanzierung nach Einschätzung der ASEAG extrem schwierig. Statt politisch gewünschter Leistungsausweitungen (Stichwort: ÖPNV-Wende) könnten dann Leistungsminderungen wegen fehlender Finanzierbarkeit die Folge sein.

Aktuelle Zinsprognosen sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dabei wird aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung davon ausgegangen, dass die Zinseffekte auf die Pensionsrückstellungen gegenüber den vorherigen Jahren deutlich rückläufig sein werden, auch wenn das Zinsniveau im Jahr 2024 wieder rückläufig war. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenpartner (Zinssätze/Zinsprognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen erheblichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Neben den Zinseffekten bei Pensionsrückstellungen ist zu beachten, dass fällige Rentenzahlungen die Liquidität der ASEAG künftig stärker belasten, da ihr hierfür nicht im gleichen Umfang Liquidität über den Ergebnisabführungsvertrag mit der E.V.A. zufließt. Deshalb hat der Aufsichtsrat der ASEAG im Jahr 2024 beschlossen, bei künftigen Finanzierungen des Anlagevermögens verstärkt auf Drittmittel von Banken zurückzugreifen. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen für die gesamte StädteRegion Aachen trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach §108 GWB nichts. Zusätzlich haben die Aufgabenträger bereits mit den Vorbereitungen für eine mögliche Anschlussbetrauung begonnen. Im Rahmen dessen werden die damaligen Aussagen zur Inhouse-Fähigkeit der ASEAG nochmals geprüft. Auch wenn es im Vorjahr zu einer Korrektur des Beteiligungswertes an der APAG gekommen ist und das Jahresergebnis 2024 und die Wirtschaftsplanung 2025-2029 darauf hindeuten, dass sich das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes vorerst verringert hat, so gilt es, dieses Risiko weiterhin intensiv zu beobachten. Geplante Sanierungen von Parkhäusern und die Umsatzabhängigkeit von der grundsätzlichen Entwicklung der Aachener Innenstadt bringen weiterhin Risiken mit sich, die für die weitere Entwicklung der APAG relevant sind. Um diesen Risiken Rechnungen zu tragen, wurden im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2025 ff. Steigerungen der Parktarife und Maßnahmen zur Steigerung des Eigenkapitals der APAG berücksichtigt.

Bei den Subunternehmen besteht tendenziell das Risiko, dass durch überdurchschnittliche Vergütungsabschlüsse ein Produktionsvorteil der Partnerunternehmen schwindet. Da die Forderungen der Gewerkschaft im öffentlichen Dienst jedoch relativ hoch sind, besteht die Chance, dass sich die Schere zwischen den Vergütungstarifen vorerst nicht weiter schließt. Im Hinblick auf die tarifpolitischen Entwicklungen bei der Tochtergesellschaft ESBUS ist weiterhin nichts Neues aus den Gesprächen mit der Nahverkehrsgesellschaft zu berichten. Auch die fortbestehenden Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung lassen das Risiko durchschnittlicher Lohnsteigerungen weiterhin als hoch erscheinen. In der Wirtschaftsplanung wurde dieser Sachverhalt in der Wirtschaftsplanung durch einen überdurchschnittlichen Kostenanstieg beim Einkauf der Subunternehmerleistungen berücksichtigt.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich für die ASEAG aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei stehen aktuell nicht mehr Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean Vehicles Richtlinie der EU und deren Umsetzung in nationales Recht weiterhin für umweltpolitischen Druck, der die ASEAG belastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsauschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG bei Ersatzbeschaffungen zukünftig ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Auch wenn durch die Förderprogramme des Landes NRW und Zuflüsse durch die Gesellschafter/Aufgabenträger die nächsten 90 Elektrobusse als finanziert angesehen werden können, hat die ASEAG im Jahr 2024 ergänzend mit der Drittfinanzierung der Busflotte durch Geschäftsbanken begonnen. Durch den im Geschäftsjahr 2024 erfolgten vollständigen Entfall der Förderprogramme für emissionsfreie Busse stellt die Finanzierung weiterer Busse langfristig ein erhebliches Risiko dar. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, inwieweit die Geschäftsbanken bereit sind, den Entwicklungsprozess zu begleiten.

Die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermittel bleibt auch künftig ein wesentliches Risiko der ASEAG. Zuschüsse unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Insgesamt ist festzuhalten, dass eine nachhaltige gesetzliche Verankerung für Ausgleichszahlungen fehlt und die Abhängigkeit der ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen von Entscheidungen im Bund und Land erheblich zugenommen hat. Die weitere Entwicklung der ÖPNV-Finanzierung gilt es daher kritisch zu beobachten.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handel- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfung wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und insbesondere von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Hieraus entsteht bei der E.V.A. ein mögliches Risiko einer Ergebnis- und Liquiditätsentdeckung. Die in den letzten Jahren gestiegenen Ergebnisse im Energiebereich sowie die weitgehend stabilen Verluste aus dem Verkehrsbereich verhalfen der E.V.A. jedoch zu deutlich positiveren Nachsteuerergebnissen und einer damit verbundenen auskömmlichen Liquiditätslage. Der seit vielen Jahren bestehende Verlustvortrag ist mit dem Jahresergebnis 2024 wieder vollständig ausgeglichen. Außerdem ist die E.V.A. im Jahr 2024, basierend auf ihrer Ergebnissituation, erneut in der Lage einen Investitionszuschuss an die ASEAG zur Finanzierung von Busanschaffungen in Höhe von 8 Mio. Euro zu leisten. Für die Jahre 2023 und 2024 betrug der Investitionszuschuss somit insgesamt 16,5 Mio. Euro. Gemäß der aktuellen Wirtschafts- und Mittelfristplanung 2025 – 2029 geht die E.V.A. ferner davon aus, auch weiterhin positive Jahresüberschüsse bzw. leicht negative Jahresergebnisse erzielen zu können. Bei der Liquiditätsentwicklung rechnet die E.V.A. damit, ihre Verbindlichkeiten aus Gesellschafter- und Stiftungsdarlehen zumindest teilweise zurückzahlen zu können, ohne hierfür auf eine positive Restliquidität verzichten zu müssen. Bei vorübergehendem Bedarf kann die E.V.A., auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist, weiterhin kurzfristige Liquidität aus dem konzerninternen Cash-Pool in Anspruch nehmen.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass insbesondere die zuletzt außerordentlich hohen Ergebniserträge aus dem Energiebereich maßgeblich dazu beigetragen haben, die E.V.A. wieder in eine ausbalancierte Ergebnis- und Finanzsituation zu führen. Damit ist die Grundlage für den langfristigen Fortbestand der E.V.A. bei Wahrnehmung ihrer originären Aufgaben und unter Einbezug des steuerlichen Querverbunds sichergestellt. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. wurden in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

Berichterstattung nach §108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2024 voll gerecht wurde.

3.4.2.3 Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH

Firmensitz:
Merzbrück 216
52146 Würselen

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 6145
Gründungsdatum: 16.03.1995
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 32,5% / 0,9% / 33,4%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

DRP Randerath & Partner PartG mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (ab 02.12.2024)

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und des Segelfluggeländes Aachen-Merzbrück. Hierzu zählen insbesondere die Bereitstellung und der Betrieb der erforderlichen Infrastruktur zu Zwecken der Forschung und Lehre, des Wissenstransfer und der Verwertung von Forschungsergebnissen sowie die Erarbeitung und Realisierung einer Gesamtkonzeption zur Nutzung des Verkehrslandeplatzes für innovative Luftfahrtkonzepte und verwandte Forschungsgebiete.

Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 to. Höchstabfluggewicht sowie flugwissenschaftlichen Forschungszwecken.

Des Weiteren ist Gegenstand des Unternehmens die zeitweise Nutzung des Geländes für Veranstaltungen im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW.

Die Gesellschaft ist so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Dies gilt insbesondere für die Nutzung des Flugplatzes zu Forschungs- und Lehrzwecken.

Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere Grundstücke erwerben, die für die Verfolgung des Geschäftszwecks erforderlich oder nützlich sind, mit anderen Einrichtungen, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen sowie solche gründen oder erwerben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH betreibt und unterhält den regionalen Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück, der das Motorflug- und das Segelfluggelände umfasst. Er steht zudem für Wissenschaft und Forschungszwecke zur Verfügung. Zeitweise kann das Gelände für Veranstaltungen gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW genutzt werden.

Kapital

Stammkapital	57.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

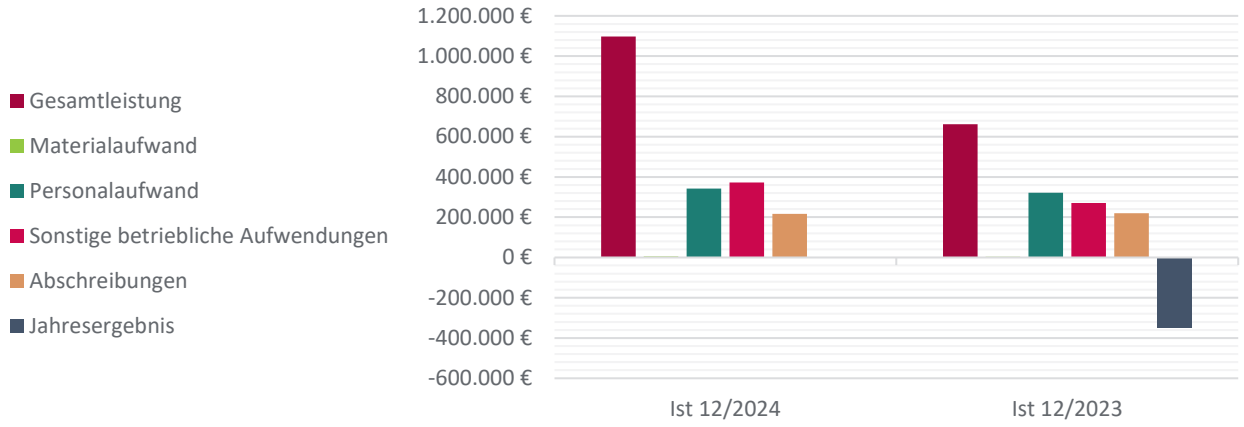
Gesellschafter		
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	18.525,00 €	32,50 %
StädteRegion Aachen	18.525,00 €	32,50 %
Stadt Aachen	11.400,00 €	20,00 %
AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mit beschränkter Haftung	2.850,00 €	5,00 %

Fluggemeinschaft Aachen e. V.	2.850,00 €	5,00 %
Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen	2.850,00 €	5,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

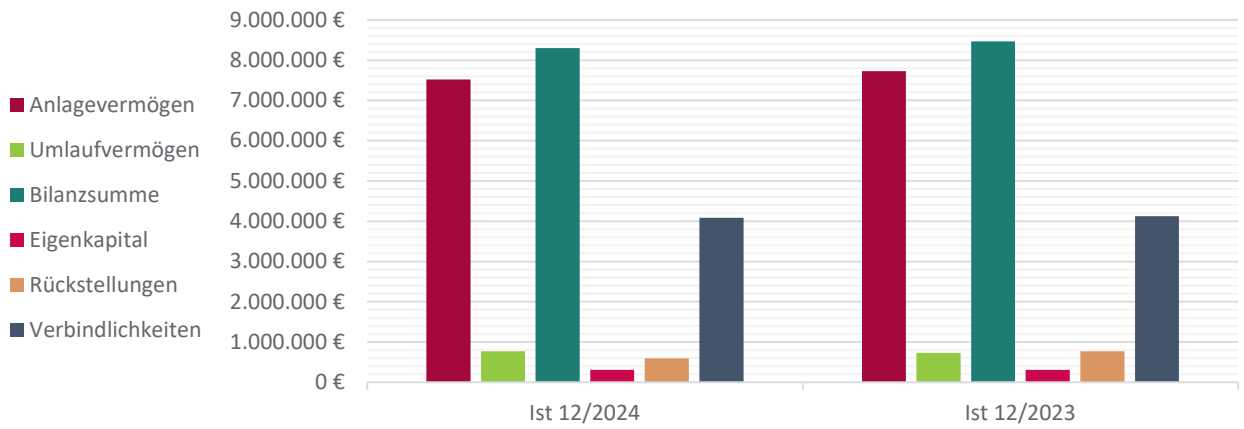
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	440.468,43	410.778,12	29.690,31
Sonstige betriebliche Erträge	656.551,53	251.365,76	405.185,77
Gesamtleistung	1.097.019,96	662.143,88	434.876,08
Materialaufwand	5.647,93	3.830,02	1.817,91
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.647,93	3.830,02	1.817,91
Rohergebnis	1.091.372,03	658.313,86	433.058,17
Personalaufwand	342.825,35	321.874,58	20.950,77
dar.: Löhne und Gehälter	275.340,07	251.644,19	23.695,88
dar.: soziale Abgaben	67.485,28	70.230,39	-2.745,11
Sonstige betriebliche Aufwendungen	372.405,78	270.363,43	102.042,35
EBITDA	376.140,90	66.075,85	310.065,05
Abschreibungen	216.781,35	220.449,20	-3.667,85
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	216.781,35	220.449,20	-3.667,85
EBIT	159.359,55	-154.373,35	313.732,90
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.089,12	46,80	6.042,32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	179.508,58	172.097,61	7.410,97
EBT	-14.059,91	-326.424,16	312.364,25
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-14.688,91	22.702,55	-37.391,46
Ergebnis nach Steuern	629,00	-349.126,71	349.755,71
Sonstige Steuern	629,00	518,55	110,45
Jahresergebnis	0,00	-349.645,26	349.645,26

Bilanz

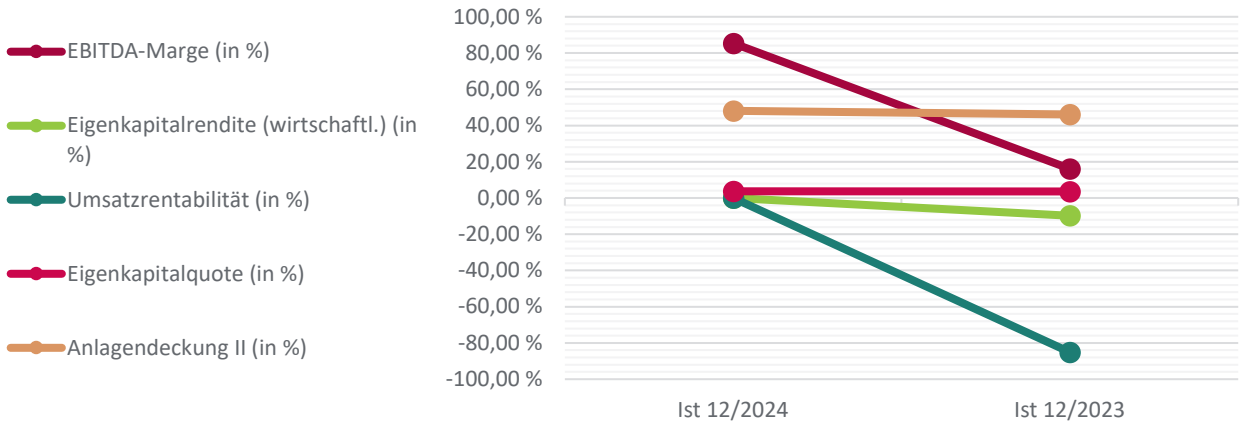


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	7.521.116,38	7.725.206,38	-204.090,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.423,00	8.503,00	-4.080,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	4.423,00	8.503,00	-4.080,00
Sachanlagen	7.516.693,38	7.716.703,38	-200.010,00
Grundstücke und Gebäude	6.641.074,38	6.775.291,38	-134.217,00
Technische Anlagen und Maschinen	527.922,00	546.241,00	-18.319,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	345.147,00	392.621,00	-47.474,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.550,00	2.550,00	0,00
Umlaufvermögen	768.862,07	727.691,66	41.170,41
Vorräte	747,15	229,78	517,37
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	596,55	229,78	366,77
Fertige Erzeugnisse und Waren	150,60	0,00	150,60
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	195.681,39	246.617,14	-50.935,75
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	106.294,71	126.692,45	-20.397,74
Forderungen gegen Gesellschafter	66.579,58	116.548,00	-49.968,42
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	22.807,10	3.376,69	19.430,41
Kasse, Bankguthaben, Schecks	572.433,53	480.844,74	91.588,79
Rechnungsabgrenzungsposten	11.918,18	12.469,90	-551,72
Bilanzsumme	8.301.896,63	8.465.367,94	-163.471,31
Passiva			
Eigenkapital	306.827,17	306.827,17	0,00
Gezeichnetes Kapital	57.000,00	57.000,00	0,00
Kapitalrücklage	249.827,17	580.509,61	-330.682,44
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0,00	18.962,82	-18.962,82
Jahresergebnis	0,00	-349.645,26	349.645,26
Sonderposten	3.310.936,67	3.253.680,71	57.255,96
dar.: Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.310.936,67	3.253.680,71	57.255,96
Rückstellungen	597.884,71	771.797,40	-173.912,69
Steuerrückstellungen	5.162,00	23.851,00	-18.689,00

sonstige Rückstellungen	592.722,71	747.946,40	-155.223,69
Verbindlichkeiten	4.086.248,08	4.126.748,69	-40.500,61
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	363.518,16	376.769,47	-13.251,31
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	71.481,89	56.744,88	14.737,01
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	3.633.250,59	3.663.812,78	-30.562,19
Sonstige Verbindlichkeiten	17.997,44	29.421,56	-11.424,12
Rechnungsabgrenzungsposten	-	6.313,97	-6.313,97
Bilanzsumme	8.301.896,63	8.465.367,94	-163.471,31

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	85,4	16,1	69,3
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	0,0	-9,8	9,8
Umsatzrentabilität (in %)	0,0	-85,1	85,1
Eigenkapitalquote (in %)	3,7	3,6	0,1
Anlagendeckung II (in %)	48,1	46,1	2,0

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	14	18	-4
Verschuldungsgrad (in %)	1.526,6	1.596,5	-69,9

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Frau Ruth Roelen

Prokurist/-in

Herr Thomas Jorias

Aufsichtsrat

Mitglied

Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg (ab 01.01.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Marvin Kouchen	
Städteregionstagsmitglied Frau Gisela Nacken (GRÜNE) (ab 01.01.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Andor Schmitz (SPD) (ab 01.01.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Manfred Bausch (SPD)	

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU) (ab 11.10.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung sachk.B. Frau Janine Schneppenheim (GRÜNE)	
Städteregionstagsmitglied Frau Gudrun Ritzen (ab 01.01.2024, bis 10.10.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung sachk.B. Frau Janine Schneppenheim (GRÜNE)	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 21 Mitgliedern 5 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 23,81 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftszweck

Die Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH betreibt und unterhält den Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück, der das Motorflug- und das Segelfluggelände umfasst. Er steht zudem für die Wissenschaft für Forschungszwecke zur Verfügung. Zeitweise kann das Gelände für Veranstaltungen gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW genutzt werden.

Gremien

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die StädteRegion Aachen (32,50 %), die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG (32,50 %), die Stadt Aachen (20,00 %), der Fluggemeinschaft Aachen e.V. (5,00 %), die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule - RWTH (5,00 %) sowie die Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH - AGIT (5,00 %).

Im Geschäftsjahr 2024 tagte der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung jeweils am 11. März, am 17. Juni, am 16. September und am 2. Dezember.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Insbesondere wurden in dem Geschäftsjahr bearbeitet:

- Neuaufstellung des Rettungswesens in Kooperation mit der Feuerwehr Stadt Würselen,
- Ergänzung der Geschäftsordnung des Lärmschutzbeirates,
- Neufassung Entgeltordnung I,
- Umstellung Steuer- und Finanzsystem,
- Konkretisierung der Förderprojekte EVA (Entwicklungsstrategie Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück) und KELM (Klimaneutrale Energieträger für die Luftfahrt von morgen).

Der jährliche Verlustausgleich wird anteilig von den Gesellschaftern - mit Ausnahme der Fluggemeinschaft Aachen e.V. - getragen, wobei der Anteil von RWTH und AGIT gemäß Gesellschaftervertrag gedeckelt ist. Der Verein leistet ein Entgelt in Höhe von T€ 10 und ein Pachtentgelt in Höhe von T€ 4,5 zzgl. MwSt.

Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Entlastung des Aufsichtsrates und die Entlastung der Geschäftsführerin für das Geschäftsjahr 2023 wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates bzw. in der Gesellschafterversammlung am 16.9.2024 beschlossen.

Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schleicher & Dr. jur. Robertz GmbH & Co. KG aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 unterlag einer Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft DRP RANDERATH & PARTNER PartG mbH.

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen

Unter die öffentliche Aufgabe der Mobilitäts-, Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung durch die Forschungsflugplatzgesellschaft fällt auch die Bereitstellung und der Betrieb eines für die Bewohner der Region und die ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen erreichbaren Verkehrslandeplatzes, auf dem Flugzeuge starten und landen können. Der Betrieb eines solchen Verkehrslandeplatzes durch die Gesellschaft dient insbesondere der Sicherstellung von möglichst schnellen und effizienten Personentransportmöglichkeiten sowie der Erforschung und Erprobung alternativer Mobilitätskonzepte und -antriebe.

Neben den originären Tätigkeiten sowie aufgrund der öffentlichen Förderung des Ausbaus zum Forschungsflugplatz ist die Gesellschaft verpflichtete, den Verkehrslandeplatz auch zu Forschungszecken zur Verfügung zu stellen. Er steht in dieser Funktion insbesondere der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, der Fachhochschule Aachen und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt-DLR- für wissenschaftliche Studien und Forschungszwecken zur Verfügung.

Insbesondere der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und die damit verbundene Steigerung der Bedeutung des Mobilitäts- und Technologiestandortes führt gleichzeitig zu einer hohen Verantwortung der Gesellschaft zugunsten der nachhaltigen Sicherung der Infrastruktur.

Der Flugplatz ist gem. § 49 Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) von 1964, zuletzt geändert am 12.12.2019, ein Landeplatz des allgemeinen Verkehrs. Landeplätze, die nach Art und Umfang des vorgesehenen Flugbetriebs einer Sicherung durch einen Bauschutzbereich nach § 12 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) nicht bedürfen und nicht nur als Segelfluggelände dienen. Gem. § 12 Abs. 4 i.V. mit § 17 LuftVG wurde jedoch für Merzbrück ein beschränkter Bauschutzbereich nach Maßgabe der Luftaufsichtsbehörde im Rahmen der Planfeststellung zugunsten des Ausbaus des Platzes festgesetzt. Aufgrund der Einstufung unterliegt der Flugplatz einer Betriebspflicht nach § 45 LuftVZO. Dabei ist ein betriebssicherer Zustand zum ordnungsgemäßen Betrieb vorzuhalten.

Der Forschungsflugplatz ist Schwerpunktlandeplatz, das heißt ein Luftverkehrsstandort für Luftfahrzeuge bis 5,7 t Abfluggewicht zur Abwicklung des Mittelstreckenverkehrs zu Zielen im In- und Ausland. Der Forschungsflugplatz verfügt über eine asphaltierte Piste von 1.160 m Länge und 18 m Breite bei einer für Start und Landung verfügbaren Länge in Bezug auf die versetzten Schwellen (07 und 25) von 947 m.

Die in der Vergangenheit durchschnittlich 45.000 Flugbewegungen pro Jahr (Basis: Mittelwert aus den Jahren 2018, 2019, 2021 und 2023) konnten im Berichtsjahr mit ca. 45.300 Flugbewegungen weiter bestätigt werden.

Der Platz ist Landesleistungsstützpunkt für Segelflug in NRW und mit einer 935 m langen Flugzeug- und Windenschleppbahn mit Kunststoffgitterplattenbelag sowie mit einer 610 m langen schotterbefestigten Segelfluglandebahn ausgestattet. Dem Prädikat des Landesleitungsstützpunktes gerecht werdend, wurde für den Segelflugbetrieb weitgehend auf lärm- und emissionsarmen Elektrowindenbetrieb umgestellt.

Die befestigten Flugplatzbetriebsflächen betragen 45.000 m², die Gesamtfläche des Flugplatzes beträgt 38 Hektar.

Der Forschungspflugplatz ist an 365 Tagen des Jahres von 9:00 bis 20:30 Uhr (Sommer) bzw. bis 30 Minuten nach Sonnenuntergang (Winter) geöffnet.

Auf Antrag besteht die Möglichkeit Flüge außerhalb der regulären Öffnungszeiten von 7:00 Uhr bis 9:00 Uhr und von 20:30 Uhr bis 22:00 Uhr abzufertigen. Insgesamt steht der Flugplatz an circa 3.700 Stunden pro Jahr den Nutzern zur Verfügung.

Es können folgende Luftfahrzeuge betrieben werden:

- Flächenflugzeuge mit Propellerantrieb bis zu max. 5,7 t,
- Hubschrauber bis zu einem Gewicht von max. 5,7 t,
- selbststartende Motorsegler, Segelflugzeuge mit Motor eigenstartfähig,
- nicht selbststartende Segelflugzeuge und Motorsegler im Flugzeug- und Windenstartverfahren,
- dreiachsgesteuerte Ultraleichtluftfahrzeuge,
- Luftschiffe und Ballone.

Geschäftsverlauf

Flugbewegungen

Im Geschäftsjahr konnte die bisherige Auslastung in Bezug auf Flugbewegungen bestätigt werden. Insgesamt wurden ca. 45.300 (2023 - 44.200; 2022 - 55.200; 2021 - 43.771) Flugbewegungen von Motorflugzeugen und ca. 3.200 (2023 -

3.200; 2022 - 2.895; 2021 - 2.408) Starts von Segelflugzeugen registriert. Dabei wurden 2.472 Windenstarts, 509 Flugzeugschlepps sowie 208 Eigenstarts notiert.

Die Einnahmen aus den Start-, Lande- sowie Nutzungs- und Abstellentgelte decken die Ausgaben der Gesellschaft nicht. Dennoch konnte mit einem Wer von T€ 440 eine Umsatzerlössteigerung gegenüber dem Vorjahr (T€ 411) erreicht werden.

Personal

Für TVöD-angelehnte Löhne und Gehälter wurden im Berichtsjahr T€ 275 (2023: T€ 252) sowie für soziale Abgaben T€ 67 (2023: T€ 70) aufgewendet.

Rechts- und Beratungskosten

Die im Zusammenhang mit der Umstellung der Geschäftsstruktur bedingte Gestaltung des steuer- und rechtssicher aufzustellenden Wirtschaftssystems bedingte eine intensive juristische Begleitung, die den ursprünglich kalkulierten Kostenfaktor erheblich überschritt. Gleichzeitig erhöhten notwendige Gutachten im Zusammenhang mit der sicherheits- und klimarelevanten Ertüchtigung der Flugplatzfläche (insbes. Entlastungsrollwege) sowie juristische Verfahren im Zusammenhang mit der Anwendung der aktuellen Entgeltordnung und der Gestaltung einer neuen Entgeltordnung den ursprünglich angesetzten Wert.

Diese Faktoren waren maßgeblich für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf T€ 372 (2023: T€ 270).

Geschäftsergebnis

Die Umsatzerlöse (T€ 440) und die sonstigen betrieblichen Erträge (T€ 657) der Gesellschaft bestehen insbesondere aus Lande-, Nutzungs- und Abstellentgelten, Pachteinnahmen, Provisionserlösen im Zusammenhang mit dem Agenturvertrag mit TotalEnergies, Erlösen aus der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit sowie den Ausgleichsleistungen der Gesellschafter. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse von T€ 122 enthalten.

Unter Berücksichtigung des Materialaufwands (T€ - 6) ergibt sich für das Geschäftsjahr 2024 ein Rohergebnis in Höhe von T€ 1.091 (2023: T€ 658). Die Steigerung des Rohergebnisses um T€ 433 ist im Wesentlichen auf die geänderten Regelungen der Kostenbezuschussung bzw. des Verlustausgleichs durch die Gesellschafter zurückzuführen. Die entsprechenden Beiträge der Gesellschafter steigen im Berichtsjahr 2024 um T€ 384 auf T€ 511.

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen (T€ - 343), der nahezu konstanten Abschreibungen des Berichtsjahres (T€ -217), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ - 372) sowie des Finanzergebnisses (T€ - 173) ergibt sich ein Vorsteuerergebnis für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von T€ - 14 (2023: T€ - 326) und ein Jahresergebnis von T€ 0 (2023: T€ -350).

Prognose, Chancen und Risiken

Der Forschungsflugplatz Würselen-Aachen ist Deutschlands westlichster Verkehrslandeplatz mit besonderer Lagegunst im Dreiländereck und unmittelbar am Autobahnkreuz Aachen gelegen. Aufgrund der zentralen europäischen und regionalen Lage hat er eine überregionale inter- und multimodale Mobilitätsbedeutung.

Für die umgebende gewerbliche Standortentwicklung ist er „Motor der Wirtschaft und Wissenschaft“ zur Erforschung, Erprobung und Produktion neuer, emissionsarmer Kleinflugzeugtechnologien und -antriebe.

Der Forschungsflugplatz ist Nukleus des Ausbaus eines wissenschaftlichen und technischen Exzellenzclusters und fokussiert die für die Transformation der Luftfahrt notwendigen Entwicklungen und Innovationen, indem insbesondere mit den Projekten „Entwicklungsstrategie für den Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück (EVA)“ und „Klimaneutrale Energieträger für die Luftfahrt von morgen (KELUM)“ nachhaltige Maßnahmen und Angebote für die Luftfahrt fokussiert sind und dabei Wertschöpfung, Arbeitsplatzschaffung und der Strukturwandel aktiv mitgestaltet werden.

Insbesondere für die Absolventen der beiden Aachener Hochschulen sollen Perspektiven u.a. als Start-up vor Ort geschaffen werden, um dem regionalen betrieblichen und akademischen Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Der Gesamtstandort wird die Transformation der Luftfahrt wesentlich mitgestalten und neue Lieferketten, Geschäftsmodelle, Marktchancen und Produktentwicklungen ermöglichen und dabei wegbrechende Arbeitsplätze an anderen Stellen kompensieren.

Der Fokus, am Standort neue Luftfahrttechnologien und -produkte zu entwickeln und zu erproben, verbindet einen positiven Beitrag zur Reduktion der CO^2-Emissionen.

Aufgrund bestehender starker und potentieller Partnerschaften insbesondere zur regionalen Energiebranche und zur Wissenschaft (STAWAG, regio-Netz, RWTH Aachen, FH Aachen. FZ Jülich, DLR, FEV, u.a.) sollen sich Synergien bei der Qualifizierung des Luftfahrtstandortes (z.B. H_2, SAF, etc.) ergeben. Dabei können erzielte umweltrelevante Effekte (Klima, Lärm) modelhaft auf andere Verkehrslandeplätze übertragen werden.

Investitionen in Strategien und anschließende Umsetzungen neuer Technologien vor Ort erfordern erhebliche finanzielle Unterstützung. Knappe Fördermittel und zeitraubende Antragsverfahren können die innovative, nachhaltige und zeitnahe Qualifizierung des Forschungsflugplatzes und damit auch die wirtschaftlichen Potentiale des Standortes und seine Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Die Gesellschaft geht von der weiteren Unterstützung der Gesellschafter aus, um den Unternehmenszweck erfüllen zu können.

3.4.2.4 Aachener Verkehrsverbund GmbH

Firmensitz:
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 5952
Gründungsdatum: 19.05.1994
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Kleine Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten
Nominal: - / - / -
Stimmen: - / - / -

Wirtschaftsprüfer/-in

Dr. Jöris - Ehlen und Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des Öffentlichen Personalverkehrs (ÖPNV). Sie nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes folgende Aufgaben, insbesondere durch die Beratung und Koordination, wahr:

1. Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards (§6)

2. Rahmenplanung für Produkte und betriebliches Leistungsangebot (§7)

3. Verbundtarif und Beförderungsbedingungen (§8)

4. Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation (§9)

5. Rahmenvorgaben für den Vertrieb (§10)

6. Bewertung von Angebots- und Tarifmaßnahmen (§11)

7. Umlageermittlung (§12)

8. Einnahmenaufteilung (§13)

9. Verbundbezogene Forschung und Entwicklung (§14)

10. Mittelfristige Verbundplanung, Verbundetat und Ergebnisrechnung für den Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV, §15)

11. Richtlinien (§16)

12. Unterstützung des "Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) im Rahmen seiner Mitgliedschaft im "Zweckverband Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur-Rheinland" (ZV NVR)

13. Vorschlag von verbundraumbezogenen Investitionsmaßnahmen zum jährlichen Katalog des ZV NVR gemäß §12 Abs. 5 ÖPNVG NRW

14. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der EUREGIO Maas-Rhein (§2 Abs.12)

15. Förderung des ÖPNV im Rahmen der vom Land NRW gewährten Mittel gemäß §11a und §11 Abs. 2 ÖPNVG NRW, sowie due Förderung des Sozialtickets gemäß den "Richtlinien Sozialticket 2011".

16. Abstimmung und Koordination der lokalen Nahverkehrspläne der Verbandsmitglieder des ZV AVV (Verbandmitglieder) mit dem SPNV-Nahverkehrsplan des ZV NVR

17. Umfassende Unterstützung des ZV AVV bei seiner Aufgabenwahrnehmung einschließlich Geschäftsstellenfunktion

18. Sicherung von Qualitätsstandards für den Verbundverkehr

19. Implementierung eines intermodalen Informationssystems und Hinwirkung auf eine intermodale, verbundeinheitliche Vertriebsplattform

20. Regelmäßige Messung der Kundenzufriedenheit im Verbundverkehr (z.B. in Form eines Kundenbarometers) im Auftrag der Aufgabenträger oder der im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft fördert das vom Zweckverband AVV verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Bus- und Bahnangebot zu erbringen und die Marktchancen im Aachener Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Maßnahmen und Investitionen zu verbessern. Sie unterstützt den Zweckverband AVV bei seiner Aufgabenerfüllung und unterstützt die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen in dem Bemühen, sparsam zu wirtschaften und alle Möglichkeiten zur Rationalisierung auszuschöpfen.

Kapital

Stammkapital	25.600 €; 0 Stimmen

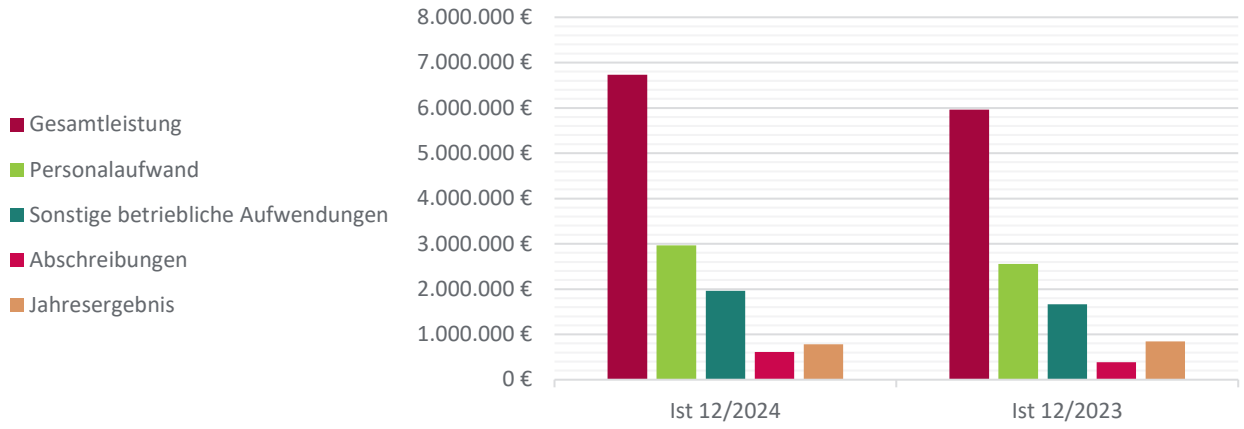
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	25.600,00 €	100,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

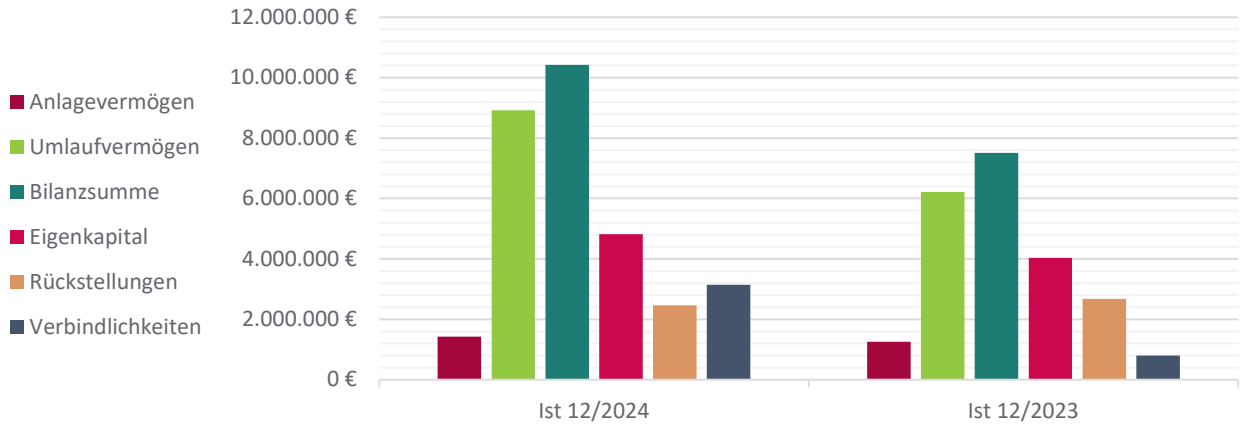


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	3.480.349,08	2.598.157,92	882.191,16
Sonstige betriebliche Erträge	3.253.963,86	3.360.172,99	-106.209,13
Gesamtleistung	6.734.312,94	5.958.330,91	775.982,03
Materialaufwand	-	-	-
Rohergebnis	6.734.312,94	5.958.330,91	775.982,03
Personalaufwand	2.968.386,53	2.558.030,26	410.356,27
dar.: Löhne und Gehälter	2.259.416,64	1.983.649,95	275.766,69
dar.: soziale Abgaben	708.969,89	574.380,31	134.589,58
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.963.227,61	1.664.805,97	298.421,64

EBITDA	1.802.698,80	1.735.494,68	67.204,12
Abschreibungen	612.581,08	384.192,25	228.388,83
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	612.581,08	384.192,25	228.388,83
EBIT	1.190.117,72	1.351.302,43	-161.184,71
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28.036,93	11.366,87	16.670,06
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36.296,00	32.558,00	3.738,00
EBT	1.181.858,65	1.330.111,30	-148.252,65
Steuern vom Einkommen und Ertrag	398.743,12	460.427,82	-61.684,70
Ergebnis nach Steuern	783.115,53	869.683,48	-86.567,95
Sonstige Steuern	271,00	26.334,79	-26.063,79
Jahresergebnis	782.844,53	843.348,69	-60.504,16
Gewinnvortrag / Verlustvortrag VJ	-	3.110.903,75	-3.110.903,75
Bilanzergebnis	-	3.954.252,44	-3.954.252,44

Bilanz

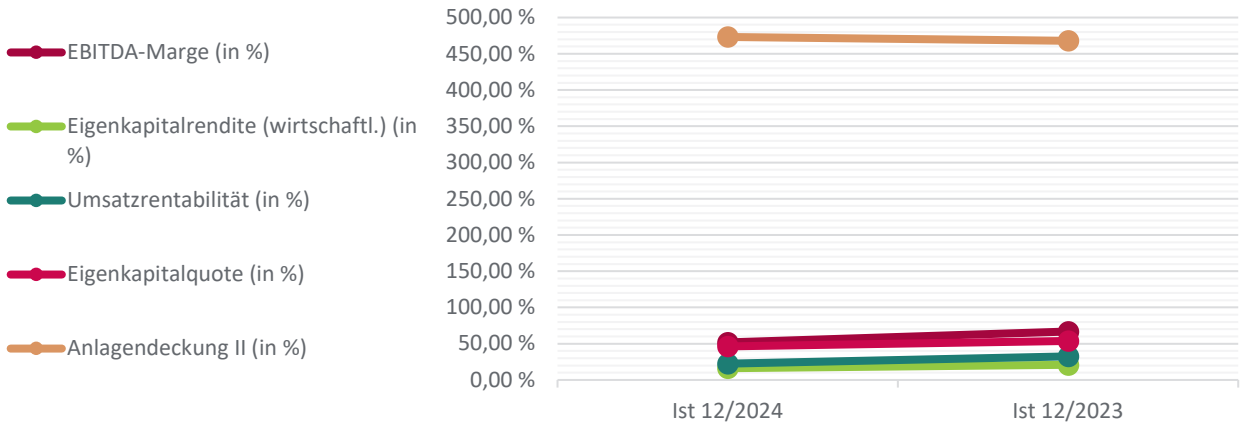


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	1.429.796,57	1.255.201,00	174.595,57
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.401.387,04	1.215.288,00	186.099,04
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	698.894,64	942.474,00	-243.579,36
Geleistete Anzahlungen	702.492,40	272.814,00	429.678,40
Sachanlagen	28.409,53	39.913,00	-11.503,47
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.409,53	39.913,00	-11.503,47
Umlaufvermögen	8.922.749,92	6.216.578,38	2.706.171,54
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.708.130,14	1.133.652,52	1.574.477,62
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.374.941,03	998.604,72	1.376.336,31
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	333.189,11	135.047,80	198.141,31
Kasse, Bankguthaben, Schecks	6.214.619,78	5.082.925,86	1.131.693,92
Rechnungsabgrenzungsposten	67.622,80	38.127,98	29.494,82
Bilanzsumme	10.420.169,29	7.509.907,36	2.910.261,93

Passiva			
Eigenkapital	4.819.915,64	4.037.071,11	782.844,53
Gezeichnetes Kapital	25.600,00	25.600,00	0,00
Kapitalrücklage	57.218,67	57.218,67	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	3.954.252,44	-	3.954.252,44
Jahresergebnis	782.844,53	-	782.844,53
Bilanzergebnis	-	3.954.252,44	-3.954.252,44
dar.: Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-	3.110.903,75	-3.110.903,75
Rückstellungen	2.459.891,51	2.675.226,95	-215.335,44
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.945.649,00	1.836.370,00	109.279,00
Steuerrückstellungen	154.017,51	267.048,51	-113.031,00
sonstige Rückstellungen	360.225,00	571.808,44	-211.583,44
Verbindlichkeiten	3.140.362,14	797.609,30	2.342.752,84
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.150.596,07	276.438,45	874.157,62
Sonstige Verbindlichkeiten	1.989.766,07	521.170,85	1.468.595,22
Bilanzsumme	10.420.169,29	7.509.907,36	2.910.261,93

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	51,8	66,8	-15,0
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	16,2	20,9	-4,7
Umsatzrentabilität (in %)	22,5	32,5	-10,0
Eigenkapitalquote (in %)	46,3	53,8	-7,5
Anlagendeckung II (in %)	473,2	467,9	5,3

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	31	30	1
Verschuldungsgrad (in %)	116,2	86,0	30,2

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Hans-Peter Geulen
Herr Heiko Sedlaczek
Herr Marcel Winter (ab 20.08.2024)

Prokurist/-in

Frau Katrin Bünten
Herr Dirk Neumann

Aufsichtsrat

Mitglied

Bgm Herr Jorma Klauss (SPD)
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Bernd
Schwuchow (CDU)
Frau Heike Ohlmann (ab 12.07.2024)
Stellvertretung
Herr Frank Prömpeler
Städteregionstagsmitglied Frau Laura Postma
(GRÜNE)
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Frau Gisela Nacken
(GRÜNE)
Herr Till von Hoegen (bis 10.07.2024)
Stellvertretung
Herr Hermann Gödde

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 3 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 18,75 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die im Gesellschaftsvertrag der AVV GmbH aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination war.

Darstellung der Ertragslage

Die Finanzierung der Aufwendungen der AVV GmbH erfolgte im Geschäftsjahr 2024 im Wesentlichen durch die Verwendung der seitens des Landes NRW über den Zweckverband go.Rheinland (vormals: Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR)) anteilig zur Verfügung gestellten ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) und durch vertraglich vereinbarte Zuschüsse seitens der in den AVV eingebundenen Verkehrsunternehmen (u.a. Kooperationsverträge und Verbundbeteiligungsvertrag). Darüber hinaus wurden für bestimmte Gutachten, Projekte und Marketingmaßnahmen Erlöse aus der anteiligen Weiterberechnung der entstandenen Aufwendungen an die jeweiligen Projektpartner erzielt.

Aus der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW standen der AVV GmbH im Berichtsjahr seitens des Zweckverband go.Rheinland Mittel in Höhe von rd. 2.672 T€ zur Verfügung, welche durch eine Zuweisung von Restmitteln durch den Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) in Höhe von rd. 18 T€ ergänzt wurden. Weitere Erträge resultierten insbesondere aus Zuwendungen des Landes NRW nach § 14 ÖPNVG NRW für die Einführung eines grenzüberschreitenden ID-Ticketing Systems im Rahmen des Projekts „EasyConnect“ in Höhe von rd. 255 T€ sowie aus sonstigen Erträgen in Höhe von insgesamt rd. 45 T€.

Seitens des ZV AVV erhielt die AVV GmbH im Jahr 2024 darüber hinaus eine Zuwendung in Höhe von rd. 163 T€ aus den Mitteln gemäß § 11a ÖPNVG NRW zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie der Verbesserung der Qualität im Ausbildungsverkehr dienen, oder für die mit der Abwicklung der Pauschale verbundenen Aufwendungen. Des Weiteren erhält die Verbundgesellschaft zur Bewirtschaftung der Landesmittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW aus diesen Mitteln des ZV AVV jährlich Mittel in Höhe von 100 T€, die über den ZV AVV ausgezahlt werden.

Die erzielten Umsatzerlöse basieren im Wesentlichen auf im Rahmen von Kooperationsverträgen vereinbarten Beteiligungen der Verkehrsunternehmen im AVV an den Aufwendungen der Verbundgesellschaft. Entsprechende Kooperationsverträge werden seit 2009 mit allen im Verbundraum tätigen ÖSPV- und SPNV-Verkehrsunternehmen abgeschlossen.

Ergänzend zu den jeweiligen Kooperationsverträgen besteht seit dem Jahr 2013 ein weiterer gemeinsamer Vertrag (Verbundbeteiligungsvertrag), auf dessen Grundlage alle im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen zusätzlich zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit der AVV GmbH beitragen. Die Bemessungsgrundlage für die entsprechenden Finanzierungsbeiträge, welche von den Verkehrsunternehmen durch eine einmalig vorgenommene zusätzliche Anpassung des Verbundtarifs refinanziert werden, stellt die endgültige Einnahmenaufteilungsrechnung im AVV eines jeden Jahres dar.

Ab dem Jahr 2024 resultieren weitere Umsatzerlöse in wesentlichen Umfang aus einer mit DB Vertrieb neu abgeschlossenen Nutzungsvereinbarung betreffend die Nutzung der vom AVV entwickelten Zentrale Vertriebsplattform (ZVP) im Gebiet verschiedener SPNV-Aufgabenträger.

Auf der Grundlage des bestehenden Betreibervertrags leisteten zudem die AVV-Verkehrsunternehmen bzw. erlösverantwortlichen Aufgabenträger im Berichtsjahr 2024 einen erheblichen Finanzierungsbeitrag zu den Aufwendungen der AVV GmbH für die ZVP.

Neben einer Kostenbeteiligung verschiedener Partner an Marketingmaßnahmen resultieren weitere Umsatzerlöse insbesondere auch aus der Weiterberechnung von Aufwendungen für Gutachten bspw. betreffend das Projekt Regiotram. Darüber hinaus wurden Aufwendungen etwa für den Betrieb und die verbundweite Vermarktung der naveo-App weiterberechnet und haben zu entsprechenden Umsatzerlösen geführt.

Die Aufwendungen der Verbundgesellschaft bestehen überwiegend aus Personalaufwendungen einschließlich Sozialabgaben und Altersvorsorge in Höhe von rd. 2.558 T€ und liegen damit insgesamt unter dem Vorjahresniveau. Neben einem leichten Anstieg im Bereich der Löhne und Gehälter infolge der allgemeinen Anpassung im Rahmen des TVöD ist diese Entwicklung auf eine gegenläufige ergebnistechnische Wechselwirkung bei der Bildung der Pensionsrückstellung

zum 31.12.2023 zurückzuführen. Den Personalaufwendungen stehen teilweise Umsatzerlöse aus projektbezogenen Weiterbelastungen gegenüber.

Die betrieblichen Aufwendungen der Verbundgesellschaft stellen sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahresniveau insgesamt deutlich höher dar, wobei in den einzelnen Aufwandsbereichen gegenüber dem Vorjahr durchaus unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen sind.

Während die Aufwendungen im Bereich Werbung, Inserate und Drucksachen, welche u.a. auch die Marketingaktivitäten für die naveo-App und das Regiotram-Projekt beinhalten, deutlich unter dem Vorjahresniveau liegen, haben sich die Aufwendungen für Gutachten, Prüfungs- und Beratungskosten gegenüber dem Vorjahr erheblich erhöht. Maßgeblich hierfür sind im Wesentlichen ein erhöhter Beratungsaufwand im Bereich der Förderprojekte Easy Connect und Regiotram sowie für allgemeine juristische Beratung.

Auch die Aufwendungen im Bereich der Wartungsverträge für Software, EDV- und Internetkosten stellen sich gegenüber dem Vorjahr erheblich erhöht dar. Hintergrund dessen sind erwartungsgemäß gestiegene Aufwendungen für die Softwarewartung einerseits, Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Produkt- und Kontrollmodul sowie insbesondere des Serverbetriebs und der Betriebsführung (Housing und Hosting) der verbundweit zur Verfügung gestellten digitalen Angebote (z.B. ZVP, Fahrplanauskunft) andererseits. Den vorgenannten Mehraufwendungen stehen aufgrund diesbezüglicher Weiterbelastungen entsprechend weitreichende Umsatz- bzw. Ertragspositionen gegenüber.

Nicht zuletzt sind auch die sonstigen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt leicht erhöht. Ursächlich dafür sind im Wesentlichen ein Anstieg im Bereich der Reise-, Bewirtungs- und Seminarkosten, erhöhte Kfz-Kosten, für welche jedoch ein anteiliger Ausgleich durch den go.Rheinland erfolgt, sowie ein Anstieg sonstiger betrieblicher Kosten.

Die Finanz- und Personalverwaltung wird seit Bestehen der AVV GmbH extern über Geschäftsbesorgungsverträge erledigt und erfolgt über die E.V.A. (Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen).

Insgesamt wurde das Geschäftsjahr u.a. aufgrund aperiodischer Einflüsse mit einem positiven Jahresergebnis von rd. 783 T€ abgeschlossen. Dieses erheblich über dem Planansatz 2024 liegende Ergebnis ist zum überwiegenden Teil zurückzuführen auf Entwicklungen im Bereich der Zentralen Vertriebsplattform (ZVP): Auf Grundlage hierzu u.a. mit SPNV-Aufgabenträgern aus Westfalen und Rheinland-Pfalz abgeschlossener Nutzungsvereinbarungen konnten einerseits deutlich überplanmäßige Umsatzerlöse generiert werden. Eine weitere Erhöhung der entsprechenden Umsätze resultiert aus einer diesbezüglichen Nachberechnung für das Vorjahr. Nicht zuletzt trug darüber hinaus eine teilweise unterplanmäßige Entwicklung im Bereich von Projekten zu der deutlichen Planabweichung bei.

Ausblick

Deutschlandticket

Die Einführung des Deutschlandtickets zum Preis von 49,- € p.M. zum 01.05.2023 (seit 1.1.2025: 58,- Euro) stellt für die Nahverkehrsbranche weiterhin eine erhebliche Herausforderung dar. Neben einem tiefgreifenden Anpassungsbedarf in Bezug auf die bislang gegebenen tariflichen und vertrieblichen Strukturen sind bislang insbesondere für die Verkehrsunternehmen bzw. Aufgabenträger weiterhin wesentliche Fragen sowohl hinsichtlich der künftigen Einnahmenaufteilung als auch im Hinblick auf die künftige Finanzierungssicherheit offen.

Zwar hat die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine Preisstabilität bis 2029 festgelegt, konkrete Angaben für eine künftige Finanzierung des Deutschlandtickets gehen aus dem Koalitionsvertrag jedoch nicht hervor.

Zur Absicherung der wirtschaftlichen Stabilität im Nahverkehr sehen die zwischen dem Bund und den Ländern vereinbarten Finanzierungsregelungen für die Jahre 2023 – 2025 einen Ausgleich für die mit dem Deutschlandticket verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen vor. Im vorgenannten Zeitraum tragen sowohl der Bund als auch die Bundesländer jeweils 1,5 Milliarden Euro jährlich zum Ausgleich der Deutschlandticket-bedingten Auswirkungen bei.

Durch die 10. Änderung des Regionalisierungsgesetzes vom 20. Dezember 2024 wurde ermöglicht, nicht genutzte Bundesmittel aus dem Jahr 2023 bis Ende 2025 zur Finanzierung des Deutschlandtickets einzusetzen. Im Zusammenwirken mit der zum 1.1.2025 erfolgten Preisanpassung wird aktuell von einer auskömmlichen Finanzierung für das Jahr 2025 ausgegangen. Die vorgenannten Maßnahmen reichen jedoch nicht für eine langfristige Finanzierung aus, da weiterhin eine strukturelle Unterfinanzierung des ÖPNV besteht.

Die Entwicklung und Abstimmung einer sachgerechten bundesweiten Einnahmeaufteilung für die Fahrgeldeinnahmen aus dem Deutschlandticket gestaltet sich ebenfalls schwierig und dauert derzeit weiterhin an. Die AVV GmbH nimmt in dieser Thematik eine zentrale Funktion im Interesse aller Verkehrsunternehmen bzw. Aufgabenträger im AVV wahr. Die Verbundgesellschaft ist grundsätzlich in vielfältiger Weise in die Umsetzung des Deutschlandtickets im AVV eingebunden. Über die Fragen der Finanzierung und Einnahmenaufteilung der neuen Deutschlandticket-basierten Angebote hinaus stehen hierbei die Weiterentwicklung des verbleibenden lokalen Tarifangebots, der Vertrieb, das Marketing sowie die allgemeine Koordination und Kommunikation mit Verkehrsunternehmen, Aufgabenträgern, benachbarten Verkehrsbünden, dem NRW-Verkehrsministerium u.a. im Vordergrund.

Im Hinblick auf mögliche wirtschaftliche Auswirkungen des Deutschlandtickets ist die Verbundgesellschaft allenfalls mittelbar betroffen. Aus den vorgenannten Gründen kann aus derzeitiger Sicht eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung der Verkehrsunternehmen in den kommenden Jahren grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Angesichts der in Teilen an die Entwicklung der Fahrgeldeinnahmen der Verkehrsunternehmen gekoppelten Finanzierungsbeiträge aus dem Verbundbeteiligungsvertrag könnten aufgrund des Deutschlandtickets somit letztlich ggf. auch geringere Finanzierungsbeiträge der Verkehrsunternehmen aus dem Verbundbeteiligungsvertrag an die AVV GmbH resultieren.

Nicht zuletzt führt die mit der Einführung des Deutschlandtickets verbundene Verlagerung von der bislang eher nutzerzu einer deutlich stärker steuerbasierten Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs dazu, dass der tarifliche Gestaltungsspielraum im Rahmen der lokalen Verbundtarife deutlich verengt wird. Die Umsatzentwicklung der Verkehrsunternehmen und mithin die Wirtschaftlichkeit des Verbundverkehrs werden somit künftig in deutlich geringerem Umfang durch eigene tarifpolitische Maßnahmen steuerbar sein.

Finanzierung der ÖSPV-Verbundstrukturen in NRW

Über die mit den Verkehrsunternehmen vertraglich vereinbarten Finanzierungsbeiträge hinaus stellen die Mittel nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW eine weitere wesentliche Finanzierungssäule der Verbundgesellschaft dar. Diese sind für Zwecke des ÖPNV zu nutzen und werden bislang über den Zweckverband go.Rheinland an den AVV weitergeleitet. Die Möglichkeit, auch künftig seitens des go.Rheinland zur Verfügung gestellte Landesmittel zur Finanzierung z.B. von Regiekosten der Verbundgesellschaft zu erhalten, wird derzeit seitens der NRW-Verkehrsministeriums in Frage gestellt.

Auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN in NRW, welche u.a. das Ziel einer effizienteren und einheitlichen Organisation des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) ausweist, finden auf Landesebene aktuell Planungen zu einer Strukturreform der SPNV-Aufgabenträgerschaft in NRW statt. Als Teilgegenstand dieser Reformpläne werden neben einer inhaltlichen Neuordnung von Zuständigkeiten auch die künftigen Verwendungsmöglichkeiten der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW diskutiert.

Nach dem aktuellen Stand der Beratungen kann aus derzeitiger Sicht nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen der SPNV-Strukturreform Bestimmungen in den angestrebten Gesetzesentwurf eingebracht werden, welche eine Weiterleitung entsprechender Mittel an lokale Verbundorganisationen der kommunalen ÖSPV-Aufgabenträger künftig nicht mehr erlauben würden.

Von einer entsprechenden Gesetzesänderung wäre insbesondere die Finanzierung der Verbundgesellschaft (AVV GmbH) betroffen, welche sich der Zweckverband AVV zur Erfüllung seiner in öffentlichem Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben bedient und deren einziger Gesellschafter er ist. Würde die Finanzierung des nicht durch sonstige Erträge gedeckten verbundbedingten Eigenaufwands der Verbundgesellschaft über die vorgenannten Zuwendungen des Landes NRW entfallen, müsste dieser gem. § 5 des Gesellschaftsvertrags der AVV GmbH durch Einlagen seines Gesellschafters, dem Zweckverband AVV, getragen werden.

Die Verbandsmitglieder und Verbundorgane wurden über die vorgenannten Entwicklungen informiert. Gemeinsam mit anderen Verbundorganisationen, dem Städtetag NRW, dem Städte- und Gemeindebund NRW sowie dem Landkreistag NRW setzen sich die Vertreter des AVV auf der Landesebene für Reformansätze ein, welche für die kommunalen Aufgabenträger bzw. die lokalen ÖSPV-Verkehrsverbünde wirtschaftlich und inhaltlich verträglich sind. Der Ausgang des laufende Beratungsprozesses ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Ungeachtet vorgenannter Risiken wird die Ertragssituation im Jahr 2025 aufgrund steigender Drittmittel zur Finanzierung der Verbundaufgaben gegenüber dem Berichtsjahr gestärkt. Im Hinblick auf die Umsatzerlöse ist für das Jahr 2025 insgesamt ebenfalls ein Anstieg zu erwarten. Während die erwarteten Erlöse aus den mit den Verkehrsunternehmen

bestehenden Verträgen weitgehend auf dem Niveau des Berichtsjahres liegen, wird insbesondere bei den Erlösen aus der Weiterberechnung von Gutachten (u.a. Regiotram-Projekt) und sonstige Maßnahmen eine insgesamt steigende Entwicklung erwartet.

Mit ihren Aktivitäten im Rahmen der Digitalisierung- wie etwa der Weiterentwicklung der zentralen Vertriebsplattformen (ZVP) zur digitalen Vernetzung multimodaler Mobilitätsangebote oder die Einführung elektronisch basierter Tarife zum Abbau von ÖPNV-Zugangshemmnissen – sowie dem neuen grenzüberschreitenden Interrang MR-Programm „TRANSIT“ wird die Verbundgesellschaft auch in 2025 innovative Ansätze voranbringen und mitgestalten. Zu diesem Zweck verfolgt die Verbundgesellschaft kontinuierlich das Ziel, zusätzliche Mittel von dritter Seite sowohl für euregionale Maßnahmen als auch für verbundbezogene Projekte zu akquirieren, mit welcher die Attraktivität des ÖPNV im AVV und in der angrenzenden Region erhöht werden kann.

Für das Geschäftsjahr 2025 sind bei der AVV GmbH keine bestandsgefährdenden Risiken gegeben.

3.4.2.5 Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft Aachen

Firmensitz:
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Rechtsform: AG
Handelsregisternummer: 124
Gründungsdatum: 02.10.1880
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Datum der aktuellen Satzung: 11.06.2021
Größenklasse nach §267 HGB: Große Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten
Nominal: - / 0,01% / 0,01%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

PKF Fasselt Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft sind der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien sowie Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung in der Region Aachen und alle damit im Zusammenhang stehenden begleitenden Tätigkeiten. Gegenstand der Gesellschaft ist ferner der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen. Gegenstand der Gesellschaft ist zudem für eigene Zwecke die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte zum Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien, Omnibuslinien und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung und die Beteiligung an Gesellschaften mit dem vorgenannten Gesellschaftszweck.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, ihren Betrieb ganz oder teilweise zu verpachten. Sie kann sich an Unternehmungen, die ihrem Zweck förderlich erscheinen, beteiligen, solche Unternehmungen gründen, erwerben oder pachten, veräußern oder verpachten und Interessengemeinschaftsverträge abschließen; sie kann ferner jederzeit ihren Personen- und Güterbeförderungsbetrieb von Schienenfahrzeugen ganz oder teilweise auf Betrieb mit anderen Fahrzeugen umstellen. Die Gesellschaft kann Grundstücke und Grundstücksrechte ankaufen und veräußern.

Die Gesellschaft ist zu allen rechtlichen und tatsächlichen Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar und mittelbar dienen. Die Gesellschaft kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Die Gesellschaft kann die Ausübung der in (1) genannten Tätigkeiten auf einen Teilbereich beschränken.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Laufe der langjährigen Geschichte der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG) haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeitig

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100%ige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen, sodass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird.

Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gegründet und soll die gemeinschaftlich entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Aufgrund des aktuellen Marktumfelds und der rechtlichen Rahmenbedingungen fokussiert sich die ASEAG auf ihre langjährige Kernkompetenz. Dies ist der Verkehr mit Bussen in der Stadt und in der StädteRegion Aachen. Durch die intensivierte Diskussion zum Thema „Verkehrswende“ werden erweiterte und neue Anforderungen gestellt, die neben der reinen Busleistung auch Produktangebote und Konzepte für die „erste und letzte Meile“ als Zubringer zum ÖPNV-Angebot vorsehen. In diesem Kontext gilt es, Mobilitätsdienstleistungen wie On-Demand-Verkehre, Car- und Bike-Sharing oder E-Roller und Taxi intelligent mit dem klassischen Busangebot zu verknüpfen. Auch Dienstleistungen des ruhenden Verkehrs sind dabei über die APAG einzubinden (z.B. Park-and-Ride-Ticket), sodass der Kunde ein durchgängiges Mobilitätserlebnis erfährt, und zwar unabhängig von dem Verkehrsmittel, für das er sich bei seiner jeweiligen Fahrt entschieden hat. Technologisch bildet die stetig zu erweiternde movA-App der ASEAG schon heute die Basis hierfür. Als eine große Plattform zur Fortentwicklung des ÖPNV in Stadt und StädteRegion Aachen hat das von den Aufgabenträgern gegründete „Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen“ (NEMORA; zuvor „AG Innovation“) im Geschäftsjahr 2022 ihre Arbeit aufgenommen, um Verkehrsprojekte (u.a. „Vision 2027“ der ASEAG) gemeindeübergreifend vorantreiben zu können. Darüber hinaus bringt sich die ASEAG in die Planungen rund um die „Regio-Tram“ ein, die die ASEAG im Falle einer Realisierung betreiben möchte. Die zugehörige Machbarkeitsstudie hat einen Nutzen-/Kosten-Faktor größer eins ergeben. Die politischen Gremien haben den Aachener Verkehrsverbund damit beauftragt, die nächsten Planungsschritte anzugehen.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist die Basis geschaffen worden, um den Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW bis zum Jahr 2027 gerecht zu werden. Für eine Folgebetrauung ab Dezember 2027 gilt es nun die ersten Weichen zu stellen. So wurde beispielsweise durch den Aufgabenträger Stadt Aachen im Jahr 2023 ein Gutachten zum Liniennetz in Auftrag gegeben, um hieraus gegebenenfalls resultierende Anpassungen des Nahverkehrsplans rechtzeitig beschließen zu können. Die sich entsprechend ergebenen Aspekte werden zurzeit diskutiert und sollen in die neuen Nahverkehrspläne der Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen einfließen. Die Verabschiedung der neuen Nahverkehrspläne wird für den Sommer bzw. Herbst 2025 erwartet. Dabei zeichnet sich bereits ab, dass wesentliche Effekte für die Nutzung des ÖPNV voraussichtlich nur durch den Ausbau der Infrastruktur erreicht werden können, damit die derzeitigen Reisegeschwindigkeiten deutlich erhöht werden.

Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Ansprüchen der Bürger und Bürgerinnen der StädteRegion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Vor diesem Hintergrund führt die ASEAG auch in Vorbereitung auf die ab 2025 verpflichtende Berichterstattung zum Thema Nachhaltigkeit eine Gemeinwohlbilanzierung durchgeführt und sich im Rahmen eines konzernweiten Projektes auf die neuen Berichtspflichten vorbereitet. Hinzu kommt ein sehr dynamisches politisches Umfeld innerhalb Deutschlands (z.B. Entwicklungen rund um das Deutschlandticket, Diskussionen rund um den Klimawandel, Kürzung von Fördermitteln im Kontext des Technologiewandels) und eine hohe Unsicherheit aufgrund der geopolitischen Lage (z.B. Ukraine-Krise, Nah-Ost-Krise), was immer wieder neue Herausforderungen mit sich bringt. Selbst eine moderne, vollständig auf Euro VI-Abgasnorm umgerüstete Busflotte, erfüllt die neuen Erwartungen und gesetzlichen Vorgaben kaum. Weitere Investitionen in Technik und Infrastruktur - mit einem erheblichen Kapitalbedarf und teilweise schwierigen Beschaffungssituationen - werden notwendig sein, um den in den ÖPNV gesetzten Erwartungen auch nur annähernd gerecht werden zu können.

Kapital

Stammkapital	6.021.120 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Aktionäre		
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen	5.714.042,88 €	94,90 %
Stadt Aachen	307.077,12 €	5,10 %
Beteiligungen		
ASEAG - Reisen GmbH	51.129,19 €	100,00 %
Aachener Parkhaus GmbH	200.000,00 €	100,00 %
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH	25.600,00 €	100,00 %

Unterstützungseinrichtung "Akreka" GmbH	26.000,00 €	100,00 %
Better Mobility GmbH	12.375,00 €	49,50 %
beka GmbH	3.480,00 €	0,91 %
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH	6.100,00 €	0,61 %

Verbundene Unternehmen

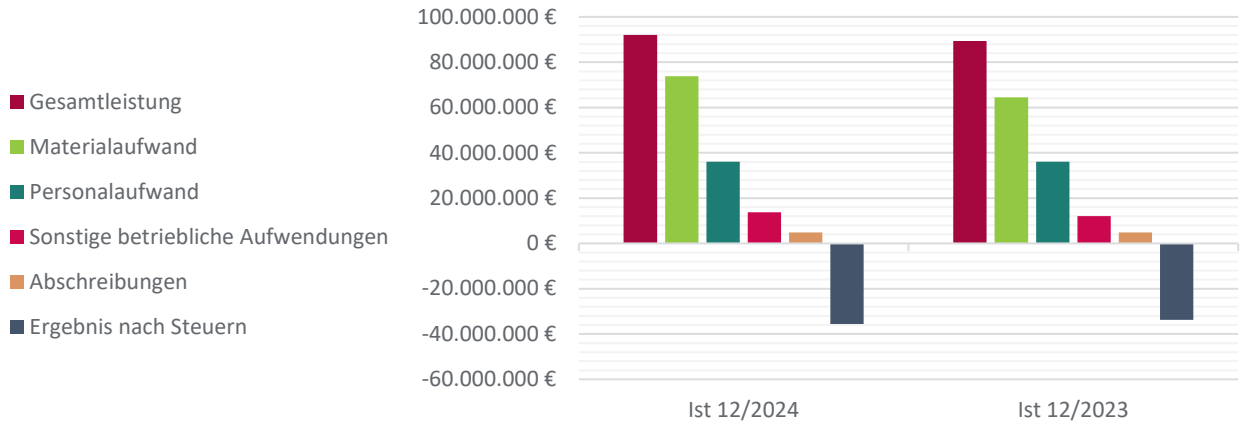
Aachener Parkhaus GmbH 100,00%	ASEAG - Reisen GmbH 100,00%
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH 100,00%	Unterstützungseinrichtung "Akreka" GmbH 100,00%

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

Better Mobility GmbH 49,50%	beka GmbH 0,91%
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH 0,61%	

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

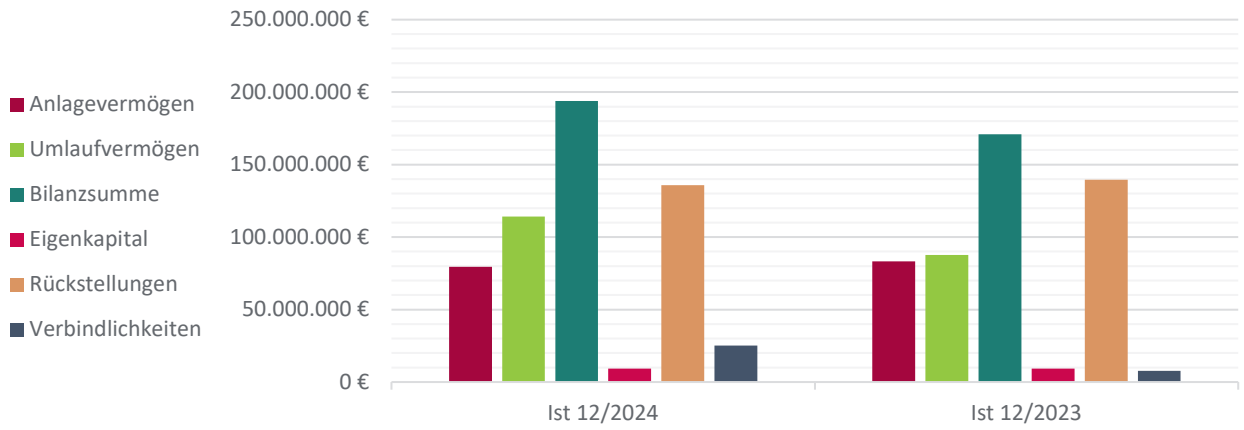


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	70.624.515,10	71.577.121,36	-952.606,26
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	8.262,80	-8.262,80
Sonstige betriebliche Erträge	21.455.558,40	17.794.410,49	3.661.147,91
Gesamtleistung	92.080.073,50	89.379.794,65	2.700.278,85
Materialaufwand	73.774.173,65	64.460.487,07	9.313.686,58
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.467.401,14	7.175.923,70	2.291.477,44
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	64.306.772,51	57.284.563,37	7.022.209,14
Rohergebnis	18.305.899,85	24.919.307,58	-6.613.407,73
Personalaufwand	36.076.033,00	36.112.967,17	-36.934,17
dar.: Löhne und Gehälter	28.661.552,72	26.859.169,08	1.802.383,64
dar.: soziale Abgaben	7.414.480,28	9.253.798,09	-1.839.317,81
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.728.818,52	12.004.222,80	1.724.595,72

EBITDA	-31.498.951,67	-23.197.882,39	-8.301.069,28
Abschreibungen	4.813.970,30	4.790.827,02	23.143,28
EBIT	-36.312.921,97	-27.988.709,41	-8.324.212,56
Erträge aus Beteiligungen	6.890,42	6.795,10	95,32
Erträge aus Gewinnabführung	95.386,80	172.987,33	-77.600,53
Aufwendungen aus Verlustübernahme	16.739,27	2.015,71	14.723,56
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	164.024,04	108.455,47	55.568,57
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.434.275,23	581.272,21	853.003,02
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	5.000.000,00	-5.000.000,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.009.358,77	1.565.231,36	-555.872,59
EBT	-35.638.443,52	-33.686.446,37	-1.951.997,15
Ergebnis nach Steuern	-35.638.443,52	-33.686.446,37	-1.951.997,15
Sonstige Steuern	69.961,69	82.121,00	-12.159,31
Erträge aus Verlustübernahme	35.708.405,21	33.768.567,37	1.939.837,84
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00

Bilanz

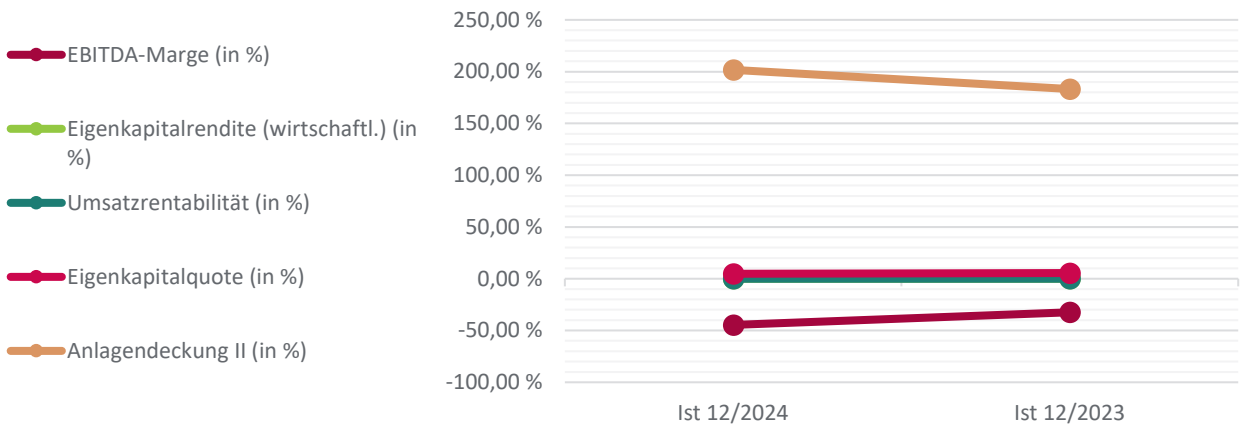


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	79.558.020,77	83.162.721,41	-3.604.700,64
Immaterielle Vermögensgegenstände	657.522,97	548.571,97	108.951,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	139.391,00	364.615,00	-225.224,00
Geleistete Anzahlungen	518.131,97	183.956,97	334.175,00
Sachanlagen	38.640.610,71	37.992.725,85	647.884,86
Grundstücke und Gebäude	2.707.194,81	2.684.010,81	23.184,00
Technische Anlagen und Maschinen	982.220,00	1.201.043,00	-218.823,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.086.262,00	5.514.004,00	-427.742,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.227.969,90	4.794.058,04	4.433.911,86
Sonstige Sachanlagen	20.636.964,00	23.799.610,00	-3.162.646,00
Finanzanlagen	40.259.887,09	44.621.423,59	-4.361.536,50
Anteile an verbundenen Unternehmen	35.580.423,81	35.580.423,81	0,00

Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.080.000,00	8.460.000,00	-4.380.000,00
Beteiligungen	419.916,68	378.916,68	41.000,00
Sonstige Ausleihungen	179.546,60	202.083,10	-22.536,50
Umlaufvermögen	114.255.093,74	87.746.619,77	26.508.473,97
Vorräte	939.508,97	755.288,74	184.220,23
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	939.508,97	755.288,74	184.220,23
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	55.252.663,55	45.882.636,75	9.370.026,80
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.498.778,24	6.374.018,71	1.124.759,53
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10.082.713,38	37.290.803,48	-27.208.090,10
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	302.860,84	277.860,84	25.000,00
Forderungen gegen Gesellschafter	35.708.405,21	-	35.708.405,21
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	1.659.905,88	1.939.953,72	-280.047,84
Wertpapiere	-	30.000.000,00	-30.000.000,00
Sonstige Wertpapiere	0,00	30.000.000,00	-30.000.000,00
Kasse, Bankguthaben, Schecks	58.062.921,22	11.108.694,28	46.954.226,94
Rechnungsabgrenzungsposten	10.416,11	0,00	10.416,11
Bilanzsumme	193.823.530,62	170.909.341,18	22.914.189,44
Passiva			
Eigenkapital	9.332.401,49	9.332.401,49	0,00
Gezeichnetes Kapital	6.021.120,00	6.021.120,00	0,00
Kapitalrücklage	3.311.281,49	3.311.281,49	0,00
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00
Sonderposten	20.293.945,07	9.245.645,46	11.048.299,61
dar.: Zuschüsse	20.293.945,07	9.245.645,46	11.048.299,61
Rückstellungen	135.789.597,83	139.538.099,29	-3.748.501,46
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	130.809.116,00	133.797.615,85	-2.988.499,85
Steuerrückstellungen	0,00	0,00	0,00
sonstige Rückstellungen	4.980.481,83	5.740.483,44	-760.001,61
Verbindlichkeiten	25.281.651,50	7.745.901,98	17.535.749,52
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.553.246,36	1.380.972,50	8.172.273,86
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	3.525.171,34	1.790.764,08	1.734.407,26
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	74.491,04	42.679,35	31.811,69
Sonstige Verbindlichkeiten	12.128.742,76	4.531.486,05	7.597.256,71
Rechnungsabgrenzungsposten	3.125.934,73	5.047.292,96	-1.921.358,23
Bilanzsumme	193.823.530,62	170.909.341,18	22.914.189,44

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-44,6	-32,4	-12,2
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	0,0	0,0	0,0
Umsatzrentabilität (in %)	0,0	0,0	0,0
Eigenkapitalquote (in %)	4,8	5,5	-0,7
Anlagendeckung II (in %)	201,7	183,2	18,5

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	566	556	10
Verschuldungsgrad (in %)	1.725,9	1.578,2	147,7

Organe und deren Zusammensetzung

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Jochen Emonds (CDU)	StädteRegion Aachen
Bgm Herr Patrick Haas (SPD)	
Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg	StädteRegion Aachen
3. stellv. Städteregionsrat Frau Elisabeth Paul (GRÜNE)	StädteRegion Aachen

Vorstand

Prokurist/-in

Herr Joachim Adler
Herr Heiko Hansen (bis 06.11.2024)

Vorstand

Herr Michael Carmincke

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 6 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 50,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht/überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Im Laufe der langjährigen Geschichte der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG) haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeitig

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100%ige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen, sodass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gegründet und soll die gemeinschaftlich entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Aufgrund des aktuellen Marktumfelds und den rechtlichen Rahmenbedingungen fokussiert sich die ASEAG auf ihre langjährige Kernkompetenz. Dies ist der Verkehr mit Bussen in der Stadt und in der StädteRegion Aachen. Durch die intensivierte Diskussion zum Thema „Verkehrswende“ werden erweiterte und neue Anforderungen gestellt, die neben der reinen Busleistung auch Produktangebote und Konzepte für die „erste und letzte Meile“ als Zubringer zum ÖPNV-Angebot vorsehen. In diesem Kontext gilt es, Mobilitätsdienstleistungen wie On-Demand-Verkehre, Car- und Bike-Sharing oder e-Roller und Taxi intelligent mit dem klassischen Busangebot zu verknüpfen. Auch Dienstleistungen des ruhenden Verkehrs sind dabei über die APAG einzubinden (z.B. Park and Ride-Ticket), sodass der Kunde ein durchgängiges Mobilitätserlebnis erfährt, und zwar unabhängig von dem Verkehrsmittel, für das er sich bei seiner jeweiligen Fahrt entschieden hat. Technologisch bildet die stetig zu erweiternde movA-App der ASEAG schon heute die Basis hierfür. Als eine große Plattform zur Fortentwicklung des ÖPNV in Stadt und StädteRegion hat das von den Aufgabenträgern gegründete

„Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen“ (NEMORA; zuvor „AG Innovation“) im Geschäftsjahr 2022 ihre Arbeit aufgenommen, um Verkehrsprojekte (u. a. „Vision 2027“ der ASEAG) gemeindeübergreifend vorantreiben zu können. Darüber hinaus bringt sich die ASEAG in die Planungen rund um die „Regio-Tram“ ein, die die ASEAG im Falle einer Realisierung betreiben möchte. Die zugehörige Machbarkeitsstudie hat einen Nutzen-/Kosten-Faktor größer eins ergeben. Die politischen Gremien haben den Aachener Verkehrsverbund damit beauftragt, die nächsten Planungsschritte anzugehen.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Städte-Region Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist die Basis geschaffen worden, um den Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW bis zum Jahr 2027 gerecht zu werden. Für eine Folgebetrauung ab Dezember 2027 gilt es nun, die ersten Weichen zu stellen. So wurde beispielsweise durch den Aufgabenträger Stadt Aachen im Jahr 2023 ein Gutachten zum Liniennetz in Auftrag gegeben, um hieraus gegebenenfalls resultierende Anpassungen des Nahverkehrsplans rechtzeitig beschließen zu können. Die sich entsprechend ergebenden Aspekte werden zurzeit diskutiert und sollen in die neuen Nahverkehrspläne der Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen einfließen. Die Verabschiedung der neuen Nahverkehrspläne wird für den Sommer bzw. Herbst 2025 erwartete. Dabei zeichnet sich bereits ab, dass wesentliche Effekte für die Nutzung des ÖPNV voraussichtlich nur durch den Ausbau der Infrastruktur erreicht werden können, damit die derzeitigen Reisegeschwindigkeiten deutlich erhöht werden.

Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Anforderungen der Bürger und Bürgerinnen der StädteRegion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Vor diesem Hintergrund hat die ASEAG auch in Vorbereitung auf die ab 2025 verpflichtende Berichterstattung zum Thema Nachhaltigkeit eine Gemeinwohlbilanzierung durchgeführt und sich im Rahmen eines konzernweiten Projektes auf die neuen Berichtspflichten vorbereitet. Hinzu kommt ein sehr dynamisches politisches Umfeld innerhalb Deutschlands (z.B. Entwicklungen rund um das Deutschlandticket, Diskussionen rund um den Klimawandel, Kürzung von Fördermitteln im Kontext des Technologiewandels) und eine hohe Unsicherheit aufgrund der geopolitischen Lage (z.B. Ukraine-Krise, Nah-Ost-Krise), was immer wieder neue Herausforderungen mit sich bringt. Selbst eine moderne, vollständig auf Euro VI-Abgasnorm umgerüstete Busflotte erfüllt die neuen Erwartungen und gesetzlichen Vorgaben kaum. Weitere Investitionen in Technik und Infrastruktur – mit einem erheblichen Kapitalbedarf und teilweise schwierigen Beschaffungssituationen – werden notwendig sein, um den in den ÖPNV gesetzten Erwartungen auch nur annähernd gerecht werden zu können.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet.

Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Forschung und Entwicklung

Um technisch auf dem aktuellen Stand zu bleiben und bei Diskussionen mit Verkehrsexperten, mit Politik und mit Bürgerinnen und Bürgern weiterhin als kompetenter Partner im Bereich des ÖPNV wahrgenommen zu werden und nicht zuletzt, um Möglichkeiten der Geschäftsfelderweiterung im Umfeld der derzeitigen Kernleistung auszuloten, beteiligt sich die ASEAG auch weiterhin an verschiedenen Forschungsprojekten, auf die nachfolgend eingegangen wird.

NetLiner Aachen-Laurensberg und Roetgen

Beim Landeswettbewerb mobil NRW hatten die Stadt Aachen mit dem NetLiner Aachen-Laurensberg sowie die Gemeinde Roetgen mit dem NetLiner Roetgen gewonnen. Damit wurden über einen Zeitraum von drei Jahren bis Ende 2024 der Betrieb und die Weiterentwicklung des On-Demand-Systems NetLiner der ASEAG gefördert. Projektziele waren u.a.:

- Nachhaltige Attraktivierung des ÖPNV-Angebotes im Projektgebiet durch flexiblen und innovativen On-Demand-Verkehr.
- Zubringerfunktion des NetLiners mit Anschlusssicherung an das bestehende Liniennetz (Starke Achsen).
- Implementierung eines innovativen und intelligenten Mobility-as-a-Service-Angebots mit Verknüpfung zu anderen Mobilitätsangeboten über die movA-App.

- Direktere und schnellere Verbindungen, im Nahbereich umstiegsfrei.
- Gleichmäßig hohe Erschließungsqualität im gesamten Bediengebiet.
- Hohe Flexibilität und genaue Passung zwischen ÖPNV und Arbeitszeiten am Campus Melaten/Uniklinik.
- Ressourcenschonung durch kleinere Fahrzeuge, die an den Bedarf angepasst werden.
- Integration des Taxigewerbes in das On-Demand-System ermöglicht den Einsatz unterschiedlicher Fahrzeugkonzepte je nach Auslastung des Systems.

Die Projektziele konnten erreicht und die Förderprojekte somit erfolgreich abgeschlossen werden. Anhand beider Projekte konnte der NetLiner als fester Bestandteil des ÖPNV-Angebotes etabliert werden, sodass dieser auch nach Ende der Förderperiode in beiden projektbeteiligten Städten und Gemeinden weiter betrieben wird. Damit trägt der NetLiner wesentlich zur Sicherstellung eines attraktiven öffentlichen Nahverkehrsangebotes bei.

Digitalisierungsmaßnahmen in der MaaS-App movA

Im Rahmen des Förderprojekts MaaS NRW – Digitalisierungsmaßnahmen in der MaaS-App movA – wird die digitale Informations- und Datenqualität gestärkt. Zudem wird die Förderung einer landesweiten Vernetzung im ÖPNV fokussiert. Zunächst wurde movA durch eine barrierearme Bedienbarkeit, unter anderem mithilfe der Implementierung einer Screenreader-Funktion, für weitere Nutzergruppen zugänglich und durch die Anpassung von Farben, Kontrasten und Schriftgrößen einfacher nutzbar. Ziel ist es, bis Mitte 2025 die Auskunftsqualität durch die Einbindung weiterer Datenquellen für eine umfangreichere Fahrgastinformationen und dadurch eine flexiblere Mobilität zu verbessern. Dazu zählt die bereits eingebundene Anzeige der Standorte und Auslastung von APAG-Parkhäusern. Weiterhin soll zukünftig die Bereitstellung von Auslastungsinformationen der Busse in Echtzeit eine optimale Planung der Reise ermöglichen. Über die geplante Anbindung an das DELFI-Landessystem sollen Auslastungsdaten zur Verfügung gestellt werden, um die digitalisierte und vernetzte Mobilität landesweit zu unterstützen. Detailliertere Navigationsfunktionen und die Möglichkeit einer Fahrtbegleitung sollen zudem die Erlebbarkeit für Nutzer:innen der App und den nahtlosen Ablauf der individuellen Reiseketten optimieren.

Daran anschließend werden im Förderprojekt MaaS NRW 2.0 durch kundenorientierte Digitalisierungsmaßnahmen in der MaaS-App die Zugänglichkeit und vereinfachte Nutzung der App weiter fokussiert. Bestehende Angebote, wie die Buchung von CarSharing-Fahrzeugen, wurden technisch optimiert. Auch die Führerscheinvalidierung soll technisch weiterentwickelt werden. Die landesweit einheitliche Darstellung von Mobilstationen und Fahrradabstellanlagen mit radbox.nrw-Software soll einen Wiedererkennungswert für die Vernetzung multimodaler Angebote schaffen. Ein In-App-Feedbacktool soll die nutzerzentrierte App-Entwicklung fördern. Dabei können Nutzer:innen Ideen und Anregungen teilen. Ergänzend zu Auslastungsinformationen der Busse in Echtzeiten sollen Prognosedaten für eine flächendeckende Beauskunftung der Auslastung eingebunden werden.

Haaren Clever Mobil

Mit dem Modellvorhaben „Haaren clever mobil“ will die Stadt Aachen in einem Stadtrandgebiet mit einer landesdurchschnittlichen Pkw-Besitzquote demonstrieren, dass es durch einen erheblichen Ausbau des Umweltverbundes, der Fuß- und Radwegeinfrastruktur sowie einem umfassenden Mobilitätsmanagement-Ansatz gelingen kann, die Mobilitätswende beispielhaft für Aachen und für NRW erfolgreich umzusetzen.

Teilprojekt 2 „Ausbau des ÖPNV“ soll das ÖPNV-Angebot sowie besonders die nahräumige Erschließung der Haarener Ortsteile deutlich verbessern.

Im Detail wurden daher im Rahmen des Projekts folgende neue Angebote im 4. Quartal 2023 in Betrieb genommen:

- Schnellbuslinie SB71 (Uniklinik − Schanz − Aachen Bushof − Haaren – Verlautenheide)
- NetLiner Haaren, Verlautenheide, Hüls
- Ortsbus Haaren (Verlautenheide − Haaren Markt − Hüls)

Das Konzept vereint die Vorteile flexibler Routen und Fahrpläne (NetLiner) mit der Möglichkeit, regelmäßige Nachfragen in der Hauptverkehrszeit (Ortsbus) zuverlässig bedienen und miteinander kombinieren zu können. Der Betrieb soll möglichst umweltfreundlich ausgestaltet werden, weshalb sowohl für die Kleinbusse als auch die Schnellbuslinie Elektrofahrzeuge zum Einsatz kommen sollen. Die Planung, Umsetzung sowie zielkonforme Ausgestaltung und Optimierung des Konzepts wurde und wird durch den Dialog mit den Bürgern geprägt und fortlaufend durch ein begleitendes Monitoring unterstützt.

Ein weiteres Teilprojekt ist „Digitalisierung und movA". Für eine gute Erreichbarkeit des Stadtbezirks Haaren sind ein komfortabler ÖPNV, sichere Radverkehrsverbindungen, gut ausgebaute Fußwege und ein attraktives Angebot an Mobilitätsalternativen zum Pkw-Verkehr wesentliche Voraussetzungen. Darüber hinaus soll die Nutzung der verschiedenen Verkehrsformen des Umweltverbundes intensiviert und der Anteil des motorisierten Individualverkehrs im Modal Split reduziert werden. Autofahrern sollen Anreize vermittelt werden, um sie zum Umstieg zu bewegen. Um eine Verkettung verschiedener Mobilitätsangebote zu ermöglichen, müssen sowohl Informationen über die Verfügbarkeit als auch Buchungsmöglichkeiten vorhanden sein. Dies erfolgt über die movA-App. Zu den Mobilitätsangeboten in movA gehören alle ÖPNV-Angebote einschließlich des On-Demand-Systems, BikeSharing, Car-Sharing, eScooter und Taxi. Die App bietet den Nutzern über diese breite Angebotspalette die Möglichkeit, sich über intermodale Reiseketten zu informieren und diese dann auch intermodal zu buchen. Im Rahmen des Projektes ist geplant, mehreren Unternehmen movA für ihr betriebliches Mobilitätsmanagement zur Verfügung zu stellen und einzurichten.

Darüber hinaus sollen im Projekt Tracking-Möglichkeiten und Gamification-Ansätze weiterentwickelt werden, um auf innovative Art Anreize zu setzen, den Umweltverbund zu nutzen. Der bestehende Entwicklungsstand bei der Entwicklung von innovativen Mobilitätstarifen und -budgets soll im Projekt Haaren clever mobil erweitert und ausgebaut sowie mit Haarener Unternehmen oder Bürgern erprobt werden. Der Stadtteil Haaren fungiert als eine Art „Reallabor", welches später auf andere Stadtbezirke übertragen werden kann.

Elektronisches Fahrgeld Management (EFM – Baustufe 2)

Im Jahr 2024 wurden die Umsetzungen zu den Teilprojekten der EFM-Baustufe 2 im AVV fortgesetzt.

- Die Einführung des bargeldlosen Bezahlens mit Bankkarten und Kreditkaten bei Fahrten mit den Bussen der ASEAG wurde nach einem Piloten mit 10 Fahrzeugen freigegeben. Neben der ASEAG waren der Hersteller der Vertriebstechnik (IVU Traffic Technologies AG, Aachen), der Paymentprovider (First Data GmbH, Bonn) sowie die E.V.A Buchhaltung (Abwicklungsprozesse) an der Umsetzung beteiligt.

- Nachdem im Jahr 2023 ein Großteil der Semestertickets auf Chipkarte nach 5-jähriger Gültigkeit ausgetauscht werden mussten, wurden für das Wintersemester 2024/25 an die Erstsemester der RWTH Aachen die Fahrberechtigungen in der naveo-App ausgegeben. Es ist geplant, in Jahr 2025 möglichst alle Deutschland-Semesterticket an die Studierenden in der naveo-App darzustellen und Chipkarten nur noch in Ausnahmefällen auszuhändigen.

- Im Herbst 2024 konnte das Projekt easyConnect (Pilot zum länderübergreifenden Ticketing) in der Stufe 2 starten. Hier ist die ASEAG als Teil des Projektkonsortiums mit den Themen Kontrolle und Abrechnung beteiligt. Die Kontrolle erfolgt hier nach dem Motics-Verfahren aus dem ((eTicket-Deutschland (Motics steht für Mobile Ticketing Crypto Service und ist ein digitaler Kopierschutz). In der Teilnehmerversammlung der VDV-ETS im November 2024 wurde beschlossen, dass alle Verkehrsunternehmen bis spätestens 01.01.2026 nach diesem Standard kontrollieren können müssen.

Die ASEAG strebt weiterhin einen zügigen Abschluss der EFM-Teilprojekte an. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit den zuständigen AVV-Gremien und den AVV-Verkehrsunternehmen.

Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme

Im Oktober 2023 wurde der Schlussverwendungsnachweis beim Projektträger TÜV Rheinland eingereicht. Trotz mehrfacher Nachfragen informierte uns der Projektträger zuletzt im Oktober 2024 darüber, dass die Bearbeitung des Verwendungsnachweises weiterhin andauert.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat in seiner Pressemitteilung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland am 15. Januar 2025 bekanntgegeben, dass die wirtschaftliche Schwächephase auch zum Jahreswechsel 2024/25 anhält. Im Gesamtjahr 2024 ist das preisbereinigte BIP (Bruttoinlandsprodukt) um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Positiv trugen dabei vor allem die öffentlichen und – zu einem geringeren Ausmaß – die privaten Konsumausgaben bei. Dies wurde jedoch überlagert von deutlich rückläufigen Anlageinvestitionen sowie einem negativen Impuls vom Außenbeitrag, wobei weitgehend stagnierenden Importen sinkende Exporte gegenüberstanden.

Der in den letzten Monaten zu beobachtende Auftrieb bei den Verbraucherpreisen hat sich zum Jahresende fortgesetzt. Die Inflationsrate, also der Anstieg des Niveaus der Verbraucherpreise, ist im Dezember voraussichtlich deutlich auf + 2,6 Prozent gestiegen, nachdem die Rate im Oktober + 2,0 Prozent und im November + 2,2 Prozent betragen hatte.

Trotz anhaltender wirtschaftlicher Stagnation entwickelt sich der Arbeitsmarkt zum Jahresende vergleichsweise stabil. Im November nahm die Erwerbstätigkeit gegenüber Oktober saisonbereinigt um 23 Tausend Personen zu. Trotz einer im historischen und internationalen Vergleich weiterhin robusten Lage am Arbeitsmarkt ist im Jahr 2025 vorerst nicht mit einer Umkehr der schwachen Entwicklung am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Quelle: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/Wirtschaftliche-Lage/2025/20250115-die-wirtschaftliche-lage-in-deutschland-im-januar-2025.html)

Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) bezeichnet in seiner Bekanntmachung vom 6. Januar 2025 das Jahr 2025 als Schlüsseljahr für die Verkehrs- und Mobilitätsbranche. Der VDV fordert darin klare Weichenstellungen in Berlin und Brüssel. Während in Deutschland die neue Bundesregierung ihre verkehrspolitischen Ziele definieren wird, muss in Brüssel das neu besetzte EU-Verkehrskommissariat mit weitrechenden Initiativen die Richtung für eine nachhaltige Mobilität in Europa vorgeben. Ingo Wortmann, Präsident des VDV, betont die Dringlichkeit einer klaren verkehrspolitischen Weichenstellung. „Die Ziele eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Transformation sind auf dem Kontinent und in Deutschland nur erreichbar, wenn Berlin und Brüssel die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Insbesondere Busse und Bahnen müssen stärker in den Fokus gerückt und als Teil der Lösung verstanden werden.“ (Quelle:www.vdv.de/250106-pm-eu-ausblick-2025.pdfx)

Geschäftsverlauf

Nach den schweren Jahren der Corona-Zeit setzt sich die Erholung der ÖPNV-Nachfrage auch im Jahr 2024 fort. Die Fahrgastzahlen stiegen gegenüber 2023 deutlich an und erreichen ein rechnerisches neues Rekordniveau. Dies gilt trotz erheblicher Probleme der ASEAG, die seitens der Aufgabenträger bestellte Leistung überhaupt zu erbringen. Die Fahrgastzahlen erreichen in etwa ein Niveau, wie es sich ergeben hätte, wenn das Vor-Corona-Niveau um das bis dahin durchschnittliche Wachstum fortgeschrieben worden wäre. Gleichzeitig hat die Corona-Krise gezeigt, dass in Zeiten großer Veränderungen die in der Vergangenheit bewährten Nutzungshäufigkeiten je Ticketart nicht geeignet sind, Fahrgastzahlen valide zu erfassen. Vor diesem Hintergrund hat sich die ASEAG entschlossen, auf eine Hochrechnung aus dem Fahrgastzählsystem zu setzen. Dies hat auch den Vorteil, dass Veränderungen von Fahrgastzahlen deutlich schneller erkannt werden können als bei einer statistischen Betrachtung über verkaufte Ticketarten. Mit der Einführung des Deutschlandtickets wurden die Nachteile der statischen Betrachtung je Ticketart nochmals verstärkt. Das Deutschlandticket ist dann auch der Grund dafür, dass der Umsatz nicht im gleichen Verhältnis wie die Fahrgastzahl anzieht. Weitere Preisnachlässe gingen mit dem Deutschlandsemesterticket einher, das an beiden Hochschulen in Aachen zum Sommersemester eingeführt wurde und bei Fortbestand des Deutschlandtickets inzwischen mit einem unbefristeten Vertrag verknüpft ist. Daraus resultierende Umsatzeinbußen werden in den Jahren 2024 und 2025 letztendlich zwar durch den Mindererlösausgleich zum Deutschlandticket getragen, erhöhen dabei jedoch zunehmend die Abhängigkeit der Verkehrsbranche von staatlicher Unterstützung. Der Trend hin zum Deutschlandticket hielt dabei das gesamte Jahr an, auch wenn sich im 4. Quartal eine Sättigung des Marktes mit Deutschlandtickets abzeichnete. Inwieweit sich die seitens Bund und Landbeschlossene Preissteigerung des Deutschlandtickets zum Januar 2025 negativ auswirken wird, bleibt abzuwarten, da auch der neue Preis deutlich unter dem Preisniveau des herkömmlichen Ticketsortiments liegt. Neben dem Deutschlandticket für Dauernutzer soll der eezy-Tarif in NRW mittelfristig das wesentliche Tarifangebot für Gelegenheitskunden werden. Auch wenn hier ein starkes prozentuales Wachstum zu verzeichnen ist, so bleibt der Anteil des

Tarifes im Segment der Gelegenheitskunden noch hinter den Erwartungen zurück. Dies führen die Verkehrsunternehmen in NRW sich nunmehr verstärkt auf die Bewerbung des eezy-Tarifes fokussiert, um auch den Gelegenheitskunden den einfachen und häufig im Vergleich zum konventionellen Papiersortiment günstigeren Zugang zum ÖPNV nahezubringen.

Die Schulträger im Raum Aachen sind auch im Geschäftsjahr 2024 zu großen Teilen einem Vorschlag des NRW-Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) gefolgt, der nach dem Schuljahr 2023 auch für das Schuljahr 2024 Anwendungen gefunden hat und so die Gelder der Schulträger im Finanzierungssystem des ÖPNV belassen hat.

Die weiterhin regelmäßige Berichterstattung zum Deutschlandticket ist aus Marketingsicht sehr zu begrüßen, da sich nun auch Kundengruppen mit dem ÖPNV intensiver beschäftigen, die diesem bisher eher zurückhaltend gegenüberstanden, auch wenn die Botschaften über die Zukunft des Deutschlandtickets in der Regel kaum positiv belegt waren – Preiserhöhung, Fortbestand u. ä. Insgesamt hat sich die Anzahl von Unternehmen, mit denen die ASEAG zusammenarbeitet, aufgrund des Deutschlandticket-Jobticket weiter erhöht. Allerdings bleibt es wie auch im Geschäftsjahr 2023 so, dass die tatsächliche Nutzung des Ticketangebots der Arbeitgeber durch die Arbeitnehmer noch Entwicklungspotential hat. Viele Unternehmen nutzen die Möglichkeit, sich durch das Angebot des Deutschlandticket-Jobtickets als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren.

Die ASEAG hat im Geschäftsjahr 2024 einen neuen Fahrgastrekord erreicht und reiht sich damit in bereits vermeldete Fahrgastrekorde anderer Verkehrsunternehmen ein. Dabei ist jedoch zu beachten, dass nach Auffassung der ASEAG das Deutschlandticket nicht den Sogeffekt auf die ÖPNV-Nachfrage in der Region Aachen hat, wie er gegebenenfalls in den großen Metropolen zu erkennen ist. Dies wird auch durch die Aussagen zur Wirkung des Deutschlandtickets im ländlichen Raum in der aktuellen Evaluierung zum Deutschlandticket im Grundsatz bestätigt. Auch wenn die ASEAG Anfang des Jahres 2023 bereits umsatzseitig in etwa wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht hatte, ist davon auszugehen, dass das Deutschlandticket die Rückkehr zur „Nachfrage-Normalität“ nach der Corona-Pandemie der Branche erleichtert hat. Das heißt, dass der Umsatz zwar verbucht werden konnte, die verkauften Abos und Monatskarten jedoch noch weniger genutzt wurden als in der Zeit vor Corona.

Insgesamt setzt sich im Geschäftsjahr 2024 die im Geschäftsjahr 2023 begonnene Entwicklung fort, die auf der einen Seite von viel Optimismus im Hinblick auf einen wieder erstarkenden ÖPNV geprägt war, auf der anderen Seite jedoch auch erhebliche Unsicherheiten im Hinblick auf die nachhaltige Finanzierung des ÖPNV beinhaltet. Dabei haben die Finanzierungssorgen vor dem Hintergrund stark belasteter Haushalte und der Aufkündigung von Förderprogrammen, insbesondere im Bereich bei der Beschaffung von emissionsfreien Fahrzeugen (Elektrobusse, Wasserstoffbusse), deutlich zugenommen. Neben einer weiterhin dringend notwendigen Finanzierung des neuen Tarifangebots bedarf es auch einer Sicherung der Finanzierung des Technologiewandels und des Infrastrukturausbaus. Diese Themen sind allein durch die Kommunen nicht zu bewältigen.

Wie wichtig dabei eine starke Infrastruktur auch für den ÖPNV ist, kann weiterhin beim Thema Sperrung A544 gesehen werden. Anfang des Geschäftsjahres 2024 kam es nach der zuvor halbseitigen Autobahnsperrung im Januar 2024 zur Vollsperrung und Sprengung der Autobahn. Trotz zeitweiser erheblicher Verkehrsaufkommen auf den Ausweichstrecken konnte aber aufgrund von Infrastrukturmaßnahmen – teilweise vorerst temporär eingerichtet – und erheblichen betrieblichen Bemühungen der Betrieb auf einem noch vertretbaren Verspätungsniveau gehalten werden. Dennoch binden die betrieblichen Kompensationsmaßnahmen zur Stabilisierung des Betriebs erhebliche Personalressourcen, die dann nicht für Angebotsverbesserungen zur Verfügung stehen – dies dann auch noch vor dem Hintergrund knapper Personalressourcen insgesamt. Neben der Sperrung der A544 sind im Hinblick auf infrastrukturelle Probleme sicher auch Baustellen am Theaterplatz und in der Pontstraße zu nennen, mit denen ein attraktiver ÖPNV umgehen muss.

Die gemeinsam von den jeweiligen Verwaltungen erzielten Erfolge im Bereich der Infrastrukturverbesserung (z.B. verstärkte LSA-Beeinflussung; dauerhafte Markierung von Busspuren) reichen dabei leider bisher nicht aus, um die infrastrukturellen Versäumnisse der Vergangenheit zu kompensieren.

Auch bei den Beteiligungsgesellschaften der ASEAG zeichnet sich nach den schweren Jahren der Pandemie eine Verbesserung ab. Im Wesentlichen ist dabei die Aachener Parkhaus GmbH zu betrachten, die nach der Abwertung des Beteiligungswertes im letzten Jahr und einer sich anschließenden Kapitalerhöhung durch die ASEAG nunmehr ein Geschäftsjahr erlebt hat, dass die Planansätze für das Geschäftsjahr übertroffen hat und einen Wirtschaftsplan für die Folgejahre vorgelegt hat, der keinen erneuten Abwertungsbedarf in sich birgt. Dennoch bleiben einige Risiken bestehen, die sich

auch hier insbesondere auf den Bereich Infrastruktur konzentrieren. Die Parkobjekte im Eigentum der APAG sind überwiegend aus den 60-er und 70-er Jahren, teilweise besteht hier ein erheblicher Sanierungsbedarf. Dabei ist positiv zu berichten, dass die langen Vorbereitungen zur Sanierung des Parkhauses Rathaus nun abgeschlossen werden konnten und im Januar 2025 mit der Komplettsanierung begonnen werden konnte. Neben den Infrastrukturellen Risiken bei der APAG bleibt jedoch auch die Frage nach der Entwicklung der Aachener Innenstadt mit Risiken behaftet. Durch die Stadtentwicklung müssen andere Angebote geschaffen werden, die den gegebenenfalls mittelfristig entfallenden Einkaufstourismus kompensieren. Nur eine attraktive Innenstadt ist der Magnet, den die Parkhäuser für einen wirtschaftlichen Betrieb benötigen.

Die Tochtergesellschaft ASEAG-Reisen hat ihren Betrieb Ende 2023 vollkommen eingestellt, so dass hier im Geschäftsjahr 2024 nur noch Kosten für die Vorhaltung des Firmenmantels angelaufen sind. Ob dieser Firmenmantel mittelfristig mit einem anderen Gesellschaftszweck mittelfristig noch genutzt wird, wird sich voraussichtlich im Geschäftsjahr 2025 entscheiden.

Im Hinblick auf die Systemstabilität der Vertriebssoftware haben sich inzwischen leichte Verbesserungen gegenüber den Vorjahren eingestellt. Insgesamt ist die Zusammenarbeit zwar besser geworden, aber in vielen Detailthemen konnte das erhoffte finale Ergebnis noch nicht erreicht werden. Positiv hervorzuheben ist, dass in einem ersten Schritt die Erstsemester der RWTH-Aachen statt der Chipkarte als Trägermedium der Fahrkarte nun ihr Semesterticket in der naveo-App auf ihrem Handy erhalten. Hierdurch wird die Ausgabe von tausenden Plastikkarten vermieden und auch im operativen Verwalten der Kunden bringt diese Ausgabeform viele Vorteile mit sich. Im Jahr 2025 sollen die übrigen Semesterticketkunden der ASEAG diesem Digitalisierungsschritt folgen.

Einige weitere Projekte für vertriebliche Veränderungen konnten bis auf Restarbeiten abgeschlossen werden. Die neuen Fahrscheinautomaten sind in Betrieb, auch wenn die Entwicklung zum Deutschlandticket diesen Vertriebskanal im städtischen Raum weitestgehend überflüssig machen. Das bargeldlose Bezahlen auf dem Fahrzeug ist zum Beginn des vierten Quartals in den Produktivbetrieb gegangen und erfreut sich seitdem einer zunehmenden Nutzung. Welcher Anteil des Verkaufs beim Fahrer dann final bargeldlos erfolgen wird, ist sicherlich abzuwarten, aber der Trend geht hier eindeutig in diese Richtung. In vielen Städten Deutschlands wurde das Bargeld – auch aus sicherheitstechnischen Gründen – im Bus bereits abgeschafft und in den benachbarten Niederlanden kann bereits seit mehreren Jahren nicht mehr mit Bargeld beim Fahrpersonal bezahlt werden. Auch der positive Trend bei den online-Vertriebswegen setzt sich im Geschäftsjahr 2024 fort. Unabhängig davon, wie der Fahrkartenkauf erfolgte, wird das Handy zunehmend als Trägermedium der Fahrkarte genutzt. Der rein digitale Tarif eezy.nrw nimmt ebenfalls an Bedeutung zu und soll landesweit als der zukünftige Tarif für Gelegenheitskunden positioniert werden, da er parallel zum Deutschlandticket dazu in der Lage ist, den „Tarifdschungel“ nicht nur für die Stammkunden zu lichten, sondern auch für die Gelegenheitskunden die notwendige Einfachheit mit sich bringt.

Die Entwicklungen zur Bündelung der technologischen Basis der von der ASEAG allein betriebene App „movA“ und der gemeinschaftlich mit allen Verkehrsunternehmen im AVV und dem AVV selbst betriebenen App „naveo“ sowie die parallele Integration weiterer Partner rund um den Aufgabenträger go.Rheinland schreiten auch im Geschäftsjahr 2024 weiter voran. Dass der von der ASEAG beschrittene Weg zur Digitalisierung notwendig ist, ergibt sich auch aus den Anforderungen zum Deutschlandticket, das – nach einer kurzen Übergangszeit – ausschließlich digital angeboten werden darf. Hier sind die Verkehrsunternehmen in NRW und der AVV-Raum insbesondere gut aufgestellt. Die zurzeit in der Diskussion befindliche Umsetzung von einheitlichen, erhöhten Sicherheitsstandards bei der Ticketausgabe, die in vielen Regionen Deutschlands bisher nicht vorhanden sind oder jetzt erst sukzessive Einzug halten, werden seitens der ASEAG in der Regel bereits erfüllt.

Das Modernisierungs- und Erneuerungsprogramm der Busflotte der ASEAG im Bereich der Dieselbusse wurde im Jahr 2021 abgeschlossen. Sämtliche Busse der ASEAG erfüllen seit 2020 die Abgasnorm Euro 6 und weitere 27 Busse der ASEAG sind vollelektrisch angetrieben. Hierdurch leistet die ASEAG – in enger Abstimmung mit der Stadt Aachen – ihren Beitrag zur Reduzierung der Stickoxide in Aachen. Auch die ersten weiteren Schritte hin zu emissionsfreien Verkehren können Dank der Fördermittel des Landes und Mitteln der Aufgabenträger für insgesamt 90 weitere Busse getan werden. 33 Elektrobusse werden – mit Lieferverzug – nun voraussichtlich zum Ende des ersten Halbjahr 2025 geliefert und weitere 32 Elektrobusse sind zwischenzeitlich bestellt worden. Auch wenn diese Bestellungen wichtige Schritte in den Bemühungen gegen den Klimawandel darstellen, so zeigte das Geschäftsjahr 2024 auch die kommenden zu erwartenden Probleme beim Technologiewandel auf. So hat sich die ASEAG unter anderem aufgrund der enormen Herausforderungen, die bereits der Umstieg auf Elektrobusse mit sich bringt, dazu entschieden, vorerst die Nutzung von Wasserstoff

als Antriebsenergie der Busse zurückzustellen und sich bei den 90 geförderten, emissionsfreien Bussen voll auf Elektrobusse zu konzentrieren. Gleichzeitig sorgt die im Geschäftsjahr 2024 erfolgte Einstellung der Förderung emissionsfreier Busse durch Bund und Land dafür, dass Investitionen in weitere emissionsfreie Busse wirtschaftlich eine kaum zu bewältigende Herausforderung darstellen werden. Dies in Kombination mit gesetzlichen Regulierungen, die die Anschaffung von neuen Bussen mit Verbrennungsmotor ab Mitte 2029 unwahrscheinlich bis unmöglich erscheinen lassen – Hersteller von Stadtbussen müssen ab 2030 zu 90% und ab 2035 zu 100% emissionsfreie Fahrzeuge auf den Markt bringen –, zeigt die Finanzierungsherausforderungen, vor denen die Branche im Allgemeinen und die ASEAG im Speziellen stehen.

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von -35,7 Mio. EUR ist um rund +7,5 Mio. EUR besser als geplant ausgefallen. Wesentliche Ursachen hierfür sind:

- Die Gesamtleistung liegt mit 92,1 Mio. EUR auf Planniveau.
- Die Planung ging von höheren Treibstoffkosten aus. Insgesamt wurden hier ca. 0,5 Mio. EUR weniger aufgewendet.
- Darüber hinaus reduzierten sich die Kosten für Busanmietungen im Vergleich zum Planansatz um 2,2 Mio. EUR.
- Die Kosten für die Personalbeschaffung über die ESBUS lagen ca. 2,6 Mio. EUR unter Plan, da seitens ESBUS nicht der ASEAG-seitige Bedarf an Neueinstellungen abgedeckt werden konnte.
- Die Löhne und Gehälter sowie Sozialabgaben liegen insgesamt ca. 0,7 Mio. EUR unterhalb des Planniveaus, da die Ausfallzeiten der Mitarbeiter sich anders als geplant verteilt haben. So sind Lohnfortzahlungen innerhalb von 6 Wochen Krankheit deutlich anders zu bewerten als Aufstockungen des Krankengeldes in den Wochen 7 bis 39 oder gar darüberhinausgehende Abwesenheiten.
- Die Aufwendungen für Altersversorgung sind gegenüber dem Planansatz um 1,0 Mio. EUR geringer, da die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen mit 1,0 Mio. EUR deutlich geringer ausfiel.
- Aufgrund von Investitionsverschiebungen fielen die Abschreibungen um 2,0 Mio. EUR geringer aus als im Planansatz.
- Die Sonstigen Aufwendungen überschreiten aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung das Planniveau um ca. 1,1 Mio. EUR.
- Aufgrund des guten Zinsniveaus und der Möglichkeit, hohe kurzfristige Festgeld- und Termingeldanlagen zu tätigen, fielen die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge um 0,8 Mio. EUR oberhalb des Planansatzes aus

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometern
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die vier Leistungsindikatoren - teilweise mit ergänzenden Informationen:

		Wirtschafts-plan	Jahres-abschluss	+/-
Nutz-km eigene Leistung inkl. ESBUS	*in tausend*	*8.730*	*7.905*	*-826*
Nutz-km angemietete Leistung o. ESBUS	*in tausend*	*11.498*	*11.651*	*153*
	in tausend	*20.229*	*19.556*	*-673*
beförderte Personen	*in tausend*	*64.209*	*75.371*	*11.162*
Gesamtleistung	*TEuro*	91.851	92.080	230
darin enthalten:				
Zuschüsse	*TEuro*	8.748	8.411	-337
Kosten Treibstoff	*TEuro*	-6.026	-5.560	466
Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS	*TEuro*	-53.785	-51.543	2.242
Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)	*Anzahl*	*159*	*113*	*-45*
Kosten Fahreranmietungen (ESBUS)	*TEuro*	-8.467	-5.849	2.618
Mitarbeiteräquivalente eigene	*Anzahl*	*560*	*562*	*2*
Kosten Personal	*TEuro*	-37.767	-36.076	1.691
darin enthalten:				
Kosten Altersversorgung	*TEuro*	-2.507	-1.482	1.025
Zinsaufwendungen i. W. Altersversorgung	*TEuro*	-665	-1.009	-344
Ergebnis ASEAG	*TEuro*	-43.194	-35.708	7.486
darin enthalten:				
Ergebnis APAG	*TEuro*	0	0	0
Ergebnis ASEAG-Reisen	*TEuro*	0	-17	-17
Ergebnis ESBUS	*TEuro*	159	95	-64

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Der Aufsichtsrat der ASEAG hat in seiner Sitzung vom 23.06.2022 beschlossen, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 33,33% Frauenanteil für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2023 beizubehalten und für den Vorstand am Status Quo für den Zeitraum 1. Juli 2022 bis 30. Juni festzuhalten.

Weiter stimmte der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstandes zu, für die 1.Führungsebene am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2023 festzuhalten, möglichst jedoch eine Quote von 25% anzustreben und für die 2. Führungsebene den Status Quo von 22,22% Frauenanteil mindestens für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2023 beizubehalten. Die eher kurzfristige Zielfestlegung war dem Umstand geschuldet, dass Teile des Aufsichtsrats weiteren Diskussionsbedarf hatten. Infolgedessen hat eine Personalfindungskommission den Aufsichtsrat am 2. Dezember 2022 einen Vorschlag zur Beschlussfassung unterbreitet, der Ziele für die Frauenquote bis zum 30. Juni 2027 beinhaltet.

Der Aufsichtsrat hat einstimmig beschlossen, für den Vorstand an einer Nicht-Männer-Quote von 0% festzuhalten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, soll eine Nicht-Männer-Quote von 50% angestrebt werden. Weiter empfiehlt der Aufsichtsrat, für die 1. Führungsebene eine Nicht-Männer-Quote von 50% und für die 2. Führungsebene eine Nicht-Männer-Quote von 25% anzustreben.

Ertragslage

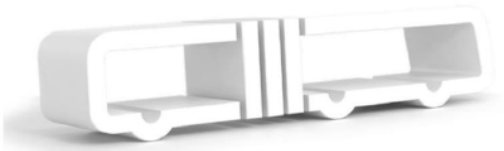
Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2024 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 35,7 Mio. EUR abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 1,9 Mio. EUR. Davon resultieren insgesamt -8,3 Mio. EUR aus einem schlechteren Betriebsergebnis und 6,4 Mio. EUR aus einem verbesserten Finanz- und Beteiligungsergebnis. Das schlechtere Betriebsergebnis ergibt sich im Wesentlichen aus erhöhten Materialaufwendungen von

9,3 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Der Personalaufwand stieg um 1,8 Mio. EUR. Jedoch wurde im Bereich der Altersvorsorge ein positiver Effekt durch geringere Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 2,2 Mio. EUR erzielt. Im Finanz- und Beteiligungsergebnis ergeben sich gestiegene Zinserträge von 0,9 Mio. EUR und reduzierte Zinsen für Pensionsaufwendungen in Höhe von 0,7 Mio. EUR. Im Vorjahr wurde wegen der Unternehmensneubewertung der APAG eine außerplanmäßige Abschreibung auf Finanzanlagen in Höhe von 5,0 Mio. EUR durchgeführt. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen reduzierten sich im Berichtsjahr um 0,1 Mio. EUR.

Die Verkehrseinnahmen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. EUR auf 54,5 Mio. EUR. Im Wesentlichen ist dies auf die verstärkte Nutzung des 49-Euro-Tickets zurückzuführen. Die Zuschüsse reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. EUR auf 8,4 Mio. EUR. Die sonstigen Umsatzerlöse, wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen, stiegen um 1,8 Mio. EUR auf 7,7 Mio. EUR.

Durch die Erhöhung der sonstigen Erlöse um 1,0 Mio.€ reduzierten sich die gesamten Umsatzerlöse lediglich um 0,9 Mio. EUR auf 70,6 Mio. EUR.

Verkehr 2024



539 **Gesamt**

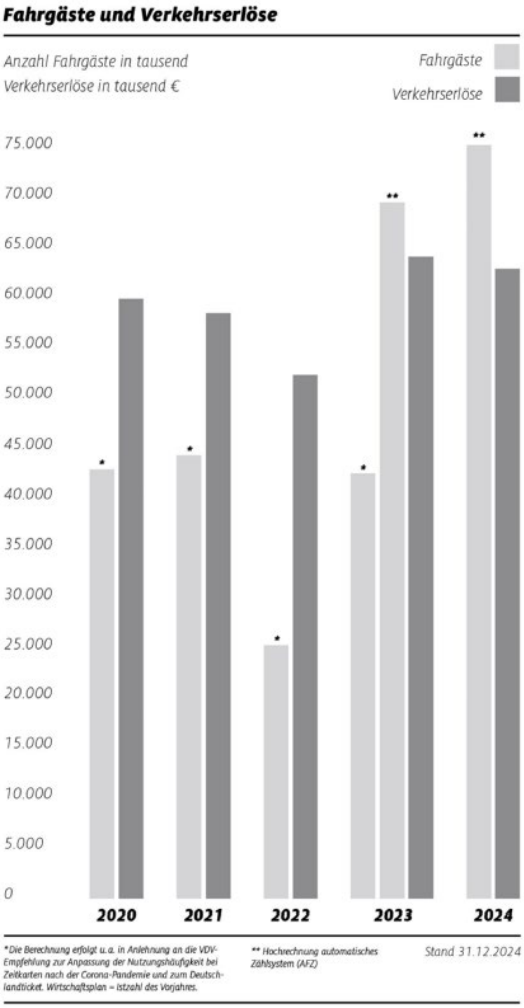
261 eigene Fahrzeuge
278 angemietet mit Fahrer

Linien	**118**
Linienlänge in km	**1.995**
Wagenkilometer in 1000	**21.623**
Personenkilometer in Mio.	**407**
Platzkilometer in Mio.	**1.568**

Stand 31.12.2024

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 3,7 Mio. EUR auf 21,5 Mio. EUR. Hierin enthalten sind im Wesentlichen Ertragszuschüsse der Stadt Aachen in Höhe von 19,3 Mio. EUR (Vorjahr 13,6 Mio. EUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 0,9 Mio. EUR (Vorjahr 1,3 Mio. EUR) sowie Schadenersatzleistungen von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 0,3 Mio. EUR). Die Erträge aus der Erstattung der Stromsteuer betrugen 0,2 Mio. EUR.

Die Materialaufwendungen erhöhten sich insgesamt um 9,3 Mio. EUR auf 73,8 Mio. EUR. Hierbei erhöhten sich die Kosten für Treibstoffe um 0,7 Mio. Euro auf 5,6 Mio. EUR. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen erhöhten sich insgesamt um 8,2 Mio. EUR auf 65,5 Mio. EUR. Diese Zunahme ist im Wesentlichen auf erhöhte Leistungen für Fahrzeugmieten von 7,0 Mio. EUR sowie erhöhte Leistungen von verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,4 Mio. EUR zurückzuführen. Die Energiebezüge von der STAWAG stiegen um 0,2 Mio. EUR.



Der Personalaufwand erhöhte sich ohne Sozialabgaben und Altersversorgung insgesamt um 1,8 Mio. EUR auf 28,7 Mio. EUR. Die durchschnittliche Anzahl von Mitarbeiteräquivalenten erhöhte sich um 2 auf 562. Darüber hinaus wurden im Vergleich zum Vorjahr (3,3 Mio. EUR) höhere Einmalzahlungen (4,3 Mio. EUR) an das Personal geleistet. Hierzu gehören mit 2,0 Mio. EUR Urlaubs- und Weihnachtsvergütungen, mit 0,6 Mio. EUR Mehrarbeitsvergütungen sowie mit 1,2 Mio. EUR Vergütungen für Zuschläge.

Die Aufwendungen für Sozialabgaben und Altersversorgung reduzierten sich um 1,8 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 7,4 Mio. EUR. Die Reduktion ist auf die um 2,2 Mio. EUR gesunkenen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung stiegen hingegen um 0,6 Mio. EUR.

Die Abschreibungen in Höhe von 4,8 Mio. EUR (Vorjahr: 4,8 Mio. EUR) enthalten ausschließlich planmäßige Abschreibungen. Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände oder Sachanlagen fielen im Berichtsjahr nicht an.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 13,7 Mio. EUR (Vorjahr: 12,0 Mio. EUR) sind neben dem üblichen Aufwand im Wesentlichen Versicherungsprämien in Höhe von 1,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1,5 Mio. EUR), externe EDV-Kosten von 1,5 Mio. EUR (Vorjahr: 1,1 Mio. EUR), AVV Umlagen in Höhe 0,4 Mio. EUR (Vorjahr: 0,4 Mio. EUR), Rechts- und Beratungskosten von 0,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1,0 Mio. EUR), Mieten und Pachten von 0,3 Mio. EUR (Vorjahr 0,2 Mio. EUR) sowie konzerninterne Leistungen in Höhe von 4,2 Mio. EUR (Vorjahr: 3,3 Mio. EUR) enthalten. Zusätzlich beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen EDV-Kosten gegenüber der regio iT in Höhe von 0,9 Mio. EUR (Vorjahr: 1,0 Mio. EUR).

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen reduzierten sich um 0,078 Mio. EUR auf 0,095 Mio. EUR und enthalten im Berichtsjahr wie im Vorjahr ausschließlich die Gewinnabführung der ESBUS. Der Gewinn der APAG wird, wie im Vorjahr, in der Gesellschaft thesauriert.

Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme erhöhten sich auf 0,017 Mio. EUR (Vorjahr 0,002 Mio. EUR) und enthalten im laufenden Jahr ausschließlich die Ergebnisübernahme der ASEAG Reisen GmbH.

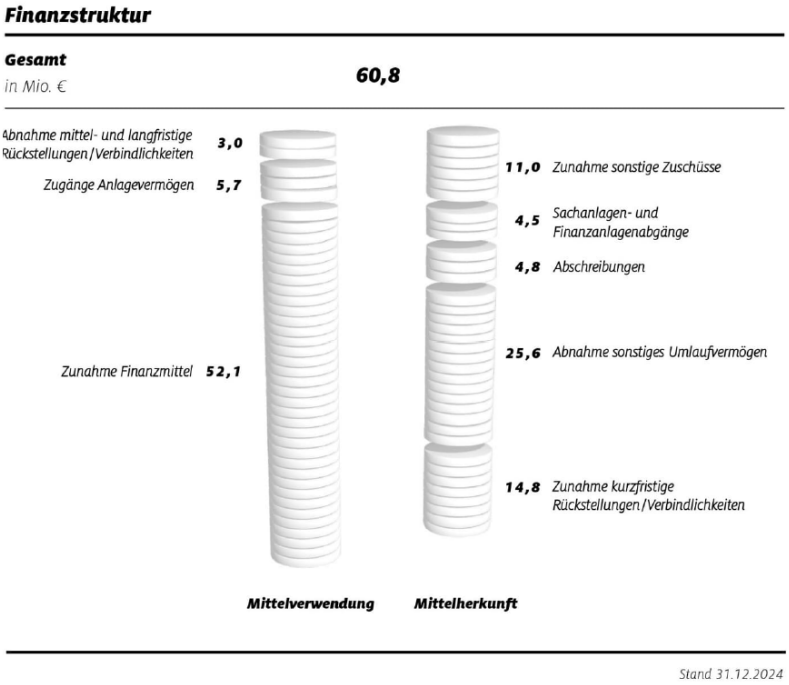
Durch das gestiegene Zinsniveau im Berichtsjahr und die Anlage auf Festgeld- und Tagesgeldkonten erhöhten sich die Zinserträge auf 1,6 Mio. EUR (Vorjahr: 0,6 Mio. EUR).

Die Zinsaufwendungen reduzierten sich um 0,6 Mio. EUR auf 1,0 Mio. EUR und betreffen nahezu ausschließlich Zinsaufwendungen aufgrund der Zuführung aus Pensionsrückstellungen (Vorjahr: 1,6 Mio. EUR).

Zwischen der ASEAG und der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Aufgrund dieses Vertrages wird der Jahresfehlbetrag der ASEAG von der E.V.A. ausgeglichen. Im Berichtsjahr betrug der Jahresfehlbetrag 35,7 Mio. EUR (Vorjahr: 33,8 Mio. EUR).

Finanzlage

Im Berichtsjahr belief sich das Finanzvolumen der ASEAG auf 60,8 Mio. EUR.

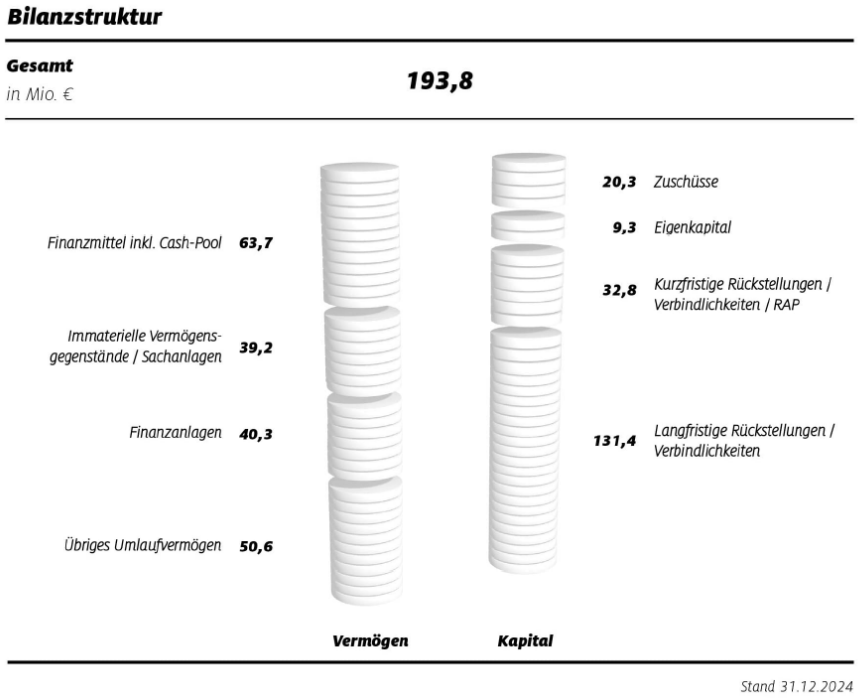


Die Investitionen nach Abzug der Zuschüsse in Sachanlagen in Höhe von 5,3 Mio. EUR resultierten im Wesentlichen aus Zugängen der Anlagen im Bau. Die Zunahme der Finanzmittel um 52,1 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus den Festgeldern bei der Norddeutschen Landesbank in Höhe von 47,0 Mio. EUR. Die Termingeldanlage bei der Norddeutschen Landesbank beträgt 10,1 Mio. EUR und wird im Berichtsjahr unter den Finanzmitteln ausgewiesen. Im Vorjahr wurden noch 30 Mio. EUR im sonstigen Umlaufvermögen in der Position kurzfristige Wertpapiere gezeigt. Daher reduziert sich im Berichtsjahr das sonstige Umlaufvermögen um 25,6 Mio. EUR. Innerhalb dieser Position stiegen die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 4,2 Mio. EUR. Die kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten erhöhten sich um 14,8 Mio. EUR. Diese Erhöhung ist im Wesentlichen auf höhere Verbindlichkeiten in Höhe von 9,7 Mio. EUR gegenüber dem Aachener Verkehrsverbund zurückzuführen. Ebenfalls stiegen im Berichtsjahr die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, da im Vorjahr wegen der S/4 Hana-Umstellung ein Großteil der Verbindlichkeiten zum Jahresende ausgeglichen wurde.

Die Mittelherkunft erfolgte neben der bereits oben erwähnten Abnahme des sonstigen Umlaufvermögens und der Zunahme der kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten durch die Zunahme der sonstigen Zuschüsse von 11,0 Mio. EUR. Weitere 4,5 Mio. EUR wurden aus den Sachanlagen- und Finanzanlagenabgängen erzielt. Die Abschreibungen betrugen 4,8 Mio. EUR

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 193,8 Mio. EUR und liegt um 22,9 Mio. EUR oberhalb des Vorjahreswertes.



Das Finanzanlagevermögen (40,3 Mio. EUR) beträgt 20,8% der Bilanzsumme und beinhaltet neben dem Beteiligungsbuchwert von 35,6 Mio. EUR auch APAG-Ausleihungen an verbundene Unternehmen mit einem Wert von 4,1 Mio. EUR. Der Anteil der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens (39,2 Mio. EUR) beträgt 20,2 % der Bilanzsumme und besteht maßgeblich aus Fahrzeugen für Personenverkehr. Die Finanzmittel (63,7 Mio. EUR) betragen 32,8% des Gesamtvermögens und resultieren im Wesentlichen aus der Anlage von Festgeldern (47,0 Mio. EUR) und Termingeldern (10,1 Mio. EUR) sowie dem Cash-Pool Guthaben von 5,6 Mio. EUR. Das übrige Umlaufvermögen in Höhe von 50,6 Mio. EUR besteht größtenteils aus dem Verlustausgleichsanspruch gegen die E.V.A. von 35,7 Mio. EUR, den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen von 4,5 Mio. EUR sowie den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten von 7,5 Mio. EUR. Das übrige Umlaufvermögen beträgt 26,1% der Bilanzsumme.

Die Kapitalseite weist insgesamt 131,4 Mio. EUR mittel- und langfristige Mittel aus, die sowohl das Anlagevermögen als auch Teile des Umlaufvermögens langfristig abdecken. Die hauptsächlich aus Pensionsverpflichtungen resultierenden mittel- und langfristigen Rückstellungen betragen 67,5% der Bilanzsumme. Der Anteil der kurzfristigen Zuschüsse, der Rückstellungen, der Verbindlichkeiten und des Rechnungsabgrenzungspostens von insgesamt 53,7 Mio. EUR beträgt 27,7%. Die Eigenkapitalquote beträgt 4,8% bei einem Anteil von 9,3 Mio. EUR.

IV. Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2024 waren das Deutschlandticket mit seinen Auswirkungen auf die Nachfrage und die unsichere Finanzierung des ÖPNV insgesamt die beherrschenden Themen. Dem ÖPNV wird bei der Gestaltung der Verkehrswende zwar weiterhin eine wesentliche Bedeutung zugeschrieben, doch ist zunehmend erkennbar, dass technische, personelle und finanzielle Ressourcen nicht in dem Umfang vorhanden sind, wie sie für einen zügigen Ausbau von Angebot und Infrastruktur benötigt werden. Aus Sicht der ASEAG fehlen damit die nachhaltigen Komponenten für einen dauerhaften Einstieg in die Verkehrswende, da die Absenkung des Tarifes allein nicht den Schub für die Leistungsfähigkeit des ÖPNV mit sich bringt und auf Dauer nur ein leistungsfähiges System den Kunden überzeugen wird. Zumindest im Hinblick auf die Finanzierung des Deutschlandtickets wurde Ende des Jahres 2024 mit der Preiserhöhung auf 58 EUR pro Monat ein wichtiger Schritt getan; dies darf jedoch nicht der letzte sein, wenn das Angebot fortbestehen soll. Inwieweit das Angebot des Deutschlandtickets auch nach den im Jahr 2025 durchgeführten Bundestagswahlen und der derzeit stattfindenden Regierungsbildung Ziel der Politik bleibt, gilt es abzuwarten. Klar ist jedoch, dass aktuell die Finanzierung nicht über das Jahr 2025 hinaus gesichert ist und bei einem Rückfall in die alte Tariflogik mit erheblichen Widerständen der Kunden

zu rechnen sein wird, da die Preiswahrnehmung durch das sehr günstige, stark subventionierte Deutschlandticket kundenseitig gestört ist.

Aufgrund der Anerkennung der aktuellen Rahmenparameter durch alle Beteiligten geht die ASEAG zurzeit davon aus, dass die nächsten Nahverkehrspläne von Stadt und StädteRegion Aachen, deren Verabschiedung im Jahr 2025 erwartet wird, gegenüber dem Status quo lediglich kleinere Anpassungen des ÖSPV-Angebots beinhalten werden. In den Fokus der Betrachtungen rückt zunehmend der Ausbau der Infrastruktur. Wie elementar wichtig dies ist, konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 auch am Beispiel der Brückensperrung der A544 gesehen werden. Die Störungen im Betrieb konnten nur mit erheblichen Mehraufwendungen halbwegs abgefangen werden. Umso erfreulicher ist es, dass diese Sperrung voraussichtlich im Oktober 2025 beendet sein wird. Damit wäre die geplante Bauzeit gut eingehalten worden, was häufig bei Baustellen leider nicht der Fall ist. Gleichzeitig ist aber insbesondere das Stadtgebiet Aachen mit vielen Baustellen belegt, sei es, dass alte Infrastruktur ersetzt werden muss oder dass neue geschaffen wird – beispielhaft sei hier der Fernwärmeausbau genannt, der perspektivisch sicher noch zu vielen Baustellen führen wird. Hierin sieht die ASEAG Risiko und Chance in einem. Sicherlich werden Baustellen zu Verspätungen und Mehraufwendungen führen. Gleichzeitig besteht aber die Möglichkeit, Straßenräume nach Beendigung der Tiefbauarbeiten so zu gestalten, dass sie den Anforderungen eines leistungsfähigen ÖPNV genügen.

Angebotsseitig bemüht sich die ASEAG weiterhin um die Akquisition von Fördermitteln. Ging es hierbei in den letzten Jahren primär um die Finanzierung neuer Verkehre, gilt es nun vermehrt darum, die Finanzierung bestehender Verkehre fortzusetzen. Mit der Projektgruppe NEMORA haben sich die Aufgabenträger Stadt und StädteRegion Aachen im Geschäftsjahr 2022 gemeinsam aufgestellt, um insbesondere ÖPNV-Themen, Radverkehr, Mobilitätsstationen u. ä. gemeinsam für die gesamte Region zu denken und voranzutreiben. Die ASEAG hat ihre Position als gefragter Ansprechpartner der Verwaltungen bei diesen Themen weiter festigen können und Grundsatzbeschlüsse zu Themen wie „Starke Achsen für den ÖPNV“ und Mobilstationen sind nun Schritt für Schritt in die Umsetzung zu bringen.

Mit einem Leistungsvolumen von etwa 19,6 Mio. Nutz-km pro Jahr bleibt die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im AVV. Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum bis 2027 als gesichert angenommen werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Statements und der beschlossenen Fortschreibung des Nahverkehrsplans sieht die ASEAG weiterhin eine breit angelegte Unterstützung für den ÖPNV, auch wenn die finanziellen und personellen Ressourcen nicht mehr wie in den letzten Jahren vorhanden sein werden. Auch wenn die Perspektive für den Busverkehr nicht mehr so günstig ist, wie in den letzten Jahren, so konnte zumindest die weitere Förderung der Planung zum Bau der Regio-Tram positiv zur Kenntnis genommen werden. Wenn es zur Umsetzung der Regio-Tram kommen sollte, wäre dies ein erheblicher Gewinn für den ÖPNV in der Region Aachen. Kapazitäten werden durch den Systemwechsel automatisch erhöht, Reisezeiten durch die verbesserte Infrastruktur reduziert. Insgesamt wäre die Regio-Tram für den Nordkreis eine wichtige Stärkung des ÖPNVs.

Zielten die politischen Diskussionen angebotsseitig in der Vergangenheit noch primär auf eine Ausweitung des Leistungsangebots ab, so ist es unter den aktuellen Rahmenbedingungen kurz- bis mittelfristig eher eine Optimierung im Status quo. Tarifpolitisch wurde im Geschäftsjahr 2024 der letzte große Schritt der Abtarifierung bei den Studierenden mit dem Deutschlandsemesterticket vollzogen. Weitere großflächige Tendenzen zur Senkung von Tarifen sind nicht zu erkennen, wenn man vereinzelte Anfragen nach subventionierten City-Tarifen außer Acht lässt. Durch den sehr hohen Anteil an Tarifauffüllungen durch Bund und Land bleibt es wie im Jahr zuvor dabei, dass die weitere Finanzierung des ÖPNV nahezu ausschließlich von Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene abhängig ist, ohne dass es hier eine Perspektive gibt, in der die ASEAG maßgeblich länger als zwölf Monate im Voraus Rahmenbedingungen als gesichert annehmen darf. Insgesamt bleiben im ÖPNV-Markt weiterhin viele Unsicherheiten bestehen, auf die Verkehrsunternehmen und Verbünde versuchen sich einzustellen. So haben VRS und AVV Aktivitäten aufgenommen, um weitere Synergien in der bestehenden Tarifkooperation zu nutzen. Unter anderem sollen Tarife im AVV und VRS einer einheitlichen Logik folgen und der digitale eezy-Tarif soll Kern des Angebots im Segment der Gelegenheitskunden werden. Hierdurch soll zum einen der Tarif für die Kunden verständlicher werden, aber gleichzeitig auch Kosten eingespart werden, da die Vorhaltung eines einzelnen Tarifangebots auch mit Kosten einhergeht. Der VRR hat in diesem Kontext bereits seine Tarifreform beschlossen und beabsichtigt, diese zum 1. März 2025 umzusetzen. Die ASEAG würde es begrüßen, wenn diese neue Aufbruchstimmung auch zur Umsetzung konkreter Maßnahmen führen würde und Komplexitäten tatsächlich reduziert werden könnten.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation weiterhin angespannt. Auch wenn die altersbedingte Fluktuation im Fahrdienst im Jahr 2024 im Vergleich zu den Vorjahren eher moderat war, so blieb dennoch die Notwendigkeit erhalten, verstärkt Mitarbeiter für den Fahrdienst einzustellen. Die Trends zu Arbeitszeitreduzierung und zur Eigenkündigung haben sich gegenüber den Vorjahren nochmals verstärkt. Mitarbeiter stellen für sich fest, dass die Arbeitsbedingungen im Schichtbetrieb nicht oder nur eingeschränkt zu ihren Vorstellungen passen. Für die kommenden Jahre geht die ASEAG davon aus, dass dieser Trend bestehen bleiben wird. Aus diesem Grund hat die ASEAG ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer nochmals intensiviert, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig den stetig steigenden Bedarf (bestellte Mehrleistungen aber auch Produktivitätseinbußen aufgrund von Krankheit oder Arbeitszeitreduzierungen) abzudecken. Dennoch ist es im Geschäftsjahr 2024 nicht gelungen, die Kapazitätsreduzierungen durch Abgänge oder Arbeitszeitreduzierungen durch Neueinstellungen vollumfänglich zu kompensieren.

Vor diesem Hintergrund hat die ASEAG auch im Geschäftsjahr 2024 weitere Leistungen an Auftragsunternehmer vergeben. All dies reichte jedoch nicht aus, um die Leistung auf dem gewünschten Qualitätsniveau zu erbringen. Fahrtausfälle begleiteten die ASEAG leider im gesamten Geschäftsjahr 2024. Neben Einstellungen von Personal und der Vergabe an Subunternehmer hat die ASEAG das Projekt ASEAG & DU fit für 2027 ins Leben gerufen. Ziel ist es unter anderem, gegebenenfalls bestehende betriebliche Schwächen zu erkennen und zu beseitigen. Auch wenn in einzelnen Projekten Abläufe angepasst wurden und Verbesserungen erzielt werden konnten, so wirken diese bisher lediglich intern. Direkte Auswirkungen für den Kunden sind leider bisher kaum sichtbar, da die hohen Krankenstände insbesondere im Fahrdienst leider weiterhin fortbestehen und die daraus resultierenden Fahrtenausfälle ein berechtigtes Kernproblem der Kunden sind. Im Bereich der Leistungserbringung wieder die Betriebsstabilität zu erreichen, die der Kunde von der ASEAG gewohnt ist, bleibt damit eine der wesentlichen Aufgaben im Jahr 2025.

Die ASEAG stellt sich natürlich auch in anderen Funktionsbereichen als dem Fahrdienst, insbesondere in den Planungs- und IT-Bereichen, für die Zukunft auf. Einzelne Stellen sind hier noch zu besetzen oder entstehen im Zuge eines sich verändernden Marktumfeldes. Bezogen auf die Gesamtmitarbeiterzahl ist dieser Personalbereich im Vergleich zum Betriebspersonal jedoch von untergeordneter Bedeutung. Die Personalbeschaffung und -entwicklung bleibt auch in den kommenden Jahren eine anspruchsvolle Aufgabe, weshalb die E.V.A. als zentraler Dienstleister seine Rekrutierungsbemühungen weiter fortsetzen wird und speziell für die ASEAG den Bereich Personalentwicklung verstärkt hat. Aufgrund der Schwierigkeit, gutes akademisches Personal für die Verkehrsbetriebe zu interessieren, bemüht sich die ASEAG, weiterhin Studierende frühzeitig an die Themen der Verkehrsbranche heranzuführen. Hierbei setzt sie insbesondere auf studentische Jobangebote, die Betreuung von Bachelor-/Masterarbeiten, Teilnahme an Karrieremessen sowie auf das Angebot dualer Studiengänge. Für 2025 plant die ASEAG insgesamt mit einem Personalbestand von ca. 562 Mitarbeiteräquivalenten. Dies ist gegenüber 2024 lediglich eine geringe Zunahme.

Bei den Personalkosten besteht für die Zukunft eine relativ hohe Unsicherheit, nachdem zum Beginn des Geschäftsjahres 2024 bereits für Anpassungen im Manteltarifvertrag gestreikt wurde, stehen zum Beginn des Geschäftsjahres 2025 die nächsten Verhandlungen zum Lohntarif auf der Agenda. Die Gewerkschaft fordert dabei 8% Lohnerhöhung, mindestens jedoch 350 EUR monatlich. Letzteres wäre für viele Kollegen eine Erhöhung um mehr als 10 %, dies bei einer sich wieder beruhigenden Inflationsrate in Deutschland von durchschnittlich 2,2% (2024). Die Wirtschaftsplanung sieht für das Geschäftsjahr 2025 inklusive Altersvorsorge Personalkosten in Höhe von 38,3 Mio. EUR vor.

Bei den Partnerunternehmen der ASEAG, die gemeinsam die Busbetriebsleistung erstellen, setzt sich die Reduzierung des Kostenvorteils des privaten Tarifs gegenüber dem kommunalen Spartentarif durch hohe Tarifabschlüsse und sich verändernde sonstige Arbeitsbedingungen weiter fort. Aufgrund der bestehenden Preisgleitklauseln in den Verträgen mit den Partnerunternehmen kommt ab 2025 der hohe Tarifabschluss im NWO zum Jahresbeginn 2024 nun auch in den Kosten der ASEAG vollumfänglich an. Da die Tarifanpassungen zum 1. Januar 2025 bereits bekannt sind, könnte ein hoher Tarifabschluss im öffentlichen Dienst den Kostenvorteil der privaten Unternehmer wieder wachsen lassen. Losgelöst von der Vergütungsfrage bleibt als ein Wettbewerbsvorteil der privaten Partnerunternehmen ein deutlich geringerer Krankenstand, der leider auch im Geschäftsjahr 2024 bei der ASEAG unverändert hoch blieb. Inwieweit die bei der ASEAG ergriffenen Maßnahmen zur Senkung des Krankenstandes im Jahr 2025 Wirkung zeigen, bleibt abzuwarten. Zu guter Letzt bringt die Existenz unterschiedlicher Tarifverträge bisher auch mit sich, dass nicht von gemeinsamen Streikaktionen ausgegangen werden muss. Aufgrund der etwa 50-prozentigen Fremdvergabe bei der ASEAG kann so im Streikfall also auch etwa 50% der Leistung für den Kunden erbracht werden. Durch die zunehmende Nutzung der Apps der ASEAG (movA und naveo) können die Kunden deutlich besser über das verbliebene Fahrtenangebot informiert werden.

Ertragsseitig ist für das Geschäftsjahr 2025 weiterhin mit gesicherten Einnahmen zu rechnen, da die entsprechenden Regelungen zum Mindererlösausgleich für das Deutschlandticket auch für das Jahr 2025 fortgeschrieben wurden. Allerdings sind die Jahre ab 2026 als extrem unsicher anzusehen. Sollte das Deutschlandticket aufgrund entfallender Refinanzierung eingestellt werden, sind erheblich Verwerfungen zu erwarten, da durch das Deutschlandticket die Preiswahrnehmung der Kunden erheblich gestört wird. Eine einfache Rückkehr zum Produktsortiment wie vor dem Deutschlandticket erscheint unwahrscheinlich und dürfte in jedem Fall kurzfristig erhebliche Gegenreaktion der Kunden hervorrufen. Diese Einschätzung wird auch dadurch getragen, dass sich die Substitution des klassischen AVV-Tarifes im Jahr 2024 fortgesetzt hat und bereits die preisliche Anpassung des Deutschlandtickets Schule – Selbstzahler – zum Januar 2025 von 29 EUR/Monat auf 38 EUR/Monat zu entsprechenden Nachfragen geführt hat. Dies, obwohl das vergleichbare AVV-Tarifprodukt mit lediglich lokalem Geltungsbereich ähnlich viel kostet. Von dem Rückgang der Umsatzerlöse sind alle AVV-Produktsortimente betroffen. Je exakter das Deutschlandticket den Kundenwunsch trifft, umso stärker die Substitution. In logischer Konsequenz sind Zeitkartenprodukte wie Monatskarte und Abonnement besonders betroffen. Aber auch Einzelfahrscheine sind davon berührt. Mit jedem neuen Ticketangebot in der Kategorie Deutschlandticket beginnt die Substitution des vorherigen Produktes – zuletzt das Deutschland-Semesterticket.

Weiterhin optimistisch stimmt die ASEAG zurzeit, dass sich Unternehmen weiterhin mit den Thema Nachhaltigkeit und attraktiver Arbeitgeber beschäftigen. Die anfängliche Befürchtung der ASEAG, dass aufgrund des geringen Vorteils des Deutschlandticket Job-Ticket zum normalen Deutschlandticket der Kontakt zu den Unternehmen verloren geht, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Die Unternehmen sind überwiegend Kunden bei der ASEAG geblieben und Nutzen teilweise sogar die Möglichkeit der Kombination der alten Job-Ticket- Produkte mit dem Deutschlandticket. Insgesamt sind sogar viele Unternehmenskunden hinzugekommen, auch wenn die tatsächlichen Abnahmemengen dieser Kunden noch gering sind.

Für 2025 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von ca. 73,0 Mio. EUR aus. In die Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von ca. 5,75% zum 1. Januar 2025 eingeflossen. Verwerfungen zwischen Beförderungserlösen und Mindererlösausgleichen zum Deutschlandticket werden nicht differenziert geplant. Mit der Richtlinie zum Mindererlösausgleich 2025 zum Deutschlandticket sollten diese Ergebnisbeiträge als gesichert anzunehmen sein, auch wenn ein Teil als staatlicher Zuschuss gewährt wird. Die eigentliche Nachfrage der Beförderungsleistung durch den Kunden wird sich nach Einschätzung der ASEAG weniger dynamisch als in den Vorjahren entwickeln, da die Nachwirkungen der Corona-Pandemie kompensiert wurden und im Geschäftsjahr 2024 bereits ein erhebliches Fahrgastwachstum verzeichnet werden konnte. Preissteigerungen beim Deutschlandticket in Verbindung mit einem weiterhin erwarteten geringen Wirtschaftswachstum in Deutschland werden die Dynamik zum Erliegen bringen – von einem signifikanten Rückgang geht die ASEAG jedoch auch nicht aus.

Die neben den Beförderungserlösen ebenfalls wichtigen Erlöspositionen wie Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW), für Schwerbehinderte (§ 28 ff. SGB IX) und Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) werden in der Planung als konstant angesehen, doch auch hier herrscht weiterhin noch viel Unklarheit darüber, welchen Einfluss das Deutschlandticket auf diese Finanzierungskomponenten hat. Außer politischen Grundsatzaussagen, dass die Mittel im System ÖPNV bleiben sollen, liegen bisher keine belastbaren Aussagen vor. Für die Entwicklung der Dieselpreise sind abgeschlossene Preise aus Dieselswaps und die zum Planungszeitpunkt erzielten Dieselbeschaffungspreise für ungesicherte Mengen in die Planung eingeflossen. Da die ASEAG nach einem Pilottest im Jahr 2024 jedoch erwägt, im Jahr 2025 auf den in seiner Gesamtbilanz als nahezu CO2-frei angesehenen synthetischen Kraftstoff HVO100 umzustellen, hat die ASEAG vorerst den Erwerb weiterer Dieselswaps ausgesetzt und prüft den Einsatz alternativer Finanzprodukte zur Absicherung der Planung.

Nachdem im Laufe des Geschäftsjahres 2023 die Zählsysteme in den Fahrzeugen darauf hinwiesen, dass das Fahrgastanzahlniveau von 2019 wieder erreicht wurde, zeigt die Hochrechnung für das gesamte Jahr 2024 einen neuen Rekord bei der Anzahl der Fahrgäste. Allerdings ist dabei darauf hinzuweisen, dass die Ermittlungsmethode für die Anzahl der Fahrgäste sich im Jahr 2024 gegenüber den Vorjahren ändert. Das bisherige Verfahren zur Ermittlung der Fahrgastanzahl (Fahrkartentyp x spezifischer Fahrtenhäufigkeit für diesen Fahrkartentyp) erscheint aufgrund diverser Veränderungen (Homeoffice, Deutschlandticket u. ä.) nicht mehr zeitgemäß, zumal durch eine hohe Anzahl von Fahrzeugen mit Zählgeräten auch eine qualifizierte Hochrechnung aufgrund der einzelnen Zählergebnisse möglich ist.

Insgesamt wurden auf Basis der Hochrechnung 75,3 Mio. Fahrgäste befördert (Hochrechnung Geschäftsjahr 2023: 69,7 Mio.). Dies würde bedeuten, dass das 2019-er Niveau deutlich überschritten wurde.

Nachdem auch im Jahr 2024, insbesondere aufgrund aperiodischer Erträge und einer verminderten Leistungserbringung, das Ergebnis besser als das Planniveau ist, wird für das Geschäftsjahr 2025 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 44,8 Mio. EUR gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Das Niveau aus der letzten Mittelfristplanung wird dabei um etwa 3,4 Mio. EUR überschritten. Bereits beschlossene Maßnahmen zur Verkehrswende sollen durch direkte Zahlungen der Stadt Aachen finanziert werden. Diese fließen der ASEAG als sogenannter vorweggenommener Ergebnisausgleich zu. Um die Kreditfinanzierung anderer Konzerngesellschaften im E.V.A.-Konzern nicht zu gefährden, wurde dieses Vorgehen mit der Stadt Aachen abgestimmt. Auf das Ergebnis wirken sich dabei insbesondere Personal-, Treibstoff- und Subunternehmerkosten sowie höhere Abschreibungen durch moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung des hohen technischen Stands der Busflotte zuerst massiv in Busse der Abgasnorm Euro 6 und inzwischen bereits in 27 Elektrobusse investiert. Weitere 33 Elektrobusse werden jetzt mit Lieferverzug voraussichtlich zum Ende des ersten Halbjahr 2025 geliefert bzw. nochmals 32 Elektrobusse sind für Anfang 2026 bestellt worden.

Bei der Tochtergesellschaft der ASEAG, der Aachener Parkhaus GmbH, besteht aufgrund des überplanmäßigen Jahresergebnisses von 1.703 TEUR und einer Planung, die den Buchwert der Beteiligung bestätigt, zurzeit kein Abwertungsbedarf. Die Situation ist jedoch vor dem Hintergrund erheblicher Sanierungsbedarfe weiterhin kritisch zu beobachten. Im Hinblick auf die Parkhausnutzung kann generell davon ausgegangen werden, dass die Frequentierung noch hinter dem Niveau der vor Corona-Zeit zurückbleibt. Dies ist in Teilen sicher auch auf die Brückensperrung der A544 zurückzuführen. Da die Wirtschaftsplanung der APAG von einer länger anhaltenden Belastung durch Instandhaltungsmaßnahmen ausgeht, wird nach den Vorjahren zur Stärkung der Eigenkapitalquote und zur Finanzierung anstehender Sanierungsinvestitionen das Ergebnis erneut in die Gewinnrücklage der APAG eingestellt. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG eine weiterhin hohe finanzielle Belastung durch Sanierungen, sodass bis 2027 von einem Ergebnis von max. 1,4 Mio. EUR ausgegangen wird, bevor dann ab 2028 wieder Ergebnisse von über 2 Mio. EUR erwartet werden. Ursächlich hierfür ist unter anderem die noch ausstehende Sanierung des Parkhauses Rathaus, welches erst im Jahr 2026 nach einer längeren Schließung schrittweise wieder in Betrieb genommen wird. Zur Kompensation der steigenden Kosten sieht die Planung der APAG dabei regelmäßige Erhöhungen der Parkgebühren, insbesondere in den innerstädtischen Parkobjekten vor, der idealerweise eine Erhöhung der Parkgebühren am Straßenrand seitens der Stadt Aachen vorangehen.

Die positive Entwicklung im digitalen Vertrieb über die Mobilitätsplattform movA und seit Mitte 2022 über die ÖPNV-App naveo – eine Gemeinschaftslösung aller Verkehrsunternehmen im AVV zusammen mit dem AVV - hat sich auch im Geschäftsjahr 2024 fortgesetzt. Hierzu beigetragen hat auch das Deutschlandticket, da nunmehr auch höherpreisige Tickets über die Apps verkauft bzw. ausgegeben werden. Auch wenn durch das Deutschlandticket der digitale Verkauf von Einzelfahrscheinen u. ä. insgesamt zurückgegangen ist, so konnte der monatliche Umsatz auf diesen Vertriebswegen in diesem Produktsegment wieder deutlich gesteigert werden, auch wenn die Zahlen aus der Zeit vor dem Deutschlandticket nicht wieder erreicht werden. Ziel ist es weiterhin, diesen Vertriebsweg weiter auszubauen, da dieser bei entsprechender Nutzung nicht nur kosteneffizienter ist als die Chipkarte oder das Papierticket, sondern auch deutlich nachhaltiger. Mit diesem Ziel befindet sich die Strategie der ASEAG weiterhin im Einklang mit den Zielen der politischen Vertreter in Bund und Land. Insbesondere die Nutzung des eezy-Tarifes soll im Jahr 2025 weiter vorangetrieben werden und den Studierenden der Aachner Hochschulen soll die Nutzung der App als Trägermedium ihres Studententickets nahegelegt werden. Darüber hinaus bietet die movA-App als digitales Vertriebsmedium auch Unternehmen die Möglichkeit, ihr betriebliches Mobilitätsmanagement zu unterstützen bzw. auszuweiten. Auch wenn zurzeit die hohe Präsenz des Deutschlandtickets die Vorteile eines ganzheitlichen, betrieblichen Mobilitätsmanagements noch überlagert, ist die ASEAG weiterhin der Meinung, dass diese Form der Unterstützung von Mobilität durch die Arbeitgeber in der Zukunft stark an Bedeutung gewinnen wird.

Die IT-seitige Weiterentwicklung der movA App und die Realisierung der engen technologischen Verbindung der Hintergrundsysteme der movA- und naveo-App werden durch die gemeinsam mit der regio IT im Jahr 2019 gegründete Better Mobility GmbH umgesetzt. Diese Gesellschaft bietet ihre technischen Lösungen auch außerhalb der StädteRegion Aachen, insbesondere anderen Verkehrsbetrieben, zur Nutzung an. Insgesamt kommt die Technologie der Better Mobility neben Aachen in Düsseldorf, Ravensburg und Coesfeld zum Einsatz. Vor dem Hintergrund eines hohen Wettbewerbs und zu erwartender abnehmender Projekttätigkeit aufgrund insgesamt knapper werdender finanzieller Möglichkeiten von Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen gilt es zu bestehen. Umso wichtiger ist es, bei den Projekten

platziert zu sein, bei denen ein weiterer Ausbau der Plattform zu erwarten ist, da hier bereits mehrere Geldgeber ihre Interessen bündeln und diese ggf. weitere Partner im Zuge der Erschließung von Synergiepotentialen akquirieren, die es zu integrieren gilt. Dies könnte sowohl für die multimodale Datendrehscheibe NRW als auch für das naveo-System im AVV gelten. Zusätzlich zu den bisherigen Produktangeboten arbeitet die Better Mobility auch an weiteren Service-Lösungen für den ÖPNV, mit denen zusätzliche Umsatzpotenziale erschlossen werden sollen. Dass der Weg zu mehr Digitalisierung wohl nicht mehr rückgängig zu machen sein wird, spiegelt sich auch darin wider, dass der VRR mit seiner Tarifreform zum 1. März 2025 den in 2024 erfolgten Grundsatzbeschlüssen nun auch Taten folgen lässt. Durch die Tarifreform wird auf vielen Relationen das digitale Angebot des eezy-Tarifes bei den Gelegenheitskunden das mit Abstand attraktivste Angebot darstellen. Wer konventionell ein Ticket erwirbt, wird tendenziell deutlich mehr bezahlen. Der VRR setzt damit eine Strategie um, die nicht nur im ÖPNV bereits bekannt ist, um einen Vertriebsweg zu fördern, sondern auch aus anderen Branchen (z.B. Preisdifferenzierung zwischen Online-Zeitungen und Ausgabe auf Papier). Da die ASEAG diese Entwicklungen mitgehen möchte, sieht sie sich mit ihren Apps und der im Jahr 2024 eingeführten Möglichkeit zum bargeldlosen Bezahlen auf den Fahrzeugen gut aufgestellt.

Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV mit möglichst geringen Zugangshemmnissen liegt auch weiterhin im Trend der Branche und wird politisch als ein Lösungsbaustein bei der Bewältigung von umweltpolitischen Fragestellungen angesehen. Wie in der Vergangenheit auch, verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und als zuverlässiger Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren und das Vertrauen, das die politischen Vertreter mit der Direktvergabe der Leistung der ASEAG entgegenbringen, weiterhin zu bestätigen.

Da leider im Geschäftsjahr 2024 die gewünschte Betriebsstabilität seitens der ASEAG nicht erbracht werden konnte, wurden weitere Leistungen an Partnerunternehmen vergeben. In dem aktuellen Umfang entspricht dies nicht der grundsätzlichen Zielsetzung der ASEAG, weshalb mittelfristig wieder eine Erhöhung der Eigenerbringungsquote angestrebt wird. Das nach der Pandemie zu verzeichnende Wachstum in der Kundennachfrage im ÖPNV, die statistisch in 2024 einen neuen Rekord erreicht hat, wird sich ohne Investitionen in die Infrastruktur durch die Aufgabenträger so im Geschäftsjahr 2025 und den Folgejahren nicht fortsetzen lassen. Die ASEAG geht von einem stabilen Plateau gegebenenfalls von einem leichten Wachstum aus. In die Wirtschaftsplanung sind diese Aspekte prinzipiell eingeflossen. Welche Effekte sich letztendlich einstellen werden, ist auch aufgrund der zurzeit noch anhaltenden großen Veränderungen und Unsicherheiten, die durch das Deutschlandticket ausgelöst wurden, zurzeit nicht abzuschätzen. Aktuell geht die ASEAG davon aus, dass zumindest im Jahr 2025 jedweder Mindererlös durch die Förderung des Deutschlandtickets ausgeglichen wird, so dass hieraus kurzfristig keine negativen wirtschaftlichen Effekte erwartet werden.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die ASEAG bewegt sich mit ihren Geschäftsfeldern in einem zunehmend dynamischen Marktumfeld. Hiermit sind stets Chancen und Risiken verbunden, die frühzeitig identifiziert, analysiert, bewertet und dokumentiert werden müssen. Durch das Risikomanagement der ASEAG wird dies gewährleistet, so dass Maßnahmen zur Steuerung und Minimierung der Risiken ergriffen werden können. Im Risikomanagement wird zwischen externen Marktrisiken, operativen Betriebsrisiken und finanzwirtschaftlichen Risiken differenziert.

Insgesamt ist das Chancen- und Risikomanagement konsequent in die bestehenden Steuerungs- und Controlling-Prozesse integriert. Im Rahmen der Unternehmenssteuerung werden allgemeine Markt- und Erlösrisiken im Zuge der Überwachung der Entwicklung von Erlösen, Mengen und Kosten in der Planung, der Vorhersage für das Jahresendergebnis und im Berichtswesen erfasst und gesteuert. Zusätzlich ist ein Risikomanagementsystem im Sinne von § 91 Abs. 2 AktG auf der Ebene der Konzernmutter implementiert, in das die ASEAG integriert ist und dass alle weiteren Risiken erfasst. Berichte zum Risikomanagement erfolgen unmittelbar an den Vorstand.

Darüber hinaus fungieren die interne Revision und der Abschlussprüfer bei der Jahresabschlussprüfung als unabhängige Kontrollinstanzen. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten, die im Geschäftsjahr 2022 umfassend überarbeitet wurde. Diese sieht u. a. Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zur Antikorruption, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2024 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der halbjährlichen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert, bewertet und dokumentiert, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit.

Während der Corona-Pandemie war als neues Risiko das Risiko einer Pandemie hinzugekommen. Obwohl das Ereignis „Corona-Pandemie“ länger als ursprünglich erwartet anhielt, zielt das im Risikomanagement abgebildete Risiko nicht auf die Wiederholung eines solchen Ereignisses in den nächsten Jahren ab. Die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der inzwischen als beendet erklärten Corona-Pandemie wird als gering eingestuft. Dennoch zeigte sich während der Corona-Pandemie, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind, auch wenn diese im Wesentlichen durch staatliche Zuschüsse aufgefangen wurden.

Mit dem Deutschlandticket wurden im Geschäftsjahr 2023 die Zuschüsse, die die Folgen der Pandemie auffangen sollten, durch Zuschüsse ersetzt, die die wirtschaftlichen Auswirkungen des neuen Ticketangebots kompensieren. Trotz der fortbestehenden Unsicherheit bei der langfristigen Finanzierung des Deutschlandtickets darf für das Geschäftsjahr 2025 von einem gesicherten Ausgleich ausgegangen werden. Für die Folgejahre bleibt die Finanzierungsunsicherheit jedoch weiterhin bestehen. Nachfrageseitig hat sich der ÖPNV-Markt gerade im städtischen Raum sicherlich schneller als allgemein erwartet wieder erholt. Bereits vor dem Start des Deutschlandtickets konnte die ASEAG in vielen Produktsegmenten bereits das Vor-Corona-Niveau wieder erreichen.

Das Deutschlandticket in Verbindung mit dem langfristigen Trend zur erhöhten ÖPNV-Nutzung hat nunmehr im Geschäftsjahr 2024 zu einem neuen Fahrgastrekord geführt, so dass die Fahrzeugauslastung nun über dem Niveau vom Jahr 2019 liegt (+5,5%). Dies allerdings zu deutlich reduzierten Beförderungsentgelten und letztendlich auf einem Niveau, das in etwa dem entspricht, welches sich ergeben hätte, wenn sich das auch in der Richtlinie zum Mindererlösausgleichs zum Deutschlandticket herangezogene Marktwachstum von 1,3% p.a., seit dem Jahr 2019 fortgesetzt hätte. Letztendlich können die unterschiedlichen Faktoren, die auf die Fahrgastzahl einwirken, nicht für sich bewertet werden, weshalb das Ergebnis im Vordergrund stehen sollte. Dies zeigt, dass der Trend zu einer umweltfreundlichen Mobilität im Grundsatz fortbesteht. Bremsend werden sich aber zukünftig die anhaltende Personalknappheit und zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten auswirken. Gerade aus Personalknappheit resultierende Fahrtausfälle könnten zur Unzufriedenheit der Kunden führen, die dann für längere Zeit dem System ÖPNV verloren gehen.

Aus Sicht der ASEAG bestehen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts weiterhin erhebliche Zweifel, ob die Finanzierung der Ertragsausfälle nachhaltig gesichert ist. Die politische Diskussion zur weiteren Finanzierung hat nach Auffassung der ASEAG offenbart, dass insbesondere der Bund kein Interesse an einer langfristigen Finanzierung hat, sondern in seinen Mitteln eine Anschubfinanzierung sieht. Ohne eine nachhaltige Beteiligung des Bundes dürfte eine dauerhafte Finanzierung jedoch kaum möglich sein. Die Gespräche unter anderem zum Semesterticket und nach der ersten Preiserhöhung zum Januar 2025 bestätigen bereits, dass sich die Preissensibilität verschoben hat und Zahlungsbereitschaften der Kunden vor dem Hintergrund der staatlichen Subventionierung des Deutschlandtickets abnehmen. Sollte die Finanzierung des Deutschlandtickets durch Bund und Land nicht nachhaltig gesichert werden können, wird der Weg zurück zu einer höheren Nutzerfinanzierung nach Einschätzung der ASEAG extrem schwierig. Statt politisch gewünschter Leistungsausweitungen könnten dann Leistungsminderungen wegen fehlender Finanzierbarkeit die Folge sein.

Aktuelle Zinsprognosen sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung eingeflossen. Dabei wird aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung davon ausgegangen, dass die Zinseffekte auf die Pensionsrückstellungen gegenüber den vorherigen Jahren deutlich rückläufig sein werden, auch wenn das Zinsniveau im Geschäftsjahr 2024 wieder rückläufig war. Bei den Bewertungen der Pensionsrückstelllungen wurde weiterhin die im 1. Quartal 2016 eingetretene Umstellung zur Ermittlung des Abzinsungssatzes vom 7-Jahres-Durchschnitt auf einen 10-Jahres-Durchschnitt in der Zinsprognose berücksichtigt. Obwohl diese Planungsprämissen in der Mittelfristplanung gewürdigt wurden, kann es in den Folgejahren dennoch durch sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Tarifabschlüsse) weiterhin zu erheblichen Belastungen des Ergebnisses durch Anpassungen der Pensionsrückstellungen kommen. Eine diesbezügliche bilanzielle Vorsorge ist handelsrechtlich nicht möglich, wurde jedoch nach aktuellem Kenntnisstand (Zinsprognosen) in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Im Hinblick auf den nach Art. 67 (1) Satz 1 EGHGB (BilMoG) über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu bildenden Rückstellungsanteil, der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen im Jahr 2010 ergeben hatte, besteht kein Risiko mehr, da dieser Zuführungsprozess im Jahr 2017 vorzeitig abgeschlossen wurde. Auch wenn wieder steigende Zinsen für die Bewertung der Pensionsrückstellungen den Aufwand für die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in der GuV reduzieren, so führen sie gleichzeitig dazu, dass die fälligen Rentenzahlungen die Liquidität der ASEAG zukünftig belasten, da über den Ergebnisabführungsvertrag mit der E.V.A. nicht im gleichem Umfang Liquidität zufließt. Dies gilt es bei zukünftigen Finanzierungen zu berücksichtigen, weshalb der Aufsichtsrat der ASEAG im Jahr 2024 dem Vorschlag des Vorstandes zugestimmt hat, dass zukünftig das Anlagevermögen verstärkt durch Drittmittel von Banken finanziert werden soll. Um insgesamt die Abhängigkeit von der Zinsentwicklung der

Pensionsrückstellungen zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Die Durchführung durch die Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH, Aachen, (AKREKA) ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch die zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe dadurch beeinflusst wird. Zum Bilanzstichtag waren 282 Mitarbeiter diesem Durchführungsweg der Altersvorsorge zugeordnet.

Der Bestandsschutz für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen besteht durch die bis einschließlich 2027 laufende Direktvergabe nach EU-VO1370/2007 der Stadt Aachen an die ASEAG, die auch die Leistungen der StädteRegion Aachen beinhaltet. Dies ändert sich aufgrund des Bestandsschutzes auch nicht dadurch, dass nach aktueller Rechtsprechung eine Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB einschlägig gewesen wäre. Eine gegebenenfalls stattfindende anschließende Betrauung ab 2028 müsste jedoch auf der Rechtsgrundlage des § 108 GWB erfolgen. Die Erfüllung dieser gesetzlichen Anforderungen wurde bereits bei der aktuell laufenden Betrauung parallel geprüft, sodass auch bei veränderter Rechtsgrundlage zurzeit kein Risiko bestehen sollte, sofern der politische Wille gegeben ist. Zusätzlich haben die Aufgabenträger bereits mit den Vorbereitungen für eine mögliche Anschlussbetrauung begonnen. Im Rahmen dieser Vorbereitungen werden die damaligen Aussagen zur Inhouse-Fähigkeit der ASEAG nochmals überprüft.

Bei den Subunternehmern besteht tendenziell das Risiko, dass durch überdurchschnittliche Vergütungsabschlüsse ein Produktionsvorteil der Partnerunternehmen schwindet. Der Tarifvertragspartner des Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. (NWO) ist nunmehr die Gewerkschaft ver.di, die auch ein wesentlicher Tarifvertragspartner im öffentlichen Dienst ist. Dass eine Harmonisierung der Vergütung zwischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und den bei privaten Unternehmen sicherlich ein tarifpolitisches Ziel der Gewerkschaft ist, liegt dabei auf der Hand. Der Tarifabschluss des NWO für das Jahr 2024 in Höhe von durchschnittlich 14,42 % fließt im Jahr 2025 über die Preisgleitklausel in die Verträge als Kostensteigerung ein. Der Abschluss für das Jahr 2025 ist wieder deutlich moderater und es gilt, die aktuell laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst abzuwarten, um hier eine weitere Tendenz zu erkennen. Da die Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst relativ hoch sind, könnte es sein, dass sich die Schere zwischen den Vergütungstarifen vorerst nicht weiter schließt. Im Hinblick auf die tarifpolitischen Entwicklungen bei der Tochtergesellschaft ESBUS, bei der im Jahr 2021 die Nahverkehrsgewerkschaft NahVG einen eigenständigen Tarifvertrag für ihre Beschäftigten gefordert hatte, bevor diese Gespräche ohne Ergebnis beendet wurden, ist weiterhin nichts Neues zu berichten. Die ASEAG geht daher davon aus, dass seitens der Gewerkschaften vor 2027 keine Forderungen mehr aufkommen werden, die über die im öffentlichen Dienst verhandelten und gegebenenfalls in die Haustarife des ASEAG-Teilkonzerns zu übertragenden Positionen hinausgehen. Wie sich das Tarifvertragswerk des ASEAG-Teilkonzerns, welches Ende 2027 ausläuft, dann langfristig entwickelt, bleibt abzuwarten. Auch die fortbestehenden Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung lassen das Risiko überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen weiterhin als hoch erscheinen. In der Wirtschaftsplanung wurde dieser Sachverhalt durch einen überdurchschnittlichen Kostenanstieg beim Einkauf der Subunternehmerleistung prinzipiell berücksichtigt.

Auch wenn es im Vorjahr zu einer Korrektur des Beteiligungswertes an der Aachener Parkhaus GmbH (APAG) gekommen ist und das Jahresergebnis 2024 sowie die Wirtschaftsplanung 2025 bis 2029 darauf hindeuten, dass sich das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes vorerst verringert hat, so gilt es, dieses Risiko weiterhin intensiv zu beobachten. Geplante Sanierungen und die umsatzseitige Abhängigkeit von der grundsätzlichen Entwicklung der Aachener Innenstadt bringen weiterhin Risiken mit sich, die für die weitere Entwicklung der APAG relevant sind. Um diesen Risiken Rechnung zu tragen, wurden im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2025 ff. Steigerungen der Parktarife und Maßnahmen zur Steigerung des Eigenkapitals der APAG berücksichtigt.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei stehen aktuell nicht mehr Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean-Vehicles-Richtlinie der EU und deren Umsetzung in nationales Recht dafür, dass weiterhin umweltpolitischer Druck auf der ASEAG lastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsausschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG zukünftig bei Ersatzbeschaffungen ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Auch wenn durch die Förderprogramme des Landes NRW und Zuflüsse durch die Gesellschafter/Aufgabenträger die nächsten 90 Elektrobusse als finanziert angesehen werden können, hat die ASEAG im Geschäftsjahr 2024 ergänzend mit der Drittfinanzierung der Busflotte durch Geschäftsbanken begonnen – Realisierung im Jahr 2025 erwartet. Ziel der Drittfinan-

zierung ist es, freie Liquidität zur Bedienung der mittelfristigen Pensionsverpflichtungen zu erhalten. Durch den im Geschäftsjahr 2024 erfolgten vollständigen Entfall der Förderprogramme für emissionsfreie Busse stellt die Finanzierung weiterer Busse langfristig ein erhebliches Risiko dar. Inwieweit hier durch Assets besicherte Drittmittel zum Einsatz kommen können, ist in den kommenden Jahren zu klären. Dabei ist zu beachten, dass nicht nur die ASEAG-Fahrzeuge langfristig emissionsfrei werden müssen, sondern auch die Fahrzeuge der Subunternehmer. Dies wird neben den wirtschaftlichen Aspekten auch viele technologische Fragestellungen mit sich bringen.

Die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln bleibt auch zukünftig ein wesentliches Risiko. Zuschüsse unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Die Zuschusssituation für die Beförderung von Schwerbehinderten scheint derzeitig auf niedrigem Niveau stabil. Die Zuschusssituation beim Mobil-Ticket hat sich gegenüber den Vorjahren aufgrund der Stabilisierung der Verkaufszahlen ebenfalls gefestigt. Die Zuschüsse je Ticket sind aufgrund der politischen Komponente dieses Tickets (i. W. Empfänger von staatlichen Leistungen) preislich nur schwer zu entwickeln. Diese sind im Wesentlichen als zu gering anzusehen. Auch wenn das Deutschlandticket-Sozial eine wesentliche Größe im Segment der Produktpalette für Leistungsempfänger eingenommen hat, so zeigt sich doch, dass die vollständige Substitution der regionalen Tickets wohl nicht stattfinden wird. Die vor der Produkteinführung befürchteten Effekte – z.B. einer Verteilung der Zuschüsse auf eine deutlich erhöhte Nutzerzahl – sind bisher nicht eingetreten. Effekte aus einer veränderten Einnahmenaufteilung können noch nicht beurteilt werden, da es bisher keine Einnahmenaufteilung zum Deutschlandticket gibt bzw. entstehende Nachteile durch Mindererlösausgleiche kompensiert werden würden.

Insgesamt gilt weiterhin, dass das Deutschlandticket zu einer generellen Subventionierung des ÖPNV durch Bundes- und Landesmittel führt, die bei Entfall aufgrund ihres Gesamtvolumens durch kommunale Mittel der Aufgabenträger nicht kompensiert werden kann. Tarifpolitische Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse in der Region abzielen sind dadurch kaum noch realisierbar. Die bisher fehlende nachhaltige gesetzliche Verankerung vieler Ausgleichszahlungen hat zur Folge, dass die Mittel gegebenenfalls jährlich erneut im Rahmen der Haushaltsplanungen von Bund und Lande eingestellt werden müssen, wodurch das mit den Tarifprodukten einhergehende Leistungsversprechen der Verkehrsunternehmen gegebenenfalls kurzfristig zurückgenommen werden muss. Die weitere Entwicklung der ÖPNV-Finanzierung gilt es daher kritisch zu beobachten. Schon heute ist festzuhalten, dass die Abhängigkeit der ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen von Entscheidungen im Bund und Land erheblich zugenommen hat.

Einnahmenseitig besteht grundsätzlich das Risiko, dass sich das Kundenverhalten ändert und beispielsweise Kunden mit einer netzweitgültigen Fahrkarte mehr als bisher das vorhandene Leistungsangebot anderer Verkehrsunternehmen im AVV nutzen. Dieses Risiko wurde durch die Thematik Deutschlandticket mit seinen weiterhin nicht abschließend geklärten Regeln zur Einnahmenaufteilung nochmals deutlich verstärkt. Hinzu kommt, dass die ASEAG faktisch keinen Einfluss auf ein zukünftiges Verfahren zur Einnahmenaufteilung des Deutschlandtickets hat. Dies ist signifikant anders als in dem bisherigen Einnahmenaufteilungsprozess, der durch den AVV-Verbundtarif und lokalen Beschlüssen dominiert wird. Für den Zeitraum einer Finanzierung der Mindererlöse aus dem Deutschlandticket durch Bund und Land, in dem nicht die eigentlichen Einnahmen aus Verkäufen an Kunden relevant sind, sondern eine Soll-Betrachtung auf Basis einer fiktiven Fortschreibung des Geschäftsjahres 2019, entfaltet das Risiko keine Wirkung. Sollte dieses Verfahren enden, ist das Risiko erheblich. Die Unsicherheit bei der Einnahmenaufteilung führt dazu, dass im AVV-Raum von der sonst im 5-jährigen Turnus üblichen Verkehrserhebung vorerst abgesehen wird.

Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko durch eine zunehmende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter bzw. hohen Krankenständen. Die fehlende Verfügbarkeit für den Einsatz im Fahrdienst verschärft die Problematik des Fachkräftemangels zusätzlich.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine operativen Risiken bekannt, die zu einer Gefährdung einzelner Betriebsbereiche oder des gesamten Unternehmens führen könnten. Nach Überprüfung der Risikosituation kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir ausreichend versichert sind und genügend bilanzielle Vorsorge getroffen haben.

Aufgrund der Betrauung bis 2027 durch die Stadt Aachen bzw. durch die StädteRegion Aachen ist der Fortbestand der ASEAG in Verbindung mit der Satzung des AVV gesichert. Derzeitig nutzen die beiden Aufgabenträger den Ergebnisabführungsvertrag zwischen E.V.A. und ASEAG, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sollte der Ausgleich gefährdet sein, ist die Geschäftsführung der E.V.A. gefordert, Maßnahmen zur Sicherstellung der Refinanzierung des ÖPNV einzuleiten. Vor diesem Hintergrund hatte sich die E.V.A. im Jahr 2016 mit der Stadt Aachen auf ein Finanzierungskonzept für die nächsten Jahre verständigt. Dieses wurde im Geschäftsjahr 2023 einvernehmlich für beendet erklärt, da sich die

wirtschaftliche Situation der E.V.A. wieder deutlich verbessert hat. Darüber hinaus führt die ASEAG Gespräche mit den Aufgabenträgern, um auch die finanziellen Herausforderungen rund um Technologiewandel, Infrastruktur und Verkehrswende gemeinsam zu meistern. Die Beschlussfassungen zu zukünftigen Nahverkehrsplänen werden im Jahr 2025 erwartete. Einige Leistungsausweitungen aus einem Grundsatzbeschluss der Stadt Aachen aus dem Jahr 2021 wurden umgesetzt und sind in die Haushaltsplanungen eingeflossen. Andere damals beschlossene Leistungsausweitungen werden nun vor dem Hintergrund knapper Personalressourcen und einer angespannten Haushaltslage zurückgestellt.

Insgesamt wird gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan mit einem negativen Planergebnis für 2025 vor Verlustübernahme i. H. v. 44,8 Mio. EUR gerechnet. Vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen ist dies sicher kritisch zu sehen. Jedoch führt die hohe Inflation des Jahres 2022 und 2023 dazu, dass ein Verlustniveau von über 40 Mio. EUR die neue Realität sein dürfte, sofern nicht wie in den Vorjahren außerplanmäßige Sondereffekte oder eine unfreiwillig reduzierte Leistungserbringung zur Ergebnisverbesserung beitragen.



Versorgung

3.4.3.1 enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Firmensitz:
Kaiserstraße 100
52134 Herzogenrath

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 971
Gründungsdatum: 02.06.1909
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 52,52% / 0,03% / 52,55%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

DORNBACH GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als kommunales Unternehmen stellt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Trinkwasser, Strom, Gas und Wärme sicher und erbringt Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung. Darüber hinaus investiert die enwor in Eigentum und Ausbau von Breitbandkabel, die an Telekommunikationsunternehmen vermietet werden und ist als Dienstleister für die Beteiligungsunternehmen tätig.

Kapital

Stammkapital	22.325.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
StädteRegion Aachen	11.724.300,00 €	52,52 %
Stadt Herzogenrath	5.860.300,00 €	26,25 %
Stadt Würselen	2.497.900,00 €	11,19 %
Stadt Übach-Palenberg	1.317.600,00 €	5,90 %
Stadt Alsdorf	550.250,00 €	2,46 %
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	319.700,00 €	1,43 %
Stadt Baesweiler	52.600,00 €	0,24 %

Beteiligungen		
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH	600.000,00 €	50,00 %
STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG	14.583.541,76 €	25,10 %

Verbundene Unternehmen

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH 50,00%	STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG 25,10%

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

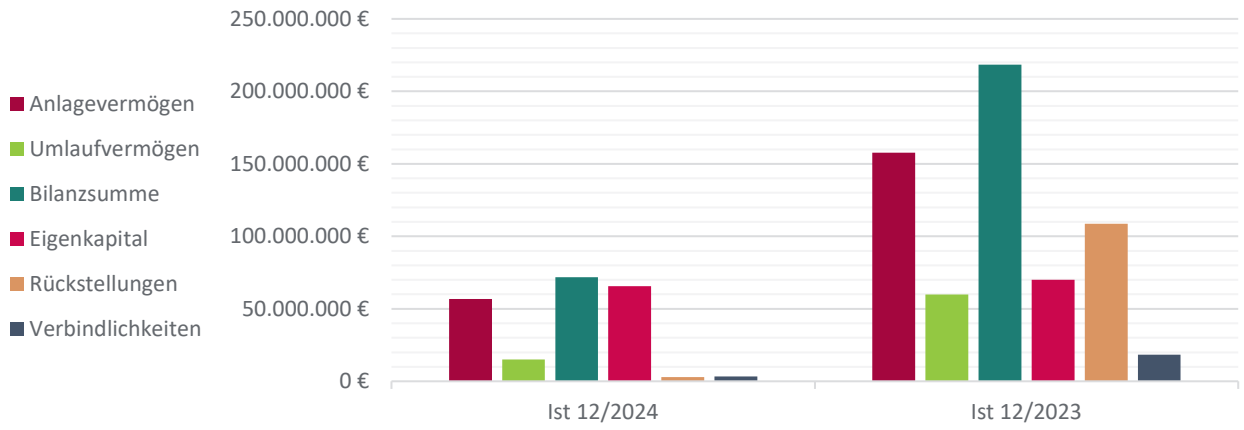


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	1.200,00	188.242.890,52	-188.241.690,52
Bestandsveränderungen	-	-7.723.408,89	7.723.408,89
Andere aktivierte Eigenleistungen	-	2.596.613,00	-2.596.613,00
Sonstige betriebliche Erträge	1.093,17	3.785.244,33	-3.784.151,16
Gesamtleistung	2.293,17	186.901.338,96	-186.899.045,79
Materialaufwand	-	115.313.598,10	-115.313.598,10
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	108.393.004,74	-108.393.004,74
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	6.920.593,36	-6.920.593,36
Rohergebnis	2.293,17	71.587.740,86	-71.585.447,69
Personalaufwand	156.919,09	27.466.800,49	-27.309.881,40
dar.: Löhne und Gehälter	23.134,44	21.303.232,03	-21.280.097,59
dar.: soziale Abgaben	4.388,65	3.932.502,39	-3.928.113,74
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	129.396,00	2.231.066,07	-2.101.670,07
Sonstige betriebliche Aufwendungen	163.488,86	11.332.130,79	-11.168.641,93
EBITDA	-318.114,78	32.788.809,58	-33.106.924,36
Abschreibungen	1.413,80	8.610.915,00	-8.609.501,20
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	1.413,80	8.610.915,00	-8.609.501,20
EBIT	-319.528,58	24.177.894,58	-24.497.423,16
Erträge aus Beteiligungen	12.068.547,34	4.764.248,79	7.304.298,55
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	119.269,90	-119.269,90
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.109,35	1.703.693,29	-1.701.583,94

Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	-	5.495.024,00	-5.495.024,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	839,99	1.252.078,20	-1.251.238,21
EBT	11.750.288,12	24.018.004,36	-12.267.716,24
Steuern vom Einkommen und Ertrag	567.376,32	8.642.118,61	-8.074.742,29
Ergebnis nach Steuern	11.182.911,80	15.375.885,75	-4.192.973,95
Sonstige Steuern	-	-286.011,61	286.011,61
Jahresergebnis	11.182.911,80	15.661.897,36	-4.478.985,56

Bilanz

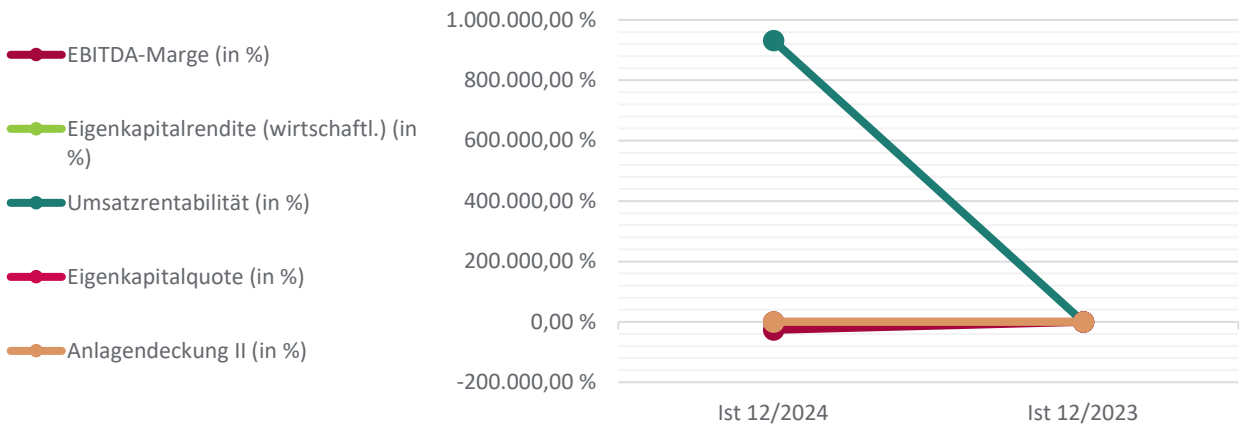


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	56.710.980,37	157.754.763,87	-101.043.783,50
Immaterielle Vermögensgegenstände	-	600.552,00	-600.552,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	-	600.552,00	-600.552,00
Sachanlagen	168.150,00	122.742.571,82	-122.574.421,82
Grundstücke und Gebäude	163.911,00	9.514.219,00	-9.350.308,00
Technische Anlagen und Maschinen	-	99.149.749,00	-99.149.749,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.239,00	4.139.869,00	-4.135.630,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-	9.938.734,82	-9.938.734,82
Finanzanlagen	56.542.830,37	34.411.640,05	22.131.190,32
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	25.000,00	-25.000,00
Beteiligungen	56.542.830,37	30.730.467,65	25.812.362,72
Sonstige Ausleihungen	-	3.656.172,40	-3.656.172,40
Umlaufvermögen	15.110.321,42	59.896.261,59	-44.785.940,17
Vorräte	-	7.500.942,93	-7.500.942,93
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	4.104.376,62	-4.104.376,62
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	-	3.396.566,31	-3.396.566,31
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.983.970,22	42.641.734,75	-28.657.764,53
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	54.862.247,91	-54.862.247,91

Forderungen gegen verbundene Unternehmen	-	11.828.883,50	-11.828.883,50
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	12.077.908,58	2.929.556,19	9.148.352,39
Forderungen gegen Gesellschafter	-	911.245,85	-911.245,85
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	1.906.061,64	20.545.944,31	-18.639.882,67
dar.: Übrige sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	-	-48.436.143,01	48.436.143,01
Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital	-	0,00	0,00
Kasse, Bankguthaben, Schecks	1.126.351,20	9.753.583,91	-8.627.232,71
Rechnungsabgrenzungsposten	-	704.603,54	-704.603,54
Bilanzsumme	71.821.301,79	218.355.629,00	-146.534.327,21
Passiva			
Eigenkapital	65.589.653,17	70.068.638,73	-4.478.985,56
Gezeichnetes Kapital	22.322.650,00	22.322.650,00	0,00
dar.: gezeichnetes Kapital (zum Nennwert)	22.325.000,00	22.325.000,00	0,00
dar.: erworbene eigene Anteile	-2.350,00	-2.350,00	0,00
Kapitalrücklage	8.508.107,57	8.508.107,57	0,00
Gewinnrücklagen	9.789.544,08	9.789.544,08	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	13.786.439,72	13.786.439,72	0,00
Jahresergebnis	11.182.911,80	15.661.897,36	-4.478.985,56
Sonderposten	-	21.302.755,00	-21.302.755,00
dar.: Sonderposten für Zuwendungen	-	21.302.755,00	-21.302.755,00
Rückstellungen	2.943.481,27	108.602.711,42	-105.659.230,15
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	130.206,00	86.514.087,39	-86.383.881,39
Steuerrückstellungen	5.548,00	2.218.209,42	-2.212.661,42
sonstige Rückstellungen	2.807.727,27	19.870.414,61	-17.062.687,34
Verbindlichkeiten	3.288.167,35	18.374.629,74	-15.086.462,39
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	-	1.471.175,00	-1.471.175,00
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-	354.437,46	-354.437,46
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	3.223.024,43	-3.223.024,43
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	-	12.562,00	-12.562,00
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	1.992.283,93	4.935.600,05	-2.943.316,12
Sonstige Verbindlichkeiten	1.295.883,42	8.377.830,80	-7.081.947,38
Rechnungsabgrenzungsposten	-	6.894,11	-6.894,11
Bilanzsumme	71.821.301,79	218.355.629,00	-146.534.327,21

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-26.509,6	17,4	-26.527,0
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	17,0	17,1	-0,1
Umsatzrentabilität (in %)	931.909,3	8,3	931.901,0
Eigenkapitalquote (in %)	91,3	32,1	59,2
Anlagendeckung II (in %)	115,9	112,8	3,1

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	2	294	-292
Verschuldungsgrad (in %)	9,5	181,2	-171,7

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Michael Frey (ab 25.10.2024)
Herr Stephan Nahrath (bis 24.10.2024)
Herr Prof. Dr. Dr. Axel Thomas (bis 24.10.2024)

Prokurist/-in

Herr Walter Dautzenberg (bis 24.10.2024)
Herr Stephan Hunze (bis 24.10.2024)

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Wolfgang Goebbels (SPD)	StädteRegion Aachen
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Georg Karl Helg (FDP)	StädteRegion Aachen

Städteregionstagsmitglied Herr Friedhelm Krämer (SPD)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Birgitt Lahaye-Reiß (CDU)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Kunibert Matheis (CDU)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Dr. Florian Moschel (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Maximilian Möhring (UPP)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Marie-Theres Sobczyk (CDU)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Ingrid von Morandell (GRÜNE)	StädteRegion Aachen

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Frau Marie-Theres Sobczyk (CDU)	StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 3 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 17,65 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Der gesamte Geschäftsbetrieb der enwor - energie & wasser vor ort GmbH ist im Jahr 2024 mit notariell beurkundetem „Beteiligungsvertrag zur Umsetzung des Zusammenschlusses“ vom 11. Dezember 2023 im Wege der Ausgliederung gemäß §123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG gegen Gewährung von Aktien an der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG übergegangen. Der Ausgliederungsstichtag war der 1. Januar 2024. Das Vollzugsdatum war der Tag der Eintragung der Ausgliederung im Handelsregister der Gesellschaft am 1. Oktober 2024.

Gegenstand des Unternehmens ist nach der o.g. Ausgliederung das Halten und Verwalten der Beteiligung an der STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG.

Die enwor - energie & wasser vor ort GmbH hält eine Beteiligung an der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG in Höhe von 25,10%.

Gesamt- und regionalwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2024 betrug das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands rund 4,31 Billionen Euro, nominal ist das BIP damit gegenüber 2023 gestiegen. Dies liegt allerdings in der Inflation begründet, preisbereinigt befindet sich die deutsche Wirtschaft weiterhin in einer Rezession, das reale Bruttoinlandsprodukt sank gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozent. Schon im Vorjahr ging die Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent zurück; dass die Wirtschaft in Deutschland zwei Jahre in Folge schrumpfte, kam zuletzt vor über 20 Jahren vor.

Die Probleme, mit denen die deutsche Wirtschaft kämpft, sind vielfältig. Deutschland ist als exportorientierte Volkswirtschaft besonders von der allgemeinen weltwirtschaftlichen Schwäche der letzten Jahre betroffen, welche unter anderem durch die Folgen des Krieges in der Ukraine und anderen geopolitischen Spannungen ausgelöst bzw. verstärkt wurden. Auch die Folgen der in den letzten beiden Jahren hohen Inflation belasten die deutsche Wirtschaft weiterhin. Zudem müssen die deutschen Unternehmen den Umbau hin zu einer CO2-neutralen Wirtschaft bewältigen und sich an die Folgen des demografischen Wandels anpassen.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2% gegenüber 2023 erhöht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, fiel die Inflationsrate im Jahr 2024 damit deutlich geringer aus als in den drei vorangegangenen Jahren. Im Jahresdurchschnitt hatte sie 2023 bei +5,9%, 2022 sogar bei +6,9% und 2021 bei +3,1% gelegen.

Regionalwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wachstumsrate der Wirtschaftsleistung von NRW wird 2025 nach Einschätzung der Landesregierung bzw. des von ihr beauftragen RWI-Wirtschaftsforschungsinstituts um 0,1% steigen. Die Wirtschaftsleistung in NRW ging im Jahr 2024 um 0,4% zurück. Nachdem die Wirtschaftsleistung in NRW insgesamt zwei Jahre in Folge gesunken ist, deutet sich dadurch eine allmähliche Stabilisierung an.

Die Arbeitslosigkeit ist zum Jahreswechsel 2024/2025 leicht gestiegen. Sie liegt in der StädteRegion Aachen mit 7,8% in etwa auf dem gleichen Niveau wie in NRW insgesamt. Die Lage innerhalb der StädteRegion ist uneinheitlich. Die niedrigste Quote weist der Bezirk Monschau mit 4,9% auf, die höchste Quote liegt in den Städten Aachen und Stolberg mit jeweils 8,2%. Der Kreis Düren rangiert mit 7,7% auf vergleichbarem Niveau wie die StädteRegion Aachen, wohingegen die Quote im Kreis Heinsberg mit 6,4% deutlich günstiger ausfällt.

Derzeit wird der regionale Arbeitsmarkt trotz vieler Herausforderungen für die Betriebe noch als robust eingeschätzt. Angesichts des Fachkräftemangels versuchen die Unternehmen auch bei „Auftragsdellen“ ihre Belegschaften weiter zu beschäftigen.

Die Unternehmen blicken insgesamt im IHK Bezirk Aachen pessimistisch in das Jahr 2025. Die Geschäftserwartungen sind trüb und bleiben negativ, zudem wird auch die aktuelle Geschäftslage zunehmend kritisch beurteilt - erstmals seit der Corona-Pandemie wieder mit einem negativen Saldo. Aufgrund der negativen Zukunftserwartungen ist nicht davon auszugehen, dass es zu einem spürbaren Anstieg der Mitarbeiterzahlen kommen wird.

Die weiterhin inflationsbedingt hohen Baukosten und die Bauzinsen belasten unverändert im Baugewerbe bzw. bei den Immobilieninvestoren die Entscheidungssituationen. Angesichts dessen sind die Renditeaussichten am Bau belastet und bremsen die Baukonjunktur - insbesondere den so dringend benötigten Wohnungsneubau. Lediglich der Tiefbau federt den Einbruch beim Bauvolumen ab.

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Als finanzielle Leistungsindikator nutzt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH das Ergebnis vor Steuern.

Zusammenfassend kann vorab festgestellt werden, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor im Geschäftsjahr 2024 jederzeit geordnet war.

Ertragslage

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2024 bildet nach der Ausgliederung des Geschäftsbetriebs zum 1. Januar 2024 erstmals ein Geschäftsjahr ab. Entsprechend sind die Vorjahreswerte des Geschäftsjahres 2023 nicht mehr den Werten des Geschäftsjahres 2024 vergleichbar.

Die enwor - energie & wasser vor ort GmbH selbst erzielte im Geschäftsjahr 2024 aufgrund der Ausgliederung des Geschäftsbetriebs keine wesentlichen Umsatzerlöse. Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Personalaufwendungen, Rechts- und Beratungskosten sowie Aufsichtsratvergütungen. Das Periodenergebnis vor Steuern beträgt EUR 11,75 Mio.

Die Personalaufwendungen betreffen Aufwendungen für insgesamt 2 Mitarbeiter in Höhe von T€ 156,92 im Geschäftsjahr 2024.

Die Abschreibungen betragen insgesamt T€ 1,4 für die Abnutzung von Büroequipment.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Geschäftsjahr 2024 T€ 163,49. Diese bestehen überwiegend aus Rechts- und Beratungskosten in Höhe von T€ 54,4, Aufsichtsratvergütungen in Höhe von T€ 54,5 sowie Buchführungskosten in Höhe von T€ 6,3.

Die Erträge aus der Beteiligung an der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG in Höhe von M€ 12,07 im Geschäftsjahr 2024 sind aufgrund der phasengleichen Erfassung der Gewinnausschüttung bzw. Ausgleichszahlung entstanden.

Das Jahresergebnis im Jahr 2024 zeigt einen Jahresüberschuss von M€ 11,18.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen der enwor – energie & wasser vor ort GmbH ist von T€ 157.755 im Vorjahr auf 56,7 Mio.€ im Geschäftsjahr 2024 zurückgegangen. Im Wesentlichen besteht dieses aus der Beteiligung an der STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG in Höhe von T€ 56.543. Daneben sind noch Grundstücke und Bauten in Höhe von T€ 164 bilanziert.

Das Umlaufvermögen besteht im Wesentlichen aus Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von insgesamt T€ 12.078. Im Zuge der Unternehmensausgliederung ist der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme auf 79% gestiegen.

Das Eigenkapital ist im Vergleich zum Vorjahr um T€ 4.479 auf nunmehr T€ 65.590 gesunken. Zum 31.12.2024 beträgt die Eigenkapitalquote damit 91,30%. Rückstellungen wurden für diejenigen Sachverhalte gebildet, aus denen sich für die enwor - energie & wasser vor ort GmbH noch zukünftige Verpflichtungen ergeben können. Diese betreffen im Wesentlichen Rückstellungen gegenüber der Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG T€ 2.768,7. Daneben bestehen noch Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von T€ 1.992 im Wesentlichen für Ansprüche der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG aus Umsatz und Körperschaftssteuervorauszahlungen für die enwor - energie & wasser vor ort GmbH sowie sonstige Verbindlichkeiten von T€ 1.296, darunter T€ 1.249 Geschäftsführergehälter.

Der Bestand an liquiden Mitteln ist im Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um T€ 8.627 auf T€ 1.126 gesunken.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Die Geschäftsführung erwartet, dass dies auch 2025 der Fall sein wird.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Seit dem Ausgliederungsstichtag mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2024 beschränkt sich der Geschäftsbetrieb der enwor – energie & wasser vor ort GmbH auf das Halten und Verwalten der Beteiligung an der STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen GmbH. Entsprechend leiten sich die Chancen und Risiken der enwor – energie & wasser vor ort GmbH aus dem wirtschaftlichen Verlauf sowie der strategischen und operativen Entwicklung der STAWAG – Stadt-

und Städteregionswerke Aachen AG. Bei der STAWAG- Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG wurden folgende wesentlichen branchenspezifischen Risiken und Chancen identifiziert:

- Besonders die Preisentwicklungen an den Energiemärkten haben sich weiter normalisiert. Die Großhandelspreise an den Beschaffungsmärkten sind im Jahresverlauf gesunken, liegen jedoch weiterhin oberhalb des Marktniveaus vor Beginn des Ukrainekrieges

- Im Jahr 2024 setzte die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Zinssenkungskurs fort und senkte den Leitzins in vier Schritten von 4,5% auf 3,15%. Dies hat entsprechend Einfluss auf die Bewertung von Rückstellungen.

- Die Energietransformation bleibt in Deutschland ein politisches und wirtschaftliches Kernthema. Der Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen, die Abkehr von fossilen Brennstoffen sowie neuer Technologien stellen bedeutende Investitionsfelder dar. Trotz langfristiger Chancen bestehen jedoch weiterhin Unsicherheiten in Bezug auf Umsetzungsgeschwindigkeit, regulatorische Rahmenbedingungen und Finanzierungsvolumen. Auch witterungsbedingte Absatzrisiken, die sich positiv wie negativ auswirken können, bleiben Teil des Geschäftsmodells. Preisvolatilitäten an den Beschaffungsmärkten bestehen fort, wenngleich mit abnehmender Tendenz. Gleichzeitig bleibt der Wettbewerbsdruck im Energiemarkt unverändert hoch. Kunden reagieren sensibel auf Preisveränderungen, insbesondere auf Erhöhungen, was das Risiko von Abwanderungen erhöht.

Durch den Zusammenschluss des Geschäftsbetriebs der enwor - energie & wasser vor ort GmbH mit der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG entsteht die Möglichkeit, dass strategische Wachstumspotenziale gehoben werden und der enwor - energie & wasser vor ort GmbH langfristige stabile Ergebnisbeiträge zufließen. Aus heutiger Sicht bestehen keine Risiken, die den Fortbestand der enwor - energie & wasser vor ort GmbH gefährden.

Für das Geschäftsjahr 2025 erwarten wir ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von M€ 11,05.

3.4.3.2 EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Firmensitz:
Willi-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 11501
Gründungsdatum: 10.10.1912
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Datum der aktuellen Satzung: 13.07.2017

Beteiligungsquoten
Nominal: 9,25% / - / 9,25%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Der Gegenstand des Unternehmens ist, in der StädteRegion Aachen und in benachbarten Gebieten in den Bereichen Strom, Gas und Wärme, erneuerbare Energien und innovative Energietechnologien, Wasser und Abwasser, Telekommunikation und öffentliche Straßenbeleuchtung sowie in sonstigen funktional vergleichbaren oder komplementären Geschäftsbereichen (Kernbereiche) (Dienst-) Leistungen jeglicher Art zu erbringen, Anlagen, Werke, Einrichtungen und dazugehörige Infrastruktur, einschließlich Versorgungsnetzen sowie Unternehmen zur Wassergewinnung und -versorgung, zu errichten, innezuhaben und betrieblich zu führen und Unternehmen zu gründen, zu pachten und zu verpachten sowie Unternehmen oder Beteiligungen zu erwerben und zu veräußern. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist ein modernes, zukunftsorientiertes Dienstleistungsunternehmen in den Bereichen Strom, Gas und Wärme, erneuerbare Energien und innovative Energietechnologien, Wasser und Abwasser, Telekommunikation und öffentliche Straßenbeleuchtung sowie in sonstigen funktional vergleichbaren oder komplementären Geschäftsbereichen (Kernbereiche), das sich insbesondere der Aufgabe stellt, die Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung eines möglichst großen Teils der StädteRegion Aachen sowie benachbarter Kommunen zusammenzuführen und für die von den Gebietskörperschaften benannten Wasserversorgungsunternehmen die Betriebsführung zu übernehmen. Sie lädt die Städte und Gemeinden, die heute ihre Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung noch anders geregelt haben, zum Beitritt ein.

Kapital

Stammkapital	18.151.450 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Westenergie GmbH	9.750.958,94 €	53,72 %
Kupferstadt Stolberg	2.592.027,06 €	14,28 %
Stadt Eschweiler	2.394.176,26 €	13,19 %
StädteRegion Aachen	1.679.009,13 €	9,25 %
Kreis Heinsberg	687.939,96 €	3,79 %
Stadt Alsdorf	395.701,61 €	2,18 %
Stadt Würselen	357.583,57 €	1,97 %
Stadt Baesweiler	181.514,50 €	1,00 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	105.278,41 €	0,58 %

Gemeinde Aldenhoven	907,57 €	0,00 %
Gemeinde Inden	907,57 €	0,00 %
Gemeinde Langerwehe	907,57 €	0,00 %
Gemeinde Niederzier	907,57 €	0,00 %
Gemeinde Roetgen	907,57 €	0,00 %
Gemeinde Simmerath	907,57 €	0,00 %
Stadt Linnich	907,57 €	0,00 %
Stadt Monschau	907,57 €	0,00 %

Beteiligungen

Wärmeversorgung Würselen GmbH	393.150,00 €	100,00 %
Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	13.796,49 €	55,10 %
Regionetz GmbH	492.000,00 €	49,20 %
Windpark Paffendorf GmbH & Co. KG	490,00 €	49,00 %
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	4.500,00 €	45,00 %
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	11.250,00 €	45,00 %
Green Solar Herzogenrath GmbH	1.260.000,00 €	45,00 %
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	244.750,00 €	39,16 %
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	249.000,00 €	24,90 %
Propan Rheingas GmbH & Co Kommanditgesellschaft	804.952,37 €	8,51 %
Propan Rheingas GmbH	4.025,00 DM	8,05 %
GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	1,00 €	6,58 %
GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH	2.001,64 €	6,58 %
RURENERGIE GmbH	25.000,00 €	5,00 %

Verbundene Unternehmen

Wärmeversorgung Würselen GmbH
100,00%

Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH
55,10%

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

Regionetz GmbH
49,20%

Windpark Paffendorf GmbH & Co. KG
49,00%

EWV Baesweiler GmbH & Co. KG
45,00%

EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH
45,00%

Green Solar Herzogenrath GmbH
45,00%

GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH
39,16%

Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH
24,90%

Propan Rheingas GmbH & Co Kommanditgesellschaft
8,51%

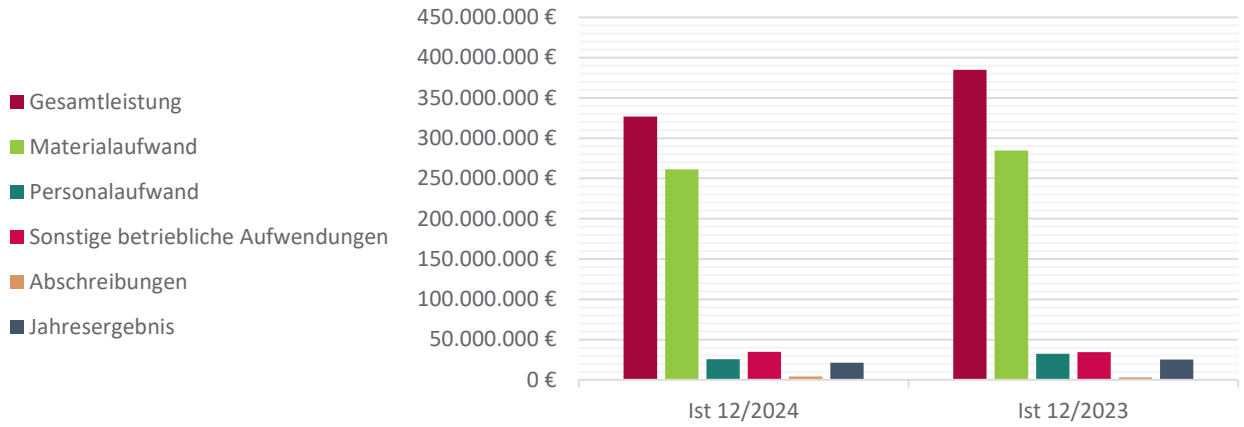
Propan Rheingas GmbH
8,05%

GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
6,58%

GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH 6,58%	RURENERGIE GmbH 5,00%

Finanzdaten

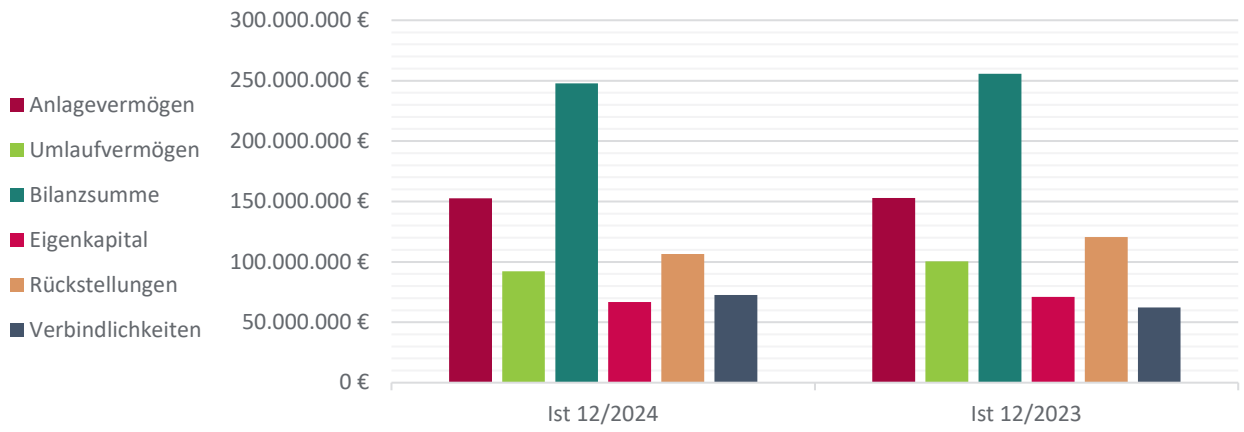
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	322.396.442	376.997.559	-54.601.117
Sonstige betriebliche Erträge	4.678.325	8.087.602	-3.409.277
Gesamtleistung	327.074.767	385.085.161	-58.010.394
Materialaufwand	261.431.722	284.781.231	-23.349.510
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	162.314.078	193.600.036	-31.285.957
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	99.117.643	91.181.195	7.936.448
Rohergebnis	65.643.046	100.303.930	-34.660.884
Personalaufwand	25.753.735	32.364.609	-6.610.874
dar.: Löhne und Gehälter	21.741.100	21.099.358	641.742
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	4.012.635	11.265.251	-7.252.616
Sonstige betriebliche Aufwendungen	34.909.295	34.392.411	516.884
EBITDA	4.980.016	33.546.910	-28.566.894
Abschreibungen	4.107.714	2.987.815	1.119.899
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	4.107.714	2.987.815	1.119.899
EBIT	872.302	30.559.095	-29.686.794
Erträge aus Beteiligungen	21.195.893	11.712.957	9.482.936
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	5.621	4.739	882
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	716.345	610.181	106.165
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	0	2.444.379	-2.444.379
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.381.328	1.214.875	166.453
EBT	21.408.833	39.227.718	-17.818.885
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-15.822	13.692.025	-13.707.847
Ergebnis nach Steuern	21.424.655	25.535.693	-4.111.038
Sonstige Steuern	251.576	233.638	17.938
Jahresergebnis	21.173.079	25.302.055	-4.128.976

Bilanz

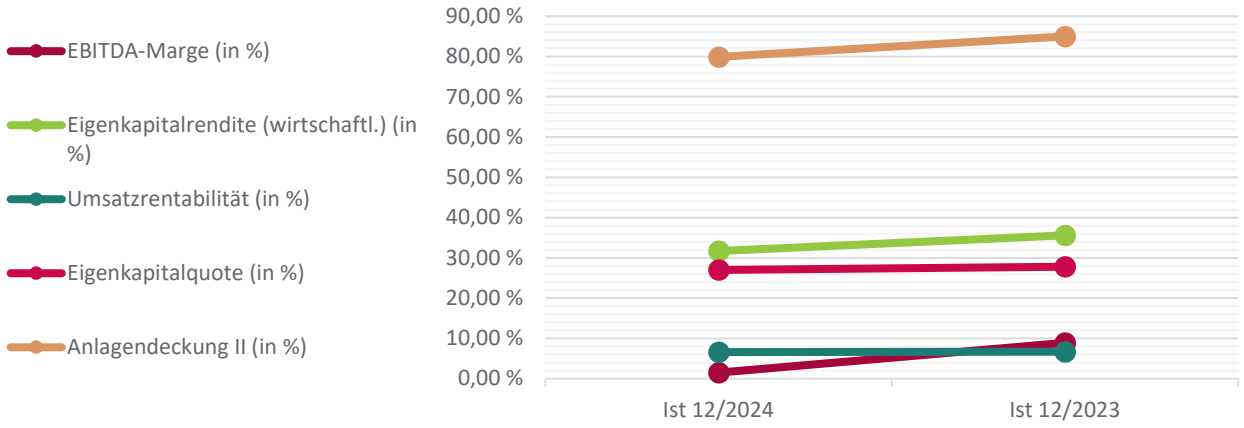


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	152.608.496	152.962.726	-354.229
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.139.246	1.512.941	-373.695
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	1.139.246	155.668	983.578
Geleistete Anzahlungen	0	1.357.273	-1.357.273
Sachanlagen	17.140.133	17.105.970	34.162
Grundstücke und Gebäude	1.571.199	1.538.272	32.927
Technische Anlagen und Maschinen	13.290.295	13.590.289	-299.994
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.860.694	1.442.998	417.695
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	417.944	534.410	-116.466
Finanzanlagen	134.329.118	134.343.814	-14.696
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.472.855	2.472.855	0
Beteiligungen	131.684.588	131.675.536	9.052
Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	80.500	80.500	0
Sonstige Ausleihungen	91.175	114.923	-23.748
Umlaufvermögen	92.202.820	100.315.061	-8.112.241
Vorräte	9.315.408	6.684.328	2.631.080
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	66.743.852	58.335.879	8.407.973
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	36.525.190	46.206.669	-9.681.479
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.812.280	-	1.812.280
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	13.631.974	7.521.922	6.110.052
Forderungen gegen Gesellschafter	123.247	899.437	-776.190
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	14.651.161	3.707.851	10.943.310
Kasse, Bankguthaben, Schecks	16.143.560	35.294.854	-19.151.294
Rechnungsabgrenzungsposten	3.007.287	2.291.303	715.984
Bilanzsumme	247.818.603	255.569.090	-7.750.487

Passiva			
Eigenkapital	66.883.696	71.010.618	-4.126.921
Gezeichnetes Kapital	18.151.450	18.151.450	0
Kapitalrücklage	7.045.124	7.045.124	0
Gewinnrücklagen	20.494.000	20.494.000	0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	20.044	17.989	2.055
Jahresergebnis	21.173.079	25.302.055	-4.128.976
Rückstellungen	106.394.773	120.535.836	-14.141.064
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	55.076.644	59.057.655	-3.981.011
Steuerrückstellungen	4.928.296	8.127.438	-3.199.142
sonstige Rückstellungen	46.389.832	53.350.743	-6.960.911
Verbindlichkeiten	72.495.832	62.334.033	10.161.799
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	30.212.208	32.031.902	-1.819.693
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.884.545	9.659.710	224.835
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	1.030	297.039	-296.010
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	2.532.286	1.140.555	1.391.731
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	8.853.201	6.904.567	1.948.634
Sonstige Verbindlichkeiten	21.012.562	12.300.260	8.712.302
Rechnungsabgrenzungsposten	2.044.301	1.688.603	355.698
Bilanzsumme	247.818.602	255.569.090	-7.750.488

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	1,5	8,9	-7,4
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	31,7	35,6	-3,9
Umsatzrentabilität (in %)	6,6	6,7	-0,1
Eigenkapitalquote (in %)	27,0	27,8	-0,8
Anlagendeckung II (in %)	79,9	85,0	-5,1

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	264	251	13
Verschuldungsgrad (in %)	267,5	257,5	9,9

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in
- Herr Nicolai Bedenbecker

Prokurist/-in
- Frau Claudia Patelczyk
- Herr Patrick Schnier

Aufsichtsrat

Mitglied
- Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen) — StädteRegion Aachen
- Städteregionstagsmitglied Herr Karl-Heinz Hermanns (CDU) — StädteRegion Aachen

Gesellschafterversammlung

Mitglied
- Frau Birgit Nolte — StädteRegion Aachen
  - *Stellvertretung*
    - Frau Annika Schmitz

Beirat

Mitglied
- Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen) — StädteRegion Aachen
- Städteregionstagsmitglied Herr Dr. Florian Moschel (GRÜNE) — StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 23 Mitgliedern 6 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 26,1 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Unternehmensgegenstand

Die „EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH“ (im Folgenden EWV) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt rund 147.000 Privathaushalte und Unternehmen in der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Trinkwasser und Energiedienstleistungen.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV steht u.a. als Grundversorger für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung. Als regionaler Energieversorger in der StädteRegion Aachen und in den Kreisen Düren und Heinsberg kennt die EWV die Bedürfnisse ihrer Kunden. Das Versorgungsangebot für Privatkunden, Industrie, Gewerbe, Handel und Kommune geht weit über die Belieferung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme hinaus, denn auch im Dienstleistungsbereich ist die EWV breit aufgestellt.

Den Transport der Energie im Rahmen der modernen und verlässlichen Energieversorgung sichert die Regionetz GmbH mit ihren circa 700 Mitarbeitern (inklusive der im Rahmen eines Betriebsübergangs von der enwor – energie & wasser vor ort GmbH zum 01. Oktober 2024 übernommen 146 Mitarbeitende). Die Regionetz GmbH kümmert sich um die Betreuung und den Ausbau der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmenetze und ist der größte Netzbetreiber in der Region. Die EWV ist zu 49,2% an der Regionetz GmbH beteiligt und für die kaufmännische Betriebsführung zuständig. Aus dieser Beteiligung erzielt die EWV-Erträge über den Ergebnisabführungsvertrag im Wege einer Ausgleichszahlung sowie über die Erbringung der kaufmännischen Dienstleistungen.

Die EWV ist ein wichtiger Partner für die Versorgung in der Region, sowohl in Form von Beteiligungen als auch Betriebsführungen. Neben den Sparten Strom und Gas ist sie auch im Wasser- und Wärmegeschäft sowie als Partner der Kommunen im Betrieb öffentlicher Beleuchtungsanlagen umfangreich tätig. Daneben baut die EWV konsequent ihr Portfolio entlang der Wertschöpfungsstufen hin zur Stromerzeugung aus. Dieser Ausbau erfolgt aber ausschließlich in Anlagen bzw. Gesellschaften im Rahmen von Erneuerbaren Energien.

Wirtschaftsbericht

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft

Im Jahr 2024 dauerten die geopolitischen und handelspolitischen Spannungen sowie die damit verbundenen Unsicherheiten für die Wirtschaft weltweit an und spiegelten sich in den Prognosen für das globale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wider, das gemäß OECD für das Jahr 2024 bei 3,2 Prozent und somit gleichauf zum Vorjahr lag. Trotz der eingangs erwähnten Herausforderungen ist das globale Wachstum stabil geblieben, während die Inflation weiter nachgelassen und sich der Welthandel etwas erholt hat.

Laut OECD ist die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2024 um 0,7 Prozent gewachsen (2023: 0,5 Prozent) und damit weniger als erwartet. Der Arbeitsmarkt zeigte sich robust und die Inflationsrate lag Ende 2024 bei 2,4 Prozent. Allerdings wirkte die restriktive Geldpolitik der letzten Jahre nach, auch wenn die EZB den Leitzins im Jahr 2024 drei Mal auf 3,0 Prozent zum Jahresende gesenkt hat.

Die EU-Kommission geht in ihrer Herbstprognose davon aus, dass die deutsche Wirtschaft das zweite Mal in Folge schrumpfen soll – nach 0,3 Prozent im Jahr 2023 nun 0,1 Prozent im Jahr 2024.

Gemäß OECD stagnierte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2024. Gründe hierfür sind die schwächelnde Industrie, hohe Unsicherheiten bei den Investitionen und restriktive Finanzierungsbedingungen sowie ein Rückgang des Exportgeschäfts mit China.

Die Inflationsrate lag Ende des Jahres bei 2,4 Prozent und damit 0,6 Prozentpunkte über dem im September prognostizierten Wert von 1,8 Prozent. Der Anstieg ist auf Preissteigerungen unter anderem bei Nahrungsmitteln und bei Dienstleistungen zurückzuführen.

Energiepolitisches Umfeld

International

Die Fragen, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden muss, prägte auch im Jahr 2024 weltweit die energiepolitische Debatte.

Auf der UN-Klimakonferenz COP29 im November 2024 in Baku, Aserbaidschan, haben sich Staats- und Regierungschefs von fast 200 Ländern getroffen und einen neuen Rahmen für die internationale Finanzierung von Klimaschutz und die Anpassung an die Klimafolgen beschlossen. Demnach soll der jährliche Beitrag in erster Linie der Industriestaaten bis 2035 auf mindestens 300 Milliarden Dollar erhöht werden. Nicht weiter vorangekommen ist man bezüglich neuer Beschlüsse zur Abkehr von fossilen Brennstoffen und zur Senkung des Treibhausgasausstoßes.

Europa

Die aktuelle energiepolitische Debatte in Europa und Deutschland ist stark von Fragen der Bezahlbarkeit geprägt. Die Finanzierung der Energiewende erfordert erhebliche Investitionen, deren Finanzierung jedoch nicht gesichert ist: Die öffentlichen Mittel reichen nicht aus und die Finanzkraft sowie die Verschuldungsfähigkeit der Energiewirtschaft sind unter den gegebenen Rahmenbedingungen begrenzt. Private Investitionen können mobilisiert werden, wenn Projekte wirtschaftlich tragfähig sind und die notwendigen Renditen erzielt werden können - dies gilt insbesondere für vorausschauende Investitionen in den Netzausbau und die Wasserstoffinfrastruktur. Daher muss der Zugang zu Kapital erleichtert werden, z. B. durch eine voll entwickelte Kapitalmarktunion.

Nach den Europawahlen im Juni 2024 und der Wiederwahl von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin verschieben sich daher auch die Prioritäten der EU in Richtung Wettbewerbsfähigkeit und Marktintegration. Ein Clean Industrial Deal soll hier zentrale Hebel ansetzen und dürfte stark durch Mario Draghis Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU geprägt sein, der dafür plädiert, Innovationslücken zu schließen, Energiekosten zu senken und die Versorgungssicherheit zu stärken. Draghis Empfehlungen umfassen die technologische Aufholjagd gegenüber den USA und China, eine Kombination aus Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie den Aufbau einer Kapitalmarktunion zur Nutzung privaten Kapitals.

Der von der Kommission im November 2023 vorgelegte EU Grid Action Plan (EU Grid Action Plan) ist ein umfassendes Maßnahmenpaket, um die Modernisierung und den Ausbau der europäischen Energieinfrastruktur voranzutreiben. Schwerpunkte des Plans sind die Finanzierung, die Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für den Ausbau der Stromnetze. Dies sind zentrale Punkte, um die Energiewende umzusetzen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit und Netzstabilität in Europa zu gewährleisten. Der EU-Energierat hat am 30. Mai 2024 zudem die Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung einer nachhaltigen Stromnetzinfrastruktur angenommen. Insbesondere fordert der Rat die Kommission auf, ein regulatorisches Umfeld zu fördern, das den Anforderungen der vereinbarten Dekarbonisierungsziele gerecht wird und gleichzeitig vorausschauende Investitionen erleichtert, und eine Umsetzungsagenda zu entwickeln, um die Mitgliedstaaten in enger Zusammenarbeit mit den Übertragungs- und Verteilernetzbetreibern bei der Beseitigung der Haupthindernisse für die effiziente Nutzung und den Ausbau der Strominfrastruktur zu unterstützen.

Zur Förderung des europäischen Wasserstoffhochlaufs hat die EU im Mai 2024 ein Maßnahmenpaket für Wasserstoff und den dekarbonisierten Gasmarkt verabschiedet. Übergeordnetes Ziel ist es, einen gemeinsamen Rahmen für die Dekarbonisierung des Gas- und Wasserstoffmarktes zu schaffen und den Rechtsrahmen an zukünftige gasförmige Energiemixe anzupassen, die weniger (fossiles) Erdgas und einen steigenden Anteil erneuerbarer und kohlenstoffarmer Gase enthalten. Das Paket sieht vor, dass die meisten Vorschriften, die für das bestehende Erdgasnetz gelten, für dekarbonisierte Gase weitgehend unverändert bleiben und für Wasserstoffnetze übernommen werden. Dies betrifft die eigentumsrechtliche Entflechtung der Übertragungsnetzbetreiber und die Entflechtung der regulierten Anlagen sowie den Zugang Dritter zu den Erdgas- und Wasserstoffnetzen, einschließlich Speicheranlagen und Terminals. Die Verordnung wurde von den Mitgliedsstaaten bis August 2024 umgesetzt.

Deutschland

Auf nationaler Ebene begann das Jahr 2024 mit dem Inkrafttreten des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) und des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), die im vergangenen Jahr verabschiedet wurden. Beide Gesetze sollen die Wärmewende in Deutschland vorantreiben. Das WPG regelt Einzelheiten zur verpflichtenden Einführung einer kommunalen Wärmeplanung ab 2026 beziehungsweise 2028 (für Kommunen < 100.000 Einwohner). Das GEG regelt Einzelheiten zur Umsetzung der Wärmewende für Eigentümer von Neubauten und Bestandsgebäuden. Die beiden Gesetze sind zwar inhaltlich miteinander verknüpft, die Konnektivität ist jedoch teilweise sehr komplex und inkonsistent. Zudem ist der Wärmeplan nach WPG nicht rechtsverbindlich: Die Zuordnung zu einem bestimmten Wärmenetzgebiet bedeutet keine Verpflichtung, eine bestimmte Art der Wärmeversorgung zu nutzen oder anzubieten. Damit fehlt derzeit praktisch allen Infrastrukturbetreibern die notwendige Planungssicherheit. Fehlende Planungssicherheit, auch aufgrund von Konzessionsverträgen, die enden können, bevor sich Investitionen amortisiert haben, kann zu einer Verzögerung von Dekarbonisierung-Maßnahmen führen.

Der massive Ausbau und die Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung sind für die Wärmewende unerlässlich. Im Sommer 2024 hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zu den Rahmenbedingungen der Fernwärmeversorgung vorgelegt. Mit der Kraftwerksstrategie der Bundesregierung vom 5. Februar 2024 soll der sofortige Ausbau neuer, moderner, hochflexibler und klimafreundlicher Kraftwerke (H2-ready) durch Ausschreibungen gefördert werden, die dann ab 2028 in einen Kapazitätsmechanismus eingebunden werden. Die Kraftwerksstrategie kann als richtiger Schritt angesehen werden, allerdings sind noch viele wichtige Aspekte offen, wie zum Beispiel die Höhe der ausgeschriebenen Gesamtkapazität (derzeit sind nur 4 x 2,5 MW angekündigt) und wie diese Kapazitäten in einen zukünftigen Kapazitätsmarkt integriert werden, für den im August erste Konzepte vorgeschlagen wurden. Darüber hinaus muss das Thema mit den Leitlinien für staatliche Beihilfen in Einklang gebracht werden, was den Nachweis einer Versorgungslücke erfordert und im Hinblick auf die angestrebte regionale Verteilung der Kraftwerke die Frage der Gebotszoneneinteilung wieder auf die Tagesordnung bringt. Ein wichtiger Punkt ist auch die Frage, ob ein vorgezogener Zubau vor dem geplanten Kohleausstieg 2030 möglich ist.

Die Einführung eines Kapazitätsmechanismus bis 2028 wurde ebenfalls im Rahmen der Vorstellung der Kraftwerksstrategie am 5. Februar 2024 angekündigt. Im August 2024 veröffentlichte die Bundesregierung ein Papier mit Optionen für das Strommarktdesign der Zukunft. Darin enthalten ist ein Vorschlag für einen hybriden Kapazitätsmarkt. Dieser sieht vor, den Markt in zwei Teile zu gliedern: einen zentralen Kapazitätsmarkt für Investitionen mit längeren Refinanzierungszeiträumen und einen dezentralen Markt, der Bilanzkreisverantwortlichen den Zugang zu Kapazitätszertifikaten ermöglicht und sie dazu verpflichtet, zu bestimmten Zeiten im Jahr die jeweilige Höchstlast sicherzustellen.

Im Hinblick auf das Ausschreibungsverfahren für neue Kraftwerke wird die Herausforderung darin bestehen, möglichst schnell klare und umfassende Rahmenbedingungen für Kapazitätsmechanismen zu definieren, um unnötige Kosten durch Risikopreise zu vermeiden. Der hybride Kapazitätsmarkt soll die Vorteile des zentralen und des dezentralen Kapazitätsmarktes vereinen, bringt aber auch einen deutlich höheren administrativen Aufwand mit sich. Ziel sollte es sein, einen möglichst offenen und damit liquiden Kapazitätsmarkt zu schaffen, der auch Lastmanagement und Speicher einbezieht. Als Vorbild könnte der belgische Kapazitätsmarkt dienen, zumal dieser bereits von der EU-Kommission geprüft wird.

Inwieweit die Kraftwerksstrategie und der Vorschlag eines hybriden Kapazitätsmechanismus nach Bildung der neuen Bundesregierung noch Bestand haben werden, ist jedoch völlig ungewiss.

Darüber hinaus sollten regionale Flexibilitätsmärkte auch für Netzengpässe etabliert und eine entsprechende räumliche Zuordnung von Erneuerbare-Energien-Anlagen (gegebenenfalls unter Einbeziehung von Speichern oder H2-Senken) gefördert werden. Das Gesetz zum Smart Meter Rollout in Deutschland (GNDEW) ist am 27. Mai 2023 in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist es, den Einbau von Smart Meter deutschlandweit zu beschleunigen. Bis 2032 sollen diese flächendeckend in Haushalten und Unternehmen zum Einsatz kommen.

Branchensituation

Der Energiesektor befindet sich weiterhin in einer Phase grundlegender und anhaltender Veränderungen. Neben den energiepolitischen Debatten und den teils unklaren Rahmenbedingungen, sorgt der anhaltende Russland-Ukraine Krieg

für große volkswirtschaftliche Unsicherheiten und beeinflusst den Energiesektor. Die Folgen des Kriegs haben auch Auswirkungen auf unser Geschäft. Insbesondere die volatilen Commodity-Preise wie auch das Energienachfrageverhalten haben Einfluss auf unsere Aktivitäten und sind in den folgenden Kapiteln näher beschrieben.

Energiepreisentwicklung

Die geopolitischen Krisen und Kriege, die in den Vorjahren begonnen haben, haben sich auch im Jahr 2024 fortgesetzt und die Energiemärkte beeinflusst. Dies gilt insbesondere für den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die diversen kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Hinzu kamen in diesem Jahr politische Ereignisse in den westlichen Demokratien (Präsidentenwahl in USA, gescheiterte Regierungskoalitionen in Frankreich und Deutschland), die zu Unsicherheiten in Bezug auf die zukünftige Ausrichtung dieser Länder im Spannungsdreieck „Wirtschaftlichkeit – Klimaschutz – Versorgungssicherheit“ geführt haben.

Aufgrund einer stabilen und diversifizierten Versorgungssituation haben sich die Energiepreise im Jahre 2024 seitwärts bewegt, auch wenn es mitunter zu starken Preisschwankungen durch die (geo-)politischen Unsicherheiten gekommen ist.

Strompreise

Die Großhandelspreise für Strom befanden sich zum Ende des Geschäftsjahres 2024 in etwa auf dem selben Niveau wie zu Jahresanfang (90 – 95 €/MWh für das Base-Produkt 2025). Konnte in den ersten beiden Monaten noch eine kontinuierliche Abwärtsbewegung verzeichnet werden (tiefster Preis am 23.02.: 69 €/MWh), erholten sich die Preise anschließend wieder und schwankten mit einer hohen Volatilität zwischen 85 und 100 €/MWh. Der Jahresmittelwert betrug für das Grundlastprodukt 2025 etwa 89 €/MWh und lag damit ca. 35% unter dem Vorjahreswert. Die Seitwärtsbewegung bei den Preisen ist auf eine stabile Angebotssituation (Steigerung der Einspeisung Erneuerbarer Energien und hohe Verfügbarkeit der konventionellen Kraftwerke, u.a. auch der Kernenergie in Frankreich) zurückzuführen. Hinzu kommt, dass sich die für die Kostenstruktur in der konventionellen Stromversorgung wichtigen Energieträger gegenseitig neutralisiert haben (Preissteigerungen bei Gas, leichte Preisrückgänge bei Kohle, Öl und CO2).

Gaspreise

Die Großhandelspreise für Erdgas sind im Geschäftsjahr 2024 leicht gestiegen. Nach den bis Ende Februar fallenden Preisen (Minimum für das Produkt Cal 2025: 28 €/MWh) ist die Preiserholung im Jahresverlauf deutlich stärker ausgefallen als bei Strom. Am Jahresende standen die Preise etwa 20-25% höher als zu Beginn des Jahres. Der Jahresmittelwert lag mit 38 €/MWh aber auch in diesem Jahr deutlich unter dem Vorjahreswert (53€/MWh). Auch am Gasmarkt haben die geopolitischen Krisen für große Preisschwankungen gesorgt. Neue Nachrichten aus der Ukraine oder dem Nahen Osten haben häufig zu nervösen und manchmal übertriebenen Aktivitäten am Großhandelsmarkt geführt. Zudem sind bei Gas immer auch die Wettersituation und die Füllstände der Gasspeicher von großer Bedeutung. Während der Winter 23/24 relativ mild ausfiel und die Speicherstände im Frühjahr ein hohes Niveau aufwiesen (>65% in Deutschland), hat der Winter 24/25 im Mittel kälter begonnen, so dass die Speicher schneller entleert wurden als in den Vorjahren. Befürchtungen einer Knappheitssituation in der Gasversorgung sind angesichts einer stabilen Pipelineversorgung aus Norwegen sowie der neu errichteten deutschen LNG-Terminals jedoch unbegründet.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Energiekrise

Im Jahr 2024 setzte sich die Erholung des Energiemarktes fort. Die Energiepreise blieben zwar volatil, jedoch stabilisierten sich die Beschaffungskonditionen weiter. Dank dieser Entwicklung konnten konstante Absatzpreise realisiert werden. Im Sondervertragskundengeschäft wurden die 2022 eingeführten risikominimierenden Einschränkungen nahezu vollständig aufgehoben, wodurch Angebote mit kürzeren Bindefristen möglich waren. Dennoch wurden die Vielzahl der Verträge weiterhin in den für die EWV risikoarmen Vertragstypen (z.B. Tranchenverträgen) abgeschlossen. Im Tarifkundengeschäft sind wieder verstärkt Konkurrenten an den Markt zurückgekehrt, welche eher eine sehr kurzfristig orientierte Beschaffungsstrategie verfolgen. Dies hat zu einem großen Kundenwechselverhalten – im Wesentlichen über die Vergleichsportale – geführt.

Projekt SAP S4/HANA

Die EWV nutzt bislang als ERP den von E.ON angebotenen ESM-Standard auf Basis von SAP R3. SAP hat die Technologie überarbeitet und wird keine weitere Entwicklung im R3-Umfeld starten, die Nachfolgetechnologie ist S4/HANA. In diesem Kontext hat E.ON gegenüber EWV den Vertrag für die weitere Bereitstellung des ESM zum 31.12.2025 gekündigt und wird der EWV auch nicht die Nachfolgeplattform zur Verfügung stellen. Vor diesem Hintergrund hat sich EWV entschieden, S4/HANA in Eigenregie zum 01. Januar 2026 einzuführen. Die EWV wird im Rahmen der Einführung vom Dienstleister und SAP-Partner adesso SE begleitet. Offizieller Projektstart war im August 2024.

Konzessionen EWV

Die EWV konnte in 2024 wichtige Erfolge im Rahmen des Konzessionswettbewerbs erzielen. So konnten die Konzessionen für Strom (Innenstadt) und Erdgas in Eschweiler und Stolberg langfristig verlängert werden. Mit ihrem Partner Regionetz ist die EWV dort somit auch in Zukunft für den Betrieb der Netze zuständig.

Wiederaufbauhilfen und Wiedereinzug Ketschenburg

Infolge der Schäden durch Starkregen und Hochwasser im Juli 2021 hat die EWV im Geschäftsjahr 2022 Wiederaufbauhilfen im Rahmen der Förderrichtlinie Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen vom 10. September 2021 für den Wiederaufbau der Ketschenburg beantragt. Von den bisher beantragten Wiederaufbauhilfen von insgesamt 11,6 Mio. € wurden bislang 7,2 Mio. € bewilligt (im Berichtsjahr wurden weitere Anträge in Höhe von 4,4 Mio. € eingereicht, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung jedoch noch nicht bewilligt waren) und 3,8 Mio. € ausgezahlt.

Der offizielle Wiedereinzug in das Verwaltungsgebäude der EWV ist im August 2024 erfolgt, die Eröffnungsfeier im Kreise der Anteilseigner fand am 02. September statt. Die Mischung zwischen Home-Office und Präsenzarbeit auf Basis der Betriebsvereinbarung zum mobilen Arbeiten wird von den Mitarbeitenden sehr gut angenommen. Die EWV kann sich mit den geschaffenen Arbeitsbedingungen als sehr attraktiver Arbeitgeber positionieren, was die Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung im November 2024 deutlich bestätigten.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen.

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponente je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss. Das Jahresergebnis beträgt in 2024 21,2 Mio. € gegenüber 25,3 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses entspricht demnach niedriger als dies in der Prognose des Vorjahres (24,2 Mio. €) geplant war, insbesondere bedingt durch einen zunehmenden Wettbewerb.

Investitionen: Die EWV investierte in 2024 4,3 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €, geplant waren 13,2 Mio. €). Die deutliche Unterschreitung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Investitionsziele vertrieblicher Projekte im Bereich Wärme-Contracting, Fernwärme und Erneuerbare Energien nicht in Gänze erreicht wurden. Diese Investitionen werden zum größten Teil im Jahr 2025 erfolgen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWV den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. Im Jahr 2024 hat die EWV 551 GWh Strom (Vorjahr: 539 GWh, geplant 708 GWh) und 1.173 GWh Gas (Vorjahr: 1.189 GWh, geplant 1.258 GWh) abgesetzt.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2024 belaufen sich auf 322,4 Mio. € (Vorjahr: 377,0 Mio. €, geplant 357,1 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 140,9 Mio. € (Vorjahr 163,9 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 125,9 Mio. € (Vorjahr: 156,5 Mio. €) sowie 5,4 Mio. € (Vorjahr: 6,5 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. In den genannten Segmenten sanken die Umsätze im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von durchgeführten Vorjahrespreissenkungen, die im Berichtsjahr nun vollständig Wirkung zeigten. Die geringeren Umsatzerlöse gegenüber der Planung resultieren aus Temperatureffekten sowie einem zunehmenden Wettbewerb, der zu erhöhten Kundenabgängen geführt hat.

Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 27,1 Mio. € (Vorjahr: 26,0 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 23,0 Mio. € (Vorjahr: 24,0 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, aus der Rückvermarktung von Gasmengen infolge angepasster Absatzprognosen, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

Im Berichtsjahr wurden keine Preisanpassungen am aktiven Produktportfolio vorgenommen. Die wirksam gestiegenen Netzentgeltkosten zum 01.01.2024 wurden nicht an die Verbraucher weitergereicht, um somit die Wettbewerbsfähigkeit der aktiven Produkte zu gewährleisten. Im Zuge der sich stabilisierenden Beschaffungsmärkte kam es im Jahr 2024 zu einem verstärkten vertrieblichen Wettbewerb. Dies führte dazu, dass die Kundenzahl im Strom um ca. 2.700 Kunden gesunken ist.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Um das Risiko im Rahmen der Energiebeschaffung zu minimieren, wurden die Verträge im Jahr 2024 im Wesentlichen über Tranchen- oder spotinduzierte Verträge geschlossen. Diese Verfahren sind für die EWV weitestgehend risikolos.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2024 bei 551 GWh und damit leicht über der Abgabemenge des Vorjahres (539 GWh inkl. periodenfremder Effekte). Das geringe Absatzwachstum resultiert aus positiven periodenfremden Absatzmengen im Geschäftskundenbereich, welchen Rückgänge im Privatkundensegment gegenüberzustellen sind. Die Stromabsatzmenge verteilt sich mit 172 GWh auf private Haushalte, 23 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 355 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegenüber der Prognose aus 2023 für 2024 wurden 157GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus den vorgenannten Kundenabgängen resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei fast ausschließlich über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Analog zum Stromsegment wurden im Gas keine Preisanpassungen im aktiven Produktportfolio durchgeführt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte zu gewährleisten. Der wiedereinsetzende Wettbewerb ist auch im Erdgassegment sichtbar und führte zu ca. 3.700 Kundenabgängen. Um Rückvermarktungsschäden sowie weitere Kundenabgänge zu vermeiden, sind Preisanpassungen ausgeblieben und der Online-Vertrieb wurde auf Vergleichsportalen gestärkt.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden sowie die Verlängerung von Bestandskunden unterlagen auch im Gas-Segment strengen Risikoauflagen (analog zum Stromgeschäft).

Die Erdgasabsatzmenge 2024 liegt mit rund 1.173 GWh insgesamt 16 GWh unter der des Vorjahres (1.189 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus temperaturbedingten Minderverbräuchen sowie Kundenabgängen. Gegenüber der Prognose aus 2023 für 2024 wurden 85 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Temperatureffekten sowie Mengeneffekten durch Kundenabgängen im Segmenten Privat- und Gewerbekunden resultieren. Der Gasabsatz wurde dabei fast ausschließlich über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 21,2 Mio. € (Vorjahr: 25,3 Mio. €) ab, womit das Ergebnis unter der Planung i.H. v. 24,2 Mio. € liegt.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2024		2023		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	322.396	100,0	376.998	100,0	-54.602	-14,5
Materialaufwand	-261.432	-81,1	-284.781	-75,5	23.349	8,2
Rohergebnis	60.964	18,9	92.217	24,5	-31.253	-33,9
Andere betriebliche Erträge	4.678	1,5	8.088	2,1	-3.410	-42,2
Personalaufwand	-25.754	-8,0	-32.365	-8,6	6.611	20,4
Andere betriebliche Aufwendungen	-39.269	-12,2	-37.614	-10,0	-1.655	-4,4

Betriebsergebnis	619	0,2	30.326	8,0	-29.707	-98,0
Beteiligungsergebnis	21.196	6,6	9.268	2,5	11.928	128,7
Zinsergebnis	-659	-0,2	-600	-0,2	-59	-9,8
Steuerergebnis	16	0,0	-13.692	-3,6	13.708	100,1
Jahresüberschuss	21.173	6,6	25.302	6,7	-4.129	-16,3

Die Umsatzerlöse sanken um 14,5% bzw. 54,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 322,4 Mio. €. Die große Abweichung zur Planung von 357,1 Mio. € beruht insbesondere darauf, dass die im Vorjahr aufgestellte Planung für 2024 ein weiterhin hohes Energiepreisniveau unterstellte und Preisanpassungen nicht ausgeschlossen werden konnten, aber letztendlich ausgeblieben sind.

Im Gasgeschäft zeigen sich deutliche temperaturbedingte Mengeneffekte und eine volatile Preissituation am Kurzfristmarkt. Die Gaserlöse sanken um 30,6 Mio. € von 156,5 Mio. € auf 125,9 Mio. €.

Die Stromerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 23,1 Mio. € auf 140,9 Mio. € gesunken, insbesondere bedingt durch die ausbleibende Weitergabe von Netzentgelten und Umlagen, um Produkte auf einem wettbewerbsfähigen Preisniveau anbieten zu können.

Die Erlöse aus Fernwärme und Contracting sind im Wesentlichen aufgrund von niedrigen Absatzpreisen gegenüber dem Vorjahr von 6,5 Mio. € auf 5,4 Mio. € gesunken.

Der Materialaufwand reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 23,3 Mio. € auf 261,4 Mio. €, einerseits durch niedrigere Beschaffungskosten in Terminmarktgeschäften sowie andererseits durch eine niedrigere Kundenanzahl im Aufsatzpunkt des Geschäftsjahres.

Die Netzentgelte sind im Vergleich zum Vorjahr im Strom um 45% gestiegen, wohingegen im Gas die Netzentgelte um 3% gesunken sind. Darüber hinaus sind die gesetzlichen Umlagen im Stromsektor um 15% gestiegen. Im Gasgeschäft sind zudem höhere Kosten in der CO2-Umlage und der Gasspeicherumlage sichtbar gewesen.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 61,0 Mio. € (Vorjahr: 92,2 Mio. €) bzw. 18,9% der Umsatzerlöse, was einen Rückgang i. H. v. 33,9% bedeutet.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten unter anderem Ansprüche auf Wiederaufbauhilfen (2,5 Mio. €, Vorjahr: 3,1 Mio. €) sowie Erträge aus den Zuschreibungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (0,5 Mio. €, Vorjahr: 2,7 Mio. €).

Der Personalaufwand beträgt 25,8 Mio. € und verringerte sich um 20,4% gegenüber dem Vorjahr. Der Reduktion ist insbesondere auf gestiegene Rückstellungen für gutachterlich bewertete Deputate zurückzuführen.

Die Abschreibungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. € auf 4,1 Mio. €.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. € von 37,6 Mio. € auf 39,2 Mio. €, insbesondere bedingt durch um 2,2 Mio. € erhöhte Aufwendungen im Zusammenhang mit der Instandsetzung des flutgeschädigten Hauptsitzes in Stolberg.

Das Betriebsergebnis reduzierte sich infolge des deutlichen Rückgangs des Rohergebnisses um 29,7 Mio. € auf 0,6 Mio. €.

Das negative Zinsergebnis beträgt 0,7 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Saldo der Zinsen für die Bewertung der Pensionsrückstellungen i. H. v. 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) sowie dem Zinsergebnis im Zusammenhang mit Kreditverbindlichkeiten/Bankguthaben von -0,2 Mio. € (Vorjahr: -0,1 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen liegt bei 21,2 Mio. € (Vorjahr: 9,3 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus der Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 18,6 Mio. € (Vorjahr 9,8 Mio. €). Zudem sind hierin weitere Beteiligungserträge i. H. v. 2,6 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) enthalten.

Der Ertragsteueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2024 mit einem Betrag i. H. v. 0,0 Mio. € (Vorjahr: 13,7 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragsteuern/Ergebnis vor Ertragsteuern) beträgt im Geschäftsjahr – bei einem periodenfrem-

den Steuerertrag von 16 T€ – 0,1 % (Vorjahr: -34,9%). Aufgrund steuerlicher Umkehreffekte aus dem Vorjahr im Zusammenhang mit Personalrückstellungen sowie größtenteils steuerfreier Beteiligungserträge sind im Berichtsjahr keine laufenden Steuern angefallen.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr leicht vermindert bei 6,6 % (Vorjahr: 6,7%). Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 21,2 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 29,8% (Vorjahr: 37,9%) erzielt. Die EBIT-Marge – ohne Berücksichtigung von Beteiligungserträgen – beträgt 0,3% (Vorjahr: 8,1%).

Investitionen

Im Berichtsjahr 2024 erfolgten Investitionen i. H. v. 4,3 Mio. € in den Bereichen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Energiedienstleistungen, den immateriellen Vermögensgegenständen sowie Beteiligungen im Bereich des Finanzanlagevermögens.

Von den Investitionen in Energiedienstleistungen beziehen sich rd. 2,7 Mio. € auf das Segment Privat- und Geschäftskunden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagen-Contractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva						
Anlagevermögen	152,6	61,6	153,0	59,9	-0,4	1,7
- davon Sachanlagen	17,1	6,9	17,1	6,7	0	0,2
- davon Finanzanlagen	134,3	54,2	134,3	52,5	0	1,7
Umlaufvermögen	92,2	37,2	100,3	39,2	-8,1	-2
- davon Forderungen aus LuL	36,6	14,8	46,2	18,1	-9,6	-3,3
Rechnungsabgrenzungsp.	3,0	1,2	2,3	0,9	0,7	0,3
	247,8	100,0	255,6	100,0	-7,8	-1,4
Passiva						
Eigenkapital	66,9	27,0	71,0	27,8	-4,1	-0,8
Rückstellungen	106,4	42,9	120,6	47,2	-14,2	-4,3
- davon Pensionsrückstellungen	55,1	22,2	59,1	23,1	-4,0	-0,9
Verbindlichkeiten	72,5	29,3	62,3	24,4	10,2	4,9
- davon ggüber Kreditinstituten	30,2	12,2	32,0	12,5	-1,8	-0,3
Rechnungsabgrenzungsp.	2,0	0,8	1,7	0,7	0,3	0,1
	247,8	100,0	255,6	100,0	-7,88	

Die Bilanzsumme verringerte sich um 7,8 Mio. € von 255,6 Mio. € auf 247,8 Mio. €. Wesentlicher Grund hierfür ist die Entwicklung der Rückstellungen, insbesondere bedingt durch den Rückgang der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (-9,2 Mio. €), für Steuern (-3,2 Mio. €) und für Deputatsverpflichtungen (-3,1 Mio. €). Gegenläufig wirkte sich insbesondere der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten um 8,7 Mio. € aus.

Die Anlagenintensität liegt bei 61,6 % (Vorjahr: 59,9 %).

Das Eigenkapital zeigt sich leicht verringert bei 27,0% der Bilanzsumme (Vorjahr: 27,8%).

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 55,1 Mio. € (Vorjahr: 59,1 Mio. €) betragen. Diese machen 22,2% der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich aufgrund der regelmäßigen Tilgungen i. H. v. 1,8 Mio. € um 5,6% auf 30,2 Mio. €.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft sowie durch die bestehende Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash- Flow aus laufender Geschäft sowie aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2024	2023	Veränderung
			in Mio. €
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1,9	25,0	-26,9
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	11,4	11,1	0,3
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-28,7	-31,4	-2,7
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-19,2	4,7	-23,9
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	35,3	30,6	4,7
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	16,1	35,3	-19,2

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr von 25,0 Mio. € auf -1,9 Mio. € vermindert.

Generell wird dieser zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden - basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises - für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei der EWV.

Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungsstromschwankungen.

Im Berichtsjahr ist der Rückgang des Cash-Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit insbesondere auf die Entwicklung der Rohmarge zurückzuführen. Geringeren Erlösen im Strom und Gas (insbesondere aufgrund von Temperatureffekten sowie Kundenabgängen) standen in Relation zur Beschaffungsmenge erhöhte Beschaffungskosten gegenüber. Zudem konnten aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs Netzentgelte und Umlagen im Strom nicht in Gänze an die Kunden weitergegeben werden. Des Weiteren hatten sich im Vorjahr die von der KfW erhaltenen Erstattungsbeträge im Rahmen der Energiepreisbremsen positiv auf den Cash-Flow ausgewirkt.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt 11,4 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. € erhöht. Im Wesentlichen beinhaltet der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit Einzahlungen der Regionetz im Rahmen der Vorabgewinnausschüttung i. H. v. 13,2 Mio. € sowie weitere Beteiligungserträge i. H. v. 2,6 Mio. €. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände i. H. v. 0,1 Mio. €, Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 4,0 Mio. € sowie in Beteiligungen i. H. v. 0,2 Mio. €.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -28,7 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i. H. v. 25,3 Mio. € (Vorjahr: 21,0 Mio. €) sowie Darlehenstilgungen i. H. v. 2,5 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden 21,9 Mio. € (Vorjahr: 24,4 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt 16,1 Mio. € und setzt sich zusammen aus einem kurzfristigen Kontokorrentkredit i. H. v. 8,2 Mio. €, Guthaben auf dem Girokonto der Sparkasse Aachen i. H. v. 16,1 Mio. € sowie Cash Pool-Forderungen gegen die Regionetz und deren Beteiligungen i. H. v. 8,2 Mio. €. Der Finanzmittelfonds reduzierte sich demnach um 19,2 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 30,2 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 34,3%.

Die Geschäftsführung der EWV bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2024 beschäftigte die EWV durchschnittlich 264 (Vorjahr: 251) Mitarbeitende. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei der EWV zwölf Mitarbeitende in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann
- Industriekauffrau/-mann in verkürzter Ausbildung (2-jährig/“Switch“)
- Kauffrau/-mann für Büromanagement
- Kauffrau/-mann für Digitalisierungsmanagement
- Fachinformatiker/-in - Fachrichtung Systemintegration
- Fachinformatiker/-in - Fachrichtung Prozess- und Datenanalyse

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,33 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden), belief sich auf 367.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2024 wurde durch die Personalentwicklung im Auftrag der Geschäftsführung abermals eine Mitarbeitendenbefragung durchgeführt. Mit einer erneut überragenden Teilnahmequote von 89% konnten weitere wertvolle Rückmeldungen für die Weiterentwicklung der EWV gesammelt werden. Im Vergleich zum letzten Jahr hat sich das Ergebnis EWV-weit in allen Feldern nochmals verbessert. Besonders stark zeigt sich das bei der strategischen Ausrichtung – aber auch beim Thema Stress und Belastung. Beide Kategorien wurden deutlich besser bewertet. Auch das neue Führungsleitbild wurde insgesamt positiv wahrgenommen. Die Weiterempfehlungsrate (eNPS) hat sich deutlich von 43,75 im Vorjahr auf 60,26 gesteigert. Auch der Zufriedenheitsindex (ESAT) ist von 72,39 im Vorjahr auf 76,68 weiter gestiegen. Die positive Entwicklung ist ein klarer Ansporn, weiter an Verbesserungen zu arbeiten.

Arbeitsschutz und Gesundheit

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeitenden. Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: „Jeder Mitarbeitende geht so gesund nach Hause, wie er gekommen ist.“ Dies gilt insbesondere in Zeiten des digitalen und hieraus resultierenden dezentralen Arbeitens. Darüber hinaus wurden durch das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) zahlreiche Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Mitarbeitenden konzipiert und durchgeführt.

Klima- und Umweltschutz

Die Förderung des Klima- und Umweltschutzes genießt bei der EWV eine hohe Priorität. Die EWV fördert unter anderem den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser. Das Thema (ökologische) Nachhaltigkeit ist auch fester Bestandteil der EWV-Strategie der Zukunft. In diesem Zusammenhang hat die Geschäftsleitung der EWV im Jahr 2024 auch die Erarbeitung eines Nachhaltigkeitsberichtes beschlossen, der erstmals im Jahr 2026 auf Basis der Geschäftszahlen des Jahres 2025 veröffentlicht werden soll.

Die EWV berät mit ihrem Netzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

Tätigkeitsabschlüsse

Die EWV erbringt energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des §6b Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gegenüber der Regionetz GmbH und ist somit verpflichtet, mehrere Tätigkeitsabschluss aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei der EWV orientiert sich das Risikomanagementsystem an dem des Hauptgesellschafters E.ON.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativen Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Marktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch EEG-Anlagen wirken ebenfalls absatzmindernd. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmende Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt steigenden Wettbewerbs.

Strategische Risiken

Strategische Risiken sind insbesondere potenzielle Bedrohungen der strategischen Erfolgspotenziale eines Unternehmens (wie Kernkompetenzen und Wettbewerbsvorteile). Strategische Entscheidungen können von Investitionen bis hin zur Beschaffungsstrategie von Medien und der Festlegung von Organisationsstrukturen reichen. Beispielsweise birgt auch die sich aktuell vollziehende Energiewende Risikopotenziale, ist aber auch Chance zugleich.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Hierunter fallen auch jene Risiken, die durch ungeeignete Methoden und Modelle entstehen können. Der Prozess zur Energiebeschaffung ist in diesem Kontext von herausragender Bedeutung. Zum Management eben dieses Risikos wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Weiter Beispiele sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im IT- oder administrativen Bereich. Trotz Implementierung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die Refinanzierung über Kreditlinien wird über eine solide Bonität der EWV sichergestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch die laufende Überwachung der Beteiligungen.

Rechtliche und regulatorische Risiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Unter diese Kategorie fallen auch Risiken aus Compliance, Governance und HSE (Health, Safety, Environment).

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

Soziale und Ökologische Risiken

Die Kategorie Soziale und Ökologische Risiken umfasst jene Risiken, die für die Gesundheit von Personen, den Lebensraum oder die Arbeitsumgebung von besonderer Wichtigkeit sind. Ökologische Risiken entstehen meist durch externe Einflüsse. Im Bereich Human Resources gibt es bspw. Risiken für die menschliche Gesundheit und für das Ökosystem oder auch Risiken der persönlichen Haftung von Unternehmen für umweltrelevante Aktivitäten eines Unternehmens.

Eine gewisse Steuerung und Minimierung sozialer und ökologischer Risiken stellt die EWV über die Einbindung in das E.ON-konzernweite Environmental, Social, Governance (ESG)-Reporting sicher.

Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWV wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWV vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
- Niedrig (>1 bis 10 %)
- Mittel (>10 bis 20 %)
- Hoch (>20 bis 50 %)
- Sehr hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
- Gering (0 bis 10 %)
- Mittel (>10 bis 20 %)
- Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
- Kritisch (>50 %)
- Existenzbedrohend (ohne %-Angabe)

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Hier die fünf wertwichtigsten Risiken:

1. Zerstörung der Dienststelle (Schadensklasse ,,Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit ,,Niedrig“)

Das erfasste (extreme) Szenario unterstellt einen Schadensfall der gleichen Größenordnung wie dem Hochwasser in 2021, allerdings ohne Intervention eines staatlich aufgelegten Hilfsfond bzw. der Gebäudeversicherung.

1. Beschaffungskostenanstieg aufgrund eines Lieferantenausfalls (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Liquiditätsprobleme eines Lieferanten könnten zu einem Ausfall von Beschaffungsmengen führen für die Medien Strom und Gas. Dieses Szenario bildet den Ausfall des Lieferanten mit der größten jährlichen Liefermenge dar.

1. Margenminderung aufgrund geringerer spez. Verbrauchsmengen

(Effizienzen/Substitution) (Schadensklasse ,,Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit ,,Mittel“)

Mögliche Ursachen sind bspw. das Einsparverhalten der Kunden, Substitution durch andere Energieträger, Wärmedämmung, effizientere Energietechnik etc. Das Risiko beinhaltet geringere spez. Verbrauchsmengen sowohl im Gas als auch im Strom.

1. Margenminderung aufgrund höherer Kundenabgänge und Wechsler (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Mögliche Ursachen sind bspw. erfolglose Kündigungsverhinderungs- und Akquisitionsversuche in dem angegebenen Zeitfenster, allgemeine Zunahme der Wechselbereitschaft, äußere Marktstörungen, die Energiewende, Kündigungen aufgrund von Wechseln wegen neuer Preisanpassungsklauseln.

1. Ergebnisrückgang aufgrund höherer Gewalt (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Mögliche Ursachen können beispielsweise Wetterextreme (Hochwasser) oder andere Naturkatastrophen, oder aber auch Kriege sein. Bewertet werden hier die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen, die solche Ereignisse auf die Geschäftigkeit der EWV haben.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Chancen

Die weitere Einbindung erneuerbarer Energien in unser Portfolio ist ein zentraler Schritt, um eine führende Rolle bei der Energiewende in der Städteregion Aachen einzunehmen. Gleichzeitig bleiben wir ein verlässlicher Anbieter konventioneller Produkte. Für die EWV ergeben sich dadurch vielversprechende Chancen, sowohl durch die Entwicklung und Vermarktung von Energiewende-Produkten für Privatkunden wie beispielsweise Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen und ein Angebot rund um E-Mobilität als auch durch Investitionen in größere regionale Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien. Dies ermöglicht die Erschließung neuer Märkte und die Weiterentwicklung bestehender Produkte und Initiativen. Allerdings hängt das Potenzial für Investitionen in Photovoltaik, Windparkprojekte und E-Mobilität maßgeblich von den jeweils geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen ab.

Auch für 2025 erwarten wir ein anhaltend hohes Interesse an klimafreundlichen Lösungen für die Wärmeversorgung. Die Verpflichtung der Kommunen in NRW zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung eröffnet der EWV weiterhin die Möglichkeit, als verlässlicher Partner Angebote für die Konzeption solcher Planungen einzubringen. Bereits 2024 konnten wir mit drei Kommunen entsprechende Planungen starten und erwarten die finalen Ergebnisse im Laufe des Jahres 2025. Wir streben an, dieses Engagement im Jahr 2025 bei weiteren Kommunen auszubauen. Neben der Unterstützung bei der kommunalen Wärmeplanung setzen wir auch zukünftig auf die Umsetzung nachhaltiger Nahwärmekonzepte in Neubaugebieten. Diese Aktivitäten werden durch die Klimaneutralitätsziele vieler Gemeinden und die Aussicht auf ein Verbot rein fossiler Heizsysteme begünstigt. Gemeinsam mit dem wachsenden Umweltbewusstsein der Bürger sehen wir erhebliche Chancen, Nahwärmeprojekte voranzutreiben und den Absatz von Wärmepumpen weiter zu steigern.

Das wachsende Marktpotenzial der Elektromobilität bietet uns die Möglichkeit, unser Geschäft im Bereich der Ladeinfrastruktur weiter signifikant auszubauen. Mit gezielten Investitionen in öffentliche Ladepunkte schaffen wir nicht nur eine verlässliche Einnahmequelle in einem zukunftsträchtigen Markt, sondern stärken auch unsere regionale Präsenz im Versorgungsgebiet. Aufbauend darauf befinden wir uns in der Anfangsphase der Entwicklung komplexer Abrechnungsmodelle für gewerbliche Anwendungen. Insgesamt erkennen wir in allen Bereichen der Elektromobilität eine zunehmende strategische Relevanz für die EWV.

Prognosebericht

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die anhaltenden geopolitischen Krisen und die damit verbundenen Unsicherheiten wirken sich auch auf die Entwicklung der Wirtschaft aus. Somit sind sie in den Prognosen für das Wirtschaftswachstum berücksichtigt. Die OECD geht von einem globalen Wirtschaftswachstum für das Jahr 2025 und 2026 von 3,3 Prozent aus.

Für den Euroraum prognostiziert die OECD ein Wirtschaftswachstum für das Jahr 2025 von 1,3 Prozent und für das Jahr 2026 von 1,5 Prozent. Die europäische Wirtschaft soll sich langsam erholen, jedoch ist es für die einzelnen Staaten eine Gratwanderung, einerseits die Schulden zu senken und andererseits das Wachstum anzuschieben.

Mit Blick auf Deutschland erwartet die OECD für die Jahre 2025 und 2026 ein BIP-Wachstum von 0,7 Prozent respektive 1,2 Prozent. Mitte des Jahres sind die Experten noch von leicht höheren Wachstumsraten ausgegangen. Als Begründung für die schlechteren Erwartungen werden unter anderem der Fachkräftemangel und ein schwacher Binnenkonsum genannt. In den Prognosen sind niedrige Inflationsraten (2025: 2,0 Prozent und 2026: 1,9 Prozent) und steigende Löhne berücksichtigt, die die Realeinkommen und den privaten Verbrauch stützen sollen. Die privaten Investitionen sollen sich dank der hohen Ersparnis der Unternehmen und der langsam sinkenden Zinssätze nach und nach beleben. Politische Unsicherheiten werden das Investitionsklima voraussichtlich weiter belasten. Weiter wird davon ausgegangen, dass sich die Exporte unter dem Einfluss der steigenden Nachfrage bei wichtigen Handelspartnern allmählich erholen.

Strategische Entwicklung der EWV

Die für EWV bisher bedeutende Rolle des Geschäftsfeldes Erdgasversorgung wird bedingt durch die gesetzlichen Rahmenbedingen in den kommenden Jahren sukzessive zurückgehen. In welchem Umfang und Tempo dies passieren wird, hängt auch von der energiewirtschaftlichen Agenda der neuen Bundesregierung ab, die sich nach den Neuwahlen im Februar 2025 bilden wird. Davon abgesehen plant die EWV eine höchstmögliche Kompensation zurückgehender Liefermengen im Gas durch ansteigende Wärmepumpen- und Fernwärmeaktivitäten. Die EWV-seitige Beteiligung an der kommunalen Wärmeplanung stellt dabei einen wichtigen strategischen Stellhebel für die Wärmetransformation in der Region dar. Hier gilt es, Einbindung und Beratung zunächst zu sichern, bevor eine Beteiligung an der eigentlichen Umsetzung über Investitionen erfolgt. Aufgrund der Vielzahl der unterschiedlichen Belange der Kommunen in der Region kommt es im hohen Maße auf einen effizienten Einsatz der Ressourcen (Projektmanager, Investitionen, etc.) an. Dabei sind auch die Transformationspläne für die eigenen Fernwärmenetze und due des Netzbetreibers Regionetz aufeinander abzustimmen. Die EWV hat dazu ein strategisches Projekt aufgesetzt, welches einen langfristigen Charakter haben wird. Zentraler Baustein wird das Wasserstoffkernnetz sein, welches eine Anbindung einzelner Industriebetriebe in der Region wohl vor 2030 ermöglicht. Zudem kann die Verwendung an Wasserstofftankstellen eine Option sein.

Das Strommarktdesign wird sich bis 2030 in Richtung Regenerative Erzeugung, Flexibilitätsdienstleistungen und Wasserstoff entwickeln. Auf der Verbraucherseite kommt es zu einem starken Anstieg der Wärmepumpentechnologien, aber auch die Elektromobilität wird einen weiteren Hochlauf nehmen. Diese Technologien werden künftig auch als Flexibilität und daher als steuerbare Einheiten (vehicle2grid / intelligentes Laden) eingebunden werden können. Hier gilt es weiterhin den Wachstumspfad über attraktive Produktoptionen auf der Commodity- und Dienstleistungsseite zu begleiten und abzuschöpfen. Auf der Erzeugerseite gilt es, alle Geschäftsoptionen für Photovoltaik und Windkraft im regionalen Umfeld zu prüfen und umzusetzen. Ein systematischer Angang von potentiellen Flächen und die enge Verzahnung mit den kommunalen Entscheidungsträgern sind essentiell. Dies gilt im Kern auch für den Hochlauf der öffentlichen Ladeinfrastruktur, der von EWV forciert wird.

EWV sieht derzeit Chancen für neue Geschäftsfelder u.a. durch neue Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Smart-Meter-Roll-Out aber auch in der Beteiligung an Großbatteriespeichern. Entsprechende Initiativen wurden gestartet.

Die EWV will ihr Beteiligungsportfolio, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien, weiter ausbauen und optimieren. Hierzu sind verschiedene Projekte in Vorbereitung.

Einen wichtigen strategischen Eckpfeiler der EWV stellt die Digitalisierung dar. Die Vorteile der Digitalisierung sollen optimal unter Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse genutzt werden. Dabei wird auch zunehmend der Einsatz von künstlicher Intelligenz eine Rolle spielen. Zudem wird zu Beginn des Jahres 2026 ein neues SAP-System eingeführt.

Die Fähigkeit mittels Daten Mehrwerte zu schaffen, ist heutzutage eine Schlüsselkompetenz für nahezu alle Unternehmen, um wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben. Um diese Fähigkeit der Datenwertschöpfung aufzubauen und ein effizientes Datenmanagement zu etablieren, wird zum 01. Januar 2025 die neue Stabsstelle „Daten & Analytics“ gegründet. Die Datenstrategie soll mittelfristig auf die Zielerreichung der vier Säulen der Unternehmensstrategie – Digitaler Wandel, Kunde, Wachstum und Arbeitgeberattraktivität – einzahlen. Im Vertrieb ist bereits im Verlaufe des Jahres 2024 die Umsetzung der ersten spezifischen Anwendungsfälle der Datenstrategie gestartet. Die EWV betrachtet die neue Datenstrategie als große Chance, die Erreichung der Unternehmensziele zielgerichtet zu unterstützen. Zu diesem Zweck

ist die EWV gewillt, in den kommenden Jahren eine hohe Datenkompetenz in allen Bereichen und Ebenen zu verankern und das Thema Datenkultur im Unternehmen gezielt voranzutreiben.

Dem allgemeinen Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt wird die EWV durch eine erhöhte Arbeitgeberattraktivität entgegenwirken. Eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit stellt hierzu die Basis dar. Zudem hat die EWV im Jahr 2024 auch ein übergreifendes Projekt zur „strategischen Personalplanung“ gestartet, um die Personalplanung auf die Herausforderungen der Zukunft, sowohl in Bezug auf die dynamische Entwicklung in der Energiebranche als auch hinsichtlich der erforderlichen Schlüsselqualifikationen und des sich verändernden Fachkräfteangebots, auszurichten. Dieses Vorgehen soll bis zur Mittelfristplanung im Juli 2025 bereits das erste Mal durchgeführt werden und kurz- bis mittelfristig die bisherige Personalplanung der EWV, die überwiegend auf der Basis von quantitativen Daten erfolgte, ablösen.

Ausblick

Klimaschutz und Strukturwandel

Der Klimaschutz stellt einen zentralen Baustein in der politischen Arbeit dar. Am 3. Juli 2020 wurde der sukzessive Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038 im Deutschen Bundestag beschlossen. Seit Mai 2021 sind eindeutige Vorgaben zum Klimaschutz in einem eigenen Gesetz verankert. Dieses sieht vor, dass Deutschland den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 65% gegenüber 1990 zu senken hat. Bis 2040 sollen es 88% sein, bevor Deutschland im Jahr 2045 letztendlich Treibhausgasneutralität erreichen soll.

Der Klimaschutz wird vor allem durch die Energiewende vorangetrieben. Wesentliche Impulse ergeben sich hier aus der jüngeren EU-Gesetzgebung in Form der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie als auch aus dem Strukturwandelprozess im Rahmen des Braunkohleausstiegs.

Die Zukunftsagentur „Rheinisches Revier“ wird den Strukturwandelprozess im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich steuern, um auf lange Zeit Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der Raum des Rheinischen Reviers umfasst die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, die StädteRegion Aachen und die Stadt Mönchengladbach. Gemeinsam mit den 2,4 Millionen Menschen, die im Rheinischen Revier leben, ist es Ziel, eine lebenswerte Zukunft für diese Region zu gestalten.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist die bislang ambitionierteste Zukunftsvision des Rheinischen Reviers für die Zeit nach der Braunkohle. Das Rheinische Revier will seine herausragenden Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen und Bioökonomie, in der industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neuen Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell und Pilotregion für neue Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktionen werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen.

EWV Schwerpunkte

Die EWV verfolgt eine mittelfristige Unternehmensstrategie, die verschiedene Schwerpunkte umfasst und das Thema Nachhaltigkeit als zentralen Unterbau vorsieht.

So verfolgt die EWV das ambitionierte Ziel, zu einem der besten Arbeitgeber in der Region zu werden. Die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden steht im Fokus und wird im Rahmen von Mitarbeitendenbefragungen kontinuierlich gemessen und verbessert. Angesichts der Herausforderung von Fachkräftemangel und demografischem Wandel gilt es, bestehende Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig neue Fähigkeiten zu erlernen. Dies ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Unternehmens zu erhalten und sich in einer ständig verändernden Arbeitswelt zu behaupten.

Die EWV sieht die Digitalisierung als einen entscheidenden Faktor für den langfristigen Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens in einem immer stärker werdenden digitalen Geschäftsumfeld. Vor diesem Hintergrund wird man auch verstärkt auf automatisierte Prozesse und künstliche Intelligenz setzen.

Unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier sind entlang der Themenfelder Infrastruktur und Mobilität, Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Raum, Innovation und Bildung sowie Internationale Bau- und

Technologieausstellung (IBTA) sogenannte Revierknoten definiert worden. Die Revierknoten erarbeiten jeweils mit einem Expertenkonsortium die inhaltliche Basis für künftige Förderprogramme. Die EWV wird sich im Rahmen des Zukunftsfeldes „Energie und Industrie“ als Experte aus der Energiewirtschaft gemeinsamen mit anderen Unternehmen der Region engagieren. Unser Schwerpunkt wird auch hier auf der Vernetzung mit unseren kommunalen Partnern liegen, mit denen wir gemeinsam die Potentiale im Strukturwandel nutzen wollen.

Ein zentrales Vorhaben bildet die sogenannte Talachse der Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Hierunter wird eine von Südwest nach Nordost verlaufende infrastrukturelle Achse verstanden, welche sich entlang des natürlichen Verlaufs des Vichtbachs entwickelt hat. Die Talachse prägt insbesondere das Bild Stolbergs als Industriestandort. Ziel ist es, Stolbergs energieintensive Traditionsunternehmen entlang der Talachse mit Hilfe erneuerbarer Energiesysteme sowie innovativer Energiespeicher energieautark aufzustellen und mittels Kooperationen im Bereich Technologie- und Innovationstransfer bestehende Standortvorteile auszubauen. Zwecks Weiterentwicklung und möglicher Umsetzung des Vorhabens wird derzeit eine Projektstruktur unter Beteiligung der EWV erarbeitet.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2025 320,3 Mio. € betragen. Einen wesentlichen Beitrag liefern die Commodity-Absatzmengen mit 580 GWh Strom und 1.331 GWh Gas mit korrespondierenden Stromerlösen i. H. v. 138,4 Mio. € und Gaserlösen i. H. v. 125,4 Mio. €. Der Jahresüberschuss der EWV für 2025 wird gemäß Plan bei 24,5 Mio. € liegen. Darin enthalten ist eine Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 18,2 Mio. €. Das Investitionsvolumen 2025 beträgt ca. 25,3 Mio. €.

Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV-Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2024 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

3.4.3.3 STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG

Firmensitz:
Lombardenstraße 12-22
52070 Aachen

Rechtsform: AG
Handelsregisternummer: 560
Gründungsdatum: 11.12.1967
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: - / 13,2% / 13,2%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

PKF Fasselt Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (ab 17.06.2024)

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, wie beispielsweise die Straßenbeleuchtung, die Erfüllung von Entsorgungsaufgaben, insbesondere Abwasser, sowie die grundbesitzwirtschaftliche Betätigung und der Betrieb und die Nutzung von Telekommunikationsleitungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der genannte Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen, sie erwerben oder pachten sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die STAWAG ist ein Unternehmen mit langer Tradition und klarer Zukunftsorientierung. Als großer, kommunaler Energieversorger garantiert sie eine sichere und zuverlässige Versorgung. Den Wettbewerb in der Energiewirtschaft wurde als Chance genutzt um sich von einem reinen Energieversorger zu einem ganzheitlichen und flexiblen Dienstleister wandeln zu können. Der Name STAWAG ist ein Auftrag und Versprechen zugleich: Als 100 % kommunales Unternehmen versteht sie sich als Nachbar und Kümmerer für alle Energiebedürfnisse der Menschen in der Region – ob in Aachen, im Nordkreis oder in der Eifel.

Kapital

Stammkapital	58.101.760 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Aktionäre

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen	43.518.218,25 €	74,90 %
enwor - energie & wasser vor ort GmbH (ab 01.01.2024)	14.583.541,76 €	25,10 %

Beteiligungen

FACTUR Billing Solutions GmbH	50.000,00 €	100,00 %
STAWAG Energie GmbH	3.000.001,00 €	100,00 %
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH	1.200.000,00 €	100,00 %
enwor Netz GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA)	22.800,00 €	76,00 %
Regionetz GmbH	508.000,00 €	50,80 %
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG	500.000,00 €	50,00 %
PSW Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	12.500,00 €	50,00 %
Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH	49.000,00 €	49,00 %
StadtWerke Rösrath - Energie GmbH	98.000,00 €	49,00 %
enewa GmbH	49.000,00 €	49,00 %

smartlab Innovationsgesellschaft mbH	7.500,00 €	30,00 %
Stadtwerke Lübeck Energie GmbH	12.237.003,00 €	25,10 %
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH	25.100,00 €	25,10 %
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	7.669.087,00 €	18,08 %
NetAachen GmbH	4.800,00 €	16,00 %
Trianel GmbH	2.857.635,14 €	14,18 %
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	1.918.000,00 €	13,70 %
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG	2.874.523,00 €	9,74 %
ASEW Energie und Umwelt Service GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	1.300,00 €	6,67 %
HOCHTEMPERATUR-KERNKRAFTWERK Gesellschaft mit beschränkter Haftung (HKG) Gemeinsames Europäisches Unternehmen	4.500.000,00 €	5,00 %
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	609.324,32 €	4,35 %
Technische Werke Naumburg GmbH	72.100,00 €	2,00 %

Verbundene Unternehmen

enwor Netz GmbH
100,00%

FACTUR Billing Solutions GmbH
100,00%

STAWAG Energie GmbH
100,00%

WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH
100,00%

Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA)
76,00%

Regionetz GmbH
50,80%

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG
50,00%

PSW Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
50,00%

enewa GmbH
49,00%

Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH
49,00%

StadtWerke Rösrath - Energie GmbH
49,00%

smartlab Innovationsgesellschaft mbH
30,00%

Stadtwerke Lübeck Energie GmbH
25,10%

Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH
25,10%

Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG
18,08%

NetAachen GmbH
16,00%

Trianel GmbH
14,18%

Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG
13,70%

Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG
9,74%

ASEW Energie und Umwelt Service GmbH & Co.

HOCHTEMPERATUR-KERNKRAFTWERK Gesellschaft mit beschränkter Haftung (HKG) Gemeinsames Europäisches Unternehmen
5,00%

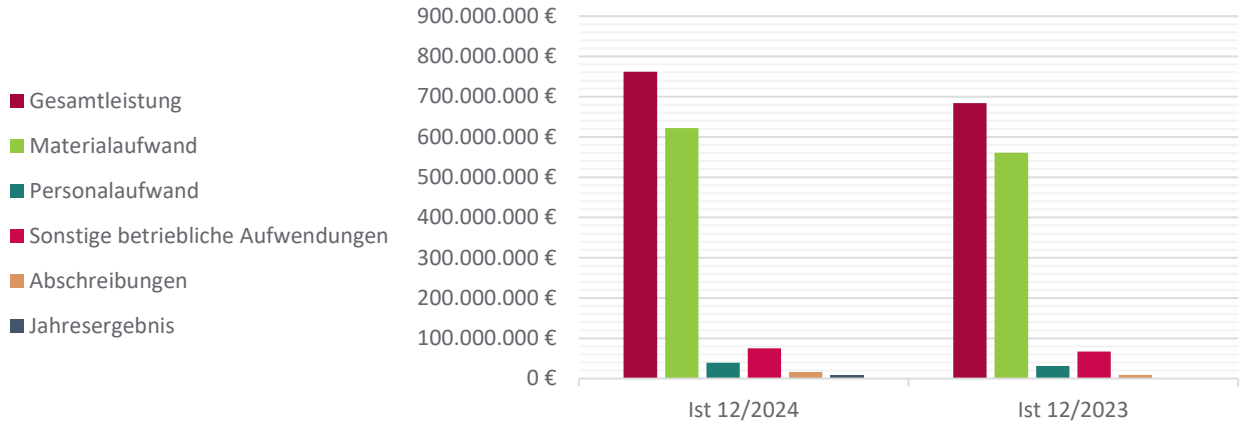
Kommanditgesellschaft
6,67%

Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
4,35%

Technische Werke Naumburg GmbH
2,00%

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

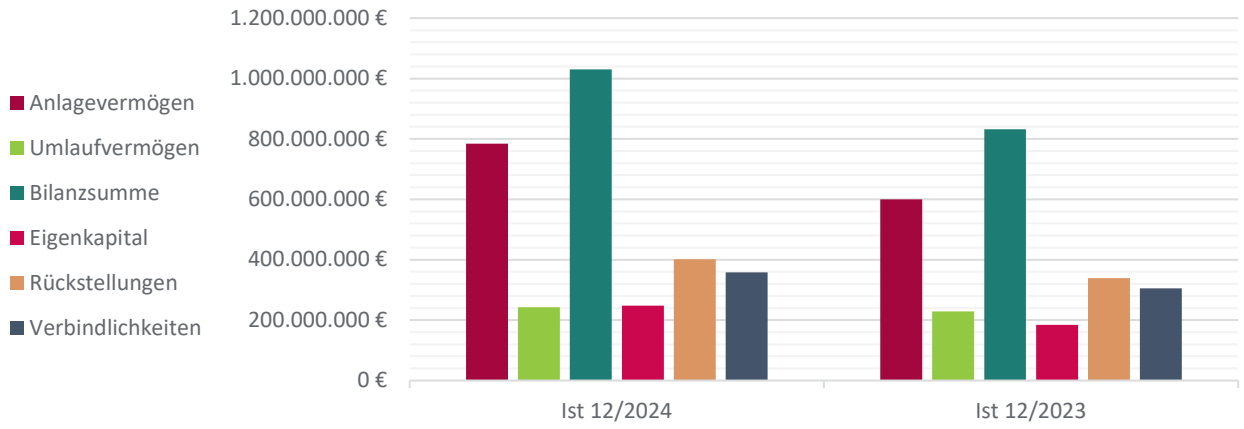


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	729.562.391,42	671.173.000,00	58.389.391,42
dar.: Bruttoumsatzerlöse	748.435.532,45	685.292.000,00	63.143.532,45
dar.: Strom- und Energiesteuer	-18.873.141,03	-14.119.000,00	-4.754.141,03
Bestandsveränderungen	-1.211.059,80	-	-1.211.059,80
Andere aktivierte Eigenleistungen	2.185.469,00	-	2.185.469,00
Sonstige betriebliche Erträge	31.516.725,87	12.837.000,00	18.679.725,87
Gesamtleistung	762.053.526,49	684.010.000,00	78.043.526,49
Materialaufwand	622.405.144,95	561.090.000,00	61.315.144,95
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	430.479.556,61	434.079.000,00	-3.599.443,39
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	191.925.588,34	127.011.000,00	64.914.588,34
Rohergebnis	139.648.381,54	122.920.000,00	16.728.381,54
Personalaufwand	39.682.153,78	31.397.000,00	8.285.153,78
dar.: Löhne und Gehälter	30.786.896,50	11.175.000,00	19.611.896,50
dar.: soziale Abgaben	8.895.257,28	20.222.000,00	-11.326.742,72
Sonstige betriebliche Aufwendungen	74.798.975,96	66.931.000,00	7.867.975,96
EBITDA	25.167.251,80	24.592.000,00	575.251,80
Abschreibungen	16.652.054,17	9.107.000,00	7.545.054,17

dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	16.652.054,17	9.107.000,00	7.545.054,17
EBIT	8.515.197,63	15.485.000,00	-6.969.802,37
Erträge aus Beteiligungen	17.967.040,33	13.745.000,00	4.222.040,33
Erträge aus Gewinnabführung	50.425.252,15	49.125.000,00	1.300.252,15
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	1.891.466,83	933.000,00	958.466,83
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.348.312,76	885.000,00	463.312,76
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.434.749,49	5.577.000,00	857.749,49
EBT	73.712.520,21	74.596.000,00	-883.479,79
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.246.879,57	-	2.246.879,57
Ergebnis nach Steuern	71.465.640,64	74.596.000,00	-3.130.359,36
Sonstige Steuern	1.764.024,04	920.000,00	844.024,04
Aufwendungen aus Gewinnabführung	59.701.616,60	73.676.000,00	-13.974.383,40
dar.: Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter	12.068.547,49	-	12.068.547,49
dar.: Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	47.633.069,11	73.676.000,00	-26.042.930,89
Jahresergebnis	10.000.000,00	0,00	10.000.000,00
Zuführungen in die Rücklagen	10.000.000,00	-	10.000.000,00
Bilanzergebnis	0,00	-	0,00

Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	784.175.441,94	599.864.000,00	184.311.441,94
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.222.067,00	720.000,00	502.067,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	1.222.067,00	76.000,00	1.146.067,00
Geleistete Anzahlungen	0,00	644.000,00	-644.000,00
Sachanlagen	293.969.378,71	157.294.000,00	136.675.378,71
Grundstücke und Gebäude	33.781.220,91	25.707.000,00	8.074.220,91
Technische Anlagen und Maschinen	193.640.000,02	91.134.000,00	102.506.000,02
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	29.986.827,00	23.012.000,00	6.974.827,00

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	36.561.330,78	17.441.000,00	19.120.330,78
Finanzanlagen	488.983.996,23	441.850.000,00	47.133.996,23
Anteile an verbundenen Unternehmen	372.406.963,99	310.437.000,00	61.969.963,99
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	9.521.321,85	9.852.000,00	-330.678,15
Beteiligungen	96.178.907,73	110.025.000,00	-13.846.092,27
Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	10.810.962,61	11.522.000,00	-711.037,39
Sonstige Ausleihungen	65.840,05	14.000,00	51.840,05
Umlaufvermögen	242.866.326,24	229.181.000,00	13.685.326,24
Vorräte	27.282.031,43	22.610.000,00	4.672.031,43
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	388.496,32	282.000,00	106.496,32
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	2.185.506,51	-	2.185.506,51
Fertige Erzeugnisse und Waren	24.708.028,60	22.328.000,00	2.380.028,60
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	166.064.091,50	156.138.000,00	9.926.091,50
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	73.222.237,23	56.653.000,00	16.569.237,23
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	46.655.208,25	53.462.000,00	-6.806.791,75
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	24.567.203,30	33.706.000,00	-9.138.796,70
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	21.619.442,72	12.317.000,00	9.302.442,72
Wertpapiere	45.132,95	-	45.132,95
Anteile an verbundenen Unternehmen	45.132,95	-	45.132,95
Kasse, Bankguthaben, Schecks	49.475.070,36	50.433.000,00	-957.929,64
Rechnungsabgrenzungsposten	3.163.230,44	2.629.000,00	534.230,44
Bilanzsumme	1.030.204.998,62	831.674.000,00	198.530.998,62
Passiva			
Eigenkapital	248.115.505,98	183.873.000,00	64.242.505,98
Gezeichnetes Kapital	58.101.760,00	43.520.000,00	14.581.760,00
Kapitalrücklage	58.369.933,74	18.709.000,00	39.660.933,74
Gewinnrücklagen	131.643.812,24	121.644.000,00	9.999.812,24
Jahresergebnis	-	0,00	0,00
Bilanzergebnis	0,00	-	0,00
Sonderposten	22.182.684,70	2.939.000,00	19.243.684,70
dar.: Sonderposten für Zuwendungen	418.108,70	-	418.108,70
dar.: Baukostenzuschüsse	21.764.576,00	2.939.000,00	18.825.576,00
Rückstellungen	401.486.106,57	339.160.000,00	62.326.106,57
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	252.702.183,00	172.082.000,00	80.620.183,00
Steuerrückstellungen	615.508,26	16.000,00	599.508,26
sonstige Rückstellungen	148.168.415,31	167.062.000,00	-18.893.584,69
Verbindlichkeiten	358.315.393,40	305.597.000,00	52.718.393,40
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	139.821.053,64	128.198.000,00	11.623.053,64
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	25.302.485,25	1.893.000,00	23.409.485,25
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	102.033.613,30	123.982.000,00	-21.948.386,70
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	22.110.112,31	9.778.000,00	12.332.112,31
Sonstige Verbindlichkeiten	69.048.128,90	41.746.000,00	27.302.128,90
Rechnungsabgrenzungsposten	105.307,97	105.000,00	307,97
Bilanzsumme	1.030.204.998,62	831.674.000,00	198.530.998,62

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	3,4	3,7	-0,3
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	3,7	0,0	3,7
Umsatzrentabilität (in %)	1,4	0,0	1,4
Eigenkapitalquote (in %)	24,1	22,1	2,0
Anlagendeckung II (in %)	66,7	59,8	6,9

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	132	-	132
Verschuldungsgrad (in %)	306,2	350,7	-44,4

Organe und deren Zusammensetzung

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen) (ab 01.01.2024)	StädteRegion Aachen

Vorstand

Prokurist/-in

- Herr Frank Brösse
- Frau Alexandra Genten
- Herr Andreas Maul
- Herr Rudolf Roß (bis 06.11.2024)
- Herr Stephan Wolf

Vorstand

- Herr Dr. Christian Becker
- Herr Wilfried Ullrich

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 6 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 35,29 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Grundlage des Unternehmens und Geschäftsmodell

Im Zuge einer Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen wurde im Geschäftsjahr 2024 eine umfassende Kooperation zwischen der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft und der enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath (enwor) umgesetzt. Die enwor hat dabei ihren gesamten operativen Geschäftsbetrieb inklusive ihrer Vermögenswerte und Beteiligungen am 1. Oktober 2024 mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2024 im Wege der Ausgliederung gemäß §123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG auf die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, die zugleich in STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG (STAWAG) umfirmiert wurde, übertragen. Gleichzeitig hat die STAWAG ihr Grundkapital erhöht und die enwor hat als weiter fortbestehende Holdinggesellschaft Aktien in Höhe von 25,1 Prozent des Grundkapitals der STAWAG erhalten. Mit 74,9 Prozent bleibt die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) Mehrheitsaktionärin der STAWAG. Die STAWAG fungiert damit weiterhin als Organgesellschaft der E.V.A. und leistet eine Ausgleichszahlung – aufgeteilt in einen festen als auch einen variablen Anteil – an die enwor als außenstehende Gesellschafterin.

Im Zuge des Zusammenschlusses sind hinsichtlich der übertragenen Vermögenswerte die Stromnetze in Herzogenrath und Würselen, das Gasnetz in Herzogenrath, die Wassernetze in Stolberg, Herzogenrath, Eschweiler, Alsdorf, Baesweiler, Würselen und Roetgen, die Straßenbeleuchtung in Herzogenrath sowie die bestehenden Fernwärme- und Telekommunikationsnetze eigentumsrechtlich von der enwor auf die STAWAG übergegangen. Die technische Betriebsführung für die auf die STAWAG übergegangenen Wassernetze und die Fernwärme- sowie Telekommunikationsnetze erbringt seit dem 1. Oktober 2024 die Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz). Des Weiteren hat die Regionetz, zunächst im Zuge einer Interimsbetriebsführung und ab dem 1. Januar 2025 durch eine Pacht der beiden Stromnetze und des Gasnetzes, den Strom-Netzbetrieb in Herzogenrath und Würselen sowie auch den Gas-Netzbetrieb in Herzogenrath übernommen.

Des Weiteren sind auch die bisherigen Anteile der enwor an den nachfolgenden Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften am 1. Oktober 2024 auf die STAWAG übergegangen. Hierbei handelt es sich um die enwor Netz GmbH, Herzogenrath, (enwor Netz) die WAG Wassergewinnungs- und Aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG), die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH, Übach-Palenberg, (SWÜP), das Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen, (IWA), die Trianel GmbH, Aachen, (Trianel), die Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL), die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen, (TGH), die Trianel Windpark Borkum GmbH & Co. KG,

Aachen, (TWB), die Trianel Windkraftwerke Borkum II GmbH & Co. KG, Oldenburg, (TWB II), die Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG, Aachen, (TOW), Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Aachen, (TEE), die STAWAG Solar GmbH, Aachen, (STAWAG Solar), die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG, Aachen, (SA Giebelstadt II), die Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Ronneburg), die Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Oberwesel II), die Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Oberwesel III), und die Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Beltheim II). Die Beteiligungen, die den Erneuerbaren Energien zuzuordnen sind, wurden zum 31. Dezember 2024 im Rahmen einer Ketteneinbringung von der STAWAG auf die STAWAG Energie übertragen.

Mit Bezug auf den erfolgten Personalübergang sind rund 300 der bisher bei der enwor beschäftigten Mitarbeitenden am 1. Oktober 2024 im Wege von Betriebsteilübergängen nach §613 a BGB auf die STAWAG und deren Gruppengesellschaften, das heißt auf die E.V.A., die FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR) und die Regionetz übergegangen. Die Zuordnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgte dabei nach funktionalen Kriterien zu den Gesellschaften, in denen sie ihre Funktion in der Organisation der STAWAG-Gruppe ausüben.

Durch die Übertragung des Geschäftsbetriebs der enwor auf die STAWAG fungiert die STAWAG nunmehr als Dienstleister rund um Energie und Wasser sowohl in der Stadt als auch in der StädteRegion Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist dabei die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region Aachen mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen, was den umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie betrifft. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze und der städtischen Abwasserkanäle sowie für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe wie auch für Verteilnetzbetreiber effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse, modular auf den Kunden zugeschnitten, angeboten.

Gesteuert werden die vielfältigen Geschäftsaktivitäten innerhalb des STAWAG-Konzerns über eine Bereichs-, eine Geschäftsfeld- und eine Segmentebene. So wird auf der Bereichsebene zwischen „operativem Geschäft“ und „Beteiligungen“ differenziert. **Das operative Geschäft** untergliedert sich innerhalb der STAWAG in die Geschäftsfelder „Kraftwerke/Speicher“, „Wasser (exkl. Vertrieb)“, „Wärme“, „Vertrieb“ und „Sonstige Geschäftsfelder“ sowie in die **operativen Beteiligungen**, die einen bedeutenden Ergebnisbeitrag für das Gesamtergebnis der STAWAG leisten und eine Beteiligungsquote der STAWAG von mindestens 50 Prozent aufweisen.

Das Geschäftsfeld „Kraftwerke/Speicher“ umfasst unter anderem die Beteiligung in Höhe von nunmehr 9,72 Prozent an der TKL mit einem bestehenden Stromliefervertrag zwischen der STAWAG und der TKL. Weiterhin ist dem Geschäftsfeld die Beteiligung an der TGH in Höhe von 18,1 Prozent zugeordnet, das sich in einer zentralen Bewirtschaftung befindet und insofern als reine Finanzbeteiligung der STAWAG fungiert. Letztlich ist dem Geschäftsfeld noch die Beteiligung in Höhe von 13,7 Prozent an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) mit einem bestehenden Speichernutzungsvertrag zwischen der STAWAG und der TGE zuzuordnen.

Im Geschäftsfeld „Wärme“ wird das Wärmegeschäft inklusive dem Fernwärmenetz, der Inselnetze, der Wärmeerzeugungsanlagen und der Endkundengeschäft der STAWAG abgebildet. Auf Basis eines zwischen der STAWAG und der Regionetz bestehenden technischen Betriebsführungsvertrags erbringt die Regionetz den Betrieb und die Instandhaltung sowie die Erneuerung und die Erweiterung der Wärmeversorgungsanlagen inklusive der Wärmenetze und der Wärmeübernahmeanlagen bzw. Wärmeübergabeanlagen.

Im Geschäftsfeld „Wasser“ (exklusive Vertrieb) werden neben der Bewirtschaftung der von der enwor auf die STAWAG übergegangenen Wassernetze auch die erweiterte Dienstleistung (technisch und kaufmännisch) für die WAG, sowie die bisher von der enwor erbrachte Dienstleistung für die SWÜP abgebildet. Vertriebliche Sachverhalte werden in diesem Geschäftsfeld nicht abgebildet, sondern gebündelt im Vertrieb ausgewiesen. Aufwendungen aus der Bewirtschaftung der Wassernetze werden über eine interne Leistungsverrechnung an den Vertrieb weiterbelastet.

Im Geschäftsfeld „Vertrieb“ sind die lokalen und überregionalen Vertriebs- und Beschaffungsaktivitäten für die Sparten Strom, Gas und Wasser gebündelt. Die ursprünglich vertriebliche Wärmesparte wurde bereits im Geschäftsjahr 2018 in das neue Geschäftsfeld „Wärme“ der STAWAG überführt.

Dem Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftsfelder“ ist die bestehende Dienstleistungsbeziehung zwischen der STAWAG und der Regionetz für die Erbringung zentraler Dienste und für IT-Dienstleistungen zugeordnet. Weiterhin ist in dem Geschäftsfeld sowohl die Dienstleistungsbeziehung zwischen der STAWAG und der WAG für die Wassergewinnungsaktivitäten und für die Wasserlabordienstleistungen als auch für das Straßenbeleuchtungs- und Abwassergeschäft abgebildet. Im Zuge der bestehenden Betriebsführungsverträge übernimmt die Regionetz im Innenverhältnis alle Rechte und Pflichten der STAWAG aus dem bestehenden bzw. neuen Straßenbeleuchtungsvertrag mit der Stadt Aachen bzw. der Stadt Herzogenrath und aus dem Abwasserbeseitigungsvertrag zwischen der STAWAG und der Stadt Aachen. Durch den Zusammenschluss mit der enwor ist unter dem Geschäftsfeld auch das Netzeigentum Strom und Gas sowie die Telekommunikation subsumiert. Der Bereich Telekommunikation definiert sich durch die Vermietung von Breitbandkabel an Telekommunikationsunternehmen.

Aus den „operativen Beteiligungen“ vereinnahmt die STAWAG des Weiteren entsprechende Ergebnisbeiträge der Regionetz, der FACTUR, der STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie) sowie der WAG.

Mit Wirkung bereits zum 1. Januar 2018 haben die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, (EWV) und die STAWAG ihre jeweiligen Netzbetreiber-Gesellschaften, die RegioTemp GmbH (vormals: regionetz GmbH), Eschweiler, (RegioTemp) und die INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST) zusammengeführt. Die bisherige INFRAWEST firmiert seit dem 2. Januar 2018 unter der Firma Regionetz GmbH und führt somit die Firma der bisherigen regionetz GmbH bei anderer Schreibweise fort, die ab dem gleichen Zeitpunkt in RegioTemp GmbH umbenannt wurde. Gesellschafter der Regionetz sind die STAWAG mit einem Anteil von 50,8 Prozent und die EWV mit einem Anteil von 49,2 Prozent. Mit der STAWAG besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV), der auch die Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWV regelt. Die Regionetz betreibt aktuell die Stromnetze in den Städten und Gemeinden Aachen, Aldenhoven, Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Jülich (nur Außengebiete), Linnich, Monschau, Rösrath, Ruppichteroth, Simmerath, Stolberg, Titz, Wachtberg und Würselen. Hierbei erfolgt der Betrieb der Stromnetze in Aldenhoven, Baesweiler, Jülich und Linnich im Geschäftsjahr 2024 teilweise durch eine Pacht der Netze von der EWV, die diese wiederum von der heutigen Westenergie AG, Essen, (Westenergie) angepachtet hat. Der Betrieb der Stromnetze in den Kommunen Simmerath und Monschau erfolgt ebenfalls durch Pacht von den hundertprozentigen Tochtergesellschaften der STAWAG, der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur) und der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur). Schließlich werden auch die Stromnetze in Rösrath von der dortigen StadtWerke Rösrath - Energie GmbH, Rösrath, (SWR-E), in Wachtberg von der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) und ab dem 1. Januar 2024 in Ruppichteroth von der dortigen Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH, Ruppichteroth, (GWR) im Rahmen eines Pachtmodells betrieben.

Seit dem 31. Dezember 2019 pachtet die Regionetz die Strom- und Gasnetze im Stadtgebiet Alsdorf von der Alsdorf Netz GmbH, Aachen, (ANG). Diese Gesellschaft ist eine gemeinsame Gesellschaft der Stadtwerke Alsdorf GmbH, Alsdorf (SWA) und der Regionetz. Die Regionetz ist mit 50,1 Prozent der Anteile am Stammkapital Mehrheitsgesellschafterin der Gesellschaft.

Zum 1. Januar 2025 haben die Westenergie und die Regionetz ihre jeweiligen Anteile am Stromnetz in Linnich an die Gelsenwasser Energienetze GmbH, Gelsenkirchen, (GEN GmbH) verkauft. Die Regionetz hat diese zum 1. Januar 2025 wiederum langfristig zurückgepachtet, sodass es zu keiner Änderung beim Netzbetrieb gekommen ist.

Seit dem 1. Januar 2020 pachtet die Regionetz zusätzlich die Gasnetze im Stadtgebiet Dinslaken und im Ortsteil Bruckhausen der Gemeinde Hünxe von der Stadtwerke Dinslaken GmbH, Dinslaken, (SW Dinslaken). Hierzu wurde ein entsprechender Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit den SW Dinslaken geschlossen.

Für den Betrieb der Gasnetze ist die Regionetz in den Städten und Gemeinden Aachen, Aldenhoven, Alsdorf, Baesweiler, Dinslaken und Teilen von Hünxe-Bruckhausen, Eschweiler, Gangelt, Geilenkirchen, Herzogenrath, Inden, Langerwehe, Monschau, Niederzier, Roetgen, Selfkant, Simmerath, Stolberg, Titz, Übach-Palenberg, Wassenberg und Würselen verantwortlich. Dabei erfolgt der Betrieb der Gasnetze in Alsdorf, Dinslaken und Hünxe-Bruckhausen im Rahmen eines Pachtmodells, die anderen Netze befinden sich hingegen im Eigentum der Regionetz.

Mit Wirkung zum 31. Dezember 2024 hat die Regionetz die Gasverteilnetze in den Kommunen Selfkant, Gangelt, Wassenberg und Geilenkirchen an die NEW Netz GmbH, Geilenkirchen, (NEW Netz) verkauft und zunächst bis zum 31. Dezember 2025 zurückgepachtet, sodass der Netzbetrieb weiterhin durch die Regionetz erfolgen wird. Zum 1. Januar 2026 wird in diesen Netzen dann der Netzbetreiberwechsel von der Regionetz zur NEW Netz vollzogen. Regionetz übernimmt

dann ab dem 1. Januar 2026 im Auftrag der NEW Netz aber zunächst weiter die technische Betriebsführung der jeweiligen Verteilnetze. Zusätzlich wurden ebenfalls zum 31. Dezember 2024 zwei weitere Tochtergesellschaften der Regionetz gegründet. In die Hochdruckring Kreis Heinsberg GmbH, Aachen, (HDEG) hat die Regionetz den Hochdruckring im Kreis Heinsberg eingebracht. An dieser Gesellschaft wird sich zum 1. Januar 2026 dann auch die NEW Netz beteiligen. Die Übach-Palenberg Netz GmbH, Geilenkirchen, (ÜPNG) wurde gemeinsam von Regionetz mit einem Gesellschaftsanteil von 48,3 Prozent und der NEW Netz mit einem Anteil von 51,7 Prozent gegründet. Regionetz und NEW Netz haben in die Gesellschaft die bisher in ihrem Eigentum stehenden Gas- (Regionetz) und Stromnetze (NEW Netz) in Übach-Palenberg eingelegt und zum gleichen Zeitraum jeweils wieder von dieser Gesellschaft zurückgepachtet, sodass sich keine Änderung beim jeweiligen Netzbetrieb ergibt.

Die Regionetz ist über die Belange der Netznutzung im Sinne einer dauerhaften Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit hinaus auch für die Instandhaltung, die Substanzerhaltung und für die Weiterentwicklung der Versorgungsnetze sowie der Versorgungsanlagen zuständig. Die Regulierung des Netzzugangs und der Netznutzungsentgelte erfolgt für die Strom- und Gasnetze durch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Bonn, (BNetzA). Neben dem Betrieb der regulierten Strom- und Gasnetze übernimmt die Regionetz überdies Leistungen für den Betrieb nicht regulierter Ver- und Entsorgungsnetze, vor allem für die Gesellschafterinnen STAWAG und EWV.

In der STAWAG Energie, einer 100-Prozent-Tochtergesellschaft der STAWAG, sind die Projektierungs- und Erzeugungskapazitäten im Bereich der Windenergie und der Photovoltaik gebündelt. Die Gesellschaft deckt dabei die gesamte Wertschöpfungskette von der Projektentwicklung bis hin zur Realisierung sowie den Betrieb von Wind- und von Photovoltaikanlagen ab. Bestandteil des Geschäftsmodells ist hierbei auch die (Teil-)Veräußerung von entwickelten Projekten. Im Zuge des Zusammenschlusses mit der enwor sind die Gesellschaftsanteile an den Beteiligungsgesellschaften, die den Erneuerbaren Energien zuzuordnen sind, wie TWB, TWB II, TOW, TEE, STAWAG Solar GmbH, SA Giebelstadt II, SP Ronneburg, WP Oberwesel II, WP Oberwesel III und WP Beltheim II, zum 31. Dezember 2024 über eine Ketteneinbringung von der STAWAG auf die STAWAG Energie übergegangen.

Die 100-Prozent-Tochtergesellschaft FACTUR ist ein Dienstleistungsunternehmen, das für lokale und bundesweit agierende Energievertriebe und Verteilnetzbetreiber – wie die Regionetz – effiziente und qualitätsgesicherte Dienstleistungen rund um den Kundenservice, die Ablesung, die Abrechnung sowie das Zahlungs- und Forderungsmanagement erbringt. Das Leistungsspektrum der FACTUR reicht dabei von der Konzeption einer passenden IT-Plattform über den Aufbau, die Einrichtung und die Anbindung notwendiger Subsysteme bis hin zur operativen Übernahme sämtlicher Kundenservice- und Billingprozesse.

Die WAG in der Verantwortung mit der überörtlichen Wassergewinnung und -aufbereitung ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der STAWAG. Seit dem Geschäftsjahr 2018 sind sämtliche Anlagen zur Frischwassergewinnung eigentumsrechtlich in der WAG gebündelt. Darunter fallen die Dreilägerbachtalsperre in Roetgen, die Kalltalsperre in Simmerath und sechs Grundwasserwerke. Neben der STAWAG beliefert die WAG die WML Waterleiding Maatschappij Limburg, Limburg, (WML), den Wasserversorgungszweckverband Perlenbach, Monschau, (Zweckverband Perlenbach), die Stadtwerke Düren GmbH, Düren, (SWD) und den Wasserleitungszweckverband Langerwehe, Langerwehe, (Zweckverband Langerwehe) mit Trinkwasser.

Im Bereich „Beteiligungen“ werden die beiden Geschäftsfelder „Stadtwerkebeteiligungen“ und „Sonstige Beteiligungen“ unterschieden. Unter den Stadtwerkebeteiligungen sind die Stadtwerke Lübeck Energie GmbH, Lübeck, (SW Lübeck, Anteilsquote: 25,1 Prozent), die GWR (Anteilsquote: 49 Prozent), die SWR-E (Anteilsquote: 49 Prozent) und die enewa (Anteilsquote: 49 Prozent) gebündelt. Des Weiteren hält die STAWAG mit der SWÜP (Anteilsquote: 25,1 Prozent) im Zuge der Übertragung des Geschäftsbetriebs der enwor auf die STAWAG eine zusätzliche Stadtwerkebeteiligung. Bei den sonstigen Beteiligungen handelt es sich um die NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen, Anteilsquote: 16 Prozent), die Trianel GmbH, Aachen, (Trianel, Anteilsquote: 14,18 Prozent), die Technischen Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN, Anteilsquote: 2 Prozent), das IWA (Anteilsquote: 76 Prozent) und die PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen, Anteilsquote: 50 Prozent).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2024 dauerten die geopolitischen Spannungen und die damit verbundenen Unsicherheiten für die Wirtschaft weiter an und spiegelten sich auch in der Entwicklung des Wirtschaftswachstums wider. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das gesamte Jahr 2024 im Euroraum um 0,9 Prozent angestiegen ist, (Quelle: Eurostat – Euroindikatoren, Veröffentlichung vom 7. März 2025) liegt das preisbereinigte BIP in Deutschland gemäß dem Statistischen Bundesamt sogar um 0,2 Prozent niedriger als im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2025).

Gründe hierfür waren Unsicherheiten, die Verbrauch und Investitionen belasteten, sowie eine schwächere Nachfrage nach Industriegütern. Zudem wirkte die restriktive Geldpolitik der letzten Jahre nach, auch wenn die EZB (Europäische Zentralbank) den Leitzins im Jahr 2024 viermal auf 3 Prozent zum Jahresende gesenkt hat. Die Verbraucherpreise haben sich in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 Prozent gegenüber dem Jahr 2023 erhöht. (Quelle: Statistisches Bundesamt, ‚Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2025). Damit fiel die Inflation deutlich geringer aus als in den drei vorangegangenen Jahren. Im Jahresdurchschnitt hatte sie im Jahr 2023 bei +5,9 Prozent und im Jahr 2022 sogar bei +6,9 Prozent gelegen (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2025).

Trotz der anhaltenden Wirtschaftsflaute im Jahr 2024 hat sich der Arbeitsmarkt im Kern weiterhin behauptet. Die Arbeitslosigkeit hat sich von Januar bis im Dezember 2024 lediglich um 0,3 Prozent erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2024 waren rund 46,1 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig und damit so viele wie noch nie zuvor. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 72 000 Personen bzw. 0,2 Prozent gestiegen (Quelle: Destatis, Pressemitteilung Nr. 001 vom 2. Januar 2025).

Die Witterung des Jahres 2024 war insgesamt milder als im Vorjahr, obwohl das Vorjahr bereits überdurchschnittlich warm war. Außergewöhnlich hoch fielen die Niederschlagsmengen 2024 aus und lagen bis November in neun Monaten oberhalb des langjährigen Mittels, während die Sonnenscheindauer vor allem im ersten Halbjahr unterdurchschnittlich war. Auch das Windaufkommen war im Jahresverlauf tendenziell niedriger als im langjährigen Mittel. (Quelle: bdew, Die Energieversorgung 2024 – Jahresbericht vom 18. Dezember 2024).

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2024 erneut um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und liegt mit 357,5 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) auf einem neuen Tiefstand. Verglichen mit dem bisherigen Höchststand des Jahres 1990 wurden 30 Prozent gespart.

Der Erdgasverbrauch ist im Jahr 2024 um knapp 3 Prozent auf rund 92,9 Mio. t SKE gestiegen. Die Nachfragesteigerung ist auf das gesunkene Preisniveau zurückzuführen.

Insbesondere energieintensive Industriezweige erhöhten 2024 ihren Erdgaseinsatz. Aber auch Haushalte sowie Verbraucher im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen verbrauchten etwas mehr Erdgas. Die Stromerzeugung aus Erdgas lag mit 1 Prozent im Plus, die Fernwärmeerzeugung aus Erdgas stieg um 3 Prozent.

Für das Gesamtjahr 2024 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO2-Emissionen insbesondere durch den weiteren Rückgang des Verbrauchs von Kohlen von circa 3 Prozent bzw. etwa 17 Millionen Tonnen. Der Beitrag der Erneuerbaren Energien erhöhte sich im Jahr 2024 insgesamt um 1,6 Prozent, wobei Strom aus Wasserkraft und Photovoltaik um 4 Prozent zulegte. Die Stromerzeugung aus Windenergie verharrte witterungsbedingt auf dem Vorjahresniveau (Quelle: AG Energiebilanzen e. V., Pressedienst vom 18. Dezember 2024).

Energiepolitisches Umfeld

Die Energiepolitik auf nationaler und europäischer Ebene war auch im Geschäftsjahr 2024 geprägt von zahlreichen gesetzgeberischen Anpassungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Im Zentrum standen dabei Maßnahmen, mit denen die zukünftige Einhaltung der Klimaziele sichergestellt werden soll. So haben sich bei der UN-Klimakonferenz COP29 in Baku, Aserbaidschan, Staats- und Regierungschefs von fast 200 Ländern zusammengefunden und einen neuen Rahmen für die internationale Finanzierung von Klimaschutz und die Anpassung an die Klimafolgen beschlossen. Demnach soll der jährliche Beitrag in erster Linie der Industriestaaten bis zum Jahr 2035 auf mindestens 300 Milliarden Dollar

erhöht werden. Nicht weiter vorangekommen ist man hingegen bezüglich neuer Beschlüsse zur Abkehr von fossilen Brennstoffen und zur Senkung des Treibhausgasausstoßes.

Mit der Veröffentlichung des Eckpunktepapiers „Netze. Effizient. Sicher. Transformiert." (NEST-Prozess) am 18. Januar 2024 hat die BNetzA einen Prozess zur Überprüfung des aktuellen Regulierungsrahmens im Hinblick auf die infolge der Energie- und Klimawende stark steigenden Anforderungen an die Netzbetreiber in der fünften Regulierungsperiode (Gas ab 2028, Strom ab 2029) gestartet. Im Kontext der Weiterentwicklung des Regulierungsrahmens muss die BNetzA zur Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung aus 2021 geltende Rechtsverordnungen durch Festlegungen gestuft bis 2028 ablösen. Im Januar 2025 hat die Behörde den aktuellen Stand der jeweiligen Arbeiten als Zwischenergebnis veröffentlicht. Bisheriger Fokus im NEST-Prozess sind die mögliche Einführung eines pauschalisierten Ansatzes der regulatorischen Kapitalkostenbestimmung (WACC-Modell) unter Berücksichtigung der Anpassung der zukünftigen Bestimmung der Eigen- und Fremdkapitalkosten, die Verkürzung der Regulierungsperioden, die unterperiodische Berücksichtigung von energiewendebedingt schneller steigenden Betriebskosten, die künftige Anwendung von allgemeinen und individuellen Effizienzvorgaben und die regulatorischen Rahmenbedingungen der Gastransformation in der Anreizregulierung.

Mit der Kraftwerksstrategie der Bundesregierung vom 5. Februar 2024 soll der sofortige Ausbau neuer, moderner, hochflexibler und klimafreundlicher Kraftwerke (H2-ready) durch Ausschreibungen gefördert werden, die dann ab 2028 in einen Kapazitätsmechanismus eingebunden werden. Im August 2024 veröffentlichte die Bundesregierung ein Papier mit Optionen für das Strommarktdesign der Zukunft. Darin enthalten ist ein Vorschlag für einen hybriden Kapazitätsmarkt. Dieser sieht vor, den Markt in zwei Teile zu gliedern: einen zentralen Kapazitätsmarkt für Investitionen mit längeren refinanzierungszeiträumen und einen dezentralen Markt, der Bilanzkreisverantwortlichen den Zugang zu Kapazitätszertifikaten ermöglicht und sie dazu verpflichtet, zu bestimmten Zeiten im Jahr die jeweilige Höchstlast sicherzustellen.

Bundestag und Bundesrat haben Ende April 2024 das Solarpaket I beschlossen, um den Ausbau Erneuerbarer Energien weiter zu beschleunigen. Das Gesetzespaket unterstützt sowohl den Ausbau von Photovoltaik- als auch von Windkraftanlagen. Bereits bestehende Windenergiegebiete werden zu sogenannten Beschleunigungsgebieten erklärt, in denen die Genehmigung weiterer Windenergievorhaben deutlich schneller erteilt werden kann. Auch die Einführung einer Duldungspflicht für die Verlegung und den Betrieb von Netzanschlussleitungen sowie für Überfahrtsrechte bei Erneuerbaren Energien soll sich positiv auf die Umsetzungsgeschwindigkeit von Projekten auswirken, die auf Flächen der öffentlichen Hand geplant sind. Für Photovoltaikdachanlagen bei gewerblich genutzten Gebäuden und Mehrfamilienhäusern sind im Solarpaket I zahlreiche Verbesserungen enthalten. So erleichtert das Modell der „gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung" die Weitergabe von Photovoltaikstrom in Mehrfamilienhäusern. Darüber hinaus wird der Einsatz von Stromspeichern vereinfacht, wenn durch die Speicherung von Strom aus Erneuerbaren Energien und aus dem Netz eine Mischnutzung stattfindet.

Die aktuelle energiepolitische Debatte in Europa und Deutschland ist weiterhin stark von finanziellen Fragestellungen geprägt. Die Finanzierung der Energiewende erfordert erhebliche Investitionen, dessen Finanzierung jedoch nicht gesichert ist. Die öffentlichen Mittel reichen nicht aus, so dass die Finanzkraft sowie die Verschuldungsfähigkeit der Energiewirtschaft unter den gegebenen Rahmenbedingungen begrenzt sind. Nach den Europawahlen im Juni 2024 und der Wiederwahl von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin haben sich die Prioritäten der EU in Richtung Wettbewerbsfähigkeit und Marktintegration bewegt. Ein Clean Industrial Deal soll hier zentrale Hebel ansetzen und dürfte stark durch Mario Draghis Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU geprägt sein. Er plädiert dafür, Innovationslücken zu schließen, Energiekosten zu senken und die Versorgungssicherheit zu stärken. Draghis Empfehlungen umfassen die technologische Aufholjagd gegenüber den USA und China, eine Kombination aus Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie den Aufbau einer Kapitalmarktunion zur Nutzung privaten Kapitals.

Darüber hinaus hat der Gesetzgeber im Juni 2024 das Bundesimmissionsschutzgesetz novelliert. Insbesondere Windkraftanlagen an Land profitieren von den beschlossenen Regelungen, die das zentrale Genehmigungsverfahren beschleunigen und entbürokratisieren sollen. Beispielsweise wird der Anwendungsbereich von vereinfachten Repowering-Verfahren, in denen Altanlagen durch neuere leistungsstärkere Anlagen ersetzt werden, deutlich ausgeweitet.

Der Prozess zur EU-Strommarktreform wurde als Reaktion auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine gestartet. Die Beschlüsse in der ersten Jahreshälfte 2024 sollen für stabilere Strompreise und einen besseren Schutz der Verbraucher bei künftigen Krisen sorgen. Dabei wird das grundsätzlich funktionierende Prinzip der Strommärkte nicht verändert. Auf eine erneute Erlösabschöpfung für bestimmte Stromerzeugungstechnologien wurde verzichtet. Veränderungen

wird es im Bereich der Erneuerbaren Energien geben. Hier haben die Mitgliedsstaaten nach Inkrafttreten der novellierten Richtlinie drei Jahre Zeit, um die Förderung auf freiwillige zweiseitige Differenzverträge (Contracts for Differences, CfDs) bzw. wirkungsgleiche Mechanismen umzustellen. Dabei sind in Zeiten mit sehr hohen Strompreisen Zahlungen von geförderten Anlagen an den Staat vorgesehen, um eine Überförderung zu vermeiden.

Anfang August 2024 trat das Gasbinnenmarkt-Paket der EU in Kraft, das den europäischen Rahmen zur Gestaltung der Zukunft der Gasnetze setzt. Die Regelungen ermöglichen es Gasverteilnetzbetreibern, zukünftig auch Wasserstoffverteilnetze zu betreiben. Ferner sind sie verpflichtet, Stilllegungspläne für Teilnetze zu entwickeln, in denen die Gasnachfrage absehbar sinken wird. Gleichzeitig hat die BNetzA von ihren Ende des Jahres 2023 erheblich ausgeweiteten Kompetenzen Gebrauch gemacht und eine umfassende Anpassung des regulatorischen Rahmens der Gas- und Stromnetze angestoßen, um die Netzinfrastrukturen an die sich verändernden Zukunftsszenarien anzupassen.

Auf nationaler Ebene erhielt die Wärmewende mit der Verabschiedung des novellierten Gebäudeenergie-Gesetzes (Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung Erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden – GEG) und des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (WPG) einen neuen rechtlichen Rahmen. Das WPG regelt Einzelheiten zur verpflichtenden Einführung einer kommunalen Wärmeplanung ab 2026 beziehungsweise 2028 (für Kommunen > 100 000 Einwohner). Das GEG regelt Einzelheiten zur Umsetzung der Wärmewende für Eigentümer von Neubauten und Bestandsgebäuden.

Im ersten Halbjahr 2024 haben Bundesregierung und BNetzA zudem die Rahmenbedingungen zur Errichtung des Wasserstoff-Kernnetzes geschaffen. Nachdem die EU-Kommission die deutsche Beihilferegelung genehmigt hat und die Fernleitungsbetreiber ihren Antrag zum Wasserstoff-Kernnetz eingereicht haben, wurde das beantragte Kernnetz von der BNetzA im Oktober 2024 genehmigt. Das zukünftige Wasserstoff-Kernnetz soll dabei Wasserstoff-Infrastrukturen beinhalten, die sukzessive bis 2032 in Betrieb gehen sollen. Vorgesehen ist eine Finanzierung über sogenannte Amortisationskonten, die die Höhe der Netzentgelte in der Hochlaufphase begrenzen und eine zeitlich gestreckte Vereinnahmung in der Zukunft ermöglichen. In welchem Umfang Verteilnetze zukünftig als Abtransportnetze für Wasserstoff aus dem Kernnetz fungieren werden, wird davon abhängen, wie der Wasserstoffhochlauf von den unterschiedlichen Kundengruppen angenommen wird. Neben der räumlichen Nähe von Verteilnetzinfrastruktur zu Kernnetzleitungen wird vor allem der noch festzulegende Finanzierungsrahmen für Wasserstoffnetze außerhalb des Kernnetzes eine mögliche Transformation beeinflussen.

Im September 2024 hat die BNetzA den Beschluss zur Anpassung von kalkulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten von Erdgasleitungsinfrastrukturen (KANU 2.0) veröffentlicht. Dieser reflektiert die Dekarbonisierungsziele des Bundes, der eine Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 anstrebt (§3 KSG), und zielt darauf ab, die schon länger von der Branche adressierte Problematik einer vollständigen regulatorischen Amortisation von Gasnetzbestandsanlagen zu lösen. Der Beschluss ermöglicht damit den Ansatz deutlich kürzerer kalkulatorischer Nutzungsdauern.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat Ende Oktober 2024 einen zweiten Referentenentwurf zu Änderungen des EnWG und des Erneuerbaren Energien Gesetztes (EEG) vorgelegt, der um eine Novelle des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG) und Maßnahmen zur Umsetzung der Wachstumsinitiative der Bundesregierung von Juli 2024 ergänzt wurde. Die vorgeschlagenen Änderungen sollen vor allem die Flexibilität im Stromsystem erhöhen. Dadurch soll die Häufigkeit und Intensität von Spitzen bei der Stromerzeugung adressiert sowie die flächendeckende Installation digitaler Smart Meter unterstützt werden.

Im Rahmen der Festlegung des so genannten Eigenkapitalzinssatzes I (EK I) für die vierte Regulierungsperiode (Jahr 2023 bis Jahr 2027 für Gas und Jahr 2024 bis Jahr 2028 für Strom) hat die BNetzA den EK-Zinssatz für Neuanlagen (ab dem Jahr 2006 aktivierte Anlagegüter) zunächst auf 5,07 Prozent und für Altanlagen (vor dem Jahr 2006 aktivierte Anlagegüter) auf 3,51 Prozent - jeweils vor Körperschaftsteuer - festgelegt. Aufgrund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus sind diese Werte niedriger als die in der dritten Regulierungsperiode festgelegte Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 6,91 Prozent (für Neuanlagen) bzw. 5,12 Prozent (für Altanlagen). Zahlreiche Netzbetreiber hatten Rechtsbeschwerde gegen die Festlegung der zulässigen Eigenkapitalverzinsung eingelegt, da aus Sicht der Branche unter anderem die Berechnung der Marktrisikoprämie durch die BNetzA fehlerhaft erfolgt ist. Die BNetzA hat vor dem Bundesgerichtshof (BGH) Rechtsbeschwerde gegen das Urteil des Oberlandesgericht Düsseldorf eingelegt, das den Netzbetreibern in ihrer ursprünglichen Klage im August 2023 in erster Instanz Recht gegeben hatte. Das Urteil des BGH vom 19. Dezember 2024 bestätigt die Festlegung nunmehr jedoch, sodass diese somit rechtskräftig werden wird.

Ende November 2023 hat die BNetzA mit der Festlegung zu §14a des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) auch die Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und Netzanschlüssen in der Niederspannung durch den Verteilnetzbetreiber geregelt. Der Verteilnetzbetreiber kann danach den Leistungsbezug aller steuerbaren Verbrauchseinrichtungen, die ab dem 1. Januar 2024 in Betrieb gehen, auf bis zu 4,2 kW reduzieren, wenn dies für den sicheren Netzbetrieb notwendig ist. Zulässig sind dabei sowohl die Direktsteuerung der einzelnen Verbrauchseinrichtung als auch die Steuerung über ein kundeneigenes Energiemanagement-System (HEMS). Im Gegenzug können die Betreiber der steuerbaren Verbrauchseinrichtungen zwischen einer pauschalen Netzentgeltreduzierung oder einer prozentualen Absenkung des Arbeitspreises wählen. Außerdem haben die Betreiber steuerbarer Verbrauchseinrichtungen einen Anspruch auf Anschluss unabhängig von der vorhandenen Netzkapazität.

Geschäftsverlauf des Jahres 2024

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2024 der STAWAG ist im Wesentlichen von der rückwirkend zum 1. Januar 2024 erfolgten Einbringung des gesamten Geschäftsbetriebs der enwor in die STAWAG geprägt. Das Jahresergebnis der STAWAG vor Körperschaftsteuer liegt im Geschäftsjahr 2024 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung der fusionierten Unternehmen bei rund 71,9 Mio. Euro. Aufgrund einer erstmalig vorgenommenen integrierten kaufmännischen Betrachtung beider Häuser wird von einem Planvergleich nachfolgend abgesehen.

Im konventionellen Erzeugungsbereich konnte die STAWAG für die TKL (Anteilsquote neu: 9,72 Prozent) im Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis in Höhe von 2,4 Mio. Euro erwirtschaften. Insbesondere infolge frühzeitig erfolgter Termingeschäfte sowie hoher Deckungsbeiträge am Spotmarkt während kurzfristig hoher Marktpreisphasen (sogenannte „Dunkelflaute“) konnte trotz niedriger Clean-Dark-Spreads ein ausgeglichenes Vermarktungsergebnis erreicht werden. Zusätzlich wurden deutlich positive periodenfremde Erträge aus dem Geschäftsjahr 2023, die sich im Wesentlichen aus sogenannten Re-Dispatch-Einsätzen des Kraftwerks insbesondere zum Jahresende 2023 ergeben haben, vereinnahmt. Gegenläufig hat die STAWAG die zum Ende des Jahres 2023 bereits bestehende Drohverlustrückstellung für den bis zum angenommenen Stilllegungszeitpunkt im Jahr 2033 erwarteten defizitären Kraftwerksbetrieb Lünen zum 31. Dezember 2024 um 1,7 Mio. Euro auf dann 77,9 Mio. Euro erhöht, wovon eine bestehende Drohverlustrückstellung in Höhe von 11,6 Mio. Euro aus der Übernahme des Geschäftsbetriebs der enwor resultiert.

Neben der Beteiligung am Steinkohlekraftwerk Lünen ist die STAWAG an der TGH (Anteilsquote neu: 18,12 Prozent) beteiligt. Im Gegensatz zur TKL besteht zwischen der TGH und den Gesellschaftern kein Stromliefervertrag (PPA-Vertrag). Das Gaskraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung der STAWAG. Aus dem von der STAWAG an die TGH gewährten Gesellschafterdarlehen, das seinerzeit für die vorzeitige Ablösung bestehender Bankdarlehen von den Gesellschaftern der TGH ausgereicht wurde, erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2024 Zinserträge von rund 0,6 Mio. Euro. Aktuell beträgt die Forderung für das gewährte Gesellschafterdarlehen 9,7 Mio. Euro. Es ist davon auszugehen, dass eine Rückführung des ausgereichten Gesellschafterdarlehens sowie Ergebnisabführungen und Rückführungen des Eigenkapitals an die Gesellschafter kurz- bis mittelfristig erfolgen werden.

Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG zudem an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Im Geschäftsjahr 2024 erzielt die STAWAG mit dem Gasspeicher Epe ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis. Für den Betrachtungszeitraum bis zum Ende des Speicherzugangsvertrags im April 2028 hat die STAWAG in der Vergangenheit bereits Drohverlustrückstellungen gebildet, die sich zum 31. Dezember 2024 auf rund 7,7 Mio. Euro belaufen.

Im Geschäftsfeld „Wärme“ wird ein voraussichtlicher Verlust von rund –1,9 Mio. Euro erzielt. Hierbei sind die von der enwor auf den Wärmebereich der STAWAG übergehenden Anlagen berücksichtigt. Positiv wird das Ergebnis durch die Nichteinführung von geplanten CO2- Zertifikatskosten für das eingesetzte Biomethan beeinflusst. Im Bereich Nahwärme und Quartier/Einzelprojekte führten die Insolvenzen der Landwärme GmbH und der Landwärme Services GmbH zu einer notwendigen bilanziellen Korrektur des bestehenden Vorratsvermögens für Biomethan in der Bilanz der STAWAG. Aufgrund des Ausgleichs der zunächst angenommenen fehlenden Biomethan-Mengen konnten die entsprechenden BHKWs entgegen der ursprünglichen Erwartung dennoch betrieben werden, was den negativen Ergebniseffekt hieraus abmildert. Darüber hinaus führt die Verschiebung der von der Stadt Aachen gewünschten Leitungsverlegung am Theaterplatz von 2024 auf Anfang 2025 zu einem positiven Ergebniseffekt, da sich die geplanten Einmalaufwendungen aus einer Sonderabschreibung ebenfalls verschieben. Gegenläufig führen die spätere Inbetriebnahme von Neuanschlüssen und ein merklicher Absatzrückgang bei einzelnen Großkunden zu geringeren Wärmeerlösen.

Im Geschäftsfeld „Vertrieb“ hatten die Preisentwicklungen an den Energiemärkten infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine einen wesentlichen Einfluss auf die vertriebliche Strom- und Gassparte im Geschäftsjahr 2023. Im Jahr 2024 ging das Marktpreisniveau sowohl in der Strom- als auch in der Gassparte im Vergleich zum Vorjahr zurück, verblieb jedoch weiterhin auf einem relativ hohen Niveau.

In der Stromsparte sind die Absatzmengen im Privat- und Gewerbekundensegment trotz erhöhten Kundenverlusten auf 376 Gigawattstunden angestiegen und haben den Ergebnisbeitrag entsprechend erhöht. Die Preise der STAWAG-Grundversorgung wurden zum 1. Mai 2024 aufgrund gesunkener Beschaffungskosten gesenkt. Zudem haben positive Effekte insbesondere aus Mehr-/Mindermengenabrechnungen sowie die Inanspruchnahme der im Jahresabschluss 2023 gebildeten Drohverlustrückstellung das Spartenergebnis positiv beeinflusst. Auch im Geschäftskundensegment brachte die Absatzsteigerung auf 208 Gigawattstunden einen positiven Ergebnisbeitrag mit sich.

In der Gassparte ist der Kundenzuwachs durch die enwor geringer ausgefallen und konnte die Mengenentwicklungen im Privat- und Gewerbekundensegment aufgrund von warmer Witterung und Kundenwechseln nicht kompensieren, der Absatz ist auf 695 Gigawattstunden gesunken. Die Preise wurden über das gesamte Jahr konstant gehalten. Positive Effekte aus Mehr-/Mindermengenabrechnungen, BilA-Korrekturen des Vorjahres sowie auch hier aufgrund der Inanspruchnahme einer Drohverlustrückstellung aus dem Jahresabschluss 2023 haben das Spartenergebnis positiv beeinflusst. Im Geschäftskundensegment ist der Absatz insbesondere durch Zuwächse im Bereich der Wohnungswirtschaft auf 395 Gigawattstunden angestiegen.

In der vertrieblichen Wassersparte hat sich die geplante Absatzmenge von rund 15 Mio. m³ in etwa verdoppelt, demzufolge ist auch der Ergebnisbeitrag deutlich höher ausgefallen.

Im Geschäftsfeld Wasser wird im Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis von rund 6,2 Mio. Euro erzielt. In dem Geschäftsfeld werden neben der Bewirtschaftung der Wassernetze der bisherigen enwor-Kommunen auch die erweiterte Dienstleistung für die WAG sowie die bisher von der enwor erbrachten Dienstleistungen für die SWÜP abgebildet. Nicht berücksichtigt sind vertriebliche Sachverhalte, die gebündelt im Bereich Vertrieb ausgewiesen werden. Hierfür werden die Aufwendungen aus der Bewirtschaftung der Wassernetze über eine interne Leistungsverrechnung an den Vertrieb weiterbelastet. Wesentlicher Ergebnistreiber für das Jahr 2024 ist das Dienstleistungsgeschäft mit der WAG, bei der kaufmännische und technische Dienstleistungen durch die STAWAG erbracht werden. Im Netzbereich Wasser wirken u.a. höhere Erlöse aus der Abrechnung von Neuanschlüssen und Schadensfällen positiv.

Im Geschäftsfeld „Sonstiges“ werden bisher die Gebäudewirtschaft, der Dienstleistungsbereich mit der Regionetz sowie die Straßenbeleuchtung als auch der Bereich Abwasser abgebildet. Durch den Zusammenschluss mit der enwor werden hierunter auch das Netzeigentum Strom in den Kommunen Herzogenrath und Würselen, das Netzeigentum Gas in der Kommune Herzogenrath sowie die Bereiche Telekommunikation als auch allgemeine bzw. übergreifende netzspezifische Sachverhalte berücksichtigt.

Der Bereich Telekommunikation definiert sich dabei durch die Vermietung von Breitbandkabel an Telekommunikationsunternehmen wie die NetAachen. Die Bereiche Strom- und Gasnetzeigentum enthalten das regulierte Netzvermögen der STAWAG. Erlösseitig wird hierbei im Geschäftsjahr 2024 das Pacht- und Betriebsführungsentgelt von der enwor Netz berücksichtigt. Unter den allgemeinen bzw. übergreifenden netzspezifischen Sachverhalten sind u.a. weiterberechnete Projektkosten aus dem netzspezifischen Projekt mit der Regionetz in Zusammenhang mit der Kooperation mit der enwor verankert. Im Bereich der Straßenbeleuchtung wird neben der bisherigen Betreuung der Beleuchtungsanlagen in der Stadt Aachen zusätzlich das neue Geschäft mit der Stadt Herzogenrath aufgenommen.

In Summe ergibt sich aus dem Geschäftsfeld „Sonstiges“ ein Deckungsbeitrag in Höhe von 5,2 Mio. Euro. Wesentlicher positiver Ergebnistreiber ist neben dem Dienstleistungsbereich der Regionetz das jeweilige Netzeigentum Strom und Gas. Gegenläufig wirkt zum einen im Bereich der Telekommunikation ein sich im Geschäftsjahr 2024 darstellender buchhalterischer Verlust im Zusammenhang mit dem Glasfaserausbau-Projekt „Weiße-Flecken“, der mit einer noch ausstehenden Endabrechnung gegenüber NetAachen im Geschäftsjahr 2025 zumindest teilweise kompensiert wird. Das Glasfaser-Projekt „Weiße-Flecken“ der enwor wird vor dem Hintergrund des deutlich verzögerten Projektabschlusses und der damit entstandenen Notwendigkeit, das bestehende und noch nicht abgeschlossene Buchwerk auf die STAWAG zu überführen, noch einer gesamthaften kaufmännischen Analyse bzw. Revision unterzogen. Zum anderen liegen die Aufwendungen aus den allgemeinen netzspezifischen Sachverhalten über dem angenommenen Niveau.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST und regionetz in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz erfolgt seit dem Jahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz, womit die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im Stromnetz bildet das Jahr 2024 das erste Jahr der vierte Regulierungsperiode. Im Jahr 2023 konnte die Kostenprüfung der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode im Strombereich abgeschlossen werden, sodass hierdurch das genehmigte Ausgangsniveau als eine wesentliche Größe der künftigen Erlösobergrenzen als gesichert angesehen werden kann. Im Strombereich hat die Regionetz für die Jahre 2019 bis 2024 zum 30. Juni des jeweiligen Vorjahres, entsprechend den Vorgaben aus dem §10a ARegV, Anträge auf Einbeziehung eines Kapitalkostenaufschlags bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden, deren Gültigkeit sich grundsätzlich auf die gesamte Regulierungsperiode bezieht, haben die Netzbetreiber jährlich zum 1. Januar eines Jahres die Erlösobergrenze nach §4 Abs. 3 Satz 1 ARegV anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte samt Verprobungsrechnung sowie die schriftliche Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die vierte Regulierungsperiode dar. Darauf entfalten im Laufe der Regulierungsperiode die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwerts und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors eine erlössenkende Wirkung. Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2024 nach diesen Anpassungen mit 195,3 Mio. Euro etwa 44,4 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung lässt sich insbesondere durch deutlich höhere vorgelagerte Netzkosten begründen.

Das Jahr 2024 bildete im Gasbereich das zweite Jahr der vierten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegungen für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegungen der ehemaligen regionetz zur dritten Regulierungsperiode stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids aktuell auch nach Abschluss der Regulierungsperiode zum 31. Dezember 2022 weiterhin noch aus. Die Kostenprüfung für die vierte Regulierungsperiode konnte aber bereits im Jahr 2022 abgeschlossen werden, sodass das hieraus resultierende Ausgangsniveau als wesentlicher Bestandteil der künftigen Erlösobergrenzenfestlegungen als gesichert angesehen werden kann. Auch hierzu steht der finale Bescheid aktuell noch aus. Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus dem §10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Und in der Folge auch für die Jahre 2019 – 2025 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt. Der Effizienzwert der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode wurde in der Erlösobergrenzenanpassung 2024 (im Dezember 2023) noch mit 91,38 Prozent angenommen; der mittlerweile durch die BNetzA mitgeteilte Effizienzwert liegt bei 94,01 Prozent.

Im Gasbereich liegt die vorläufige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung des angenommenen Effizienzwerts und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2024 mit 80,9 Mio. Euro etwa 1,8 Mio. Euro unter dem Niveau der für das Jahr 2023 genehmigten Erlösobergrenze. Das Absinken lässt sich insbesondere auf niedrigere vorgelagerte Netzkosten und geringere Personalzusatzkosten zurückführen, die einem höheren Kapitalkostenaufschlag gegenüberstehen.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden ohne Berücksichtigung aktivisch abgesetzter Kapitalzuschüsse insgesamt 70,2 Mio. Euro in das Anlagevermögen der Regionetz investiert – wobei auf das Stromnetz 24,6 Mio. Euro, auf das Gasnetz 16,3 Mio. Euro, das Wassernetz 13,5 Mio. Euro, die Straßenbeleuchtung 1,7 Mio. Euro, das Netzleitsystem 1,7 Mio. Euro, das Telekommunikationsnetz 3,6 Mio. Euro und den weiteren allgemeinen Verwaltungsbereich 8,6 Mio. Euro entfielen.

Im Jahr 2024 lag der Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten im Stromnetz auf vier wesentlichen Säulen aus dem Bereich der Energiewende. Für die kommenden Jahre wurde die Anschaffung von zwei Hochspannungs-Mittelspannungs-Transformatoren (HS-MS-Transformatoren) begonnen.

Schwerpunkte bildeten 2024 im Wasserbereich, analog zur Sparte Gas, alters- und zustandsbedingte Leitungserneuerungen, sowie Längsmaßnahmen aufgrund aufgetretener Schäden, sowie erforderliche Umlegungen aus externen Maßnahmen.

Neben den Investitionen in das eigene Anlagevermögen wurden durch Regionetz auch Baumaßnahmen für die gepachteten Strom- und Gasnetze sowie die nicht-regulierten Bereiche im Auftrag der STAWAG und der EWV verantwortlich

koordiniert und durchgeführt. Das Gesamtvolumen dieser investiven Baumaßnahmen lag im Geschäftsjahr 2024 bei etwa 51,2 Mio. Euro.

Das Ergebnis der Regionetz vor Steuern (EBT) beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr etwa 56,4 Mio. Euro. Nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWV (18,5 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (3,5 Mio. Euro) werden über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag etwa 34,4 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

In Form einer Sacheinlage wurden Anteile an Beteiligungen sowie an drei Einzelanlagen aus dem Bereich Erneuerbare Energien zum Geschäftsjahresende auf die STAWAG Energie übertragen. Dank des neu hinzugekommenen Portfolios konnte die STAWAG Energie trotz des geringen Windaufkommens im abgelaufenen Jahr die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der Beteiligungsquote verglichen mit dem Plan um 5 Prozent steigern. Einschließlich der mit Biogas betriebenen Blockheizkraftwerke der STAWAG wurden im abgelaufenen Jahr 603 Gigawattstunden erzeugt, was gegenüber dem bereits starken Vorjahr eine Steigerung von 3 Prozent bedeutet.

Im Bereich Projektentwicklung wurden die Arbeiten am Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Erftstadt), mit 33 Megawatt Leistung dem zweitgrößten Windpark der Gesellschaft, planmäßig fortgesetzt. Zwischen Ende März und Anfang April 2025 wurden die acht Anlagen mit einer Leistung in Höhe von 3,6 Megawatt bzw. 5,7 Megawatt in Betrieb genommen und versorgen seitdem rechnerisch 22 000 Haushalte mit grünem Strom. Auch in der Kooperation mit der Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Lübeck, (Trave EE), einem Joint Venture zwischen der STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie) und der Stadtwerke Lübeck Energie GmbH, Lübeck, (SW Lübeck), wurde die Umsetzung erneuerbarer Projekte vorangetrieben. Zwei Windparks in Rohlsdorf und Schülp-Jevenstedt befinden sich derzeit im Bau. Beide Windparks werden nach Fertigstellung zusammen einen Beitrag von rund 76,8 Gigawattstunden jährlich zur regenerativen Stromproduktion leisten.

Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG Energie mit einem Anlagenportfolio von knapp 26 Windparks, 12 Solarparks und noch einigen kleineren Anlagen ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von 10,5 Mio. Euro erzielt und die Erwartungen damit leicht übertroffen, was insbesondere auf über EEG-Niveau liegenden Vergütungssätzen im Rahmen der Direktvermarktung zurückzuführen ist. Der Gewinn wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die getätigten Investitionen der STAWAG Energie haben sich im Geschäftsjahr 2024 auf rund 11,2 Mio. Euro belaufen. Im Umfang von weiteren 21,6 Mio. Euro hat die STAWAG über den Zusammenschluss mit der enwor regenerative Beteiligungen erhalten. Aufgrund der Bündelung der regenerativen Erzeugungskapazitäten in der STAWAG Energie wurden diese daher in die STAWAG Energie eingebracht.

Die FACTUR hat im Geschäftsjahr 2024 von einem wieder ansteigenden Zählpunktwachstum im externen Dienstleistungsgeschäft profitiert. Trotz höherer Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Umzug zum neu angemieteten Gebäude am Gut Wolf bedingt durch die Kooperation mit der enwor sowie gestiegener Personalaufwendungen u.a. infolge einer Schatteneingruppierung der nicht tarifgebundenen Mitarbeiter zum 1. Oktober 2024 auf dem Niveau der Vergütungsregelungen des TVöD-Tarifs, erzielt die FACTUR bei einem Gesamtumsatz von 38,8 Mio. Euro ein EBT von rund 5,5 Mio. Euro. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die WAG, an der die STAWAG nach der erfolgten Übertragung des Geschäftsbetriebs der enwor auf die STAWAG zu 100 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2024 Umsatzerlöse von 28,5 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 2,5 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2023 hat die WAG einen Jahresüberschuss von rund 2,7 Mio. Euro erwirtschaftet, der zunächst vollständig an den Gesellschafter STAWAG ausgeschüttet wird. Für das über Plan liegende Ergebnis in Höhe von 1,2 Mio. Euro wurde eine Einzahlung der STAWAG in die Kapitalrücklage der WAG vorgenommen.

Die enwor Netz (Anteilsquote: 100 Prozent) wird im Geschäftsjahr 2024 voraussichtlich ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erzielen. Für das Jahr 2024 behält die enwor Netz noch die Rolle des Netzbetreibers für das gepachtete Strom- und Gasnetz der bisherigen enwor bzw. nunmehr der STAWAG. Da in der enwor Netz in der Ausprägung als kleine Netzgesellschaft kein eigenes Personal beschäftigt ist, erfolgt die Betriebsführung für das vollständige Geschäftsjahr 2024 noch durch die enwor, respektive die STAWAG. Ab dem 1. Oktober 2024 hat die Regionetz die technische Dienstleistung für das 4. Quartal 2024 über eine Interimsbetriebsführung für die STAWAG übernommen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den SW Lübeck beteiligt. Die SW Lübeck wiederum hält 74,9 Prozent der Anteile an der TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz). Weitere Gesellschafterin ist mit 25,1 Prozent die Schleswig-Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG). Die TraveNetz betreibt die Verteilnetze für Strom und Gas im Wirtschaftsraum Lübeck sowie Umgebung und nimmt die Aufgaben der grundzuständigen Messstellenbetreiberin wahr. Sie verfügt hierfür über das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen, die Wegenutzungsrechte in Form von Konzessionsverträgen und alle erforderlichen Betriebseinheiten. Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 27,9 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2023 in Höhe von rund 5,2 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der SWR-E einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zudem hat die SWR-E zum 1. Januar 2017 das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2024 ein negatives Ergebnis von rund –0,7 Mio. Euro erwartet. Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,5 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2023 phasenverschoben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Zudem hat die enewa zum 1. Januar 2021 das Wassernetz im Ortsteil Niederbachem von der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH, Bonn, erworben. Ab dem 1. Januar 2025 ist die enewa zusätzlich Eigentümerin des Gasnetzes in Wachtberg. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis von insgesamt rund –0,3 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,5 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,4 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2023 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der GWR beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,3 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2024 wurde keine Ausschüttung des Jahresergebnisses 2023 vorgenommen.

Im Zuge der Übernahme des Geschäftsbetriebs der enwor durch die STAWAG erhält die STAWAG mit der SWÜP eine zusätzliche Stadtwerkebeteiligung (Anteilsquote 25,1 Prozent). Die SWÜP ist hierbei ausschließlich als Wasserversorger (Vertrieb und Netzeigentum) der Stadt Übach-Palenberg tätig, wobei die vollständige kaufmännische und technische Betriebsführung durch die enwor, respektive die SAWAG-Gruppe erbracht wird. Gesellschafter ist neben der STAWAG mit 74,9 Prozent die Stadt Übach-Palenberg. Im Jahr 2024 erzielt die SWÜP voraussichtlich einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,4 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2024 hat die STAWAG ein phasenverschobenes Ergebnis in Höhe von 0,1 Mio. Euro vereinnahmt.

Aus dem im Geschäftsjahr 2023 erzielten Jahresüberschuss der Trianel in Höhe von rund 68,8 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 14,18 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 6,4 Mio. Euro vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die Trianel einen Jahresüberschuss von rund 57 Mio. Euro.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2024 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben einen Jahresüberschuss von 5,4 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2024 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2023 in Höhe von rund 0,6 Mio. Euro.

Die TWN, an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2024 einen voraussichtlichen Jahresüberschuss von rund 1,6 Mio. Euro erzielen. Zur Stützung der Liquiditätssituation wurde jedoch ein Gesellschafterbeschluss gefasst, der für die Jahre 2022 bis einschließlich 2025 eine Thesaurierung der Jahresergebnisse vorsieht. Um den bestehenden EAV zwischen der TWN und der Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH, Naumburg, nicht zu gefährden ist eine temporäre Reduzierung des festen Ausgleichsbetrags auf 9,8 TEuro sowie ein Verzicht auf die flexiblen Ausgleichsbeträge für die Jahre 2022 - 2025 vorgesehen. Insofern vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2024 sowie

in den Jahren 2025 bis einschließlich 2026 einen phasenverschobenen Ergebnisbeitrag in Höhe von lediglich 400 Euro (reduzierter fester Ausgleichsbetrag).

Die STAWAG hat im Jahr 2021 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab an die Thüga Aktiengesellschaft verkauft und hat seitdem einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Prozent gehalten. Im August 2024 hat die DKV Mobility SE (DKV) ein verbindliches Angebot zum Erwerb von 100 Prozent der Geschäftsanteile an der smartlab abgegeben. Die Beurkundung der Verträge zur Veräußerung der Geschäftsanteile der STAWAG an der smartlab ist bereits im November 2024 erfolgt, der Vollzug selbst erfolgte jedoch erst im Januar 2025. Sowohl der Ertrag von 8 Mio. Euro aus dem Anlagenabgang unter Berücksichtigung der Transaktionskosten als auch die Zahlung an die E.V.A. zur Ablösung der Call-Option in Höhe von 4,1 Mio. Euro werden somit erst im Jahr 2025 realisiert. Die Zahlungsverpflichtung aus der Call-Option wurde jedoch im Jahresabschluss 2024 über eine entsprechende Rückstellung abgebildet, so dass sich im Jahr 2024 insgesamt ein negativer Ergebnisbeitrag in Höhe von – 4,1 Mio. Euro ergeben hat.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2023 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2024 einen Gewinn vor Ergebnisabführung von insgesamt rund 71,9 Mio. Euro. Die STAWAG beabsichtigt eine Gewinnrücklage in Höhe von –10 Mio. Euro vorzunehmen. Für die in Abzug zu bringende Ausgleichszahlung an die enwor in Höhe von 12,1 Mio. Euro erfolgt eine synthetische Steuerbelastung, indem die Körperschaftsteuer und der Solidaritätszuschlag, die auf die STAWAG entfallen würden, wenn keine ertragssteuerliche Organschaft vorliegen würde, berücksichtigt werden. Für das Jahr 2024 wird dabei eine fiktive Steuerquote in Höhe von 19,3 Prozent berücksichtigt. Damit beläuft sich das von der E.V.A. zu übernehmende Beteiligungsergebnis von der STAWAG auf voraussichtlich rund 47,6 Mio. Euro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Steuerung der STAWAG sind die Umsatzerlöse (abhängig von den ausgespeisten und abgesetzten Mengen) sowie die finanziellen Kennzahlen EBITDA, EBIT und EBT relevant. Deren Entwicklung ist im Folgenden dargestellt:

Kennzahl	**Ist 2024**
Umsatzerlöse (TEuro)	729.562
EBITDA (TEuro)	25.167
EBIT (TEuro)	8.515
EBT (TEuro)	71.948

Die Umsatzerlöse der STAWAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 bei rund 729,6 Mio. Euro. Insgesamt erzielt die STAWAG ein EBT von 71,9 Mio. Euro.

Das Vertriebsgeschäft stellt sich hinsichtlich der Mengenentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 wie folgt dar:

Sparte (Menge) Vertriebsgeschäft	**Ist 2024**
Strom (Mio. kWh)	646
Gas (Mio. kWh)	1.222
Wasser (Mio. cbm)	30
Wärmecontracting (Mio. kWh)	16

Die Netzausspeisungen im Strombereich liegen zum Jahresende um etwa 1,4 Prozent unter dem Planwert sowie etwa 1,3 Prozent unterhalb des Vorjahreswertes. Im Gasbereich liegen die Netzausspeisungen zum Ende des Jahres 2024 etwa 0,2 Prozent oberhalb des Planwertes. Hierbei wurden witterungsbedingte Minderabsätze durch einen Rückgang der Energieeinsparbemühungen kompensiert.

Netzausspeisung Regionetz

Sparte Netzausspeisung	Ist 2024
Strom (Mio. kWh)	2.100,9
Gas (Mio. kWh)	4.906,1

Der starke Anstieg an PV-Zubauten hielt auch im Berichtsjahr 2024 weiter an, so dass mehr als 4 822 Erzeugungsanlagen (Vorjahr: 4 600) angefragt wurden. Somit ist eine Steigerung um rund 222 Anschlussbegehren zu verzeichnen. Die Regionetz geht, wie auch schon im vergangenen Jahr, von einer weiteren Steigerung des PV-Zubaus in den kommenden Jahren aus. Im März 2024 ging im Einspeiseportal ein Bot zur Unterstützung in der technischen Prüfung von Standard-Solaranlagen in Betrieb. Der Schwerpunkt der Anfragen lag erneut im Bereich der Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen), die typische Größe für Einfamilienhäuser aufweisen (5-10 kWp). Der Bestand an PV-Anlagen mit Anschluss an die von der Regionetz betriebenen Stromnetze hat sich wiederholt erhöht. Zusätzlich wurden im Jahr 2024 mehr als 2 570 „Stecker-Solar-Geräte“ (Vorjahr: 2 100) bei der Regionetz angemeldet und somit im Jahr 2024 mehr als 7 392 Erzeugungsanlagen im Netzgebiet in Betrieb gesetzt.

Die beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. die Vollzeitäquivalente (VZÄ) der STAWAG beliefen sich – ohne Berücksichtigung des Vorstands, der Auszubildenden und der Aushilfen – zum Jahresende 2024 auf 188,3 VZÄ. Zusätzlich waren zum 31. Dezember 2024 979 VZÄ bei den Tochtergesellschaften Regionetz (703,5), STAWAG Energie (42) und FACTUR (233,5) beschäftigt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Mitarbeitenden der enwor hierin berücksichtigt sind.

Mitarbeiteräquivalente	Ist 2024
STAWAG	188,3
Regionetz	703,5
STAWAG Energie	42,0
FACTUR	233,5

Das Durchschnittsalter der Belegschaft der STAWAG beträgt im Geschäftsjahr 2024 46,36 Jahre. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von rund 7,79 Jahren niederschlägt.

Mit vielfältigen Maßnahmen ist das Unternehmen dabei, die Nachfolge für ausscheidende Fach- und Führungskräfte (Stichwort: demografischer Wandel) vorzubereiten und zu begleiten. Dabei werden entstehende Vakanzen vorzugsweise mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachbesetzt. Seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bietet das Unternehmen damit hervorragende Möglichkeiten einer qualifizierten Weiterentwicklung und attraktive Karriereoptionen. Zur Erweiterung ihrer Kompetenzen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei durch eine Vielzahl von Personalentwicklungsmaßnahmen unterstützt. Um die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig über das gesamte Berufsleben zu erhalten und diese vor allen Dingen bei einer gesunden Lebensweise zu unterstützen, nimmt das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) eine zunehmend wichtige Rolle ein. Die Durchführung von Gesundheitstagen ist mittlerweile übliche Praxis. Im Rahmen des BGM können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Reihe weiterer hilfreicher Angebote, auch in Kooperation mit dem Caritas-Unternehmensservice, wahrnehmen. Als Beispiele seien hier Vorträge zu Themen wie etwa die Patientenverfügung, die Vorsorgevollmacht und die Betreuungsverfügung genannt sowie auch die Einrichtung einer Telefonhotline, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in gesundheitlichen, in persönlichen und in familiären Notlagen unter Wahrung der Anonymität Unterstützung und Rat anbietet.

Lage

Ertragslage

Im Zuge einer Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen wurde im Geschäftsjahr 2024 eine umfassende Kooperation zwischen der STAWAG und der enwor umgesetzt. Die enwor hat dabei ihren gesamten operativen Geschäftsbetrieb inklusive ihrer Vermögenswerte und Beteiligungen am 1. Oktober 2024 mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2024 im Wege der Ausgliederung gemäß §123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG auf die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, die zugleich in STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG umfirmiert wurde, übertragen.

Diese Veränderung hat somit auch Einfluss auf die Ertragslage des Unternehmens und deren Vergleichbarkeit gegenüber dem Vorjahr. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) der STAWAG nach sonstigen Steuern beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 71,9 Mio. Euro (Vorjahr: 73,7 Mio. Euro).

Das Ergebnis resultiert aus den nachfolgend aufgeführten Einflüssen:

Insgesamt sind die Umsatzerlöse um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen und stehen zum Teil immer noch im Zusammenhang mit den geopolitischen Spannungen und den damit verbundenen Unsicherheiten für die Wirtschaft und auf den Energiemärkten.

Im Stromgeschäft wurden die Verkaufspreise zum 1. Mai 2024 in der STAWAG-Grundversorgung gesenkt. Die Absatzmengen im Privat- und Gewerbekundensegment sind trotz erhöhter Kundenverluste auf 376 Gigawattstunden (GWh) angestiegen und führten somit zu einer Umsatzsteigerung. Insgesamt fällt das Stromvertriebsergebnis mit einer Steigerung von rund 52,1 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr besser aus. In den Verkaufserlösen sind auch Mengen aus der Vermarktung des Portfoliomanagements enthalten. Bei der Stromvermarktung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich nahmen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr hingegen um 28,1 Mio. Euro ab.

In der Gassparte ist der Kundenzuwachs durch die enwor geringer ausgefallen und konnte die Mengenentwicklungen im Privat- und Gewerbekundensegment aufgrund von warmer Witterung und Kundenwechseln nicht kompensieren; der Absatz ist auf 695 Gigawattstunden gesunken. Die Preise wurden über das gesamte Jahr konstant gehalten. Im Geschäftskundensegment ist der Absatz insbesondere durch Zuwächse im Bereich der Wohnungswirtschaft auf 395 Gigawattstunden angestiegen. Insgesamt verringerten sich die Umsatzerlöse im Gasvertriebsgeschäft um 56,3 Mio. Euro.

In der Sparte Fernwärme gab es eine Preiserhöhung aufgrund der bestehenden Preisanpassungsklausel zum 1. Juli 2024. Wegen der kalten Witterung und erhöhter Absatzmengen nahmen die Umsatzerlöse um rund 8,6 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr zu.

Die allgemeinen Wasserpreise bleiben auch im Berichtsjahr konstant. In der vertrieblichen Wassersparte hat sich die geplante Absatzmenge von rund 15 Mio. m³ in etwa verdoppelt, demzufolge erhöhten sich die Umsatzerlöse um 35,3 Mio. Euro.

Der Umsatz in der Sparte Stadtentwässerung erhöhte sich um rund 1 Mio. Euro auf 25 Mio. Euro.

Aufgrund der Übernahme der Strom- und Gasnetze wurden erstmalig für das laufende Geschäftsjahr Pacht- und Betriebsführungsentgelte vereinnahmt.

Die Aufteilung auf die einzelnen Bereiche ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

-	2024 Mio. €	2023 Mio. €	Veränderung Mio.€	 in %
Stromverkauf einschl. Stromsteuer	245,0	188,7	56,3	29,8
Stromsteuer	-12,4	-8,2	-4,2	-51,2
Stromverkauf ohne Stromsteuer	232,6	180,5	52,1	28,9
Strom Netz	13,3	0,00	13,3	100,0
Gasverkauf einschl. Erdgassteuer	198,6	254,4	-55,08	-21,9
Erdgassteuer	-6,4	-5,9	-0,5	-8,5
Gasverkauf ohne Ergadssteuer	192,2	248,5	-56,3	-22,7
Gas Netz	3,0	0,0	3,0	100,0
Stromerzeugung und – Vermarktung	99,3	127,4	-28,1	-22,1
Wasserverkauf	68,3	33,0	35,3	107,0
Fernwärmeverkauf	39,6	31,0	8,6	27,7
Stadtentwässerung	25,0	24,0	1,0	4,2
Grundbesitzwirtschaft	3,7	4,0	-0,3	-7,5
Energiedienstleistungen	12,7	0,0	12,7	100,0
Nebengeschäfte	35,9	22,6	13,3	58,8
Baukostenzuschüsse	4,0	0,2	0,8	>100
Gesamtumsatz	**729,6**	**671,2**	**58,4**	**8,7**

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 18,7 Mio. Euro und betrugen am Ende des Berichtsjahres 31,5 Mio. Euro. Der Posten umfasst, neben der von der Regionetz vereinnahmten Konzessionsabgabe für Strom und Gas in Höhe von 9,8 Mio. Euro, Auflösungen für Rückstellungen in Höhe von 20,2 Mio. Euro. Diese Auflösungen für Rückstellungen betreffen im Wesentlichen drohende Verluste mit rund 15,3 Mio. Euro. Die sonstigen periodenfremden Erträge liegen bei rund 0,6 Mio. Euro.

Die mit Abstand größte Aufwandsposition war mit rund 622,4 Mio. Euro im Jahr 2024 – ebenso wie im Vorjahr − der Materialaufwand. Dieser erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 61,3 Mio. Euro. Dabei nahmen im Wesentlichen die Fremdlieferungen um 4,1 Mio. Euro ab. Die Fremdleistungen erhöhten sich hingegen um 65,2 Mio. Euro, wovon Aufwendungen bei der Regionetz auf Netzentgelte mit 36,2 Mio. Euro und auf Betriebsführungsleistungen mit 4,8 Mio. Euro, entfallen.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 8,3 Mio. Euro auf insgesamt 39,7 Mio. Euro. Die Gehälter und die Sozialabgaben stiegen um rund 23,2 Mio. Euro und sind im Wesentlichen auf die Personalübernahme durch den Betriebsübergang der enwor sowie auf eine Tarifanpassung um 6,5 Prozent zum 1. Februar 2024, zurückzuführen. Der Posten Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung sank um 14,9 Mio. Euro und schließt eine Zuführung zu der Pensionsrückstellung in Höhe von 3,4 Mio. Euro (Vorjahr: 18,2 Mio. Euro) ein. Bei der Bewertung der Pensionsrückstellung wurden im Berichtsjahr die Heubeck-Richttafeln RT 2018 angewandt. Die STAWAG beschäftigte am Jahresende 196 (Vorjahr: 110) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens erhöhten sich um 7,6 Mio. Euro auf 16,7 Mio. Euro.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 74,8 Mio. Euro (Vorjahr: 66,9 Mio. Euro) sind, neben dem üblichen Aufwand, im Wesentlichen die Konzessionsabgabe an die Stadt Aachen mit 13,9 Mio. Euro (Vorjahr: 13,3 Mio. Euro) sowie erstmalig auch an die Kommunen der StädteRegion Aachen mit 3,5 Mio. Euro und die erbrachten Dienstleistungen der E.V.A., der FACTUR, der Regionetz, der Aachener Straßenbahn- und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) sowie der Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) enthalten. Des Weiteren musste aus dem anstehenden Verkauf der Anteile an der smartlab für eine Ausgleichszahlung eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 4,1 Mio. Euro eingestellt werden. Die konzerninternen Leistungen erhöhten sich hingegen um 4,6 Mio. Euro auf 22,5 Mio. Euro.

Das Finanzergebnis der STAWAG verbesserte sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 6,1 Mio. Euro auf 65,2 Mio. Euro. Hierin sind auch Effekte aus bestehenden Gewinn- und Verlustabführungsverträgen in Höhe von 50,4 Mio. Euro (Vorjahr: 49,1 Mio. Euro) enthalten. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen betreffen die verbundenen Unternehmen Regionetz mit 34,4 Mio. Euro (Vorjahr: 25,4 Mio. Euro), die STAWAG Energie mit 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 18,8 Mio. Euro) sowie die FACTUR mit 5,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro). Das negative Zinsergebnis von −5,1 Mio. Euro (Vorjahr: −4,7 Mio. Euro) resultiert im Wesentlichen aus einer Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1,8 Mio. Euro) sowie aus den Zinsaufwendungen für langfristige Kreditlinien in Höhe von 3,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2,4 Mio. Euro). Das Beteiligungsergebnis erhöhte sich um 4,2 Mio. Euro auf 17,9 Mio. Euro (Vorjahr: 13,7 Mio. Euro).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) der STAWAG nach sonstigen Steuern beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 71,9 Mio. Euro (Vorjahr 73,7 Mio. Euro) und fließt nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter enwor (12,1 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (2,2 Mio. Euro) sowie nach Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 10 Mio. Euro (Vorjahr 0 Euro) über den bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag in Höhe von etwa 47,6 Mio. Euro an die E.V.A.

Finanzlage

Von den Zugängen im Anlagevermögen im Geschäftsjahr von insgesamt 210,4 Mio. Euro entfallen aufgrund der Ausgliederung des gesamten Geschäftsbetriebes der enwor auf die STAWAG zum 1. Januar 2024 rund 157,6 Mio. Euro. Des Weiteren erfolgten Investitionen in das Anlagevermögen durch Sacheinlagen einschließlich weiterer Kapitaleinlagen bei verbundenen Unternehmen und bei Beteiligungsgesellschaften.

Von dem ausgezahlten langfristigen Gesellschafterdarlehen an die STAWAG Energie aus den Jahren 2015, 2017 und 2021 wurden planmäßig 0,33 Mio. Euro zurückgeführt.

Wesentliche Ziele der Investitionsmaßnahmen waren die Sicherung und die zukunftsorientierte Erweiterung der bestehenden Versorgungs- und Dienstleistungsaktivitäten im Bereich der Straßenbeleuchtung, der Wärmeversorgung, des

Vertriebs, der Verwaltung und der Finanzanlagen der STAWAG und darüber hinaus bei den übernommenen Vermögensgegenständen aus dem Versorgungsgebiet der StädteRegion Aachen im Bereich der Strom-, Gas- und Wassernetze sowie bei der Telekommunikation. Aufgrund der Ausgliederung des Strom-, des Gas- und des Wasserverteilnetzes aus dem Stadtgebiet Aachen auf die Regionetz im Jahr 2018 erfolgten die Investitionen in diesen Versorgungssparten direkt durch die Regionetz.

Die Investitionen konnten mit Mitteln aus dem leicht gesunkenen Cashflow I und II (siehe Tabelle) in Höhe von 144,7 Mio. Euro (Vorjahr: 146,6 Mio. Euro) sowie aus liquiden Mitteln finanziert werden. Mit der Eingliederung des Geschäftsbetriebes der enwor erfolgte eine Kapitalerhöhung durch Sacheinlage. Der überschießende Betrag wurde in die Kapitalrücklage eingestellt.

Im E.V.A.-Konzern bestehen zwei Cash-Pooling-Kreise, sodass die STAWAG alleinige Cash-Pool-Führerin für ihren Teilkonzern ist.

In diesem Zusammenhang bestanden am Bilanzstichtag Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 30 Mio. Euro.

Der Bestand an Bankkrediten erhöhte sich insgesamt um 11,6 Mio. Euro auf 139,8 Mio. Euro. In das Finanzergebnis in Höhe von 65,2 Mio. Euro (Vorjahr: 59,1 Mio. Euro) sind, neben den Zinsaufwendungen, auch die Ergebnisabführungen der STAWAG von ihren 100-prozentigen Tochtergesellschaften sowie die Ergebnisse von Beteiligungsgesellschaften der STAWAG eingeflossen. Nach Änderungen durch das BilMoG zum 1. Januar 2010 und aufgrund des Effekts aus dem Ausweis des Abzinsungssatzes, der erstmals ab 2017 bei den Zinsaufwendungen angeordnet ist, liegen die Zinsaufwendungen für die Pensionsrückstellungszuführung zum 31. Dezember 2024 bei 1,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1,8 Mio. Euro).

Cashflow I und II der STAWAG stellen sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

Cashflow (ohne Zuschüsse)	2024 Mio. €	2023 Mio. €	Veränderung in %
Jahresüberschuss vor Ergebnisübernahme/Ausgleichszahlung	59,70	73,68	-19,0
+/- Zuführung/Auflösung zu Rücklagen (Gewinnrücklagen)	10,00	0,00	100,0
= Jahresüberschuss vor Ergebnisübernahme/Ausgleichszahlung	69,70	73,68	-5,4
+ Abschreibungen	16,65	9,11	82,8
= Cashflow I	**86,35**	**82,79**	4,3
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	62,33	64,04	2,7
- Auflösung von Zuschüssen	-3,96	-0,22	-1700,0
= Cashflow II	**144,72**	**146,61**	-1,3

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 23,9 Prozent auf 1 030,2 Mio. Euro. Das Anlagevermögen erhöhte sich um 184,3 Mio. Euro auf 784,2 Mio. Euro. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung des Sachanlagevermögens (+136,7 Mio. Euro) zurückzuführen. Neben der Übertragung durch Einbringung von Beteiligungen durch Sacheinlagen (+21,6 Mio. Euro), erfolgten weitere Einzahlungen zur Kapitalstärkung in bestehende verbundene Unternehmen (+12,4 Mio. Euro). Außerdem wurde – neben den Investitionen im Bereich der Strom-, Gas- und Wassernetze der neu übernommenen Versorgungsgebiete in der StädteRegion Aachen – auch in den weiteren Ausbau der Straßenbeleuchtung, der Wärmeversorgung und in den Vertriebsbereich investiert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme erhöhte sich aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme von 72,1 Prozent auf 76,1 Prozent. Insgesamt erhöhten sich die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände im Umlaufvermögen um 9,9 Mio. Euro. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betrugen 73,2 Mio. Euro und nahmen gegenüber dem Vorjahr um 16,6 Mio. Euro zu. Sie resultierten im Wesentlichen aus der Verbrauchsabrechnung für Tarif- und Sondervertragskunden mit 40,5 Mio. Euro (Vorjahr: 28,9 Mio. Euro), aus der bilanziellen Abgrenzung mit 23,2 Mio. Euro (Vorjahr: 20,8 Mio. Euro) sowie aus der Bautätigkeit im Bereich der Stadtentwässerung mit 2 Mio. Euro (Vorjahr: 5,2 Mio. Euro). Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen verringerten sich um 6,8 Mio. Euro auf 46,7 Mio. Euro. Sie betreffen im Wesentlichen die Forderungen gegen die Regionetz aus der Ergebnisabführung abzüglich erfolgter Abschlagszahlungen in Höhe von 10,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,3 Mio. Euro). Des Weiteren bestehen Forderungen aus der Ergebnisabführung gegen die STAWAG

Energie in Höhe von 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 18,8 Mio. Euro) und gegen die FACTUR in Höhe von 5,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro), gegen die enwor Netz aus laufenden Geschäften in Höhe von 5,1 Mio. Euro sowie Forderungen gegen die E.V.A. aus Steuern in Höhe von 9,8 Mio. Euro (Vorjahr: 8,1 Mio. Euro). Die Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen verringerten sich um 9,1 Mio. Euro auf 24,6 Mio. Euro. Sie betreffen im Wesentlichen mit 13,7 Mio. Euro den Strom- und den Gashandel mit der Trianel sowie den Verkauf von Emissionszertifikaten und die Stromvermarktung des Kohlekraftwerks Lünen mit 6,4 Mio. Euro. Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich um 9,3 Mio. Euro auf 21,6 Mio. Euro und betreffen eine Abschlagszahlung für Investitionen aus dem Abwassergeschäft in Höhe von 12,4 Mio. Euro (Vorjahr: 9 Mio. Euro), den Verkauf der Anteile der smartlab mit 3,9 Mio. Euro und weitere Dienstleistungen zur Weiterberechnung, Personalforderungen, einen Erstattungsanspruch aus Steuerzahlungen für die enwor von insgesamt 2,4 Mio. Euro sowie debitorische Kreditoren in Höhe von 1,5 Mio. Euro.

Das Eigenkapital beträgt nach der Einbringung des Geschäftsbetriebs der enwor 248,1 Mio. Euro (Vorjahr: 183,9 Mio. Euro). Hiervon erhöhte sich das Grundkapital – für neue Anteile – um 14,6 Mio. Euro, durch die Sacheinlage um 39,6 Mio. Euro und aufgrund einer Einstellung in die sonstigen Rücklagen aus dem laufenden Gewinn um 10 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich insgesamt auf 24,1 Prozent (Vorjahr: 22,1 Prozent).

Die Rückstellungen für Pensionen und für ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich um 80,6 Mio. Euro auf 252,7 Mio. Euro. Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 148,8 Mio. Euro (Vorjahr: 167,1 Mio. Euro) umfassen, neben Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe von 89,8 Mio. Euro (Vorjahr: 88,8 Mio. Euro), vor allem Rückstellungen für Lieferungen aus Bezugsverträgen, Rückstellungen aus ausstehenden Rechnungen sowie Rückstellungen aus allen zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen erforderlichen Positionen zum Bilanzstichtag.

Die Verbindlichkeitenstruktur ist, wie bereits im Vorjahr, durch mittel- und langfristige Restlaufzeiten geprägt. Hiervon haben 26 Prozent (Vorjahr: 37,5 Prozent) der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Insgesamt erhöhte sich der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 11,6 Mio. Euro auf insgesamt 139,8 Mio. Euro.

Die Bilanzstruktur ist durch einen gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Anlagendeckungsgrad II gekennzeichnet. Das Anlagevermögen ist zu 93,6 Prozent durch Eigenmittel (inklusive Zuschüsse) sowie durch lang- und mittelfristige Fremdmittel finanziert.

Zusammenfassend stellt sich die Ertrags-, die Finanz- und die Vermögenslage der STAWAG als geordnet dar.

STAWAG – Frauenquote zum 31. Dezember 2024

Für den Zeitraum vom 01. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2028:

Der Aufsichtsrat beschließt in seiner Sitzung vom 12. Juni 2023, für den Aufsichtsrat eine Quote von 50 Prozent Frauenanteil für den Zeitraum vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2028 anzustreben. Per 31. Dezember 2023 beträgt der Frauenanteil im Aufsichtsrat 40 Prozent, das sind 10 Prozent weniger Frauen, als es anzustreben gilt. Für den Vorstand wird für den Zeitraum bis zum 30. Juni 2028 ebenfalls eine paritätische Besetzung mit Frauen und Männern angestrebt. Zurzeit besteht der Vorstand zu 100 Prozent aus Männern. Es gilt einen 50- prozentigen Frauenanteil anzustreben.

Der Aufsichtsrat gibt dem Vorstand auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um im Zeitraum vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2028 für die 1. und 2. Führungsebene eine Frauenquote von 50 Prozent erreichen zu können und empfiehlt dem Vorstand einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Erläuterungen:

Für den Zeitraum 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2028 soll für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Quote von 50 Prozent (per 31.12.2023: 40 Prozent) angestrebt werden, das wäre ein Plus von 10 Prozent per 31. Dezember 2024. Tatsächlich beträgt die Frauenquote im Aufsichtsrat der STAWAG per 31. Dezember 2024 aber nur 35,29 Prozent (Vorjahr: 40 Prozent), was 4,71 Prozent weniger als zum Vorjahr und 14,71 Prozent weniger als dem angestrebten Frauenanteil im Aufsichtsrat entspricht.

Bei der STAWAG hielt sich auf der 1. Führungsebene die Frauenquote trotz personeller und organisatorischer Änderungen in Zusammenhang mit der Übernahme der enwor konstant bei 22,22 Prozent (Vorjahr: 22,22 Prozent). Sie liegt

damit jedoch weiterhin unter der beschlossenen Frauenquote von 50 Prozent (Differenz: –27,78 Prozent) für den Zeitraum bis 30. Juni 2028.

Bei der STAWAG hat es auf der 2. Führungsebene aufgrund organisatorischer Änderungen in Zusammenhang mit der Übernahme der enwor eine Veränderung zum Vorjahr (36,36 Prozent) gegeben. Die Frauenquote ist um 5,11 Prozent auf 31,25 Prozent gesunken und liegt damit weiterhin unter der angestrebten Zielgröße von 50 Prozent (Differenz: –18,75 Prozent) für den Zeitraum bis 30. Juni 2028.

Bei beiden Führungsebenen sollen bis zum 30. Juni 2028 Maßnahmen ergriffen werden, die jeweiligen Quoten auf 50 Prozent (1. Führungsebene: +27,78 Prozent; 2. Führungsebene: +18,75 Prozent) anzuheben.

Prognosebericht

Nachdem die wirtschaftliche Dynamik im Jahr 2024 noch deutlich von den Nachwirkungen der vorangegangenen und teils anhaltenden Krisen geprägt war, erwartet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung weiterhin eine schwache wirtschaftliche Entwicklung. Gemäß dem Institut wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,1 Prozent wachsen, was eine Fortsetzung der Stagnation bedeutet. Die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt 2025 voraussichtlich auf 6,3 Prozent steigen, was einem weiteren Anstieg im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Diese Entwicklungen spiegeln die anhaltende wirtschaftliche Unsicherheit wider, bedingt durch geopolitische Spannungen, strukturelle Herausforderungen und die anhaltende Schwäche im Exportsektor.

Die Einkommen privater Haushalte in Deutschland zeigten gemäß dem Statistischen Bundesamt auch im Jahr 2024 einen positiven Trend. Die Tarifverdienste stiegen im Jahr 2024 um durchschnittlich 4,8 Prozent, was erstmals seit 2020 einen stärkeren Anstieg als bei den Verbraucherpreisen entspricht. Ohne Sonderzahlungen betrug der Anstieg der Tarifverdienste 4,3 Prozent. Ein wesentlicher Faktor für diesen Anstieg waren die Inflationsausgleichsprämien, die 2024 in vielen Tarifverträgen vereinbart wurden. Diese Sonderzahlungen, die in der Regel als Festbetrag unabhängig von der Leistungsstufe ausgezahlt wurden, profitierten insbesondere die unteren Leistungsgruppen prozentual stärker. Mit dem Wegfall der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie zum Jahreswechsel 2024/2025 ist jedoch ein Rückgang dieser Sonderzahlungen zu erwarten. Infolgedessen dürfte die durchschnittliche Tariflohnerhöhung im Jahr 2025 moderater ausfallen. Dennoch wird insgesamt ein positiver Trend bei den Einkommen erwartet, unterstützt durch anhaltend moderate Verbraucherpreise und stabile Tarifabschlüsse.

Die EZB hat ihren Leitzins zuletzt am 17. April 2025 auf 2,25 Prozent gesenkt, dass die siebte Zinssenkung seit Mitte 2024 darstellt. Dieser Schritt erfolgte vor dem Hintergrund eskalierender wirtschaftlicher Spannungen infolge eines internationalen Zollstreits. Mit der Zinssenkung reagiert die EZB auf die zunehmenden Risiken für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone und möchte hierdurch die Konjunktur durch günstigere Finanzierungsbedingungen stützen. Durch die Lockerung der Geldpolitik soll sowohl die Investitionsbereitschaft von Unternehmen als auch die Konsumnachfrage der Verbraucher gestärkt werden. Außerdem dürften schuldenfinanzierte Investitionen der neuen Bundesregierung den privaten Konsum ankurbeln und positive wirtschaftliche Impulse geben.

Die Inflationsrate in Deutschland sank laut dem Statistischen Bundesamt im Jahr 2024 auf durchschnittlich 2,2 Prozent, nach 5,9 Prozent im Vorjahr. Dieser Rückgang wurde vor allem durch deutlich gesunkene Energiepreise begünstigt, die gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent im Jahr 2024 gefallen sind. Die Kerninflationsrate, bei der die Energiepreise ausgeklammert werden, lag im vergangenen Jahr bei 3 Prozent und liegt damit deutlich über der Gesamtteuerung. Anhand dieser Kenngröße wird erkenntlich, dass die Teuerung in anderen Güterbereichen im Jahresdurchschnitt 2024 weiterhin hoch war.

Der Vertriebsbereich der STAWAG erwartet im Jahr 2025 in der Stromsparte aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs eine rückläufige Absatzentwicklung im Privat- und Gewerbekundensegment, ebenso wird im Geschäftskundensegment eine rückläufige Mengenentwicklung erwartet. In der Gassparte wird die rückläufige Kundenentwicklung gegenüber 2024 durch Berücksichtigung von Durchschnittstemperaturen in der Planung für 2025 überkompensiert, zudem ist im Geschäftskundensegment von einer leichten Absatzsteigerung auszugehen. Im Wasserbereich ist von einem gegenüber dem Vorjahr konstanten Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand auszugehen. Im Bereich Wärmecontracting wurde zum Planungszeitpunkt von geringeren Absätzen ausgegangen.

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2024	Plan 2025	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	646	588	-58	-9,0
Gas (Mio. kWh)	1.222	1.248	+26	+2,1
Wasser (Mio. cbm)	30	30	+0	+0,0
Wärmecontracting (Mio. kWh)	16	14	-2	-12,5

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2024 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Falle eines Jahres 2025 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen, dass insbesondere im Gasbereich aber auch im Strombereich von weiteren nachhaltigen Energieeinsparungen bzw. durch eigenerzeugte Mengen reduzierte Netzdurchleitungen auszugehen ist. Die Regionetz hat diese Erwartung bei den im Rahmen der Netzentgeltkalkulation angesetzten Energiemengen entsprechend berücksichtigt.

Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2024	Plan 2025	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	2.100,9	2.416,3	+315,4	+15,0
Gas (Mio. kWh)	4.906,1	5.043,5	+137,4	+2,8

Insgesamt ist nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich der noch schwer absehbaren weiteren energie- und wirtschaftspolitischen Entwicklung in Zusammenhang mit der noch ausstehenden Regierungsbildung in Deutschland und den weiterhin bestehenden Risiken aus dem Ukraine-Konflikt davon auszugehen, dass die STAWAG im Geschäftsjahr 2025 ein Ergebnisniveau von etwa 68,4 Mio. Euro erzielen wird.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2024	Plan 2025	Abw.	Abw. (%)
Umsatzerlöse (T€)	729.562	580.662	-148.000	-20,4
EBITDA (T€)	25.167	32.223	+7.056	+28,0
EBIT (T€)	8.515	14.848	+6.333	+74,4
EBT (T€)	71.948	68.430	+3.518	-4,9

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2025 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG im Prozess- und Dienstleistungsbereich. Das im Zuge der Kooperation mit enwor neu hinzugekommene Netzeigentum Strom und Gas wird unter Beachtung der regulatorischen Rahmenbedingungen ebenfalls zu einem positiven Gesamtergebnis beitragen.

Ein Schwerpunkt wird zudem auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz sowie der Hebung von Synergiepotenzialen liegen.

Nachhaltiges und ressourcenschonendes Handeln ist seit langem Bestandteil der Unternehmensverfassung und somit Zielsetzung für alle Mitarbeitenden im Konzern. Darüber hinaus wurde das Thema Nachhaltigkeit im vergangenen Jahr organisatorisch noch stärker verankert.

Innerhalb des kaufmännischen Bereichs der STAWAG gibt es seit April 2024 die Abteilung Unternehmensentwicklung und Nachhaltigkeit, die konzernübergreifende Projekte begleitet und die Erstellung der Nachhaltigkeitsberichterstattung verantwortet. Darüber hinaus unterstützt sie bei der Umsetzung und Verankerung von Nachhaltigkeitsthemen in den operativen Prozessen. Neben Unternehmenspolitik und sozialen Aspekten ist Umwelt- und Klimaschutz ein zentraler Aspekt der Nachhaltigkeit.

Ferner hat sich die STAWAG bis 2030 fünf Ziele für eine klimafreundliche Energieversorgung gesetzt. Diese sind

- die Versorgung von ganz Aachen mit Strom aus eigenen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien
- die klimafreundliche Fernwärme-Erzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung
- die Förderung klimafreundlicher Mobilität
- die Förderung der Energieeffizienz, z. B. durch Anreize zum Energiesparen für Endkunden - die Ausrichtung innerbetrieblicher Prozesse an Anforderungen des Klimaschutzes, wie z. B. Förderung des Fahrradfahrens

Die Ziele werden medienwirksam durch eine Kampagne über analoge und digitale Plakate, Online-Werbung, Radiospots, Print-Anzeigen und Social Media kommuniziert.

Risiko- und Chancenbericht

Gesamtbeurteilung der Risiken und Chancen

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die wesentlichen Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie, FACTUR und WAG gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2024 auch unter der Einbeziehung des Zusammenschlusses mit der enwor ein gegenüber dem Vorjahr leicht verbessertes Gesamtbild. Vor allem die Preisentwicklungen an den Energiemärkten haben sich im Jahr 2024 weiter normalisiert. Die Großhandelspreise an den Beschaffungsmärkten sind gesunken, erreichten jedoch noch nicht wieder das Marktniveau aus der Zeit vor Beginn des Ukrainekrieges. Die STAWAG konnte ihre Preise in der Grundversorgung zum Teil schon wieder nach unten anpassen. Alle in den Vorjahren gebildeten vertrieblichen Drohverlustrückstellungen wurden in Anspruch genommen. Die Planungsparameter für die Kraftwerksscheibe TKL bleiben schwierig. Erfolge aus der Spotvermarktung und Erfolge aus sog. Dunkelflauten stehen den Unsicherheiten bei Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland und Europa und deren Einfluss auf die Stromgroßhandelspreise gegenüber. Die bestehende Drohverlustrückstellung für den bis zum Jahr 2033 angenommenen defizitären Kraftwerksbetrieb wird im Jahr 2024 um 1,7 Mio. Euro auf 77,9 Mio. Euro erhöht, wovon eine bestehende Drohverlustrückstellung in Höhe von 11,6 Mio. Euro aus der Übernahme des Geschäftsbetriebs der enwor resultiert. Auch in den nächsten Jahren sind marktentwicklungsbedingte Rückstellungsverstärkungen nicht gänzlich auszuschließen.

Im Jahr 2024 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Zinssenkungspolitik fortgesetzt und den EZB-Leitzins in vier aufeinanderfolgenden Schritten von 4,5 Prozent auf 3,15 Prozent abgesenkt, sodass die inverse Zinsstruktur inzwischen weitreichend zurückgeführt ist. Zinsbedingte Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, wie es die STAWAG-Gruppe jahrelang im Ergebnis verkraften musste, haben aktuell keinen Einfluss mehr auf die Risikolage. Die Energietransformation ist in Deutschland ein politisches Kernthema. Auch in vielen anderen europäischen Ländern sind die Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Förderung regenerativer Energiequellen Bestandteile von Umweltinitiativen und Gesetzesvorhaben. Der ambitionierte Ausbau der künftig gewollten Energieinfrastrukturen sowie der neue Einsatz von umweltschonenden Technologien füllen die Investitionspläne von Energieversorgern und Netzgesellschaften. Die Umsetzungsgeschwindigkeit und Finanzierung dieser Neuinvestitionen beinhalten jedoch weiterhin viele Unsicherheiten. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG und der Regionetz.

Marktbedingt rechnet die STAWAG mit weiter rückläufigen Bezugs- und Endkundenpreisen trotz hoher Volatilitäten an den Beschaffungsmärkten und konzentriert sich auf eine Stabilisierung ihrer vorhandenen Marktanteile.

Chancenreich sieht die STAWAG unverändert die Projektentwicklungen in ihrer Tochtergesellschaft STAWAG Energie, in der der weitere Ausbau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen betrieben wird. In der zwischen der STAWAG und der EWV bestehenden Netzkooperation in der Regionetz wird der Erfolg künftig noch mehr in der Hebung und Realisierung von Synergiepotenzialen liegen. Der erfolgreich abgeschlossene Zusammenschluss von STAWAG und enwor bietet zudem die Chance, die jährlichen Ergebnisse der STAWAG-Gruppe auf einem erhöhten Niveau von ca. 45 – 50 Mio. Euro zu halten. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Nachfolgend werden einige Risiken erläutert, die besonderen Einfluss auf die Vermögens-, die Finanz- und die Ertragslage der STAWAG und ihrer Tochtergesellschaften haben können.

Allgemeine externe Risiken und Chancen

In dieser Risikokategorie werden die politischen Entscheidungen und die gesetzlichen Vorschriften betrachtet, die die Marktstrukturen im Energiesektor beeinflussen und die zu positiven oder negativen Effekten bei der STAWAG führen können.

Die STAWAG entwickelt und betreibt seit vielen Jahren mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie regenerative Stromerzeugungsanlagen und hält Beteiligungen an mehr als 40 Wind- und Solarparks. Gestützt durch die im Jahr 2022 verabschiedete RePowerEUVerordnung ist Deutschland weiter bestrebt, die Energiewende voranzubringen. Hierzu wurden im Jahr 2024 das „zweite Gesetz zur Änderung des Bundesklimaschutzgesetzes“ und das „Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung“ in Kraft gesetzt. Die Ziele liegen in einer Beschleunigung des Ausbaus der Photovoltaik und anderer Erneuerbarer Energien. Die eingeführten vereinfachten Verfahren für Planung, Genehmigung und Realisierung von zukunftsweisenden Vorhaben entfalteten beim Ausbau der Windenergie an Land eine schwächere Wirkung als beim Ausbau der Solarleistung. Insgesamt konnten die Erneuerbaren Energien ihren Anteil an der Stromproduktion jedoch ein weiteres Mal ausbauen. In Deutschland stammen inzwischen 59,1 Prozent des produzierten Stroms aus regenerativen Quellen. Da die STAWAG Energie in der Projektentwicklung regenerativer Stromerzeugung inzwischen weitreichende Erfahrung und Erfolge hat und über eine nennenswerte Pipeline bereits genehmigter neuer Projekte verfügt, bestehen für sie in den nächsten Jahren weiterhin sehr gute Marktchancen.

Zu den allgemeinen externen Risiken der STAWAG gehören außerdem Gesetze und Verordnungen im Zusammenhang mit der Regulierung von Strom- und Gasnetzen sowie gesetzliche Auflagen im öffentlich-rechtlichen Bereich und bei den Umweltschutzbestimmungen.

Die Regionetz ist für die STAWAG und für andere Konzessionsnehmer als Netzbetreiberin für Strom-, für Gas-, für Wasser- und für Telekommunikationsnetze tätig und damit den grundsätzlichen Risiken aus den Verordnungen über den Zugang zu den Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen (StromNZV und GasNZV), aus den Verordnungen über die Entgelte für den Zugang zu den Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen (StromNEV und GasNEV), aus der Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze (ARegV) sowie des EnWG ausgesetzt. Im Rahmen der Zusammenführung der beiden Netzbetreiber INFRAWEST und regionetz in die gemeinsame Netzgesellschaft Regionetz erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf Regionetz (ehemals INFRAWEST), womit die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST – formell ergänzt um die neuen Netzgebiete – fortgeführt wird. Im Strombereich bildet das Jahr 2024 das erste Jahr der vierten Regulierungsperiode. Mit der im Jahr 2023 erfolgreich abgeschlossenen Kostenprüfung für die vierte Regulierungsperiode im Strombereich verfügt die Regionetz über eine gesicherte Ausgangsgröße für ihre künftigen Erlösobergrenzen. Für das Jahr 2024 liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz mit 195,3 Mio. Euro etwa 44,4 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes Düsseldorf zur Festlegung der zulässigen Eigenkapitalverzinsung für die vierte Regulierungsperiode der Anreizregulierung, in dem zahlreiche Netzbetreiber in erster Instanz Recht erhielten, reichte die BundesNetzAgentur (BNetzA) vor dem Bundesgerichtshof (BGH) Rechtsbeschwerde ein. Das Urteil des BGH bestätigte die Festlegung nunmehr, sodass auch die Eigenkapitalverzinsung rechtskräftig wird.

Im Gasbereich bildet das Jahr 2024 das zweite Jahr der vierten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Der verbindliche Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz zur dritten Regulierungsperiode stehen die Anhörung sowie die Erteilung des verbindlichen Bescheids aktuell auch nach Abschluss der Regulierungsperiode zum 31. Dezember 2022 weiterhin noch aus. Die entsprechende Kostenprüfung, die das Ausgangsniveau der vierten Regulierungsperiode mitbestimmt, wurde aber bereits im Jahr 2022 abgeschlossen. Der finale Bescheid steht jedoch noch aus. Der Effizienzwert der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode wurde in der Erlösobergrenzenanpassung 2024 noch mit 91,38 Prozent angenommen; der mittlerweile durch die Bundesnetzagentur mitgeteilte Effizienzwert liegt bei 94,01 Prozent. Des Weiteren hat die Regionetz Anträge auf einen Kapitalkostenaufschlag für die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz erstmals zum 30. Juni 2017 sowie in Folge für die Jahre 2019 bis 2025 eingereicht. Neu ist, dass die BNetzA durch die stark steigenden Anforderungen an die Netzbetreiber infolge der Energie- und Klimawende einen Prozess zur Überprüfung des aktuellen Regulierungsrahmens gestartet hat. Der Prozess wurde in einem Eckpunktepapier namens NEST veröffentlicht. NEST steht für "Netze.Effizient.Sicher.Transformiert.“. Im Laufe des Jahres 2025 werden verschiedene Themen mit Branchenvertretern erörtert. Es bleibt abzuwarten, welche Vor- und Nachteile sich aus den neuen rechtlichen Rahmenfestsetzungen der BNetzA ergeben werden.

Ein neues allgemeines externes Risikofeld für die STAWAG betrifft die von der WAG betriebene überörtliche Wassergewinnung und Wasseraufbereitung. Im Zusammenhang mit der Frischwassergewinnung aus Talsperren oder Grundwasserwerken kann die Bezirksregierung Köln neue Wasserschutzgebiete von Amts wegen festsetzen. Hierbei besteht die Gefahr, dass Schutzmaßnahmen festgesetzt werden, die eine ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung von Flächen erheblich einschränken. Die WAG, als Begünstigte der Schutzgebietsverordnung, muss solche Nachteile ergebnismindernd ausgleichen. Aktuell sind drei Neufestsetzungsverfahren im Gange. Mit Entscheidungen ist innerhalb von zwei Jahren zu rechnen.

Leistungswirtschaftliche Risiken und Chancen

Die leistungswirtschaftlichen Risiken und Chancen betreffen die Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Beschaffung und Vertrieb. In der Wertschöpfungsstufe Erzeugung fasst die STAWAG sämtliche von ihr und ihrer Tochtergesellschaft STAWAG Energie bundesweit gehaltenen Finanzbeteiligungen an konventionellen und regenerativen Stromerzeugungsanlagen sowie die von STAWAG Energie selbst betriebenen Kraftwerksanlagen zusammen. Mit der STAWAG Energie ist die STAWAG auch in der Projektierung von neuen klimafreundlicheren und regenerativeren Stromerzeugungsanlagen (Solar- und Windparks) und in der Wärmeversorgung (Tiefengeothermie) engagiert.

Im konventionellen Kraftwerksbereich hält die STAWAG nach der Übernahme des Geschäftsbetriebs der enwor einen Anteil von 9,72 Prozent an der Projektgesellschaft TKL. Für Risiken, die sich aus dem im Jahr 2020 verabschiedeten Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) sowie zur vorzeitigen Stilllegung des Steinkohlekraftwerks im Jahr 2033 ergeben, hat die STAWAG im Jahr 2020 eine nahezu vollständige Risikoabdeckung durchgeführt. Die Risikoabdeckung wird jährlich anhand neue Marktparameter überprüft. Für das Jahr 2024 ergibt sich eine Zuführung der Rückstellung um 1,7 Mio. Euro. Das Kraftwerk hat weiterhin eine sehr hohe technische Verfügbarkeit und kann Sondereinsätze in guten Marktphasen zur Ertragssteigerung nutzen. Bei dem zentral bewirtschafteten Kraftwerk TGH, das nur zu wirtschaftlich sinnvollen Zeiten in Abhängigkeit der Marktentwicklung (Strom- und Brennstoffpreise) in Betrieb genommen wird, fallen die hieraus resultierenden operativen Ergebnisse nicht bei der STAWAG, sondern in der TGH selbst an. Das von der STAWAG gewährte Gesellschafterdarlehen, das noch eine Forderung von 9,7 Mio. Euro aufweist, wird regelmäßig getilgt und nach aktuellem Stand bis 2028 vollständig zurückgeführt sein. Die jährlich anfallenden Zinserträge von rund 0,6 Mio. Euro werden von der STAWAG erfolgswirksam vereinnahmt. Unmittelbare Ergebnisrisiken für die STAWAG sind also weiterhin grundsätzlich nicht zu erwarten.

Im Bereich regenerativer Erzeugungsanlagen entwickelt die STAWAG Energie seit Jahren neue Wind- und Solarparks und baut ihr Gesamtportfolio aus. Damit verbunden ist ein allgemeines Projektentwicklungsrisiko. Denn trotz des weit entwickelten Know-hows können nicht beeinflussbare externe Faktoren dazu führen, dass laufende Projekte technisch nicht realisierbar sind bzw. eine Realisierung unwirtschaftlich sein würde, sodass die Entwicklung abgebrochen werden muss. Ebenso ist nicht auszuschließen, dass behördliche Auflagen und Verzögerungen im Genehmigungsprozess entstehen, sodass die geplanten Projekte nicht im vorgesehenen Zeitrahmen umgesetzt werden können. Zudem tritt die STAWAG Energie als Generalübernehmer für die Errichtung von Windparks auf, woraus bauherrentypische, beherrschbare Risiken resultieren. Bei bestehenden Anlagen sind keine Risiken über das betriebsübliche Maß hinaus erkennbar. Allgemeine Anlagenausfallrisiken und unerwartete Stillstände werden durch regelmäßige Wartungsintervalle gemindert. Darüber hinaus ist die Ertragssituation der STAWAG Energie in bekanntem Maße wetterabhängig. Durch den Erzeugungsmix sowie die Diversifikation der Anlagenstandorte, auch außerhalb Aachens, wird diese Wetterabhängigkeit jedoch vermindert. Die Vielzahl unterschiedlichster Projekte, mit denen die STAWAG Energie erfolgreich tätig ist, unterstreicht die Kompetenz im Bereich Erneuerbarer Energien und die Fähigkeit zur Erschließung neuer Wertschöpfungsbereiche, sodass die aus diesem Geschäftsfeld auch zukünftig zu erwartende wirtschaftliche Erfolge die Risiken übersteigen werden.

Die STAWAG betreibt seit vielen Jahren einen eigenen Energiehandel und unterhält hierbei Geschäftsbeziehungen zu den üblichen, zum Teil auch großen Energiehändlern. Zur kundenbedarfsgerechten Eindeckung von Strom und Gas und zur Optimierung der Beschaffungskosten wird ein professionelles Portfoliomanagement eingesetzt. Auf Basis einer konservativen, eher risikoaversen Beschaffungsstrategie wird der geplante Endkundenabsatz frühzeitig vor Lieferbeginn zu verschiedenen Zeitpunkten eingekauft. Die bei diesem Vorgehen entstehenden Chancen und Risiken managt die STAWAG aktiv durch regelmäßiges Monitoring und Abhalten von Risikokomiteesitzungen. Preisrisiken in den Beschaffungsbüchern werden je Lieferjahr fortlaufend überwacht und durch einen sogenannten Stresstest und den Value at Risk bewertet. Begrenzt und kontrolliert werden die Risiken durch vorgegebene Limits. Darüber hinaus existieren Mengen- und Strukturrisiken in den Vertriebsbüchern. Die regelmäßige Ermittlung von Abweichungsfehlern und von Worst-Case-

Szenarien führt zu einer Bewertung, welche die Grundlage für weiterführende Entscheidungen bildet. In den Risikoberichten des Energiehandels werden auch Kredit-, Produkt-, Liquiditäts- und Transportrisiken behandelt. Der Krieg in der Ukraine ließ die Energiepreise in 2022 sprunghaft ansteigen. Die Preise sind gegenüber den Höchstpreisen in 2022, bei deutlicher Zunahme der Volatilität signifikant zurückgegangen, ohne das ursprüngliche Niveau wieder zu erreichen. Die Situation in der Ukraine, die vielen geopolitischen Unsicherheiten und die Entscheidungen der amerikanischen Regierung führen dazu, dass die Volatilität weiter hoch bleiben wird. Die auf Grund der konservativ ausgerichteten Portfoliobeschaffungsstrategie höheren Bezugskosten der STAWAG bilden sich nun in Preisrisiken auf der Vertriebsseite ab. Diese sind jedoch gegenüber dem letzten Jahr geringer geworden.

Auf der Kunden- und Energieabsatzseite steht die STAWAG weiterhin unter einem erhöhten Wettbewerbsdruck, der aus dem Verfall der Marktpreise nach der Energiemarktkrise resultiert. Die STAWAG fokussiert sich darauf, die vorhandenen Marktanteile im lokalen Vertriebsgebiet zu halten und ihre Rolle als maßgebender lokaler Energieversorger und Energiedienstleister zu bestätigen. Absatzeinbußen im Privat- und Gewerbekundensegment sollen durch maßgeschneiderte Beratungskonzepte, durch innovative Produktangebote sowie durch Serviceorientierung reduziert werden. Gleichzeitig werden die Entwicklung neuer Geschäftsfelder sowie die Digitalisierungsprojekte vorangetrieben. Die Übertragung des Geschäftsbetriebs der enwor auf die STAWAG führte im Jahr 2024 zu einer deutlichen Erhöhung der Kundenzahlen und Absatzmengen insbesondere in der Strom- und der Wassersparte. Nach kostenbedingten Preiserhöhungen in den Jahren 2022/2023 konnte die STAWAG zum 1. Mai 2024 die Preise in der Grundversorgung Strom wieder deutlich senken. Eine Senkung der Gaspreise (Grundversorgung sowie Sonderverträge) erfolgt zum 1. Januar 2025. Für die Folgejahre sind aktuell weitere Bezugskostensenkungen absehbar, offen bleibt jedoch die Entwicklung der Netzentgelte sowie der staatlich veranlassten Steuern und Umlagen. Gegenüber den Jahren 2022/2023 verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit der STAWAG-Endkundenpreise zusehends. Eine zu warme Witterung in den Wintermonaten bleibt unverändert mit negativen Ergebniseffekten verbunden.

Finanzwirtschaftliche Risiken und Chancen

Der im Jahr 2022 begonnene Anstieg der Geld- und Kapitalmarktzinsen erreichte im September 2023 seinen Höhepunkt. Das Risiko zinsbedingt ansteigender Pensionsrückstellungen ist überwunden. Stattdessen ist in der STAWAG-Gruppe in den nächsten Jahren mit tendenziell sinkenden Pensionsrückstellungen und damit sinkenden Innenfinanzierungsmitteln zu rechnen. Bei gleichzeitig steigenden Infrastrukturinvestitionen bedeutet das, dass die STAWAG und die Regionetz mit steigenden Fremdmittelaufnahmen und höherem jährlichen Zinsaufwand rechnen, obwohl auch steigende Gewinnthesaurierungen eingeplant sind. Es muss sich noch zeigen, welche Finanzierungsvolumina von europäischen und deutschen Förderbanken angeboten werden können und in welchem Umfang kommerzielle Banken die Umsetzung der Energietransformation bereit sind zu begleiten.

Seit 1. Januar 2018 befindet sich die STAWAG mit ihrer Tochtergesellschaft Regionetz in einer langfristigen Netzkooperation mit der benachbarten EWV. Die STAWAG, die an der neuen großen Netzgesellschaft mehrheitlich beteiligt ist, betrachtet den Ergebnisanteil der Regionetz als festen und wichtigen Bestandteil des STAWAG-Teilkonzernergebnisses, sieht jedoch auch, vor welche Herausforderungen eine Netzgesellschaft durch die Rahmenbedingungen einer Energietransformation gestellt wird. Zu erwarten sind steigende Ersatz- und Neuinvestitionen, vor allem im Strombereich, deren Finanzierung sichergestellt werden muss. Die Regionetz engagiert sich sehr für ihre bestehenden Konzessionen und die Übernahme neuer Konzessionen. Auch die Ausweitung des Dienstleistungsgeschäftes (Netzpachtung) bietet die Chance, das Know-how im Kerngeschäft Netze bei anderen Kommunen einzubringen und nachhaltige Ergebnisbeiträge sicherzustellen.

Aus der Beteiligung am Gasspeicher Epe erzielte die STAWAG im Geschäftsjahr 2024 erneut ein ausgeglichenes Ergebnis. Die künftigen Erfolgschancen der Speichernutzung, die im Wesentlichen in der Nutzung marktseitiger Sommer-Winter-Spreads liegen, sieht die STAWAG bis zum Ende des Speichernutzungsvertrages im Jahr 2028 unverändert skeptisch.

An der inzwischen auf 7,7 Mio. Euro angewachsenen Drohverlustrückstellung hält die STAWAG weiterhin fest.

Die STAWAG-Beteiligungen Trianel, TKL und TGH konnten auch im Geschäftsjahr 2024 die Preisentwicklungen an den Energiemärkten nutzen, um positive Deckungsbeiträge zu erwirtschaften. Wenngleich die dark-clean-spreads im Jahresverlauf 2024 weiter gesunken sind und das Ertragspotenzial begrenzen, kommt es durch den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien und dem Wegfall konventioneller Erzeugungskapazitäten zunehmend zu kurzfristig auftretenden Preisspitzen (u.a. sogenannte Dunkelflauten), die für zusätzliche Deckungsbeiträge aus kurzfristigen Spotmarktvermarktungen sorgen. Die Nachteile aus den gesunken spreads können so zum Teil wieder ausgeglichen werden. Es besteht

aufgrund der jeweiligen Geschäftsaktivitäten der Gesellschaften sowie der teilweise aufgebauten Risikovorsorge aktuell kein Grund zu befürchten, dass massive negative Einwirkungen auf das Ergebnis der STAWAG durchschlagen könnten.

Seit 2018 hält die STAWAG einen 50-prozentigen Anteil am PSW Rönkhausen. Für die STAWAG ergeben sich aus dieser Beteiligung − neben der fixierten jährlichen Garantiedividende − insbesondere strategische Chancen.

Über die STAWAG Energie ist die STAWAG im Zuge des Zusammenschlusses mit enwor nun an den Gemeinschaftsprojekten TWB sowie TWB II, TOW und TEE beteiligt. Der Windpark TWB befindet sich seit einigen Jahren im Regelbetrieb. Die Leistungsfähigkeit dieses offshore-Windparks wird vor allem durch seine technische Verfügbarkeit sowie das Windaufkommen und die daraus resultierende Stromproduktion bestimmt. Hier haben in der Vergangenheit zum Teil unerwartete Stillstände dazu geführt, dass der von der TWB-Gesellschaft für das jeweilige Geschäftsjahr geplante Ertrag nicht erreicht wurde. Das Projekt bleibt weiterhin hinter den Erwartungen der STAWAG zurück. Die STAWAG Energie hat ihren Beteiligungsansatz in der Vergangenheit bereits um insgesamt 6,4 Mio. Euro wertberichtigt. Nach aktueller Einschätzung lässt sich eine Reduzierung des Risikos nicht begründen. Die Beteiligung an TWB II wird dagegen als werthaltig eingestuft.

Bei ihrem bestehenden Fremdkapitalportfolio laufen bei der STAWAG und ihren Tochtergesellschaften in den nächsten fünf bis sieben Jahren Festzinsvereinbarungen aus der Zeit der Niedrigzinsphase aus, sodass hier Zinsänderungsrisiken bestehen. Da es sich überwiegend um Tilgungsdarlehen handelt und die erste Festzinsphase bereits zehn Jahre bestand, ist das wirtschaftliche Risiko einer Zinssatzänderung begrenzt. Für künftige langfristige Neukreditaufnahmen und deren Zinsprolongationen ist dagegen mit höheren Zinsaufwendungen zu rechnen. Dies kann auf die Rentabilität mancher Vorhaben durchschlagen und wird bei der Investitionsplanung intensiv bedacht. In der aktuellen Wirtschaftsplanung sind für die Zinsänderungen marktgerechte Annahmen getroffen worden. Inwiefern die STAWAG zukünftig auch mal wieder Zinssicherungsgeschäfte abschließen wird, muss im Einzelfall abgewogen werden. Aus dem workingcapital sind Anstiege von Zinsaufwendungen zu erwarten, da zur Zwischenfinanzierung von Investitionen vorhandene Kreditlinien ausgeweitet und voraussichtlich intensiver genutzt werden müssen. Alle derzeit bei der STAWAG bzw. bei der STAWAG Energie eingesetzten Finanzinstrumente zur Zinssicherung bergen keine ungewöhnlich hohen Risiken in Bezug auf den laufenden Cashflow.

Allgemeine interne Risiken

Diese Risikokategorie nimmt Risiken aus den Bereichen Organisation, Personal- und Führungsmanagement sowie aus der Kommunikation auf. In den Unternehmen der STAWAG-Gruppe wird nach der Umstellung des ERP-Systems auf SAP S4-Hana sowie der IT-Migration der enwor-Daten deutlich, dass die Integration der enwor-Mitarbeiter, die Gewinnung neuer oder der Ersatz vorhandener Fachkräfte sowie die Stabilisierung der Prozesse noch nicht abgeschlossen sind und daher an vorderer Stelle stehen. Auch bei externen Dienstleistern des STAWAG-Teilkonzerns zeichnen sich zum Teil zeitliche Verzögerungen in der Abarbeitung von Aufträgen ab. Des Weiteren ist die STAWAG-Gruppe nicht zuletzt aufgrund der geopolitischen Lage und den damit verbundenen Risiken für die Energieinfrastruktur den Gefahren von Cyberangriffen ausgesetzt. Der Fokus der Sicherheitsstrategie liegt sowohl auf technischer wie organisatorischer Sicherheit. Zudem wurde eine Cyber-Versicherung abgeschlossen und deren Deckungssumme erhöht. Die Verfügbarkeit von IT-Systemen stellt für die STAWAG ein allgemeines Betriebsrisiko dar, das überwiegend über den konzernweiten Dienstleister regio iT abgedeckt wird.

3.4.3.4 WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH

Firmensitz:
Filterwerk
52159 Roetgen

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 7072
Gründungsdatum: 21.10.1997
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Mittelgroße Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten
Nominal: - / 13,2% / 13,2%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

PKF Fasselt Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft führt überörtliche Wassergewinnung, Wasserbeschaffung, Wassertransport und Wasseraufbereitung durch. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gesellschaftszweck zu dienen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft führt die überörtliche Wassergewinnung, Wasserbeschaffung, den Wassertransport und die Wasseraufbereitung aus der Rur-Schiene sowie nach deren Übernahme auch aus der Wehebachtalsperre für die Gesellschaft durch. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gesellschaftszweck zu dienen. An den beiden Standorten Dreilägerbachtalsperre in Roetgen (Firmensitz) und Wehebachtalsperre in Stolberg-Schevenhütte wird Wasser aus Talsperren entnommen und zu Trinkwasser aufbereitet. In der Trinkwasseraufbereitungsanlage (TWA) Roetgen wird das Rohwasser aus dem Talsperrenverbund Dreilägerbachtalsperre, Kalltalsperre und Obersee (Teil des Rursees), die über ein Pumpwerk und zwei Stollen miteinander verbunden sind, aufbereitet. Der Obersee gehört dem WVER, Wasserverband Eifel-Rur, die Kall- und die Dreilägerbachtalsperre sind Eigentum der WAG. Die WAG verfügt für alle drei Talsperren über ausreichende Wasserentnahmerechte.

Kapital

Stammkapital	1.200.000 €; 0 Stimmen

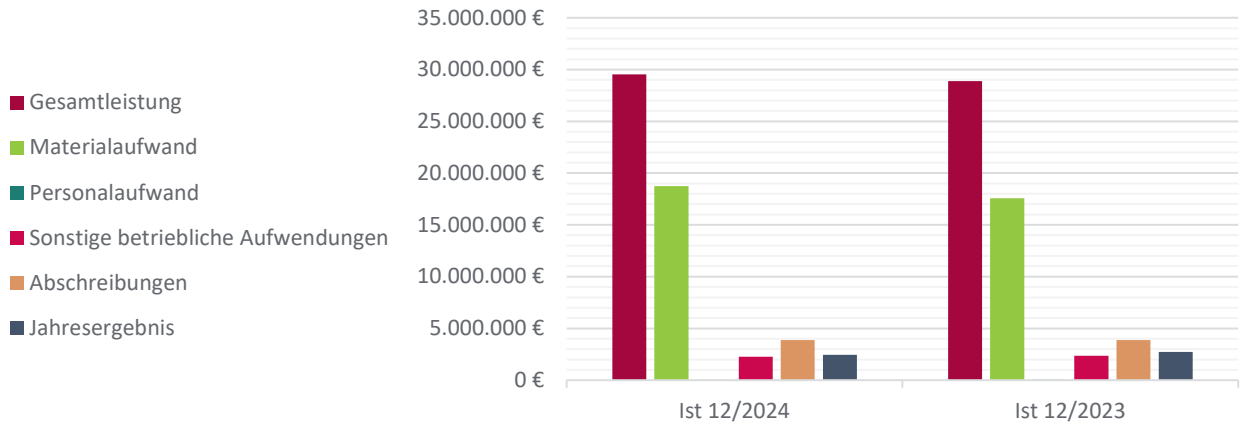
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG	1.200.000,00 €	100,00 %
enwor - energie & wasser vor ort GmbH (bis 30.09.2024)	600.000,00 €	50,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

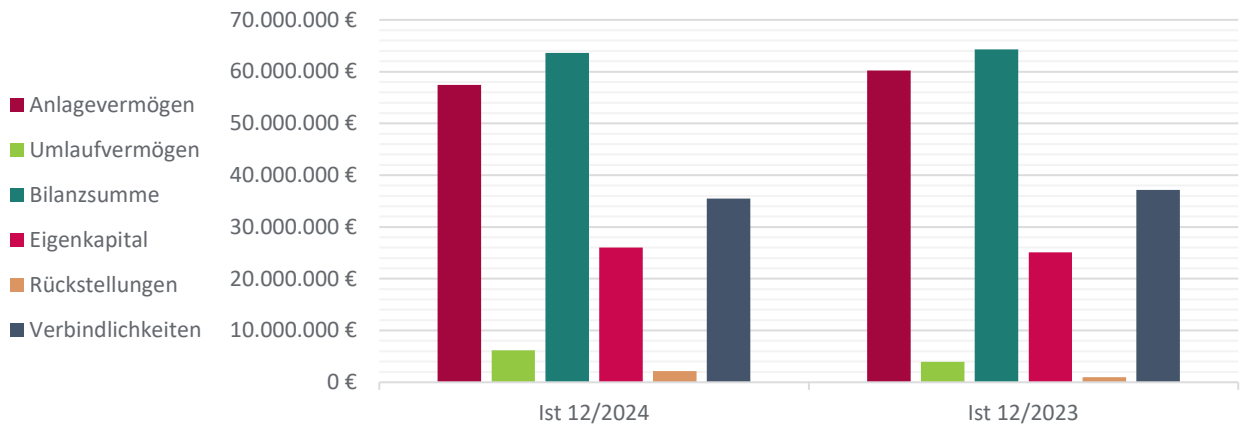
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	28.528.573,38	28.252.699,27	275.874,11
Bestandsveränderungen	6.599,57	-	6.599,57
Andere aktivierte Eigenleistungen	113.730,00	194.807,00	-81.077,00
Sonstige betriebliche Erträge	885.518,24	439.952,63	445.565,61
Gesamtleistung	29.534.421,19	28.887.458,90	646.962,29
Materialaufwand	18.756.153,51	17.575.848,63	1.180.304,88
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.673.839,61	1.819.998,63	853.840,98
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.082.313,90	15.755.850,00	326.463,90
Rohergebnis	10.778.267,68	11.311.610,27	-533.342,59
Personalaufwand	23.121,66	37.438,64	-14.316,98
dar.: Löhne und Gehälter	19.776,00	31.996,00	-12.220,00
dar.: soziale Abgaben	3.345,66	5.442,64	-2.096,98
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.266.999,39	2.359.731,22	-92.731,83
EBITDA	8.488.146,63	8.914.440,41	-426.293,78
Abschreibungen	3.883.286,00	3.865.910,00	17.376,00
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	3.883.286,00	3.865.910,00	17.376,00
EBIT	4.604.860,63	5.048.530,41	-443.669,78
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	443,36	-	443,36
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	718.080,73	769.211,60	-51.130,87
dar.: an verbundenen Unternehmen	51.996,74	52.618,23	-621,49
EBT	3.887.223,26	4.279.318,81	-392.095,55
Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.374.111,13	1.486.247,98	-112.136,85
Ergebnis nach Steuern	2.513.112,13	2.793.070,83	-279.958,70
Sonstige Steuern	58.667,60	58.016,06	651,54
Jahresergebnis	2.454.444,53	2.735.054,77	-280.610,24

Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	57.430.190,05	60.226.154,00	-2.795.963,95
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.683.202,05	4.202.971,00	-1.519.768,95
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	2.683.202,05	4.202.971,00	-1.519.768,95
Sachanlagen	54.746.986,00	56.023.181,00	-1.276.195,00
Grundstücke und Gebäude	19.527.445,00	20.048.023,00	-520.578,00
Technische Anlagen und Maschinen	32.004.986,00	33.573.814,00	-1.568.828,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	811.036,00	874.319,00	-63.283,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.403.519,00	1.527.025,00	876.494,00
Finanzanlagen	2,00	2,00	0,00
Beteiligungen	2,00	2,00	0,00
Umlaufvermögen	6.157.553,18	3.938.266,49	2.219.286,69
Vorräte	127.066,54	109.267,91	17.798,63
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	120.466,97	109.267,91	11.199,06
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	6.599,57	-	6.599,57
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.030.486,64	3.783.829,40	2.246.657,24
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.381.503,36	1.099.686,45	281.816,91
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	796,00	-	796,00
Forderungen gegen Gesellschafter	3.611.395,60	2.364.167,11	1.247.228,49
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	1.036.791,68	319.975,84	716.815,84
Kasse, Bankguthaben, Schecks	0,00	45.169,18	-45.169,18
Rechnungsabgrenzungsposten	24.769,69	116.933,99	-92.164,30
Bilanzsumme	63.612.512,92	64.281.354,48	-668.841,56
Passiva			
Eigenkapital	26.020.462,55	25.126.018,02	894.444,53
Gezeichnetes Kapital	1.200.000,00	1.200.000,00	0,00
Kapitalrücklage	21.712.480,97	20.537.426,20	1.175.054,77
Gewinnrücklagen	653.537,05	-	653.537,05

Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-	653.537,05	-653.537,05
Jahresergebnis	2.454.444,53	2.735.054,77	-280.610,24
Sonderposten	-	1.023.692,95	-1.023.692,95
dar.: Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,00	1.023.692,95	-1.023.692,95
Rückstellungen	2.135.424,29	1.000.059,25	1.135.365,04
Steuerrückstellungen	0,00	175.000,00	-175.000,00
sonstige Rückstellungen	2.135.424,29	825.059,25	1.310.365,04
Verbindlichkeiten	35.455.758,13	37.130.854,89	-1.675.096,76
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	34.688.071,07	36.579.089,63	-1.891.018,56
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	550.708,49	-550.708,49
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	337.755,93	0,00	337.755,93
Sonstige Verbindlichkeiten	429.931,13	1.056,77	428.874,36
dar.: aus Steuern	429.931,13	954,51	428.976,62
Rechnungsabgrenzungsposten	867,95	729,37	138,58
Bilanzsumme	63.612.512,92	64.281.354,48	-668.841,56

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	29,8	31,6	-1,8
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	9,4	10,5	-1,1
Umsatzrentabilität (in %)	8,6	9,7	-1,1
Eigenkapitalquote (in %)	40,9	39,1	1,8
Anlagendeckung II (in %)	45,3	43,4	1,9

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	0	2	-2
Verschuldungsgrad (in %)	144,5	151,8	-7,3

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Walter Dautzenberg	WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH
Herr Rudolf Roß (bis 09.07.2024)	

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Ronald Borning (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Micha Kreitz (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Wolfgang Goebbels (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Andor Schmitz (SPD)	
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Frau Birgit Nolte	
Städteregionstagsmitglied Frau Melanie Seufert (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Dr. Florian Moschel (GRÜNE)	
Herr Kurt Victor (FDP)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Hermann-Josef Bongard (FDP)	
1. stellv. Städteregionsrat Herr Axel Wirtz (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Kunibert Matheis (CDU)	

beratendes Mitglied

Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg	StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 5 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 27,7 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens und Geschäftsmodell

Die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (im Folgenden kurz: WAG) bedient in der gesamten Wertschöpfungskette der Trinkwasserversorgung für ihre Kunden die Prozessschritte Wassergewinnung, Wasserbeschaffung, Wassertransport und Wasseraufbereitung. Sie wurde im Jahre 1997 mit dem Zweck gegründet, die überörtliche Trinkwasserversorgung zunächst primär aus Talsperrenwasser für die Region Aachen sicherzustellen.

Im Jahr 2024 hat die energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath (im Folgenden kurz: enwor) ihren Geschäftsbetrieb gegen Gewährung von 25,1% Anteilen an der STAWAG vollständig in die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen (im Folgenden kurz: STAWAG) eingebracht. Alleinige Gesellschafterin der WAG ist insofern seit dem Jahr 2024 zu 100% die STAWAG; die nunmehr unter dem Namen STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG firmiert.

An den beiden Standorten Dreilägerbachtalsperre in Roetgen (Firmensitz) und Wehebachtalsperre in Stolberg-Schevenhütte wird Wasser aus den Talsperren entnommen und zu Trinkwasser aufbereitet. In der Trinkwasseraufbereitungsanlage (TWA) Roetgen wird das Rohwasser aus dem Talsperrenverbund Dreilägerbachtalsperre, Kalltalsperre und Obersee (Teil des Rursees), die über ein Pumpwerk und zwei Stollen miteinander verbunden sind, aufbereitet. Der Obersee gehört dem WVER, Wasserverband Eifel-Rur, die Kall- und die Dreilägerbachtalsperre sind Eigentum der WAG. Die WAG verfügt für alle drei Talsperren über ausreichende Wasserentnahmerechte.

Die in Stolberg Schevenhütte gelegene Trinkwasseraufbereitungsanlage stellt Trinkwasser bereit, das der Wehebachtalsperre entnommen wird. Die Talsperre liegt im Eigentum des WVER. Die WAG nutzt hier ein eigenes Wasserentnahmerecht.

Daneben besitzt und betreibt die WAG insgesamt sechs Grundwasserwerke. Derzeit wird in fünf dieser Anlagen Trinkwasser aufbereitet und danach zum Weitertransport bereitgestellt. Eine Anlage wird vorübergehend als Reservewasserwerk vorgehalten.

Die Kunden der WAG sind in erster Linie ihre beiden Gesellschafter enwor und STAWAG (bis 30.09.2024) bzw. STAWAG als alleiniger Gesellschafter (ab 01.10.2024), die im langjährigen Durchschnitt jährlich insgesamt rund 35 Mio. m³ benötigt haben, um ihre Kunden mit Trinkwasser zu versorgen. Weitere Trinkwasserlieferungen gehen an die WML Waterleiding Maatschappij Limburg in den Niederlanden (im Folgenden kurz: WML), an die Stadtwerke Düren (SWD), an den Wasserleitungszweckverband Langerwehe sowie im Bedarfsfall an den WVZV Perlenbach.

Die WAG besitzt und betreibt derzeit noch keine eigenen Wassertransportnetze, und daher sind die Lieferungen an die WML und WVZ-Langerwehe bis zu den jeweiligen Übergabestellen über Durchleitungsverträge mit den Netzbetreibern STAWAG (bis 30.09.2024 enwor) und Regionetz vertraglich geregelt.

Die WAG verfügte im Jahr 2024 bis auf ihre beiden Geschäftsführer, bzw. ab dem 01.06.2024 einen Geschäftsführer, über kein eigenes Personal. Sie bedient sich zur Durchführung ihrer Geschäfte und zum Betrieb der technischen Anlagen seit dem 01.10.2024 des Personals der STAWAG (bis dahin auch des Personals der enwor). Die dafür erforderlichen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen sind in den seit dem 01.01.2018 gültigen Verträgen geregelt. Beide Dienstleistungsverträge haben eine Erstlaufzeit von zehn Jahren (bis 31.12.2027), können aber auf Verlangen der WAG zweimal um jeweils fünf Jahre verlängert werden. Die vom Dienstleister zu erbringenden Leistungen und die dafür vereinbarten pauschalen Entgelte sind in beiden Verträgen jeweils beschrieben. Darüberhinausgehende einmalige Sonderleistungen des Dienstleisters werden zusätzlich in Rechnung gestellt und vergütet.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2024 war mit einer Jahresniederschlagssumme von 1.536 mm an der Messstation Roetgen ein außergewöhnlich nasses Jahr (50% über langjährigem Durchschnitt). Da die Niederschläge zudem über das Jahr gleichmäßig verteilt fielen (die Monatsniederschläge jedes einzelnen Monats lagen über dem langjährigen Durchschnitt) waren die Talsperren außergewöhnlich gut gefüllt und die Grundwasserkörper konnten sich regenerieren. Da selbst die Wehebachtalsperre einen hohen Füllstand aufwies konnte ein größerer Teil der Trinkwasserbereitstellung hierhin verlagert werden, was zu einer erheblichen Reduzierung des aus dem Obersee entnommenen Rohwassers und damit zu einer deutlichen Reduzierung des Energiebezugs führte.

Geschäftsverlauf des Jahres 2024

Die insgesamt im Jahr 2024 von der WAG abgegebene Trinkwassermenge beträgt 42,2 Mio. m³. Mit diesem Wert ist die im Wirtschaftsplan mit 42,5 Mio. m³ angenommene Abgabemenge nahezu erreicht worden.

Von den beiden Aufbereitungsanlagen für Talsperrenwasser in Roetgen und an der Wehebachtalsperre sind in Summe 37,2 Mio. m³ geliefert worden, was 88% der Gesamtmenge darstellt. In den fünf aktiven Grundwasserwerken ist die restliche Menge von 5,0 Mio. m³ bereitgestellt worden.

Von der insgesamt im abgelaufenen Geschäftsjahr bereitgestellten Trinkwassermenge von 42,2 Mio. m³ wurden 33,8 Mio. m³ von der STAWAG (und enwor) abgenommen. Bezogen auf das ehemalige Versorgungsgebiet der enwor wurden im Berichtsjahr 2024 17,0 Mio. m³ (Vorjahr 16,8 Mio. m³) und bezogen auf das ursprüngliche Versorgungsgebiet der STAWAG 16,8 Mio. m³ (Vorjahr 16,4 Mio. m³) für die Versorgung der Wasserkunden der STAWAG von der WAG bezogen.

Die WML hat mit 5,2 Mio. m³ im Wesentlichen die vertraglich vereinbarten Wassermengen abgenommen. Die Stadtwerke Düren haben mit den bezogenen 3,0 Mio. m³ (Vorjahr 2,8 Mio. m³), die Nominalmenge im Wasserliefervertrag wieder erzielt. Mit den Stadtwerken Düren wurde im Mai 2024 eine Ergänzungsvereinbarung zum Wasserlieferungsvertrag abgeschlossen, die die schrittweise Erhöhung des Wasserlieferung um bis zu 600 Tm³ im Jahr 2036 vorsieht. An den Wasserleitungszweckverband Langerwehe wiederum wurden 292 Tm³ geliefert. Der Wasserversorgungszweckverband Perlenbach hat wegen des guten Füllstandes der Perlenbachtalsperre bis auf die zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft erforderlichen Hygienemengen kein Trinkwasser von der WAG bezogen.

Das von der WAG aufbereitete und abgegebene Trinkwasser entsprach jederzeit den Vorgaben der Trinkwasserverordnung und konnte jederzeit ohne Kapazitätsengpässe in den Aufbereitungsanlagen in der benötigten Menge bereitgestellt werden. Trotz der allseits bekannten Steigerungen der Inflationsrate, den Problemen bei den Lieferketten und den Engpässen bei vielen Produkten, konnten alle für die Aufbereitungsanlagen erforderlichen Chemikalien regelmäßig beschafft werden, wobei die Preise im Wesentlichen auf dem hohen Niveau des Vorjahres blieben. Die Preise für die Energielieferungen haben sich trotz der risikoarmen Einkaufsstrategie mit einem Tranchenmodell deutlich erhöht.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung der WAG werden die folgenden finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage des Unternehmens von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse in Euro
- Jahresüberschuss in Euro

Ergänzend zu den finanziellen werden folgende nichtfinanziellen Leistungsindikatoren zur Steuerung der WAG genutzt:

- Wasserabgabemenge an die Wasserkunden der WAG in m³
- Pumpmenge Rurberg in m³

Kennzahl	Plan 2024	Ist 2024	Abweichung absolut	Abweichung in %
Umsatzerlöse (TEUR)	28.337	28.529	+192	+0,7 %
Jahresüberschuss (TEUR)	1.135	2.454	+1.319	+116,2 %
Wasserabgabemenge (Mio. m³)	42,5	42,2	-0,3	-0,7 %
Pumpenmenge Obersee (Mio. m³)	12,0	4,4	-7,6	-63,3 %

Die Umsatzerlöse der WAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 mit TEUR 28.529 geringfügig um rund 0,7% über dem geplanten Niveau. Der Jahresüberschuss wiederum beläuft sich auf TEUR 2.454 und übertrifft den Planwert insofern deutlich. Ursächlich hierfür sind unter anderem die deutlich unter Plan liegenden Stromkosten bzw. Pumpstrommengen infolge des geringeren Bedarfs zur Entnahme von Rohwasser aus dem Obersee Rurberg.

Die insgesamt im Jahr 2024 von der WAG abgegebene Trinkwassermenge beträgt 42,2 Mio. m³. Mit diesem Wert ist die im Wirtschaftsplan mit 42,5 Mio. m³ angenommene Abgabemenge nahezu erreicht worden.

Die mit dem Pumpwerk Rurberg aus dem Obersee Rurberg entnommenen Rohwassermengen fallen infolge des dargebotsbedingten hohen Füllstands aller Talsperren mit 4,4 Mio. m³ um 7,6 Mio. m³ geringer aus als geplant.

Lage

Ertragslage

Das Jahresergebnis für das Wirtschaftsjahr 2024 erreicht einen Jahresüberschuss von TEUR 2.454 und verringert sich somit im Vergleich zum Vorjahr um rund TEUR 281.

Die Umsatzerlöse des Jahres 2024 erreichten TEUR 28.529 und liegen damit um TEUR 276 über dem Vorjahreswert. Gegenüber den für 2024 geplanten TEUR 28.337 stellt dies eine Verbesserung um TEUR 192 dar.

Die Umsatzerlöse umfassen hierbei insbesondere die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von TEUR 27.588 (Vorjahr TEUR 27.079), die in Höhe von TEUR 2.111 (Vorjahr TEUR 2.083) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung von TEUR 67 (Vorjahr TEUR 78) erzielt werden.

Bei den weiteren Umsatzerlösen in Höhe von insgesamt TEUR 873 sind auch Erlöse aus Laborleistungen mit TEUR 370 (Vorjahr TEUR 568), Erlöse aus Miet- und Pachteinnahmen mit TEUR 89 (Vorjahr TEUR 97) sowie sonstige Einnahmen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erreichen TEUR 886. Sie beinhalten im Wesentlichen Erlöse aus Anlagenabgängen in Höhe von TEUR 654 und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (TEUR 97) sowie Rückstellungen (TEUR 121).

Die Materialaufwendungen lagen insgesamt mit TEUR 18.756 um TEUR 1.180 über dem Vorjahresniveau.

Im Bereich der Aufwendungen für Roh, Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen die Kosten für Strombezug inkl. Stromsteuer um TEUR 793 auf TEUR 2.561. Für die Zeit ab 2018, seit dem sowohl enwor als auch STAWAG Dienstleistungen für die WAG erbringen, muss die Erstattungsfähigkeit der Stromsteuer nach § 9b und insbesondere nach §10 mit dem Hauptzollamt noch grundsätzlich geklärt werden, da nach wie vor strittig ist, wer letztlich den Strom für den Betrieb der WAG-Anlagen entnommen hat und somit als erstattungsberechtigtes Unternehmen gilt. Daher hat WAG gegen den vom Hauptzollamt ergangenen ablehnenden Bescheid im Dezember 2024 Widerspruch eingelegt.

Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen die Fremdleistungen für die Unterhaltung der Anlagen um TEUR 160 auf TEUR 4.538. Für die Erbringung der technischen Dienstleistungen durch STAWAG (und bis 30.09.2024 auch enwor) wurde in Summe TEUR 8.103 (Vorjahr TEUR 7.872) aufgewendet. Die Beitragshöhe für den Wasserverband Eifel-Rur (WVER) betrug TEUR 1.740 (Vorjahr: TEUR 1.718).

Infolge der oben beschriebenen Effekte sowohl auf der Erlös- als auch auf der Aufwandsseite sank das Rohergebnis um TEUR 533 (Summe betriebliche Erträge./. Materialaufwand) von TEUR 11.312 auf TEUR 10.778 in 2024.

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2024 sind gegenüber dem Vorjahr (TEUR 3.866) auf TEUR 3.883 leicht gestiegen.

Insgesamt sanken die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 93 auf TEUR 2.267 (Vorjahr: TEUR 2.360). Sie enthalten im Wesentlichen die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen, die durch STAWAG (und bis 30.09.2024

auch enwor) erbracht werden, in Höhe von TEUR 1.003 (Vorjahr TEUR 1.022) sowie die anteilig zu übernehmenden Zuführungen zu Rückstellungen für die Altersversorgung bei STAWAG in Höhe von insgesamt TEUR 211 (Vorjahr TEUR 165). Des Weiteren sind hier Aufwendungen für Betriebsgebäude, Leasing-Gebühren, Versicherungen sowie Gebühren, Beratungs- und Prüfungskosten enthalten. Insgesamt addieren sich die Kosten für den laufenden Betrieb und Instandhaltung auf TEUR 382 (Vorjahr TEUR 685). Die Aufwendungen für Gutachter- und Beratungsleistungen betrugen TEUR 126 (Vorjahr TEUR 135). Die periodenfremden Aufwendungen fielen mit TEUR 14 um TEUR 6 höher aus als im Vorjahr.

Unterjährig sind alle bestehenden Kredite planmäßig getilgt worden. Die Zinsbelastung ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 51 gesunken und betrug im Jahr 2024 TEUR 718, was gleichzeitig das Finanzergebnis darstellt.

In Summe ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von TEUR 3.887 (Vorjahr: TEUR 4.279).

Aufgrund der dargestellten wirtschaftlichen Entwicklung schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2.454 (Vorjahr TEUR 2.735) ab.

Finanzlage

Im Investitionsplan für das Jahr 2024 war ein Gesamtvolumen von TEUR 6.470 ausgewiesen, hiervon konnten TEUR 2.292 realisiert werden.

Investitionsvorhaben in den Einzugsgebieten der Talsperren und der Grundwasserwerke konnten kaum umgesetzt werden, da nahezu keine für den Gewässerschutz interessanten Grundstücke am Markt verfügbar waren. Die für die Wasserschutzgebietsverfahren bereitgestellten Mittel wurden wegen des geringen Verfahrensfortschritts ebenfalls nicht benötigt.

Im Bereich der Wassergewinnungsanlagen musste das größte Einzelvorhaben, die Errichtung eines Notüberlaufs an der Kalltalsperre, ins Jahr 2025 verschoben werden. Der Planansatz für die Wassergewinnungsanlagen wurde daher nur zu 25% ausgeschöpft.

Bei den Wasseraufbereitungsanlagen konnte das zentrale Bauvorhaben, die Erneuerung der Verfahrenstechnik der TWA Schmithof, nahezu abgeschlossen werden. Die für die Wasseraufbereitungsanlagen genehmigten Mittel wurden insgesamt zu 55% investiert.

Die Investitionen im Geschäftsjahr 2024 wurden aus Mitteln aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie durch eine Einzahlung in die Kapitalrücklage durch die STAWAG in Höhe von TEUR 1.175 finanziert. Es wurden keine neuen Darlehen aufgenommen und die bestehenden Darlehen wurden planmäßig getilgt, so dass die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31.12.2024 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.891 auf nun TEUR 34.688 gesunken sind.

Unterjährig wurde die bestehende Kontokorrentkreditlinie in Höhe von TEUR 3.000 zum kurzfristigen Ausgleich von Liquiditätsschwankungen in Anspruch genommen. Seit dem 01.01.2025 ist die WAG in den Cash-Pool der STAWAG eingebunden.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist im Jahr 2024 von TEUR 64.281 im Vorjahr auf nun TEUR 63.613 gesunken.

Das Anlagevermögen zum 31.12.2024 bestehend aus Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen beträgt TEUR 57.430 und ist insofern gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.796 gesunken. Hierbei reduzierte sich sowohl das Sachanlagenvermögen um TEUR 1.276 auf nunmehr TEUR 54.747 sowie die immateriellen Vermögensgegenstände um TEUR 1.520 auf TEUR 2.683.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich wiederum gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.219 auf TEUR 6.158. Hierbei stiegen die Forderungen, die im Wesentlichen aus Forderungen für Wasserlieferungen bestehen, und sonstigen Vermögensgegenstände ebenfalls um TEUR 2.247 an und belaufen sich zum 31.12.2024 auf TEUR 6.030. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 1.382 und fallen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 282 höher aus. Die Forderungen gegenüber Gesellschaftern sind ebenfalls um TEUR 1.247 gestiegen und belaufen sich auf TEUR 3.611. Die sonstigen Vermögensgegenstände, die im Wesentlichen aus der Vereinbarung mit dem WVER über die anteilige Rückerstattung von Investitionskostenanteilen (TEUR 835) bestehen, summieren sich zu TEUR 1.037 und sind insofern um TEUR 717 gestiegen.

Durch eine Einzahlung in die Kapitalrücklage durch den Gesellschafter STAWAG erhöhte sich die Kapitalrücklage um TEUR 1.175 um beläuft sich zum 31.12.2024 nunmehr auf TEUR 21.712. Der Jahresüberschuss wiederum fällt mit TEUR 2.454 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 281 geringer aus. Da sowohl gezeichnetes Kapital mit TEUR 1.200 als auch der Gewinnvortrag mit TEUR 654 gegenüber dem Vorjahr unverändert sind, erhöhte sich das Eigenkapital in Summe um TEUR 894 und beläuft sich zum 31.12.2024 auf TEUR 26.020. Die Eigenkapitalquote stellt sich nun mit einem Wert von 40,9% dar, was eine Verbesserung in Höhe von 1,8% gegenüber dem Vorjahr darstellt.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.135 auf TEUR 2.135 erhöht. Sie beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehenden Verbrauchsabrechnungen Strom und Gas (TEUR 785), für ausstehende Rechnungen aus dem Dienstleistungsentgelt für Dezember 2024 (TEUR 761) sowie aus der Weiterberechnung der Pensionsaufwendungen (TEUR 211), jeweils gegenüber der STAWAG.

Im gleichen Zeitraum haben sich die Verbindlichkeiten um TEUR 1.675 gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 35.456 reduziert. Hierbei sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitutionen durch Tilgung der bestehenden Darlehen um TEUR 1.891 auf nun TEUR 34.688.

Zusammenfassend stellt sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WAG als geordnet dar.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Nach den durch ausbleibende Niederschläge geprägten außergewöhnlich trockenen Jahren 2018, 2020 und 2022 sind nun mit 2023 und 2024 zwei (sehr) nasse Jahre in Folge zu verzeichnen. Diese große Volatilität ist gemäß den gängigen Klimaprognosemodellen auch zukünftig zu erwarten und kann sich ggfs. noch verstärken. Zur Gewährleistung einer zukünftig weiterhin sicheren Trinkwasserversorgung müssen in den Betriebsführungsgrundsätzen solche klimatischen Entwicklungen in einer Bandbreite von Dürrejahren bis zu Jahren mit Extremniederschlagsereignissen Berücksichtigung finden. Hieraus resultiert aber auch eine zunehmende Unschärfe für die vorlaufende Wirtschaftsplanung.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 baut auf einer vorerst gleichbleibenden Gesamtabgabemenge und auf einem an den langjährigen Erfahrungswerten orientierten Geschäftsverlauf auf.

Für die Wirtschaftsplanung 2025 wurde analog zur Vorjahresplanung eine Absatzmenge in Höhe von insgesamt 42,5 Mio. m³ für den Kunden STAWAG sowie unter Berücksichtigung der Vertragsmengen für die weiteren Kunden WML, Stadtwerke Düren, und dem Wasserleitungszweckverband Langerwehe angenommen. Vorerst wird weiterhin keine geplante Lieferung, sondern lediglich die reine Notwasserlieferung an den Wasserversorgungszweckverband Perlenbach (WVZ Perlenbach) unterstellt. Die Umsatzerlöse erreichen im Jahr 2025 auf Basis der angenommenen Absatzmengen rund TEUR 28.706. Hierbei sind die möglichen Effekte, die sich aus den noch laufenden Verhandlungen mit der WML im Falle einer vorzeitigen Verlängerung der zum 31.12.2029 auslaufenden Wasserliefervertrages ergeben können, noch nicht abgebildet.

Im Bereich der Materialaufwendungen liegt der Aufwand für 2025 bei TEUR 18.555, wovon TEUR 17.558 auf Fremdleistungen und TEUR 997 auf Fremdlieferungen entfallen. Neben der technischen Dienstleistung, den Aufwendungen für das Wasserentnahmeentgelt und Einmalaufwendungen für den Austausch von Membranfilterelementen wird der Materialaufwand für die zur Wassergewinnung und -aufbereitung und damit das Geschäftsergebnis erheblich von den notwendigen Strommengen insbesondere für den Betrieb der Pumpen in Rurberg am Obersee beeinflusst. Insofern ist der Aufwand sowohl von der oben bereits erläuterten Niederschlagssituation und den Füllständen der Talsperren, als auch von der Entwicklung der Strommarktpreise abhängig. Analog zur Vorjahresplanung wurde planerisch von deutlich gestiegenen Stromkosten für einen durchschnittlichen Bedarf von rd. 15 GWh ausgegangen. Der Strombedarf für das Jahr 2025 ist nunmehr im Jahr 2024 wieder mit einem Tranchenmodell eingekauft worden, so dass die WAG von fallenden Preisen an der Strombörse partizipiert. Aufgrund des günstigen Preisniveaus im Herbst 2024 wurden bereits die Strompreise für die Jahre 2026 und 2027 fixiert.

Die Abschreibungen werden mit rund TEUR 4.082 in Folge der Investitionsvorhaben leicht über dem Niveau des Vorjahres erwartet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden mit TEUR 4.021 geplant und beinhalten im Wesentlichen die Kosten der kaufmännischen Dienstleistungen der STAWAG, die Beiträge für den Wasserverband Eifel-Rur sowie die anteilige Übernahme der Kosten der Altersversorgung von STAWAG.

Unter Berücksichtigung des Zinsaufwandes von rund TEUR 857 und Abzug der sonstigen Steuern ergibt sich somit ein Ergebnis vor Gewinnabführung für das Geschäftsjahr 2025 in Höhe von rund TEUR 1.225, das unter anderem infolge von Einmalaufwendungen im Bereich des Materialaufwandes unterhalb des Jahresergebnisses 2024 erwartet wird. Hierbei ist zu beachten, dass im Geschäftsjahr 2025 ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV) zwischen der WAG und der STAWAG geschlossen werden soll, sodass die WAG in die steuerliche Organschaft des EVA-Konzerns aufgenommen wird und insofern ab 2025 auf Ebene der WAG keine Gewerbe- und Körperschaftsteuern mehr anfallen.

Für das Jahr 2025 sind laut dem vom Aufsichtsrat genehmigten Investitionsplan Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von TEUR 5.850 vorgesehen. Diese Summe teilt sich auf zu TEUR 450 für die Einzugsgebiete, TEUR 3.710 für die Wassergewinnungsanlagen und TEUR 1.540 für die Wasseraufbereitungsanlagen sowie eine Pauschale für Werkzeuge und Laborgeräte in Höhe von TEUR 150.

Infolge der weiterhin bestehenden Lieferengpässe und dem zunehmenden Mangel an Fachkräften sowohl bei Planungsbüros als auch bei ausführenden Firmen können sich möglicherweise einzelne Investitionsvorhaben und größere Instandhaltungsmaßnahmen weiterhin verschieben. Dies hat zwar nach derzeitiger Erkenntnislage noch keine nachteiligen Auswirkungen auf den laufenden Betrieb, kann aber zu höheren Kosten führen.

Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen ist vorerst aus dem laufenden Geschäft sowie aus Darlehensneuaufnahmen geplant. Der Liquiditätszufluss aus dem nachfolgend dargestellten ausgelaufenen Hygienekonzepten ist hierbei noch nicht berücksichtigt.

Mit dem Wasserverband Eifel-Rur (WVER) sowie mit den Kommunen Monschau und Simmerath konnten die Gespräche zur Rückerstattung von Investitionskostenanteilen aus den ausgelaufenen Kooperationsverträgen zur Minimierung der mikrobiologischen Belastung von Kalltalsperre und Obersee (Hygienekonzept) abgeschlossen werden. Aufgrund der Verschärfung der Anforderungen an die allgemeine Abwasserbeseitigung fallen mehrere Abwasseranlagen, die von der WAG unter dem Aspekt des Schutzes der Trinkwassertalsperren errichtet wurden, nunmehr unter die allgemeine Abwasserbehandlungspflicht. Für diesen Fall war in den Kooperationsverträgen ein Anspruch auf Rückerstattung der Investitionskosten vereinbart.

Die vom WVER zu erstattende Beträge konnten nunmehr abschließend verhandelt werden. Der WVER wird insgesamt einen Betrag in Höhe von rund TEUR 1.800 an die WAG erstatten. Der Investitionskostenanteil, der ohne notarielle Beurkundung abgewickelt werden konnte (TEUR 789 netto bzw. TEUR 835 brutto), wurde im Januar 2025 erstattet. Der restliche Betrag wird nach Abschluss des Notarvertrages im Jahr 2025 erwartet.

Im Verfahren zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Wehebachtalsperre hatte die Bezirksregierung Köln zur Vermeidung einer Regelungslücke zunächst eine auf zwei Jahre befristete Schutzgebietsverordnung in Form einer vorläufigen Anordnung erlassen. Diese Anordnung wurde im März 2023 um weitere zwei Jahre verlängert. Im Oktober 2024 wurde der Entwurf der neuen Schutzgebietsverordnung veröffentlicht, die Bezirksregierung wertet zurzeit die Einwendungen aus. Es ist davon auszugehen, dass die neue Verordnung im Jahr 2025 festgesetzt wird.

Die Bezirksregierung Köln hatte im November des Jahres 2021 einen ersten Entwurf für die Neufestsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage Brandenburg vorgelegt. Der Entwurf wird weiterhin mit der Bezirksregierung Köln diskutiert. Eine Neuausweisung des Schutzgebietes ist nach derzeitiger vorsichtiger Abschätzung voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2026 zu erwarten.

Im Kontext zum Ukraine Krieg sind auch Anschläge auf die Infrastruktur der allgemeinen Daseinsfürsorge in Deutschland nicht auszuschließen. Als Betrieb der kritischen Infrastruktur sind die daraus resultierenden Risiken, sowohl hardware- als auch cybermäßig, analysiert und entsprechende Vorsorgemaßnahmen eingeleitet und umgesetzt worden.

Chancen

Durch die im Prognosebericht dargestellten klimatischen Effekte ist zukünftig eine Ausweitung der abgegebenen Trinkwassermengen zu erwarten. Geringe Mehrmengen können trotz der in den letzten Jahren deutlich wahrnehmbaren

Klimaveränderungen noch durch die Nutzung des bestehenden Talsperrenverbundsystems zur Verfügung gestellt werden. Zur Erschließung weiterer Wasserdargebote ist eine Ausweitung des Verbundsystems in Planung. Hierbei müssen die wasserwirtschaftlichen Planungen insbesondere zu den Zeiten der Spitzenabgabe zunehmend intensiver und enger mit den Kunden der WAG abgestimmt werden, um eine hydraulische Überlastung der Aufbereitungs- und Transportkapazitäten zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund wird die Rolle der WAG im Verhältnis zu den anderen Trinkwasserversorgungsunternehmen gestärkt. Durch diese betriebliche Annäherung erwachsen möglicherweise Potenziale für ein Hineinwachsen der WAG in die Prozesse der beteiligten Unternehmen und insofern zur Ausweitung der Geschäftsaktivitäten.

Mit dem Kunden WML werden derzeit konkrete Verhandlungen zur Fortsetzung der Geschäftsbeziehung auch nach Auslaufen des bis Ende des Jahres 2029 bestehenden Wasserliefervertrages für weitere 40 Jahre geführt.

Der neue Wasserliefervertrag wird voraussichtlich im Jahr 2025 final unterschriftsreif erarbeitet werden. Die Geschäftsbeziehung zur WML würde hierdurch für weitere 40 Jahre gesichert.

Risikobericht

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem einzurichten, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Die WAG hat die Betreuung des Risikomanagementsystems für den operativ/technischen Betrieb bisher an den Dienstleister enwor beauftragt. Im Geschäftsjahr 2024 hat die Geschäftsführung 21 Risiken identifiziert, die regelmäßig einer Betrachtung unterzogen werden. Diese wurden strukturiert und nach Risikoursachen einem Risikoverantwortlichen zugeteilt. Im Wesentlichen werden drei unterschiedliche Risikoursachen beobachtet:

- wirtschaftliche Risiken

z. B. Preisentwicklung bei Energie und Zusatzstoffen

- administrative Risiken

z. B. Wasserentnahmerechte und Wasserschutzgebiete

- elementare Risiken

z. B. Hochwasser, Erdbeben

Die Eintrittswahrscheinlichkeit der betrachteten Risiken erstreckt sich zwischen jährlich bis hin zu einmal in hundert Jahren. Bei der letztgenannten Eintrittswahrscheinlichkeit liegt auch mit einem geschätzten Schaden in Höhe von 2 Mio. € der höchste Schadensumfang für ein Einzelereignis vor. Hierbei wird unterstellt, dass die Wasserüberleitung zwischen den Talsperren durch einen Gesteinsabbruch in den Stollen längerfristig unterbrochen würde.

Durch den Krieg in der Ukraine bestehen auch weiterhin Risiken im Hinblick auf Preissteigerungen für Strom und Gas sowie für Aufbereitungshilfsstoffe, die zu höheren Aufwendungen bei der WAG führen könnten. Bei Investitions- und Erneuerungsprojekten in der Leit- und Automatisierungstechnik muss auch noch weiterhin möglicherweise mit längeren Lieferzeiten gerechnet werden, wodurch sich Inbetriebnahmezeitpunkte verschieben könnten.

Der Risikobericht für das Geschäftsjahr 2024 kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Risikolandschaft für die operativ/technischen Risiken im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert hat und derzeit keine den Fortbestand gefährdenden Risiken zu erkennen sind.

Insgesamt sieht die Geschäftsführung unverändert keine aktuellen technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die eine Änderung der Geschäftspolitik erforderlich machen. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gegeben.



Wirtschafts- und Strukturförderung

3.4.4.1 Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

Firmensitz:
Zollernstr. 10
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 627
Gründungsdatum: 29.01.1969
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Kleine Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten

Nominal:	100% / - / 100%
Stimmen:	- / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

DRP Randerath & Partner PartG mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist es, die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben. Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen. Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren. Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der StädteRegion Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten. Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen, solche gründen oder erwerben, und Zweigniederlassungen errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben. Auch alle hiermit zusammenhängenden Beratungsunterstützungen werden geleistet. Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen. Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren. Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der StädteRegion Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten. Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen, solche gründen oder erwerben, und Zweigniederlassungen errichten.

Kapital

Stammkapital	25.000 €; 0 Stimmen

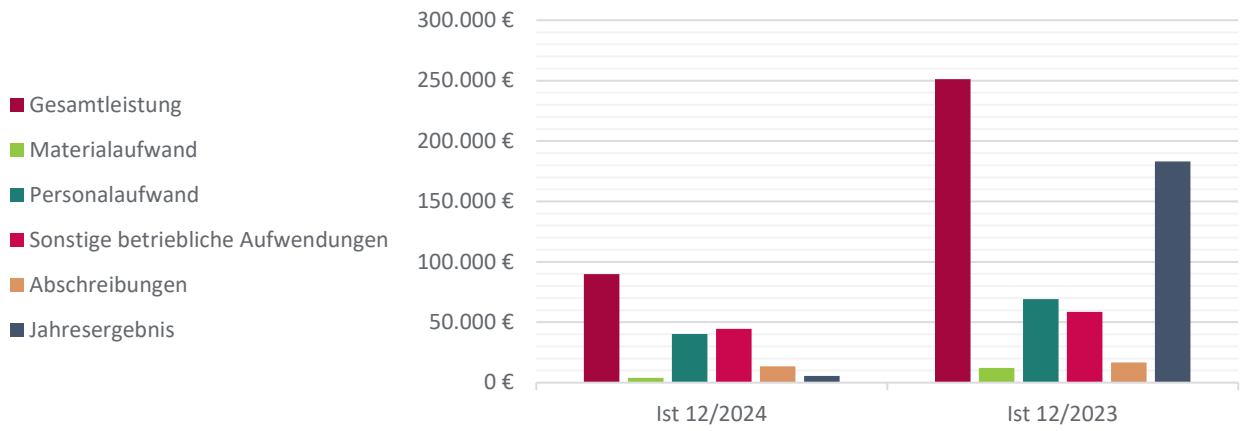
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
StädteRegion Aachen	25.000,00 €	100,00 %
Sparkasse Aachen (bis 30.12.2024)	3.330,00 €	13,32 %
Kupferstadt Stolberg (bis 30.12.2024)	2.317,50 €	9,27 %
Stadt Eschweiler (bis 30.12.2024)	2.057,50 €	8,23 %
Stadt Alsdorf (bis 30.12.2024)	1.647,50 €	6,59 %
Stadt Würselen (bis 30.12.2024)	1.397,50 €	5,59 %
Stadt Herzogenrath (bis 30.12.2024)	1.190,00 €	4,76 %
Gemeinde Roetgen (bis 30.12.2024)	55,00 €	0,22 %
Gemeinde Simmerath (bis 30.12.2024)	55,00 €	0,22 %
Stadt Baesweiler (bis 30.12.2024)	55,00 €	0,22 %
Stadt Monschau (bis 30.12.2024)	55,00 €	0,22 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	62.535,51	77.428,21	-14.892,70
Sonstige betriebliche Erträge	27.252,42	173.873,66	-146.621,24
Gesamtleistung	89.787,93	251.301,87	-161.513,94
Materialaufwand	4.000,68	12.077,88	-8.077,20
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.000,68	12.077,88	-8.077,20
Rohergebnis	85.787,25	239.223,99	-153.436,74
Personalaufwand	40.250,51	69.227,31	-28.976,80
dar.: Löhne und Gehälter	27.000,75	54.161,24	-27.160,49
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	13.249,76	15.066,07	-1.816,31
Sonstige betriebliche Aufwendungen	44.526,99	58.525,02	-13.998,03
EBITDA	1.009,75	111.471,66	-110.461,91
Abschreibungen	13.408,67	16.686,64	-3.277,97
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	13.408,67	16.686,64	-3.277,97

EBIT	-12.398,92	94.785,02	-107.183,94
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.001,66	22.784,00	-4.782,34
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	4.459,86	-4.459,86
EBT	5.602,74	113.109,16	-107.506,42
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	0,00	0,00
Ergebnis nach Steuern	5.602,74	113.109,16	-107.506,42
Erträge aus Verlustübernahme	-	70.000,01	-70.000,01
Jahresergebnis	5.602,74	183.109,17	-177.506,43

Bilanz

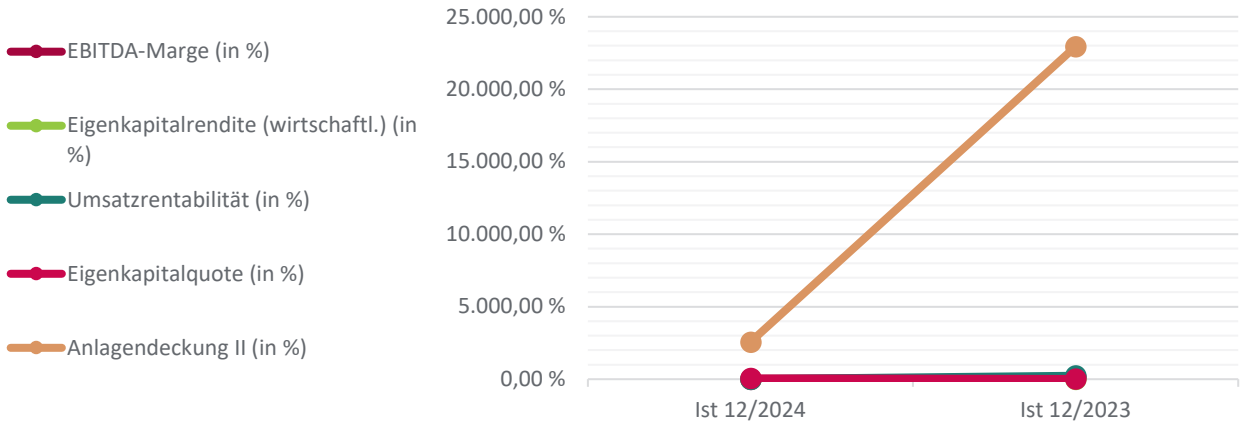


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	1.193,00	12.948,83	-11.755,83
Sachanlagen	1.193,00	12.948,83	-11.755,83
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.193,00	12.948,83	-11.755,83
Umlaufvermögen	49.890,94	17.891.733,98	-17.841.843,04
Vorräte	-	12.500.000,00	-12.500.000,00
Fertige Erzeugnisse und Waren	-	12.500.000,00	-12.500.000,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.885,03	3.541.263,56	-3.528.378,53
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.637,12	5.745,63	-1.108,51
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	-	710.566,12	-710.566,12
Forderungen gegen Gesellschafter	-	445.000,00	-445.000,00
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	8.247,91	2.379.951,81	-2.371.703,90
Kasse, Bankguthaben, Schecks	37.005,91	1.850.470,42	-1.813.464,51
Rechnungsabgrenzungsposten	1.972,65	231,75	1.740,90
Bilanzsumme	53.056,59	17.904.914,56	-17.851.857,97
Passiva			
Eigenkapital	30.602,74	2.971.983,52	-2.941.380,78
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	2.303.500,00	-2.278.500,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-	485.374,35	-485.374,35
Jahresergebnis	5.602,74	183.109,17	-177.506,43

Rückstellungen	11.754,19	33.770,00	-22.015,81
sonstige Rückstellungen	11.754,19	33.770,00	-22.015,81
Verbindlichkeiten	10.699,66	14.899.161,04	-14.888.461,38
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	14.884.117,26	-14.884.117,26
dar.: Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-	1.336,21	-1.336,21
Sonstige Verbindlichkeiten	10.699,66	15.043,78	-4.344,12
dar.: aus Steuern	-	741,97	-741,97
Bilanzsumme	53.056,59	17.904.914,56	-17.851.857,97

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	1,6	144,0	-142,4
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	18,3	6,2	12,1
Umsatzrentabilität (in %)	9,0	236,5	-227,5
Eigenkapitalquote (in %)	57,7	16,6	41,1
Anlagendeckung II (in %)	2.565,2	22.951,8	-20.386,6

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	5	5	0
Verschuldungsgrad (in %)	73,4	502,5	-429,1

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Michael Frey (ab 31.10.2024)

Herr Prof. Dr. Dr. Axel Thomas (bis 30.10.2024)

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Manfred Bausch (SPD) (bis 28.12.2024)	StädteRegion Aachen
Käm. Herr Thomas Claßen (bis 28.12.2024)	StädteRegion Aachen
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Karl-Heinz Hermanns (CDU)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Karin Schmitt-Promny (GRÜNE) (bis 28.12.2024)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Ulla Thönnissen (CDU) (bis 28.12.2024)	StädteRegion Aachen

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

I. Öffentliche Zwecksetzung und Grundlagen des Unternehmens

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH (WFG) verfolgt gemäß ihrer Satzung den Zweck, die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen unter Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse strukturell zu fördern und zu begleiten. Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schaffen, zu sichern und die Ansiedlung von Gewerbetreibenden in der Region zu unterstützen. Hierzu gehören insbesondere Beratungsleistungen, Projektentwicklungen sowie die Bereitstellung von Infrastruktur. Im Geschäftsjahr 2024 wurde der Abbau der verbliebenen Geschäftsaktivitäten aus dem Public-Leasing fortgesetzt. Neue Projekte wurden nicht begonnen. Der Schwerpunkt der operativen Tätigkeit lag auf der regelkonformen Abwicklung verbliebener Engagements sowie auf der effizienten Verwaltung der residualen Geschäftsaktivitäten. Im Berichtszeitraum erfolgte am 12. September 2024 die Bestellung von Herrn Michael Frey zum Geschäftsführer mit Wirkung zum 01. Oktober 2024 und die Abberufung von Herrn Prof. Dr. Axel Thomas zum 30. September 2024. Die entsprechenden Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 31. Oktober 2024. Weitere wesentliche Ereignisse liegen nicht vor.

II. Wirtschafts- und Lagebericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Geschäftsjahr 2024 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

II. 1. Überblick über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Lage

Das Jahr 2024 war für die deutsche Wirtschaft erneut ein Rezessionsjahr. Das reale Bruttoinlandsprodukt sank um 0,2% nach einem Rückgang von 0,3% im Vorjahr. Damit schrumpfte die deutsche Wirtschaft erstmals seit über zwanzig Jahren zwei Jahre in Folge. Die Ursachen lagen vor allem in der schwachen globalen Nachfrage, den anhaltenden geopolitischen Spannungen infolge des Ukrainekrieges, den Folgen der hohen Inflation sowie in strukturellen Herausforderungen des

Standortes Deutschland, wie Fachkräftemangel und Investitionszurückhaltung. Nominal stieg das Bruttoinlandsprodukt aufgrund der Inflation auf 4,31 Billionen Euro. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Jahresdurchschnitt um 2,2 % und damit deutlich weniger als in den Vorjahren. Die Europäische Zentralbank setzte im Jahresverlauf 2024 ihren Kurs einer moderarten Zinssenkung fort und senkte den Leitzins schrittweise auf 3,15%. Dies führte zu einer leichten Entspannung auf den Kapitalmärkten, änderte jedoch nichts an der insgesamt gedämpften Investitionstätigkeit der Unternehmen.

Regionalwirtschaft

Die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen ging 2024 um 0,4% zurück. Für 2025 erwarten die Landesregierung und das RWI-Wirtschaftsforschungsinstitut ein geringes Wachstum von 0,1%. In der StädteRegion Aachen zeigte sich der Arbeitsmarkt trotz des schwierigen Umfelds weitgehend stabil. Die Arbeitslosenquote lag Ende 2024 bei 7,8 % und damit auf dem Niveau des Landesdurschnitts. Innerhalb der Region reichten die Quoten von 4,9% in Monschau bis 8,2% in Aachen und Stolberg. Die unternehmerische Stimmung im IHK-Bezirk Aachen war im Berichtsjahr 2024 durch eine tendenziell pessimistische Einschätzung der Geschäftslage geprägt. Die konjunkturelle Eintrübung spiegelte sich insbesondere in rückläufigen Erwartungen der Industrie und des Baugewerbes wider, was auf eine anhaltende Unsicherheit bezüglich Energiepreisen und Nachfrageentwicklung hinweist. Gleichzeitig verstärken Fachkräftemangel und hohe Baukosten die strukturellen Herausforderungen der Region.

II. 2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2024 setzte die WFG den Abbau der verbliebenen Engagements aus dem Public-Leasing fort. Der letzte Leasingvertrag wurde planmäßig beendet. Zudem wurde das im Vorjahr erworbene Umlaufvermögen – Glasfaserhausanschlüsse – im zweiten Quartal 2024 verkauft. Damit wurde ein weiterer Schritt zum vollständigen Abschluss des operativen Geschäftsmodells vollzogen. Die Gesellschaft konzentrierte sich zunehmend auf die Verwaltung der liquiden Mittel und die Begleitung regionalwirtschaftlicher Projekte.

II. 3. Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 wurde die Herabsetzung des gezeichneten Kapitals der Gesellschaft im Zuge der gesellschaftsrechtlichen Neuordnung von EUR 2.303.500 auf EUR 25.000 abgeschlossen. Ziel der Maßnahme war die Anpassung der Kapitalstruktur an der künftig stark reduzierten Geschäftsumfang der Gesellschaft nach Beendigung des operativen Public-Leasing-Geschäfts. Die Herabsetzung wurde durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30. Dezember 2022 ordnungsgemäß beschlossen und am 04. Juli 2024 im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen (HR B 627) eingetragen. Die Kapitalmaßnahme hatte keinen Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der WFG verringerte sich zum 31. Dezember 2024 deutlich auf 53 T€ (Vorjahr: 17.905 T€). Diese Bilanzverkürzung resultiert aus der vollständigen Abwicklung des operativen Geschäfts und dem Abgang des Umlaufvermögens aus den Glasfaserprojekten. Das Anlagevermögen umfasst zum Bilanzstichtag nur noch geringwertige EDV-Ausstattung in Höhe von rund 1 T€ (Vorjahr: 13 T€). Das Umlaufvermögen beträgt rund 50 T€ und besteht im Wesentlichen aus liquiden Mitteln und geringfügigen Forderungen. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 2024 auf 31 T€ (Vorjahr: 2.972 T€) und bildet damit den wesentlichen Teil der Passivseite. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich durch die Entschuldung der Gesellschaft deutlich auf rund 58 %. Rückstellungen bestanden in Höhe von 12 T€ (Vorjahr: 34 T€), insbesondere für Abschluss- und Prüfungskosten. Die Verbindlichkeiten sind im Zuge des vollständigen Abbaus der Projektverpflichtungen auf 11 T€ (Vorjahr: 14.899 T€) gesunken.

Ertragslage

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2024 war weiterhin positiv, wenn auch deutlich unter dem Vorjahr. Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 63 T€ (Vorjahr: 77 T€) und stammen im Wesentlichen aus Mieterträgen und internen Verrechnungen. Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen 27 T€ (Vorjahr: 174 T€) und enthalten im Wesentlichen Auflösungen von Rückstellungen und geringfügige Erstattungen. Die Aufwendungen reduzierten sich planmäßig: der Personalaufwand belief sich auf 40 T€ (Vorjahr: 69 T€), die sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 45 T€ (Vorjahr: 59 T€). Abschreibungen auf Sachanlagen betrugen 13 T€ (Vorjahr: 17 T€). Zins- und ähnliche Erträge lagen bei 18 T€. Insgesamt ergab sich ein Jahresüberschuss von 6 T€ (Vorjahr: 183 T€). Das Geschäftsjahr war jederzeit von geordneten finanziellen Verhältnissen geprägt; die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war durchgehend gewährleistet.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2025 prognostiziert die Geschäftsführung ein weitgehend neutrales Jahresergebnis. Aufgrund des abgeschlossenen Strukturwandels und der Aufgabe des operativen Geschäfts wird von einem stabilen, aber volumenmäßig reduzierten Finanzierungs- und Kostenrahmen ausgegangen. Das Geschäftsmodell der WFG befindet sich damit in einer Phase der Konsolidierung und administrativen Verstetigung.

IV. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Geschäftsführung sieht keine bestandsgefährdenden Risiken. Chancen ergeben sich insbesondere aus der erfolgreichen Beendigung bestehender Engagements ohne Wertverluste sowie aus der Möglichkeit, ihre regionale Rolle in künftigen Förder- und Strukturentwicklungsprogrammen beratend einzubringen. Risiken bestehen in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und möglichen Rückforderungen aus Altprojekten, deren Eintrittswahrscheinlichkeit jedoch gering ist.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt über keine risikotragenden Finanzinstrumente. Zins-, Liquiditäts- oder Währungsrisiken bestehen nicht. Sämtliche finanziellen Mittel sind konservativ angelegt und fristenkongruent gebunden.

3.4.4.2 Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Firmensitz:
Klosterstraße 33
52146 Würselen

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Handelsregisternummer: 4421
Gründungsdatum: 15.10.1999
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 50% / - / 50%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Rademacher Wilczek & Partner Steuerberater

Unternehmensgegenstand

Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Forschungsflugplatzes Merzbrück in Würselen bei Aachen sowie Errichtung, Betrieb und Aufrechterhaltung hierzu erforderlicher Infrastruktureinrichtungen, soweit dies im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aufgrund der zentralen Lage des Gebietes in der Region Aachen sollen insbesondere Unternehmensansiedlungen gefördert werden, die zum einen ihre Wertschöpfung außerhalb der Region finden, zum anderen soll Firmen ein Flächenangebot unterbreitet werden, die an ihrem derzeitigen Standort keine Entwicklungsmöglichkeiten haben. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Das Unternehmen ist so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Es soll einen Ertrag für die Gesellschafter abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des Gesellschaftszwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresüberschuss der Gesellschaft soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft notwendige Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Kapital

Kommanditeinlage	6.025.200 €; 0 Stimmen
Komplementäreinlage	0 €; 0 Stimmen

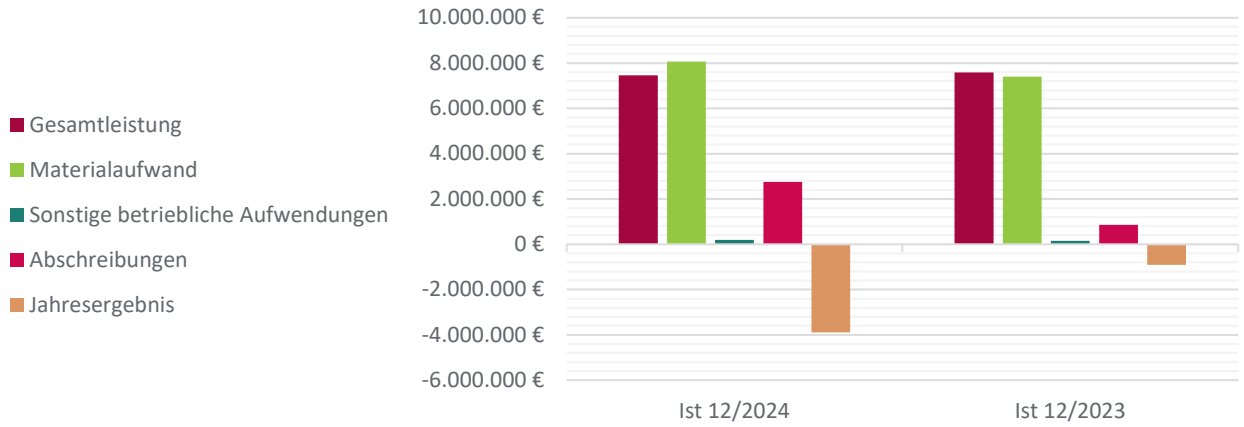
Beteiligungsverhältnisse

Komplementär		
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH	0,00 €	0,00 %
Kommanditisten		
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	3.012.600,00 €	50,00 %
StädteRegion Aachen	3.012.600,00 €	50,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

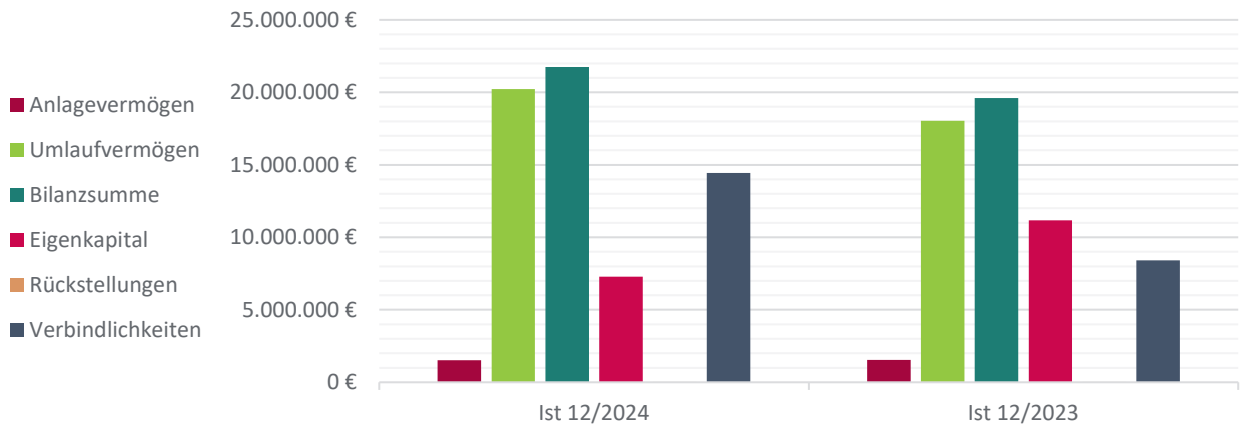
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	2.896.863,86	1.853.485,65	1.043.378,21
Bestandsveränderungen	4.553.248,94	5.739.206,00	-1.185.957,06
Sonstige betriebliche Erträge	3.391,71	7,20	3.384,51
Gesamtleistung	7.453.504,51	7.592.698,85	-139.194,34
Materialaufwand	8.069.954,82	7.405.633,25	664.321,57
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.961.425,40	7.298.123,74	663.301,66
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	108.529,42	107.509,51	1.019,91
Rohergebnis	-616.450,31	187.065,60	-803.515,91
Personalaufwand	-	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	191.812,62	147.629,28	44.183,34
EBITDA	-808.262,93	39.436,32	-847.699,25
Abschreibungen	2.749.579,78	862.842,71	1.886.737,07
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	19.219,00	20.667,15	-1.448,15
dar.: auf VGG des UV, soweit diese die üblichen überschreiten	2.730.360,78	842.175,56	1.888.185,22
EBIT	-3.557.842,71	-823.406,39	-2.734.436,32
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	51.509,96	32.908,89	18.601,07
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	379.075,75	112.959,18	266.116,57
EBT	-3.885.408,50	-903.456,68	-2.981.951,82
Ergebnis nach Steuern	-3.885.408,50	-903.456,68	-2.981.951,82
Jahresergebnis	-3.885.408,50	-903.456,68	-2.981.951,82

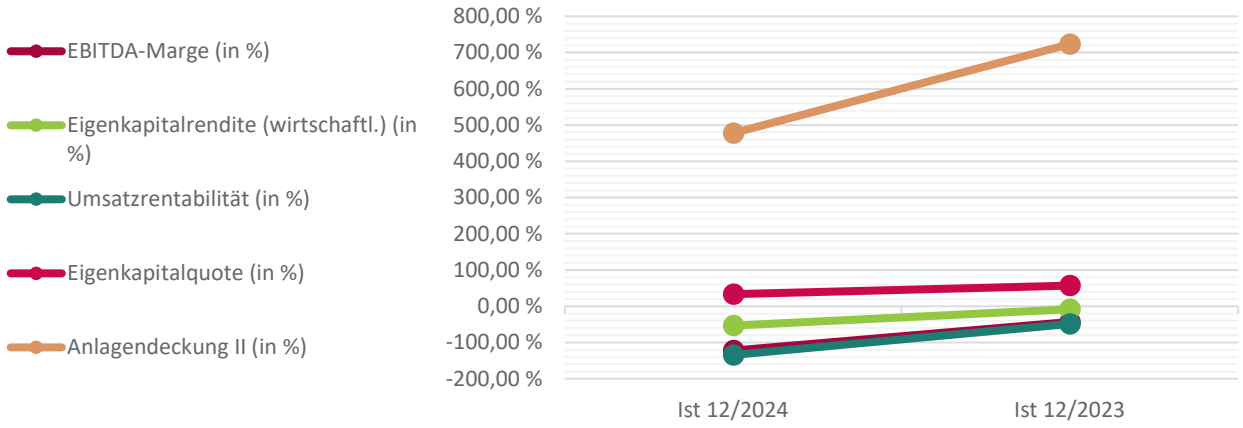
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	1.525.067,92	1.544.286,92	-19.219,00
Sachanlagen	1.525.067,92	1.544.286,92	-19.219,00
Grundstücke und Gebäude	1.521.099,92	1.538.094,92	-16.995,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.968,00	6.192,00	-2.224,00
Umlaufvermögen	20.219.028,79	18.047.190,78	2.171.838,01
Vorräte	15.270.394,21	13.447.506,05	1.822.888,16
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	15.270.394,21	13.447.506,05	1.822.888,16
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41.020,41	168.424,02	-127.403,61
Forderungen gegen Gesellschafter	17.922,81	-	17.922,81
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	23.097,60	168.424,02	-145.326,42
Kasse, Bankguthaben, Schecks	4.907.614,17	4.431.260,71	476.353,46
Rechnungsabgrenzungsposten	5.576,19	5.632,99	-56,80
Bilanzsumme	21.749.672,90	19.597.110,69	2.152.562,21
Passiva			
Eigenkapital	7.286.133,78	11.171.542,28	-3.885.408,50
Kapitalanteile	6.025.200,00	6.025.200,00	0,00
dar.: Kapitalanteile Kommanditisten	6.025.200,00	6.025.200,00	0,00
Kapitalrücklage	6.000.000,00	6.049.798,96	-49.798,96
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-853.657,72	-	-853.657,72
Jahresergebnis	-3.885.408,50	-903.456,68	-2.981.951,82
Rückstellungen	15.320,00	14.510,00	810,00
sonstige Rückstellungen	15.320,00	14.510,00	810,00
Verbindlichkeiten	14.443.908,40	8.405.647,04	6.038.261,36
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	4.145.496,23	4.412.477,64	-266.981,41
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	35.132,71	-35.132,71
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	3.333.400,00	-	3.333.400,00
Sonstige Verbindlichkeiten	6.965.012,17	3.958.036,69	3.006.975,48
Rechnungsabgrenzungsposten	4.310,72	5.411,37	-1.100,65
Bilanzsumme	21.749.672,90	19.597.110,69	2.152.562,21

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-122,2	-43,3	-78,9
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	-53,3	-8,1	-45,2
Umsatzrentabilität (in %)	-134,1	-48,7	-85,4
Eigenkapitalquote (in %)	33,5	57,0	-23,5
Anlagendeckung II (in %)	477,8	723,4	-245,6

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	0	0	0
Verschuldungsgrad (in %)	198,4	75,4	123,1

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Marc Knisch	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH

Prokurist/-in

Herr Ralph Leroy	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH

Aufsichtsrat

Mitglied

Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg (ab 13.12.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Frau Miriam Freude	
Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Andraczek (GRÜNE)	

Gesellschafterversammlung

Mitglied	
Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Andraczek (GRÜNE) (ab 01.08.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	
Frau Katrin Feldmann (GRÜNE) (bis 30.07.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 4 Mitgliedern 2 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 50,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht/überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Forschungsflugplatzes Merzbrück in Würselen bei Aachen sowie Errichtung, Betrieb und Aufrechterhaltung hierzu erforderlicher Infrastruktureinrichtungen, soweit dies im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

Nachdem im Jahr 2014 die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen des Aero-Parks 1 abgeschlossen werden konnten, ist es der Gesellschaft anschließend gelungen, alle weiteren Flächen des neuen Gewerbegebietes Aero-Park 1 im Norden der Start- und Landebahn zu erwerben, so dass die AKM mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes über das Gesamteigentum der Entwicklungsflächen verfügt.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war in dieser Phase neben der laufenden Arbeit im Rahmen der Vermietung der Bestandsimmobilien und der Verpachtung von Freiflächen zunächst im Wesentlichen darauf ausgerichtet, die Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen herbeizuführen. Durch die Geltendmachung von Beden-

ken im Hinblick auf die Verkehrssituation musste die Verkehrsführung innerhalb des Plangebietes noch einmal angepasst werden. Diese Änderung zog auch noch einmal eine gesonderte Betrachtung der Entwässerung nach sich. Insgesamt konnten die Auswirkungen allerdings als unwesentlich bewertet werden, so dass durch den Beschluss des Rates der Stadt Würselen am 01.09.2020 der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 192 der Stadt Würselen (Gewerbegebiet Aero-Park 1) gefasst wurde. Mit der Rechtskraft des Bebauungsplans und den Kaufpreiszahlungen ist im Jahr 2020 auch der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahren der betreffenden Grundstücke auf die AKM erfolgt.

Mit der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses zur Verschwenkung und Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes Merzbrück und der entsprechenden Ausbauförderung durch das Land NRW war schließlich die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Flugplatzes als Forschungsflugplatz verbunden. Dies wiederum hat ein nachhaltiges Interesse der Aachener Hochschulen und deren Kooperationspartner geweckt, sich im Gewerbegebiet entlang der Flightline mit eigenen Forschungsvorhaben und Gebäuden ansiedeln zu wollen.

Im Zusammenhang mit den aus den Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen zu erwartenden Fördermitteln und der Luftfahrt-Strategie des Landes NRW in Bezug auf das rheinische Revier wird aktuell die Entwicklung des Gesamtstandortes Merzbrück mit seinen rund 80 Hektar an Gewerbefläche vor dem Hintergrund einer ausschließlichen Aviation-Ausrichtung vorangetrieben.

Der 19 ha umfassende Aero-Park 1 wird dabei derzeit eigenwirtschaftlich durch die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG entwickelt. Nachdem die Herstellung der Erschließung im Sommer 2024 weitgehend realisiert werden konnte, erfolgt aktuell durch die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG die Flächenvermarktung. Eine Vielzahl der Flächen ist bereits vermarktet oder konkret für Vorhabenträger reserviert.

Insgesamt zeigt sich, dass das Interesse von Unternehmen und Forschungseinrichtungen an Aviation-Flächen trotz der Investitionen erschwerenden wirtschaftlichen Gesamtsituation weiterhin groß ist. Die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG geht im Übrigen davon aus, dass sich dieses Interesse mit der Realisierung konkreter Bauprojekte im Aero-Park 1 und dem stetig wachsenden Bekanntheitsgrad des Forschungsflugplatzes/Aero-Park noch einmal steigern wird.

Mobility-Hub

Ergänzt wird die Standortentwicklung im Aero-Park 1 um die Errichtung eines Mobility-Hubs zur Bündelung verschiedener Mobilitätsformen an einem zentralen Ort des Aero-Parks. Dieser umfasst 520 PKW-sowie 50 Fahrradstellplätzte einschließlich einer Ladeinfrastruktur, ergänzt wird das Angebot durch Sharingfunktionen und einen Foodtruck. Auf der Grundlage der Vorgaben der gebietseigenen Stellplatzsatzung ist ein zentraler Stellplatznachweis der Unternehmen im Aero-Park 1 außerhalb der eigentlichen Gewerbeflächen des Hubs erforderlich.

Zwischen den Gesellschaftern der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG wurde vereinbart, dass die KOMPAC GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft der StädteRegion Aachen den Mobility-Hub errichtet. Hierzu hat die KOMPAC GmbH ein Grundstück von 5.573 m² nebst Erweiterungsoption von der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG erworben. Geplant ist, dass die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG den Hub spätestens im Jahr 2026 im Wege eines langfristigen Mietvertrages (30 Jahre) anmietet und die Stellplätze an die Unternehmen im Aero-Park 1 weitervermietet. Mit der Betriebsführung soll die KOMPAC GmbH aufgrund ihrer Erfahrung im Bereich der Bewirtschaftung von Parkhäusern beauftragt werden. Die KOMPAC GmbH soll zudem verpflichtet sein, Baulasten in Abstimmung mit der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG zu Gunsten des bauordnungsrechtlichen Stellplatznachweises der Unternehmen eintragen zu lassen.

Die Geschäftsführung rechnet aufgrund der Bau- und Betriebskosten und der daraus resultierenden Miete für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG sowie der nur bedingt skalierbaren Mieteinahmen aus Weitervermietung an Unternehmen perspektivisch mit deutlichen Anlaufverlusten sowie einem strukturellen Defizit aus dieser aus Mobilitäts- und Nachhaltigkeitsgründen geplanten Infrastruktur. Zwecks Minimierung der wirtschaftlichen Belastungen der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG werden derzeit verschiedenste Interimsvermietungen an Mietwagenfirmen, große Autohäuser etc. und einnahmesteigernde Staffelmietverträge mit dem Unternehmen angestrebt. Zudem befindet sich die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG in einer Abstimmung mit den Gesellschaftern, einen DAWI-Betrauungsakt für durch die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG wahrgenommene Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse zu erhalten über den auch ein Ausgleich für den Mobility-Hub avisiert ist. Hierzu wird kurzfristig eine Entscheidung der kommunalen Gremien angestrebt.

Eigenkapital und Finanzierung der Gesellschaft:

Bereits im Jahr 2018 wurde zur Entwicklung des Aero-Parks 1 das Eigenkapital der Gesellschaft um 6,0 Mio. Euro erhöht und es wurden Darlehensverträge mit Dritten über insgesamt 4,5 Mio. Euro insbesondere zur Deckung der anfallenden Grunderwerbskosten und der Erschließungskosten abgeschlossen.

Zur Finanzierung des weiteren Grunderwerbs zur Sicherstellung der Entwicklung des Aero-Parks 2 haben die Gesellschafter darüber hinaus mit Darlehensverträgen aus Oktober 2023 weitere 10,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die Endfälligkeit dieser Darlehen ist für den 30.06.2029 vereinbart. Erste Kaufverträge über den Erwerb entsprechender Grundstückflächen wurden zwischenzeitlich notariell beurkundet. Aufgrund der anstehenden Fördervorhaben wird sich die Finanzierung der Gesellschaft absehbar wesentlich verändern und die benötigte Liquidität anstelle von Darlehensaufnahmen vornehmlich durch den Abruf entsprechender Fördermittel sichergestellt.

Darstellung der Lage

Im Anlagevermögen wird das bebaute Grundstück nebst den vermieteten Gebäuden in Höhe 1.521.099,92 € (7,01%) aktiviert. Im Umlaufvermögen werden im Wesentlichen die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Aero-Park 1 und Aero-Park 2 in Höhe von 15.270.394,21€ einschließlich der vorgenommenen Wertberichtigung (70,21%) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 4.907.614,17€ (22,56%) ausgewiesen. Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Kommanditeinlagen in Höhe von 6.025.000,00€ (27,70%) und die satzungsmäßigen Rücklagen in Höhe von 6.000.000,00€ (27,59%) strukturiert. Die Verbindlichkeiten aus dem Endausbau Aero-Park 1 wurden im Jahr 2024 neu bewertet und betragen zum 31.12.2024 6.807.831,15€ (31,30%) und werden innerhalb der sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Verbindlichkeiten gegenüber der Komplementärin bestehen in Höhe von 15.000,00€ Verbindlichkeiten gegenüber Kommanditisten bestehen in Höhe von 3.318.400,00€ (15,33%).

Ertragslage

Die Erlöse wurden durch die Vermietung der im Besitz der Gesellschaft stehenden Gebäude in Höhe von T€ 300, Zinseinnahmen in Höhe von ca. T€ 52 sowie aus der Veräußerung von drei Grundstücken (T€ 2.595) erzielt. Dem Veräußerungserlös aus den Grundstückverkäufen steht der Abgang von Grundstückflächen mit einem Wert in Höhe von T€ 3.542 gegenüber. Durch die im Jahr 2024 vorgenommene Wertberichtigung war im Berichtsjahr eine außerordentliche Abschreibung in Höhe von T€ 2.730 zu verbuchen. Die Erlöse aus den Zins- und Mieteinahmen decken aktuell die laufenden Kosten der Gesellschaft. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Prognose/Ergebnisbetrachtung

Die Prognose des Vorjahres (+400.000,00€, ohne außergewöhnliche Aufwendungen und Erträge) wurde auf Grund erhöhter Instandhaltungen der Bestandimmobilien (+56.000,00€ gegenüber Prognose) nicht erreicht. Nach Korrektur der außergewöhnlichen Aufwendungen und Erträge und des erhöhten Instandhaltungsaufwandes ergibt sich ein Überschuss in Höhe von ca. 24.000,00€.

Gleichwohl beläuft sich der Jahresfehlbetrag, insbesondere Aufgrund der obigen Sondereffekte, auf 3.885.408,50 € und ist nicht zufriedenstellend.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit einem Verlust in Höhe von ca. 246.000,00€ gerechnet. Hiervon entfallen ca. 228.000,00€ auf nicht aktivierungsfähige Bereitstellungszinsen im Rahmen der Erschließung des Aero-Parks 2+3 und ca. 14.500,00€ auf Vermarktungs- und Verwaltungskosten des Aero-Parks 1. Die Erträge aus der Vermietung der Bestandsgebäude werden die laufenden Kosten der Gesellschaft annährend decken. (Saldo- 3.500,00€)

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Aero-Park1

Mit den Aero-Parks 1 bis 3 entsteht ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet mit dem Schwerpunkt einer Aviation-Ausrichtung. Durch den vorhandenen Forschungsflugplatz, die hervorragenden Autobahnanbindungen sowie den Anschluss des Gewerbegebiets an die Euregiobahn bzw. die geplante Anbindung an die Regio-Tram wird von einer zügigen Vermarktung der verbleibenden Flächen im Aero-Park 1 ausgegangen. Aufgrund der in Relation zu den Verkaufspreisen hohen Entwicklungs- und Erschließungskosten wird dabei jedoch entsprechend der vorgenommenen Korrekturen des Umlaufvermögens mit einem Defizit aus der Gesamtmaßnahme des Aero-Parks 1 gerechnet. Die Fläche erfüllt

jedoch die entscheidende Funktion, mit einer Kombination aus Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen, den Grundstein des avisierten Luftfahrtclusters zu legen und trägt damit maßgeblich zur weiteren Entwicklung des Gesamtstandortes bei. Es ist zudem davon auszugehen, dass die mit der Gebietsentwicklung einhergehende Wertschöpfungskette für die Stadt Würselen und die Region den verbleibenden negativen Saldo aus der Entwicklungsmaßnahme deutlich übersteigen.

Zwischenzeitlich hat die Stadt Würselen im Jahr 2025 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes 182 einen Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan 242 sowie eine entsprechende Veränderungssperre beschlossen. Es ergeben sich insoweit erneute Änderungen in der planungsrechtlichen Grundlage des Aero-Parks 1.

Flächenentwicklung Aero-Park 2 und 3

Mit dem Aero-Park 2 und 3 südlich des Forschungsflugplatzes sollen weitere Gewerbeflächen im Umfang von 61 ha entwickelt werden. Dabei ist es beabsichtigt, im Bauabschnitt 2 schwerpunktmäßig eine ähnliche Mischung aus innovativen Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu realisieren, wie im Aero-Park 1, die vor Ort gemeinsam an neuen Technologien für die Luftfahrt forschen und neue Anwendungen in eine Produktion bringen sollen. Im Aero-Park 2 soll für die unmittelbar am Forschungsflugplatz angrenzenden Grundstücke ebenfalls ein Zugang zum Forschungsflugplatz gewährleistet werden.

Der Aero-Park 3 soll insbesondere als Standort für serielle Fertigung der in den beiden anderen Bauabschnitten entwickelten Produkte sowie Zulieferer zur Verfügung stehen, sodass Wertschöpfungsketten vollständig am Standort Merzbrück abgebildet werden können.

Am 09.04.2025 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG nach umfangreichen Abstimmungen mit der Bezirksregierung Köln den Förderantrag für die Flächenentwicklung zwecks Einholung der Zustimmung diverser Landes- und Bundesgremien digital voreingereicht. Diese Verfahren konnten nun alle positiv zum Abschluss gebracht werden. Eine Förderbescheidübergabe ist noch für 2025 avisiert. Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich dabei für einen Zeitraum von zehn Jahren (2025 bis 2035) auf über 89 Millionen Euro mit einem unter Berücksichtigung der Einnahmen aus Vermarktung verbleibenden Fördervolumen von nahezu 38 Millionen Euro abzüglich des Eigenanteils. Kurzfristig auf Basis der Meilensteinplanung des Projektes in den nächsten Monaten umzusetzen sind insbesondere das städtebauliche Wettbewerbsmanagement und -verfahren, Artenschutz- und Verkehrsuntersuchungen sowie eine zielführende Vermarktungsstrategie für das Gesamtvorhaben.

Darüber hinaus hat die Sicherung sämtlicher im Aero-Park 2 und 3 liegenden Flächen eine hohe Priorität. Seit geraumer Zeit beschäftigt sich die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG daher sehr intensiv mit dem Thema des Grunderwerbs der Entwicklungsflächen. Während die unmittelbar angrenzend am Forschungsflugplatz liegenden Flächen in einer Größenordnung von ca. 18 ha bereits seit 2015 im Eigentum der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG stehen, sind zunächst 43 ha noch zu erwerben.

Der Gesellschaft ist es zwischenzeitlich gelungen, davon über rund 13 ha Grundstückkaufverträge notariell zu beurkunden. Mit den Eigentümern einer Fläche von insgesamt ca. 16 ha steht die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG zudem in konkreten Ankaufsverhandlungen, so dass in Kürze von weiteren Kaufvertragsbeurkundungen auszugehen ist, da diese mit einem einvernehmlichen Verhandlungsergebnis abgeschlossen werden konnten. Zu den Restflächen von ca. 14 ha werden noch weitere Verhandlungsgespräche geführt.

Aviation-Innovation-Center

Als zentrale Infrastruktur des Aero-Parks 1 und des Innovation Villages plant die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG gemeinsam mit der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) die Realisierung des Aviation Innovation Centers (AIC). Für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist es im Kontext des Aufbaus einer Aviation-Clusters von elementarer Bedeutung, neben der Vermarktung größerer Flächen für einzelne Unternehmen auch eine Infrastruktur für luftfahrtaffine Start-Ups, Scale-Ups und innovativen Mittelstand und damit einen schnellen sowie flexiblen Zugang zu Gewerbeflächen zu schaffen, um diese Unternehmen für den Standort zu gewinnen und entsprechende Wachstumspotenziale nutzbar zu machen. Das AIC soll diese Funktion übernehmen und als Innovation Hub zentrale Funktionen im Aero-Park 1 sowie im gesamten Rheinischen Revier übernehmen.

Durch den Bau und Betrieb dieses rd. 11.000 m² umfassenden Gebäudes werden Start-Ups, KMU und Wissenschaft aus dem Bereich der Luftfahrt an einem Ort zusammengebracht und neue Kooperationen und Kollaborationen sowie Ideen

und Innovationen entwickelt. Hierdurch entstehen neue Unternehmen und Skalierungseffekte, die für direkte und indirekte Arbeitsplatzeffekte in Würselen und der Region sorgen.

Aufgrund der notwendigen Größe und Ausstattung des Vorhabens in Bezug auf das Gebäude und dessen Betrieb kann dieses nicht ohne Zugang zu Fördermitteln realisiert werden. Das Projekt ist zudem mangels Vereinbarkeit mit den diesbezüglichen Fördervorgaben nicht Teil des Förderantrages der Flächenentwicklung für den Aero-Park 2 und 2. Nach mehrjähriger Suche eines alternativen Förderzugangs für das Projekt konnten die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG und die Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) nunmehr einen Förderzugang im Wege einer kriteriengesteuerten Einzelfallentscheidung erwirken, sodass die einmalige Chance besteht, das Vorhaben mit einer Förderquote von 97,5% in zwei Teilprojektphasen zu realisieren.

Das Planungsprojekt umfasst ein Volumen von 4,4 Mio. €, das Gesamtprojekt inklusive der Bauphase 45,5 Mio. € Der Eigenanteil für das Gesamtfördervorhaben beträgt nach aktuellen Erkenntnissen vorrausichtlich 1.136.406€ und soll über das vorhandene Kommanditkapital der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG bereitgestellt werden. Mit einer Genehmigung der ersten Projektphase wird zum Jahreswechsel 2025/2026 gerechnet.

Chancen und Risiken

Insgesamt ist festzustellen, dass sich das Geschäft der Gesellschaft in den Jahren 2025 ff. erheblich dynamisieren wird, da neben der Vermarktung der verbleibenden Flächen des Aero-Parks 1 mit dem Aviation-Innovation-Center und der 61 ha umfassenden Südflächenentwicklung zwei umfassende Großprojekte anstehen, um den Gesamtstandort insgesamt zu einem zielführenden Aviation-Cluster zu entwickeln.

Im Sinne einer an die Gesamtstandortentwicklung Merzbrück ausgerichteten Aufgabenwahrnehmung durch die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG strebt die Geschäftsführung in 2026 die Abbildung einer adäquaten personellen, räumlichen und technischen Struktur der Gesellschaft an.

Die wirtschaftliche Perspektive der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist neben dem bereits in der Vermarktung befindlichen Aero-Park 1 und den damit einhergehenden Korrekturen des Umlaufvermögens im Jahresabschluss 2024 somit von verschiedenen weiteren Großvorhaben geprägt, die im Sinne eines Wirtschaftsförderungsgedankens größtenteils keine Gewinnerwartungen mit sich bringen, sondern einen erheblichen Wertschöpfungseffekt für die Stadt Würselen und die Region erzeugen.

Wie im Anhang dargestellt ergibt sich aufgrund der derzeitigen Planung zum Ende des Planungshorizont im Jahr 2037 unter der Annahme, dass die Gesellschafter keinen Ausgleich für die neuen Aufgaben der Gesellschaften erbringen, ein negatives Eigenkapital. In Folgejahren ist mit negativen Jahresergebnissen zu rechnen. Weiterhin sind im Jahr 2030 Liquiditätsengpässe zu erwarten, die eine zusätzliche Finanzierung erforderlich machen.

Risiken ergeben sich dabei insbesondere aus dem Mobility-Hub, Baukostensteigerungen sowie etwaigen nicht förderfähigen Kosten bei den Fördervorhaben AIC und Aero-Parc 2/3.

Die Geschäftsführung möchte diesen Risiken wie folgt begegnen:

Mit der anstehenden Ausweitung der Tätigkeiten des Unternehmens und der Einwerbung von Fördermitteln für die südliche Flächenentwicklung und voraussichtlich weitere Geschäftsfelder (AIC) ergibt sich für die Gesellschaft absehbar eine andere Ausgangslage. In diesem Kontext werden Risiken aus der Gebietsentwicklung und Vorfinanzierung durch mögliche Förderungen teils deutlich reduziert, eine gewinnbringende Tätigkeit der Gesellschaft ist jedoch für diese Geschäftsfelder aufgrund der Fördersystematik ausgeschlossen.

Die Ertragslage des Unternehmens kann aufgrund der öffentlichen Zwecksetzung und der vorliegenden Aufgabenstruktur daher nur in nicht geförderten Geschäftsfeldern (z.B. durch rentable neue Investitionsvorhaben, Modernisierung der Bestandsimmobilien und Mietanpassungen) bzw. im Anschluss an das Auslaufen von förderrechtlichen Zweckbindungsfristen verbessert werden.

Chancen resultieren hier perspektivisch insbesondere aus stillen Reserven des AIC und zu erwägenden Investitionen der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG im Kontext der Gebietsentwicklung, die ggfs. Gewinnerwartungen mit sich bringen (z.B. Vermietung von Gebäuden, Hangarflächen etc).

Aufgrund der Systematik, dass die Gesellschaft als auf Wirtschaftsförderungseffekte und zur Bekämpfung des Strukturwandels ausgerichtete Entwicklungsgesellschaft umfangreiche Wertschöpfungseffekte realisiert, die jedoch ertragssteigernde Effekte in den kommunalen Haushalten der Gesellschafter und nicht unmittelbar bei der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG bewirken, sind die Möglichkeiten des Unternehmens, die im Gesellschafterauftrag entstehenden wirtschaftlichen Risiken vollständig aus eigener Kraft auszuschließen eingeschränkt.

Aufgrund der o.a Struktur und Zielsetzung der Gesellschaft ist jedoch davon auszugehen, dass diese wie in Vorjahren adäquat durch die Gesellschafter mit dem für die Aufgabenerfüllung benötigten Kapital ausgestattet wird. Die neuen Aufgabenbereiche werden, soweit sie nicht gewinnbringend sind, zudem nur realisiert/übernommen, wenn auf Grundlage eines einklagbaren Anspruchs gegenüber den Gesellschaftern ein entsprechender jährlicher Verlustausgleich erfolgt, was eine potenzielle Bestandsgefährdung deutlich relativieren kann.

Aus diesem Grund besteht eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Unternehmens zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können, und die Berichtgesellschaft ist daher möglicherweise nicht in der Lage ist, im gewöhnlichen Geschäftsverlauf ihrer Vermögenswerte zu realisieren sowie ihre Schulden zu begleichen.

3.4.4.3 Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH

Firmensitz:
Klosterstraße 33
52146 Würselen

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 7825
Gründungsdatum: 09.06.1999
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 50% / - / 50%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Rademacher Wilczek & Partner Steuerberater

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aufgrund der zentralen Lage des Gebietes in der Region Aachen sollen insbesondere Unternehmensansiedlungen gefördert werden, die zum einen ihre Wertschöpfung außerhalb der Region finden, zum anderen soll Firmen ein Flächenangebot unterbreitet werden, die an ihrem derzeitigen Standort keine Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Das Unternehmen ist so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Es soll einen Ertrag für die Gesellschafter abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des Gesellschaftszwecks nicht beeinträchtigt wird.

Der Jahresüberschuss der Gesellschaft soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft notwendige Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Kapital

Stammkapital	25.200 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

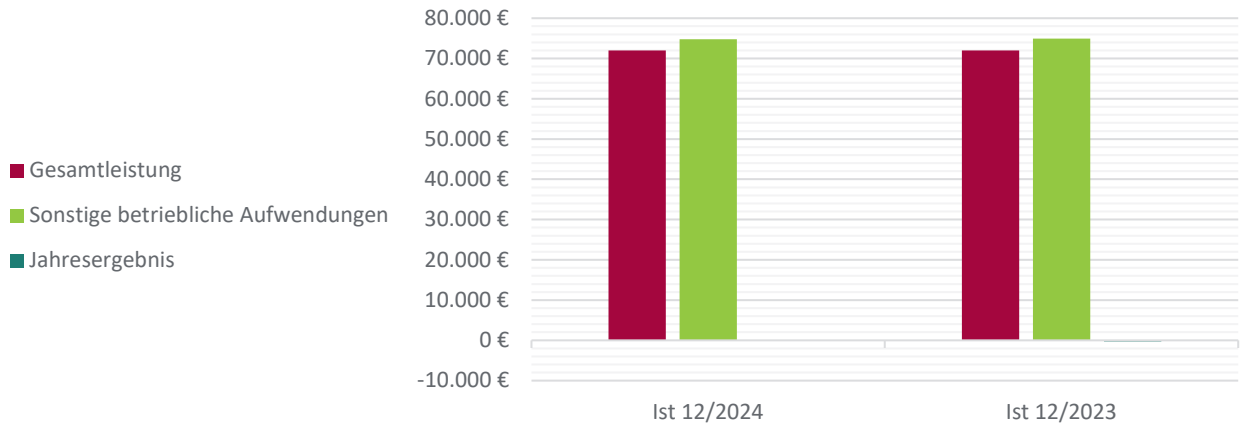
Gesellschafter		
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	12.600,00 €	50,00 %
StädteRegion Aachen	12.600,00 €	50,00 %
Beteiligungen		
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	0,00 €	0,00 %

Verbundene Unternehmen | **Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen**

Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG
0,00%

Finanzdaten

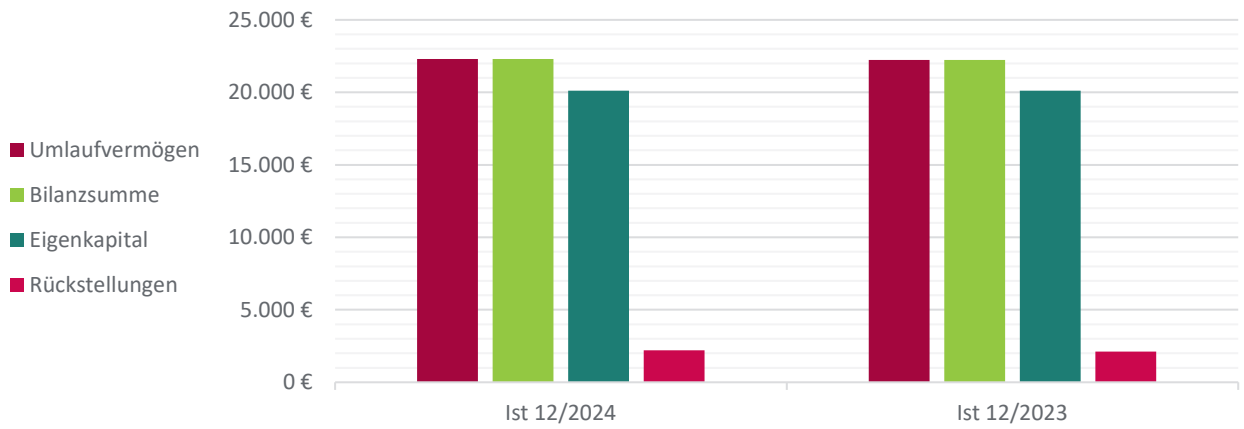
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Sonstige betriebliche Erträge	72.000,00	72.014,10	-14,10
Gesamtleistung	72.000,00	72.014,10	-14,10
Materialaufwand	-	-	-
Rohergebnis	72.000,00	72.014,10	-14,10
Personalaufwand	-	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	74.783,36	74.904,90	-121,54
EBITDA	-2.783,36	-2.890,80	107,44
Abschreibungen	-	-	-
EBIT	-2.783,36	-2.890,80	107,44
Erträge aus Beteiligungen	2.781,76	2.640,00	141,76
EBT	-1,60	-250,80	249,20
Ergebnis nach Steuern	-1,60	-250,80	249,20
Jahresergebnis	-1,60	-250,80	249,20

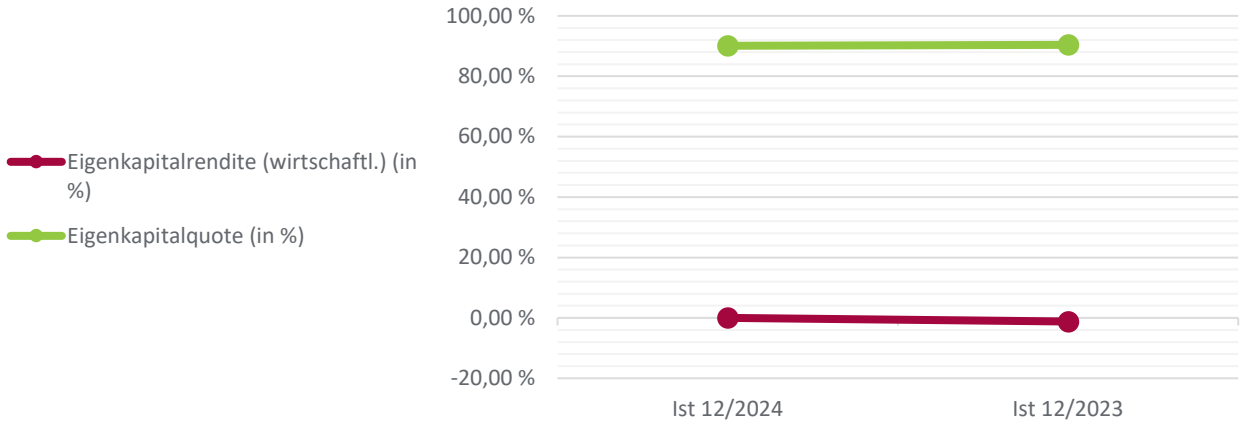
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	-	-	-
Umlaufvermögen	22.306,09	22.236,09	70,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.223,99	18.126,86	-2.902,87
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	15.000,00	17.999,10	-2.999,10
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	223,99	127,76	96,23
Kasse, Bankguthaben, Schecks	7.082,10	4.109,23	2.972,87
Bilanzsumme	22.306,09	22.236,09	70,00
Passiva			
Eigenkapital	20.106,89	20.108,49	-1,60
Gezeichnetes Kapital	25.200,00	25.200,00	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-5.091,51	-4.840,71	-250,80
Jahresergebnis	-1,60	-250,80	249,20
Rückstellungen	2.199,20	2.127,60	71,60
sonstige Rückstellungen	2.199,20	2.127,60	71,60
Verbindlichkeiten	-	-	-
Bilanzsumme	22.306,09	22.236,09	70,00

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-	-	-
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	0,0	-1,2	1,2
Umsatzrentabilität (in %)	-	-	-
Eigenkapitalquote (in %)	90,1	90,4	-0,3
Anlagendeckung II (in %)	-	-	-

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	0	0	0
Verschuldungsgrad (in %)	10,9	10,6	0,4

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in
Herr Marc Knisch
Prokurist/-in
Herr Ralph Leroy

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Andraczek (GRÜNE) (ab 01.08.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	
Frau Katrin Feldmann (GRÜNE) (bis 30.07.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

Lagebericht

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Forschungsflugplatz Merzbrück in Würselen bei Aachen sowie Errichtung, Betrieb und Aufrechterhaltung hierzu erforderlicher Infrastruktureinrichtungen, soweit dies im öffentlichen Interesse erforderlich ist, zum Gegenstand hat.

Auf Grund des geringen Umfangs der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wurde aus Kostengründen auf die Durchführung einer Jahresabschlussprüfung verzichtet. Der im Rahmen der Abschlussprüfung der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG beauftragte Wirtschaftsprüfer führte wie im Vorjahr auch eine plausible Durchsicht der Geschäftsunterlagen und des Jahresabschlusses durch.

Im Jahr 2015 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, deren Komplementärin die Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungsgesellschaft mbH ist, die zu erschließenden Grundstücke für den Aero-Park 1 am Forschungsflugplatz Merzbrück weitgehend erwerben können.

Im Jahr 2016 wurden Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern der noch benötigten Flächen geführt. Die Kaufverträge hierzu wurden Anfang 2017 beurkundet, so dass sich ab diesem Zeitpunkt die für die Entwicklung des Aero-Park 1 benötigten Grundstücke im Besitz der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG befinden.

Zusätzlich werden seit 2022 die für die weiteren Entwicklungsabschnitte (Aero-Park 3) erforderlichen Grundstücke mit den privaten Eigentümern verhandeln und sukzessive von der Gesellschaft erworben.

Dadurch hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG seit diesem Zeitpunkt einen erhöhten Geschäftsbetrieb, der zum einen durch die laufende Vermietung der erworbenen Gebäude und zum anderen durch die Planung für die Grundstückerschließungen bedingt ist.

Dies führt bei der Berichtsfirma zu einem erhöhten Aufwand hinsichtlich der Geschäftsführung und der in diesem Zusammenhang stehenden Tätigkeiten.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 10.10.2022 wurde der bisherige Geschäftsführer Dr. Edgar Pasderski abberufen und Herr Marc Knisch im Rahmen seiner Tätigkeiten als Hauptgeschäftsführer der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG als neuer Geschäftsführer bestellt. Mit Gesellschafterbeschluss von 26.06.2025 wurde Herr Knisch zum 01.08.2025 als Geschäftsführer abberufen. Mit gleichem Datum wurde Herr Marvin Kouchen als Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Herr Kouchen ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Für diese Geschäftsbesorgung erhält die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG gemäß Vertrag vom 31.03.2015 ein monatliches Entgelt in Höhe von 6.000,00 € zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese Kosten werden der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG erstattet.

Gemäß Gesellschafterbeschluss der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG vom 27.10.2016 wurde die Haftungsvergütung mit Wirkung vom 01.01.2016 auf 7,5 % des eingezahlten Stammkapital erhöht (vorher 5 %), um die laufenden Kosten der Gesellschaft decken zu können.

Die Gesellschaft hat auf Grund der vorhandenen Verlustvorträge keine Steuern zu entrichten.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

3.4.4.4 Camp Astrid GmbH & Co. KG

Firmensitz:
Zweifaller Straße 277
52224 Stolberg

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Handelsregisternummer: 5429
Gründungsdatum: 05.08.1999
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 25% / - / 25%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

app Dr. Pütz & Boese GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft (ab 08.04.2024)

Unternehmensgegenstand

Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft hat nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NW zu verfahren.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärgelände "Camp Reine Astrid" im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahem als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Kupferstadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlussvorlage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.5.2003 / 27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet fortgeführt.

Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Kupferstadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen.

Auftrag der Gesellschaft war bzw. ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der zuvor beschriebenen Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg.

Kapital

Kommanditeinlage	50.000 €; 0 Stimmen
Komplementäreinlage	0 €; 0 Stimmen

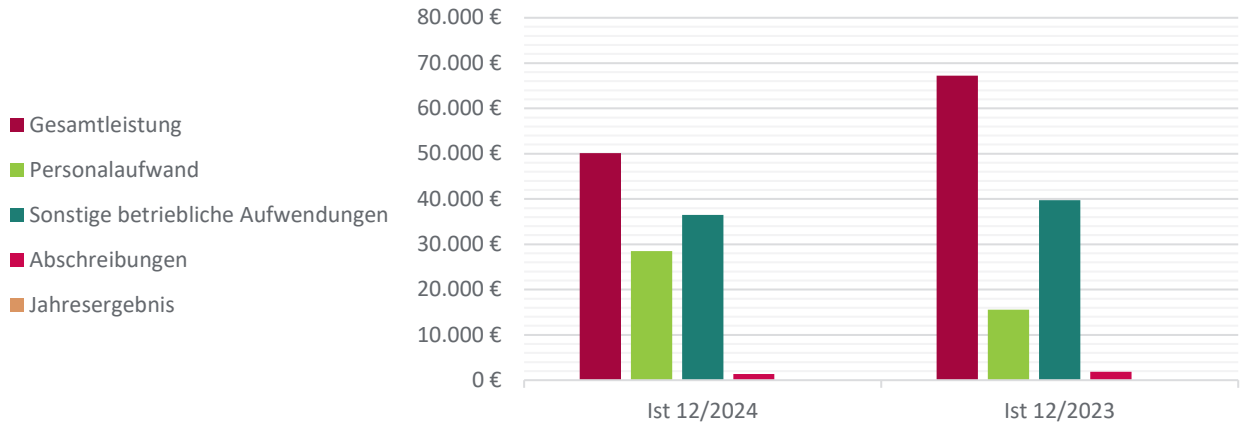
Beteiligungsverhältnisse

Komplementär		
Camp Astrid Verwaltungs GmbH	0,00 €	0,00 %
Kommanditisten		
Kupferstadt Stolberg	25.000,00 €	50,00 %
Sparkassen Immobilien GmbH	12.500,00 €	25,00 %
StädteRegion Aachen	12.500,00 €	25,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

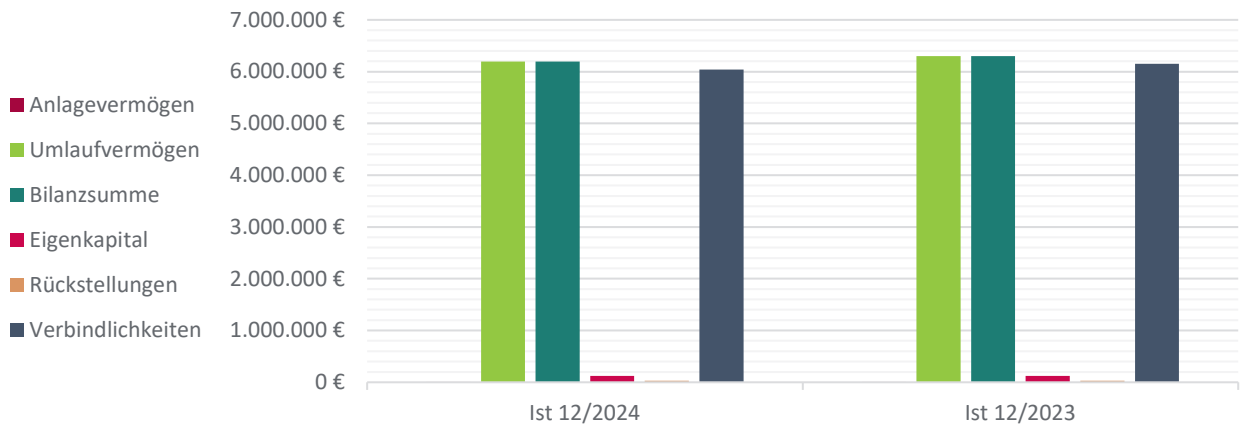
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	136.716,14	449.164,20	-312.448,06
Bestandsveränderungen	-165.330,54	-835.449,98	670.119,44
Sonstige betriebliche Erträge	78.749,94	453.489,75	-374.739,81
dar.: Erträge aus Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen	0,00	310,41	-310,41
dar.: sonstige betriebliche Erträge finanzwirksam	78.749,94	-	78.749,94
Gesamtleistung	50.135,54	67.203,97	-17.068,43
Materialaufwand	-	-	-
Rohergebnis	50.135,54	67.203,97	-17.068,43
Personalaufwand	28.504,92	15.574,00	12.930,92
dar.: Löhne und Gehälter	23.160,00	12.609,33	10.550,67
dar.: soziale Abgaben	5.344,92	2.964,67	2.380,25
Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.510,67	39.761,11	-3.250,44
dar.: Raumkosten (Nebenkosten)	0,00	915,06	-915,06
dar.: Reparatur / Instandhaltung	0,00	24,34	-24,34
dar.: Versicherungen	3.808,88	3.811,85	-2,97
dar.: Werbekosten	29,91	-	29,91
dar.: Betriebsbedarf	32.671,88	35.009,86	-2.337,98
EBITDA	-14.880,05	11.868,86	-26.748,91
Abschreibungen	1.366,51	1.887,03	-520,52
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	1.366,51	1.887,03	-520,52
EBIT	-16.246,56	9.981,83	-26.228,39
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.739,59	-	19.739,59
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	5.900,42	-5.900,42
EBT	3.493,03	4.081,41	-588,38
Ergebnis nach Steuern	3.493,03	4.081,41	-588,38
Sonstige Steuern	3.493,03	4.081,41	-588,38
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00

Bilanz

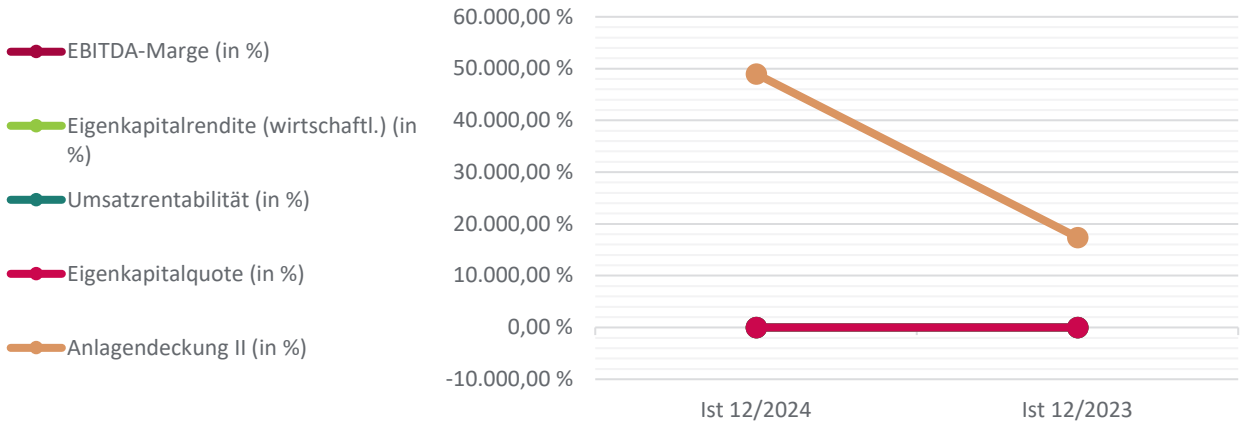


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	251,00	706,00	-455,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	0,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	1,00	1,00	0,00
Sachanlagen	250,00	705,00	-455,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	250,00	705,00	-455,00
Umlaufvermögen	6.192.167,42	6.299.815,27	-107.647,85
Vorräte	2.837.374,49	3.002.705,03	-165.330,54
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	2.837.374,49	3.002.705,03	-165.330,54
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.458.539,30	1.410.876,70	47.662,60
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	945.897,32	966.349,93	-20.452,61
Forderungen gegen Gesellschafter	512.506,88	444.526,77	67.980,11
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	135,10	-	135,10
Kasse, Bankguthaben, Schecks	1.896.253,63	1.886.233,54	10.020,09
Rechnungsabgrenzungsposten	3.014,16	1.766,16	1.248,00
Bilanzsumme	6.195.432,58	6.302.287,43	-106.854,85
Passiva			
Eigenkapital	122.964,31	122.964,31	0,00
Kapitalanteile	122.964,31	122.964,31	0,00
dar.: Kapitalanteile Kommanditisten	122.964,31	122.964,31	0,00
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	32.966,00	27.566,00	5.400,00
sonstige Rückstellungen	32.966,00	27.566,00	5.400,00
Verbindlichkeiten	6.039.502,27	6.151.757,12	-112.254,85
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	0,00	0,00
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	6.012.079,96	6.091.425,89	-79.345,93
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	17.958,17	44.391,19	-26.433,02
Sonstige Verbindlichkeiten	9.464,14	15.940,04	-6.475,90

dar.: aus Steuern	9.464,14	15.904,04	-6.439,90
Bilanzsumme	6.195.432,58	6.302.287,43	-106.854,85

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-10,9	2,6	-13,5
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	0,0	0,0	0,0
Umsatzrentabilität (in %)	0,0	0,0	0,0
Eigenkapitalquote (in %)	2,0	2,0	0,0
Anlagendeckung II (in %)	48.989,8	17.417,0	31.572,8

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Verschuldungsgrad (in %)	4.938,4	5.025,3	-86,9

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Christoph Küppers

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Kunibert Matheis (CDU) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Frau Dina Graetz (GRÜNE)

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Volker Thelenz (GRÜNE) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Herr Pascal Heck (CDU)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 3 Mitgliedern 0 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 0,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

I. Öffentliche Zwecksetzung und Grundlagen des Unternehmens

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager "Camp Reine Astrid" im Bereich des Probsteierwaldes. Die Konversionsfläche wurde im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme seit 2001 als Gewerbepark ausgewiesen und bis heute werden die verschieden zugeschnittenen Gewerbeflächen vermarktet. Auftrag der Gesellschaft war bzw. ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und nunmehr vor allem die Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des mittlerweile entstandenen Gewerbegebietes "Camp Astrid" in der Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Grundlage für die Tätigkeit ist der mit der Kupferstadt Stolberg (Rhld.) geschlossene Treuhändervertrag.

II. Wirtschafts- und Lagebericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel und den Satzungszweck im Geschäftsjahr 2024 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichts.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region Aachen stellt sich dem Bundestrend entsprechend nicht aufstrebend, sondern inflationär dar. Bundesweit ging das BIP in 2024 um 0,2 Prozent zurück und die Inflation sank von 5,9 Prozent in 2023 auf 2,2 Prozent.

In verarbeitenden Gewerbe innerhalb der Region Aachen sind 2024 die Umsätze leicht gesunken. Aufgrund der gestiegenen Inflation sind die Unternehmen jedoch deutlich getroffen worden.

Auch wenn die Dienstleister keine positiven Entwicklungen erwarten, zeigte sich die wirtschaftliche Lage in diesem Sektor weiterhin überwiegend positiv.

Das Baugewerbe hat einen neuerlichen Einbruch aufgrund einer bremsenden negativen Konjunktur zu verzeichnen - bezogen auf Nachfrage aus der Industrie und dem privaten Wohnungsbau. Die Gesamtumstände sind aufgrund des herrschenden Fachkräftemangel ohnehin erschwert. Im Tiefbau jedoch sind die Umsätze entgegen dem Trend gestiegen.

Obwohl die einzelnen Sektoren grundsätzliche negative Tendenzen aufzeigen, bleibt der Arbeitsmarkt in 2024 überwiegend stabil. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in der Region Aachen um 0,4 Prozentpunkte gestiegen, wenn auch die Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 6,9 Prozent gestiegen ist.

Geschäftsverlauf

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren auf Grundlage des Treuhändervertrages ausgeglichen.

Vermögens-Finanz- und Ertragslage

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um -106,9 TEUR bzw. -1,7 % auf 6.195,4 TEUR geändert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Reduktion des Vorratsvermögens in Folge der im Geschäftsjahr getätigten Grundstückveräußerungen.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter, der Stadt Stolberg, korrespondieren hierzu ebenfalls reduziert.

Die Finanzmittel weisen am Ende der Periode einen Stand von 1.896,3 TEUR aus (Vorjahr 1.886,2 TEUR). Der Cashflow des Geschäftsjahres hat 10,0 TEUR betragen.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2024 aufgrund der Besonderheit der Treuhänderschaft, wie in Vorjahren, mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab.

Vermarktungssituation

Im Geschäftsjahr 2024 sind im März zwei Grundstücke mit einer Fläche von insgesamt ca. 6.629 Quadratmeter zur Veräußerung ausgeschrieben worden. Die Vergabe ist im Geschäftsjahr durch die Beschlüsse des Aufsichtsrates erfolgt. Die Kaufverträge sind im Juni und Dezember 2024 notariell beurkundet worden. Der Übergang von Besitz, Nutzen und Lasten zum letztgeschlossenen Kaufvertrag erfolgte jedoch erst im Januar 2025.

Bis zur Erstellung des Lageberichtes sind im Geschäftsjahr 2025 das ehemalige DB-Gelände sowie eine oberhalb gelegene Teilfläche ausgeschrieben und vergeben worden. Aufgrund bestimmter Fördermittel ist ein notarieller Kaufvertrag samt Auffassung im Geschäftsjahr noch nicht erfolgt. Die vergebene Gesamtfläche beträgt 50.059 Quadratmeter.

Im Geschäftsjahr 2025 sind zudem die letzten beiden zu vermarktenden Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 6.329 Quadratmeter zur Veräußerung ausgeschrieben worden. Bewerbungen sind fristgerecht dazu eingereicht worden. Eine Vergabe konnte 2025 aufgrund der durchgeführten Kommunalwahlen und damit einhergehender Gremienneubesetzung nicht erfolgen. Die Vergabe ist bei der nächsten Aufsichtsratssitzung vorgesehen.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandsvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Die aktuelle und zukünftige Vermarktung der Gewerbeflächen wird weiterhin seitens der Gesellschaft aktiv betrieben.

Im Geschäftsjahr 2025 sind Vergaben erfolgt, eben dieses wird auch für die beiden letztverbliebenden Grundstücke für das Geschäftsjahr 2026 erwartet werden. Sodann könnte die Vermarktung 2026 samt der notariellen Kaufvertragsbeurkundungen abgeschlossen sein.

Die Gesellschaft könnte mithin in absehbarer Zeit bei üblichem Geschäftsverlauf ihre Aufgabe erfüllt haben.

IV. Nachtragsbericht

Die Gesellschaftsverträge sind im Hinblick auf die Rechnungslegungsvorschriften für das Geschäftsjahr 2025 angepasst worden.

V. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es findet keine Verwendung von Finanzderivaten statt.

3.4.4.5 Camp Astrid Verwaltungs GmbH

Firmensitz:
Zweifaller Straße 277
52224 Stolberg

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 10608
Gründungsdatum: 05.08.1999
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 25% / - / 25%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

app Dr. Pütz & Boese GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft (ab 03.07.2024)

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Camp Astrid GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Gegenstand hat.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft hat nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NW zu verfahren.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in §107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärgelände "Camp Reine Astrid" im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahem als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Kupferstadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlussvorlage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.5.2003 / 27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet fortgeführt.

Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Kupferstadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen.

Dem Gesellschaftszweck entsprechend wurden im Berichtsjahr die Geschäfte für die Camp Astrid GmbH & Co. KG geführt.

Kapital

Stammkapital	25.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Kupferstadt Stolberg	12.500,00 €	50,00 %
Sparkassen Immobilien GmbH	6.250,00 €	25,00 %
StädteRegion Aachen	6.250,00 €	25,00 %

Beteiligungen

Camp Astrid GmbH & Co. KG	0,00 €	0,00 %

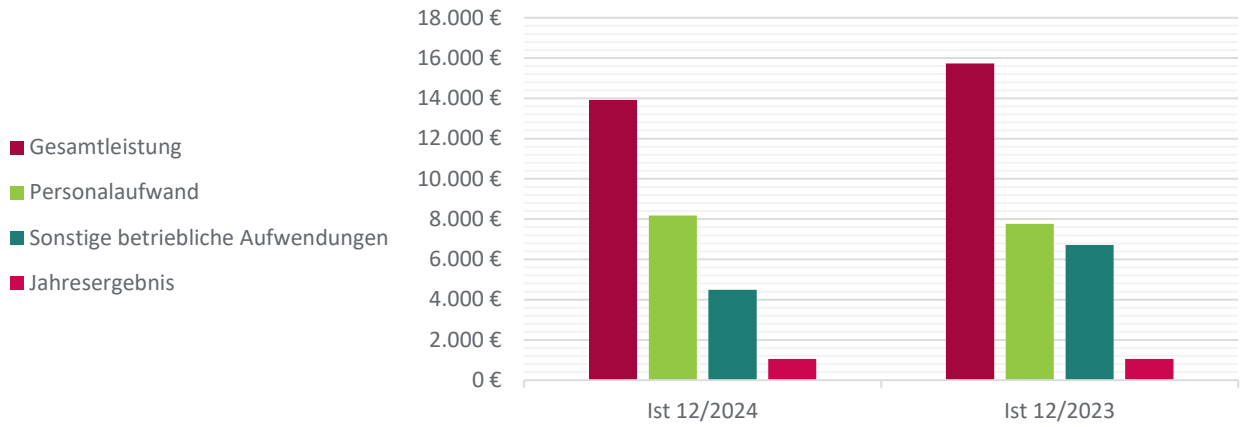
Verbundene Unternehmen

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

Camp Astrid GmbH & Co. KG
0,00%

Finanzdaten

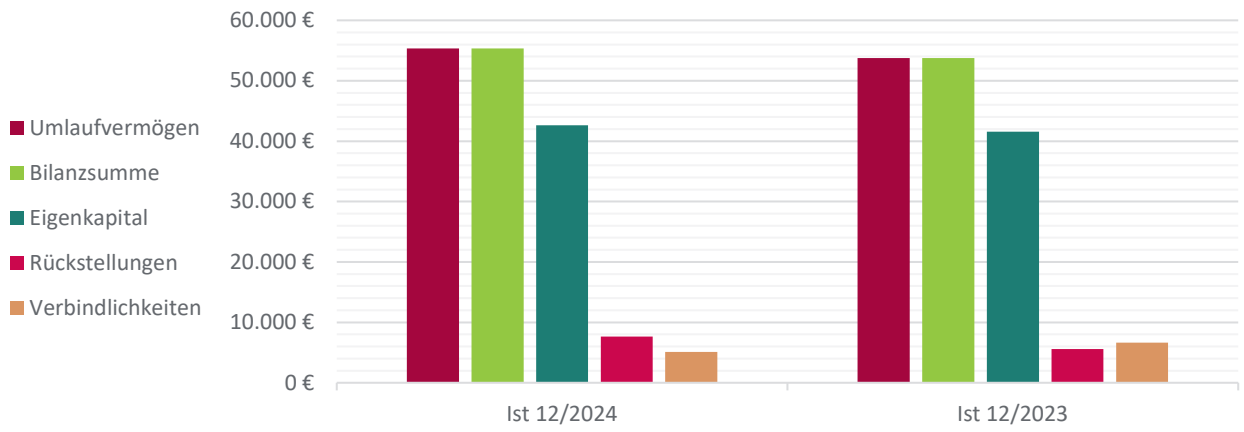
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Sonstige betriebliche Erträge	13.921,83	15.729,51	-1.807,68
Gesamtleistung	13.921,83	15.729,51	-1.807,68
Materialaufwand	-	-	-
Rohergebnis	13.921,83	15.729,51	-1.807,68
Personalaufwand	8.183,55	7.761,17	422,38
dar.: Löhne und Gehälter	5.950,56	6.200,45	-249,89
dar.: soziale Abgaben	2.232,99	1.560,72	672,27
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.488,28	6.718,34	-2.230,06
dar.: Versicherungen	40,00	40,00	0,00
dar.: Kosten der Warenabgabe	0,00	2.960,00	-2.960,00
dar.: Betriebsbedarf	4.448,28	3.702,87	745,41
dar.: sonstiger betrieblicher Aufwand finanzwirksam	0,00	15,47	-15,47
EBITDA	1.250,00	1.250,00	0,00
Abschreibungen	-	-	-
EBIT	1.250,00	1.250,00	0,00
EBT	1.250,00	1.250,00	0,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	197,28	197,28	0,00
Ergebnis nach Steuern	1.052,72	1.052,72	0,00
Jahresergebnis	1.052,72	1.052,72	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag VJ	-	15.524,97	-15.524,97
Bilanzergebnis	-	16.577,69	-16.577,69

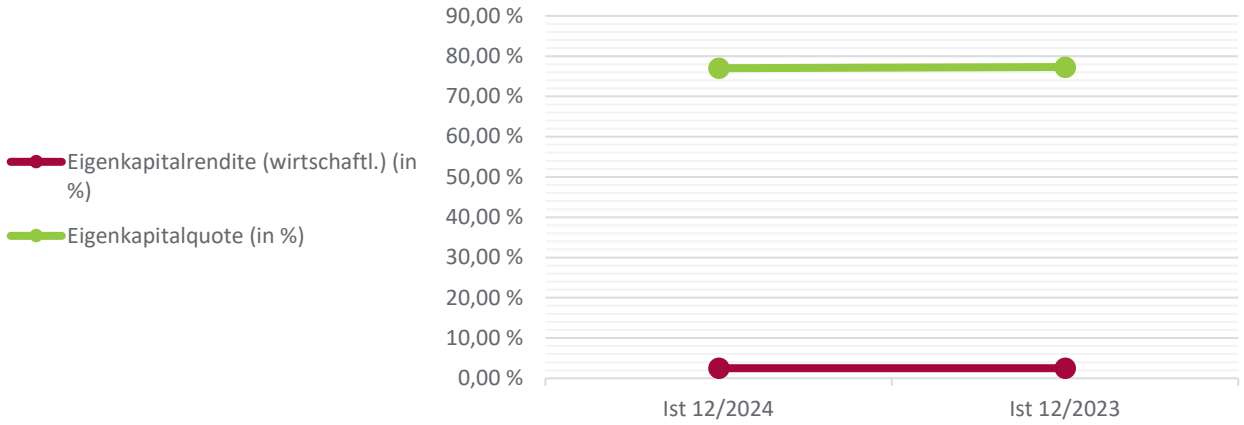
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	-	-	-
Umlaufvermögen	55.364,84	53.755,06	1.609,78
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.958,17	44.391,19	-26.433,02
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	17.958,17	44.391,19	-26.433,02
Kasse, Bankguthaben, Schecks	37.406,67	9.363,87	28.042,80
Bilanzsumme	55.364,84	53.755,06	1.609,78
Passiva			
Eigenkapital	42.630,41	41.577,69	1.052,72
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	16.577,69	-	16.577,69
Jahresergebnis	1.052,72	-	1.052,72
Bilanzergebnis	-	16.577,69	-16.577,69
dar.: Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-	15.524,97	-15.524,97
Rückstellungen	7.634,97	5.558,56	2.076,41
Steuerrückstellungen	421,97	395,56	26,41
sonstige Rückstellungen	7.213,00	5.163,00	2.050,00
Verbindlichkeiten	5.099,46	6.618,81	-1.519,35
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	1.155,59	-1.155,59
Sonstige Verbindlichkeiten	5.099,46	5.463,22	-363,76
dar.: aus Steuern	-	5.463,22	-5.463,22
Bilanzsumme	55.364,84	53.755,06	1.609,78

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-	-	-
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	2,5	2,5	0,0
Umsatzrentabilität (in %)	-	-	-
Eigenkapitalquote (in %)	77,0	77,3	-0,3
Anlagendeckung II (in %)	-	-	-

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	1	1	0
Verschuldungsgrad (in %)	29,9	29,3	0,6

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung
Geschäftsführer/-in
Herr Christoph Küppers

Gesellschafterversammlung
Mitglied
Städteregionstagsmitglied Herr Volker Thelenz (GRÜNE) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Pascal Heck (CDU)

Gesellschafterversammlung
Mitglied
Städteregionstagsmitglied Herr Volker Thelenz (GRÜNE) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Pascal Heck (CDU)

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

I. Öffentliche Zwecksetzung und Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Camp Astrid GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Entwicklung und die Vermarktung der Konversionsfläche Camp Astrid als Gewerbegebiet in Stolberg zum Zweck hat. Dem Gesellschaftszweck entsprechend wurden im Berichtsjahr 2024 die Geschäfte für die Camp Astrid GmbH & Co. KG geführt.

II. Wirtschafts- und Lagebericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel und den Satzungszweck im Geschäftsjahr 2024 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichts.

Gesamtwirtschaftliche und regionalwirtschaftliche Entwicklungen

Die wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region Aachen stellt sich dem Bundestrend entsprechend nicht aufstrebend sondern inflationär dar. Bundesweit ging das BIP in 2024 um 0,2 Prozent zurück und die Inflation sank von 5,9 Prozent in 2023 auf 2,2 Prozent.

Im verarbeitenden Gewerbe innerhalb der Region Aachen sind 2024 die Umsätze leicht gesunken. Aufgrund der gestiegenen Inflation sind die Unternehmen jedoch deutlich getroffen worden.

Auch wenn die Dienstleister keine positiven Entwicklungen erwarten, zeigte sich die wirtschaftliche Lage in diesem Sektor weiterhin überwiegend positiv.

Das Baugewerbe hat einen neuerlichen Einbruch aufgrund einer bremsenden negativen Konjunktur zu verzeichnen – bezogen auf Nachfrage aus der Industrie und dem privaten Wohnungsbau. Die Gesamtumstände sind aufgrund des herrschenden Fachkräftemangel ohnehin erschwert. Im Tiefbau jedoch sind die Umsätze entgegen dem Trend gestiegen.

Obwohl die einzelnen Sektoren grundsätzliche negative Tendenzen aufzeigen, bleibt der Arbeitsmarkt in 2024 überwiegend stabil. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigen ist in der Region Aachen um 0,4 Prozentpunkte gestiegen, wenn auch die Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 6.9 Prozent gestiegen ist.

Geschäftsverlauf

Die Gelder, die der Gesellschaft aus eingezahlten Stammeinlagen zur Verfügung stehen, wurden im Berichtszeitraum auf einem Girokonto der Sparkasse Aachen verwaltet.

Die Gesellschaft konnte im Berichtszeitraum jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachkommen.

Das Jahresergebnis beträgt 1.052,72 EUR (VJ: 1.052,72 EUR).

Vermögens-Finanz- und Ertragslage

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 TEUR bzw. 3 % auf 55,4 TEUR geändert.

Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Zuwachs der liquiden Mittel (+28,0 TEUR), welcher insbesondere

auf eine Zahlung der Camp Astrid GmbH & Co. KG zurückzuführen ist. Demgegenüber haben sich die Forderungen gegenüber der Camp Astrid GmbH & Co. KG um 26,4 TEUR reduziert.

Die Finanzmittel weisen am Ende der Periode einen Stand von 37,4 TEUR aus (Vorjahr 9,4 TEUR). Der Cashflow des Geschäftsjahres hat +28,0 TEUR betragen.

Wie in Vorjahren besteht der Ertrag der Gesellschaft aus dem Erstattungsanspruch gegenüber der Camp Astrid GmbH & Co. KG. Dieser liegt leicht unter dem Vorjahresniveau.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Kernaufgabe der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 war die Geschäftsführung und Haftung für die Camp Astrid GmbH & Co. KG. Dies wird auch in 2025 und 2026 weiterhin der Fall sein.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

V. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es findet keine Verwendung von Finanzderivaten statt.

3.4.4.6 Zweckverband Region Aachen

Firmensitz:
Rotter Bruch 6
52068 Aachen

Rechtsform: KdöR
Gründungsdatum: 01.01.2013
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Datum der aktuellen Satzung: 12.01.2015

Wirtschaftsprüfer/-in

StädteRegion Aachen - A 14 Prüfung und Beratung

Unternehmensgegenstand

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.

2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.

3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z.B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).

4. die koordinierte Steuerung und Umsetzung

a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z.B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland)

b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW

c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragsstellern.

5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion

6. die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge

7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.

8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.

9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Region Aachen ist ein Zusammenschluss der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg sowie der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen. Auf einer Fläche von rund 3500 km² leben hier rund 1,3 Millionen Menschen in 46 Städten und Gemeinden.

Als regionale Entwicklungsgesellschaft ist der ZV Region Aachen Impulsgeber für die Region Aachen und sorgt im Zusammenspiel zwischen Politik und Verwaltung für die Verknüpfung von strategischen und operativen, regionalen und euregionalen Themen und die Schaffung einer gemeinsamen Identität. Gemeinsam mit Partnern aus Belgien und den Niederlanden entwickelt und organisiert die Gesellschaft als deutsche Region Projekte und Kooperationen in der Euregio Maas-Rhein. Zudem werden die regionalen Interessen in überregionalen Projekten des Landes NRW, des Bundes und innerhalb Europas vertreten. Beratungen von Bürgern und Unternehmen im Bereich der beruflichen Bildung. der Gesundheitswirtschaft oder der Kulturförderung sowie die Beratung durch den Grenzinfopunkt Aachen-Eurode gehören zu den weiteren Aufgaben.

Kapital

Stimmrechte	- €; 100 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder

Kreis Düren	20 Stimmen
Kreis Euskirchen	20 Stimmen
Kreis Heinsberg	20 Stimmen
Stadt Aachen	20 Stimmen
StädteRegion Aachen	20 Stimmen

Beteiligungen

Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	2.000,00 €	8,00 %

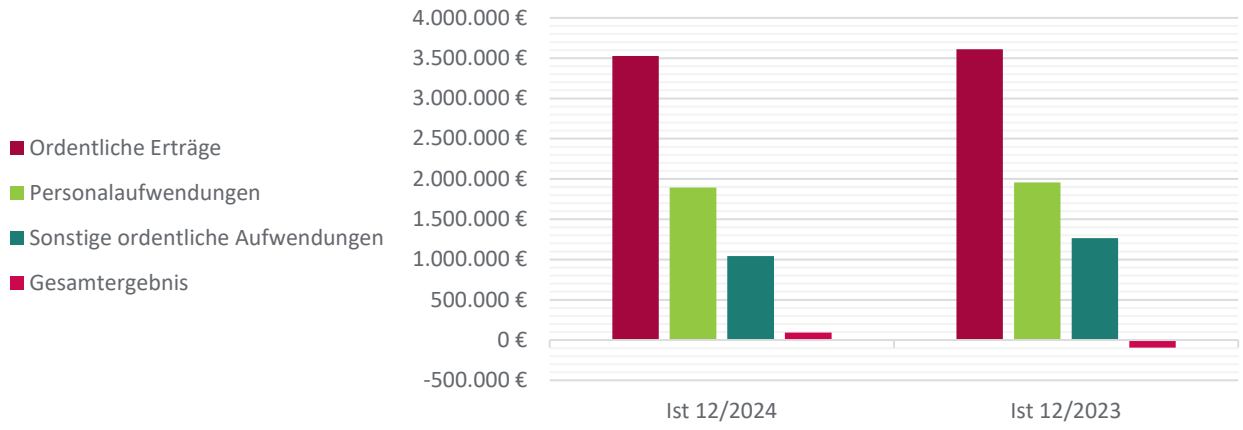
Verbundene Unternehmen

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH
8,00%

Finanzdaten

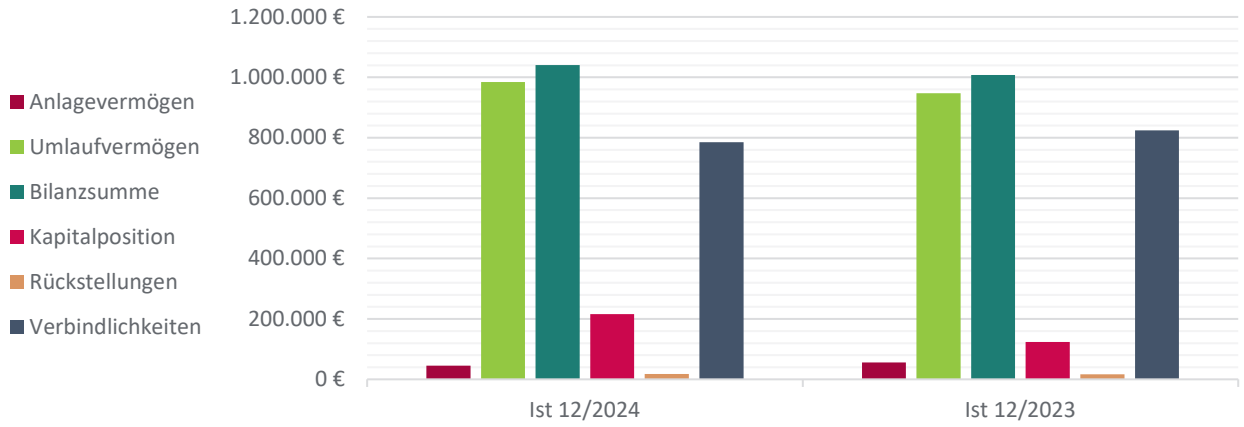
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Zuweisungen und Umlagen nach Arten sowie aufgelöste Sonderposten	3.151.131,95	2.986.372,06	164.759,89
Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.685,94	4.740,70	5.945,24
Sonstige ordentliche Erträge	364.064,74	620.916,78	-256.852,04
Ordentliche Erträge	3.525.882,63	3.612.029,54	-86.146,91
Personalaufwendungen	1.895.398,97	1.955.734,79	-60.335,82
Versorgungsaufwendungen	335.309,42	331.933,05	3.376,37
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.177,54	26.895,24	-717,70
Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis	116.033,10	99.098,67	16.934,43
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	19.507,97	24.374,46	-4.866,49
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.041.118,40	1.267.115,76	-225.997,36
Ordentliche Aufwendungen	3.433.545,40	3.705.151,97	-271.606,57
Ordentliches Ergebnis	92.337,23	-93.122,43	185.459,66
Gesamtergebnis	92.337,23	-93.122,43	185.459,66
Verbleibendes Gesamtergebnis	92.337,23	-93.122,43	185.459,66

Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	45.188,00	56.015,00	-10.827,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00	2,00	0,00
Sachanlagevermögen	43.186,00	54.013,00	-10.827,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere	43.186,00	54.013,00	-10.827,00
Finanzanlagevermögen	2.000,00	2.000,00	0,00
Beteiligungen	2.000,00	2.000,00	0,00
Umlaufvermögen	984.555,49	947.228,11	37.327,38
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	275.046,88	362.647,08	-87.600,20
Liquide Mittel	709.508,61	584.581,03	124.927,58
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	10.519,46	4.944,06	5.575,40
Bilanzsumme	1.040.262,95	1.008.187,17	32.075,78

Passiva			
Kapitalposition	216.184,47	123.867,24	92.317,23
Basiskapital	123.847,24	-	123.847,24
Rücklagen	-	216.989,67	-216.989,67
dar.: Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses	-	144.659,78	-144.659,78
dar.: Überschüsse des Sonderergebnisses	-	0,00	0,00
dar.: zweckgebundene und sonstige Rücklagen	-	72.329,89	-72.329,89
Jahresergebnis	92.337,23	-93.122,43	185.459,66
Sonderposten	18.702,32	24.313,02	-5.610,70
dar.: für empfangene Investitionszuwendungen	18.702,32	24.313,02	-5.610,70
Rückstellungen	17.500,00	17.000,00	500,00
Sonstige Rückstellungen	17.500,00	17.000,00	500,00
Verbindlichkeiten	785.376,23	823.872,54	-38.496,31
Kreditaufnahmen	600.000,00	600.000,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme zur Liquiditätssicherung	600.000,00	600.000,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	63.649,33	15.406,03	48.243,30
Sonstige Verbindlichkeiten	28.500,04	26.488,00	2.012,04
Erhaltene Anzahlungen	93.226,86	181.978,51	-88.751,65
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2.499,93	19.134,37	-16.634,44
Bilanzsumme	1.040.262,95	1.008.187,17	32.075,78

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Eigenkapitalquote I (in %)	20,8	12,3	8,5
Anlagendeckungsgrad (in %)	519,8	264,5	255,3

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	28	30	-2
Verschuldungsgrad (in %)	-	-	-

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Städteregionstagsmitglied Frau Ulla Thönnissen (CDU)

Verbandsvorsteher/-in

LRat Herr Stephan Pusch (CDU)

Verbandsversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Manfred Bausch (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Wüller (SPD)	
Städteregionstagsmitglied Herr Björn Bock (FDP/UFW) (ab 15.03.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Dr. Sabine Stolten (FDP/UFW)	
Städteregionstagsmitglied Herr Willi Bündgens (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Manfred Wirtz (CDU)	
Frau Katrin Feldmann (GRÜNE) (bis 30.07.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Gisela Nacken (GRÜNE)	
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Markus Terodde	
Städteregionstagsmitglied Herr Karl-Heinz Hermanns (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Micha Kreitz (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Alexander Martin Tietz-Latza (GRÜNE)	
Städteregionstagsmitglied Herr Dr. Florian Moschel (GRÜNE) (ab 01.08.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Gisela Nacken (GRÜNE)	
Herr Dr. Werner Pfeil (FDP) (bis 28.02.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Björn Bock (FDP/UFW)	
Städteregionstagsmitglied Herr Andor Schmitz (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Halice Kreß-Vannahme (SPD)	
Städteregionstagsmitglied Herr Bernd Schwuchow (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Wolfram Markus (SPD)	
Städteregionstagsmitglied Frau Melanie Seufert (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Ingrid von Morandell (GRÜNE)	

Städteregionstagsmitglied Frau Marie-Theres Sobczyk (CDU) StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)
1. stellv. Städteregionsrat Herr Axel Wirtz (CDU) StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Jochen Emonds (CDU)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Verbandsversammlung gehören von den insgesamt 82 Mitgliedern 23 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 28,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Allgemeines

Das Haushaltsjahr 2024 stellt das zwölfte operative Geschäftsjahr des Region Aachen Zweckverband dar.

Mitglieder des Region Aachen Zweckverband sind die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg, die StädteRegion Aachen sowie die Stadt Aachen und mit beratender Stimme der Landschaftsverband Rheinland.

Entsprechend der Satzung organisiert der Region Aachen Zweckverband die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region.

Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

a) Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.

b) Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.

c) Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Zukunftsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).

d) Die koordinierte Steuerung und Umsetzung

- nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),

- der regionalen Arbeitspolitik, insbes. Der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
- der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW) sowie die Beratung von Antragstellern.

e) Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.

f) Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

g) Regionalmarketing und regionale Imagebildung.

h) Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.

i) Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Region Aachen Zweckverband sind die Verbandsversammlung, die Präsidentin/der Präsident des Zweckverbandes und die Verbandsvorhersteherin/der Verbandvorsteher.

a) Die **Verbandsversammlung** hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitglieder – 12 Mitglieder je Gebietskörperschaft zuzüglich einer Vertreterin/eines Vertreters des Landschaftsverbands Rheinland als beratendes Mitglied. Als Vorsitzenden wählt die Verbandsversammlung am 21.12.2020 Herrn Dr. Hanno Kehren.

   Die Verbandsversammlung beschließt grundsätzlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des Verbandes. Zur fachlichen Beratung hat der Zweckverband mit Beginn der Kommunalwahlperiode 2020 als beratende Gremien drei Ausschüsse:

   Ausschuss für:
   (eu)regionale Wirtschaft, Strukturentwicklung und Gesundheit
   Vorsitz: Dr. Ralf Nolten, MdL, CDU-Fraktion

   (eu)regionale Arbeit, Fachkräftesicherung, Bildungs- und Wissensregion
   Vorsitz: Manfred Bausch, SPD-Fraktion

   (eu)regionale Kultur und Tourismus
   Vorsitz: Christine Bär, SPD Fraktion

b) **Präsident** des Region Aachen Zweckverband ist der Kölner Regierungspräsident Dr. Thomas Wilk. Der Verbandspräsident vertritt vorrangig die Interessen der Aachener Region in den Gremien der EUREGIO Maas-Rhein.

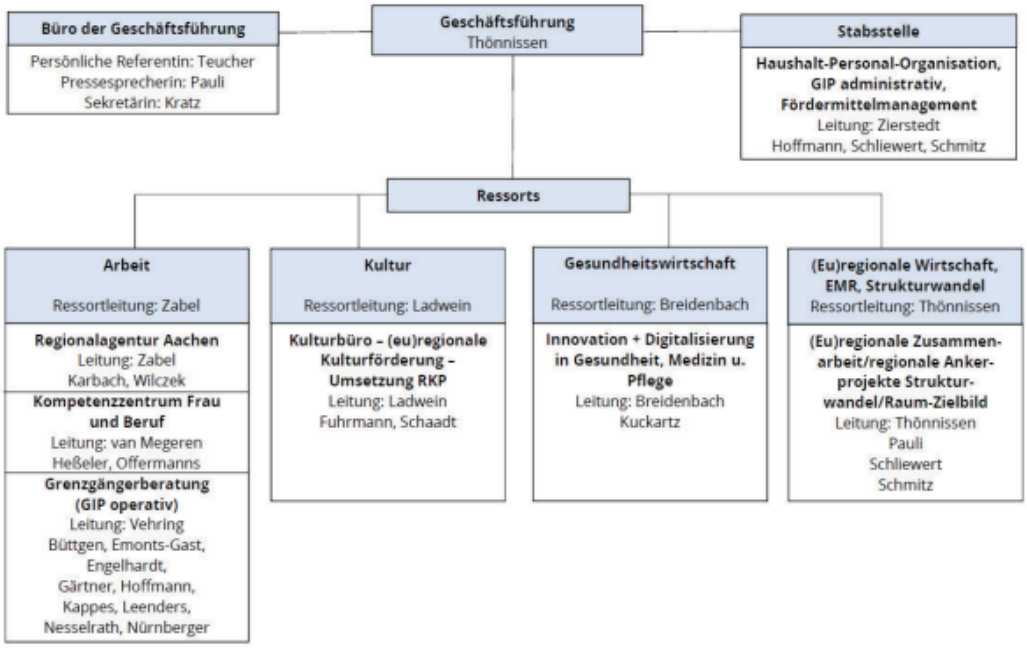
c) **Verbandsvorsteher** des Region Aachen Zweckverband ist der Landrat des Kreises Heinsberg Herr Stephan Pusch, der am 21. Dezember 2020 von der Verbandsversammlung gewählt wurde. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Zweckverbandes und vertritt diesen gerichtlich und außergerichtlich. Er wird hierbei durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Die Geschäftsstelle

Die laufenden Geschäfte werden durch die Geschäftsstelle des Region Aachen Zweckverband umgesetzt. Geschäftsführerin ist Frau Ulla Thönnissen.

Die Gliederung der Geschäftsstelle richtet sich nach dem folgenden Organigramm:

Organigramm Region Aachen Zweckverband – Stand: Dezember 2024



Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2024 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von 92.337,23 Euro ab.

Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

Ergebnisart	Ist 2023 in €	Plan 2024 in €	Ist 2024 in €	Abweichung Plan/Ist 2024 in €
Ordentliche Erträge	3.612.029,54	3.798.072,00	3.525.882,63	-272.189,37
Ordentliche Aufwendungen	3.680.777,51	3.773.072,00	3.414.037,43	-359.034,57
Ordentliches Ergebnis	**-68.747,97**	**25.0000,00**	**111.845,20**	**86.845,20**
Finanzergebnis	-24.374,46	-25.000,00	-19.507,97	5.492,03
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	**-93.122,43**	**0,00**	**92.337,23**	**92.337,23**
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	**-93.122,43**	**0,00**	**92.337,23**	**92.337,23**

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen.

Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von 111.845,20 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von -19.507,97 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von 92.337,23 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um 92337,23 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2024.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2024 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein. Das Jahresergebnis beträgt 92.337,23 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um 92.337,23 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2024. Im Anhang zum Jahresabschluss wurde bereits unter „Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Schlussbilanz“ aufgezeigt, dass das Jahresergebnis der Ausgleichsrücklage (i.H.v. 92.337,23 Euro) zugeführt werden soll. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklagen dargestellt.

Rücklagen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung für das Berichtsjahr 2024:

Position	Ist 2017 in €	Ist 2018 in €	Ist 2019 in €	Ist 2020 in €	Ist 2021 in €	Ist 2022 in €	Ist 2023 in €	Plan 2024 in €	Ist 2024 in €
Jahreser-gebnis	14.359	-18.467	22.089	40.992	38.504	70.511	-93.122	0	92.337
Bestand der Aus-gleichsrück-lage zum 01.01.	0	14.359	0	22.089	35.992	48.827	72.330	0	0,00
Inan-spruch-nahme/Zu-führung Ausgleichs-rücklage	+14.359	-14.359	+22.089	+13.903	+12.835	+23.503	-72.330	0	+92.337
Endbestand Ausgleichs-rücklage	14.359	0	22.089	35.992	48.827	72.330	0	0	92.337
Bestand der Allge-meinen Rücklage zum 01.01.	49.003	49.003	44.895	44.895	71.984	97.653	144.660	123.868	123.868
Inan-spruch-nahme/Zu-führung All-gemeine Rücklage	0	-4.108	0	+27.089	+25.669	+47.007	-20.792	0	0
Endbestand der Allge-meinen Rücklage	49.003	44.895	44.895	71.984	97.653	144.660	123.868	123.868	123.868
Eigenkapi-tal insge-samt	63.362	44.895	66.984	107.976	146.480	216.990	123.868	123.868	216.095

Ertragslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2024:

Ertragsart	Ist 2023 in €	Plan 2024 in €	Ist 2024 in €	Abweichung Plan/Ist 2024 in €
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.986.372,06	3.798.072,00	3.151.131,95	-646.940,05
Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
Privatrechtliche Leistungserträge	0,00	0,00	10.685,94	10.685,94
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige ordentliche Erträge	620.916,78	0,00	364.064,74	364.064,74
Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Ordentliche Erträge	**3.612.029,54**	**3.798.072,00**	**3.525.882,63**	**-272.189,37**
Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	**3.612.029,54**	**3.798.072,00**	**3.525.882,63**	**-272.189,37**

Gegenüber dem Planansatz 2024 ist eine Abweichung von -272.189,37 Euro festzustellen.

Ordentliche Erträge

Insgesamt beziffern sich die ordentlichen Erträge der Region Aachen im Jahr 2024 auf 3.525.882,63 Euro. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder in Höhe von 1.722.185 Euro (=48,84%) sowie projektorientierter Fördermittel und sonstiger Zuschüsse bzw. ordentlicher Erträge von 1.803.697,63 Euro (=51,16%).

Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichungen zu den Planwerten 2024:

Aufwandsart	Ist 2023 in €	Plan 2024 in €	Ist 2024 in €	Abweichung Plan/Ist 2024 in €
Personalaufwendungen	1.955.734,79	1.860.158,00	1.895.398,97	35.240,97
Versorgungsaufwendungen	331.933,05	715.169,00	335.309,42	-379.859,58
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.895,24	36.498,00	26.177,54	-10.320,46
Bilanzielle Abschreibungen	99.098,67	2.000,00	116.033,10	114.033,10
Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.267.115,76	1.159.247,00	1.041.228,92	-118.018,08
Ordentliche Aufwendungen	**3.680.777,51**	**3.733.072,00**	**3.414.037,49**	**-359.034,57**
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	24.374,46	25.00,00	19.507,97	-5.492,03
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	**3.705.151,97**	**3.798.072,00**	**3.433.545,45**	**-364.416,08**

Gegenüber dem Planansatz 2024 ist eine Abweichung von -364.416,08 Euro festzustellen.

Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ist 2023 in €	Plan 2024 in €	Ist 2024 in €	Abweichung Plan/Ist 2024 in €
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.338.152,48	3.798,072,00	3.219.396,43	-578.675,57
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.132.917,46	3.796.072,00	3.088.056,98	-708.015,02
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	205.235,02	2.000,00	131.339,45	129.339,45
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	41.234,05	0,00	6.411,87	6.411,87
Saldo aus Investitionstätigkeit	-41.234,05	0,00	-6.411,87	-6.411,87
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	164.000,97	2.000,00	124.927,58	122.927,58
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	400.000,00	0,00	0,00	0,00
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-400.000,00	0,00	0,00	0,00
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	**-235.999,03**	**2.000,00**	**124.927,58**	**122.927,58**

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 124.927,58 Euro. Der Wert der liquiden Mittel zum 31.12.2024 beträgt 709.508,61 Euro.

Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2024).

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich die Gesamtbilanzsumme um 32.075,78 Euro auf 1.040.262,95 Euro.

Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt.

Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltwirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Kennzahl	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %	Wert 2019 in %	Wert 2020 in %	Wert 2021 in %	Wert 2022 in %	Wert 2023 in %	Wert 2024 in %
Eigenkapitalquote 1	8,16	6,93	3,19	4,32	6,95	8,83	12,31	12,29	20,78

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

Kennzahl	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %	Wert 2019 in %	Wert 2020 in %	Wert 2021 in %	Wert 2022 in %	Wert 2023 in %	Wert 2024 in %
Liquidität 1. Grades	18,11	12,95	36,69	24,17	39,80	42,79	72,35	91,10	102,50
Liquidität 2. Grades	114,38	115,49	107,31	113,93	115,13	137,97	149,23	147,60	142,24

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2024 in der Lage seinen kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten nachzukommen.

Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2024 in der Lage seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

Kennzahl	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %	Wert 2019 in %	Wert 2020 in %	Wert 2021 in %	Wert 2022 in %	Wert 2023 in %	Wert 2024 in %
Allgemeine Umlagequote	44,61	36,99	36,42	42,47	41,55	39,68	37,40	42,28	48,84
Zuwendungsquote	54,78	54,91	53,56	44,36	46,74	52,09	50,83	40,40	40,53
Personalintensität	63,10	56,97	55,70	55,31	63,29	58,98	55,42	62,15	65,34
Aufwandsgrad	99,41	100,58	99,51	100,75	101,27	101,12	101,87	98,13	103,27

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat.

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

Entwicklung des Region Aachen Zweckverband

Gemäß § 49 KomHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen Zweckverband darzustellen.

Die Haushaltsstruktur des Region Aachen Zweckverband basiert auf zwei wesentlichen Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Eine solide Finanzierung des Region Aachen Zweckverband ist leider immer noch nicht gegeben, so dass das mittelfristige Ziel sein muss, die Projektfinanzierungsquote auf höchstens 40 Prozent (z. Zt. Ca. 60 Prozent) zu senken. Um mögliche Haushaltsrisiken frühzeitig zu erkennen, wird quartalsweise durch die Geschäftsstelle ein Finanzbericht erstellt und dieser der Verbandsversammlung vorgelegt.

Prozess Neuausrichtung Region Aachen Zweckverband

Der Region Aachen Zweckverband wurde am 03.12.2012 in der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung gegründet. Rund zehn Jahre später, in ihrer Sitzung vom 01.12.2023 (vgl. SV-Nr. 2023/024 und 2023/043), hat die Verbandsversammlung mit der Wahl der neuen Geschäftsführung (Amtsantritt am 01.03.2023) auch den Auftrag verknüpft, den Zweckverband einer Aufgabenkritik und einer Rollenschärfung zu unterziehen. Grundlage hierfür war die Satzung des Zweckverband Region Aachen vom 26.07.2021. Die satzungsmäßigen Aufgaben und die in den letzten Jahren tatsächlich durchgeführten Maßnahmen und Projekte wurden auf ihre Kompatibilität und Wirksamkeit hin überprüft.

Die Region Aachen steht vor einer Vielzahl gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen. Neben den multiplen Krisen der letzten Monate und Jahre sind es schon heute erkennbare Trends, wie vor allem die demografische Entwicklung, der Klimawandel, das vorgezogene Ende der Braunkohleverstromung und die damit einhergehende Wirkung auf den Arbeitsmarkt, die die wirtschaftliche Entwicklung der Region mit ihren mannigfaltigen Facetten beeinflussen werden. Vor dem Hintergrund dieser Struktur verändernden Einflussgrößen nimmt der Wettbewerb der Regionen um Bevölkerung, Arbeitskräfte und Unternehmen spürbar zu. Die Region Aachen weist viele positive Merkmale für zukünftige Entwicklungen auf. Sie befindet sich in einer zentralen geografischen Lage im Dreiländereck zu Belgien und den Niederlanden uns ist damit die einzige Region in NRW, die an zwei Länder grenzt. Der europäische Gedanke wird hier in vielen gesellschaftlichen Zusammenhängen gelebt. Mit der naturräumlichen Vielfalt und Qualität kann die Region eine besondere Attraktivität als Lebens- Wohn- und Arbeitsumfeld vorweisen.

Eine extrem starke Hochschul- und Forschungslandschaft sowie viele Bildungseinrichtungen und die enge Kooperation mit der teilweise sehr innovativen Wirtschaft, machen die Region Aachen zu einem attraktiven Bildungs- und Arbeitsstandort. Als Schwäche bezeichnet werden muss die bisherige Wahrnehmbarkeit der Region. Für den Wirtschaftsstandort gibt es kein regionales Marketing, das über die Hochschullandschaft hinaus aus Sicht von Fach- und Arbeitskräften sowie Unternehmen außerhalb der Region und NRW – geschweige denn deutschland- oder europaweit – wahrnehmbar ist. Darüber hinaus sorgt die demografische Entwicklung auch in der ganzen Region Aachen dafür, dass die Bevölkerung schrumpft und älter wird, was mit nicht unerheblichen Folgewirkungen für die Wirtschaft verbunden ist.

Die genannten Beispiele belegen eine steigende Handlungsnotwendigkeit für eine strukturelle Entwicklung der Region Aachen. Sie besinnt sich daher nicht alleine auf ihre Bestandskraft und die ihrer einzelnen Mitgliedsgebietskörperschaften, sondern richtet ausgehend von der gegenwärtigen Struktur ihren Blick in Richtung Zukunft. Kernaufgabe der Neuausrichtung wird es daher sein, die regionale Zusammenarbeit in den wichtigen Themenfeldern zu entwickeln und den Prozess der Zusammenarbeit zu moderieren. Die Region Aachen hat das Potenzial, eine Vorzeigeregion – die Innovationsregion – in Deutschland und vielleicht auch in Europa zu werden. Die Aufgabe besteht nun darin, gemeinsam und abgestimmt mit Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung die Herausforderungen als Chance zu begreifen, die nötigen Veränderungen möglich zu machen und auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

Die aktive und konstruktive Auseinandersetzung mit wichtigen Zukunftsthemen sollte daher unter enger Einbindung und Kooperation der Gebietskörperschaften, den Kommunen, Verbänden und externen Partnern erfolgen.

Am Ende des Prozesses der Neuausrichtung stand der Wunsch aller Beteiligten im Raum, eine integrierte (eu)regionale Entwicklung zu moderieren und voranzutreiben, die als Ziel eine wirtschaftlich gut aufgestellte nachhaltig transformierte Region Aachen in der EMR sieht. Das zentrale Thema, bei dem der Zweckverband als Dienstleister für seine Mitglieder agiert, ist hierbei die Fach- und Arbeitskräftesicherung für die kommenden Jahre. Alle zukünftigen Projekte und Aufgaben des Region Aachen Zweckverband zahlen auf dieses Thema ein.

Durch die Ergebnisse des intensiven dialogisch geführten inhaltlichen Evaluations- und Neuausrichtungsprozesses war auch eine organisatorische Neuausrichtung innerhalb der Geschäftsstelle des Region Aachen Zweckverband notwendig, damit die Strategie operationalisiert und mit dem vorhandenen Personal umgesetzt werden kann. Den hierzu erstellten Masterplan 2030 hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 01.12.2023 einstimmig beschlossen (vgl. SV-Nr.: 2023-045).

3.4.4.7 AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mit beschränkter Haftung

Firmensitz:
Pauwelsstraße 17
52074 Aachen

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 2899
Gründungsdatum: 16.09.1983
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Kleine Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten

Nominal:	17,96% / - / 17,96%
Stimmen:	- / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Dr. Neumann, Schmeer und Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen / Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die AGIT ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für Innovation- und Technologietransfer der Region Aachen, die derzeit ein Technologiezentrum betreibt, technologieorientierte Unternehmen in der Gründung und in ihrem Wachstum berät sowie Wirtschaftsförderungsprojekte in der Region Aachen und in der Euregio Maas-Rhein durchführt.

Entsprechend diesem Aufgabenprofil ist die AGIT in zwei Geschäftsbereiche organisiert:

- im Bereich "Technologiezentrumsmanagement" wird das Technologiezentrum am Europaplatz und als Dienstleiser für die Stadt Aachen das Zentrum für Bio-Medizin Technik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH betrieben. Dieser Geschäftsbereich finanziert sich aus den Mieterträgen, Verluste im ZBMT werden von der Stadt Aachen getragen.

- Der Bereich "Wirtschaftsförderung" umfasst die Beratung von Existenzgründern und Unternehmen, die Ansiedlungswerbung für die Region Aachen sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten, insbesondere in der Euregio Maas-Rhein. Dieser Bereich finanziert sich aus Zuschüssen der Gesellschafter und über Projektförderungen.

Kapital

Stammkapital	3.253.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Stadt Aachen	971.450,00 €	29,86 %
StädteRegion Aachen	552.378,00 €	16,98 %
Sparkasse Aachen	467.815,00 €	14,38 %
Industrie- und Handelskammer Aachen	421.242,00 €	12,95 %
Kreis Düren	277.867,00 €	8,54 %
AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mit beschränkter Haftung	178.009,00 €	5,47 %
Handwerkskammer Aachen	138.934,00 €	4,27 %
Kreis Euskirchen	138.934,00 €	4,27 %
Sparkasse Düren	67.296,00 €	2,07 %
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11 %
Fachhochschule Aachen	3.075,00 €	0,09 %

Beteiligungen		
Technologiezentrum Jülich GmbH	19.940,38 €	13,00 %
Zentrum für industrieorientierte Dienstleistungen (DLZ) Stolberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	1.536,00 €	6,00 %
AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mit beschränkter Haftung	178.009,00 €	5,47 %
Technologie-Park Herzogenrath Gesellschaft mit beschränkter Haftung	8.000,00 €	5,33 %
Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie Übach-Palenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	1.278,23 €	5,00 %
EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG	10.000,00 €	5,00 %
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	2.850,00 €	5,00 %
HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH	1.533,88 €	3,00 %

Verbundene Unternehmen

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

Technologiezentrum Jülich GmbH 13,00%

Zentrum für industrieorientierte Dienstleistungen (DLZ) Stolberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung 6,00%

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mit beschränkter Haftung 5,47%

Technologie-Park Herzogenrath Gesellschaft mit beschränkter Haftung 5,33%

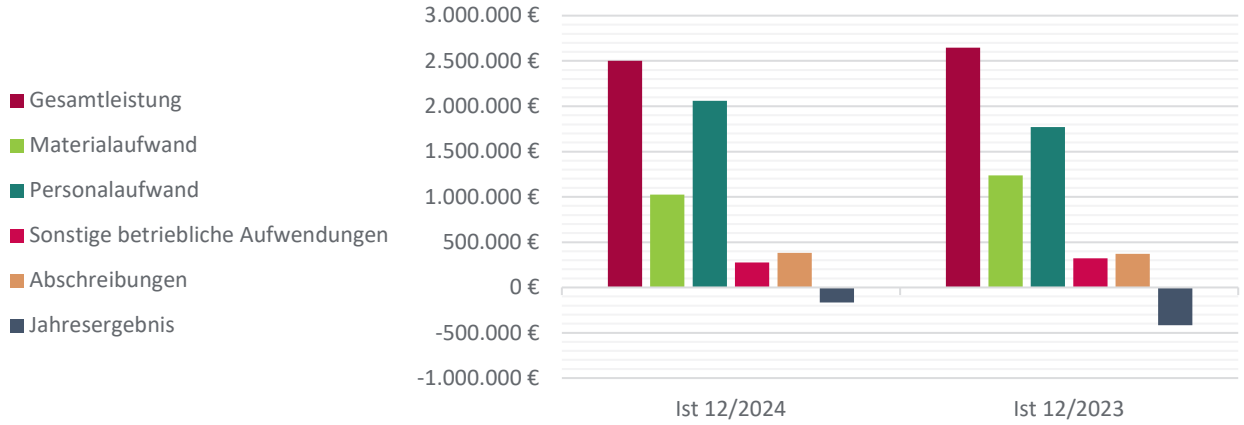
Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie Übach-Palenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung 5,00%

EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG 5,00%

Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH 5,00%	HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH 3,00%

Finanzdaten

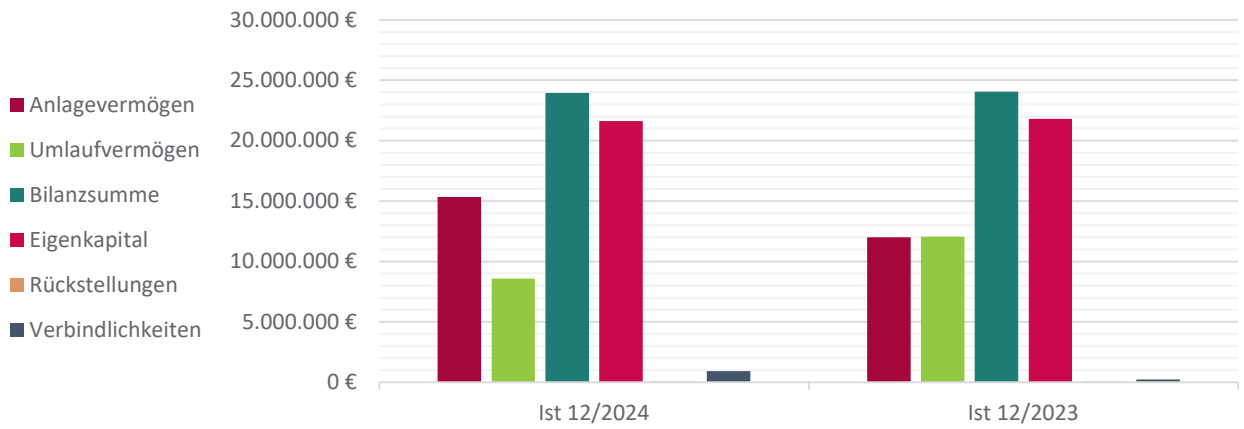
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	1.906.217,16	1.924.183,13	-17.965,97
Sonstige betriebliche Erträge	596.884,02	723.457,49	-126.573,47
Gesamtleistung	2.503.101,18	2.647.640,62	-144.539,44
Materialaufwand	1.025.901,75	1.236.866,29	-210.964,54
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.025.901,75	1.236.866,29	-210.964,54
Rohergebnis	1.477.199,43	1.410.774,33	66.425,10
Personalaufwand	2.059.303,34	1.769.955,17	289.348,17
dar.: Löhne und Gehälter	1.608.835,21	1.387.886,05	220.949,16
dar.: soziale Abgaben	450.468,13	382.069,12	68.399,01
Sonstige betriebliche Aufwendungen	277.502,28	323.216,75	-45.714,47
EBITDA	-859.606,19	-682.397,59	-177.208,60
Abschreibungen	381.857,79	371.082,77	10.775,02
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	381.857,79	371.082,77	10.775,02
EBIT	-1.241.463,98	-1.053.480,36	-187.983,62
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	309.977,27	286.685,44	23.291,83
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23,00	506,60	-483,60
EBT	-931.509,71	-767.301,52	-164.208,19
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-784.764,00	-337.214,00	-447.550,00
Ergebnis nach Steuern	-146.745,71	-430.087,52	283.341,81
Sonstige Steuern	17.853,86	-13.374,51	31.228,37
Jahresergebnis	-164.599,57	-416.713,01	252.113,44

Bilanz

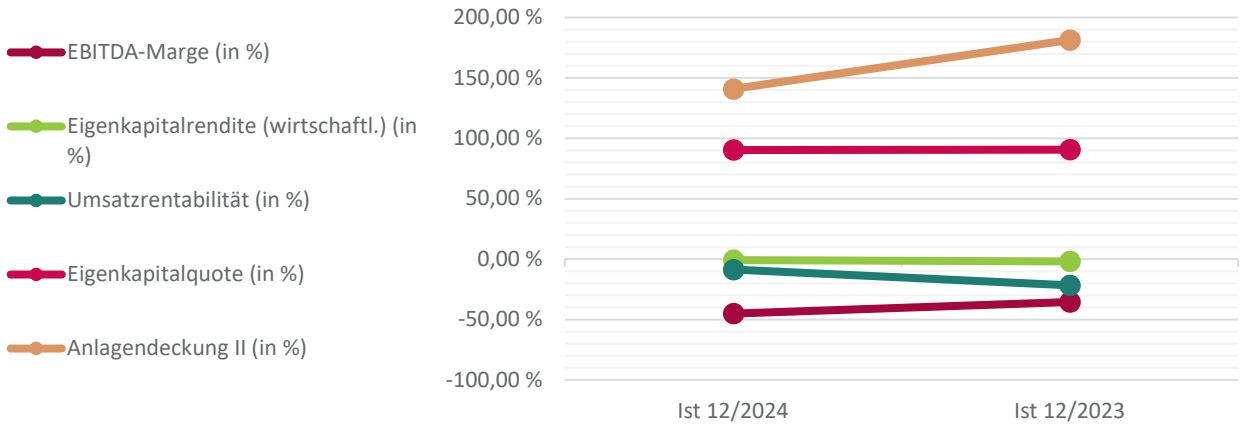


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	15.348.160,97	12.011.474,28	3.336.686,69
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.897,00	6.174,00	723,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	6.897,00	6.174,00	723,00
Sachanlagen	15.306.058,72	11.970.095,03	3.335.963,69
Grundstücke und Gebäude	11.055.980,23	11.421.397,23	-365.417,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.724,02	8.132,02	-408,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.242.354,47	540.565,78	3.701.788,69
Finanzanlagen	35.205,25	35.205,25	0,00
Beteiligungen	35.205,25	35.205,25	0,00
Umlaufvermögen	8.590.404,40	12.048.036,57	-3.457.632,17
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	546.973,19	464.218,65	82.754,54
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	115.082,58	233.508,55	-118.425,97
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	431.890,61	230.710,10	201.180,51
Kasse, Bankguthaben, Schecks	8.043.431,21	11.583.817,92	-3.540.386,71
Rechnungsabgrenzungsposten	5.920,68	1.290,11	4.630,57
Bilanzsumme	23.944.486,05	24.060.800,96	-116.314,91
Passiva			
Eigenkapital	21.628.671,17	21.793.270,74	-164.599,57
Gezeichnetes Kapital	3.074.991,00	3.074.991,00	0,00
dar.: gezeichnetes Kapital (zum Nennwert)	3.253.000,00	3.253.000,00	0,00
dar.: erworbene eigene Anteile	-178.009,00	-178.009,00	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	18.718.279,74	19.134.992,75	-416.713,01
Jahresergebnis	-164.599,57	-416.713,01	252.113,44
Rückstellungen	69.950,00	67.700,00	2.250,00
sonstige Rückstellungen	69.950,00	67.700,00	2.250,00
Verbindlichkeiten	934.410,49	242.914,81	691.495,68
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	864.358,28	105.831,46	758.526,82

Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	16.743,68	20.589,16	-3.845,48
Sonstige Verbindlichkeiten	53.308,53	116.494,19	-63.185,66
Rechnungsabgrenzungsposten	188.673,39	49.370,41	139.302,98
Passive latente Steuern	1.122.781,00	1.907.545,00	-784.764,00
Bilanzsumme	23.944.486,05	24.060.800,96	-116.314,91

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-45,1	-35,5	-9,6
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	-0,8	-1,9	1,1
Umsatzrentabilität (in %)	-8,6	-21,7	13,1
Eigenkapitalquote (in %)	90,3	90,6	-0,3
Anlagendeckung II (in %)	140,9	181,4	-40,5

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	22	20	2
Verschuldungsgrad (in %)	4,6	1,4	3,2

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Sven Pennings

Prokurist/-in

Frau Havva Coskun

Frau Nina Walkenbach (ab 11.01.2024)

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Jochen Emonds (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Städteregionstagsmitglied Herr Pascal Heck (CDU)	
Frau Katrin Feldmann (GRÜNE) (bis 27.06.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE)	
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Herr Markus Terodde	
Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE) (ab 28.06.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
sachk.B. Herr Christoph Nasgowitz (GRÜNE)	

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Karl-Heinz Hermanns (CDU) (bis 19.12.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Andraczek (GRÜNE)	
Städteregionstagsmitglied Frau Marie-Theres Sobczyk (CDU) (ab 20.12.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Städteregionstagsmitglied Herr Thomas Andraczek (GRÜNE)	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 19 Mitgliedern 3 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 15,80 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Als regionale und technologieorientierte Wirtschaftsförderung unterstützt die AGIT mbH (im folgenden AGIT) seit mehr als 40 Jahren Unternehmen unentgeltlich bei Gründung, Wachstum sowie Innovation, mit Netzwerkkontakten, Beratungsleistungen, Standortinformationen und bei der Ansiedlung durch gezielte Investorenberatung. Wesentliche Ziele der verschiedenen Aktivitäten sind in diesem Kontext u.a. die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Team der AGIT ist für und innerhalb der Stadt und StädteRegion Aachen, den Kreisen Düren und Euskirchen tätig, betreibt ein Technologie-/Innovationszentrum auf dem RWTH Aachen Campus, errichtet derzeit ein weiteres Zentrum und führt Wirtschaftsförderungsprojekte und -aufträge im gesamten Kammerbezirk Aachen, dem Rheinischen Revier sowie in der Euregio Maas-Rhein durch.

Entlang dieses Aufgabenprofils ist die Organisation in zwei wesentliche Geschäftsbereiche unterteilt:

- Der Bereich **"Technologiezentrumsmanagement"** (TZM) verantwortet das sogenannte Zentrum für Bio-Medizintechnik (ZBMT) auf dem RWTH Aachen Campus in Melaten. Zusätzlich zeichnet sich der Bereich federführend für die Realisierung des Neubaus auf dem RWTH Campus und koordiniert die Entwicklung des sogenannten Aviation Innovation Centers in Merzbrück (AIC) (Geschäftsbereich 1).

- Der Bereich **"Wirtschaftsförderung"** umfasst u.a. die Beratung von Existenzgründer:innen und Unternehmen (Start- & Scale-up, KMUs, etc.), die Ansiedlungswerbung und -betreuung für die Region sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten bzw. Wirtschaftsförderungsaufträgen für Hochschulen, Kommunen. Kammern und Unternehmen (Geschäftsbereich 2).

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Es wird immer sichtbarer, dass Deutschland es auf vielen Ebenen versäumt hat, frühzeitig und entschlossen, tiefgreifende Modernisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Investitionen in Digitalisierung, Bildung, (Verkehrs-) Infrastruktur, Wohnungsbau und Verteidigung wurden vernachlässigt oder kommen durch zu lange Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungszeiträume nur mühsam voran. Darüber hinaus haben sich Politik, Wirtschaft und die Zivilgesellschaft lange Zeit darauf verlassen, dass es mit dem bewährten Geschäfts- und Gesellschaftsmodell so weitergeht - keine Veränderungen, keine Modernisierung, kein Aufbruch. Zur bereits ungünstigen inneren Situation hinzu gekommen sind der Krieg in der Ukraine, der die Energieversorgung Deutschlands auf den Kopf gestellt hat, die dynamische Entwicklung der chinesischen Elektro-Autoindustrie, die auf einem der wichtigsten Absatzmärkte immer schneller zu abnehmender Bedeutung hiesiger Autobauer führt, sowie die sich Ende 2024 bereits abzeichnende protektonisch motivierte Abwendung der USA von Deutschland und Europa auf wirtschafts- und sicherheitspolitischer Ebene in nie gekanntem Ausmaß, mit nicht absehbaren Folgen für Handel, Verteidigung und sogar unser demokratisch-liberales System. Keine gute Retrospektive und keine guten Aussichten.

Das vergangene Jahr 2024 lässt sich vor diesem Hintergrund erneut durch wenig positive gesamtwirtschaftliche Merkmale beschreiben und zusammenfassen. Branchenspezifische Rezession, volkswirtschaftliche Stagnation, abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, strukturelle Probleme auf vielen Ebenen. Aber nicht alles ist hausgemacht oder unilateral beeinflussbar. Deutschland ist nach wie vor eine der weltweit größten Volkswirtschaften, der Lebensstandard ist vergleichsweise sehr hoch und dies gilt es für die Zukunft zu erhalten.

Insgesamt zeigt sich die Wirtschaft in 2024 zweigeteilt. Das produzierende Gewerbe und der Bausektor litten unter Produktionsrückgängen, die Dienstleistungsbranche Information, Kommunikation und Gesundheit hingegen konnten ein Plus verzeichnen. Unter dem Strich verbleibt jedoch ein Rückgang der Bruttowertschöpfung um 0,4 Prozent. Die Exportwirtschaft verzeichnete steigende Ausfuhren in die USA, nach Europa und China waren sie rückläufig, insbesondere bei Kraftfahrzeugen, Maschinenbauprodukten und chemischen Erzeugnissen. Insgesamt zeigt sich ein Exportrückgang um 0,8 Prozent. Der Konsum privater Haushalte sank in den Bereichen Gastronomie und Beherbergungen, Kleidung, Einrichtungsgegenständen und Instandhaltung und stieg in den Sektoren Wasser, Strom, Brennstoffe, Freizeit,

Sport und Kultur, Nahrungsmittel, Verkehr und Gesundheit. Insgesamt verbleibt ein Plus von 0,2 Prozent. Mit Mehrausgaben i.H.v. 2,6 Prozent in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales stiegen die Konsumausgaben des Staates demgegenüber stärker und stützten so so das Bruttoinlandsprodukt spürbar. Das Defizit aller staatlichen Haushalte summiert sich zu rund 113 Milliarden Euro und liegt mit einer Defizitquote von 2,6 Prozent im Bereich der vergangenen Jahre. Die Staatsverschuldung beträgt Ende 2024 63,6 Prozent des BIP. Im Vergleich dazu sind die Staatsdefizite in den USA mit 7,8 Prozent, Frankreich mit 6,2 Prozent und Polen mit 5,8 Prozent deutlich höher, ebenso die Staatsverschuldung gemessen am BIP mit 125 Prozent in den USA und 109,5 Prozent in Frankreich. Der Arbeitsmarkt erreichte in Deutschland im Jahr 2024 einen neuen Beschäftigungshochstand, im Jahresdurchschnitt waren bei leicht rückläufiger individueller Arbeitszeit 46,1 Millionen Menschen erwerbstätig.

Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Hinsichtlich der Ergebnisentwicklung wird vorweggeschickt, dass die Gesellschaft auf die Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft fokussiert ist und in der Mehrperiodenbetrachtung nicht das Ziel der Gewinnmaximierung verfolgt, sondern eine gesunde Ertragslage, bei gleichzeitig maximaler Wirtschaftsförderung.

a) Hintergrund zum Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2024 ist das letzte Jahr der sog. (finanziellen) Übergangsjahre (2020 – 2025) zur Neupositionierung der AGIT. Die Gesellschafter:innen Zuschüsse wurden im Wirtschaftsjahr 2019 pauschal um 50% verkürzt, die vermietbare Fläche wurde durch den Verkauf des Technologiezentrum am Europaplatz (TZA) um 75% reduziert. Das TZA hatte in den Jahren vor dem Verkauf, mit einer Nutzfläche von 14.000 qm, Überschüsse aus Vermietungsleistung (Geschäftsbereich 1) für die Wirtschaftsförderung (Geschäftsbereich 2) generiert. Mit Ankauf des ZBMT, Januar 2020, stehen der AGIT im Geschäftsbereich 1 bis dato ca. 4.500 qm vermietbare Fläche zur Verfügung. Mit Erwerb des ZBMT konnten darüber hinaus ca. 56% aus in 2019 gebildete §6b EStG Rücklage, auf diese Immobilie langfristig übertragen werden, so dass z.Zt. 44% in der Rücklage vorhanden sind. Mit der Teilübertragung der o.g. Rücklage auf das ZBMT, bleibt die Besteuerung der stillen Reserve für den o.g. Betrag bis zu einer (evtl.) Veräußerung zunächst aufgeschoben bzw. wird p.a. ertragswirksam aufgelöst. Die durch die Auflösung der Rücklage verbleibenden 4.922 TEUR, werden nach Fertigstellung des Neubaus (12/25) auf dieses Gebäude übertragen.

An dieser Stelle ist ebenfalls zu erwähnen, dass die AGIT dank des TZA-Verkaufserlös, das ZBMT allein aus Eigenkapital erwerben konnte und gleichzeitig gegenüber aktuellen und ehemaligen Gesellschafter:innen ohne langfristige Verbindlichkeiten agiert. Darüber hinaus wirtschaftet die Gesellschaft seit Eigentumsübertragung des ZMBT, ohne (vormals gezahlte) Sonderzuschüsse aus Verlusten des ZMBT und verfügt gleichzeitig über ein angemessenes Eigenkapital zur Finanzierung des geplanten Neubaus. Ein entsprechender Kreditvertrag wurde nach Beschluss des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung (21.06.2024) abgeschlossen und dient der Finanzierung des Neubaus ab dem Jahr 2025.

Ferner wurden in den letzten Jahren diverse „Altvorgänge“ bereinigt, so dass die Gesellschaft im Jahr 2024 auf einer soliden finanziellen und strukturellen Basis ankert. Wenngleich sich die o.g. Reduzierungen (vermietbare Fläche und Gesellschafterzuschüsse) jeweils spürbar auf die vergangenen, auf das aktuelle und perspektivisch auch auf die kommenden Gesamtergebnisse der AGIT auswirken (siehe auch mittelfristige Finanzplanung). In diesem Kontext ist die Geschäftsführung aktiv geworden und hat vorgeschlagen, vor Ablauf der o.g. Übergangsjahre, eine nachhaltige Finanzarchitektur entlang der Ausrichtung der Gesellschaft zu entwerfen. In Abstimmung mit den Gesellschafter:innen und dem Aufsichtsrat wurden Vorschläge für eine nachhaltige Finanzarchitektur und Gesellschafterstruktur im Jahr 2024 innerhalb der Gesellschaft (gemeinsame Aufsichtsratssitzung und Gesellschafterversammlung am 21.06.2024 sowie 13.12.2024) sowie außerhalb (Politik, Vollversammlung. Hochschule und Verbänden diskutiert). Der finale und beschlossene Vorschlag konnte u.a. am 20.2.2024 in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung vollzogen werden.

b) Gewinn- und Verlustrechnung 2024

Allgemein

Die Gesamtleistung des Wirtschaftsjahres 2024 lag bei 1.906 TEUR (VJ 1.924 TEUR) und somit 18 TEUR unter der Gesamtleistung des Vorjahrs. Das Rohergebnis fällt mit 880 TEUR rund 193 TEUR besser aus als im Vorjahr (687 TEUR in 2023). Der Jahresfehlbetrag in der GuV-Rechnung zum 31.12.2024 liegt bei -165 TEUR (Vorjahr: -417). Das Defizit kann durch Ausgleich bzw. Verrechnung des vorhandenen Gewinnvortrags (i. H. v. 18.718 TEUR) gedeckt werden.

Das Jahr 2024 wird mit einer Verringerung der liquiden Mittel um 3.540 TEUR auf 8.043 TEUR, konstanten Umsatzerlösen i.H.v. 1.906 TEUR, einer anhaltend soliden Lage im Bereich des Projekt- bzw. Auftragsgeschäfts, einer hohen Vermietungsquote und Investitionen in den sichtbar fortschreitenden Neubau i.H.v. 3.702 TEUR abschließen.

Im Wirtschaftsjahr 2024 lagen darüber hinaus besondere Merkmale vor, so konnten Zinserträge i.H.v. 310 TEUR erwirtschaftet werden, nachdem im Wirtschaftsjahr 2022 noch Verwahrentgeltzahlungen notwendig waren und ab 2025, durch die Aufnahme eines Investitionskredits, Zinsaufwendungen durch die Gesellschaft zu tragen sind. Darüber hinaus wurden durch die beschlossene Risikominimierung im Kontext der §6b EstG Rücklage, besonders hohe Erträge aus der Auflösung latenter Steuern (i.H.v. 785 TEUR) erzielt. AB 2025 wird dieser Betrag deutlich geringer ausfallen.

Das o.g. GuV-Ergebnis 2024 beinhaltet ebenfalls nicht ausgabewirksame Aufwendungen in Form von Abschreibungen i.H.v. 382 TEUR (VJ: 371 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen im Wirtschaftsjahr 2024 mit 597 TEUR, rund 127 TEUR geringer aus als im Vorjahr (724 TEUR) und sind insbesondere durch die Gesellschafterzuschüsse i.H.v. 536 TEUR geprägt. Die Verringerung liegt u.a. an den sog. Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme, welche von 01.03.2023 bis 31.12.2023 galten und folglich im Jahr 2024 nicht mehr ertragswirksame Auswirkungen entfalten Gleichzeitig ist der Position Materialaufwand zu entnehmen, dass diese Aufwendungen im Vergleich 2023 (1.237 TEUR), um 211 TEUR geringer ausfallen (1.026 TEUR).

Im Folgenden wird auf die wesentlichen budgetrelevanten Sachverhalte der Geschäftsbereiche 1 und 2 eingegangen.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrumsmanagement

Das Zentrum für Bio-Medizintechnik (ZBMT) wird das komplette Jahr zu zu 100% ausgelastet. Aktuell bietet das Gebäude insgesamt neun Unternehmen, darunter Unternehmen mit Gründungsstatus (39, Campusmieter:innen (4) sowie dem UKA und der AGIT selbst eine Heimat.

Bei drei Start-ups konnte der erste „Staffelsprung“ umgesetzt werden, wodurch höhere Mieteinnahmen generiert werden. Zusätzlich konnten zwei von drei verbleibenden Start-ups ein Flächenwachstum vollziehen.

Die Nachfrage nach Büro-, vor allem aber Laborflächen, ist unverändert hoch. Dies gilt gleichermaßen für neue, wie auch bereits ansässige Unternehmen. Bestätigt werden konnte die o.g. Analyse durch die unmittelbare Kompensation von drei Unternehmensauszügen, da alle Flächen wieder vollständig vermietet werden konnten und derzeit keine Auszugswünsche bekannt sind.

Die klassischen Mieteinnahmen im Jahr 2024 sind den o.g. Erläuterungen folgend auf einem konstanten Niveau i.H.v. 889 TEUR (Nettokaltmieten ohne Berücksichtigung der Innenumsätze i.H.v. 109 TEUR) bzw. 1.010 TEUR als Gesamterlöse des Zentrumsmanagements und liegen damit rund 57 TEUR über dem Vorjahresergebnis (953 TEUR). Das verbesserte Ergebnis konnte u.a. durch diverse Staffelsprünge bei den Gründermiete erzielt werden.

Ausblick

Die Geschäftsführung prognostiziert für 2025 eine unveränderte hohe Flächenauslastung, während die Mieteinnahmen im Verglich zu den Vorjahren kalkulatorisch geringer ausfallen könnten, da Mietminderungen durch die unmittelbare Neubautätigkeit gänzlich nicht auszuschließen sind.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ erzielte im Jahr 2024 Erlöse i.H.v. 875 TEUR (VJ: 691 TEUR) und damit 86 TEUR weniger als im Vorjahr. Projekte, wie z.B. ET2SMEs, welche zum 31.12.2023 ausgelaufen sind und hohe Erträge im Jahr 2023 erzielt haben konnten u.a. durch STIPP erst mit Projektstart 01.07.2024 ersetzt werden.

Im Zuge des Projektes Bioökonomie.Verstehe.Verbinden.Unterstützen ist die AGIT als Unterauftragsnehmerin der RWTH Aachen zur operativen Unterstützung einer Geschäftsstelle tätig. Der Auftrag erzielte im Wirtschaftsjahr 2024 Erträge i.H.v. 90 TEUR und erzeugte Sachaufwendungen i.H.v. 15 TEUR, so dass ein Deckungsbeitrag (75 TEUR) bei der AGIT verbleibt.

Im Rahmen des geförderten Projekt reACT, welches gemeinsam mit einer Vielzahl von Partner:innen aus der Wissenschaft und Wirtschaft durchgeführt wird, untersucht die AGIT die besonderen Bedürfnisse von Medizintechnikunter-

nehmen und fertig eine neue Guideline für die gezielte Businessplanerstellung inkl. neuer Entwicklungstools zur Geschäftsmodellentwicklung an. Das Projekt ist bis Mitte 2025 durch das BMBF gefördert und hat im Jahr 2024 Erträge i.H.v. 57 TEUR erzielt. Gleichzeitig sind Sachaufwendungen i.H.v. 3 TEUR entstanden, so dass durch die Förderung ein Deckungsbeitrag bei der AGIT verbleibt.

Gemeinsam mit euregionalen Partner:innen hat die AGIT im Juli 2024 ein neues Projekt zur Förderung von KMU-Zusammenarbeit im Rahmen des INTERREG VIA-Programms Maas-Rhein 2021 – 2027 vorgelegt: STIPP, das Akronym steht für SME Transition Innovation Partner Projects und gilt als interner Nachfolger des 2023 ausgelaufenen Projekts ET2SME. Mit Projektstart zum 01.07.2024, konnten für das Wirtschaftsjahr 2024 Erträge i.H.v. 43 TEUR erzielt werden. Gleichzeitig sind Sachaufwendungen i.H.v. 3 TEUR im Zusammenhang mit dem Projekt entstanden, so dass hier ebenfalls ein Deckungsbeitrag bei der AGIT verbleibt.

Im Oktober 2024 ist die AGIT vom III. Physikalischen Institut B der RWTH Aachen University beauftragt worden, im Rahmen der Verwendung von Planungsmittel des Bundes für das Einstein-Teleskop, sich mit der Frage der Ausgestaltung des ET-Technologietransfers intensiver zu befassen. Hierzu wurde ein Technologietransferkonzept erarbeitet, welches mit einem Ertrag i.H.v. 50 TEUR in 2024 erzielte.

Darüber hinaus wurden weitere Aufträge und Projekte (lfd. & neu) umgesetzt, so z.B. das Ansiedlungsmanagement für die StädteRegion Aachen (Erträge i.H.v. 50 TEUR), das Projekt Aachen China Office für die Stadt Aachen (Erträge i.H.v. 15 TEUR) oder eine FuE Onsite Veranstaltung für die Campus GmbH (Erträge i.H.v. 2,8 TEUR).

Ausblick

Im Jahr 2025 läuft das o.g. Projekt reACT aus, darüber hinaus werden die Aufträge Ideenfabrik Nachhaltige Wirtschaft sowie die Initialisierungsphase Future Mobility Park abgeschlossen sein. Vor diesem Hintergrund gilt es im Jahr 2025 neue Aufträge bzw. Projekte akquirieren und so einen Deckungsbeitrag aus dem Geschäftsbereich 2 zu erreichen.

Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2024 wird mit einer Erhöhung des Sachanlagevermögens auf 15.306 TEUR (VJ: 11.970 TEUR), einer Verringerung der liquiden Mittel um 3.540 TEUR auf 8.044 TEUR (VJ: 11.584 TEUR), Umsatzerlösen i. H. v. 1.906 TEUR (2023: 1.924 TEUR / 2022: 1.997 TEUR / 2021: 1.417 TEUR) und einem im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2023 (687 TEUR) höherem Rohergebnis (880 TEUR) abschließen.

a) Ertragslage

Insgesamt wird das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 165 TEUR ausweisen, welcher durch Verrechnung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr gedeckt werden kann. Folgende wesentliche Hinweise sind an dieser Stelle anzuführen:

Die Umsatzerlöse i.H.v. 1.906 TEUR sind im Vergleich zum Jahr 2023 um 0,94% niedriger ausgefallen, die Aufwendungen zur Erzielung der Umsatzerlöse fallen um 17.06% bzw. 211 TEUR niedriger aus: 1.026 TEUR in 2024 zum Vergleich 1.237 TEUR in 2023. Das Projekt- und Auftragsgeschäft, welches wesentlich im Geschäftsbereich 2 (Wirtschaftsförderung) umgesetzt wird, erzielte im Wirtschaftsjahr 2024 Erträge i.H.v. 875 TEUR (VJ 961 TEUR). Die hohe Vermietungsquote im ZBMT trägt mit Gesamterlösen i.H.v. 1.010 TEUR (VJ 953 TEUR) die erzielten Umsatzerlöse. Die Zuschüsse der Gesellschafter:innen sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert mit insgesamt 536 TEUR ausgewiesen und innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträgen verbucht.

Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2024 T€
Jahresfehlbetrag	-185
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	382
Zunahme der Rückstellungen	2
Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung	119
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente	-206
Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	-3
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	758
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-709
Laufende Geschäftstätigkeit =	**-178**
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.711
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-8
Investitionstätigkeit =	**-3.719**
Finanzierungstätigkeiten =	**0**
Liquide Mittel am Anfang der Periode	11.584
Zahlungswirksame Veränderung	-3.541
Liquide Mittel am Ende der Periode =	**8.043**

c) Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 117 TEUR vermindert. Im Wesentlichen resultiert der Rückgang des Vermögens aus der Abnahme der flüssigen Mittel in Höhe von 3.541 TEUR. Dem steht die Investitionen in das Sachlagevermögen von 3.336 TEUR gegenüber. Lang- bis mittelfristig gebundenes Vermögen i. H. v. 15.348 TEUR bilden 64,1% des AGIT-Gesamtvermögens. Kurzfristig gebunden (< 1 Jahr) sind 3.590 TEUR, wovon wiederum 8.044 TEUR bzw. 33,6 % den Kassenbestand bei Kreditinstituten widerspiegelt. Das Gesamtvermögen der AGIT liegt zum Ende des Wirtschaftsjahres 2024 bei 23.944 TEUR.

Langfristiges gebundenes Fremdkapital existiert im Wirtschaftsjahr 2024 nicht, der Anteil des kurzfristig gebundenen Fremdkapitals hat einen Anteil von 4,2%. Darüber hinaus machen passive latente Steuern 4,7% aus, während die Eigenkapitalquote im Wirtschaftsjahr 2024 bei einem hohen Wert von (90,3)% liegt.

Der laufende Geschäftsbetrieb wurde aus der Inanspruchnahme der liquiden Mittel finanziert.

Aktiva	Bilanz zum 31.12.2024 T€	%	Bilanz zum 31.12.2023 T€	%	Veränderung zum Vorjahr T€
immaterielle Vermögensgegenstände	7	0,03 %	6	0,02 %	1
Sachanlagen	15.306	63,92 %	11.970	49,75 %	3.336
Finanzanlagen	35	0,15 %	35	0,15 %	0
langfristiges Vermögen	**15.348**	**64,10 %**	**12.011**	**49,92 %**	**3.337**
Forderungen aus L + L	115	0,48 %	234	0,97 %	-119
sonstige VG	432	1,80 %	231	0,96 %	201

Aktiva	Bilanz zum 31.12.2024	%	Bilanz zum 31.12.2023	%	Veränderung zum Vorjahr
	T€		T€		T€
Kasse, Bank	8.043	33,59 %	11.584	48,14 %	-3.541
kurzfristiges Vermögen	**8.590**	**35,88 %**	**12.049**	**50,08 %**	**-3.459**
ARAP	6	0,03 %	1	0,00 %	5
Summe Aktiva	23.944	100 %	24.061	100 %	-117

Passiva	Bilanz zum 31.12.2024	%	Bilanz zum 31.12.2023	%	Veränderung zum Vorjahr
	T€		T€		T€
gezeichnetes Kapital	3.075	12,84 %	3.075	12,78 %	0
Bilanzgewinn	18.718	78,17 %	19.135	79,53 %	-417
Jahresfehlbetrag / Jahres-überschuss	-165	-0,69 %	-417	-1,73 %	252
Eigenkapital	**21.628**	**90,33 %**	**21.793**	**90,57 %**	**-165**
Rückstellungen	70	0,29 %	68	0,28 %	2
Verbindlichkeiten L + L	864	3,61 %	106	0,44 %	758
Verbindlichkeiten gg. Gesell-schafter	17	0,07 %	21	0,09 %	-4
sonstige Verblk.	53	0,22 %	116	0,48 %	-63
kurzfristiges Fremdkapital	**1.004**	**4,19 %**	**311**	**1,29 %**	**693**
PRAP	189	0,79 %	49	0,20 %	140
latente Steuern	1.123	4,69 %	1.908	7,93 %	-785
Summe Passiva	**23.944**	**100 %**	**24.061**	**100 %**	**-117**

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	15.348	12.011
Gesamtvermögen	23.944	24.061
Anlagenintensität in %	64,10	49,92

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	21.629	21.793
Gesamtkapital	23.944	24.061
Eigenkapitalanteil in %	90,33	90,57

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	1004	311
Gesamtkapital	23.944	24.061
Verschuldungsgrad in %	4,19	1,29

III. Prognosebericht

Allgemein

Die Skalierbarkeit der AGIT-Dienstleistungen, insbesondere im Kontext des Bereichs Wirtschaftsförderung (Geschäftsbereich 2), hängen unmittelbar mit der Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden zusammen, so dass Erlöse und inhaltliche Wirkungen nur durch eine angemessene Ressourcenbereitstellung und das Vorhandensein von Fachkräften realisierbar sind. Das klassische Beratungsgeschäft wirkt daher im Kontext der Personalkosten intensiver, insbesondere im Vergleich zu klassischen Technologie- und Gründerzentren (TGZs). TGZs haben in der Regel das Zentrumsmanagement im Fokus des Handelns, während dies bei der AGIT als flankierendes und unterstützendes Instrument (Geschäftsbereich 1) zur eigentlichen Kernaufgabe (Geschäftsbereich 2) genutzt wird.

Entlang der mittelfristigen Finanzplanung erwartet die Gesellschaft folgende Entwicklung:

	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029	Plan 2030
1. Umsatzerlöse	3.148.836	3.296.973	3.408.920	3.463.040	3.532.301
1. s. b. Erträge	1.385.000	1.585.000	1.785.000	1.785.000	1.785.000
1. Materialaufwand	1.969.581	2.001.050	2.033.029	2.065.527	2.098.553
1. Personalaufwand	2.292.500	2.359.600	2.430.600	2.500.700	2.550.714
1. Abschreibungen	888.700	888.861	889.023	889.189	889.357

		Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029	Plan 2030
1.	s. b. Aufwendungen	190.000	192.850	195.743	198.679	201.659
1.	Zinserträge	0	0	0	0	0
1.	Zinsaufwand	302.306	293.873	285.140	276.099	266.737
1.	Steuern E + E	-163.619	-163.619	-163.619	-163.619	-163.619
1.	Ergebnis nach Steuern	-945.632	-690.642	-475.996	-518.535	-526.100
1.	sonstige Steuern	66.503	66.503	66.503	66.503	66.503
1.	**Jahresfehlbetrag**	**-1.012.135**	**-757.145**	**-542.499**	**-585.038**	**-592.603**

Die Geschäftsführung der AGIT wurde in der gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrats und der Gesellschaftsversammlung am 08.12.2023 damit beauftragt, ein abgestimmtes und mehrheitsfähiges Konzept zur nachhaltigen Finanzarchitektur und Gesellschafterstruktur der AGIT ab 2025 (unter dem Begriff: AGIT 2025+“) vorzulegen. Dies erfolgte im Laufe des Jahres 2024 und wurde durch Beschlüsse im Dezember 2024 (Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung) final abgerundet.

Ab dem Jahr 2025 bis zum Jahr 2028 werden die Zuschüsse der Gesellschafter:innen schrittweise und nachhaltig angepasst, ohne dass die Gesellschaft Liquidationsprobleme annehmen muss und gleichzeitig fortwährend auskömmlich finanziert sein wird – die Plausibilisierung, Richtigkeit und Vollständigkeit der Wirtschaftsplanung 2025 bis 2030 erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Steuerberatungskanzlei.

Der dargestellten Prognose liegt auch zu Grunde, dass der dynamische Abbau des Eigenkapitals im Zuge der vollständigen Vermietung der Flächen im Neubau und im ZBMT, sowie durch die Beendigung der gestreckten Erhöhung der Zuschüsse, ab dem Jahr 2028 deutlich abnimmt. Obwohl künftig positive Änderungen auf der Haben-Seite der AGIT, durch sukzessive Erhöhung der Geselllschafter:innenzuschüssse beginnend 2025 geplant und beschlossen sind, verbleibt für den Zeitraum 2025 ff. ein, in der gemeinsamen Sitzung des AGIT Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung aufgezeigter Eigenkapitalrückgang, der insbesondere durch die Zuschusshöhe der Gesellschafter:innen, die Höhe der Beiträge für Abschreibungen für Abnutzung (AfA) sowie allgemein steigende Ausgaben für Personal und Material determiniert ist.

Dabei ist auch die Ausrichtung des eigenen Flächenangebots, insbesondere im Kontext der Bedarfe der Zielgruppe zu bewerten (Vergünstigte Miete für Gründer:innen). Diese Tatsache verringert gleichzeitig das kalkulatorische Erlöspotential der Immobilien. Dieser Zielkonflikt ist nicht neu, muss jedoch regelmäßig und transparent kommuniziert werden, damit die Gemeinwohlausrichtung bzw. der Beitrag zur Wirtschaftsförderung der Gesellschaft für die gesamte Region, insbesondere an dieser Stelle deutlich wahrgenommen wird.

Potentielle Erlössteigerungen sollten sinnvoll in verschiedenen strategischen Wirtschaftsförderungsbereichen erlangt werden, di u.a. durch geförderte Projekte zur Querfinanzierung der laufenden Personal- und Sachkosten einen Deckungsbeitrag leisten können. Konkrete weitere (Gesellschafter:innen-) Aufträge, wie z.B. im Rahmen des erzielten Dienstleistungsauftrags „Ramp-up Future Mobility Park“, unterstützen die Querfinanzierung ebenfalls, erfordern jedoch gleichzeitig (teilweise zusätzliche) Ressourcen.

Ohne diese Aufträge und Projekte müssten potentielle Gesellschafter:innenzuschüsse dafür aufgewendet bzw. zusätzliche Zuschüsse bereit gestellt werden.

Strukturelle Herausforderungen

Im Tenor zeigt die mittelfristige Finanzprognose deutlich, dass insbesondere der langfristige Fortbestand der Gesellschaft von den drei folgenden wesentlichen Elementen abhängig ist:

- der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität bzw. Zuschüssen, welche vor allem durch die (zuschussgebenden) Gesellschafter:innen erfolgen sollte
- der Akquise zusätzlicher Aufträge und geförderter Projekte, welche auf die Strategie der AGIT einzahlen sowie einen finanziellen Deckungsbeitrag erreichen können und

- den Mieteinnahmen aus dem Technologiezentrumsmanagement, welche trotz des Zielkonflikts der Mietpreise, aus dem ZBMT und dem Neubau erfolgen müssen.

Nur im Dreiklang dieser Mittelzuflüsse kann die AGIT langfristig ihren Gesellschaftszweck erfüllen.

Strukturelle Chance

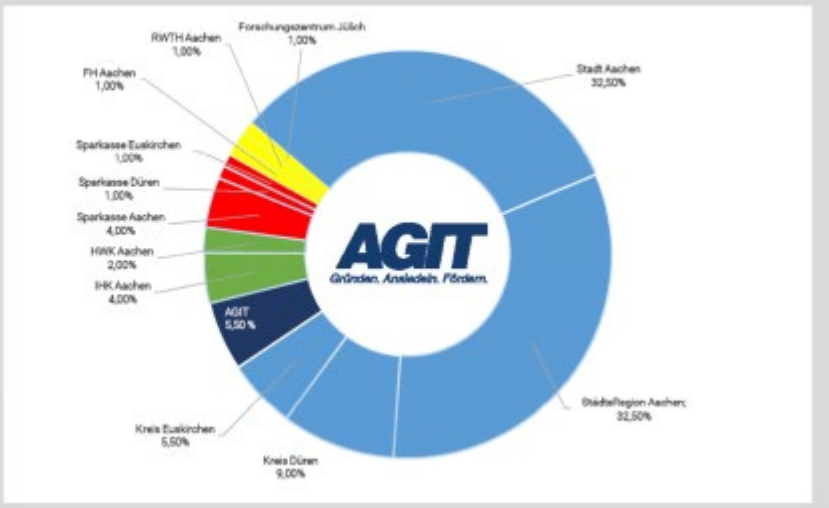
Mit dem Ende der sog. Übergangsjahre der AGIT, der erfolgtem strategischen Neuausrichtung (AGIT 2025+), der konkreten Umsetzung des Neubaus auf dem RWTH Aachen Campus, sowie der Hauptaufgabe: Die Herausforderungen des Strukturwandels so zu gestalten, dass die Region gestärkt aus dem Transformationspozess hervorgeht, bedurfte es einer novellierten Finanzarchitektur und einer verstärkten Gesellschaftsstruktur. Neben der Finanzarchitektur und einer verstärkten Gesellschaftsstruktur. Neben der Finanzarchitektur, wurden die Gesellschaftsanteile neu justiert und es konnten zwei wesentlichen wissenschaftliche Akteure als neue AGIT-Gesellschafterinnen gewonnen werden: RWTH Aachen University und Forschungszentrum Jülich GmbH.

Die Verteilung der Gesellschaftsanteile AGIT 2025+ sieht wie folgt aus:

Gesellschaftsanteile AGIT 2025 +

Entwurf zur Aufteilung der Gesellschaftsanteile der AGIT mbH zum 01.01.2025

Region über ÖR GK	**2.586.135,00 €**	**79,50%**
Stadt Aachen	1.057.225,00 €	32,50%
StädteRegion Aachen	1.057.225,00 €	32,50%
Kreis Düren	292.770,00 €	9,00%
Kreis Euskirchen	178.915,00 €	5,50%
AGIT Anteile	**178.915,00 €**	**5,50%**
Wirtschaft	**195.180,00 €**	**6,00%**
IHK Aachen	130.120,00 €	4,00%
HWK Aachen	65.060,00 €	2,00%
Sparkasse	**195.180,00 €**	**6,00%**
Sparkasse Aachen	130.120,00 €	4,00%
Sparkasse Düren	32.530,00 €	1,00%
Sparkasse Euskirchen	32.530,00 €	1,00%
Wissenschaft	**97.590,00 €**	**3,00%**
FH Aachen	32.530,00 €	1,00%
RWTH Aachen	32.530,00 €	1,00%
Forschungszentrum Jülic	32.530,00 €	1,00%
	Stammkapital	**Anteile**
Summe	3.253.000,00 €	100,00%



Die Grafik veranschaulicht die ab 2025 wirkende Anteilsverteilung der AGIT, welche eine paritätische Aufteilung zwischen Stadt Aachen und StädteRegion Aachen mit jeweils 32,5% vorsieht, darüber hinaus wurden die Anteile des Kreises Düren leicht auf 9% und die des Kreises Euskirchen leicht auf 5,5% aufgestockt. Der bei der AGIT verbleibende Anteil i.H.v. 5,5% sollte ursprünglich ebenfalls in Wert gesetzt werden, verbleibt nach neuerlicher Absage eines potentiellen Altgesellschafters jedoch zunächst bei der Gesellschaft selbst und könnte bei Bedarf mittelfristig veräußert werden. Im Zuge der dargestellten neuen Gesellschafter:innen (RwtH & FZJ), welche jeweils ein Stammkapital i.H.v. 3.253,- € bzw. 0,1% erworben haben, stockte die FH Aachen ebenfalls auf eine 0,1%ige Beteiligung auf, so dass auch die Partner:innen der Wissenschaft paritätisch bei der AGIT beteiligt sind. Die Sparkassen der Region, insbesondere die Sparkasse Aachen sowie die IHK und HWK veräußern einen Großteil ihrer Anteile zugunsten sog. Zuschussgebender Hände“, vor allem im Sinne der neu entwickelten Zuschusssystematik, welche Zuschusshöhen grundsätzlich entlang der Beteiligungsanteile vorsieht.

Mit der Aufnahme neuer Gesellschafter:innen und der verstärkten Verantwortungsübernahme der kommunalen Gesellschafter:innen, erhält die AGIT mbH eine gestärkte Struktur, welche inhaltlich, geografisch und in ihrer Wirkung große Entwicklungschancen für die Technologieregion Aachen, Düren und Euskirchen eröffnen kann, die Gesellschaft zumindest aber nachhaltiger aufstellt als bis dato.

IV. Chancen- und Risikobericht

Risiken

Gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren teilweise eingetretenen Mietausfälle aus einer Insolvenz, diversen Auszügen (z.B. eines Ankermieters) und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, kann trotz aller Bemühungen nicht vollends ausgeschlossen werden, dass es angesichts der sich rasch verändernden wirtschaftlichen Umstände erneut zu negativen Korrekturen im Bereich der Mieterlöse kommen muss. Die Gesellschaft verfügt derzeit über ausreichend Liquidität, so dass die AGIT bei potenziellen Mietausfällen ihren Verpflichtungen bei Fälligkeit weiterhin nachkommen kann.

Außerplanmäßige Instandhaltungsmaßnahmen für den Betrieb des ZBMT sind derzeit nicht erkennbar, können aber bei einer Immobilie (älter > 10 Jahre) nicht ausgeschlossen werden. In den letzten Jahren waren insbesondere die hochspezialisierten technischen Anlagen regelmäßig störanfällig, so z.B. die Neutralisationsanlage, welche im ersten Quartal 2025 entsprechend ertüchtigt und verlegt wurde.

Finanzierungsrisiken sind auf Grundlage der vorhandenen sowie eingeplanten Mittel für den Neubau und der Eigenkapitalquote der Gesellschaft als derzeit gering einzustufen, wenngleich die Zinssteigerungen der vorangegangenen Monate (bis Sommer 2024) für den abgeschlossenen Investitionskredit zu höheren Aufwendungen geführt haben, insbesondere als Ende 2023 angenommen.

Baukostensteigerungen wurden bis zum Abschluss des Generalunternehmervertrags regelmäßig berücksichtigt und fortgeschrieben. Durch den GU-Pauschalvertrag sind allgemeine Kostensteigerungen abgedeckt, bei außergewöhnlichen oder unerwarteten Maßnahmen, welche im Zuge der Bauarbeiten notwendig werde könnten, können Mehrkosten nicht ausgeschlossen werden. Reaktions- und Anpassungsgeschwindigkeit sind weiterhin geboten, da vor dem Hintergrund der engen Umsetzungszeitschiene keine Verzögerungen eintreten dürfen. Der Geschäftsführung wurde aus diesem Grund für die Umsetzung ein Mehrkostenpuffer per Aufsichtsratsbeschluss (21.06.2024) eingeräumt, so dass kurzfristige Entscheidungen im gewährten Rahmen ohne gesonderten Beschluss des Aufsichtsrats möglich sind – Berichte zum Sachstand des Neubaus erfolgen regelmäßig in den Aufsichtsratssitzungen.

Multiple regionale und globale Herausforderungen, Insolvenzen bei Nachunternehmern, Lieferengpässe bei Zuliefern, Mängel bei der Neubauumsetzung oder am Material sowie weitere nicht durch die Gesellschaft herbeigeführte zeitliche Verzögerungen im Kontext der Neubauumsetzung, ergeben im Zuge der gebildeten (Teil)Rücklage nach § 6b EStG konkrete zeitliche Risiken, welche zu einer nicht weiter verschiebbaren Versteuerung der Rücklage führen kann. Bis zur vertraglich vereinbarten Fertigstellung des Neubaus, 19.12.2025, sind in der Rück- und Vorausschau gewisse Unabwägbarkeiten erkennbar, welche eine rechtzeitige Fertigstellung gefährden könnten. Zwecks Risikominimierung für die Gesellschaft, hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat und die Gesellschafter:innen transparent über den Sachverhalt informiert. So wurde unter Abwägung der beim Campus-Neubau innewohnenden Risiken einer zeitlichen Verzögerung beschlossen, das steuerliche Risiko zu verringern, ganz auflösbar ist das Risiko jedoch nicht.

Insgesamt stellen die derzeitigen Krisen, wie eine schwache bundesweite Wirtschaftsleistung, Hemmnisse in der Investitionsumsetzung, eine überbordende Bürokratie, akuter Fachkräftemangel, die notwendige Transformation der Wirtschaft u.vm. alle wirtschaftlichen Akteur:innen vor massive Herausforderungen, deren konkrete Auswirkungen noch nicht final einschätzbar sind bzw. viel Ungewissheit und somit Unsicherheiten im allgemeinen wirtschaftlichen Handeln bedeutet. Es fehlt Planbarkeit auf diversen Ebenen, welche tendenziell jede Entscheidung risikoreicher macht.

Chancen

Trotz herausfordernder Zeiten und o.g. Risiken, sind für die AGIT insgesamt mehr Chancen vorhanden. Die positive Wahrnehmung der Gesellschaft führt aktuell und perspektivisch zu neuen Aufträgen. Der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode zeichnet zudem ein Stück mehr politische Planungssicherheit, was zusätzliche Impulse für die Regionalentwicklung entfalten kann.

Durch diesen Schulterschluss mit der RWTH Aachen, FH Aachen und Forschungszentrums Jülich sowie die Stärkung der kommunalen Gesellschafter:innen, kann so ein Wirkungsfeld erzeugt werden, welches zusätzliche Hebelmechanismen und eine neue Dynamik in der AGIT erzeugen kann.

Ferner wird der anstehende Strukturwandel im Rheinischen Revier zusätzliche Aufgaben und Möglichkeiten für die AGIT eröffnen. Pars pro toto hierfür steht die Entwicklung des Standortes Merzbrück zum Themenfeld Aviation sowie die Chance auf Entwicklung oder Betrieb eines geförderten Strukturwandel-Projekts, das sog. Aviation-Innovationcenter. Die unmittelbare Verbindung zum Future Mobility Park im Kreis Düren (Aldenhoven) bietet ebenfalls ein enormes Entwicklungspotenzial, für deren sog. Ramp-up Phase die AGIT beauftragt wurde.

Die Investitionen in den Neubau auf dem RWTH Aachen Campus ermöglichen der AGIT ab dem Jahr 2026 weitere Ertragsmöglichkeiten. Vor allem aber wird die Gesellschaft, über 40 Jahre nach ihrer Gründung, von dem Standort aus hauptverantwortlich tätig, der für Innovation und Technologietransfer steht, wie kein Zweiter in der Region. Über die Funktionseinheiten im Kreis Düren und Euskirchen ist die Wahrnehmung der AGIT bei den dortigen Gesellschaftern aus Sicht der AGIT gestiegen, zusätzliche Aufträge und Projekte (Future Mobility Park im Kreis Düren oder Transferprojekte im Rahmen der Ideenfabrik im Kreis Euskirchen) werden umgesetzt und eröffnen weitere Entwicklungschancen im gesamten Wirkungsraum.

Zusammenfassung Prognose

Für 2025 rechnet das ifo-Institut mit einem leichten Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent – vor der Zollankündigung der USA. Die Prognoserisiken sind auf Grund der aktuellen weltpolitischen Situation ungewöhnlich hoch. Nicht nur für Deutschland lautet die Prognose: Unsicherheit. Das bedeutet im Ergebnis Zurückhaltung bei Privathaushalten beim Konsum und Zurückhaltung bei Unternehmen bei Investitionen. Das spürt die Gesellschaft ganz unmittelbar als Dienstleisterin für Unternehmen in der Region Aachen, aber auch im Rahmen ihrer Ansiedlungsaktivitäten und so gibt es bereits konkrete Auswirkungen auf die Arbeitsmarktprognosen. Wie sich die von der neuen Regierung angekündigten Investitionen aus den Sondervermögen u.a. auf die Rüstungs-, und Raumfahrt-, Digital und Bauindustrie auswirken, ist noch nicht absehbar. Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, dass Anfang 2026 auf eine positivere Entwicklung in 2025 als zum jetzigen Zeitpunkt prognostiziert zurückgeblickt werden kann, wenn es gelingt die Mittel zielgerichtete und wachstumsfördernd einzusetzen und die für die Unternehmen in der Region Aachen konkret nutzbar zu machen. Es wäre in vielerlei Hinsicht die richtige Entwicklung zum richtigen Zeitpunkt und zahlt in großem Teilen auch auf die Tätigkeitsfelder der Gesellschaft ein bzw. beeinflusst das Geschäft der AGIT insgesamt.

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsunternehmen, der Förderung von Innovations- und Technologietransfer sowie der Ansiedlungswerbung in der Region Aachen, Düren und Euskirchen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor spannenden Aufgaben. Der langfristige Fortbestand der Gesellschaft ist jedoch von der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität u.a. durch die Gesellschafter:innen, zusätzlicher Aufträge, geförderte Projekte bzw. einer grundsätzlichen Stärkung der AGIT abhängig. Die o.g. Immobilienentwicklung ist darüber hinaus von elementarer Bedeutung, stärkt diese auch inhaltliche und finanzielle Position der AGIT, genießt Priorität hinsichtlich des aktuellen Ressourceneinsatz und wird auf der anderen Seite mittelfristig mit hohen Abschreibungssummen das GuV-Ergebnis beeinflussen.

3.4.4.8 Energeticon gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Firmensitz:
Konrad-Adenauer-Allee 7,
52477 Alsdorf

Rechtsform: gGmbH
Handelsregisternummer: 16598
Gründungsdatum: 29.12.2010
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 25% / - / 25%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Dr. Neumann, Schmeer und Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

1. Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und -technische Entwicklung
2. Bildung und Erziehung
3. Kunst und Kultur
4. Umwelt und Landschaftsschutz
5. Denkmalschutz sowie
6. Heimatpflege und Heimatkunde

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch

1. die Errichtung und den Betrieb des „Energeticon – Euregionales Zentrum für Energieentwicklung und Bergbaugeschichte eines Ausstellungs-, Fachinformations- und Veranstaltungszentrums rund um das Thema Energie, Energieentwicklung und –zukunft als außerschulischer Lernort und Museum auf dem Gebiet des Annaparks im Zentrum der Stadt Alsdorf,
2. die Erstellung von Nutzungskonzepten für Industriedenkmäler unter Einbeziehung und Berücksichtigung des langfristigen Erhalts dieser Denkmäler auf dem Gebiet des Annaparks im Zentrum des Stadt Alsdorf sowie deren sinnvoller Nutzung und Zugang für die Allgemeinheit.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach §3 zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die dem genannten Gesellschaftszweck dienen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- oder Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des §109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Ziff. 3 GO NRW aufgeführt sind. Die Gesellschaft hat sich in ihrem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Zu den oben beschriebenen Zwecken nutzt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II westlich des Annaparks. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Energie-Erlebnis-Museum mit didaktisch und gestalterisch innovativem Charakter umgestaltet.

Kapital

Stammkapital	26.000 €; 0 Stimmen

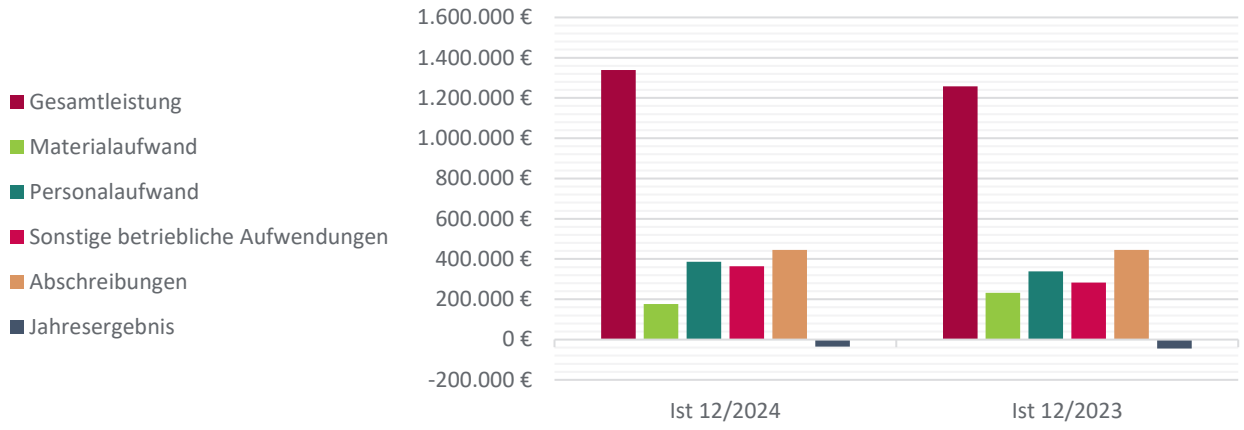
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Landschaftsverband Rheinland (LVR)	13.780,00 €	53,00 %
StädteRegion Aachen	6.500,00 €	25,00 %
Stadt Alsdorf	4.420,00 €	17,00 %
"Energielandschaft AnnA e.V." Bergbau - Klima - Zukunft	1.300,00 €	5,00 %
Pro ENERGETICON e.V. (bis 10.07.2024)	650,00 €	2,50 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

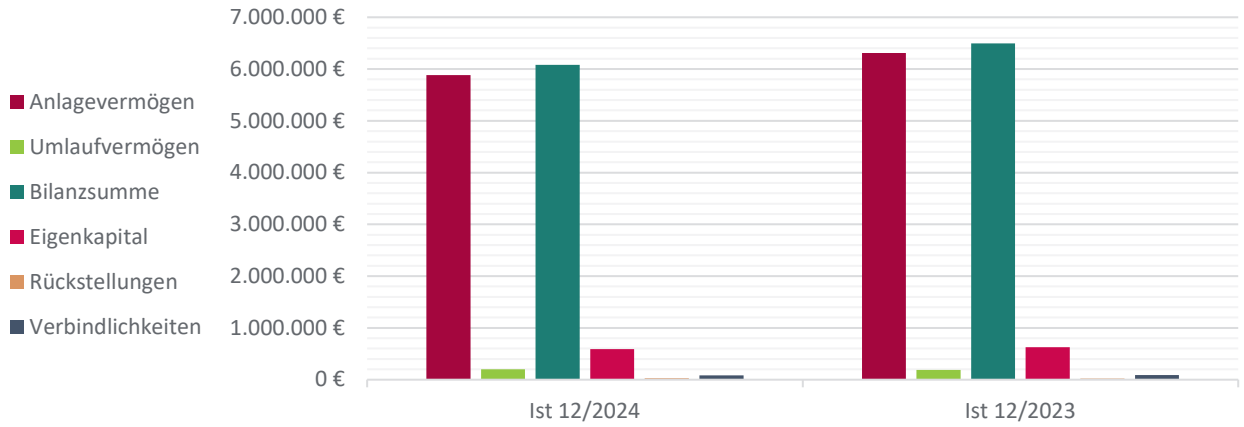


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	516.266,82	594.928,76	-78.661,94
Sonstige betriebliche Erträge	821.923,18	663.011,99	158.911,19
Gesamtleistung	1.338.190,00	1.257.940,75	80.249,25
Materialaufwand	176.527,35	232.635,67	-56.108,32
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	85.041,14	123.685,83	-38.644,69
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	91.486,21	108.949,84	-17.463,63
Rohergebnis	1.161.662,65	1.025.305,08	136.357,57

Personalaufwand	386.038,64	338.773,37	47.265,27
dar.: Löhne und Gehälter	288.406,44	259.548,13	28.858,31
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	97.632,20	79.225,24	18.406,96
Sonstige betriebliche Aufwendungen	364.799,81	283.856,09	80.943,72
EBITDA	410.824,20	402.675,62	8.148,58
Abschreibungen	445.507,16	445.934,62	-427,46
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	445.507,16	445.934,62	-427,46
EBIT	-34.682,96	-43.259,00	8.576,04
EBT	-34.682,96	-43.259,00	8.576,04
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-292,00	1.235,10	-1.527,10
Ergebnis nach Steuern	-34.390,96	-44.494,10	10.103,14
Sonstige Steuern	276,00	165,00	111,00
Jahresergebnis	-34.666,96	-44.659,10	9.992,14

Bilanz

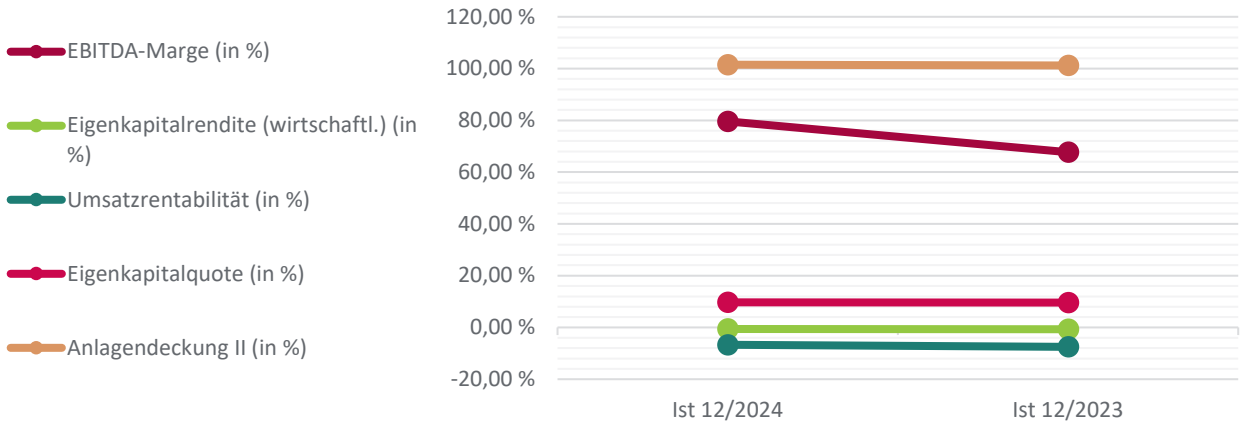


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	5.880.352,97	6.310.071,72	-429.718,75
Immaterielle Vermögensgegenstände	598.617,50	660.543,50	-61.926,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	598.617,50	660.543,50	-61.926,00
Sachanlagen	5.281.735,47	5.649.528,22	-367.792,75
Grundstücke und Gebäude	3.329.804,00	3.493.635,00	-163.831,00
Technische Anlagen und Maschinen	842.888,00	928.893,00	-86.005,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.103.487,53	1.221.951,53	-118.464,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.555,94	5.048,69	507,25
Umlaufvermögen	198.532,70	188.197,41	10.335,29
Vorräte	3.744,45	3.367,24	377,21
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	807,67	-	807,67
Fertige Erzeugnisse und Waren	2.936,78	3.367,24	-430,46
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	59.475,99	53.909,89	5.566,10

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44.444,25	42.547,72	1.896,53
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	15.031,74	11.362,17	3.669,57
Kasse, Bankguthaben, Schecks	135.312,26	130.920,28	4.391,98
Bilanzsumme	6.078.885,67	6.498.269,13	-419.383,46
Passiva			
Eigenkapital	589.805,89	624.472,85	-34.666,96
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	0,00
Kapitalrücklage	496.987,25	496.987,25	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	101.485,60	146.144,70	-44.659,10
Jahresergebnis	-34.666,96	-44.659,10	9.992,14
Sonderposten	5.377.982,89	5.762.752,89	-384.770,00
dar.: Sonderposten für Zuwendungen	5.377.982,89	5.762.752,89	-384.770,00
Rückstellungen	28.506,06	22.312,97	6.193,09
Steuerrückstellungen	-	30,94	-30,94
sonstige Rückstellungen	28.506,06	22.282,03	6.224,03
Verbindlichkeiten	82.590,83	88.730,42	-6.139,59
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	68.214,01	62.630,09	5.583,92
Sonstige Verbindlichkeiten	14.376,82	26.100,33	-11.723,51
Bilanzsumme	6.078.885,67	6.498.269,13	-419.383,46

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	79,6	67,7	11,9
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	-0,6	-0,7	0,1
Umsatzrentabilität (in %)	-6,7	-7,5	0,8
Eigenkapitalquote (in %)	9,7	9,6	0,1
Anlagendeckung II (in %)	101,5	101,2	0,3

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	22	20	2
Verschuldungsgrad (in %)	18,8	17,8	1,1

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Thomas König

Gesellschafterversammlung

Mitglied

sachk.B. Herr Horst-Dieter Heidenreich (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Herr Jan Pütz	
Städteregionstagsmitglied Herr Ralf Marleaux (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
sachk.B. Herr Carsten Mannheims (CDU)	
Herr Markus Terodde	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Frau Birgit Nolte	

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens, Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen sowie Lage des Unternehmens

Grundlagen des Unternehmens

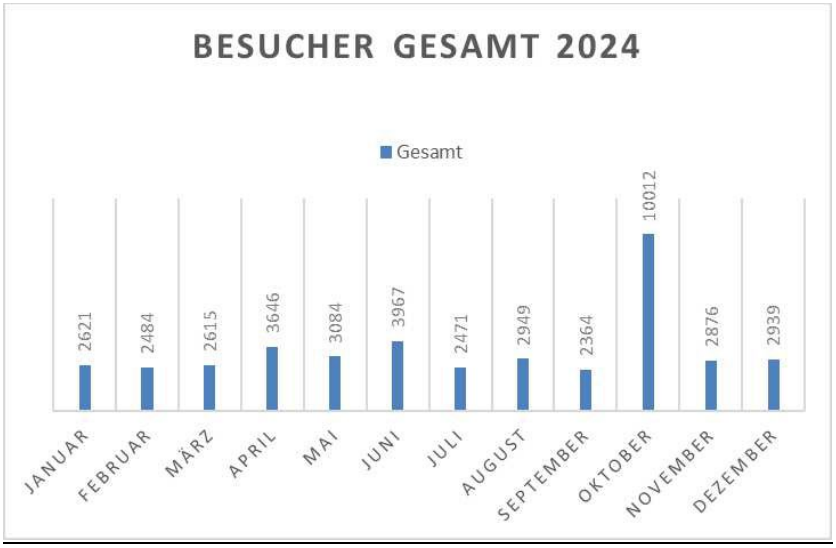
Die ENERGETICON gGmbH wurde am 01.10.2010 gegründet. Das Geschäftsmodell sieht drei Betriebsbereiche vor: Bildung, Kultur/ Freizeit und Vermietung.

Das ENERGETICON ist primär ein **Ort für Bildung**. Es geht um die Förderung und Vermittlung von Wissen über energiegeschichtliche und -technische Zukunftsentwicklungen, insbesondere bei den jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort), aber auch der interessierten allgemeinen Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Es geht in diesem Kernbetriebsbereich um die niederschwellige Kommunikation der Energiewende im globalen Zusammenhang, ihrer Notwendigkeit und ihrer technischen Wege. Dieser Gesellschaftszweck wird im Wesentlichen verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen.

Das ENERGETICON ist zugleich **Ort von Kultur und Freizeitgestaltung** mit kulturellen Fremd- und Eigenveranstaltungen insbesondere im Fördermaschinenhaus und, seit Fertigstellung der Outdoor Güterwaggonbühne im September 2021, auch auf dem Außengelände.

Das ENERGETICON betreibt ein **Vermietungsgeschäft** für Fachtagungen, private und öffentliche Unterhaltungs-/ Freizeitangebote sowie für private Festveranstaltungen. Für diesen Betrieb unterhält und bespielt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Energie-Erlebnis-Museum mit didaktisch und gestalterisch innovativem Charakter umgestaltet.

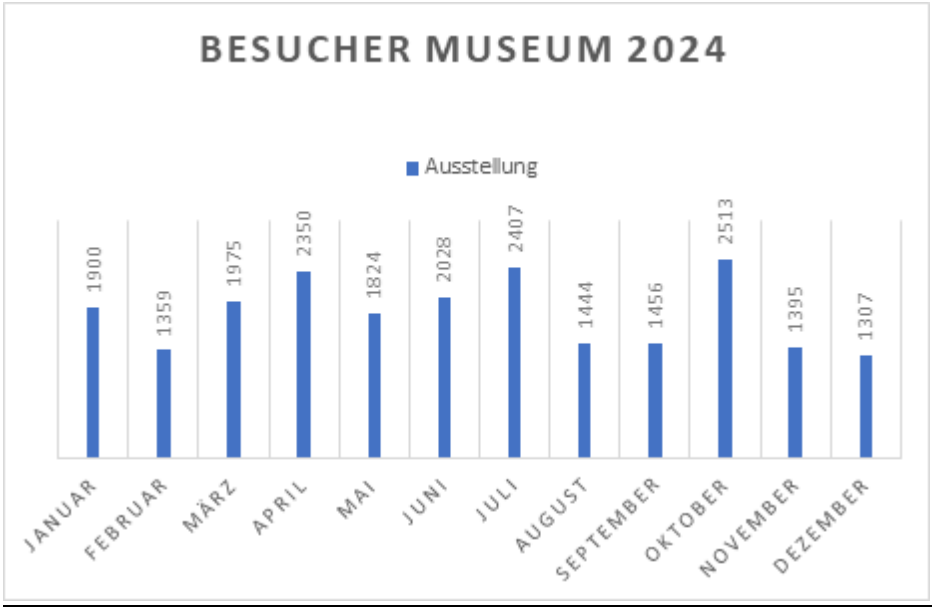
Geschäftsverlauf (einschließlich Geschäftsergebnis) und Rahmenbedingungen



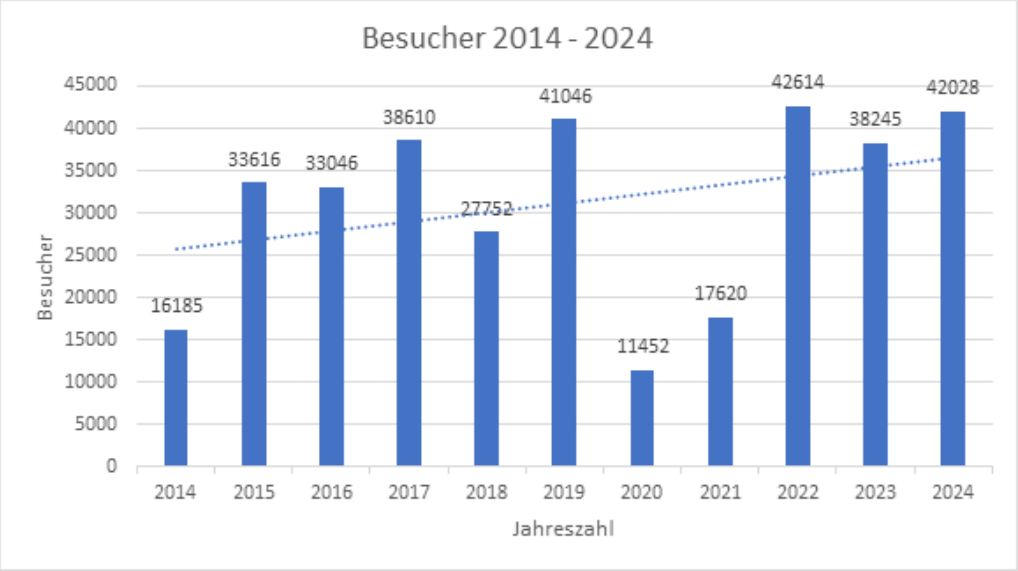
In 2024 erreichten die Besucherzahlen mit 42.028 fast einen neuen Höchststand, denn die bisherige Besucherbestmarke von 42.614 in 2022 wurde nur um 586 Gäste unterschritten.

Deutlich ablesbar sind die positiven Auswirkungen der Veranstaltung „Halloween“ und Wandertag der Aachener Zeitung im Oktober mit 10.012 Besuchern.

Betrachtet man die reinen Besucher des Museums (ohne Veranstaltungen), so stellt man ebenfalls eine Verbesserung von 2023 zu 2024 um 3.051 Gäste auf 21.958 Besucher fest.



Die Entwicklung der Besucherzahlen seit dem Jahr der Eröffnung 2014 zeigt deutlich den Einbruch durch die Corona-Pandemie 2020/2021 auf. In 2022 ist ein Nachholeffekt bei den Besucherzahlen ablesbar, der im Wesentlichen auf die hohe Anzahl an Veranstaltungen im Fördermaschinenhaus zurückgeht, da in Corona ausgefallene Veranstaltungen in 2022 nachgeholt wurden. Ab 2023 steigt die Besucherzahl wieder kontinuierlich an.



Das Geschäftsfeld Museumspädagogik als Kernaufgabe des ENERGETICON hat in 2024 seine betrieblichen Tätigkeiten wie Ausformulierung und Anwendung pädagogischer Angebotsmodule (Führungsformate, Besucherrallys, neue pädagogische Workshops, Projektwochen, Exkursionen in die Umgebung Energielandschaft AnnA, Haldenexkursion etc.) gut platzieren können.

Die Vermietungen sind differenziert zu betrachten. Öffentliche Unterhaltungsformate (Meyer Konzerte) sind 2024 auf gleichem Niveau. Der Bereich Tagungen (Hochschulen und Firmen) sowie Privatfeiern ist jedoch in 2024 stark eingebrochen.

Die Zusammenarbeit mit der gastronomischen Einrichtung EDUARD in der Schmiede mit dem Gastropartner (BG Gastronomie GmbH) wurde in 2024 fortgesetzt. Nach Beratungen in der Gesellschafterversammlung am 22.11.2022 wurde beschlossen den Pachtvertrag mit der BG Gastronomie zum 31.08.2027 zu kündigen, da trotz wiederholter Gesprächsrunden unterschiedliche Auffassungen zur Qualität des Dienstleistungs-Angebots, Öffnungszeiten und Umsetzung gemeinsamer Formate bestanden. Mit der Ausschreibung für einen gastronomischen Dienstleister wird 2026/2027 begonnen.

Lage des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf im 10. Vollbetriebsjahr hat gezeigt, dass die verstärkten Maßnahmen zur Nutzbarmachung des Außengeländes für den eigentlichen Ausstellungsbereich sowie für Kulturveranstaltungen die richtige Strategie sind, denn es konnten in 2024 im Außenbereich Veranstaltungen privater Mieter sowie Eigenveranstaltungen umgesetzt werden. Dazu gehörten Firmen-Sommerfeste sowie die Veranstaltungen KullTur an der Schmiede im September auf der neuen Open-Air Bühne des Güterwaggons und eine große Veranstaltung zu Halloween, wo nahezu das gesamte Gelände des ENERGETICON genutzt wurde.

Ziel ist es, durch Inszenierung und Visualisierung, auch im Außenbereich Energiethemen verständlich zu vermitteln. Neben der Ausstellung und den vielseitigen Möglichkeiten für Veranstaltungen jeglicher Art, entwickelt das ENERGETICON sein Außengelände in den Zonen Fossile Energie, Regenerative Energien und Naturzone mit verschiedenen Partnern weiter.

Um die Weiterentwicklung des Narrativs zur Energiewende und nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, wurden nachfolgende Förderprojekte angestoßen bzw. eingeworben:

- Förderantrag „Energielandschaft AnnA 4.0“ im Programm „Sofortmaßnahmen Plus“ im Rheinischen Revier mit Einbindung des Wasserturms, kleine Windkraftanlagen sowie Errichtung einer Energiegondel als IoT Lab wurde

in zwei Phasen, Planungsphase mit 100% Förderquote in 2023 und Bewilligung der Umsetzungsphase am 03.12.2024 über den Leadpartner, Stadtwerke Alsdorf, eingereicht.

- Förderprojekt KoMoNa als Weiterentwicklung des Projektes BNE im Strukturwandel gemeinsam mit der StädteRegion Aachen (2023-2026)

Neben den Exponaten auf dem Außengelände wird im Bereich Eventmanagement das Outdoor-Programm weiterentwickelt. Dazu gehören die Formate Open-Air-Kino sowie das Bühnenprogramm auf der Güterwaggon-Veranstaltungsbühne. Zielgruppengerechte Angebote zu Halloween in 2024 konnten weiterentwickelt werden, mit dem Ergebnis, dass die 4. Halloween-Veranstaltung in 2024 nochmals eine große Besuchernachfrage unter dem neuen Namen „Horrorgeticon“ ausgelöst hat.

Löhne und Gehälter sind in 2024 aufgrund der gesetzlichen Vorgaben zum Mindestlohn, Lohnfortzahlungen im Vorjahr sowie Besetzung von Stellen um 29 TEUR angestiegen. Diese Steigerung der Personalkosten wurde mit den Gesellschaftern abgestimmt, um das niedrige Lohnniveau mit Orientierung an den TVöD anzuheben und bei Personalfluktuation konkurrenzfähig zu bleiben. Eine Anpassung der Betriebskostenzuschüsse durch die Gesellschafter wurde daher auch über eine Gesellschaftsvertragsänderung mit Erhöhung des Betriebskostenzuschusses auf bis zu einer maximalen Höhe von 500 TEUR festgelegt. Dazu musste auch der Gesellschaftsvertrag angepasst werden. Entsprechende Gremienbeschlüsse der Gesellschafter zur Änderung im §15 sind eingeholt worden. Die notarielle Beurkundung der Änderungen des Gesellschaftsvertrages steht noch aus.

Die Strategie selbst Energie über Photovoltaik (PV) zu erzeugen wird weiter fortgesetzt und bekommt durch die Bewilligung des Projektes Energielandschaft Anna 4.0 am 03.12.2024 noch einmal einen Schub für die nächsten Jahre. Über das Förderprogramm Energielandschaft Anna 4.0 werden neue Ausstellungsbereiche im Außenbereich umgesetzt. Dazu gehören eine sog. Energiegondel (aufgeständerte, nachgebildete Hülle einer Windkraftanlage), die zum einen als Ausstellungsfläche und zum anderen als Schulungsraum dienen soll. Weitere Demonstratoranlagen zur Windkraft und Photovoltaik stärken die Kernaussage des ENERGETICON zur Förderung der Energiewende und machen die Energieerzeugung mittels Demonstratorobjekten im Museum sichtbar.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (übergreifend)

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 35 TEUR liegt unter dem kalkulierten Ergebnis des Wirtschaftsplans. Die Erlöse aus dem Museumsbereich sind mit rd. 115 TEUR um rd. 12 TEUR gegenüber dem Vorjahr gestiegen, doch das Vermietungsgeschäft im Fördermaschinenhaus ist mit 138 TEUR um rund 60 TEUR schlechter ausgefallen als im Vorjahreszeitraum. Es wurden deutlich weniger Privatfeiern und sonstige Veranstaltungen gebucht. Im August 2024 fand ein Personalwechsel im Bereich Vermietung, Reservierung und Marketing statt. Leider hat sich die neue Person in der Einarbeitungsphase als nicht geeignet herausgestellt, so dass innerhalb der 6-monatigen Probezeit eine Kündigung ausgesprochen wurde. Im Februar 2025 konnte ein neuer Mitarbeiter für den Bereich eingestellt werden, der entsprechende Erfahrungen aus dem Bereich Vermietung und Reservierung mitbringt.

Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 419 TEUR auf insgesamt 6.079 TEUR verringert.

Die Abnahme des Vermögens resultiert im Wesentlichen aus der Abnahme des Anlagevermögens um 430 TEUR. Korrespondierend hierzu war eine Abnahme des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen um 385 TEUR auf 5.378 TEUR. Die liquiden Mittel sind mit rd. 4 TEUR auf 135 TEUR relativ konstant geblieben.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	T€	T€
Anlagevermögen	5.880	6.310
Gesamtvermögen	6.079	6.498
Anlagenintensität in %	97	97

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital (inkl. Sonderposten für Zuschüsse)

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	T€	T€
Eigenkapital	5.968	6.387
Gesamtkapital	6.079	6.498
Eigenkapitalquote in %	98	98

Liquidität 1. Grades

Formel: Flüssige Mittel / kurzfristiges Fremdkapital x 100

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	T€	T€
Flüssige Mittel	135	131
Kurzfristiges Fremdkapital	83	89
Liquidität 1. Grades %	164	148

Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2024
	T€
Jahresfehlbetrag	-35
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	446
Zunahme der Rückstellungen	6
Abnahme Sonderposten	-385
Zunahme der Vorräte	0
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-2
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/ Latente Steuern	0

Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/ Latente Steuern	-12
Laufende Geschäftstätigkeit	**18**
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-16
Investitionstätigkeit	**-16**
Finanzierungstätigkeit	
Liquide Mittel am Anfang der Periode	131
Zahlungswirksame Veränderungen	4
Liquide Mittel am Ende der Periode	**135**

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 fielen die Erlöse aus dem Bereich Raumvermietung und Durchführung von Veranstaltungen um 104 TEUR von 356 TEUR auf 252 TEUR.

Die Erlöse aus dem Ausstellungsbetrieb und dem Ausstellungsshop stiegen um rd. 26 TEUR von 162 TEUR auf 188 TEUR.

Die Erlöse aus der Vermögensverwaltung liegen konstant bei 77 TEUR.

Im Geschäftsjahr konnten Spenden i. H. v. 5 TEUR vereinnahmt werden.

Der Materialaufwand, der insbesondere im Zusammenhang mit den durchgeführten Veranstaltungen steht, fiel im Geschäftsjahr 2024 um rd. 56 TEUR auf 177 TEUR.

Der Personalaufwand 2024 stieg um rd. 47 TEUR auf 386 TEUR.

Die Raumkosten waren im Geschäftsjahr mit 180 TEUR um 42 TEUR höher als im Jahr 2023. Die Kosten für Strom, Gas und Wasser stiegen um rd. 24 TEUR. Aufgrund des Auslaufens von zweijährigen Verträgen und der Notwendigkeit, neuen Verträge mit höheren Konditionen abzuschließen, sind die Energiekosten gestiegen. Danach wurde das geförderte Projekt für die Restaurierung und Instandsetzung von vier Schienenfahrzeugen abgeschlossen. Die Aufwendungen hierfür belaufen sich auf 37 T€ und wurden in Höhe von 27 T€ gefördert.

Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung (Prognosebericht) mit ihren wesentlichen Risiken und Chancen (Chancen und Risikobericht)

Exponate im Außenbereich, besonders im Bereich Regenerative Energien wie z.B. die Visualisierung GrEEn - Grubenwasserthermieprojekt, die Aufstellung der Windkraftanlage der ersten Generation (Krogmann), die PV-Demonstratoren wie SmartFlower, Solarcarport auf dem Parkplatz und die Visualisierung der Energieerzeugung und Verbräuche machen diesen Ausstellungsbereich schon jetzt attraktiv. Ein weiteres Großprojekt Energielandschaft Anna 4.0 ist seit dem 03.12.2024 zur Visualisierung der Energiewende auf den Weg gebracht worden, so dass zukünftig für die Besucher des Museums neue Anlässe geben wird, noch einmal wieder zu kommen. Eine Verknüpfung mit der interessanten Industriegeschichte am Standort der ehem. Grube Anna II stellen eine gute Ausgangsbasis für die Weiterentwicklung des Narrativs des Museums dar.

Prognosebericht

Die weitere Gestaltung der Außenanlagen, insbesondere auch die erkennbare Darstellung der ENERGETICON-Angebote für den regenerativen Bereich, können am Standort nur mit Hilfe von weiteren Fördermitteln realisiert werden. Für

zukünftige Investitionen müssen daher weiterhin Fördermittelquellen erschlossen werden, da die Gesellschaft aus eigener Kraft kaum in der Lage sein wird, größere Investitionen zu tätigen. Die Eigenleistungen können zum Teil durch Einnahmen von Sponsorenmitteln, Spenden und Projektbeiträgen des Pro ENERGETICON Fördervereins sowie dem erhöhten Betriebskostenzuschuss ab 2025 finanziert werden.

Des Weiteren steht seit dem 03.12.2024 für das ENERGETICON, gemeinsam mit weiteren Partnern, die 36-monatige Umsetzungsphase des Projektes „Energielandschaft AnnA 4.0“ im Rahmen der Strukturförderung der Kohlekommission an. Durch die Beteiligung am Projekt „Energielandschaft AnnA 4.0“ soll es dem ENERGETICON ermöglicht werden, die Bandbreite an Angeboten in Bezug auf erneuerbare Energien zu erhöhen. Die zusätzliche Integration von Windenergie als Energiequelle, aber auch als Ausstellungsobjekt, bietet dem Besucher eine anschauliche Vermittlung dieser Energiequelle. Durch den Batteriespeicher in Kombination mit den vorhandenen PV-Anlagen und den neuen Windkraftanlagen können Erzeugungs- und Lastspitzen abgefangen werden. Durch die Anbindung dieser Komponenten in das IoT-Netzwerk, werden weitere Effizienzpotenziale nutzbar gemacht, die dem ENERGETICON bereits mittelfristig einen wirtschaftlichen Erfolg gewähren sollten.

Die Energiegondel, die als Heimat für das IoT-Lab dienen wird, ist für die Besucher ein absolutes Highlight, da die Energieerzeugungstechnologien nicht nur greifbar, sondern durch Augmented (AR) und Virtual-Reality (VR) direkt erlebbar wird. Hier werden Besucher in Sachverhalte und Technologien eintauchen können. Gleiches gilt für Aus- und Weiterbildungsangebote, die eigens über das Projekt vom Partner VABW entwickelt werden und für Schülerinnen und Schüler sowie Berufstätige eine besondere Attraktivität haben werden.

Der Wasserturm, ein Bergbaurelikt, welcher sich am südöstlichen Teil des Geländes befindet, ist seit Jahrzehnten nicht mehr in Gebrauch. Durch das Projekt AnnA 4.0 wird es dem ENERGETICON ermöglicht, durch eine inhaltliche Inszenierung des Wasserturms, die eigene Sichtbarkeit über die Stadtgrenzen von Alsdorf hinaus zu erweitern. Zusätzlich soll über eine thematische Installation im Wasserturm zum Thema Wasserkraft als Teil der Energie-Erlebnis-Ausstellung eine weitere Technologie, die bisher nicht in einem eigenen Ausstellungsobjekt darstellbar war, den Besuchern präsentiert werden. Die Wasserkraft ist in Deutschland zwar bisher eine unterrepräsentierte Energiequelle, aber gerade in unserer Region mit der Eifel wird diese Form der Energiegewinnung genutzt und macht einen nicht vernachlässigbaren Anteil im lokalen Energiemix aus.

Durch diese neuen Bestandteile innerhalb der Ausstellung kann den Besuchern ein umfassendes und breites Spektrum an Technologien vorgestellt und so die Attraktivität und das Alleinstellungsmerkmal des ENERGETICON gesteigert werden. Des Weiteren sind die technischen Komponenten aktive Positionen in der Energieerzeugung der Gesellschaft und werden zu einem Teil die Betriebskosten mittelfristig senken.

Das Projekt „Energielandschaft AnnA 4.0“ soll nach fast 10 Jahren des Bestehens des ENERGETICON eine Aufwertung der Ausstellung im Rahmen des Energie-Erlebnis Museums darstellen und somit die Aktualität des außerschulischen Lernorts aufwerten. Darüber hinaus wird das Projekt durch die Einbindung des Wasserturms sowie die baulichen Anlagen wie Energiegondel, Energiezentrale und Vertikalwindkraftrotoren den Außenbereich des Geländes in Bezug auf Sichtbarkeit der Regenerativen Energieerzeuger stark aufwerten. Eine Integration des ENERGTETICON in das Projekt „Internationale Bau- und Technologieausstellung“ (IBTA) des Rheinischen Reviers wird angestrebt und soll dafür sorgen, einen höheren Bekanntheitsgrad über die Region Aachen hinaus zu erreichen.

Die Gesellschaft hat die aktualisierte Kofinanzierung der Eigenmittel in Höhe von rd. 263 TEUR am 11.06.2024 in der Gesellschafterversammlung beschlossen.

Die Liquidität der Gesellschaft ist gesichert, da die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses auf bis zu einer maximalen Höhe von 500 TEUR Zuschuss festgelegt wurde.

Risikobericht

Das ENERGETICON verfügt über infrastrukturelle Voraussetzungen, die sich sehr gut für einen regionalen Kristallisationsort und Forum für das Thema Energiewende eignen.

Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt jedoch auch die Gefahr, mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Für Neuanschaffungen von Exponaten reichen die Eigenmittel der Gesellschaft nicht. Es müssen daher für neue Konzepte und Exponate Förderanträge eingereicht werden. Die Umsetzung neuer Konzepte und Projekte ist nicht plan-

bar, da kein Anspruch auf Förderung besteht. Über den Einsatz digitaler Technologien wie z.B. beim Projekt Energielandschaft Anna 4.0 in der Energiegondel soll erreicht werden, dass neue technologische Entwicklungen besser integriert werden können und somit auch die Ausstellung zukunftsfähiger gestaltet wird.

Die Altersstruktur im Bereich der Steigerführungen macht weiterhin die kontinuierliche Erneuerung der Gruppe der Honorarkräfte erforderlich, was auch in 2024 weiter vorangetrieben wurde.

Grundsätzlich besteht das Risiko, dass durch sehr warme Sommermonate der Museumsbereich im ENERGETICON in dieser Zeit weniger genutzt wird, weil die Menschen lieber Freizeitaktivtäten „Outdoor" erleben möchten. Durch Attraktivierungsmaßnahmen im Außenbereich wie z.B. Energiedidaktische-Exponate und weitere Exponate aus dem Regenerativen Bereich, die auch zum Verweilen auf dem Gelände einladen, sollen dem entgegenwirken.

Zur Minimierung von finanziellen Risiken sind - soweit im Einzelfall erforderlich - zudem mehrere externe Kontrollinstanzen in den Betrieb und seine finanzielle Ausgestaltung integriert: Das städtische Rechnungsprüfungsamt, das städtische Rechtsamt und die städtische Bauverwaltung, die Vorortkontrollen der Bezirksregierung, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes der Bezirksregierung, die vierteljährliche „Watchlist" für den LVR, und die Vorortkontrollen der LVR-Rechnungsprüfer begleiten den Betrieb der Einrichtung.

Das Niveau der Umsätze muss weiterhin durch Schulkooperationen sowie durch ein forciertes Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäft und durch Kostenkontrolle der Energiekosten erreicht werden. Aufgrund von neuem Personal mit niederländischen Sprachkenntnissen wird nunmehr zusätzlich verstärkt der niederländische Markt bearbeitet.

Die Finanzsituation kann, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehrs und der Liquidität, unter Berücksichtigung der seit 2024 erhöhten Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt Alsdorf und StädteRegion Aachen, durch konsequentes Verbessern der Angebote des Energie-Erlebnis-Museums und damit einhergehender Erhöhung der eigenwirtschaftlichen Erlöse sowie durch Ausschöpfung der dargestellten Sparmaßnahmen im Bereich der Betriebskosten bewältigt werden.

Der Personaleinsatz im Bereich der Kassenkräfte und Besucherbegleiter (u.a Steiger und Besucherbegleiter) sowie Reinigungskräfte kann durch die Ausgestaltung der geringfügigen Arbeitsverhältnisse bzw. über Honorarvereinbarungen den betrieblichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Jedoch können neue gesetzliche Regelungen zum Mindestlohn zu einem spürbaren Anstieg der Kosten im Bereich geringfügig Beschäftige führen.

Aufgrund der dünnen Personaldecke ist die Gesellschaft auf den zeitlich steuerbaren Bereich der geringfügig Beschäftigen angewiesen. Die Erhöhung der Lohn- und Gehaltsstruktur ab 2024 und moderaten Steigerungen in den Folgejahren soll dem Risiko einer schwierigen Wiederbesetzung von offenen Stellen entgegenwirken, da das Lohnniveau der Gesellschaft sukzessive an vergleichbare Stellen im öffentlichen Bereich aufgestockt werden soll und die notwendigen Finanzmittel seitens der Gesellschafter bereitgestellt werden können.

Chancenbericht

Mit seinem Kernthema Energie in all seinen Facetten (Energiewende, Mobilitätswende, nachhaltige Entwicklung, energiesparendes Bauen, Klimaanpassung etc.) greift das ENERGETICON ein zentrales Thema der öffentlichen Diskussion auf. Die Themenkreis Energiewende / Energieversorgung / Energiekrise mit Kostensteigerungen sind aufgrund der weltpolitischen Lage aktueller denn je.

Es ist davon auszugehen, dass „die Energiefrage", die Energiewende mit ihren Herausforderungen - insbesondere Ausbau der regenerativen Energieverteilung und Speicherung sowie der Strukturwandel durch den Braunkohleausstieg - noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Die hohe Dynamik der öffentlichen Diskussion - auch durch gesellschaftliche Initiativen wie „Fridays for Future" und „Letzte Generation" - bietet für die unabhängige Infotainment-Einrichtung ENERGETICON Stoff für vielfältige, immer wieder aktuelle Anknüpfungspunkte mit eigenen und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen. Darüber hinaus werden Außerschulische Lernorte immer mehr an Bedeutung im staatlichen Schulbetrieb bekommen.

Mit dem Projekt Energielandschaft Anna 4.0 mit einem Projektvolumen von rd. 5,6 Mio. € gemeinsam mit der Stadt Alsdorf, den Stadtwerken Alsdorf und dem VabW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V. beträgt der Anteil der ENERGETICON gGmbH bei der investiven Phase rd. 2,6 Mio. €. Die Eigenmittelanteile i.H.v 10% verteilen sich auf die Gesellschafter der gGmbH.

Gemeinsam mit der StädteRegion wurde ebenfalls eine weitere Förderung des Themas BNE über das Programm KoMoNa eingeworben, welches seit September 2023 umgesetzt wird.

Die wirtschaftliche Situation und die Liquidität der Gesellschaft ist aufgrund der Betriebskostenzuschusserhöhung ab 2024 gemäß mittelfristiger Finanzplanung bis 2033 sichergestellt.

Auch wird die Strategie der Erhöhung der Autarkiequote bei der Erzeugung von Strom- und Wärmeenergie weiter konsequent fortgeführt.

3.4.4.9 Vogelsang IP gemeinnützige GmbH

Firmensitz:
Vogelsang 70
53937 Schleiden

Rechtsform: gGmbH
Handelsregisternummer: 5434
Gründungsdatum: 17.10.2008
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Mittelgroße Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten

Nominal:	4,29% / - / 4,29%
Stimmen:	4,29 / - / 4,29

Wirtschaftsprüfer/-in

BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstige Zwecke" der Abgabenordnung.

2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

a) Wissenschaft und Forschung,

b) Bildung und Erziehung,

c) Kunst und Kultur,

d) internationaler Gesinnung,

e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,

f) Völkerverständigung,

g) Umwelt- und Landschaftsschutz,

h) Denkmalschutz,

i) regionaler Identität sowie

j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen.

3. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich

a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentruns in Vogelsang,

b) die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,

c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie

d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.

4. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

5. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich

a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,

b) die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,

c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie

d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die im Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen wie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Kapital

Stammkapital	100.000 €; 100.000 Stimmen

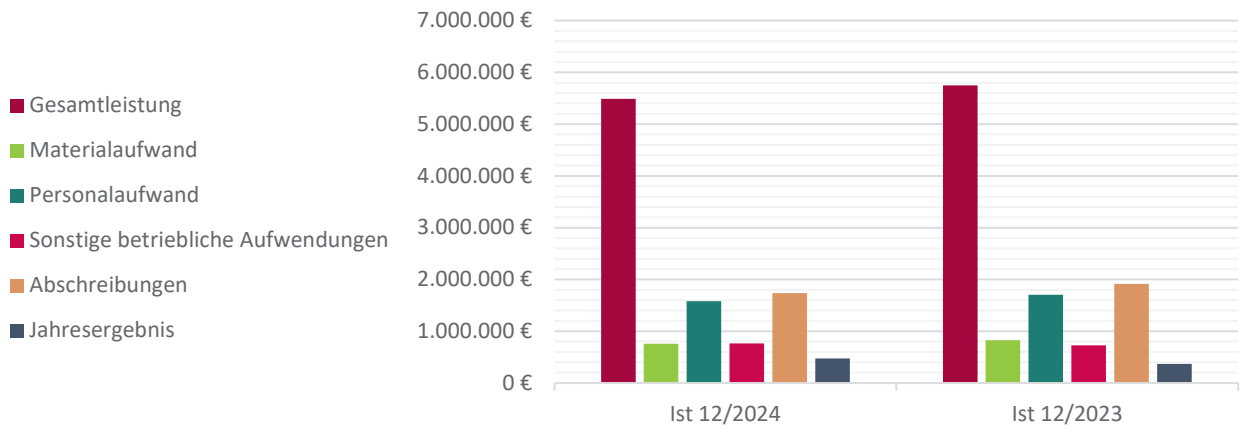
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Landschaftsverband Rheinland	70.000,00 €	70,00 %
Kreis Euskirchen	17.142,00 €	17,14 %
StädteRegion Aachen	4.286,00 €	4,29 %
Kreis Düren	2.857,00 €	2,86 %
Stadt Schleiden	2.857,00 €	2,86 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.429,00 €	1,43 %
Kreis Heinsberg	1.429,00 €	1,43 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

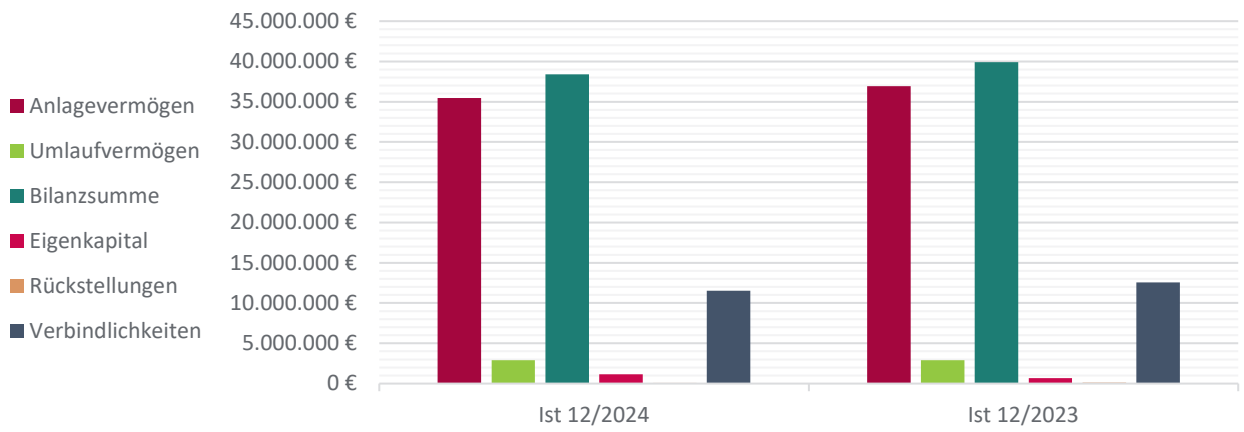
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	2.657.482,84	2.750.247,17	-92.764,33
Andere aktivierte Eigenleistungen	7.368,90	7.906,14	-537,24
Sonstige betriebliche Erträge	2.824.958,13	2.987.913,22	-162.955,09
Gesamtleistung	5.489.809,87	5.746.066,53	-256.256,66
Materialaufwand	757.923,63	829.877,23	-71.953,60
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	575.018,04	656.921,13	-81.903,09
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	182.905,59	172.956,10	9.949,49
Rohergebnis	4.731.886,24	4.916.189,30	-184.303,06
Personalaufwand	1.578.322,18	1.706.894,81	-128.572,63
dar.: Löhne und Gehälter	1.276.042,67	1.394.876,70	-118.834,03
dar.: soziale Abgaben	296.132,50	300.781,82	-4.649,32
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	6.147,01	11.236,29	-5.089,28
Sonstige betriebliche Aufwendungen	767.460,25	728.225,00	39.235,25
EBITDA	2.386.103,81	2.481.069,49	-94.965,68
Abschreibungen	1.736.538,38	1.918.217,68	-181.679,30
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	1.736.538,38	1.918.217,68	-181.679,30
dar.: auf VGG des UV, soweit diese die üblichen überschreiten	-	0,00	0,00
EBIT	649.565,43	562.851,81	86.713,62
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	67.985,81	45.738,60	22.247,21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	231.564,58	239.694,64	-8.130,06
EBT	485.986,66	368.895,77	117.090,89
Steuern vom Einkommen und Ertrag	7.036,10	0,00	7.036,10
Ergebnis nach Steuern	478.950,56	368.895,77	110.054,79
Sonstige Steuern	1.290,34	1.401,56	-111,22
Jahresergebnis	477.660,22	367.494,21	110.166,01
Gewinnvortrag / Verlustvortrag VJ	195.222,02	16.149,09	179.072,93
Bilanzergebnis	672.882,24	383.643,30	289.238,94

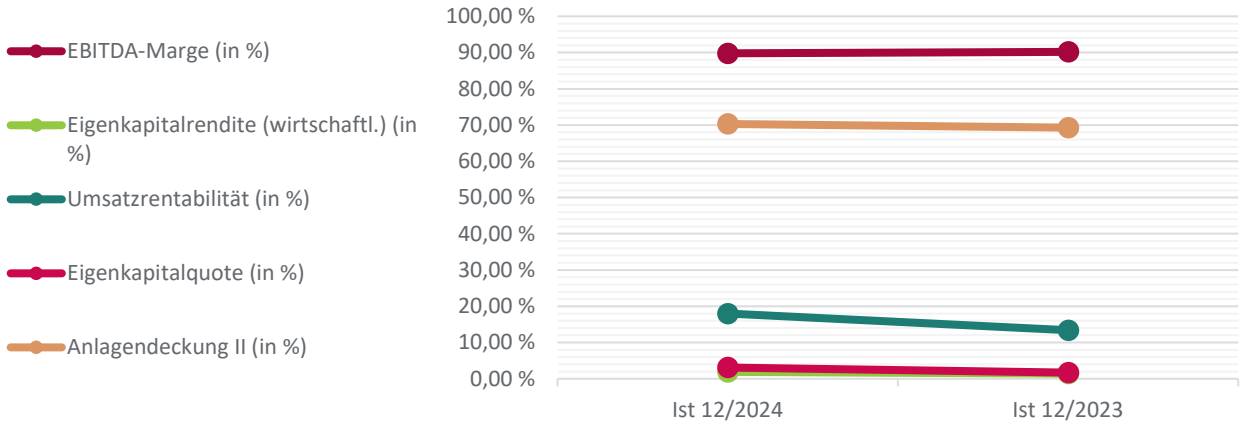
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	35.446.908,95	36.940.928,86	-1.494.019,91
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.964,00	22.645,00	-9.681,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	12.964,00	22.645,00	-9.681,00
Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen	35.433.944,95	36.918.283,86	-1.484.338,91
Grundstücke und Gebäude	33.704.598,20	35.277.374,47	-1.572.776,27
Technische Anlagen und Maschinen	31.619,00	37.198,00	-5.579,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	866.989,52	944.137,29	-77.147,77
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	830.738,23	659.574,10	171.164,13
Umlaufvermögen	2.917.837,00	2.922.742,36	-4.905,36
Vorräte	98.182,71	118.891,64	-20.708,93
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.933,56	10.776,71	-6.843,15
Fertige Erzeugnisse und Waren	94.249,15	108.114,93	-13.865,78
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	396.991,54	455.415,58	-58.424,04
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	214.993,93	300.446,65	-85.452,72
Forderungen gegen Gesellschafter	105.611,18	29.507,32	76.103,86
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	76.386,43	125.461,61	-49.075,18
Kasse, Bankguthaben, Schecks	2.422.662,75	2.348.435,14	74.227,61
Rechnungsabgrenzungsposten	46.853,64	49.298,87	-2.445,23
Bilanzsumme	38.411.599,59	39.912.970,09	-1.501.370,50
Passiva			
Eigenkapital	1.172.882,24	695.222,02	477.660,22
Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00	0,00
Kapitalrücklage	400.000,00	211.578,72	188.421,28
Bilanzergebnis	672.882,24	383.643,30	289.238,94
dar.: Gewinnvortrag / Verlustvortrag	195.222,02	16.149,09	179.072,93
Sonderposten	23.760.131,59	24.918.496,10	-1.158.364,51
dar.: Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	23.760.131,59	24.918.496,10	-1.158.364,51
Rückstellungen	90.550,00	125.135,03	-34.585,03
Steuerrückstellungen	0,00	0,00	0,00
sonstige Rückstellungen	90.550,00	125.135,03	-34.585,03
Verbindlichkeiten	11.541.589,24	12.555.182,50	-1.013.593,26
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	7.310.720,00	7.646.880,00	-336.160,00
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	280.173,32	247.110,10	33.063,22
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	3.546.486,10	4.310.390,96	-763.904,86
Sonstige Verbindlichkeiten	404.209,82	350.801,44	53.408,38
Ausgleichsposten	1.845.263,52	1.618.487,39	226.776,13
Rechnungsabgrenzungsposten	1.183,00	447,05	735,95
Bilanzsumme	38.411.599,59	39.912.970,09	-1.501.370,50

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	89,8	90,2	-0,4
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	1,9	1,4	0,5
Umsatzrentabilität (in %)	18,0	13,4	4,6
Eigenkapitalquote (in %)	3,1	1,7	1,4
Anlagendeckung II (in %)	70,3	69,3	1,0

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	41	42	-1
Verschuldungsgrad (in %)	991,8	1.823,9	-832,2

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Thomas Kreyes

Prokurist/-in

Herr Frank Jansen (bis 02.09.2024)

Gesellschafterversammlung

Mitglied

3. stellv. Städteregionsrat Frau Elisabeth Paul (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Karl-Heinz Hermanns (CDU)	
Herr Markus Terodde	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Frau Birgit Nolte	

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Grundlagen der Gesellschaft

Die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH wurde am 17.10.2008 gegründet. Der Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Zweck und Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

a) Wissenschaft und Forschung,

b) Bildung und Erziehung,

c) Kunst und Kultur,

d) internationaler Gesinnung,

e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,

f) Völkerverständigung,

g) Umwelt- und Landschaftsschutz,

h) Denkmalschutz,

i) regionaler Identität sowie

j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen.

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Hierzu zählen ausschließlich

a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
b) die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Beteiligungsverhältnisse

Im Jahr 2024 waren die folgenden Gesellschafter beteiligt:

- Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit 70.000 € | (70 %)
- Kreis Euskirchen mit 17.142 € | (17,142 %)
- StädteRegion Aachen mit 4.286 € | (4,286 %)
- Kreis Düren mit 2.857 € | (2,857 %)
- Kreis Heinsberg mit 1.429 € | (1,429 %)
- Stadt Schleiden mit 2.857 € | (2,857 %)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 1.429 € | (1,429 %)

Organe der Gesellschaft im Jahr 2024 waren die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führte gemäß Festlegung im Gesellschaftsvertrag ein Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland, den stellvertretenden Vorsitz ein Vertreter des Kreises Euskirchen.

Die Gesellschaft weist ein Stammkapital von 100.000€ auf, das nach den vorgenannten Anteilen von den Gesellschaftern quotal eingebracht ist. Bei einzelnen wichtigen Beschlüssen besteht eine Mehrheitserfordernis von 85%. Die Verlustausgleichsverpflichtung der Gesellschafter ist nach der Vorgabe des Gesellschaftsvertrags auf max. 1,4 Mio. € p.a. beschränkt.

Geschäftsführung

Seit dem 07.04.2020 ist Thomas Kreyes alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft.

Gemäß notarieller Beurkundung vom 08.02.2022 besaß Frank Jansen Einzelprokura und war bis zu seinem Ausscheiden am 31.08.2024 Leitender Angestellter nach § 5 Abs. 3 BetrVG.

Wirtschaftsbericht inkl. Geschäftsverlauf und Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und sonstige von der Gesellschaft nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen haben unmittelbare Auswirkungen auf deren wirtschaftliche Situation. Hier sind vor allem die volatilen Energiekosten, die starke Auslastung von Firmen in einzelnen Bereichen (z.B. Elektro, Heizung/Sanitär, Bau) und die Zurückhaltung vieler Konsumenten in ihrem Freizeit- und Ausgabeverhalten zu nennen.

Weiterhin ergeben sich aus rein wirtschaftlicher Sicht spezifische Nachteile der Gesellschaft wie die regelmäßig langen Anfahrtswege der Gäste, ein hoher Bestand an denkmalgeschützten und immer wieder sanierungsbedürftigen Gebäuden und Außenanlagen sowie komplexe technische Einrichtungen und deren Wartung. Dahingegen profitiert Vogelsang IP bei seinen Gästen von seinem Status als Baudenkmal von nationaler Bedeutung und eine der größten Hinterlassenschaften aus der NS-Zeit. Auch die Wahrnehmung als außerschulischer Lernort sowie als Ziel für historisch-politische Erwachsenenbildung entwickelt sich weiterhin positiv.

Geschäftsverlauf

Laufender Betrieb

Seit dem 01. Januar 2009 führt die Gesellschaft den Betrieb der zentralen Besucherinformation des Standortes Vogelsang IP sowie eine Vielzahl von Bildungsaktivitäten durch. Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Besucherinformationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Shop,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch/NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“,
- die Organisation von offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie von Begleitprogrammen von Tagungen und Konferenzen,
- den Betrieb des zentralen Besucherparkplatzes,
- den Betrieb des Geländemanagements.

Darüber hinaus vermietet bzw. verpachtet die Gesellschaft

- die Flächen des Nationalpark-Zentrums Eifel mit der Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“ an Wald und Holz NRW
- die Räumlichkeiten der Gastronomie an einen privaten Pächter.

Mit Wald und Holz NRW besteht des Weiteren ein Geschäftsbesorgungsvertrag zum gemeinsamen Besucherzentrum und Informationssystem.

Im Jahr 2024 waren u.a. folgende Nachfragewerte festzustellen:

Gästeentwicklung Vogelsang 2019-24

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
GESAMT-JAHR	286.800	263.400	184.750	221.940	209.900	226.100

Die Gästeentwicklung kann mangels exakter Erfassung der Zugänge zum Gelände nur anhand der Parkbewegungen per Formel hochgerechnet werden. Die Daten sind auch für die Vorjahre noch einmal konsistent ausgewertet worden, um eine Vergleichbarkeit zwischen den Jahren sicherzustellen. Demnach befand sich der Besuch in 2024 auf einem leicht steigenden Niveau, allerdings noch unter dem Level 2019.

Die Teilnehmerzahlen in den verschiedenen Angeboten haben sich in 2024 ebenfalls positiv gegenüber 2023 entwickelt, rangiert aber insgesamt wegen der damals höheren Zahl der Ausstellungsbesucher immer noch unter 2019. Auch diese Daten sind zur Vergleichbarkeit zwischen den Jahren sowie zum Zweck der Dokumentation noch einmal komplett ausgewertet und überarbeitet worden:

Teilnehmerzahlen VIP gGmbH 2019-24						
	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Ausstellung	32.978	29.173	12.210	21.023	18.789	19.733
Ausst.-fhrg	2.905	168	407	934	798	848
JuBi-Formate	9.559	2.597	3.021	8.412	9.888	10.122
ErBi-Formate	12.757	2.646	2.536	8.489	10.037	9.998
Offene Führg	9.199	8.633	5.502	9.007	9.187	11.267
Turmaufstieg	2.581	1.667	1.202	1.945	2.349	3.055
GESAMT	69.979	44.884	24.878	49.810	51.048	55.023

Die Gesellschaft hat 2024 insbesondere die Angebote und Veranstaltungen in der Jugendbildung und die Anzahl der Teilnehmenden in den Offenen Führungen deutlich gesteigert. Damit erfüllt Vogelsang vor allem seinen gemeinnützigen Zweck, den Gästen in Vogelsang den historischen Ort zu vermitteln.

Investitionsprojekte

Das aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschafter finanzierte Forum Vogelsang IP wurde im Jahre 2016 eröffnet. Hierzu bestehen noch einzelne Restmaßnahmen. Dies betrifft insbesondere die Sanierung des Daches des Besucherzentrums, die im Jahre 2022 gestartet wurde und im Jahre 2025 abgeschlossen werden soll.

Zur Restaurierung der sogenannten „Bastion“ und der anliegenden Stützmauern und Treppen mit einem Volumen von rd. 877 T€ wurden Fördermittel des Bundes und der Landes NRW von rd. 583 T€ gesichert, eine weitere Förderung von 80 T€ ist von der Stiftung Denkmalschutz bewilligt worden. Die Maßnahme soll ebenfalls im Jahr 2025 abgeschlossen werden.

Einen weiteren Schwerpunkt im Jahr 2024 bildete die Weiterentwicklung des Konzepts zu „Van Dooren – Neue Mitte“. Nachdem der Bundestag bereits 2023 eine BKM-Förderung im Rahmen von „KulturInvest“ avisiert hatte, zeigt inzwischen auch das Land NRW die Bereitschaft, das Bauprojekt zu unterstützen. Das Gesamtvolumen der Maßnahme beträgt ca. 10,5 Mio. € und verteilt sich auf drei Förderjahre. Es ist eine Finanzierung im Verhältnis 50% Bund, 40% Land NRW und 10% Eigenmittel der Vogelsang IP angestrebt.

Parallel hierzu hat der LVR mit seiner Regionalen Kulturförderung einen Betrag von knapp 550 T€ zugesagt, der über drei Jahre die Ausstellungsentwicklung in „Van Dooren | Neue Mitte“ parallel zur Baumaßnahme ermöglichen soll. Hierzu befindet sich Vogelsang IP in der Entwicklung einer Filmdokumentation, die später als Grundlage einer medialen bzw. digitalen Ausstellung in „Van Dooren | Neue Mitte“ dienen soll. Weitere Fördermittel befinden sich in der Akquise.

Die Bezirksregierung Köln hat zwischenzeitlich eine Förderung mit EFREMitteln für Digitalisierungsmaßnahmen im Rahmen des Aufrufs „NRW digital erleben“ mit einem Volumen von rd.1,8 Mio. € und einer erwarteten Förderung von 80% bewilligt. Das Projekt beinhaltet die Strategie und Konzeption sowie darauf basierende digitale Anwendungen wie die Neugestaltung der Website, mobile Anwendungen, 360°/AR- und KI-Anwendungen sowie ein digitales, interaktives Besucherinformationssystem. Der Projektstart erfolgt im 2. Quartal 2025, die Realisierung ist bis 2028 geplant.

Die Gesellschaft ist bei allen weiteren größeren Investitionen auf öffentliche Förderungen angewiesen und befindet sich hierzu fortlaufend in der Akquise.

Geschäftsergebnis

Unter Einbeziehung der vorab geleisteten Gesellschafterverlustausgleichszahlungen in Höhe von 1,376 Mio. € ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 478 T€. Das Geschäftsergebnis des Jahres 2024 liegt mithin vor dem Gesellschafterverlustausgleich bei einem Minus von 898 T€ und damit deutlich besser als der Planwert von minus 1,376 Mio. € und dem maximalen Verlustrahmen lt. Gesellschaftsvertrag von 1,4 Mio. €.

Die Aufwendungen, Erlöse bzw. Erträge und das Ergebnis stellen sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt dar (jeweils ohne die Gesellschafterbeiträge von max. 1,4 Mio. € unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen):

GuV Ist 2024 vs. Ist 2019-23 in T€	IST 2019	IST 2020	IST 2021	IST 2022	IST 2023	IST 2024
ERLÖSE	**4.143**	**4.192**	**3.853**	**4.238**	**4.347**	**4.113**
Umsatzerlöse	2.108	2.331	1.974	2.515	2.750	2.657
sonstige betriebliche Erträge	2.035	1.861	1.879	1.723	1.597	1.456
AUFWAND	**-5.356**	**-5.297**	**-4.991**	**-5.151**	**-5.184**	**-4.840**
Materialaufwand	-336	-215	-518	-710	-831	-758
Personalaufwand	-1.875	-1.909	-1.747	-1.677	-1.707	-1.578
Abschreibungen	-2.026	-2.050	-2.014	-2.054	-1.918	-1.737
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.119	-1.123	-712	-710	-728	-767
ZINSEN/STEUERN	**-274**	**-273**	**-261**	**-249**	**-195**	**-172**
ERGEBNIS	**-1.492**	**-1.378**	**-1.399**	**-1.162**	**-1.032**	**-899**
DIFFERENZ VS. 2019		**+114**	**+93**	**+330**	**+460**	**+593**

Zu den Erlösen wird auf Ziffer 2.4 Ertragslage verwiesen. Auf der Aufwandsseite haben die fortlaufenden Konsolidierungsmaßnahmen Erfolg gezeigt, u.a. beim Material- und Personalaufwand. Auch die Abschreibungen sind in 2024 noch einmal deutlich gefallen. Unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen nimmt die Gesellschaft eine weitere Einzelwertberichtigung auf die auch in 2024 ausgebliebenen Pachtzahlungen der Gastronomie Vogelsang in Höhe von 160.T€ vor. Dies erfolgt vor allem aus kaufmännischer Vorsicht, parallel dazu ist die Gesellschaft in Verhandlungen mit dem Pächter über eine Änderung des Pachtvertrages sowie einen verbindlichen Zahlungsplan im Hinblick auf die bisherigen Zahlungsrückstände. Alternativ bereitet die Geschäftsführung eine alternative Form der Bewirtschaftung der Gastronomie am Standort Vogelsang in Eigenverantwortung oder einer Neuausschreibung vor.

Öffentliche Zweckerreichung

Der öffentliche Zweck wurde auch im Jahr 2024 vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Information, Bildung und kulturelle Angebote verwirklicht. Nach der Pandemie und dem Hochwasser in der Eifel ist es gelungen, die Funktion von Vogelsang IP im Nationalpark Eifel als kultur- und bildungstouristische Destination zu erhal-

ten und zu erweitern, ebenso als außerschulischer Lernort. Weiterhin sind gleich eine Reihe zusätzlicher Sonderausstellungen zur Verfolgung von Sinti & Roma, zu Schule und Jugend in der Region in den Jahren 1918-45 sowie zur Baugeschichte Vogelsangs in den Jahren 1934-37 im Besucherzentrum Vogelsangs etabliert worden. Schließlich bestehen zahlreiche Kooperationen z.B. mit Schulen und anderen Bildungsträgern, um die Aktivitäten in buchbaren und/oder öffentlichen Ausstellungs-, Bildungs- und Veranstaltungsangeboten weiter auszubauen. Mit dem geplanten Projekt „Vogelsang Digital Erleben“ erfolgt der nächste wichtige Schritt zur Steigerung und Optimierung der Bekanntheit, des öffentlichen Zugangs und der Reichweite der Angebote in einer zunehmend digitalen Welt.

Dabei kann sich die Vogelsang IP inzwischen auf eine solide wirtschaftliche und inhaltliche Basis verlassen, die durch eine Fokussierung in der Ausrichtung und Struktur der Einrichtung als überregionaler Kultur- und Bildungsort mit dennoch fester Verankerung in der Region gelungen ist. Mit den in 2024 erwirtschafteten Mitteln und der in Öffentlichkeit und Politik kontinuierlich gewachsenen Wahrnehmung besitzt Vogelsang die Voraussetzungen, auch die zum erfolgreichen Abschluss der Konversion nötigen Entwicklungsschritte im Rahmen der obigen Investitionsprojekte in den kommenden Jahren zu gehen

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft zum 31.12.2024 stellt sich im Vergleich zum 31.12.2023 wie folgt dar (Angaben in T€):

Bilanz Ist 2024 vs. Ist 2019-23 in T€	IST 2019	IST 2020	IST 2021	IST 2022	IST 2023	IST 2024
AKTIVA	**45.278**	**44.488**	**42.030**	**41.075**	**39.913**	**38.412**
Anlagevermögen	43.276	41.690	39.896	38.042	36.941	35.447
Umlaufvermögen	1.943	2.748	2.082	2.982	2.923	2.918
Rechnungsabgrenzung	59	50	52	52	49	47
PASSIVA	**45.278**	**44.488**	**42.030**	**41.075**	**39.913**	**38.412**
Eigenkapital	13	106	106	385	695	1.173
Sonderposten Zuschüsse	30.348	28.962	27.583	27.818	26.537	25.605
Rückstellungen	130	134	196	128	125	91
Verbindlichk. Kreditinsitute	8.992	8.655	8.319	7.983	7.647	7.311
Sonstige Verbindlichkeiten	5.730	6.566	5.745	4.760	4.908	4.231
Rechnungsabgrenzung	65	65	80	0	0	1
BILANZSUMME	**45.278**	**44.488**	**42.030**	**41.075**	**39.913**	**38.412**
DIFFERENZ VS. 2019		**-790**	**-3.248**	**-4.203**	**-5.365**	**-6.866**

Die wesentlichen Posten stellen wie in den Vorjahren die Gebäude, die technischen und Außenanlagen des Forums Vogelsang dar, das im September 2016 eröffnet wurde. Die Finanzierung erfolgte in einem hohen Maße aus Förderungen der EU, des Bundes, des Landes NRW und der Gesellschafter, zu denen Sonderposten gebildet wurden; weiterhin wurden zur Finanzierung der Mehrkosten Kredite von Kreditinstituten und vom Gesellschafter LVR aufgenommen.

Durch die Abschreibung des Anlagevermögens sowie die Auflösung der Sonderposten und Tilgung der Kredite ergibt sich eine systematische, jährliche Bilanzverkürzung bei gleichzeitiger, kontinuierlicher Erhöhung des Eigenkapitals.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr 2024 aufgrund

- der seitens der Gesellschafter im Voraus zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- eines seitens des LVR bereitgestellten Liquiditätsdarlehens im Rahmen des Cash-Poolings von bis zu 1 Mio. € und
- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich und zu Investitionen

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der Gesellschaft geordnet. Die Liquidität zum Bilanzstichtag beträgt 2.422 T€ (Vorjahr: 2.348 T€).

Ertragslage

Die Erträge bzw. Erlöse aus der operativen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft stellen sich in 2024 im Vergleich zu den Vorjahren 2019-23 wie folgt dar:

Umsatzentwicklung VIP gGmbH 2019-24 in €	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Bildung	294.142	132.949	119.744	265.706	337.766	349.063
Ausstellung	239.914	205.673	110.276	167.334	196.666	179.870
Shop	138.255	103.619	59.249	106.573	111.533	108.856
Parkplatz	181.065	207.597	110.265	150.881	200.564	215.105
Gastro	57.297	31.223	58.018	107.899	153.000	160.000
Tagung	30.296	19.351	54.104	119.791	131.815	63.715
GESAMT	**940.951**	**700.412**	**511.656**	**918.183**	**1.131.344**	**1.076.609**

Demnach hat die Gesellschaft in 2024 nicht das Rekordniveau des Jahres 2023 erreicht, rangiert aber weiterhin deutlich über den Vorjahren. Die übrigen Umsatzerlöse und Erträge bewegen sich auf einem vergleichbaren Niveau und sind durch Förderzusagen bzw. die Verträge mit dem Nationalpark Eifel abgesichert.

Prognosebericht

Bei der im Oktober 2024 aufgestellten Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2025 haben die Gesellschafter der Vogelsang IP wiederum ihre Finanzierungsbeiträge in Höhe von 1,4 Mio. € eingebracht. Zugleich gilt die Vereinbarung, wie schon für 2024 etwaige nicht benötigte Finanzierungsbeiträge den Gesellschaftern wieder zu rückgewähren, wenn der Geschäftsverlauf erneut besser ausfällt als in der bewusst kaufmännisch vorsichtigen Wirtschaftsplanung.

Zudem ist der Umstand zu berücksichtigen, dass die Vogelsang IP in den großen Förderprojekten mit maßgeblichen Eigenanteilen zu rechnen hat, die vorzugsweise aus der operativen Geschäftstätigkeit finanziert werden sollen. Die Gesellschafter der Vogelsang IP haben in ihrer Versammlung am 29.10.2024 im Wirtschaftsplan ein Ergebnis von - 1,399 Mio. € für 2025 vor ihren Finanzierungsbeiträgen beschlossen, mit dem auch alle größeren Projektanforderungen im laufenden Geschäftsjahr realisiert werden sollen.

Für das Geschäftsjahr 2025 ist aufgrund der Saisonalität und der Tatsache, dass die Gesellschaft im ersten Quartal regelmäßig nur rd. 12% der jährlichen Umsätze erwirtschaftet, hinsichtlich der Erträge noch keine verlässliche Prognose möglich. Die bisherigen Monate in 2025 bewegen sich auf einem mit den Vorjahren 2024 und 2023 vergleichbaren Niveau.

Es besteht die Hoffnung, dass sich Vogelsang IP als Ziel der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie als Ausflugsziel für historisch-politisch interessierte Gäste weiterhin positiv entwickelt. Allerdings fehlt dem Standort Vogelsang weiterhin ein ausreichendes Angebot an Übernachtungen, um die Aufenthaltsdauer der Gäste systematisch zu erweitern und die Inanspruchnahme der Kultur- und Bildungsangebote der Vogelsang IP systematisch zu erhöhen.

Die Maßnahmen sowohl im Investitionsbereich als auch zu Bildungsprojekten hängen in hohem Maße von Förderungen ab, die bei teilweise jährlich wechselnden Programmen und Inhalten immer wieder neu akquiriert werden müssen. Hinzu kommen die großen, mehrjährigen Förderprojekte im Zusammenwirken mit Bund, Land und Region, die zum erfolgreichen Abschluss der Konversion des Standorts wesentliche finanzielle Anstrengungen erfordern.

Wesentliche operative Schwerpunkte im Jahr 2024 sind:

- Pflege und Steigerung der Reputation als besonderer Ort für qualitativ hochwertige Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Bildungsangebote mit überregionaler Bedeutung
- Ausbau bzw. Entwicklung eines proaktiven Vertriebssystems in Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern am Standort und in der Region wie dem Nationalpark Eifel
- Verstärkung der Präsenz in den digitalen Medien in Verbindung mit digitaler Angebotsplanung und Buchungsmöglichkeit durch den Start des Projektes „Vogelsang Digital Erleben“
- Analyse und Priorisierung der Liegenschaftsthemen am Standort Vogelsang IP mit einem weiter steigendem Kostenbewusstsein
- Überprüfung der Zusammenarbeit mit der Gastronomie zur Erhöhung der Kunden- und Veranstaltungszahlen sowie der Pachtzahlungen
- Etablierung neuer Angebote und Ausbau der (größeren) Veranstaltungen insbesondere im Belgischen Kulturkino
- Fortführung der Konsolidierungsmaßnahmen und des Kostenmanagements in allen relevanten Aufgabenbereichen
- Durchführung der Restaurierung der Bastion, Stützmauern und Treppen als wichtigen Beitrag zum Erhalt der Gesamtanlage
- Weiterentwicklung/Projektierung wichtiger Themen wie Mobilität/Parken und nachhaltige Energieversorgung

Im Falle eines entsprechenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung zur Rückgewährung der nach Jahresergebnis nicht operativ benötigten Finanzierungsbeiträge bedarf die Gesellschaft weiterhin einer Strategie zur Finanzierung künftiger Eigenanteile bei größeren Förderprojekten, ebenso eine abgewogene bzw. vorsichtige Vorgehensweise bei künftigen Risiken insbesondere durch den Zustand des großen Baubestands auf dem Gelände.

Chancen-/Risikobericht

Die Gesellschaft verfolgt gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29.10.2020 einen wirtschaftlichen Konsolidierungskurs mit dem Ziel, einerseits den Aufwand gerade im Bereich Personal und Liegenschaften systematisch zu begrenzen und andererseits die Erlöse vor allem im Bildungsbereich kontinuierlich zu erhöhen. Hierfür werden weiterhin Personal- und Sachaufwand kritisch hinterfragt und der Mitteleinsatz stärker an potenzielle Erlösmöglichkeiten gekoppelt. Die Konsolidierung ist zum überwiegenden Teil abgeschlossen, wird aber als Grundprinzip weiterverfolgt, um nach Möglichkeit in hoher Eigenverantwortung einen maßgeblichen Beitrag zum Abschluss der Konversion am Standort Vogelsang IP zu leisten.

Risiken bestehen für die Gesellschaft vor allem im Zustand und der Erhaltung der umfangreichen Immobilien, die im Rahmen der Konversion von der Bundesimmobilienanstalt nach und nach übernommen worden sind. Hierfür ist der

Status eines Baudenkmals von nationaler Bedeutung durch seine Bedeutung als eine der größten Hinterlassenschaften aus der NS-Zeit ebenso wie seine Nachnutzung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zusammenwirken mehrerer westeuropäischer Staaten von entscheidender Bedeutung, um weiterhin EU-, Bundes- und Landesmittel zu erhalten.

Zudem bedarf der Standort Vogelsang IP in möglichst schneller Entwicklung ausreichender Übernachtungsmöglichkeiten in unterschiedlicher Qualität, um Gäste mit längerer Anreise und Aufenthalt in ausreichender Zahl zu gewinnen. Gerade in diesem Bereich steht die praktische Umsetzung diverser Projekte aus den ursprünglichen Leitentscheidungen des Landes NRW noch aus. Die Gesellschaft wird wie in den Vorjahren die wirtschaftliche Situation regelmäßig analysieren und gegebenenfalls unter Einbindung der Gesellschafter bei potentiellen Risiken geeignete Gegenmaßnahmen einleiten.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Bei der Gesellschaft wurden im Jahr 2024 keine Finanzinstrumente eingesetzt. Im Jahr 2024 erfolgte eine Anlage in Anlageformen wie Fest- und Tagesgelder.

3.4.4.10 Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH

Firmensitz:
Am Brainergy Park 6
52428 Jülich

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 6813
Gründungsdatum: 07.03.2014
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Kleine Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten

Nominal:	8% / - / 8%
Stimmen:	- / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

VBR GmbH & Co. KG

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung und die Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess im rheinischen Braunkohlerevier. Dieser Unternehmensgegenstand wird insbesondere verwirklicht durch - die Bündelung aller für den Strukturwandel relevanten Akteure und Initiativen im gesamten Rheinischen Revier (einheitlicher Ansprechpartner), - die Übernahme der Funktion als Schnittstelle zur EU, dem Bund, dem Land sowie zu den Bezirksregierungen, - die Initiierung von Strategie- und Leitbildprozessen zur Entwicklung und Qualifizierung strukturwirksamer Projekte.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die ZRR GmbH ist das zentrale Instrument der Region, um gemeinsam mit dem Land und dem tagebautreibenden Konzern den Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier zu steuern. Ziel und Zweck der Gesellschaft ist es, ein konkretes und unmittelbar handlungsrelevantes Umsetzungskonzept für den regionalen Transformationsprozess zu entwickeln und zu befördern.

Die Region "Rheinisches Revier" zu der die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Kreis Neuss sowie die StädteRegion Aachen und die Stadt Mönchengladbach gehören, ist durch die Gewinnung, Verstromung und Veredelung der Braunkohle geprägt. In dieser Region soll die ZRR GmbH für die genannten Gebietskörperschaften Aufgaben der Daseinsvorsorge als öffentlichen Zweck dergestalt übernehmen, dass sie im Sinne einer zukunftsorientierten Wirtschaftsentwicklung in der Region wirkt. In Erfüllung dieses Zweckes entwickelt die Gesellschaft Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte und unterstützt den Strukturwandel durch Initiierung und Durchführung von Projekten im Sinne einer Innovationsagentur in Abstimmung mit den in der Region bereits tätigen regionalen und interkommunalen Entwicklungsinstitutionen.

Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht in engem Zusammenwirken der Organe der Gesellschaft mit den hierfür geeigneten Partnern aus der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Politik und den Verbänden. die innerhalb der Region tätig oder ansässig sind oder die geeignet und bereit sind, den Strukturwandel in der Region im Sinne dieses Gesellschaftszwecks aktiv zu unterstützen.

Kapital

Stammkapital	25.000 €; 0 Stimmen

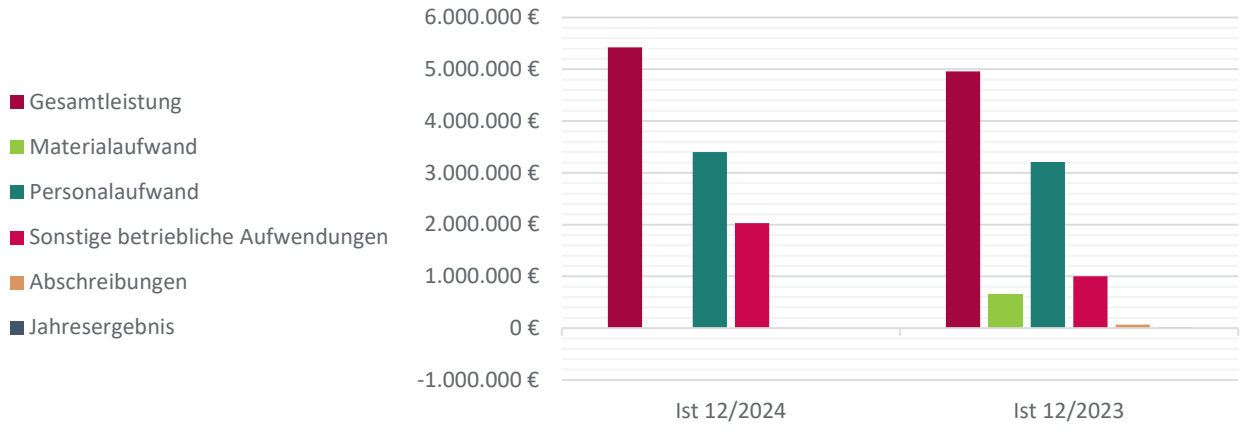
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00 €	10,00 %
Rhein-Kreis-Neuss	2.500,00 €	10,00 %
Stadt Mönchengladbach	2.500,00 €	10,00 %
Kreis Düren	2.000,00 €	8,00 %
Kreis Euskirchen	2.000,00 €	8,00 %
Kreis Heinsberg	2.000,00 €	8,00 %
StädteRegion Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Zweckverband Region Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Industrie- und Handelskammer Aachen	1.500,00 €	6,00 %
Industrie- und Handelskammer Köln	1.500,00 €	6,00 %
Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein	1.250,00 €	5,00 %
Handwerkskammer Aachen	750,00 €	3,00 %
Handwerkskammer Düsseldorf	750,00 €	3,00 %
Handwerkskammer Köln	500,00 €	2,00 %
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie mbH	500,00 €	2,00 %
Region Köln/Bonn e.V.	250,00 €	1,00 %
Standort Niederrhein GmbH	250,00 €	1,00 %
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsverbundes mbH	250,00 €	1,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

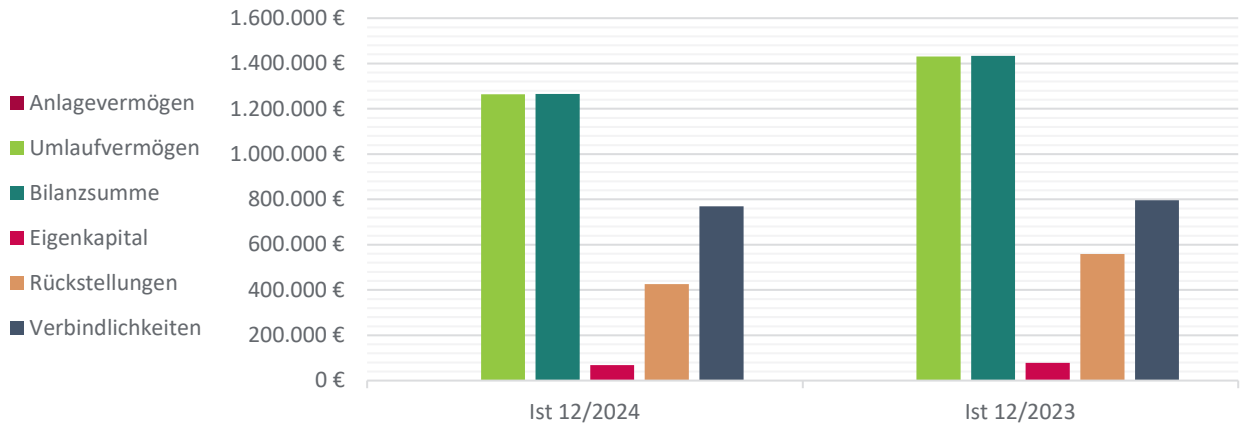


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	37.258,40	68.162,73	-30.904,33
Sonstige betriebliche Erträge	5.384.607,54	4.889.058,89	495.548,65
Gesamtleistung	5.421.865,94	4.957.221,62	464.644,32
Materialaufwand	-	662.978,91	-662.978,91
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	662.978,91	-662.978,91
Rohergebnis	5.421.865,94	4.294.242,71	1.127.623,23
Personalaufwand	3.400.750,17	3.209.699,45	191.050,72
dar.: Löhne und Gehälter	2.743.518,99	2.620.520,86	122.998,13

dar.: soziale Abgaben	511.499,10	508.437,13	3.061,97
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	145.732,08	80.741,46	64.990,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.030.986,61	1.004.597,14	1.026.389,47
EBITDA	-9.870,84	79.946,12	-89.816,96
Abschreibungen	4.958,89	66.711,67	-61.752,78
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	4.958,89	66.711,67	-61.752,78
EBIT	-14.829,73	13.234,45	-28.064,18
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.727,65	676,10	6.051,55
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.596,00	1.291,43	304,57
EBT	-9.698,08	12.619,12	-22.317,20
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-0,09	2.730,43	-2.730,52
Ergebnis nach Steuern	-9.697,99	9.888,69	-19.586,68
Sonstige Steuern	10,00	10,00	0,00
Jahresergebnis	-9.707,99	9.878,69	-19.586,68

Bilanz

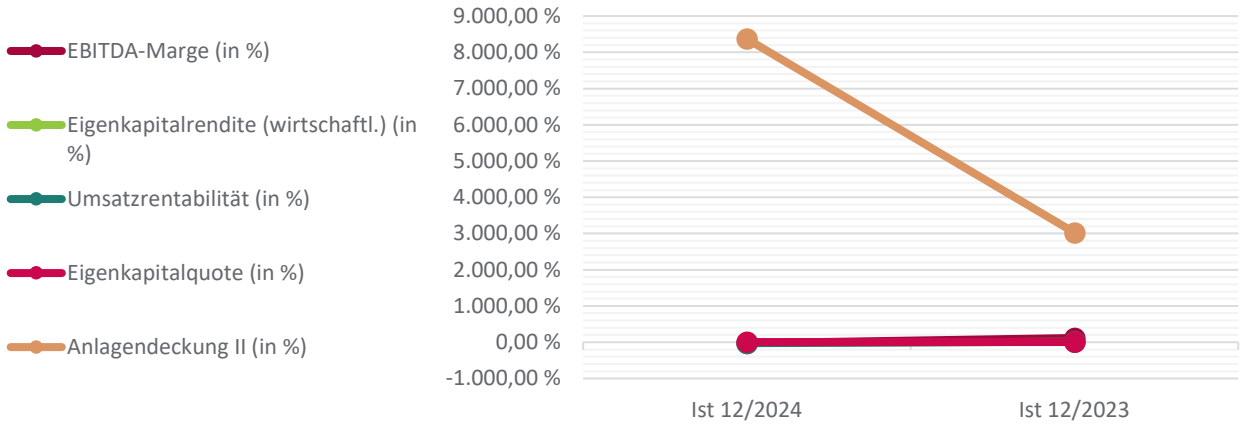


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	821,00	2.592,00	-1.771,00
Sachanlagen	821,00	2.592,00	-1.771,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	821,00	2.592,00	-1.771,00
Umlaufvermögen	1.263.534,92	1.430.586,14	-167.051,22
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.691,26	31.899,49	-3.208,23
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21.965,25	16.427,88	5.537,37
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	6.726,01	15.471,61	-8.745,60
dar.: Übrige sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	6.726,01	15.471,61	-8.745,60
Kasse, Bankguthaben, Schecks	1.234.843,66	1.398.686,65	-163.842,99
Rechnungsabgrenzungsposten	684,25	577,81	106,44
Bilanzsumme	1.265.040,17	1.433.755,95	-168.715,78
Passiva			

Eigenkapital	68.722,03	78.430,02	-9.707,99
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0,00
Gewinnrücklagen	53.430,02	-	53.430,02
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-	43.551,33	-43.551,33
Jahresergebnis	-9.707,99	9.878,69	-19.586,68
Rückstellungen	426.268,94	559.312,39	-133.043,45
Steuerrückstellungen	2.012,11	5.373,34	-3.361,23
sonstige Rückstellungen	424.256,83	553.939,05	-129.682,22
Verbindlichkeiten	770.049,20	796.013,54	-25.964,34
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	404.339,62	127.243,48	277.096,14
dar.: Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-	65.258,83	-65.258,83
Sonstige Verbindlichkeiten	365.709,58	668.770,06	-303.060,48
dar.: aus Steuern	37.884,04	35.004,68	2.879,36
dar.: im Rahmen der sozialen Sicherheit	2.018,25	5.896,54	-3.878,29
Bilanzsumme	1.265.040,17	1.433.755,95	-168.715,78

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-26,5	117,3	-143,8
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	-14,1	12,6	-26,7
Umsatzrentabilität (in %)	-26,1	14,5	-40,6
Eigenkapitalquote (in %)	5,4	5,5	-0,1
Anlagendeckung II (in %)	8.370,5	3.025,8	5.344,7

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	51	50	1
Verschuldungsgrad (in %)	1.740,8	1.728,1	12,7

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in
Herr Bodo Middeldorf
Prokurist/-in
Herr Stefan Berghaus

Aufsichtsrat

Mitglied
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen) — StädteRegion Aachen

Gesellschafterversammlung

Mitglied
Bgm Herr Pierre Froesch (CDU)
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Jochen Emonds (CDU)
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Herr Markus Terodde
Bgm Frau Nadine Leonhardt (SPD)
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Andor Schmitz (SPD)
stellvertretendes Mitglied
Städteregionstagsmitglied Herr Jochen Emonds (CDU) — StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 30 Mitgliedern 6 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 20,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Das Unternehmen hat seinen Geschäftsbetrieb am 1.4.2014 als „IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH“ aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Am 21.12.2020 wurde die erste Änderung des Gesellschaftsvertrags unterzeichnet, welche u.a. die Umfirmierung als „Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH“ (im Handelsregister eingetragen seit Juni 2021) sowie die Erweiterung der Gesellschafter sowie Gremienmitglieder umgesetzt hat. Am 5.10.2021 wurde die zweite Änderung des Gesellschaftervertrags unterzeichnet (im Handelsregister eingetragen seit Februar 2022), welche die Erweiterung der Gremiumsmitglieder und die Konkretisierung der Haftungskonditionen umfasste. Die Verlegung des Unternehmenssitzes vom Technologiezentrum Jülich an den Standort Brainenergy Park Jülich erfolgte im März 2022. Am 05.09.2024 erfolgte im Handelsregister die seitens der Stadt Jülich angeordnete Änderung der Hausnummer aus „Am Brainergy Park 6“ (bislang 21).

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung und die Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess im rheinischen Braunkohlerevier. Dieser Unternehmensgegenstand wird insbesondere verwirklicht durch die Bündelung aller für den Strukturwandel relevanten Akteure und Initiativen im gesamten Rheinischen Revier im Sinne eines einheitlichen Ansprechpartners, die Übernahme der Funktion als Schnittstelle zum Land und den Bezirksregierungen sowie durch die Initiierung von Strategie- und Leitbildprozessen zur Entwicklung und Qualifizierung strukturwirksamer Projekte. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2023 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH wird im Wege öffentlich getragener Förderprojekte und Aufträge finanziert. Mit dem im Jahr 2020 beschlossene Strukturstärkungsgesetz Kohleregion haben Bund und Lande u.a. mit der Erstellung und Umsetzung eines Wirtschafts- und Strukturprogramms (WSP) zudem langfristige Aufgaben bei der Zukunftsagentur verankert.

Im April 2021 wurde das Wirtschafts- und Strukturprogramm in der Fassung 1.1 von Aufsichtsrat und Gesellschaftsversammlung beschlossen und im Juni von der Landesregierung als inhaltliche Handlungsgrundlage für die Arbeit der Gesellschaft sowie die Ausrichtung der Förderstruktur genehmigt. Zur gleichen Zeit schlossen das Land NRW und die Zukunftsagentur als Vertreterin der Region im Strukturwandel den Reviervertrag, der die gemeinsame Zielsetzung des Strukturwandelprozesses festgelegte. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2023 infolge der Entscheidung für einen früheren Kohleausstieg im Jahr 2030 erneuert.

Die institutionelle Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde erstmals im Jahr 2020 bewilligt und wird seitdem jährlich fortgeschrieben. Neben weiteren Förderungen und Verträgen handelt es sich um die mit Abstand bedeutendste Finanzierungsquelle.

Darüber hinaus erfüllt die Zukunftsagentur nach wie vor weitere Aufgaben:

- Bereits seit Mitte 2018 besteht ein Kooperationsvertrag mit der Bezirksregierung Köln zur Übernahme der Aufgaben des „Regionalpartners des Bundes“ im Modellvorhaben „Unternehmen Revier“, der im Jahr 2021 erneuert wurde.

- Die Zukunftsagentur unterstützt einen europaweiten Forschungsverbund als Praxispartner über ein „Consortium Agreement“ im EU- Horizon 2020-Verbundvorhaben „Carbon Intensive Regions in Transition — Unravelling the Challenges of Structural Change“ (CINTRAN) vom 3. Februar 2020. Das Projekt wurde im Jahr 2024 planmäßig abgeschlossen.

- Die Zukunftsagentur bringt sich in dem Forschungstransfer-Verbundvorhaben „Dazwischen“ seit 2020 als assoziierter Partner ohne Förderung aktiv mit ein. Verbundpartner sind die TU Dortmund, die RWTH Aachen, infas GmbH, Kreis Euskirchen und die Stadt Düren. Ziel ist die Etablierung eines Online-Rauminformationssystems (RIS) im Rheinischen Revier.

- Mit dem Zuwendungsbescheid des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle vom 16.12.2024 betreibt die Zukunftsagentur in Verbund mit der Landesgesellschaft Energy4Climat eine kommunale Kompetenz- und

Beratungsstelle für Erneuerbare Energien. Diese soll Kommunen dabei unterstützen, Projekte wie Windparks, Photovoltaikanlagen oder Energiespeicher erfolgreich zu planen und umzusetzen.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte und Verträge in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt ausgewiesenen Teilbudgets dargestellt.

Jährlich leisten die Gesellschafter für allgemeine Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier, insbesondere im Rahmen der institutionellen Förderung, einen Zuschuss, der durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan beschlossen wird. Für die Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung können einzelne Gesellschafter selektiv Zuschüsse bereitstellen. Im Jahr 2024 war dies nicht notwendig.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter ohne einen expliziten Beschluss im Wirtschaftsplan insgesamt bis zu einer Grenze von 500.000 € für außerplanmäßige und nichtförderfähige Ausgaben der GmbH haften. Alle Einnahmen, also neben den Gesellschaftsbeiträgen seit dem Jahr 2023 auch etwaige Spende müssen nach Maßgabe der Fördergeberin als Eigenanteil auf die Förderung angerechnet werden. Sie können nicht mehr, wie bis zum Jahr 2022 mit dem Beitrag der Firma RWE, zweckgebunden für die Deckung nicht förderfähiger Ausgaben verwendet werden.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Lage spielt infolge der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln eine mittelbare Rolle für das Unternehmen. In dem Rahmen bestehen grundsätzlich Unsicherheiten bezüglich der Kontinuität der staatlichen Fiskalpolitik. Seltene Verwerfungen wie Wirtschaftskrisen, militärische Bündnisfälle, Pandemien, Handelskonflikte, etc. können mittel- bis langfristig immense Auswirkungen auf die politische Fähigkeit oder Bereitschaft zur Umsetzung des mit dem Strukturstärkungsgesetz vorgesehen präventiven Transformationsprozesses haben.

Infolge der bestehenden wirtschaftlichen Stagnation ist in den nächsten Jahren nicht mit öffentlichen Mehreinnahmen oberhalb der Inflationsrate zu rechnen. Eine weitere Ausweitung der über die institutionelle Förderung finanzierten Aufgaben erscheint daher unwahrscheinlich.

Im weiteren Verlauf könnte die Gesamtwirtschaft von der Stagnation in eine Rezession übergehen. Höhere Staatsausgaben z.B. in den Bereichen der Sozialleistungen und Verteidigung könnten in Kombination mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse den haushälterischen Spielraum einschränken, die tarif- und inflationsbedingten Ausgabensteigerungen öffentlicher Haushalte und damit auch der Zukunftsagentur in vollem Umfang zu tragen.

Mit dem Wechsel der Bundesregierung im Jahr 2025 ist vorläufig mit einer schuldenorientierten Fiskalpolitik zu rechnen, so dass die Folgen von Stagnation oder Rezession mittelfristig zumindest teilweise abgefedert werden können.

Geschäftsverlauf und Lage

Ertragslage

Die 2024 erfolgswirksam verbuchten Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 5,4 Mio. € (4,9 Mio. € im Jahr 2023). Der Anstieg ist auf die Landeszuschüsse zurückzuführen, während die Gesellschafterbeiträge konstant geblieben sind.

Hauptaufwandsposition sind der Personalaufwand in Höhe von 3,4 Mio. € und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Veranstaltungen, Repräsentationskosten, Fremdleistungen und Fremdarbeiten) in Höhe von rd. 2 Mio. €.

Insgesamt ergab sich für das Jahr 2024 ein geringerer Fehlbetrag in Höhe von 9.707,99€, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Finanzlage

In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. dünn. Gleichwohl war eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft im Berichtsjahr gegeben. Dies wird auch weiterhin erwartet.

Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2024 wie folgt verändert: Das Gesamtvermögen und -kapital ist per Saldo gegenüber dem Vorjahr von 1,43 Mio. € auf 1,26 Mio. € gesunken. Innerhalb des Gesamtvermögens ist eine Verminderung des Umlaufvermögens, insbesondere bedingt durch gesunkene liquide Mittel, um rd. 200 TEUR zu verzeichnen. Auf der Passivseite musste eine Schwächung aufgrund des Jahresfehlbetrages hingenommen werden, so dass zum Bilanzstichtag ein bilanzielles Eigenkapital von 68.722,03 € (2023: 78.430,02 €) ausgewiesen wird. Bankverbindlichkeiten sind nicht vorhanden.

Wesentliche Bilanzpositionen	2024	2023	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	0,82	2,59	-1,7
Umlaufvermögen	1.263,53	1.430,59	-167,05
Aktiva	**1.265,04**	**1.433,76**	**-168,72**
Eigenkapital	68,72	78,43	-9,71
Rückstellungen	426,27	559,31	-133,04
Verbindlichkeiten	770,05	796,01	-25,96
Passiva	**1.265,04**	**1.433,76**	**-168,72**

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bei den finanziellen Leistungsindikatoren liegt der Fokus der Gesellschaft auf:

- Höhe der eingeworbenen Drittmittel: 5,1 Mio. €
- Höhe der Umsatzerlöse: 37.258,40 €

Für die interne Unternehmenssteuerung werden u.a. folgende Kennzahlen herangezogen:

- Die Anzahl der über Zuwendungsbescheide und Verträge mittelfristig abgesicherten Personalstellen als Indiz für die Deckung von Bedarfen der Region, Bund und Land: 64 Stellen
- Die Anzahl der Beschaffungsvorgänge als Indiz für die Bereitstellung von Angeboten für die Zielgruppen des Strukturwandels: 354 Direktaufträge und Vergaben

Darüber hinaus ist Kommunikation ein wesentlicher Erfolgsfaktor, welcher sich nur bedingt über Indikatoren bzw. Kennzahlen erfassen lässt. Derzeit ist die Absicht, im Durchschnitt täglich eine Meldung einzeln oder parallel über alle unsere Kanäle (u.a. Social Media, Website, Newsletter, Print) auszuspielen.

Gesamtaussage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird als solide eingeschätzt. Die Zuschussentwicklung ist robust, die Ergebnisentwicklung ist konstant. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

Prognosebericht

Der Firmensitz wurde im Jahr 2022 in den Brainergy Park als einem der ersten sichtbaren Transformationsstandorte verlegt. Die im Jahr 2023 abgeschlossene Erweiterung der Aufbauorganisation um eine neue mittlere Führungsebene hat eine Abteilungsstruktur etabliert, die insbesondere den konzeptionellen Anforderungen sowie der Projektinitiierung und -begleitung gerecht wird und den wachsenden Bedarfen im Bereich Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und zentral vorzuhaltenden Dienstleistungen Rechnung trägt.

Neue Anforderungen ergeben sich aus einer durch das Wirtschaftsministerium bekannt gegebenen Deckelung der institutionellen Förderung ab dem Jahr 2024. Zwar konnte diese im Jahr 2024 auskömmlich durch die Bereitstellung von Selbstbewirtschaftungsmitteln aus dem MWIKE-Budget erhöht werden, diese stehen jedoch nicht in jedem Jahr gesichert zur Verfügung. Daher müssen Fixkosten auf das Niveau reduziert werden, mit dem ein Basis-Aufgabenportfolio auch ohne Selbstbewirtschaftungsmittel geleistet werden könnte. Die Reduktion der Fixkosten betrifft insbesondere den über die institutionelle Förderung dauerhaft vorgesehenen Personalstamm, der nicht auf den angedachten Umfang anwachsen kann. Infolgedessen wurde mit der Konsolidierung und Fokussierung des Aufgabenspektrums vorgenommen und im Jahr 2024 weitgehend umgesetzt. Das Aufgabenportfolio im Rahmen der institutionellen Kernfinanzierung ist damit weitgehend fixiert, so dass eine Auswertung im Wesentlichen von weiteren Förderungen und Verträgen abhängt.

Neben der dauerhaft angelegten Kernaufgabe sollen Aufbauteams neue Aktivitäten des regionalen Strukturwandels initiieren. Im Erfolgsfall können die Aufgaben im weiteren Verlauf durch eigens gegründete Gesellschaften oder durch Dritte fortgeführt werden. Dazu gehört aktuell die Weiterentwicklung der Initiative eines „Gigawattpakts“ für das Rheinische Revier im Rahmen der Kommunalen Kompetenz- und Beratungsstelle im Rheinischen Revier (KoKoBe GWP).

Chancen- und Risikobericht

Chancen der Gesellschaft bestehen in der Übernahme weiterer Aufgaben infolge der sich abzeichnenden Komplexität der mit dem Strukturwandel verbundenen Prozesse. Der Bedarf der Koordination der Aktivitäten unterschiedlicher Akteure und Maßnahmenträger wächst mit dem nahenden Ende der Braunkohleverstromung weiter an. Dies kann zu weiteren Verbundvorhaben wie der kommunalen Kompetenz- und Beratungsstelle führen als auch zu weiteren zielgruppenspezifischen Angeboten wie die Revierakademie für Strukturwandelmanagende oder die Bürgerbeteiligung im Vorfeld und zur Begleitung kommunaler Strukturwandel-Konzeptionen.

Branchenspezifische Risiken

Aufgrund des besonderen Geschäftsfeldes der Gesellschaft bestehen derzeit keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Gesellschaft aus Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken. Zur Vermeidung von Risiken aus Zahlungsstromschwankungen besteht die Zukunftsagentur im regelmäßigen Austausch mit den zuwendungsgegebenen Stellen, insbesondere der Bezirksregierung Köln zur institutionellen Förderung. Im Bereich der finanzwirtschaftlichen Risiken lässt sich festhalten, dass die Liquiditätslage zum Bilanzstichtag zufriedenstellend ist; dank der Kernfinanzierung über die langfristig angelegte institutionelle Förderung sind keine dauerhaften Engpässe zu erwarten.

Ertragsorientierte Risiken

Die Ergebniserwartung für die Folgejahre steht in Abhängigkeit von den Zielsetzungen und von den Vorgaben des Gesellschaftszweckes.

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft besteht darin, dass die Förderung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht für alle Ausgaben durch die Zuwendungsgeberin gewährt wird. Dies betrifft insbesondere die vom Finanzvolumen dominierende institutionelle Förderung, die im Sinne einer aktualisierten Fortschreibung jährlich neu zu beantragen ist. Die institutionelle Förderung ist als Fehlbedarfsförderung konzipiert. Zunächst müssen alle gesicherten Einnahmen verwendet werden, sofern sich nicht für andere Zwecke (z.B. Projektförderungen) benötigt werden. Nicht alle Ausgaben sind förderfähig. Geht die Summe der nicht anerkannten Ausgaben und der Rückforderungen aus bereits erfolgten Förderungen über die Summe der nicht anzurechnenden Einnahmen hinaus, werden weitere Gesellschafterzuschüsse notwendig.

Risiken der künftigen Entwicklung ergeben sich aus den aus Fördermitteln realisierten Einnahmen. Da das in den Jahren zurückgelegte Wachstum der Zukunftsagentur nicht mit einer Erhöhung der Gesellschaftsbeiträge und Spenden einher ging, steigt das Risiko für Rückforderungen von Förderungen sowie der Umfang der nicht-förderfähiger Ausgaben. Dementsprechend steigt die Bedeutung der Einhaltung aller mit Fördergeldern verbundenen Abläufe und Regelungen des Zuwendungs- und Vergaberechts. Die Rückstellungen für Zuschussrisiken bilden dies ab.

Das Risikomanagement zielt zunächst auf die Verringerung der Förderschädlichkeit größerer Summen. Dies beinhaltet einen starken Detailgrad bei der Offenlegung aller erwartbaren Ausgaben und Einnahmen gegenüber den zuwendungsgegebenen Stellen im Rahmen der Antragsstellung ex ante. Zudem werden größere Ausgabenveränderungen während

des Durchführungszeitraums vorab abgestimmt. Risiken durch förderschädliche Abläufe u.a. im Rahmen größerer europaweiter Auftragsvergaben werden durch die Einbindung einer auf Verwaltungs- und Vergaberecht spezialisierten Kanzlei reduziert. Hinsichtlich einer förderrechtlichen zulässigen Lösung zur Einhaltung handelsrechtlicher Vorschriften (z.B. die Bildung von Rückstellungen für Urlaubs- und Überstundenansprüche) konnte bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichts mit der Fördergeberin noch keine Lösung gefunden werden.

Der Personalumfang im Bereich Verwaltung wurde seit dem Jahr 2021 verstärkt ausgebaut, um der gewachsenen Arbeitsquantität infolge des starken Wachstums in allen weiteren Bereichen der Zukunftsagentur gerecht zu werden. Damit einher geht eine Professionalisierung der Ablauforganisation. Mit der Einführung der eigenständigen Abteilung Organisation wurden und werden arbeitsteilige Aufgabengebiete geschaffen, in denen Mitarbeitende eine Expertise z.B. in den Bereichen Controlling, Finanzbuchhaltung, Fördermanagement, vergabe- und Vertragsmanagement, Personalwesen sowie (IT-)Infrastruktur aufbauen und auffüllen. Dazu wird auch das Instrumentarium auf den aktuellen Stand gebracht.

Anlässlich der Beauftragung eines neuen Steuerberaters im Jahr 2022 läuft seit dem Jahr 2023 eine Digitalisierungsoffensive, die neben der Automatisierung z.B. in der Zeitwirtschaft und Lohnbuchhaltung mehr Monitoring- und Steuerungsoptionen insbesondere mit der eigenständigen Übernahme der Buchführung im Jahr 2023 bereithält. Im Jahr 2024 gelang die Einführung einer digitalen Zeltwirtschaft, die Übernahme der Lohnbuchhaltung vom Steuerberater sowie die Zusammenarbeit mit einem IT-Systemhaus.

Im Jahr 2025 folgend ist eine grundsätzliche Neuaufstellung der gewachsenen IT-Strukturen beabsichtigt, die neben Einsparungen über automatisierte Installations- und Wartungsabläufe auch Steigerungen auf zeitgemäßere Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen erzielen soll.

Insgesamt und aus Vorsichtsgründen wird für das Geschäftsjahr 2025 mit einer konstanten Ergebnisentwicklung gerechnet.



Wohnungswirtschaft

3.4.5.1 GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH

Firmensitz:
Bierstraße 1d
52134 Herzogenrath

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 230
Gründungsdatum: 28.12.1951
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 78,17% / 0% / 78,18%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Dr. Neumann, Schmeer und Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck). Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben, zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne dieses Gesellschaftsvertrages. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Gesellschaftsvertrag weist der GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH (GWG) einen öffentlichen Zweck zu.

Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind.

Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Wohnungsbestände unter dem Blickwinkel steigender Kundenanforderungen in Bezug auf Qualität und Umwelt auf ein marktgerechtes Niveau zu bringen und geeignete Grundstücke für eine Verjüngung des Portfolios zu finden.

Die GWG ist ein wichtiges und unverzichtbares Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

Kapital

Stammkapital	1.000.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

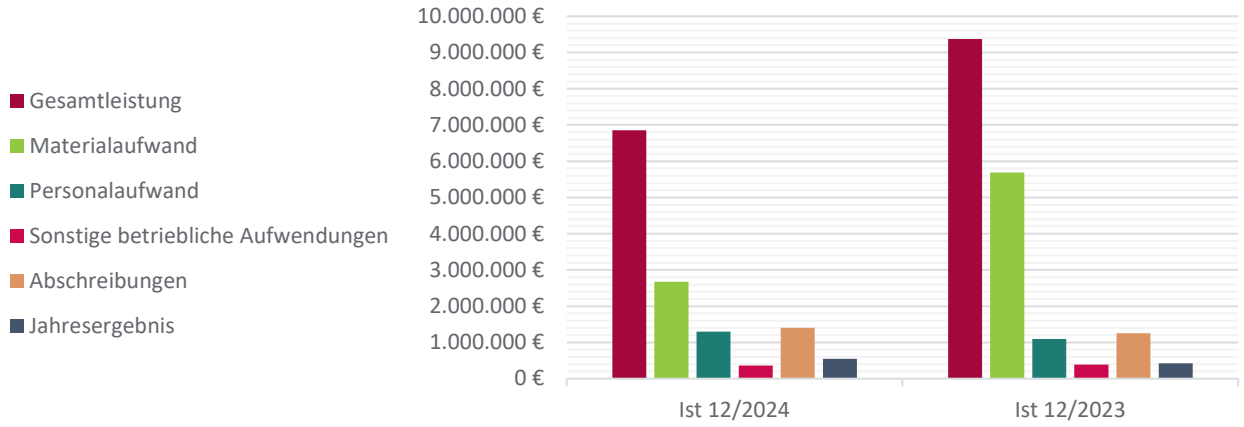
Gesellschafter		
StädteRegion Aachen	781.750,00 €	78,17 %
Kupferstadt Stolberg	49.050,00 €	4,91 %
Provinzial Versicherung Aktiengesellschaft	48.750,00 €	4,88 %

Stadt Eschweiler	43.500,00 €	4,35 %
Stadt Alsdorf	17.850,00 €	1,79 %
Stadt Herzogenrath	16.450,00 €	1,65 %
Stadt Würselen	16.450,00 €	1,65 %
Sparkassen Immobilien GmbH	15.250,00 €	1,52 %
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft Aachen	6.100,00 €	0,61 %
Gemeinde Simmerath	4.850,00 €	0,48 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

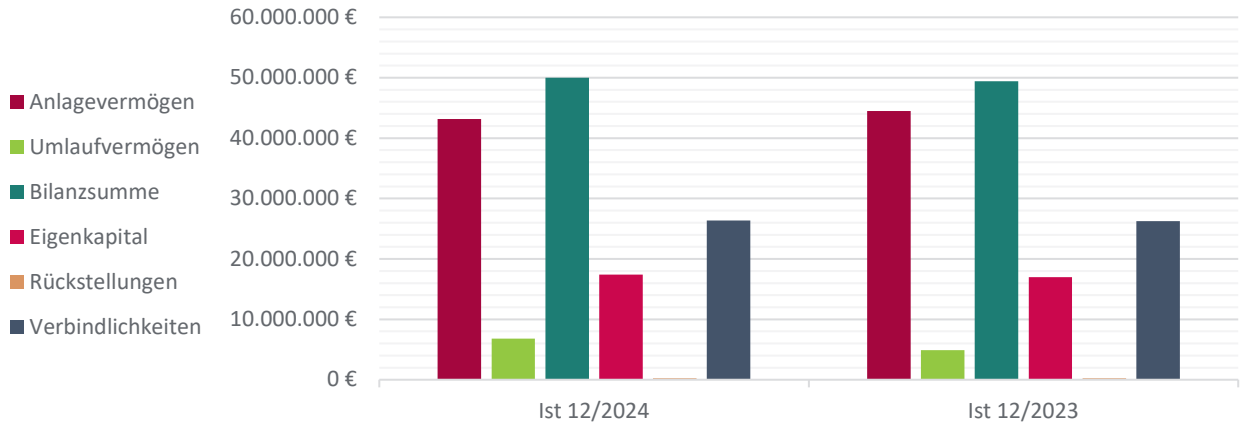


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	6.590.551,82	9.526.677,52	-2.936.125,70
Bestandsveränderungen	128.453,06	-308.125,19	436.578,25
Andere aktivierte Eigenleistungen	18.421,94	44.550,94	-26.129,00
Sonstige betriebliche Erträge	116.451,08	112.793,52	3.657,56
Gesamtleistung	6.853.877,90	9.375.896,79	-2.522.018,89
Materialaufwand	2.676.102,69	5.689.205,02	-3.013.102,33
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.676.102,69	5.689.205,02	-3.013.102,33
Rohergebnis	4.177.775,21	3.686.691,77	491.083,44
Personalaufwand	1.293.932,71	1.093.659,78	200.272,93
dar.: Löhne und Gehälter	1.006.575,67	848.952,27	157.623,40
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	287.357,04	244.707,51	42.649,53
Sonstige betriebliche Aufwendungen	362.255,64	388.388,61	-26.132,97
EBITDA	2.521.586,86	2.204.643,38	316.943,48
Abschreibungen	1.406.465,48	1.251.560,58	154.904,90
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	1.406.465,48	1.251.560,58	154.904,90
EBIT	1.115.121,38	953.082,80	162.038,58
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	91.860,37	93.964,03	-2.103,66
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	56.477,81	12.755,49	43.722,32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	446.976,15	442.193,92	4.782,23
EBT	816.483,41	617.608,40	198.875,01

Steuern vom Einkommen und Ertrag	62.555,00	30.690,30	31.864,70
Ergebnis nach Steuern	753.928,41	586.918,10	167.010,31
Sonstige Steuern	206.614,13	166.715,57	39.898,56
Jahresergebnis	547.314,28	420.202,53	127.111,75
Zuführungen in die Rücklagen	448.000,00	320.000,00	128.000,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag VJ	893,27	690,74	202,53
Bilanzergebnis	100.207,55	100.893,27	-685,72

Bilanz

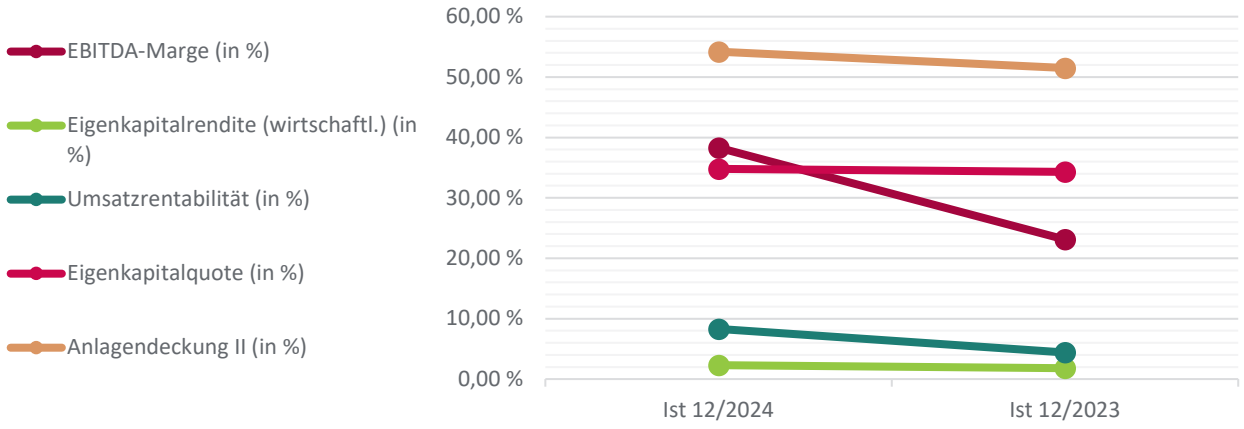


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	43.179.972,70	44.512.199,35	-1.332.226,65
Immaterielle Vermögensgegenstände	54.856,50	46.232,61	8.623,89
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	40.719,30	46.232,61	-5.513,31
Geleistete Anzahlungen	14.137,20	-	14.137,20
Sachanlagen	41.874.525,58	43.185.348,17	-1.310.822,59
Grundstücke und Gebäude	40.652.684,78	42.467.748,66	-1.815.063,88
dar.: mit Betriebsbauten	1.105.144,69	1.180.500,07	-75.355,38
dar.: mit Wohnbauten	39.063.255,25	40.804.463,75	-1.741.208,50
dar.: ohne Bauten	484.284,84	482.784,84	1.500,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	201.855,74	219.154,73	-17.298,99
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	816.210,03	424.685,25	391.524,78
Sonstige Sachanlagen	203.775,03	73.759,53	130.015,50
Finanzanlagen	1.250.590,62	1.280.618,57	-30.027,95
Beteiligungen	6.125,00	6.125,00	0,00
Sonstige Ausleihungen	1.244.465,62	1.274.493,57	-30.027,95
Umlaufvermögen	6.809.306,65	4.892.391,23	1.916.915,42
Vorräte	33.266,63	86.398,39	-53.131,76
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	13.411,63	66.543,39	-53.131,76
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	19.855,00	19.855,00	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	311.442,09	510.149,96	-198.707,87

Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	311.442,09	510.149,96	-198.707,87
Kasse, Bankguthaben, Schecks	6.464.597,93	4.295.842,88	2.168.755,05
Rechnungsabgrenzungsposten	1.677,74	5.591,60	-3.913,86
Bilanzsumme	49.990.957,09	49.410.182,18	580.774,91
Passiva			
Eigenkapital	17.409.207,55	16.961.893,27	447.314,28
Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00	0,00
Gewinnrücklagen	16.309.000,00	15.861.000,00	448.000,00
dar.: gesetzliche Rücklage	500.000,00	500.000,00	0,00
dar.: Bauerneuerungsrücklage	12.852.000,00	12.404.000,00	448.000,00
dar.: andere Gewinnrücklagen	2.957.000,00	2.957.000,00	0,00
Bilanzergebnis	100.207,55	100.893,27	-685,72
dar.: Gewinnvortrag / Verlustvortrag	893,27	690,74	202,53
Genussrechtskapital	5.973.028,30	5.969.376,67	3.651,63
Rückstellungen	223.709,00	216.900,00	6.809,00
Steuerrückstellungen	20.709,00	-	20.709,00
sonstige Rückstellungen	203.000,00	216.900,00	-13.900,00
Verbindlichkeiten	26.385.002,24	26.262.002,24	123.000,00
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	23.605.029,38	23.013.066,28	591.963,10
Verbindlichkeiten ggü. anderen Kreditgebern	2.348.270,84	2.423.081,50	-74.810,66
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	250.286,53	533.233,60	-282.947,07
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	261,00	711,24	-450,24
Sonstige Verbindlichkeiten	43.872,28	160.739,81	-116.867,53
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	137.282,21	131.169,81	6.112,40
Rechnungsabgrenzungsposten	10,00	10,00	0,00
Bilanzsumme	49.990.957,09	49.410.182,18	580.774,91

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	38,3	23,1	15,2
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	2,3	1,8	0,5
Umsatzrentabilität (in %)	8,3	4,4	3,9

Eigenkapitalquote (in %)	34,8	34,3	0,5
Anlagendeckung II (in %)	54,2	51,5	2,7

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	37	35	2
Verschuldungsgrad (in %)	152,8	156,1	-3,3

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in
Herr Prof. Dr. Dr. Axel Thomas
Prokurist/-in
Herr Tim Fürpeil

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Heiner Berlipp (SPD)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Björn Bock (FDP/UFW)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Ronald Borning (CDU)	StädteRegion Aachen
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Franz Körlings (CDU)	StädteRegion Aachen
Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE)	

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Franz Körlings (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE)	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 16,70 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr 2024

I. Öffentliche Zwecksetzung und Grundlagen des Unternehmens

Der Gesellschaftsvertrag weist der GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH (GWG) einen öffentlichen Zweck zu. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind.

Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, vorhandene Wohnungsbestände unter dem Blickwinkel steigender Kundenanforderungen in Bezug auf Qualität und Umwelt auf einem zukunftsfähigen und demografiefesten Niveau zu halten und geeignete Grundstücke für eine Verjüngung des Portfolios zu finden.

Die GWG ist ein wichtiges und unverzichtbares Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

II. Wirtschafts- und Lagebericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Geschäftsjahr 2024 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft und die globale Industrieproduktion wuchsen 2024 mit deutlich positiven Raten (ca. 2.5 %). Die Weltwirtschaft findet im Unterschied zur hiesigen Wirtschaft auf ihren langjährigen Wachstumspfad zurück - schreibt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Der Wachstumskurs in Europa entwickelt sich mit ca. 0,7 % schwächer als der globale Wachstumspfad. Insbesondere wird die wirtschaftliche Dynamik in Europa durch das Nullwachstum bzw. durch die Stagnation in Deutschland gebremst.

Während das „globale Bruttoinlandsprodukt“ spürbar zugenommen hat, fällt Deutschland mit einem Nullwachstum bzw. einer Stagnation im Vergleich ab. Es zeichnet sich eine Kettenreaktion ab. Die Schwäche der deutschen Industrie reduziert die Investitionsbereitschaft und strahlt negativ auf die Unternehmensdienstleistungen und das Konsumverhalten in Deutschland aus.

Die deutsche Volkswirtschaft ist in der Summe der vergangenen fünf Jahre lediglich um 0,1 % gewachsen. Damit hinkt Deutschland im Vergleich der G 20 Staaten, also der führenden Industrienationen, deutlich hinterher. Die deutsche Volkswirtschaft hat erkennbar nicht nur mit konjunkturellen, sondern auch insbesondere mit strukturellen Defiziten zu kämpfen. Das DIW spricht in diesem Zusammenhang von einem kritischen Mix aus konjunktureller Flaute und strukturellen Problemen. In Summe führt dies dazu, dass die deutsche Wirtschaft vorerst nicht in Fahrt kommt. Dies wiederum hat die Konsequenz, dass die deutsche Volkswirtschaft im vergangenen Jahr nicht gewachsen ist. Der Konsum im Inland hat keine Eigendynamik, die Sparquote bleibt weiterhin hoch. In der Industrie ist die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber

wichtigen Handelspartnern gesunken und es sind keine Anzeichen einer Verbesserung zu erkennen. Die Kapazitätsauslastung und die Arbeitsproduktivität sind 2024 zurückgegangen. Der Auslastungsgrad der deutschen Industrie ist gegenwärtig so gering wie seit langer Zeit nicht mehr. Er liegt damit deutlich niedriger als in der letzten Rezessionsphase.

Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt ist die wirtschaftliche Schwäche im Jahr 2024 immer deutlicher spürbar. Die Schwächephase der deutschen Wirtschaft erreicht insgesamt zunehmend den Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt im Agenturbezirk Aachen-Düren hat spürbar auf die gesamtwirtschaftliche Situation reagiert. Die Anzahl der Arbeitslosen ist um 4,7 % gestiegen.

Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote in der Region um 0,3 Prozentpunkte höher als im Vorjahr und beträgt damit ca. 7 %. Damit liegt die Region Aachen günstiger als der Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen, der eine Arbeitslosenquote von 7,5 % aufweist, jedoch schlechter als der Bundesdurchschnitt, der bei ca. 6 % liegt.

Positiv ist zu vermerken, dass die Zugänge zu der Personengruppe der Arbeitslosen weniger aus der Erwerbstätigkeit stammt als im Jahr 2023. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Unternehmen angesichts des Fachkräftemangels bemüht sind, ihr Bestandspersonal zu halten. Damit wollen sie vermeiden, dass ihnen die Fachkräfte bei einem etwaigen Aufschwung fehlen.

Die Stellenbesetzungsprozesse haben sich im Jahr 2024 verlangsamt, was bedeutet, dass die Vakanzzeiten gestiegen sind.

Negativ ist festzuhalten, dass die Zahl der gemeldeten freien Stellen rückläufig ist (um mehr als 20 %).

Die Steigerung der Beschäftigtenzahl wird ausschließlich durch die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen.

Für 2025 ist (z.B. seitens des IfW Kiel) zu erwarten, dass die konjunkturelle Schwäche anhält und damit den Druck auf den Arbeitsmarkt erhöht. Die Arbeitslosenquote dürfte damit bundesweit steigen.

Bauwirtschaft

Der Auftragsmangel im Wohnungsbau hat im Jahresverlauf 2024 zugenommen, berichtet das ifo Institut Ende 2024. Auch das Geschäftsklima (Einschätzung der aktuellen Lage und der Erwartungen) hat sich im Wohnungsbau verschlechtert. Aus den Mitteilungen der Bauindustrie ergibt sich, dass den Wohnungsbauunternehmen die Aufträge ausgehen.

Bei den Baumaterialpreisen zeigt sich teilweise eine Entspannung. Bis zum Oktober 2024 gingen viele Preise (Stahl, Bauholz, Glas) zum Teil deutlich zurück. Bei einigen energieintensiven Produkten (Zement, Bitumen) ging der Anstieg zwischenzeitlich weiter. Im Durchschnitt aller Materialien ist im Jahresverlauf 2024 eine Stabilisierung auf hohem Niveau zu verzeichnen

Regionalwirtschaftliche Lage

Ausweislich der Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammer Aachen blicken die Unternehmerinnen und Unternehmer erneut pessimistischer in die Zukunft. Die IHK sieht zum Jahresanfang 2025 noch kein Ende der negativen Zukunftsperspektive, die seit langer Zeit anhält. Die Lagebeurteilung hat sich rückläufig entwickelt. Das betrifft nahezu alle Wirtschaftssektoren. Die regionale Wirtschaft steckt nach Auffassung der IHK in einer komplexen Gemengelage von Arbeits- und Fachkräftemangel, Schwächen der Inlandsnachfrage (die anhaltende Schwäche der Wirtschaftsaktivitäten und Unsicherheit in Bezug auf den Arbeitsplatz dämpfen den privaten Konsum), steigenden Arbeitskosten und unsicheren globalen und nationalen Rahmenbedingungen. Die Unsicherheiten spiegeln sich in einer geringeren Investitionsneigung und in zurückhaltenden Beschäftigungsplänen wider. Dadurch, dass die Betriebe ihre Ertragslage als unbefriedigend bezeichnen, wird die Situation zusätzlich erschwert.

Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung spricht als eines der vier großen gesamtwirtschaftlichen Probleme die Knappheit von Wohnraum - insbesondere in den Ballungsgebieten - an. Dies

hemmt den Zuzug von Arbeitskräften in produktive Regionen. Vorgeschlagen wird von Seiten des Sachverständigenrates, das Wohnraumangebot durch die Mobilisierung von Baulandreserven, stärkeren Bauanreizen, die Senkung der Baukosten mittels harmonisierter Bauvorschriften sowie durch den Einsatz seriellen und modularen Bauens zu erhöhen.

Die Bautätigkeit könnte nach Einschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2025 wieder langsam anziehen. Voraussetzung wäre allerdings, dass der Wohnungsbau von etwaigen Zinssenkungen profitieren könnte, was bedeutet, dass die Zinssenkungen der Zentralbanken in günstigen Bau und Hypothekenzinsen transformiert werden. Der Nicht-Wohnungsbau profitiert aktuell vom Ausbau der Stromnetze, vom Infrastrukturmaßnahmen Paket der Deutschen Bahn und anderer Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand.

Der Wohnungsmangel ist nicht nur ein soziales, sondern auch ein gesamtwirtschaftliches Problem. In Deutschland haben sich die Preise für Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010 mehr als verdoppelt. Die Neumieten stiegen im gleichen Zeitraum um 60 %, die Bestandsmieten (vor allem durch die Regulierung bedingt) um rund 20 %. D. h, dass sich der Abstand von Bestands- und Neumieten vergrößert hat, was die Motivation zum Umzug verringert. Umzugsketten werden daher nicht in Gang gesetzt.

Im Wohnungsmarkt sind einkommensschwache Haushalte überdurchschnittlich stark von Preisanstiegen der Kaltmieten und der Nebenkosten betroffen.

Die Bauinvestitionen gingen bzw. gehen nach einer Prognose des IfW in den Jahren 2024 und 2025 zurück. Dies würde bedeuten, dass sie seit 2020 um insgesamt 15 % gesunken sind. Möglicherweise zeichnet sich ein Durchschreiten der tiefen Talsohle ab, wenn sich die Finanzierungsbedingungen verbessern.

Die Deutsche Bundesbank prognostiziert, dass sich die Wohnungsbauinvestitionen ab Mitte 2025 zögerlich erholen könnten. Hierfür sieht sie erste, aber noch instabile Anzeichen. Ein Signal, dass in diese Richtung wirkt, ist, dass die Preise für Immobilien in den letzten Monaten erstmals seit langer Zeit wieder gestiegen sind. Auch der Anstieg der Baukosten hat sich signifikant abgeschwächt.

Bestandsentwicklung

Die GWG verfügte über

	31.12.2024	31.12.2023
Häuser	133	133
Wohnungen	848	848
davon frei finanziert / preisgebunden	606/242	606 / 242
Garagen / Stellplätze	296 / 171	296 / 171
Wohnfläche	51.547 m²	51.547 m²
Anzahl sonstiger Einheiten	12	12
Fläche sonstiger Einheiten	3.547 m²	3.547 m²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Wirtschaftliche Lage

a) Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und Attraktivierung von Objekten weiterhin einen Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2024 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen 754 T€ ausgegeben. Das entspricht einem Weniger von 46 T€ gegenüber dem Vorjahr (800 T€).

b) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.936 gesunken. Dies hängt mit dem signifikanten Rückgang der Erlöse aus Betreuungstätigkeit für eine verwandte Gesellschaft zusammen (T€ -3.692), für die wir Beschaffungs- und Projektmanagementleistungen erbracht haben. Diesbezüglich verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang.

Im Gegensatz zu den gesunkenen Umsatzerlösen aus Baubetreuungstätigkeit sind die Umsätze aus der Hausbewirtschaftung gestiegen.

Dies hängt sowohl mit den üblichen, den Sanierungen folgenden Mietsteigerungen als auch mit der erstmalig ganzjährigen Vermietung unserer Neubauten in der Bierstraße, Herzogenrath sowie in der Kesselsgracht, Würselen, zusammen.

Neben den aufwandswirksamen Instandhaltungskosten in Höhe von T€ 754 wurden aktivierungsfähige Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 291) durchgeführt, womit insgesamt T€ 1.045 zum Werterhalt unserer Gebäude geleistet wurden. Die diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr betragen 20,27 €.

Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich sogar ein Wert von 23,29 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung.

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2024 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 201 gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von ca. 18,31 %. Neben den üblichen Tarifsteigerungen ist dies auf die halbjährige Doppelbesetzung der Bauingenieurstelle zurückzuführen, die für eine reibungslose Übergabe des in den Ruhestand ausscheidenden Kollegen erforderlich schien. Bei der Geschäftsführung ist Aufwand, der bislang im sonstigen betrieblichen Aufwand entstanden und ausgewiesen wurde, in den Personalaufwand gewandert.

Der Anstieg der Personalkosten korrespondiert zu einem erheblichen Teil auch mit Erträgen aus Dienstleistungen. Beides war bzw. ist ein temporäres Geschäftsmodell.

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 547.

c) Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Ergebnisrechnung liegt um ca. T€ 127 über dem zuletzt geplanten Wert. Dafür hauptsächlich verantwortlich sind Umsatzerlöse aus Vermietung (Mietumsätze ca. T€ 100 über Plan) und sonstige betriebliche Erträge (T€ 40).

d) Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit im Berichtsjahr vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Die essenziellen Bilanzzahlen stellen sich im Vergleich zu den beiden Vorjahren so dar:

	2024	2023	2022
Bilanzsumme in T€	49.991	49.410	46.230
Anlagevermögen in T€	43.180	44.512	38.807
Anlagevermögen % zu Bilanzsumme	86,4	90,1	83,9
Eigenkapitalquote in %	46,8	46,4	48,9
langfristige Fremdkapitalquote in %	47,7	48,7	43,5

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2024 ein Jahresergebnis von T€ 547 erwirtschaftet (gegenüber T€ 420 in 2023). Das Ergebnis 2024 liegt mit einer Steigerung von ca. 30% deutlich über dem Vorjahresniveau.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung von wesentlichen Teilen des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Für die Gesellschaft und die Geschäftsführung sind die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren wesentliche Steuerungsinstrumente. Diese haben sich in den letzten vier Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2024	2023	2022	2021
Umsatzerlöse in T€	6.591	9.526	7.474	5.089
Eigenkapital in T€	23.382	22.931	22.595	20.206
Eigenkapitalquote	46,8	46,4%	48,9%	50,8%
Eigenkapitalrentabilität	2,3%	1,8%	11,2%	2,8%
Fluktuationsquote	9,5%	8,5%	11,8%	8,1%
Leerstandsquote (länger als 3 Monate)	0,0%	0,0%	0,6%	0,3%
Erlösschmälerungen Sollmieten	1,8%	1,5%	1,6%	1,1%

III. Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Branchenspezifische Risiken:

Infolge der geopolitischen Spannungen und der volatilen Handelspolitik eines Landes entstehen gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen. Dies wirkt bis hinein in die lokale Zahlungswilligkeit und Zahlungsfähigkeit unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten. Daraus können sich für die GWG Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln.

Die EU hat die nähere Zukunft vor einigen Jahren im Hinblick auf die Nachhaltigkeit unter die Überschrift „Dekade des Handelns“ gestellt.

Das Thema Nachhaltigkeit unserer Wohnungsbestände bzw. deren Herstellung wird die GWG vor organisatorische, technische und vor allem finanzielle Herausforderungen stellen. Diese sog. transitorischen Risiken werden massive Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Die Vorgaben der EU (Green Deal) sowie die aktuell gültigen Gebäudeenergiegesetze und -verordnungen tangieren das Geschäftsmodell massiv.

Ertragsorientierte Risiken:

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungsangebote weiterhin Gegenstand guter Nachfrage sein werden. Im Neubaubereich bleibt die GWG gut für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. Allein bis 2030 wird die Zahl der Rentner an der Gesamtbevölkerung um 10 % steigen. In diesem Kontext reduzieren wir quotal durch Neubau den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: graue Wohnungsnot). Die niedrigen/unterdurchschnittlichen Einkommensverhältnisse in der Region sind ein Belastungsfaktor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Aufgrund der momentan stabilen Liquiditätsausstattung unseres Unternehmens sind kurzfristig Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist.

Die Liquiditätslage ist aktuell zufriedenstellend; es sind aber bei allfälligen Nicht-Zahlungen von Mietern Belastungen für die GWG nicht auszuschließen. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig ein und ist konsequent.

Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden.

Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung.

Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände zunehmend der Beobachtung und individualisierten Gegensteuerung bedarf.

Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -eingänge vermittelt.

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sahen wir 2024 erneut Preissteigerungen.

Angesichts der rückläufigen Auftragspolster bei den Bauunternehmen und der Stornierung zahlreicher Bauaufträge sollte die Bereitschaft der Handwerker steigen, ihre bisherigen Margen zu reduzieren.

Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Instandhaltungsbudgets der Zukunft wesentlich anders aussehen werden, als die der Gegenwart, gering. Bereits jetzt strengt sich die GWG stark an, ihre Bausubstanz attraktiv zu halten.

Chancenbericht

Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt wird die Gesellschaft weiterhin mit Erfahrung, Flexibilität und Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht.

Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß. Der Anteil barrierefreier Wohnungen ist überdurchschnittlich. Projektentwicklungen setzen - da Nachverdichtungschancen oftmals ausgereizt sind - neue Grundstücke voraus. Aufgrund unserer Einbindung in die Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge sehen wir unverändert gute Chancen auf perspektivstarke Grundstücke, die wir nachfragen können oder die uns angeboten werden.

Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung können sich sowohl auf der Einnahmenseite (Mietzahlungen) als auch im Sanierungsbereich unserer Bestände ergeben. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken insgesamt noch gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG geht mit Maß und Mitte mit den vorgenannten Chancen und Risiken um. Sie untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (wenngleich mit regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Volkswirtschaft sowie insbesondere der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer investitionsbedingt steigenden Fremdkapitalquote würden sich Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungen der Kunden werden seit jeher beobachtet.

Es ist zu erkennen, dass angesichts der EU-Taxonomie-Verordnung die Bereitschaft des Kapitalmarkts und der Kaufinteressenten, nicht-energieeffiziente Gebäude zu finanzieren, deutlich abnimmt. Wenn ein Objekt zum Verkauf gestellt wird, findet die Energieeffizienz des zu finanzierenden Objektes unmittelbar oder mittelbar in die Konditionen (Kaufpreis, Zins) Eingang.

Es wird die Aufgabe der zukünftigen Geschäftsjahre sein, dass Risikomanagement im Allgemeinen zu überarbeiten und in Bezug auf die transitorischen Risiken / Nachhaltigkeitsrisiken zu erweitern.

Die GWG hat die wahrscheinlichen Reformen der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie auf EU-Ebene bzw. auf nationaler Ebene sorgfältigst zu beobachten. Hier sind bedeutende Hürden für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft zu sehen.

IV. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

In Bezug auf die beiden Darlehen, die mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt sind, besteht kein Risiko, da es sich um eine Bewertungseinheit handelt.

V. Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen bzw. Versorgungsaufträge schwerpunktmäßig kümmern:

a) Halten unserer bestehenden Mieter

b) Akquisition neuer Mieter (unsere Fluktuationsquote schwankt und liegt im Durchschnitt bei ca. 9-10 %)

c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren

d) öffentlich geförderter Wohnungsbau

e) Nachhaltigkeit / Energieeffizienz.

Voraussetzung für eine positive Unternehmensentwicklung ist, dass wir die Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistung Verhältnis angesehen wird und dass das Portfolio seine ESG-Parameter verbessert.

Insgesamt finden sich diese Aspekte in der Geschäftspolitik wieder.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG verhalten positiv. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region sehen wir auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus, denn wir erwarten, dass aufgrund der Fertigstellung von Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2025 erwarten wir bei unserem strategischen Zielwert von 400 T€.

Wir werden im Planjahr 2025 in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Unser Ziel ist es, in dieser Dekade unser strategisches Ziel (100 neue Wohnungen zu errichten) zu vollenden.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter der GWG beträgt insgesamt: 37 (Vorjahr: 35).

Anzahl der weiblichen Mitarbeiterinnen: 17

Anzahl der männlichen Mitarbeiter: 20

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW werden beachtet.

Dank an Mitarbeiter:innen im Berichtsjahr 2024:

Im Berichtsjahr 2024 ist von den GWG-Mitarbeiter:innen wieder ein wesentlicher Erfolgsbeitrag geleistet worden. Für das Engagement der Mitarbeiter:innen, das letztlich zu dem guten wirtschaftlichen Ergebnis geführt hat, bedankt sich die Geschäftsführung bei allen Beteiligten – auch oder gerade im Namen der Gremien und der Eigentümer.



Gesundheitswesen

3.4.6.1 Rhein-Maas Klinikum GmbH

Firmensitz:
Mauerfeldchen 25
52146 Würselen

Rechtsform: gGmbH
Handelsregisternummer: HRB 3918
Gründungsdatum: 15.07.1988
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Große Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten
Nominal: 50% / - / 50%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

W+ST Kessler & Partner Steuerberatungsgesellschaft mbH

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines oder mehrerer Krankenhäuser einschließlich Ausbildungsstätten sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe. Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen oder sich an Gesellschaften gleichen oder verwandten Gegenstandes zu beteiligen. Zweck der Gesellschaft ist die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des Versorgungsauftrages. Die Gesellschaft ist zu Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Geschäftszwecks notwendig oder nützlich erscheinen und nach Maßgabe der für die Gesellschafter geltenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind. Sie dient der Aufgabenstellung des beteiligten Sozialversicherungsträgers (§§ 30, 85 SGB IV).

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Kapital

Stammkapital	7.600.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Deutsche Rentenversicherung Knappschaft	3.800.000,00 €	50,00 %
StädteRegion Aachen	3.800.000,00 €	50,00 %
Beteiligungen		
RMK-Service GmbH	25.000,00 €	100,00 %

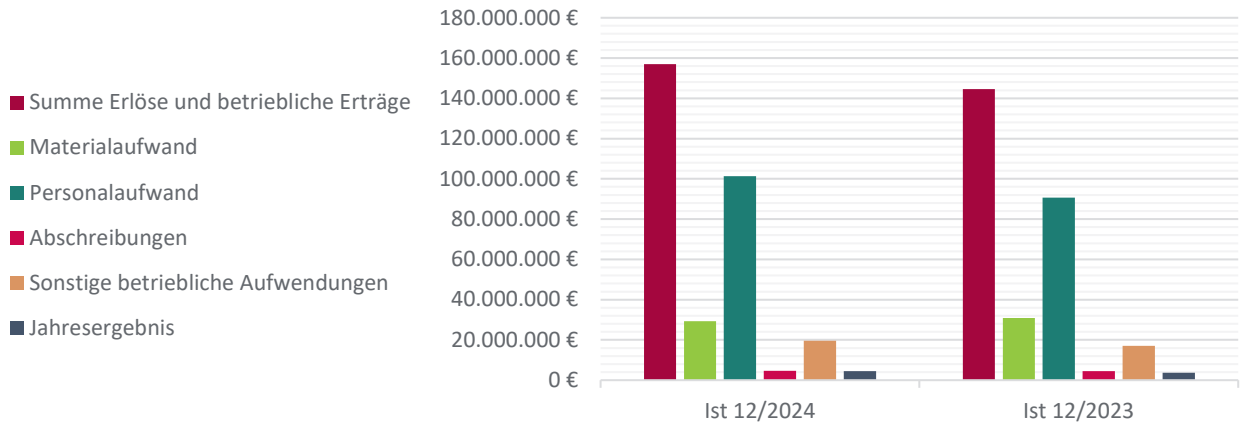
Verbundene Unternehmen

RMK-Service GmbH
100,00%

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

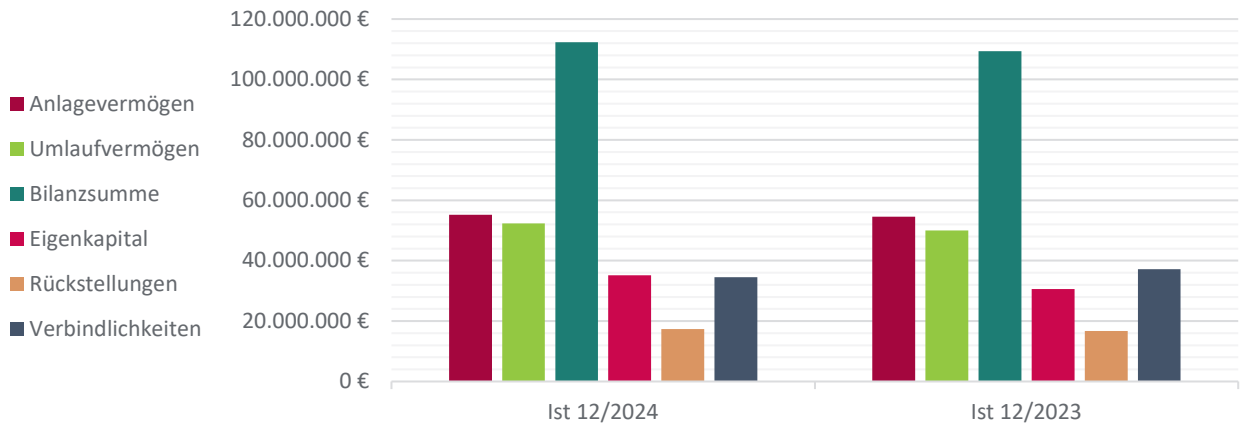


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Erlöse aus Krankenhausleistungen	122.622.653,51	111.872.345,12	10.750.308,39
Erlöse aus Wahlleistungen	6.398.698,04	5.674.643,26	724.054,78
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	4.198.795,04	4.369.251,85	-170.456,81
Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	257.048,43	322.559,98	-65.511,55
Umsatzerlöse nach § 277 Absatz 1 HGB	14.734.734,13	10.251.146,22	4.483.587,91
Bestandsveränderungen	437.775,13	-198.379,56	636.154,69
Andere aktivierte Eigenleistungen	47.793,64	67.814,70	-20.021,06
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.540.022,08	4.665.536,87	-3.125.514,79
Sonstige betriebliche Erträge	6.750.072,41	7.534.581,15	-784.508,74
Summe Erlöse und betriebliche Erträge	156.987.592,41	144.559.499,59	12.428.092,82
Materialaufwand	29.321.685,15	30.952.568,46	-1.630.883,31
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	19.760.541,93	21.194.630,52	-1.434.088,59
dar.: Lebensmittel und bezogene Leistungen	9.561.143,22	9.757.937,94	-196.794,72
Personalaufwand	101.400.591,71	90.701.746,42	10.698.845,29
dar.: Löhne und Gehälter	81.665.478,62	73.370.490,83	8.294.987,79
dar.: soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	19.735.113,09	17.331.255,59	2.403.857,50
Zwischenergebnis	26.265.315,55	22.905.184,71	3.360.130,84
Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	7.769.684,50	9.758.403,03	-1.988.718,53
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	5.074.768,91	7.218.923,64	-2.144.154,73
Erträge aus der Auflösung von SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV	2.694.915,59	2.539.479,39	155.436,20
Aufwendungen aus Fördermitteln nach dem KHG	5.133.220,76	7.226.897,67	-2.093.676,91
Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo/Vblk. nach dem KHG und auf Grund	5.028.768,44	7.050.027,97	-2.021.259,53

sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des AV			
Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	104.452,32	176.869,70	-72.417,38
Abschreibungen	4.696.221,04	4.467.017,40	229.203,64
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	4.696.221,04	4.467.017,40	229.203,64
Sonstige betriebliche Aufwendungen	19.547.229,64	17.008.364,38	2.538.865,26
EBIT	4.658.328,61	3.961.308,29	697.020,32
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	269.351,29	115.887,15	153.464,14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	389.249,92	368.332,90	20.917,02
EBT	4.538.429,98	3.708.862,54	829.567,44
Steuern vom Einkommen und Ertrag	36.228,62	19.041,12	17.187,50
Ergebnis nach Steuern	4.502.201,36	3.689.821,42	812.379,94
Jahresergebnis	4.502.201,36	3.689.821,42	812.379,94

Bilanz

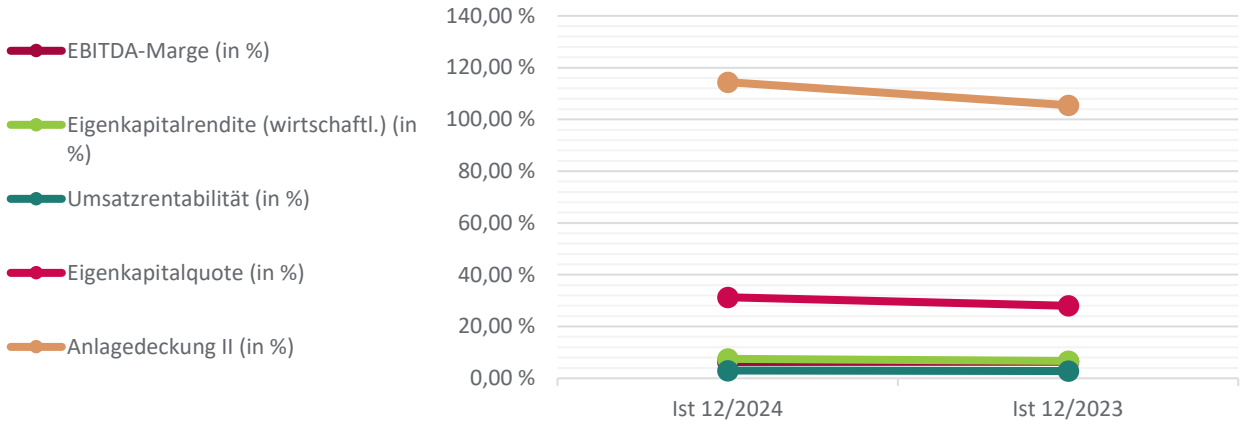


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	55.242.669,03	54.612.924,70	629.744,33
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.071.231,00	1.030.798,00	40.433,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	1.071.231,00	1.030.798,00	40.433,00
Sachanlagen	54.110.438,03	53.546.126,70	564.311,33
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	39.165.764,28	37.807.931,28	1.357.833,00
dar.: mit Betriebsbauten	39.150.706,43	37.792.873,43	1.357.833,00
dar.: ohne Bauten	15.057,85	15.057,85	0,00
Technische Anlagen und Maschinen	1.494.345,00	1.599.147,00	-104.802,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.513.977,00	9.410.413,00	-896.436,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.936.351,75	4.728.635,42	207.716,33
Finanzanlagen	61.000,00	36.000,00	25.000,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	25.000,00	25.000,00
Sonstige Finanzanlagen	11.000,00	11.000,00	0,00

Umlaufvermögen	52.337.180,80	50.030.680,55	2.306.500,25
Vorräte	5.770.200,62	4.129.734,18	1.640.466,44
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.518.719,10	2.316.027,79	1.202.691,31
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	2.251.481,52	1.813.706,39	437.775,13
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.528.305,10	40.421.617,05	-1.893.311,95
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.357.057,21	18.959.963,18	-1.602.905,97
Forderungen gegen Gesellschafter bzw. den Krankenhausträger	286.472,39	30.366,55	256.105,84
Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	16.393.866,02	17.340.108,98	-946.242,96
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.374.861,85	883.201,06	491.660,79
Sonstige Vermögensgegenstände	3.116.047,63	3.207.977,28	-91.929,65
Kasse, Bankguthaben, Schecks	8.038.675,08	5.479.329,32	2.559.345,76
Ausgleichsposten nach dem KHG	4.654.420,02	4.654.420,02	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	75.441,22	58.036,32	17.404,90
Bilanzsumme	112.309.711,07	109.356.061,59	2.953.649,48
Passiva			
Eigenkapital	35.147.648,48	30.645.447,12	4.502.201,36
Gezeichnetes Kapital	7.600.000,00	7.600.000,00	0,00
Kapitalrücklagen	9.882.830,37	9.882.830,37	0,00
Gewinnrücklagen	6.787.889,58	6.787.889,58	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	6.374.727,17	2.684.905,75	3.689.821,42
Jahresergebnis	4.502.201,36	3.689.821,42	812.379,94
Sonderposten	25.236.339,80	24.092.289,50	1.144.050,30
dar.: aus Fördermitteln nach dem KHG	19.909.300,58	19.864.354,87	44.945,71
dar.: aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	5.313.449,22	4.210.672,63	1.102.776,59
dar.: aus Zuwendungen Dritter	13.590,00	17.262,00	-3.672,00
Rückstellungen	17.386.973,53	16.731.271,97	655.701,56
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.819.925,00	2.851.953,00	-32.028,00
Steuerrückstellungen	18.000,00	-	18.000,00
Sonstige Rückstellungen	14.549.048,53	13.879.318,97	669.729,56
Verbindlichkeiten	34.510.227,18	37.175.577,26	-2.665.350,08
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	12.854.749,99	13.991.824,37	-1.137.074,38
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.122.661,63	5.169.828,22	952.833,41
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	2.769.585,08	3.094.960,93	-325.375,85
Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	8.069.316,45	9.147.766,67	-1.078.450,22
Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögen	54.576,90	1.125.385,14	-1.070.808,24
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	1.127.676,94	1.183.428,32	-55.751,38
Sonstige Verbindlichkeiten	3.511.660,19	3.462.383,61	49.276,58
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	12.219,87	12.219,87	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	16.302,21	699.255,87	-682.953,66
Bilanzsumme	112.309.711,07	109.356.061,59	2.953.649,48

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	6,3	6,4	-0,1
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	7,5	6,7	0,8
Umsatzrentabilität (in %)	3,0	2,8	0,2
Eigenkapitalquote (in %)	31,3	28,0	3,3
Anlagedeckung II (in %)	114,4	105,5	8,9

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	1.364	1.330	34
Verschuldungsgrad (in %)	-	-	-

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Dirk Offermann (ab 18.11.2024)

Herr Jonas Wintz (bis 17.11.2024)

Prokurist/-in

Herr Hans Heistermann (bis 24.06.2024)

Herr Stefan Kück (ab 11.03.2024)

Frau Gabriele Wiese (ab 25.06.2024)

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Markus Terodde	
Städteregionstagsmitglied Herr Georg Karl Helg (FDP)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	

Städteregionstagsmitglied Herr Björn Bock (FDP/UFW)

Städteregionstagsmitglied Herr Micha Kreitz (CDU) (ab 11.10.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Dieter Wolf (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Frau Halice Kreß-Vannahme (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Friedhelm Krämer (SPD)	
Städteregionstagsmitglied Frau Gudrun Ritzen (bis 15.09.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Dieter Wolf (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Peter Timmermanns (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Carl Meulenbergh (CDU)	
sachk.B. Herr Wolfgang Wetzstein (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung sachk.B. Frau Janine Schneppenheim (GRÜNE)	

beratendes Mitglied

Frau Birgit Nolte	StädteRegion Aachen

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Frau Birgit Nolte	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Peter Timmermanns (CDU)	StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 16,70 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

I. Grundlagen und Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Rhein-Maas Klinikum GmbH (umfirmiert am 29. Juni 2017, vorher Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH) wurde am 1. Januar 2001 durch den Zusammenschluss des Knappschaftskrankenhauses Bardenberg und des Kreiskrankenhauses Marienhöhe, Würselen, gegründet. Die Gesellschaft betreibt nach Zusammenführung der Kliniken am Standort Marienhöhe und der damit einhergehenden Schließung des Standorts Bardenberg alle Betten zentral am Standort Marienhöhe.

Die Gesellschaft ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil Sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung verfolgt.

Gesellschafter der Rhein-Maas Klinikum GmbH sind die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See mit 50 % und die StädteRegion Aachen mit 50%.

Die Gesellschaft hält laut Krankenhausplan insgesamt 577 stationäre Betten vor. Die Verteilung auf die einzelnen Disziplinen stellt sich zum 31. Dezember 2024 wie folgt dar:

Fachbereich	Anzahl der Planbetten
CHIRUGIE	150
FRAUENHEILKUNDE	25
GERIATRIE	60
HALS-NASEN-OHRENHEILKUNDE	2
INNERE MEDIZIN	233
NEUROLOGIE	71
UROLOGIE	36
Gesamt	**577**

II. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Weltkonjunktur hat sich im Geschäftsjahr 2024 trotz geopolitischer Krisen erholt und wird gemäß des Jahresgutachtens 2024/2025 des Sachverständigenrates voraussichtlich ein Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt von rund 2,6 % verzeichnen. Auch im Euro-Raum ist mit Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt von bis zu 1,3 % zu rechnen, während die deutsche Wirtschaft stagniert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ging das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr und damit das zweite Jahr in Folge zurück. Die sich im Vergleich zur Weltkonjunktur und zum Euro-Raum abzeichnende Schwäche der deutschen Wirtschaft, die sich bereits über mehrere Jahre zeigt, lässt nach Angaben des Sachverständigenrates (Jahresgutachtens 2024/2025) darauf schließen, dass nicht nur eine konjunkturelle, sondern auch strukturelle Krise vorliegt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht in seiner „ifo Konjunkturprognose Winter 2024“ vom 12. Dezember 2024 insbesondere Themen wie die angestrebte Dekarbonisierung, die Anforderungen der fortschreitenden Digitalisierung, den demographischen Wandel sowie eine zunehmende Deglobalisierung als Ursachen dafür, dass etablierte Geschäftsmodelle unter Druck geraten und ohne einen Umbau von Strukturen verschwinden könnten. Der ifo Geschäftsklimaindex als Indikator für die Stimmung unter den Unternehmen ging von 85,4 Punkten im Januar 2024 auf 84,7 Punkte im Dezember 2024 zurück. Sowohl im Bereich der Industrie- als auch der Konsumkonjunktur sind nur langsame positive Impulse zu erwarten. So brauchen bspw. Investitionen in den Industriebereich zunächst eine gewisse Anlaufzeit bis sie allmählich anziehen. Im Bereich des privaten Konsums zeigt sich trotz des seit 2023 einsetzenden Reallohnanstiegs und der damit verbundenen höheren real verfügbaren Einkommen nur ein schwacher Anstieg der Konsumausgaben. Ursächlich hierfür ist insbesondere die erhöhte Sparquote infolge der anhaltenden Unsicherheit der Konsumenten sowie die negativen Zukunftserwartungen. Zudem

hat sich die Konjunkturkrise auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht. So ist die Arbeitslosigkeit in 2024 durchschnittlich um 0,3 Prozentpunkte gestiegen und die Arbeitslosenquote lag durchschnittlich bei 6,0 %. Die Verbraucherpreise haben sich im Jahr 2024 um 2,2 % gegenüber dem Jahr 2023 erhöht und somit deutlich geringer als in den Vorjahren. Für das Jahr 2025 wird eine voraussichtliche Inflationsrate von rund 2,3 % erwartet. Basierend auf den aktuellen Einschätzungen zur Inflationsentwicklung hat die Europäische Zentralbank den Leitzins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Wirkung vom 05.Februar 2025 auf 2,9 % gesenkt.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mündeten in negativen Implikationen für die Krankenhauslandschaft und führten zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Branche. Die angespannte finanzielle Situation der Mehrheit der deutschen Krankenhäuser war dabei gemäß der Krankenhausstudie 2024 der Beratungsgesellschaft Roland Berger GmbH von Juli 2024 insbesondere auf den Personalmangel, Unsicherheiten bei der Finanzierung u. a. durch langwierige Pflegebudgetverhandlungen sowie die Vor- und Endfinanzierung von Investitionen und einen zunehmenden Investitionsstau zurückzuführen. Wichtige Trends für die Gesundheitswirtschaft werden in der Studie neben der Konsolidierung und der Spezialisierung des Leistungsangebots sowie der Optimierung von Sekundär- und Tertiärleistungen (unterstützende und administrative Dienstleistungen) unter Zuhilfenahme von Restrukturierung- bzw. Sanierungsmaßnahmen in Kooperationen und Fusionen mit anderen Leistungserbringern gesehen. Darüber hinaus ist perspektivisch von einer weiteren Reduktion stationärer Kapazitäten infolge des Trends zur Ambulantisierung von bisher stationär erbrachten Leistungen auszugehen.

Die Politik reagiert auf die aktuellen Herausforderungen mit Reformvorhaben auf der Bundes- und Landesebene. Seit dem Jahr 2022 läuft in Nordrhein-Westfalen bereits ein neues Krankenhausplanungsverfahren. Die Landesplanung in Nordrhein-Westfalen soll zukünftig nicht mehr nach Bettenkapazitäten erfolgen. Erstmals sollen die tatsächlichen Fallzahlen als Planungsgrundlage herangezogen werden. Dafür hat das Land sogenannte Leistungsbereiche und Leistungsgruppen erarbeitet und ausgewiesen, die die medizinischen Fachgebiete und Unterdisziplinen abbilden sollen. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) hat am 16. Dezember 2024 die neuen Feststellungsbescheide über die Bezirksregierungen an die Krankenhäuser in NRW übermittelt. Diese Bescheide bilden die Grundlage der zukünftigen Krankenhausplanung und treten am 01. April 2025 in Kraft. Neben Strukturveränderungen infolge erforderlicher Umstrukturierungen sowie regional möglicher Schließungen von Krankenhäusern gehören auch finanzielle Auswirkungen zu den Folgen der Krankenhausplanung NRW, da diese beispielsweise vorgibt, welche Krankenhäuser in die Planung aufgenommen werden und daher Anspruch auf Investitionsmittel haben. Darüber hinaus werden die Anforderungen an Qualitätsstandards erhöht, da die Krankenhausplanung NRW die Zulassung für bestimmte Leistungen an die Einhaltung von Qualitätsvorgaben koppelt.

Mit Beschluss des Bundestags vom 17. Oktober 2024 sowie der Billigung durch den Bundesrat vom 22. November 2024 wurde die vom Bundesgesundheitsministerium geplante Krankenhausreform in Form des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) verabschiedet. Die Krankenhausreform ist zum 01. Januar 2025 in Kraft getreten. Mit dem Gesetz soll die Behandlungsqualität gesichert und gesteigert, eine flächendeckende medizinische Versorgung gewährleistet, die Effizienz in der Krankenhausversorgung erhöht und eine Entbürokratisierung erreicht werden. Als wesentliche Neuerung der Krankenhausreform ist die leistungsinduzierte Krankenhausplanung zu nennen, die auf 65 bundeseinheitlich definierten Leistungsgruppen basiert, welche wiederum mit Mindestqualitätsanforderungen unterlegt und an Mindestvorhaltezahlen gekoppelt sind. Basierend auf dieser Zuordnung erhalten die Krankenhäuser zukünftig eine leistungsgruppenbezogene Vorhaltevergütung sowie zusätzlich eine leistungsabhängige Vergütung, wobei letztgenannte Fallpauschalen zukünftig um die Vorhalteanteile gesenkt werden. Daneben sind perspektivisch neben der Vorhaltevergütung weitere Zuschläge bspw. für die Bereiche Pädiatrie, Geburtshilfe, Stroke Unit, Spezielle Traumatologie und Intensivmedizin sowie Koordinierungsaufgaben und spezielle Vorhaltung von Hochschulkliniken vorgesehen. Die Finanzierung der Pflege über das Pflegebudget bleibt dabei unberührt.

Weitere Implikationen haben sich im Geschäftsjahr 2024 aus der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz), welches vom Bundestag am 19. Oktober 2023 beschlossen wurde und dem der Bundesrat nach Anrufung des Vermittlungsausschusses am 22. März 2024 zugestimmt hat, ergeben. Durch das Gesetz werden die Krankenhäuser verpflichtet, Daten zu ihren Leistungen und ihrer Qualität umfangreicher als bisher zu erheben und zu berichten. Hiermit soll es für Patientinnen und Patienten einfacher werden, das Leistungsangebot, die Qualität und die ärztliche und pflegerische Personalausstattung der Krankenhäuser in ihrer Nähe zu erkennen. In diesem Zusammenhang wurde die Einrichtung eines im Internet abrufbaren Transparenzverzeichnisses durch das Bundesministerium für Gesundheit initiiert. Das Krankenhaustransparenzgesetz sieht zudem vor, dass die Tariflohnsteigerungen des Pflegepersonals frühzeitig refinanziert werden.

b) Darstellung des Geschäftsverlaufes des Unternehmens

Umsatz- und Leistungsentwicklung

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Umsatzerlöse aus Krankenhausleistungen um TEUR 10.750 auf TEUR 122.623 angestiegen. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung von rund 10%.

Maßgeblichen Anteil an der Steigerung haben die DRG-Leistungen. Trotz der Einführung von Hybrid-DRGs konnten sie deutlich gesteigert werden. Der zweite wesentliche Grund für den Anstieg der Krankenhausleistungen sind höhere Pflegeerlöse.

Investition und Finanzierung

Die Rhein-Maas Klinikum GmbH wird aufgrund ihrer Stellung in der Krankenversorgung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht gefördert. Im Berichtszeitraum erhielt die Gesellschaft pauschale Fördermittel nach § 18 Abs. 1 Nr. 2 KHGG NRW sowie die Baupauschale nach § 18 Abs.1 Nr. 1 KHGG NRW.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr TEUR 5.482 investiert. Die Zugänge wurden dabei in Höhe von TEUR 2.659 aus Fördermitteln - davon TEUR 574 Fördermittel nach dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) und TEUR 605 Billigkeitsleistung gem. § 32 Haushaltsgesetz 2023 und § 53 Landeshaushaltsordnung Nordrhein-Westfalen (Corona Sonderprogramm für Krankenhäuser 2021) - und in Höhe von TEUR 2.823 aus Eigenmitteln finanziert.

Es erfolgten Investitionen in Gebäude TEUR 1.088, davon TEUR 926 aus Eigenmitteln, Investitionen in Einrichtung und Ausstattung mit TEUR 1.717, davon TEUR 304 aus Eigenmitteln, Investitionen in technische Anlagen TEUR 169, davon Eigenmittel TEUR 17, sowie in immaterielle Vermögensgegenstände mit TEUR 490, davon TEUR 265 aus Eigenmitteln und in Anlagen im Bau mit TEUR 1.993, die in Höhe von TEUR 707 aus Fördermitteln und in Höhe von TEUR 1.286 aus Eigenmitteln finanziert wurden. Als Finanzanlage wurde zudem das Stammkapital in Höhe von TEUR 25 im Zuge der Gründung der MVZ RMK GmbH aus Eigenmitteln gezeichnet.

Zu den größten Maßnahmen gehörten mit TEUR 628 Investitionen in die Sanierung des B+D-Flügels des 6. Obergeschosses des Klinikgebäudes, davon TEUR 26 aus Eigenmitteln sowie mit TEUR 880 in die Sanierung und Erweiterung des Zentral-OPs, davon TEUR 880 aus Eigenmitteln.

Personal

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2024 insgesamt 1.085 Vollkräfte.

Dies ist ein Anstieg im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023 von insgesamt 72 Vollkräften.

c) Darstellung der Lage des Unternehmens

Ertragslage

Im Bereich der Umsatzerlöse aus Krankenhausleistungen konnte das Unternehmen wie oben beschrieben eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erzielen. Neben der quantitativen Steigerung von DRG-Leistungen trug auch die Anhebung des Landesbasisfallwertes um 5,3 % zu einer Erhöhung der Erlöse bei. Die Pflegeerlöse konnten gegenüber dem Vorjahr um rund 15 % gesteigert werden.

Die Erlöse aus Wahlleistungen sind mit TEUR 6.399 (Vorjahr TEUR 5.675) um TEUR 724 gestiegen, wohingegen die Erlöse aus Nutzungsentgelten der Ärzte mit TEUR 257 (Vorjahr TEUR 323) rückläufig waren. Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses reduzierten sich um TEUR 170.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von TEUR 678 für krankenhausindividuelle Ausgleichzahlungen sowie in Höhe von TEUR 72 für krankenhausindividuelle Erstattungsbeiträge zum Ausgleich der Energiekostensteigerungen erfasst.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Geschäftsjahr 2023 um TEUR 10.699 auf TEUR 101.401 angestiegen. Ursächlich für den Anstieg des Personalaufwandes sind umgesetzte Tarifsteigerungen für die Beschäftigten sowie der Anstieg der Beschäftigtenzahl.

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat sich der Materialaufwand im Geschäftsjahr 2024 um TEUR 1.631 bzw. 5 % vermindert. Die Kosten für Energie und Brennstoffe sanken von TEUR 2.819 auf TEUR 1.692, was einer Reduktion von TEUR 1.127 entspricht. Der Rückgang des Materialaufwands resultiert, zusätzlich begünstigt durch einen positiven Inventureffekt, aus dem Rückgang im Bereich Medizinscher Bedarf (TEUR -714 gegenüber dem Vorjahr). Aufwendungen des Wirtschaftsbedarf stiegen hingegen. Die Sachkosten je Casemixpunkt sind um EUR 65,25 pro Punkt auf EUR 961,21 gesunken.

Der sonstige betriebliche Aufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.539 erhöht. Ursächlich für die Veränderung sind deutlich gestiegene Beratungskosten, Haftpflichtschäden und zentrale Verwaltungskosten, sowie ein Anstieg bei Wertberichtigungen. Gleichzeitig sind die Kosten für Softwarepflege und Support gestiegen. Geringere Kosten für Umbaumaßnahmen an Gebäuden und eine Reduzierung betriebsbedingter Nachzahlungen federten den Effekt nur in Teilen ab.

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um TEUR 229 angestiegen.

Die betrieblichen Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich (TEUR +12.428) auf TEUR 156.988, konnten den Plan insbesondere im Bereich der DRG-Erlöse jedoch nicht erreichen. Diese abweichende Entwicklung zum Wirtschaftsplan ist hauptsächlich auf eine Reduzierung der DRG-Leistungen zurück zu führen. Einen wesentlichen Anteil hieran hatte unter anderem die Einführung von Hybrid-DRGs. Fehlende Kapazitäten verursachten eine zusätzliche Lücke. Im Berichtsjahr hat die Rhein-Maas Klinikum GmbH ein positives Rechnungsergebnis in Höhe von TEUR 4.502 erzielt und liegt damit über dem für das Jahr 2024 prognostizierten Ergebnis. Die Abweichung zur Prognose des Vorjahres ist insbesondere auf Kostenerstattungen und Ausgleichbeträge aus früheren Geschäftsjahren, sowie die Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand am Ende des Geschäftsjahres beläuft sich auf TEUR 8.039.

Der Cash-Flow im engeren Sinne (TEUR 6.317) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 769 verbessert. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 5.477 (Vorjahr TEUR 3.358), der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit beträgt TEUR -1.487 (Vorjahr TEUR - 2.186) und der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR -1.430 (Vorjahr TEUR - 1.433).

Zum Ende des Berichtsjahres hat die Gesellschaft externe Darlehen in Höhe von TEUR 28.945, von denen insgesamt TEUR 13.408 bereits getilgt wurden, sodass zum Stichtag noch Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Gesellschafter in Höhe von TEUR 15.537 passiviert wurden.

Aktuell wird über das Budget des Jahres 2023 verhandelt. Hieraus ergeben sich positive Liquiditätseffekte aufgrund ausstehender Pflegebudgets der Jahre 2020-2023 von ca. TEUR 14.000 EUR.

Während des Geschäftsjahres 2024 war die Gesellschaft stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme (ohne den Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung) hat sich im Berichtszeitraum um TEUR 2.954 auf TEUR 107.655 erhöht.

Das Sachanlagevermögen in Höhe von TEUR 54.110 ist in einer Größenordnung von TEUR 25.236 durch Zuschüsse finanziert.

Das Umlaufvermögen zuzüglich der Rechnungsabgrenzungsposten hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.324 erhöht. Wesentliche Erhöhungen gab es bei den Roh,- Hilfs- und Betriebsstoffen, sowie den unfertigen Leistungen (TEUR +1.640). Die Guthaben bei Kreditinstitutionen wurden gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.559 gesteigert. Demgegenüber sind die Forderungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.893 reduziert worden. Hier stechen insbesondere die Forderungen an Kostenträger (TEUR -2.078 ggü. Vorjahr) heraus.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 32,6 % bezogen auf die Bilanzsumme abzüglich des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung und ist somit bezogen auf das Vorjahr um 3,3 % gestiegen.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Rückstellungen um TEUR 656 auf TEUR 17.387 und die Verbindlichkeiten reduzierten sich um TEUR 2.665 auf TEUR 34.510.

Der Anstieg der Rückstellungen resultiert im Wesentlichen aus Rückstellungen für Personalaufwendungen.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus geringeren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie der Verringerung der Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen sind hingegen gestiegen.

d) Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die finanziellen Leistungsindikatoren (Fallzahl, CM-Punkte sowie CM-Index) haben sich wie folgt entwickelt:

Fallzahl nach KHEntgG (E1 und E3-Fälle, einschl. Überlieger)		Summe der BewRel (E1 und E3-Fälle, einschl. Überlieger)		CMI (E1 und E3-Fälle, einschl. Überlieger)	
2024	2023	2024	2023	2024	2023
20.362	19.951	19.854	19.459	0,98	0,98

Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich +411 Fälle (+ 2,1 %), insbesondere in den Fachabteilungen Pneumologie (+ 28 %), Akut Geriatrie (+ 17 %) und der Gastroenterologie (+ 4 %). Die zahlungswirksamen Casemixpunkte konnten gegenüber 2023 um 395 Punkte (+ 2 %) gesteigert werden. Diese zeigten sich ebenso wie die Fallzahlen in den vorgenannten Fachabteilungen.

Im Berichtsjahr 2024 wurden in der Geriatrischen Rehabilitation 451 Fälle behandelt (Vorjahr: 441). 249 Patienten wurden in der besonderen Einrichtung Palliativmedizin versorgt (Vorjahr: 298).

Der vereinbarte Basisfallwert hat sich auf 4.206,00 EUR (NRW) erhöht.

Die Arbeitnehmerbelange stellen aufgrund des Fachkräftemangels einen wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikator dar. Wir begegnen diesen Anforderungen mit zahlreichen Maßnahmen wie beispielsweise zeitgemäßen Vergütungsstrukturen, Unterstützung bei der Wohnungssuche, Fortbildungsmaßnahmen sowie einem attraktiven Arbeitsumfeld.

III. Prognose, Chancen und Risiken

Die Geschäftsführung geht von einer Fortführung des Unternehmens aus. Derzeit sind keine singulären bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen.

Die wirtschaftliche Lage der Krankenhausträgergesellschaften ist geprägt durch die vorgenannten gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen und damit einhergehenden Chancen und Risiken. So können sich beispielsweise Risiken aus der Störung der Lieferketten infolge geopolitischer Krisen oder der allgemeinen Entwicklung des Preisniveaus ergeben.

Unser Geschäftsumfeld ist geprägt von gesundheitspolitischen Regulationseinflüssen. Inwieweit die mit Beschluss des Bundestags vom 17. Oktober 2024 sowie der Billigung durch den Bundesrat vom 22. November 2024 verabschiedete Krankenhausreform und die damit verbundene Kombination aus Vorhaltevergütung und zusätzlicher leistungsabhängiger Vergütung, zu einer angemessenen Vergütungsstruktur der erbrachten Krankenhausleistungen führen wird, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus bestehen Planungsunsicherheiten hinsichtlich der Finanzierung der Kosten für die infolge der Krankenhausreform notwendigen Transformationen.

Seit dem Jahr 2022 läuft in Nordrhein-Westfalen bereits ein neues Krankenhausplanungsverfahren. Die Landesplanung in Nordrhein-Westfalen soll zukünftig nicht mehr nach Bettenkapazitäten erfolgen. Erstmals sollen die tatsächlichen Fallzahlen als Planungsgrundlage herangezogen werden. Dafür hat das Land sogenannte Leistungsbereiche und Leistungsgruppen erarbeitet und ausgewiesen, die die medizinischen Fachgebiete und Unterdisziplinen abbilden sollen. Im Zusammenhang mit diesem Krankenhausplanungsverfahren hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) am 16. Dezember 2024 die neuen Feststellungsbescheide über die Bezirksregierungen an die Krankenhäuser in NRW übermittelt. Diese Bescheide bilden die Grundlage der zukünftigen Krankenhausplanung und treten am 01. April 2025 in Kraft.

Die Krankenhausplanung NRW hat weitreichende Konsequenzen in struktureller und finanzieller Art sowie auf die Qualität der Krankenhausversorgung. Hieraus können sich sowohl Chancen als auch Risiken für die künftige Entwicklung ergeben.

Mit den zugewiesenen Leistungsgruppen und damit verbundenen Fallzahlen kann das Rhein-Maas Klinikum im Wesentlichen umgehen. Darüber hinaus ist es leider unausweichlich ein Klageverfahren anzustreben, um einige relevante Leistungsbereiche bzw. Fallzahlen gegebenenfalls doch noch zurückzugewinnen. Dieser Weg ist mit Unsicherheiten verbunden, bietet zum Zeitpunkt quo aber eine Chance. Umliegende Krankenhäuser, mit denen das Rhein-Maas Klinikum im Wettbewerb steht, haben zahlreiche Leistungsgruppen nicht zugeteilt bekommen, die im Bereich der Kernleistungen des RMK liegen. Hier ist eine wesentliche Chance zu sehen. Zurzeit werden zwei bettenführende Stationen saniert, die im Mai 2026 in Betrieb genommen werden. Dadurch entstehen im Jahr 2026 mindestens 20 zusätzliche Betten. Diese zusätzlichen Bettenkapazitäten wird das Rhein-Maas Klinikum mit geriatrischen Patienten füllen können. Die heute begrenzten Bettenkapazitäten können somit ausgeweitet werden. Dies stellt eine Chance dar.

Leistungsschwankungen im Krankenhaus, Leistungsverschiebungen in den ambulanten Bereich bzw. in den Entgeltbereich der Hybrid-DRG‘s, die regulierte Preissetzung sowie die Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen können im Ergebnis zu Ergebnisbeeinträchtigungen führen. Insbesondere die zunehmende Verlagerung in den ambulanten Bereich kann neben Risiken infolge der erforderlichen Anpassungen von Strukturen und dem Aufbau eines entsprechenden Versorgungsangebots auch die Chance bieten, in erhöhtem Maß an den inhärenten Vorteilen einer ambulanten Struktur zu partizipieren. Den genannten Risiken wird durch die Strukturen im Verbund sowie der fortlaufenden Anpassung und der damit einhergehenden Effizienzsteigerung aller Prozesse begegnet.

Der Fachkräftemangel in Deutschland und das damit einhergehende Risiko der Nichtbesetzung offener Stellen im Bereich der Pflege sowie im ärztlichen Bereich wird mit zahlreichen Maßnahmen angegangen.

Beschaffungsrisiken (Lieferschwierigkeiten, Qualitätsprobleme) werden durch einen verbundweiten Einkauf sowie durch die permanente Optimierung der Beschaffungsprozesse minimiert.

Trotz der hohen Eigenkapitalausstattung und der Innenfinanzierungskraft verfügt die Gesellschaft über eine knappe Liquiditätssituation. Die Liquidität der Gesellschaft kann Ende 2024 jedoch als ausreichend betrachtet werden. Die Budgetverhandlung für 2023 und 2024 sind noch nicht abgeschlossen. Mittel aus diesen ausstehenden Vereinbarungen, insbesondere aus noch ausstehenden Geldern zur Refinanzierung der Pflege, fließen der Gesellschaft erst nach dem Bilanzstichtag zu.

Chancen bieten sich für die Gesellschaft zum einen in einer konsequenten Weiterentwicklung der medizinischen Bereiche, zum anderen aber auch in der Vernetzung innerhalb des Verbundes der Knappschaftskrankenhäuser. Hierzu wurde die Knappschaft Kliniken GmbH geschaffen, die eine Stärkung des Verbundes auch hinsichtlich der Standardisierung im Sachmittelbereich und Kostenoptimierung durch Benchmarks erreichen soll.

Mit dem „Krankenhauszukunftsgesetz“ sowie der Einrichtung des Krankenhauszukunftsfonds wurden die Fördermittel für Investitionsvorhaben bspw. Für die Themenbereiche Digitalisierung und Informationssicherheit erhöht und damit die Chance gegeben, in zukunftsgerichtete Projekte zu investieren. Insbesondere die Umsetzung der geförderten Maßnahmen ist für 2025 weiter voranzutreiben, damit ein verwendungs- und fristgerechter Einsatz der Fördermittel gewährleistet ist.

Die beschlossene Krankenhausreform wird voraussichtlich zu weitreichenden Veränderungen in der Krankenhauslandschaft führen. Den Krankenhäusern werden bundeseinheitlich definierte Leistungsgruppen zugeordnet, welche wiederum mit Mindestqualitätsanforderungen unterlegt und an Mindestvorhaltezahlen gekoppelt sind. Basierend auf dieser Zuordnung erhalten die Krankenhäuser zukünftig eine leistungsgruppenbezogene Vorhaltevergütung sowie zusätzlich eine leistungsabhängige Vergütung. Die Gesellschaft ist aufgrund der medizinischen Expertise, des umfangreichen Leistungsportfolios sowie der eingeleiteten Optimierungsprozesse gut auf die Veränderung der Branche vorbereitet. Weitere Chancen sehen wir durch die fortschreitende Digitalisierung und damit einhergehende Prozessoptimierungen.

Für das Geschäftsjahr 2025 gehen wir von steigenden Umsätzen aus, erwarten jedoch auch steigende Personalkosten. Wir planen für das kommende Jahr mit einem geringfügigen Rückgang des Jahresergebnisses.

Die Geschäftsentwicklung kann sich aufgrund der aktuell nicht abschließend vorhersehbaren Auswirkungen infolge der Umsetzung der beschlossenen Krankenhausreform, der potentiellen Eingriffe des Gesetzgebers in die Vergütungsstruktur des Geschäftsjahres sowie der weiteren Entwicklung der geopolitischen Lage in 2025 anders als geplant entwickelt.

3.4.6.2 Senioren und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen

Firmensitz:
Johanna-Neumann-Straße 4
52249 Eschweiler

Rechtsform: Eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Gründungsdatum: 01.11.1891
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Datum der aktuellen Satzung: 16.12.2021

Wirtschaftsprüfer/-in

Schüllermann und Partner AG

Unternehmensgegenstand

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Die Körperschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bis Ende 2008 war das SBZ in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seitdem wird die Einrichtung kontinuierlich strukturell an die sich derzeit schnell ändernden Rahmenbedingungen angepasst und baulich modernisiert. Zwischen 2009 und 2011 wurde so ein mehrstufiges Angebot in den Bereichen vollstationärer Pflege, ambulante Pflege, Tagepflege, Essen auf Rädern und Betreutem Wohnen geschaffen. Die in 2018 gesetzlich geforderte 1-Bettzimmer-Quote wird seitdem im SBZ gewährleistet. 2011 wurde ein Neubau mit 38 zu betreuenden Wohnungen fertiggestellt.

Das strategische Ziel, eine qualitativ hochwertige Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Pflege anzubieten seit einigen Jahren IM SBZ verfolgt wird, wurden nicht nur die baulichen inneren und äußeren Rahmungsbedingungen verbessert, sondern auch kontinuierlich an der Pflege- und Betreuungsqualität gearbeitet. Dazu beteiligte man sich an vielen Projekten, wie z.B. dem Demenzlabel der StädteRegion Aachen, dem Hygiene-Siegel von EuPrevent, dem Ausbau des Qualitätsmanagements, der Einführung hochwertiger Pflegestandards, der Implementierung von Palliativ Care und Hospizgedanken in der Pflegeeinrichtung und vielem mehr. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird intensiv in der Pflege ausgebildet.

Kapital

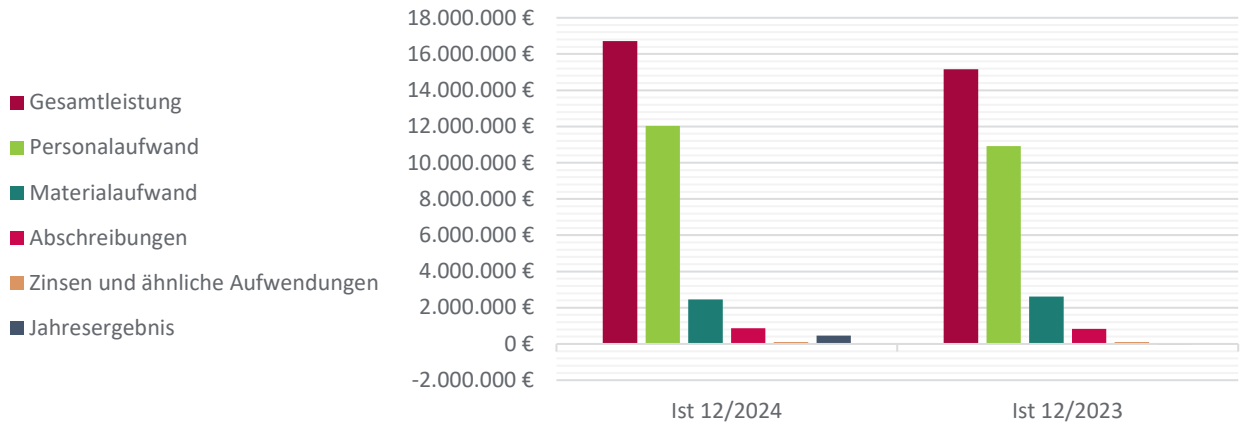
Sondervermögen	4.091.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

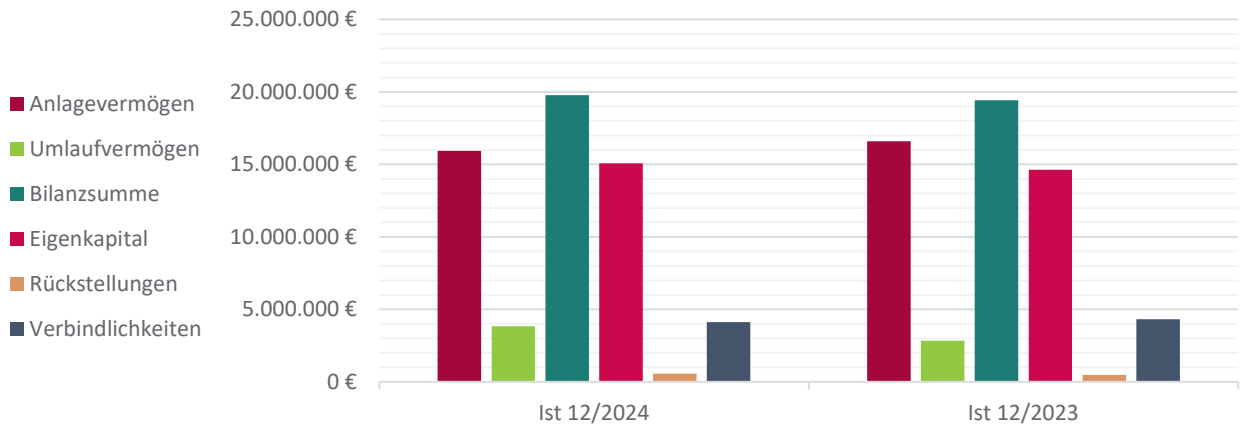


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege	8.823.321,31	8.021.767,94	801.553,37
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	3.661.212,71	3.228.900,65	432.312,06
Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen	36.504,90	36.112,36	392,54
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	1.283.107,94	1.058.747,09	224.360,85
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in Nr. 1 bis 4 enthalten	1.311.176,08	1.273.118,56	38.057,52
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	1.512.791,17	969.775,57	543.015,60
Sonstige betriebliche Erträge	85.084,50	573.890,86	-488.806,36
Gesamtleistung	16.713.198,61	15.162.313,03	1.550.885,58
Personalaufwand	12.036.302,68	10.916.479,27	1.119.823,41
dar.: Löhne und Gehälter	8.991.928,85	8.216.771,76	775.157,09
dar.: Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	3.044.373,83	2.699.707,51	344.666,32
Materialaufwand	2.449.532,87	2.623.646,12	-174.113,25
dar.: Lebensmittel	1.017.714,64	958.350,77	59.363,87
dar.: Wasser, Energie, Brennstoffe	479.006,83	533.785,73	-54.778,90
dar.: Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	952.811,35	1.131.509,62	-178.698,27
Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	151.989,70	139.203,20	12.786,50
Steuern, Abgaben, Versicherungen	204.033,66	181.118,39	22.915,27
Mieten, Pacht, Leasing	11.140,46	15.068,83	-3.928,37
Zwischenergebnis	1.860.199,24	1.286.797,22	573.402,02
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten	6.828,81	6.965,91	-137,10
Abschreibungen	867.768,81	825.713,56	42.055,25
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	867.768,81	-	867.768,81
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	439.231,69	382.247,05	56.984,64

Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.211,50	350,00	861,50
Zwischenergebnis	545.158,43	71.520,70	473.637,73
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.579,07	9.738,61	3.840,46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	106.652,93	113.677,10	-7.024,17
EBT	452.084,57	-32.417,79	484.502,36
Jahresergebnis	452.084,57	-32.417,79	484.502,36

Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	15.942.196,34	16.589.344,97	-647.148,63
Immaterielle Vermögensgegenstände	3,00	3,00	0,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	3,00	-	3,00
Sachanlagen	15.942.193,34	16.589.341,97	-647.148,63
Grundstücke und Gebäude	14.750.501,34	15.415.243,34	-664.742,00
Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	1.025.982,00	818.996,00	206.986,00
Fahrzeuge	165.710,00	56.194,00	109.516,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	298.908,63	-298.908,63
Umlaufvermögen	3.832.559,04	2.829.018,49	1.003.540,55
Vorräte	127.274,70	113.018,98	14.255,72
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	127.274,70	113.018,98	14.255,72
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	307.097,05	376.017,16	-68.920,11
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	244.581,90	220.108,48	24.473,42
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	62.515,15	155.908,68	-93.393,53
Kasse, Bankguthaben, Schecks	3.398.187,29	2.339.982,35	1.058.204,94
Rechnungsabgrenzungsposten	2.142,00	2.142,00	0,00
Bilanzsumme	19.776.897,38	19.420.505,46	356.391,92
Passiva			
Eigenkapital	15.080.481,24	14.628.396,67	452.084,57
Gezeichnetes Kapital	4.091.000,00	4.091.000,00	0,00

Kapitalrücklage	617.426,35	617.426,35	0,00
Gewinnrücklagen	9.919.970,32	9.952.388,11	-32.417,79
Jahresergebnis	452.084,57	-32.417,79	484.502,36
Rückstellungen	570.526,58	466.404,85	104.121,73
sonstige Rückstellungen	570.526,58	466.404,85	104.121,73
Verbindlichkeiten	4.125.889,56	4.325.703,94	-199.814,38
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	3.177.089,03	3.469.732,11	-292.643,08
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	269.918,41	204.956,68	64.961,73
Sonstige Verbindlichkeiten	678.882,12	651.015,15	27.866,97
Bilanzsumme	19.776.897,38	19.420.505,46	356.391,92

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	175	168	7
Verschuldungsgrad (in %)	-	-	-

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Dipl.-Kfm. Bernhard Müller	Senioren und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen

Verwaltungsausschuss

Mitglied

sachk.B. Herr Rolf Beckers (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Willi Bündgens (CDU)	StädteRegion Aachen
Herr Herbert Geller (CDU) (bis 08.10.2024)	StädteRegion Aachen
sachk.B. Frau Dagmar Göbbels (FDP/UFW)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Doris Harst (SPD)	StädteRegion Aachen
sachk.B. Herr Thomas Havers (CDU)	StädteRegion Aachen
Frau Mareike Hilgers-Metzner (SPD) (bis 01.10.2024)	StädteRegion Aachen
sachk.B. Herr Abdurrahman Kol (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Friedhelm Krämer (SPD)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Franz Körlings (CDU)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Wolfram Markus (SPD)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Markus Matzerath (AfD)	StädteRegion Aachen
sachk.B. Herr Rainer Mertens (CDU)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Edith Nolden (CDU) (ab 11.10.2024)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Sonia Siller (DIE LINKE)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Mahnaz Syrus (GRÜNE)	StädteRegion Aachen

Städteregionstagsmitglied Herr Volker Thelenz (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
sachk.B. Herr Heinz Theuer (UPP)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Alexander Martin Tietz-Latza (GRÜNE)	StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 6 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 30,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Allgemeines zur Gesellschaft

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion Aachen nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umgebung Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen.

Die Einrichtung wurde im November 1891 gegründet. Sie ist also mittlerweile 134 Jahre alt. Die genutzten Gebäudeteile wurden im November 1977 neu gebaut, sind also mittlerweile auch schon 48 Jahre alt.

Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler noch eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seitdem wird die Einrichtung kontinuierlich strukturell an die sich derzeit schnell ändernden Rahmenbedingungen angepasst und baulich modernisiert. Zwischen 2009 und 2011 wurde so ein mehrstufiges Angebot in den Bereichen vollstationäre Pflege, ambulante Pflege, Tagespflege, Essen auf Rädern und betreutem Wohnen geschaffen.

Gleichzeitig wurden umfangreiche Baumaßnahmen sukzessive durchgeführt. In 2000 wurde die Eingangshalle neugestaltet, von 2004 bis 2006 erfolgte die Renovierung des Pflegetraktes A und von 2009 bis 2011 fand der Umbau und die Aufstockung des Pflegetraktes B statt. Die seit 2018 gesetzlich eingeforderte Einzelzimmerquote wird seitdem im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler gewährleistet. 2011 wurde ein Neubau mit 38 zu betreuenden Wohnungen fertiggestellt. Bereits 2009 wurde eine Tagespflege neu eingerichtet. Flankiert wurden diese großen Projekte von der Neugestaltung der Cafeteria und des Gemeinschaftssaales sowie diversen Maßnahmen in den Außenanlagen. Im Geschäftsjahr 2021 wurde der Neubau von weiteren 30 zu betreuenden Wohnungen und einer größeren Tagespflege mit 25 Plätzen abgeschlossen.

Da das strategische Ziel, eine qualitativ sehr hochwertige Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Pflege anzubieten, im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler verfolgt wird, wurden nicht nur die baulichen inneren und äußeren Rahmenbedingungen verbessert, sondern auch kontinuierlich an der Pflege- und Betreuungsqualität gearbeitet. Dazu beteiligte man sich an vielen Projekten, wie z.B. dem Demenzlabel der StädteRegion Aachen, dem Hygienesiegel von EUPrevent, dem Ausbau des Qualitätsmanagements nach DIN 90001, der Einführung hochwertiger Pflegestandards, der Implementierung von Palliativ Care und Hospizgedanken in der Pflegeeinrichtung, GAP, Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege und vielem mehr.

Die personellen Erfordernisse wurden immer eingehalten. Um den Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird intensiv in der Pflege ausgebildet. So konnte das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler in den letzten Jahren eine Vormarktstellung in der Pflegequalität in der Region erarbeiten. Zudem wirkte die Summe dieser Maßnahmen sich in den letzten Jahren positiv auf den Geschäftsverlauf aus und bestätigt damit die eingeschlagene Qualitätsstrategie.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

a) Information zu allgemeinen Wirtschaftsbetrieben der Bundesrepublik Deutschland

Das Jahr 2024 war für viele deutsche Wirtschaftsbetriebe von Unsicherheiten und Rückgängen geprägt. Die deutsche Wirtschaft schrumpfte 2024 das zweite Jahr in Folge. Das Bruttoinlandsprodukt ging real um 0,2% zurück. Hauptgründe waren hohe Energiekosten, ein erhöhtes Zinsniveau und eine schwächelnde Exportnachfrage. Zudem litten viele Unternehmen unter hohen regulatorischen Hürden. Es gab vermehrt Insolvenzen, insbesondere im Maschinenbau und Autozulieferern. Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung führte zu zurückhaltenden Investitionen und einer vorsichtigen Personalpolitik. Betroffen war davon insbesondere die Automobilindustrie. Dagegen wurden Investitionen in Zukunftstechnologien und nachhaltige Geschäftsmodelle weiter vorangetrieben. So verzeichnete, z.B. wegen der Energiekrise und der Bemühungen um den Klimaschutz, die Branche der erneuerbaren Energien sehr starkes Wachstum. Auch die IT-Branche profitierte von der fortschreitenden Digitalisierung in allen Wirtschaftsbereichen, ebenso der Bereich Verkehr und Infrastruktur.

Die deutschen Wirtschaftszweige zeigten somit ein gemischtes Bild, wobei einige Sektoren von der wirtschaftlichen und politischen Unterstützung profitierten, während andere weiterhin mit erheblichen Herausforderungen zu kämpfen hatten. Ohne tiefgreifende Reformen und gezielte Investitionen droht aber insgesamt eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in den kommenden Jahren.

b) Information zu allgemeinen Wirtschaftsbetrieben von Pflegeeinrichtungen

Die wirtschaftliche Entwicklung von Pflegeeinrichtungen in Deutschland im Jahr 2024 war ebenfalls von erheblichen Herausforderungen geprägt, insbesondere durch die steigenden Kosten und den Personalmangel.

Ab dem 01.09.2022 soll es für Altenpflegeeinrichtungen nur noch Versorgungsverträge geben, die nach Tarifverträgen oder Mindestlohn in entsprechender Höhe bezahlen. Dies führt dazu, dass im letzten Quartal 2022 alle privaten Anbieter von Pflegeleistungen neue Pflegesatzvereinbarungen mit neuen Tariflöhnen und neuen Pflegesätzen treffen mussten. Dies bedeutete für die Verhandlungspartner auf Seiten der Pflegekassen und des Landschaftsverbandes einen immensen Arbeitsaufwand, dem diese nicht zeitnah gerecht werden konnten. Das wirkte sich sogar noch auf das Wirtschaftsjahr 2024 aus. Auch in diesem Jahr konnten die Pflegeeinrichtungen die steigenden Personalkosten, verursacht durch hohe Tarifabschlüsse und den gesetzlichen Mindestlohn nicht zeitnah in neuen Pflegesatzvereinbarungen realisieren. Dies führte zu erheblichem Druck. Auch die Sachkosten, welche aufgrund der Inflation und erhöhten Energiepreise erheblich gestiegen sind, konnten nicht zeitnah in die Budgets eingerechnet werden. Das stellte eine zusätzliche Belastung der Einrichtungen dar.

Der Personalmangel stellt derzeit die größte Herausforderung für Altenpflegeeinrichtungen dar. Viele Einrichtungen konnten ihre Bettenkapazitäten nicht voll auslasten, weil nicht genügend Pflegepersonal verfügbar war. Unbesetzte Betten bedeuten verlorene Einnahmen, was die finanzielle Lage weiter verschlechtert hat. Hier ist auch absehbar keine Verbesserung in Sicht, weil in den nächsten Jahren ein Anstieg der Pflegebedürftigkeit erwartet wird, welches den Personalmangel weiter verschärfen wird.

Die wirtschaftliche Situation der Pflegeeinrichtungen verschlechterte sich im Vergleich zu den Vorjahren deutlich. Laut einer Befragung von über 700 Einrichtungen durch die Unternehmensberatung Curacon, rechneten 43% der Kapitalanleger und 59% der Krankenhäuser mit einer weiteren Ergebnisverschlechterung für das Jahr 2024. Der Anteil defizitärer stationärer Einrichtungen stieg im Vorjahr auf 46%. In der ambulanten Pflege zeigte sich ein ähnliches Bild. Hier arbeiteten 51% der Einrichtungen defizitär. So mussten schon 2023 1.097 Pflegeeinrichtungen ihr Angebot schließen oder einschränken.

Trotz der zeitgleichen Eröffnung neuer Pflegeeinrichtungen stiegen die Wartelisten deshalb weiter an. Auch der demographische Wandel macht sich bemerkbar. Die Ankunft der Babyboomer-Generation führte zu einem deutlichen Anstieg des Altenquotienten. Das belastet die Versorgungslage zunehmend.

Die finanzielle Belastung für Pflegebedürftige stieg weiter an. Ab Januar 2024 betrugen die durchschnittlichen Zuzahlungen im ersten Jahr im Heim bundesweit 2.576 Euro pro Monat. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung stiegen ebenfalls. Trotz erhöhter Entlastungszuschläge seit 2022, stiegen die Eigenanteile kontinuierlich an und erhöhten die finanzielle Last der Pflegebedürftigen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die wirtschaftliche Entwicklung von Pflegeinrichtungen in Deutschland im Jahr 2024 geprägt war von steigenden Kosten, Personalmangel und zahlreichen Insolvenzen. Während die Nachfrage nach Pflegeleistungen aufgrund des demographischen Wandels weiter steigen, müssen sich die Einrichtungen auf schwierige wirtschaftliche Bedingungen einstellen. Regionale Unterschiede und der Einsatz neuer Technologien können helfen, die Herausforderung zu bewältigen, doch bleiben umfassende strukturelle Reformen notwendig, um die langfristige Stabilität der Pflegebranche zu gewährleisten.

Entwicklung der Vermögenslage

Das Vermögen des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist von 2023 auf 2024 gestiegen. In 2023 betrug die Bilanzsumme noch 19.420 T€ in 2024 waren dies 19.777 T€. Die Vermögenslage hat sich also um 357 T€ verbessert. Dabei ist zwar das langfristige Anlagevermögen um 647 T€ von 16.589 T€ auf 15.942 T€ zurückgegangen, wurde aber kompensiert von einer Steigerung des Umlaufvermögens in Höhe von 1.004 T€. Das Umlaufvermögen stieg von 2.829 T€ auf 3.843 T€. Der Rückgang beim langfristigen Anlagevermögen basiert darauf, dass die Investitionstätigkeit in 2024 hinter den planmäßigen Abschreibungen erheblich zurückgelegen hat. Die planmäßigen Abschreibungen und Abgänge der Anlagegüter betrugen in 2024 868 T€. Investiert wurde bei den Fahrzeugen, allerdings nur 138 T€. Hier handelte es sich um mehrere Elektrofahrzeuge, die neu angeschafft werden mussten, weil die StädteRegion Aachen von allen beteiligten Einrichtungen verlangt, in naher Zukunft CO^2 frei zu sein. Bei den Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge wurde die bis dahin im Bau befindliche neue Brandmeldeanlage aktiviert und dem Vermögenskonto in Höhe von 286 T€ zugeschrieben. Die Steigerung der kurzfristigen Aktiva ist maßgeblich auf die Steigerung der liquiden Mittel zurückzuführen, die wegen des hohen Gewinns von 2.340 T€ auf 3.398 T€ um 1.058 T€ gestiegen sind. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind dagegen um 69 T€ zurückgegangen.

Auf der Passivseite der Bilanz resultiert der Rückgang der Bilanzsumme auf einer Steigerung des Eigenkapitals in Höhe von 452 T€, einer Steigerung der Rückstellungen in Höhe von 104 T€ und einem Rückgang der Verbindlichkeiten in Höhe von 199 T€. Die Steigerung beim Eigenkapital ist durch den Jahresüberschuss bedingt. Das Eigenkapital betrug in 2023 noch 14.629 T€, in 2024 waren es bereits 15.081 T€. Dadurch ist der Eigenkapitalanteil minimal gestiegen, er stieg von 75,3% auf 76,3%. Damit hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine sehr gesunde Kapitalstruktur.

Die Reduktion des langfristigen Fremdkapitals basiert darauf, dass die Tilgung für die mit Fremdkapital finanzierten Gebäudeteile des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduziert haben. In 2023 betrugen diese Verbindlichkeiten noch 3.469 T€, in 2024 waren es lediglich 3.177 T€. Somit wurden -292 T€ an Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten zurückgezahlt. Dagegen sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gestiegen, so dass das kurzfristige Fremdkapital in dieser Bilanzposition von 205 T€ auf 270 T€ gestiegen ist.

Die Steigerung der Rückstellungen in Höhe von 104 T€ basiert maßgeblich darauf, dass für die Rückzahlung von zu viel erhaltenen Ausbildungsvergütungen eine neue Rückstellung gebildet worden ist. Die Ausbildung der Pflegefachkräfte ist in Deutschland ein umlagefinanziertes System. Das heißt, dass die Auslagen, die die Altenpflegeeinrichtungen für ihre Auszubildenden haben, durch Umlagen für die Pflegeerlöse wieder refinanziert werden. Bei der Erstattung dieser

Ausbildungsvergütungen werden neben den Gehältern und Sozialversicherungsausgaben des Arbeitgebers weitere Ausbildungsbildungskosten und ein geldwerter Vorteil den die Ausbildungsbetriebe durch die Beschäftigung von Auszubildenden im zweiten und dritten Lehrjahr haben, ausgezahlt. Bei der Endabrechnung wird dieser geldwerte Vorteil allerdings nachher von den Gesamtkosten abgezogen. Hier geht man davon aus, dass der Einsatz von Auszubildenen im zweiten und dritten Lehrjahr im Verhältnis 1 zu 9 einer examinierten Pflegekraft entspricht. Da dieser geldwerte Vorteil später zurückgefordert wird, ist während des Ausbildungsjahres eine Rückstellung dafür zu bilden. Die Rückstellung dafür betrug in 2024 100 T€. Normalerweise ist das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler gewillt, gegen Ende des Jahres sowohl die Überstunden, als auch den nicht genommenen Urlaub soweit als möglich zu reduzieren. Dies ist in 2024 nicht ganz geglückt. In der Summe haben sich die Überstunden und Urlaubsrückstellungen um 23 T€ von 2023 auf 2024 erhöht. Die als Rückstellung gebildeten Beihilfekosten für einen ausgeschiedenen Verwaltungsleiter fallen ab 2024 nicht mehr an, da diese Person mittlerweile verstorben ist.

Neben den vorgenannten hervorragenden Eigenkapitalquote ist auch das Anlagevermögen durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital über 100% abgedeckt. Gleiches gilt für die kurzfristigen Verbindlichkeiten, welche durch die liquiden Mittel und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ebenfalls über 100% abgedeckt werden. Allein diese Kennzahlen zeigen, dass die Vermögensstruktur weiterhin auf einer sehr gesunden Basis fußt.

Entwicklung der Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 konnte ein positives Jahresergebnis in Höhe von 452.084,57€ erzielt werden. Im Vorjahr 2023 war das erste negative Jahresergebnis in Höhe von 32.417,79€ ausgewiesen worden. Folglich hat sich das Jahresergebnis um 484.502,36€ verbessert. Auch die Gesamtleistung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist wieder gestiegen. In 2024 betrugen die Gesamtumsätze 16.727€. In 2023 waren es noch 15.172 T€ gewesen. Das entspricht einer Steigerung des Gesamtumsatzes von 1.555 T€, also 10,3%. Diese Umsatzsteigerung ist maßgeblich auf die Abrechnung neuer Pflegesätze im stationären Bereich ab Mai 2024 zurückzuführen.

Das Aushandeln neuer Pflegesätze war notwendig geworden, weil in 2024 die zweite Stufe der Tariferhöhungen umgesetzt wurde. Ab dem 01.03.2024 wurde an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst 5,5% mehr Gehalt ausgezahlt, mindestens allerdings 200€ pro Monat. Auch galt es, das Defizit, welches in 2023 eingefahren wurde, auszugleichen. Dieses war entstanden, weil es damals Verzögerungen bei der Pflegesatzverhandlung gegeben hat, die dazu führten, dass das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler erheblich in Vorleistung gehen musste. Zum Aushandeln eines neuen Budgets für 2023 hatte man bereits Ende 2022 die Pflegekassen und den Landschaftsverband Rheinland aufgefordert. Die Aufnahme der Pflegesatzverhandlungen erfolgte allerdings erst sehr spät, Anfang 2023. Dies war dadurch bedingt, das wegen des Tariftreuegesetzes alle Altenpflegeinrichtungen gehalten waren, auf einen Tarifvertrag einzusteigen, bzw. die durchschnittlichen Tariflöhne einer Region anzuwenden, um weiterhin einen Versorgungsvertrag in der Pflege erhalten zu können. So musste für fast alle privaten Einrichtungen eine Pflegesatzverhandlung durchgeführt werden. Dies führt zu einem erheblichen Verhandlungsstau. Da die Unterlagen für die Pflegesatzverhandlung 2023 bereits Ende September 2022 eingereicht worden sind, wurden dann die Verhandlungen auf einer alten Datenbasis aufgesetzt. In der Zwischenzeit hatte es aufgrund des Ukrainekriegs erhebliche Preissteigerungen gegeben. Die Inflationsraten lagen zeitweilig erheblich über 10%. Diese sollten durch die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ausgeglichen werden. Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst waren allerdings zu diesem Zeitpunkt der Verhandlung zwischen dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen und den Pflegekassen und dem Landschschaftsverband noch nicht abgeschlossen. Man einigte sich zwar auf eine Budgetsteigerung von ca. 11%. Diese 11% deckten allerdings nicht die enormen Preissteigerungen und die später ausgehandelten Tariferhöhungen in 2023 ab. Weil die Pflegesätze erst ab April 203 abgerechnet werden konnten, kamen nicht die gesamten 11% Budgetsteigerungen zum Tragen, sondern die Erträge aus stationären Pflegeleistungen erhöhten sich lediglich um 7,9%. Dieses Defizit floss ebenfalls in die Pflegesatzverhandlung für 2024 ein. Hier konnte man einen Budgetveränderungswert in Höhe von 14,02% aushandeln. Die höheren Pflegesätze konnten allerdings auch erst ab Mai 2024 abgerechnet werden, weil der Verhandlungsstau bei den Pflegekassen und dem Landschaftsverband noch nicht abgearbeitet war und es wieder zu erheblichen Verzögerungen bei der Verhandlung kam. Somit stiegen auch die Erträge aus Pflegeleistungen stationär in 2024 zu 2023 nicht um den Budgetveränderungswert von 14,02%, sondern lediglich um 10,3%, von 7.757 T€ auf 8.553 T€ um 796 T€.

Die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung im vollstationären Bereich stiegen sogar um 13,7% von 3.172 T€ auf 3.605 T€ um 433 T€. Bei den Erträgen im ambulanten Sektor und in der Tagespflege gab es keine nennenswerte Veränderung. Die Umsätze bei den Investitionskosten erhöhten sich allerdings um 21,2%. Auf Antrag legt der Landschaftsverband

Rheinland Investitionskosten für stationäre Einrichtungen für jeweils zwei Jahre fest. Ab 2024 startete ein neuer Festlegungszeitraum mit neuen Investitionskostensätzen. Diese sind entsprechend gestiegen, weil sich das Zinsniveau insgesamt erhöht hatte.

Die sonstigen Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB stiegen um 39 T€, dies entspricht einer Steigerung von 3,1%. In 2023 betrug der Umsatz in diesem Bereich noch 1.273 T€, in 2024 waren dies 1.311 T€. Die Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB umfassten im Grunde die zwei großen Blöcke „externe Verköstigung“ und „Betreutes Wohnen“. Bei der externen Verköstigung sind die Umsätze in der Cafeteria und beim Besucheressen gestiegen, wurden allerdings teilweise durch einen Rückgang bei den Umsätzen beim Essen auf Rädern wieder kompensiert. Die 68 zu betreuenden Wohnungen des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen waren auch in 2024 ganzjährig voll ausgelastet. Da die Miete 2024 zum Vorjahr gleichgeblieben ist, gab es hier auch keine gravierenden Veränderungen bei den Mieteinahmen. Allerdings wurden die monatlich die monatlich zu zahlenden Pauschalen für Nebenkosten erhöht. Dies war notwendig geworden, weil die geleisteten Abschlagszahlungen für die Nebenkostenabrechnung am Ende des Jahres nicht mehr auskömmlich waren, nachdem die Energiekosten sehr stark gestiegen sind. Da diese Einnahmen aus Nebenkosten zum Ende des Jahres mit den tatsächlichen entstandenen Nebenkosten abgeglichen werden, hat die Steigerung in diesem Bereich keinen Einfluss auf das Jahresergebnis.

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen zu den Betriebskosten nehmen im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler die Erstattungen für die Ausbildungsvergütungen den größeren Teil ein. Die Auszubildenen zu den Pflegefachkräften werden vom Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler direkt bezahlt. Diese Ausbildungsvergütung kann das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler allerdings zurückfordern. Die formale Abwicklung der Ausbildung zur Pflegefachkraft erfolgt über die Bezirksregierung Münster in Form eines Umlagesystems. Die Erstattungen für die Ausbildungsvergütungen sind in 2024 im Vergleich zu 2025 erheblich gestiegen und zwar um 57,7%. Dies sind 528 T€. In 2023 wurden dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler noch 915 T€ überwiesen. In 2024 waren es 1.444 T€. Diese enorme Steigerung ist auf drei Faktoren zurückzuführen. Zum einen sind die Gehälter der Auszubildenen bei den letzten Tarifverhandlungen überproportional erhöht werden, zum anderen ist die Anzahl der Auszubildenen ebenfalls leicht gestiegen. Derzeit sind 64 Auszubildende zur Pflegefachkraft im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler angestellt. Zuletzt wurde eine Rückstellung für eventuell zurückzahlende Ausbildungsvergütungen in Höhe von 100 T€ gebildet. Für 2023 hat man keine Ausbildungsvergütungen zurückzahlen müssen. Diese Rückzahlungen fallen an, da die ausgezahlten Werte nach einer Spitzabrechnung am Ende des Jahres, bei denen Korrektur für Krankheit und Schwangerschaften vorgenommen werden und bei der ein Wertschöpfungsanteil, den die Altenpflegeeinrichtungen aus der Ausbildung genießen, gegengerechnet wird. Gem. § 27 des Pflegeberufsausbildungsgesetztes wird den Altenpflegeeinrichtungen für neun Auszubildende ab dem zweiten und dritten Lehrjahr eine examinierte Pflegekraft gegengerechnet. Bei durchschnittlich 60 Auszubildende in drei Lehrjahr fallen somit auf die Ausbildungsjahre zwei und drei vierzig Auszubildende. Bei den Ausbildungskosten werden somit jährlich 4,4 examinierte Pflegefachkräfte gegengerechnet. Nach der Spitzabrechnung im Juni 2025 wurden dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ein Rückförderbescheid in Höhe von 150 T€ durch die Bezirksregierung Münster zugestellt. Dies entspricht in etwa dem vorgenannten Wertschöpfungsanteil. Warum dieser Wertschöpfungsanteil bei der Spitzabrechnung abgezogen wird, vorher aber zu Auszahlung kommt, ist nicht nachvollziehbar. Aufgrund dessen wird es immer notwendig sein, für diese Rückzahlung in den Folgejahren Rückstellungen zu bilden.

Da das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler auch in anderen Bereichen auf die Ausbildung von Fachkräften setzt, ist von 2023 auf 2024 auch der Eingliederungszuschuss, bzw. der Ausbildungszuschuss gestiegen. Der Ausbildungszuschuss stieg von 34 T€ in 2023 auf 52 T€ in 2024 auf 18 T€. Beim Eingliederungszuschuss betrug die Steigerung 8 T€ von 5 T€ in 2023 auf 13 T€ in 2024. Es handelt sich hier um die Auszubildenden in der Küche zum Fachpraktiker Küche oder zu Koch und um die Ausbildung von angelernten Pflegehilfskräften zu einjährig examinierten Pflegefachassistenten.

Seit 2020 wurde unter der Rubrik „Sonstige betriebliche Erträge“ eine neue Ertragsposition geschaffen, welche Ausgleichsbeträge gem. § 150 Abs. 2 SGB XI lautete. Dieser § 150 Abs.2 SGB XI regelte die Ausgleichzahlungen für die finanziellen Nachteile, die den Altenpflegeeinrichtungen durch die Coronapandemie widerfahren sind. Hier handelt es sich um Ausgleichzahlungen für Belegungseinschränkungen, zusätzliche Hygieneartikel und für die Aufwendungen für Corona Testungen. Diese Ausgleichsmechanismen liefen zum Ende der Corona Pandemie nach dem ersten Quartal 2023 aus. Während man in 2024 noch 640 T€ an Ausgleichsbeträgen erhalten hatte, waren es in 2023 nur noch 65 T€. In 2024 sind keine Ausgleichsbeträge mehr zugeflossen, da die Grundlage einer Pandemie nicht mehr bestand. Die Auszahlung

der Ausgleichsbeträge für Corona Aufwendungen erfolgte zunächst vorbehaltlich einer abschließenden Prüfung durch die Pflegekassen. Für diese abschließenden Prüfungen wurde den Pflegekassen zwei Jahre Zeit zugestanden. Sicherheitshalber hatte das Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler für gegebenenfalls doch zu viel gezahlte Ausgleichsbeträge eine Rückstellung im Jahresabschluss 2021 in Höhe von 215 T€ gebildet. Da nach zwei Jahren keine Rückforderung von Corona Hilfen durch die Pflegekassen erfolgten, konnten in 2023 diese Rückstellungen aufgelöst werden. In 2024 gab es keine Möglichkeit, irgendwelche Rückstellungen aufzulösen.

Statt mit Corona hatten in 2023 die Altenpflegeeinrichtungen mit erheblich steigenden Energiekosten zu kämpfen. Wegen des Ukrainekrieges sind die Kosten in diesem Bereich exponentiell gestiegen. Zum Ausgleich dieser immensen Mehrkosten hatte der Gesetzgeber mit dem § 154 SGB XI Ergänzungshilfen Richtlinien geschaffen, um die Mehrkosten im Energiesektor bei den Altenpflegeeinrichtungen aufzufangen. Über diese Energieergänzungshilfen Richtlinien sind dem Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler in 2023 222 T€ zugeflossen. In 2024 liefen diese Ergänzungshilfen Richtlinien aus. Da man davon ausgegangen ist, dass mittlerweile in den Pflegesatzverhandlungen erhöhte Sätze für Energiekosten ausgehandelt worden waren. Deshalb flossen der Einrichtung in 2024 keine Energiehilfen zu. Die in 2024 fehlenden Erträge aus Auflösung von Rückstellungen und die weggefallenen Ausgleichsbeträge für Corona Aufwendungen und die ausgelaufenen Energiehilfen führten dazu, dass die sonstigen betrieblichen Erträge von 2023 in Höhe von 574 T€ auf 2024 in Höhe von 85 T€ um 489 T€ zurückgegangen sind. Dies ist ein Rückgang von 85,2%.

Trotzdem stiegen die gesamten Erträge des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler aufgrund der anfangs erwähnten Pflegesatzerhöhung insgesamt noch um 10,2%. Die gesamten Aufwendungen stiegen dagegen lediglich um 7,1%. In 2023 hatte man noch 15.090 T€ an gesamten Aufwendungen verbucht, in 2024 waren es 16.168 T€, dies ist eine Steigerung von 1.078 T€. Diese Mehrkosten verteilen sich in 2024 im Wesentlichen auf den Personalbereich mit Mehrkosten von 1.120 T€, den Abschreibungen mit 42 T€ und den Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung in Höhe von 57 T€. Der Materialaufwand ist dagegen um 174 T€ zurückgegangen.

Im Personalbereich war die zweite Phase nach den letzten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst umzusetzen. Ab dem 01.04.2024 standen den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst 5,5% Gehaltssteigerung zu, mindestens allerdings 200€ pro Monat. Da im Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler gerade im hauswirtschaftlichen Bereich und als Pflegehelfer viele in niedrigen Tarifgruppen eingruppiert sind, kam die Erhöhung um 200€ pro Monat häufig zum Tragen. Diese 200€ machen allerdings erheblich mehr als 5,5% aus, so dass die gesamten Tariferhöhungen höher ausfiel. Besonders hoch fiel die Kostensteigerung im Personalbereich beim Pflegedienst aus, weil auch hier noch die Anzahl der Vollzeitkräfte im Laufe des Jahres 2024 erhöht worden ist, um den steigenden Pflegebedarf und dem daraus resultierenden Personalbedarf gerecht zu werden.

Der Materialaufwand ist insgesamt um 174 T€ von 2.624 T€ in 2023 auf 2.450 T€ in 2024 zurückgegangen. Dies ist ein Rückgang von 6,7%. Bei den Einzelpositionen des Materialaufwands sind die Lebensmittel und die Wirtschafsbedarf gestiegen. Bei den Lebensmitteln wurden die Kosten von 958 T€ in 2023 auf 1.018 T€ in 2024 um 60 T€ erhöht. Dies war den allgemeinen Preissteigerungen und der Inflationsrate, insbesondere bei den Lebensmitteln, geschuldet. Beim Wirtschaftsbedarf wurden 40 T€ mehr ausgegeben, dieser stieg von 572 T€ in 2023 auf 612 T€ in 2024. Ausschlaggebend waren hier hohe Verbräuche bei den Textilien, bei den Reinigungs- und Desinfektionsmitteln sowie bei den Haushaltsverbrauchsmitteln. Die übrigen Aufwandspositionen, wie medizinisch und therapeutischer Bedarf, Wasser, Energie- und Brennstoffe, die Verwaltung, die Transporte der Tagespflege und Mieten, Pacht und Leasing sind insgesamt derart zurückgegangen, dass die Mehrkosten bei den Lebensmitteln und im Wirtschaftsbedarf überkompensiert wurden. Insbesondere ist der Verwaltungsbedarf von 2023 mit 424 T€ auf 2024 mit 248 T€ um 176 T€ zurückgegangen. Ausschlaggebend war hier der Rückgang bei den periodenfremden Aufwendungen. In 2023 musste man dafür noch 181 T€ aufbringen, in 2024 waren es nur noch 29 T€. Die periodenfremden Aufwendungen in 2023 waren durch Rückzahlungen von Ausbildungsumlagen bedingt. Die Bezirksregierung Münster arbeitete die vergangenen Jahre auf und forderte 75 T€ und 82 T€ an Rückzahlungen für geleistete Ausbildungskosten und Ausbildungsgehälter aus 2023. Auf diese Problematik wurde bereits vorstehend bei den Erlösen aus Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten eingegangen. Vor 2024 wurden hier keine Rückstellungen dafür gebildet.

Die Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen sind um 9,2% von 2023 auf 2024 gestiegen. In 2023 musste man noch 139 T€ dafür aufwenden, in 2024 waren es bereits 152 T€. Der Zuwachs um 13 T€ war auch durch Tarifsteigerungen aus den Vorjahren und dem laufenden Jahr in diesen Gewerben bedingt. Die Steuern, Abgaben und Versicherungen sind um 12,7%, dies sind um 23 T€ von 181 T€ in 2023 auf 204 T€ in 2024 gestiegen, weil es eine Korrektur der Berechnung

der Grundsteuer für das Betreute Wohnen 2 gegeben hat. Die Abschreibungen sind um 42 T€ gestiegen, von 826 T€ auf 868 T€, dies sind 5,1%. Weil die längere Zeit sich im Bau befindliche Erweiterungen und Erneuerungen der Telefonanlage mittlerweile aktiviert worden ist und über die Restlaufzeit der Gebäude, welche eine sehr kurze ist, sind um 57 T€ von 382 T€ auf 439 T€ gestiegen, dies sind 14,9%, weil diverse Mängel im Gebäude angefallen sind. Die Grundsubstanz der Gebäude des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler stammt aus dem Jahr 1977. Der Erhaltungsaufwand nimmt immer weiter zu. Aufgrund dessen sind auch in 2024 entsprechende Mehrkosten angefallen.

Insgesamt ist für das positive Jahresergebnis ausschlaggebend, dass zum Mai 2024 neue, höhere Pflegesätze abgerechnet werden konnten. Die Pflegesatzverhandlungen waren sehr erfolgreich, so dass die Defizite aus den Vorjahren und auch die ersten defizitären Monate Januar bis April 2024 überkompensiert werden konnten. Auch die in 2024 aktuellen Tariferhöhungen konnten dadurch gut abgefangen werden. So erwirtschaftete man in 2024 gesamt einen Jahresüberschuss in Höhe von 452 T€, der zielgerichtet für die Weiterentwicklung der Einrichtung entsprechend ihres satzungsgemäßen Unternehmenszwecks eingesetzt werden kann.

Entwicklung der Finanzlage

Die Finanzlage des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler hat sich aufgrund des Gewinns in 2024 positiv verändert. In 2023 standen dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler Finanzmittel in Höhe von 2.340 T€ zur Verfügung. Am Ende des Jahres 2024 waren dies 3.398 T€. Die liquiden Mittel bzw. die Guthaben bei den Kreditinstituten sind folglich von 2023 auf 2024 um 1.058 T€ gestiegen. Näheres dazu zeigt eine Kapitalflussrechnung, welche unter Punkt 6. Geschäftsanalyse mit Einbeziehung der finanziellen Leistungsindikatoren aufgeführt ist.

Geschäftsanalyse mit Einbeziehung der finanziellen Leistungsindikatoren

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage soll durch nachstehende Kennzahlen weiter veranschaulich werden.

a) Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

	2024		2023		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Erträge	16.713	100,0	15.162	100,0	1.551
Personalkosten	12.036	72,0	10.916	72,0	1.120
Materialaufwand	2.450	14,7	2.624	17,3	-174
Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	152	0,9	139	0,9	13
Steuern, Abgaben	204	1,2	181	1,2	23
Aufwendungen aus der Abschreibung	868	5,2	826	5,5	42
Aufwendungen für Instandhaltung	439	2,6	382	2,5	57
Sonstige betriebliche Aufwendungen	19	0,1	22	0,1	-3
Betriebsergebnis	**545**	**3,3**	**72**	**0,5**	**473**
Finanzertrag	14	0,0	10	0,1	4
Finanzaufwand	107	0,6	114	0,8	-7
Finanzergebnis	**-93**	**-0,6**	**-104**	**-0,7**	**11**
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	**452**	**2,7**	**-32**	**-0,2**	**484**

Aufteilung der Personalkosten:

	2024	2023	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Pflegeheim	10.969	9.948	1.021
Tagespflege	357	308	49
Ambulanter Dienst	169	196	-27
Sonstige	541	464	77
	12.036	10.916	1.120

---

b) Vermögenslage (Bilanz)

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Aktivseite					
Sachanlagen	15.942	80,6	16.589	85,4	-647
Langfristige Aktiva	**15.942**	**80,6**	**16.589**	**85,4**	**-647**
Vorräte	127	0,6	113	0,6	14
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	245	1,2	220	1,1	25
Sonstige Vermögensgegenstände	63	0,3	156	0,8	-93
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,0	2	0,0	0
Flüssige Mittel	3.398	17,2	2.340	12,1	1.058
Kurzfristige Aktiva	**3.835**	**19,4**	**2.831**	**14,6**	**1.004**
Summe Aktivseite	**19.777**	**100,0**	**19.420**	**100,0**	**357**
Passivseite					
Gezeichnetes Kapital	4.091	20,7	4.091	21,1	0
Kapitalrücklage	618	3,1	617	3,2	1
Gewinnrücklagen	9.920	50,2	9.953	51,2	-33
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	452	2,3	-32	-0,2	484
Eigenkapital	**15.081**	**76,3**	**14.629**	**75,3**	**452**
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.879	14,6	3.177	16,4	-298
Langfristiges Fremdkapital	**2.879**	**14,6**	**3.177**	**16,4**	**-298**
Rückstellungen	570	2,9	466	2,4	104
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	298	1,5	292	1,5	6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	270	1,4	205	1,1	65
Sonstige Verbindlichkeiten	679	3,4	651	3,3	28
Kurzfristiges Fremdkapital	**1.817**	**9,2**	**1.614**	**8,3**	**203**
Summe Passivseite	**19.777**	**100,0**	**19.420**	**100,0**	**357**

Der Ausweis des **Anlagevermögens** zeigt folgende Entwicklung:

	TEUR
Stand 31. Dezember 2023	16.589
Zugänge 2024	221
Abschreibungen und Abgänge 2024	868
Stand 31. Dezember 2024	15.942

Rückstellungen

	2024	2023	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Überstunden	314	285	29
Urlaub	119	125	-6
Jahresabschluss	16	14	2
Archivierung	21	21	0
Ausbildungsumlage	100	0	100
Beihilfekosten	0	21	-21
	570	466	104

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich in Kennzahlen wie folgt dar:

		31.12.2024	31.12.2023
Eigenkapitalquote (in %)			
=	Eigenkapital / Anlagevermögen	76,3	75,3
Anlagendeckungsgrad II (in %)			
=	EK + langfristiges FK / Anlagevermögen	112,7	107,3
Liquidität (in %)			
2. Grades			
=	liquide Mittel + Ford. L + L / Kurzfr. Verbindlichkeiten	200,4	158,6

c) Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

		2024	2023	Veränderung
		TEUR	TEUR	TEUR
	Jahresergebnis	452	-32	484
+/./.	Ab-/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	868	826	42
+/./.	Zu-/Abnahme der Rückstellungen	104	-113	217
./.+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	54	38	16
+/./.	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	94	-187	281
=	**Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit**	**1.572**	**532**	**1.040**
./.	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-221	-221	0
=	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit**	**-221**	**-221**	**0**
./.	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-293	-286	-7
=	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit**	**-293**	**-286**	**-7**
	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	1.058	25	1.033
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2.340	2.315	25
=	**Finanzmittelbestand am Ende der Periode (Guthaben bei Kreditinstituten)**	**3.398**	**2.340**	**1.058**

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sowie sonstige Angaben

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler hat rechtzeitig auf die umfangreichen Gesetzesänderungen und den sich abzeichnenden demographischen Wandel sowie finanziellen Wandel zur Erweiterung und Umsetzung eines langfristigen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes reagiert. Im Gesamtkontext wurden fast alle bekannten Wohn- und Pflegekonzepte berücksichtigt. Es handelt sich um ein langfristiges aber auch dynamisches Konzept, welches immer wieder wohlbedacht an die gesetzlichen Änderungen angepasst werden kann und soll.

Durch die Umsetzung dieses langfristigen und dynamischen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes ist und wird das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler weiter mehrstufig aufgestellt. Man ist sowohl in der Vermietung von betreuten Wohnungen, im gerontopsychiatrischen Bereich und der vollstationären Altenpflege tätig. Zudem bietet man niederschwellige und hauswirtschaftliche Leistungen umfangreich begleitend an. Dadurch, dass man viele Bereiche in Betreuung und Pflege abdeckt, wird die Bindung von Senioren an das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler bereits frühzeitig hergestellt.

Die Gebäude der stationären Pflegeeinrichtung wurden im Jahr 1977 überwiegend mit Fremdkapital finanziert. Die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegetrakte A und B in 2006 bzw. 2011 wurden mit Eigenmitteln finanziert. In der Vergangenheit wurden die Kreditkosten großzügig über Pauschalen und mit Eigenmitteln mit einem Zinssatz von 4% über die Investitionskosten refinanziert. Mit dem neuen Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) unter der zugehörigen Durchführungsverordnung fällt diese großzügige Vergütung nun weg und wird gem. einem doppelten Tatsächlichkeitsgrundsatz nur noch in Höhe der Ist-Kosten refinanziert. Gleiches verhält sich bei der Refinanzierung der Kosten für die Instandhaltung und Instandsetzung der langfristigen Anlagegüter. Auch hier werden nur Ist-Kosten erstattet und die erstatteten Investitionskosten müssen in einem vorgegebenen Zeitraum auch nachweislich für Instandhaltung und

Instandsetzung ausgegeben werden. Die Anwendung dieses Gesetzes hat mit der entsprechenden Durchführungsverordnung seit 2017 dazu geführt, dass dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler jährlich 366 T€ an Investitionskosten weniger zufließen, als es in den vergangenen Jahren der Fall. Dies wird auch in den kommenden Jahren so sein. Während in den vergangenen Jahren der investive Bereich noch den größten Anteil am Gewinn ausmachte, ist es in den letzten Jahren nicht mehr möglich gewesen, im investiven Sektor Gewinne zu erzielen. Das führte automatisch zu schlechteren Jahresergebnissen.

Im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler wurde in 2011 ein Teil der geplanten Baumaßnahmen abgeschlossen. Der Neubau Betreutes Wohnen 1 wurde durch Fremdkapital finanziert. Die Refinanzierung der Zinsen und Tilgung ist gewährleistet, wenn eine Auslastung von 80% gegeben ist. Zum Ende 2012 wurde die Vollauslastung dieses Bereichs erreicht. Mittlerweile hat sich eine Warteliste für die Wohnungen gebildet, so dass in 2024 ebenfalls eine Auslastung von 100% erreicht wurde und für 2025 genauso erwartet wird.

In 2012 konnte ein größeres Grundstück neben dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler von den Alexianer Brüdern aus Münster zurückgekauft werden. Diese Entwicklungsreserve wurde genutzt, um weitere betreute Wohnungen und eine größere Tagespflege mit ca. 25 Plätzen bereitstellen zu können. Das bestehende Konzept des betreuten Wohnens mit den kleineren Wohnungen und den großen Gemeinschaftsräumen findet bei Einzelpersonen einen sehr guten Anklang. Interessenten sind aber überwiegend an den größeren Wohnungen in den Obergeschossen interessiert. Man kann nun diese Nachfrage mit dem neuen Gebäude mit einer großen Tagespflege im Erdgeschoss sowie größeren Wohnungen für Ehepaare in den Obergeschossen befriedigen. Diese Baumaßnahme wurde mit Eigenmitteln finanziert, das Bauvolumen beträgt 6,6 Mio. €. Die Fertigstellung des Neubaus erfolgte im April 2021. Aktuell sind alle Wohnungen vermietet. Diese Einnahmen können nun nach Abzug der Abschreibung den im investiven Bereich der stationären Pflege rückgängigen Einnahmen zum Teil kompensieren.

Bei der Realisierung des Gesamtkonzeptes stehen derzeit noch die Umgestaltung der Wohnbereiche 1 und 2 aus. Zurzeit ist angedacht, den Wohnbereich 1 so aufzustocken und zu erweitern, dass die Pflegeplätze des Wohnbereichs 2 hier mit integriert werden können. Dadurch würden Wohnbereiche auf einer Ebene geschaffen, die wie in den anderen Pflegetrakten A und B wirtschaftlich betrieben werden können. Weiterhin ist die Integration einer Arztpraxis zur besseren Versorgung der Pflegebedürftigen vor Ort denkbar. Durch die Umgestaltung des so frei gewordenen Wohnbereichs 2 hin zu ambulanten Wohngemeinschaften kann man den durch das Pflegeneuausrichtungsgesetz weiter forcierten Trend zu Ambulantisierung der Pflege Rechnung tragen. Dadurch wäre auch eine Erweiterung der Pflegeplätze am Standort des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler möglich und würde nicht der gesetzlichen Beschränkung der vollstationären Pflegeplätze bei einem Haus dieser Größenordnung entgegenstehen.

Ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler liegt im Bereich der Personal- und Sachosten. In den letzten Jahren handelten die Tarifparteien im öffentlichen Dienst zum Teil ordentliche Tarifsteigerungen aus. Hinzu kommen Einmalzahlungen für alle Mitarbeitenden, Aufstockung für Auszubildende, die Erhöhung des Urlaubs für jüngere Mitarbeitende, die Erhöhung des Leistungsentgelts und Stufensteigerungen. Im Sachkostenbereich machten sich ganz besonders die Preissteigerungen der Energie- und Lebensmittel in den letzten Jahren bemerkbar. Um die Tarifsteigerungen und die Sachkostensteigerungen aufgrund der hohen Inflationsraten auffangen zu können, fordert das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler die Pflegesatzparteien regelmäßig zu Pflegesatzverhandlungen auf, um neue Pflegesätze auszuhandeln.

Diese Pflegesatzverhandlungen verzögerten sich in den letzten Jahren allerdings erheblich. Seit 2022 müssen private Einrichtungen auch Tariflöhne zahlen. Dies bedingte, dass alle privaten Einrichtungen neue Pflegesatzvereinbarungen mit den Verhandlungspartnern auf Seiten der Pflegekassen und des Landschaftsverbandes aushandeln mussten. Durch diesen erheblichen Arbeitsaufwand verzögerten sich alle anderen Pflegesatzverhandlungen. Für die Pflegesätze in 2023 hatte das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler die Verhandlungspartner bereits Ende September 2022 zu Pflegesatzverhandlungen aufgefordert. Zum Tragen kamen diese Pflegesätze allerdings erst ab April 2023. Ende 2023 hatte man zu Verhandlungen für neue Pflegesätze in 2024 aufgefordert. Die daraus resultierende Pflegesatzvereinbarung kam erst zum Mai 2024 zum Tragen. In dieser Pflegesatzverhandlung wurde eine Erhöhung der Entgelte ausgehandelt. Sie gilt zunächst weiter bis April 2025. Der in 2024 erwirtschafte Gewinn zeigt, dass diese Budgeterhöhung auskömmlich war. Aber die gängige Praxis der verzögerten Pflegesatzverhandlungen und -vereinbarungen führte letztendlich dazu, dass Personal- und Sachkostensteigerungen der ersten Monate nicht zeitnah gedeckt wurden. Dies trifft auch auf 2025 wieder zu. Die neuen Tarife gelten ab März 2025. Eine pauschale Fortschreibung des Budgets fand aber trotz zeitnahem Antrag erst im letzten Quartal 2025 statt. Insbesondere die an Tarife gebundene

Einrichtungen, wie das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen, welches verpflichtend den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst umsetzt, müssen so oft Tariferhöhungen realisieren und mit erheblichen Personalkostensteigerungen in Vorleistung treten. Diese Personalkostensteigerungen werden aber rückwirkend nicht erstattet, sondern nur für den prospektiven Zeitraum. Durch diese Verzögerungen können so bereits erhebliche Defizite auftreten, die anschließend nicht ausgeglichen werden. Der Zeitpunkt der Pflegesatzverhandlungen und der Zeitpunkt des Einsetzens neuer Pflegesätze stellt zusammen mit der Realisierung aller Sach- und Personalkostensteigerungen in den Pflegesätzen ein erhebliches wirtschaftliches Risiko für die Altenpflegeeinrichtungen dar. In 2025 wird dies voraussichtlich zu einem sehr knappen Jahresergebnis führen.

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler genießt in der Stadt Eschweiler und in der StädteRegion Aachen einen sehr guten Ruf. Aufgrund der guten Positionierung ist eine gute Auslastung gewährleistet. Die konstant hohe Auslastung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen ist besonders vor dem Hintergrund der Wettbewerbssituation in der Altenpflege im Raum Eschweiler bemerkenswert. Auch die neuen Standbeine des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen, wie die Tagespflege, das betreute Wohnen und das Essen auf Rädern werden gut angenommen. So aufgestellt braucht das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen auch zukünftig trotz der sich verschärfenden gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen den wachsenden Konkurrenzdruck nicht zu fürchten und wird seine Stellung im Pflegemarkt behaupten, auch wenn das Wirtschaften aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen und strukturellen Defizite immer schwieriger wird.

3.4.6.3 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland - Anstalt des öffentlichen Rechts -

Firmensitz:
Winterstraße 19
50354 Hürth

Rechtsform: AöR
Gründungsdatum: 01.01.2011
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 5,83% / - / 5,83%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Dr. Röhricht - Dr. Schillen GmbH

Unternehmensgegenstand

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich.-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Gemäß der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 23. November 2021 wurde die Schwerpunktbildung aus dem Jahr 2017 mit in Kraft treten zum 1. Januar 2022 fortgeschrieben. Das CVUA Rheinland ist nunmehr Kompetenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würzmittel, Gewürze, Getreide, Getreideprodukte, Backvormischungen, Brote, Kleingebäck und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und -Ester, Glycidol und -Ester, Mykotoxine, Nitrosamine in Kosmetika und mikrobiologische Untersuchungen in Kosmetika.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Gemäß der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 23. November 2021 wurde die Schwerpunktbildung aus dem Jahr 2017 mit in Kraft treten zum 1. Januar 2022 fortgeschrieben. Das CVUA Rheinland ist nunmehr Kompetenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würzmittel, Gewürze, Getreide, Getreideprodukte, Backvormischungen, Brote, Kleingebäck und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und -Ester, Glycidol und –Ester, Mykotoxine, Nitrosamine in Kosmetika und mikrobiologische Untersuchungen in Kosmetika.

Kapital

Stammkapital	300.000 €; 0 Stimmen

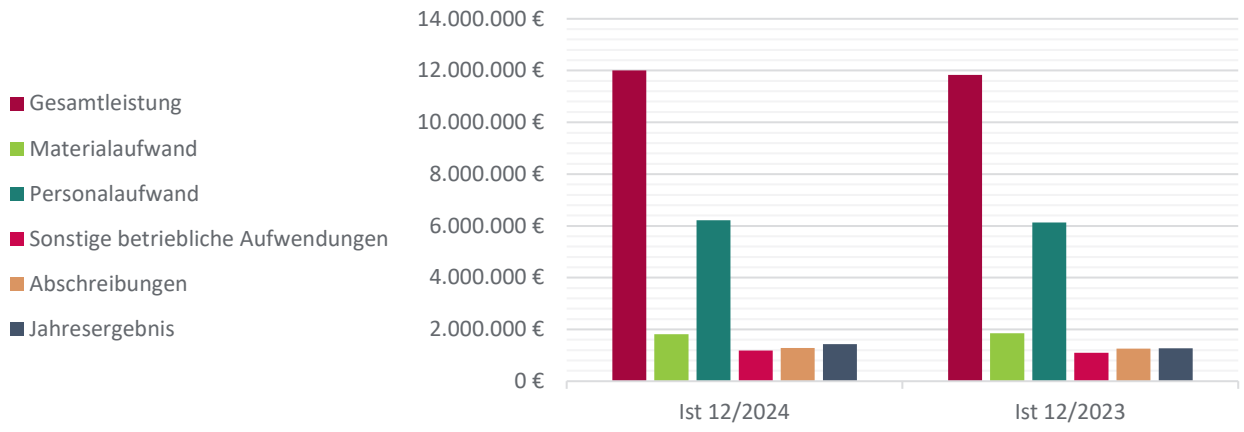
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Land Nordrhein-Westfalen	90.000,00 €	30,00 %
Kreis Düren	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Euskirchen	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500,00 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500,00 €	5,83 %
StädteRegion Aachen	17.500,00 €	5,83 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

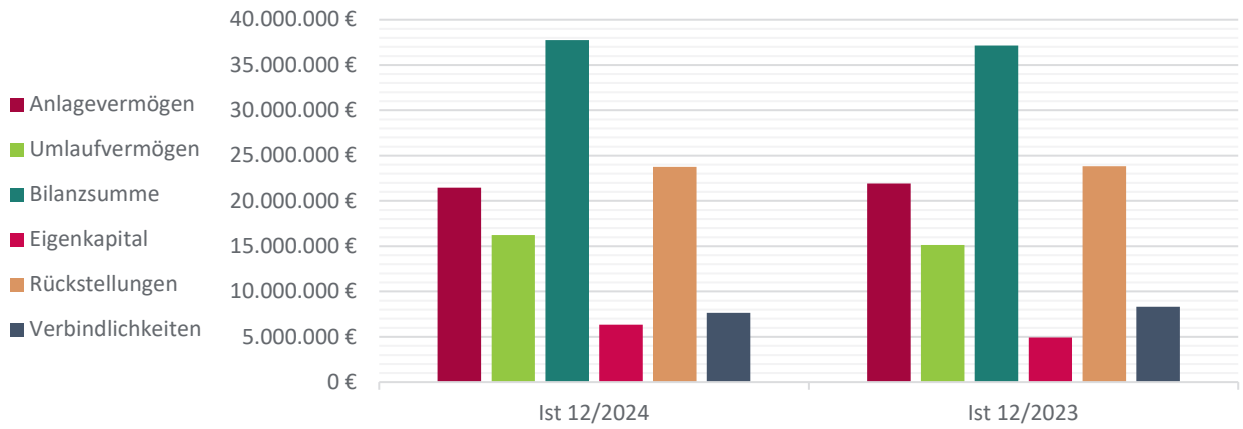
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	11.509.702,22	11.393.065,92	116.636,30
Sonstige betriebliche Erträge	499.944,52	437.759,96	62.184,56
Gesamtleistung	12.009.646,74	11.830.825,88	178.820,86
Materialaufwand	1.814.249,52	1.852.752,71	-38.503,19
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	384.746,94	438.469,28	-53.722,34
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.429.502,58	1.414.283,43	15.219,15
Rohergebnis	10.195.397,22	9.978.073,17	217.324,05
Personalaufwand	6.213.424,50	6.130.078,09	83.346,41
dar.: Löhne und Gehälter	4.916.542,65	4.596.136,11	320.406,54
dar.: soziale Abgaben	1.173.305,73	1.365.218,37	-191.912,64
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	123.576,12	168.723,61	-45.147,49
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.179.182,81	1.092.791,12	86.391,69
EBITDA	2.802.789,91	2.755.203,96	47.585,95
Abschreibungen	1.285.345,44	1.262.499,88	22.845,56
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	1.285.345,44	1.262.499,88	22.845,56
EBIT	1.517.444,47	1.492.704,08	24.740,39
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	543.027,30	348.103,13	194.924,17
dar.: davon aus Aufzinsung von Aktiva	487.232,00	342.568,00	144.664,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	631.443,33	564.132,00	67.311,33
dar.: davon aus Aufzinsung von Passiva	540.910,00	466.292,00	74.618,00
EBT	1.429.028,44	1.276.675,21	152.353,23
Ergebnis nach Steuern	1.429.028,44	1.276.675,21	152.353,23
Sonstige Steuern	-1.883,06	1.322,53	-3.205,59
Jahresergebnis	1.430.911,50	1.275.352,68	155.558,82
Zuführungen in die Rücklagen	1.186.486,73	755.804,97	430.681,76
Bilanzergebnis	244.424,77	519.547,71	-275.122,94

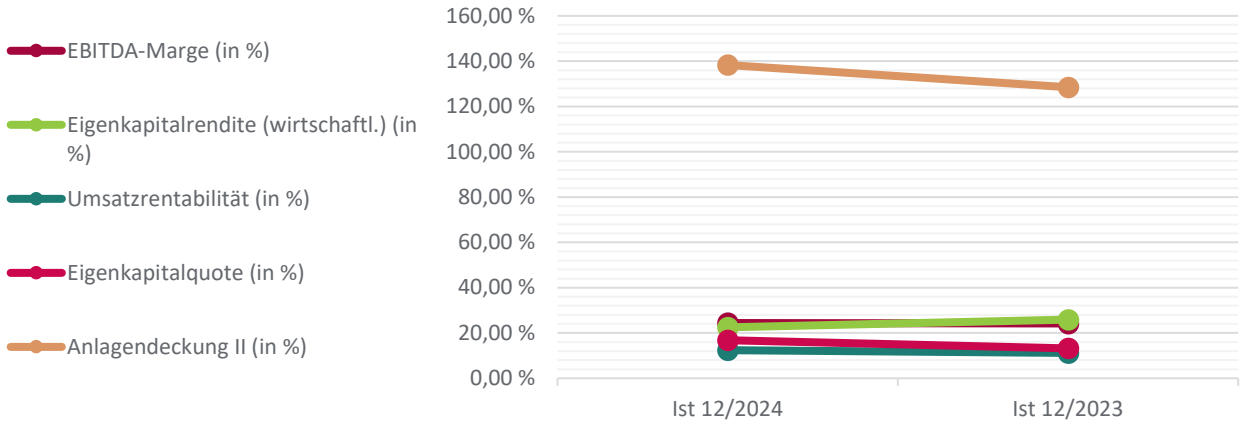
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	21.457.209,92	21.925.991,65	-468.781,73
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.362,75	11.683,55	-7.320,80
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	4.362,75	11.683,55	-7.320,80
Sachanlagen	15.108.840,39	16.288.024,32	-1.179.183,93
Grundstücke und Gebäude	11.529.183,02	12.149.484,45	-620.301,43
Technische Anlagen und Maschinen	1.688.494,68	1.956.345,66	-267.850,98
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.891.162,69	2.144.880,36	-253.717,67
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	37.313,85	-37.313,85
Finanzanlagen	6.344.006,78	5.626.283,78	717.723,00
Wertpapiere des Anlagevermögens	6.344.006,78	5.626.283,78	717.723,00
Umlaufvermögen	16.248.866,86	15.151.919,85	1.096.947,01
Vorräte	78.640,20	57.812,75	20.827,45
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	78.640,20	57.812,75	20.827,45
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.089.903,95	11.205.265,90	-115.361,95
Kasse, Bankguthaben, Schecks	5.080.322,71	3.888.841,20	1.191.481,51
Rechnungsabgrenzungsposten	59.536,84	69.234,11	-9.697,27
Bilanzsumme	37.765.613,62	37.147.145,61	618.468,01
Passiva			
Eigenkapital	6.348.465,01	4.917.553,51	1.430.911,50
Gezeichnetes Kapital	300.000,00	300.000,00	0,00
Gewinnrücklagen	5.804.040,24	4.098.005,80	1.706.034,44
dar.: andere Gewinnrücklagen	5.804.040,24	4.098.005,80	1.706.034,44
dar.: Zweckgebundene Investitionsrücklage	3.166.393,26	1.979.906,53	1.186.486,73
dar.: allgemeine Rücklage	2.637.646,98	2.118.099,27	519.547,71
Bilanzergebnis	244.424,77	519.547,71	-275.122,94
Rückstellungen	23.775.046,55	23.815.949,87	-40.903,32
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	23.316.203,00	23.263.011,00	53.192,00
sonstige Rückstellungen	458.843,55	552.938,87	-94.095,32
Verbindlichkeiten	7.642.102,06	8.324.036,26	-681.934,20
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	7.520.833,10	8.204.166,46	-683.333,36
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	73.205,83	75.731,04	-2.525,21
Sonstige Verbindlichkeiten	48.063,13	44.138,76	3.924,37
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	89.605,97	-89.605,97
Bilanzsumme	37.765.613,62	37.147.145,61	618.468,01

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	24,4	24,2	0,2
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	22,5	25,9	-3,4
Umsatzrentabilität (in %)	12,4	11,2	1,2
Eigenkapitalquote (in %)	16,8	13,2	3,6
Anlagendeckung II (in %)	138,3	128,5	9,8

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	89	84	5
Verschuldungsgrad (in %)	494,9	653,6	-158,7

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat
Mitglied
Frau Ellen Leimbach

Vorstand
Vorstand
Herr Dr. Thorsten Münstedt
Frau Dagmar Pauly-Mundegar

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 7 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 43,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht/überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde erstellt.

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet. Sitz der Anstalt ist Hürth.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein-Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die StädteRegion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-

Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Gemäß der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 23. November 2021 wurde die Schwerpunktbildung aus dem Jahr 2017 mit in Kraft treten zum 1. Januar 2022 fortgeschrieben. Das CVUA Rheinland ist nunmehr Kompetenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würzmittel, Gewürze, Getreide, Getreideprodukte, Backvormischungen, Brote, Kleingebäck und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und -Ester, Glycidol und –Ester, Mykotoxine, Nitrosamine in Kosmetika und mikrobiologische Untersuchungen in Kosmetika.

Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

Vorstandsvorsitz:	Dagmar Pauly-Mundegar
Vorstandsmitglied:	Rainer Lankes

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

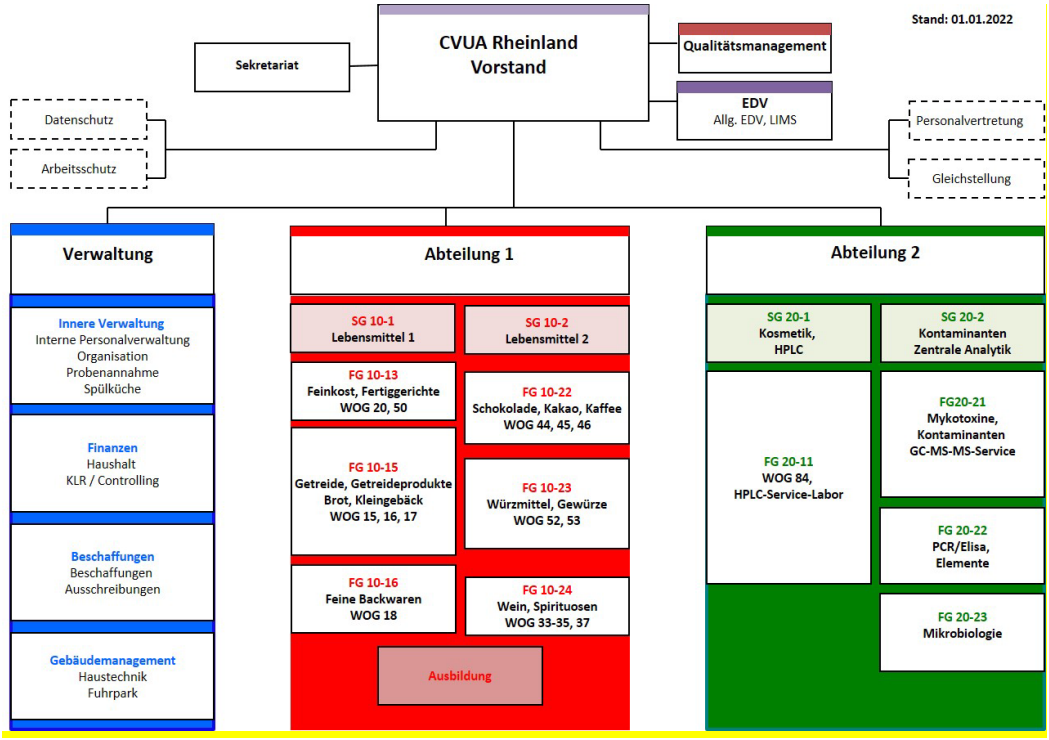
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation am Standort Hürth ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



(Die Zahlen hinter „WOG“ bezeichnen die Warenobergruppen)

Wirtschaftsbericht

Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

Geschäftsverlauf

Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 10 Mitarbeitende aus. Fünf Mitarbeitende durch Verrentung bzw. Pension und fünf durch Eigenkündigung. 8 Stellen konnten zwischenzeitlich nachbesetzt werden. Die Nachbesetzung einer Stelle ist eingeleitet.

Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Für das Berichtsjahr 2024 wird wieder ein gemeinsamer Jahresbericht der fünf CVUÄ in NRW erstellt. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2024 wurden insgesamt 14.076 (Vorjahr: 14.472) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. Zusätzliche 439 (Vorjahr: 520) Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2024, der vom Verwaltungsrat am 6. Dezember 2023 beschlossen wurde, sah Einnahmen in Höhe von 1.357.536 € und Ausgaben in Höhe von 1.103.333 € im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 420 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Jahresfehlbetrag von 222 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss von 1.431 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 21. Juni 2023 beschlossenen Entgeltordnung 11.480 T€ (Vj.: 11.367 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 417 T€ (Vj.: 340 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 51 T€ (Vj.: 18 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 6.213 T€ (Vj.: 6.130 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den Umsatzerlösen beträgt weiterhin ca. 51 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.418 T€ berücksichtigt.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 83 T€ gestiegen. Den geringeren Zuführrungen zu sonstigen Pensions- und Beihilferückstellungen (-282 T€) stehen höhere Gehälter (+320 T€) und Sozialversicherungsabgaben und sonstige Personalaufwendungen (+45 T€) gegenüber. Insgesamt liegen die Personalausgaben rund 520 T€ unter dem Planansatz für 2024.

Große Aufwandsposten bleiben die Materialkosten mit 389 T€ (Vj.: 444 T€) und die Energie- und Wasserkosten mit 323 T€ (Vj.: 296 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 151 T€ (Vj.: 161 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 45 T€ (Vj.: 41 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von 367 T€ (Vj.: 323 T€), für Versicherungen in Höhe von 36 T€ (Vj.: 31 T€), für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 17 T€ (Vj.: 17 T€) und für den Probentransport 35 T€ (Vj.: 36 T€).

Die Abschreibungen betrugen im Berichtsjahr 1.285 T€ (Vj.: 1.252 T€).

Der im Wirtschaftsplan 2024 ausgewiesene Verlust von 222 T€ wurde mit einem Jahresüberschuss von 1.431 T€ erheblich überschritten. Dies ist auf, gegenüber der Planung, besseren Ergebnissen in vielen Bereichen, insbesondere aber auf ein besseres Finanzergebnis (- 743 T€), geringeren Aufwendungen für Personal (- 520 T€) und insgesamt Wenigerausgaben bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (94 T€), zurückzuführen.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2023	**31.12.2024**
Bilanzsumme	37.147.145,61	37.765.613,62
Anlagevermögen	21.925.991,65	21.457.209,92
Vorratsvermögen	57.812,75	78.640,20
Stammkapital	300.000,00	300.000,00
Eigenkapital	4.917.553,51	6.348.465,01
Eigenkapitalquote	13,02 %	16,81 %
Rückstellungen	23.815.949,87	23.775.046,55
Liquide Mittel	3.888.841,20	5.080.322,71
Verbindlichkeiten	8.324.036,26	7.642.102,06
davon Bankschulden	8.204.166,46	7.520.833,10

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 37.147 T€ auf 37.766 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Anlage in festverzinsliche Wertpapiere. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen und einer Verringerung der Verbindlichkeiten.

m Geschäftsjahr wurden 817 T€ investiert, davon 718 T€ in Finanzanlagen (KVR-Fonds) und 99 T€ in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 23.775 T€ (Vj.: 23.816 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 23.316 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherren der Beamten betragen 11.058 T€ (Vj.: 11.183 T€).

Prognosebericht

Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt und, bedingt durch die Umstellung der Akkreditierung auf die neue DIN EN ISO/IEC 17025:2018, im Jahr 2019 vollständig überarbeitet. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

Schwerpunktbildung NRW

Die zum 1. Januar 2022 umgesetzte Anpassung der Schwerpunktbildung aufgrund des Beitritts der Kooperation Düsseldorf/Mettmann zum CVUA-RRW hat sich mittlerweile eingespielt. Weitere Änderungen in der Aufgabenzuordnung sind derzeit nicht zu erwarten.

Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Im Februar und März 2024 fand tournusmäßig eine Wiederholungsbegutachtung und Erweiterung der Akkreditierung statt. Die festgestellten, nicht kritischen, Abweichungen konnten fristgerecht behoben werden. Die neue Akkreditierungsurkunde wurde noch nicht ausgestellt. Die nächste Überwachungsbegutachtung findet im August 2025 statt.

Einführung von neuen Strukturen zur Übermittlung von berichtspflichtigen Daten

Auf der Grundlage der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über den Austausch von Daten im Bereich der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes (AVVDatA) sind sowohl im Laborinformationsmangementsystem (LIMS) als auch in der Software zur Probenplanung (RioPPLM) umfangreiche Anpassungen aufgrund der neuen Kodierkataloge sowie zur Anpassung der Probenlenkung erforderlich. Die Einführung beider Systeme in Nordrhein-Westfalen erfolgte mit dem Jahreswechsel 2023/2024. Trotz intensiver Vorarbeiten sind im laufenden Betrieb weitere Anpassungen erforderlich, die erhebliche Ressourcen binden.

§ 2b Umsatzsteuergesetz

Die Übergangsfrist für die weitere Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG a.F. („Optionserklärung“) wurde bis zum 31.12.2026 verlängert. Es ist derzeit nicht ersichtlich, dass das CVUA Rheinland für seine Leistungen Umsatzsteuer erheben muss. Allerdings ist für einige derzeit steuerfrei erhaltene Leistungen (z. B. Personalbetreuungsvertrag) zukünftig Umsatzsteuer zu zahlen.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2025, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 4. Dezember 2024 verabschiedet wurde, weist einen Gewinn von rd. 262 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1.303.333 € im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 620 T€ beschlossen.

Darüber hinaus wurde in der Verwaltungsratssitzung am 04.12.2024 die beschlossene Entgelterhöhung für die Jahre 2025 und 2026 zurückgenommen und für das Jahr 2025 folgendes Entgelt festgesetzt:

2025: 2,06 €/Einwohner

Im Jahr 2025 soll der Entgeltbeirat über die weitere Entwicklung der Entgelte beraten.

Bei den Personalkosten sind die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die angestellten Mitarbeitenden abzuwarten. Bei den Beamtinnen und Beamten besteht bis zum 31.12.2025 Planungssicherheit. Die Stromlieferleistung wurde für den Zeitraum ab 2022 erneut europaweit ausgeschrieben. Es wurde ein Vertrag mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2024 abgeschlossen. Die Stromlieferleistung konnte im Dezember 2023 zu günstigen Konditionen bis zum 31.12.2026 erweitert werden, so dass bei einer erheblichen Kostenposition langfristig Sicherheit geschaffen werden konnte.

Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

3.4.6.4 BZPG Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH

Firmensitz:
Mauerfeldchen 29
52146 Würselen

Rechtsform: gGmbH
Handelsregisternummer: 22144
Gründungsdatum: 24.05.2018
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Kleine Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten

Nominal:	100% / - / 100%
Stimmen:	- / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Skipka & Partner Wirtschaftsprüfer und Steuerberater PartGmbB
(ab 12.11.2024)

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Bildung im Gesundheitswesen. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch

- Ausbildung incl. Akademische Qualifizierung der Berufe im Arbeitsfeld der Alten- und Behindertenhilfe, der Gesundheits- und (Kinder-)-Krankenpflege, weiterer Gesundheitsberufe sowie deren Fort- und Weiterbildung und die Durchführung von Maßnahmen zur Berufsvorbereitung; angrenzender Tätigkeitsfelder der Qualifizierung im Bereich pflegenaher Dienstleistungen wie z.B. Servicekräfte, hauswirtschaftliche und technische Hilfskräfte sind ebenso inbegriffen wie Qualifizierungen für "Ehrenamt" oder "pflegende Angehörige"

- Entwicklung, Schaffung und Förderung von Bildungsangeboten für Fachkräfte des Gesundheits- und Sozialwesens im Aus-, Fort- und Weiterbildungsbereich,

- Beratung und Coaching von Bildungsteilnehmenden und von Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens

- Förderung und Entwicklung von gender- und inklusionsgerechten Bildungsangeboten im Arbeitsfeld der Gesundheits- und Sozialberufe.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die für den Gesellschaftszweck notwendig sind oder nützlich erscheinen und nach Maßgabe der für den Gesellschafter gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind.

Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen und Zweigniederlassungen errichten, wenn diese Vorhaben mit der gesetzlichen Aufgabenstellung der Gesellschaft vereinbar sind. Den für die Gesellschafterin zuständigen Aufsichtsbehörden sind derartige Vorhaben rechtzeitig anzuzeigen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Pflege. Die Geschäftstätigkeit des BZPG ist aus dem ehemaligen Amt für Altenarbeit hervorgegangen, welches als Betriebsübergang zum 01.01.2019 in die gGmbH überführt wurde. Dadurch, dass die Pflegeausbildungen nach dem Willen des Gesetzgebers zusammengeführt werden, richtet sich das Dienstleistungs- und Ausbildungsangebot des BZPG jedoch nicht mehr nur an Altenpflegerinnen und Altenpfleger, sondern an Pflegekräfte insgesamt.

Neben der Ausbildung in der Pflege bildet die Fort- und Weiterbildung für Pflegekräfte die zweite Säule des Bildungsauftrages. Es werden die Weiterbildungen im mittleren Management, Gerontopsychiatrie und Praxisanleitung angeboten. Dazu kommen zahlreiche Fortbildungen oft als Inhouse-Veranstaltungen. Forschung und Entwicklung betreibt das BZPG nicht.

Kapital

Stammkapital	25.000 €; 0 Stimmen

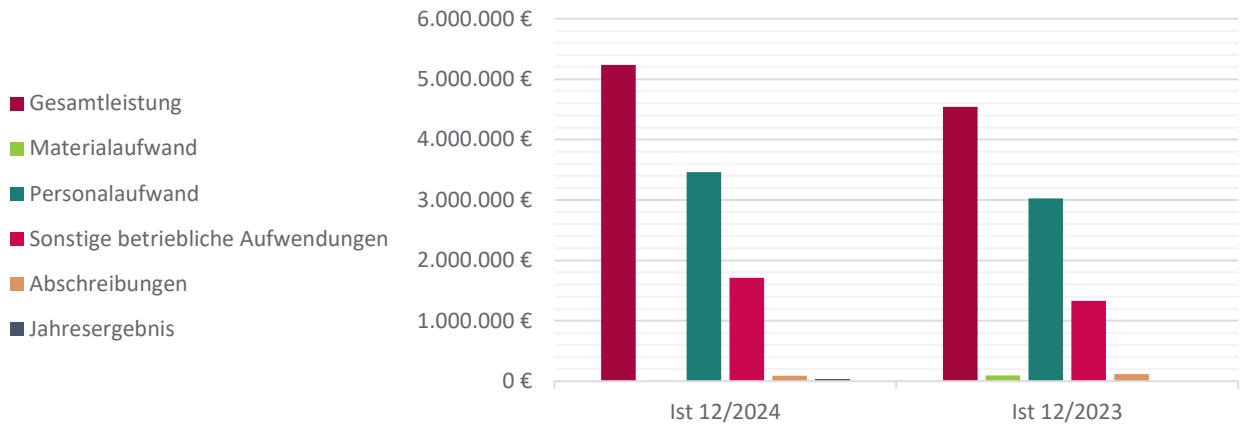
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
StädteRegion Aachen	25.000,00 €	100,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

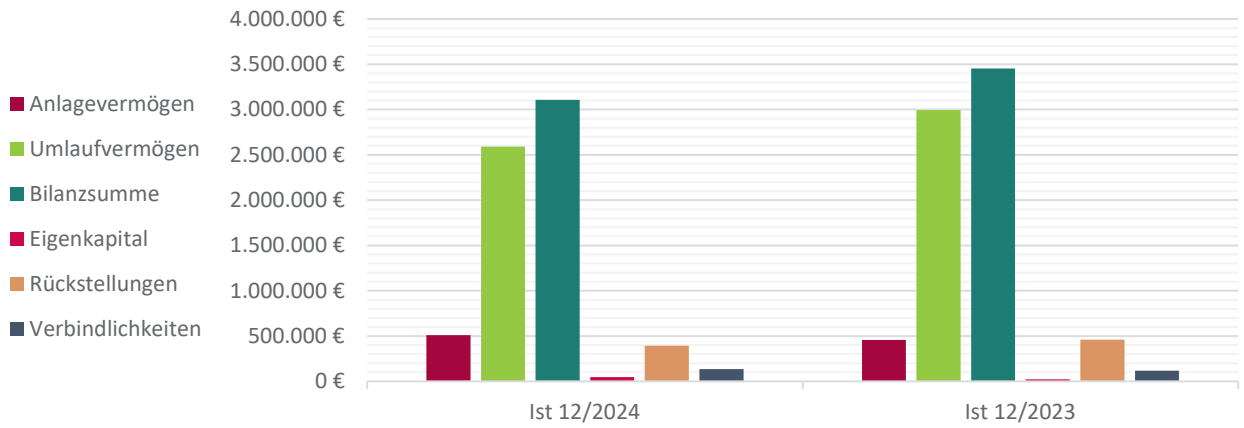


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	4.760.584,88	4.110.002,68	650.582,20
Sonstige betriebliche Erträge	476.352,74	429.879,09	46.473,65
dar.: Erträge aus Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen	26.114,06	68.927,22	-42.813,16
dar.: Erträge aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-	100,00	-100,00
dar.: sonstige betriebliche Erträge finanzwirksam	450.238,68	360.851,87	89.386,81
Gesamtleistung	5.236.937,62	4.539.881,77	697.055,85
Materialaufwand	402,60	96.930,32	-96.527,72
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	96.930,32	-96.930,32
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	402,60	-	402,60
Rohergebnis	5.236.535,02	4.442.951,45	793.583,57
Personalaufwand	3.459.723,87	3.024.309,31	435.414,56
dar.: Löhne und Gehälter	2.726.401,69	2.382.956,33	343.445,36
dar.: soziale Abgaben	733.322,18	641.352,98	91.969,20
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.711.498,45	1.331.714,93	379.783,52
dar.: Raumkosten (Nebenkosten)	581.765,34	421.309,79	160.455,55
dar.: Reparatur / Instandhaltung	224.674,17	215.771,53	8.902,64
dar.: Versicherungen	10.348,57	9.622,15	726,42
dar.: Kfz-Aufwand	15.414,00	11.554,04	3.859,96
dar.: Werbekosten	112.308,05	102.207,43	10.100,62
dar.: Betriebsbedarf	747.427,86	560.937,33	186.490,53
dar.: Verluste aus dem Abgang von Anlagegegenständen	12.743,28	-	12.743,28

dar.: sonstiger betrieblicher Aufwand finanzwirksam	6.817,18	10.312,66	-3.495,48
EBITDA	65.312,70	86.927,21	-21.614,51
Abschreibungen	91.269,73	116.723,52	-25.453,79
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	91.269,73	116.723,52	-25.453,79
EBIT	-25.957,03	-29.796,31	3.839,28
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	63.869,04	30.875,69	32.993,35
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24,15	-	24,15
EBT	37.887,86	1.079,38	36.808,48
Steuern vom Einkommen und Ertrag	13.211,52	1.039,38	12.172,14
Ergebnis nach Steuern	24.676,34	40,00	24.636,34
Sonstige Steuern	23,31	40,00	-16,69
Jahresergebnis	24.653,03	0,00	24.653,03

Bilanz

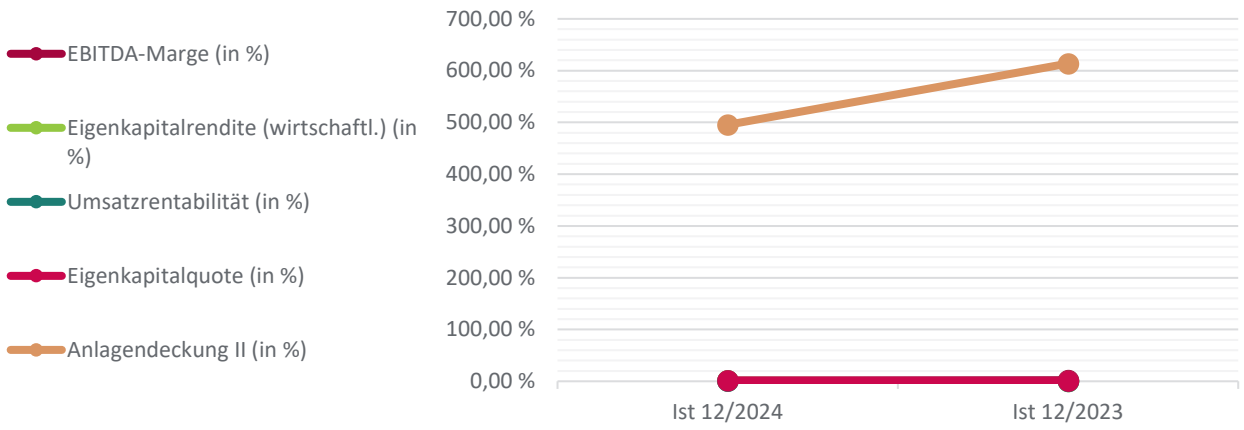


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	509.388,29	455.862,02	53.526,27
Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	0,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	1,00	1,00	0,00
Sachanlagen	509.387,29	455.861,02	53.526,27
Grundstücke und Gebäude	13.864,00	14.279,00	-415,00
Technische Anlagen und Maschinen	54.131,00	-	54.131,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	332.067,00	311.953,00	20.114,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	109.325,29	129.629,02	-20.303,73
Umlaufvermögen	2.590.678,34	2.992.416,64	-401.738,30
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	185.057,62	106.542,13	78.515,49
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	69.465,37	65.873,65	3.591,72
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	115.592,25	40.668,48	74.923,77
Kasse, Bankguthaben, Schecks	2.405.620,72	2.885.874,51	-480.253,79

Rechnungsabgrenzungsposten	6.111,42	6.507,13	-395,71
Bilanzsumme	3.106.178,05	3.454.785,79	-348.607,74
Passiva			
Eigenkapital	46.832,87	22.179,84	24.653,03
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-2.820,16	-2.820,16	0,00
Jahresergebnis	24.653,03	0,00	24.653,03
Sonderposten	2.476.526,02	2.775.608,11	-299.082,09
dar.: Sonderposten für Zuwendungen	2.476.526,02	2.775.608,11	-299.082,09
Rückstellungen	393.129,44	461.408,79	-68.279,35
Steuerrückstellungen	538,85	987,00	-448,15
sonstige Rückstellungen	392.590,59	460.421,79	-67.831,20
Verbindlichkeiten	133.605,47	118.981,09	14.624,38
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	44.780,44	59.068,21	-14.287,77
Sonstige Verbindlichkeiten	88.825,03	59.912,88	28.912,15
Rechnungsabgrenzungsposten	56.084,25	76.607,96	-20.523,71
Bilanzsumme	3.106.178,05	3.454.785,79	-348.607,74

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	1,4	2,1	-0,7
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	1,0	0,0	1,0
Umsatzrentabilität (in %)	0,5	0,0	0,5
Eigenkapitalquote (in %)	1,5	0,6	0,9
Anlagendeckung II (in %)	495,4	613,7	-118,3

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	52	45	7
Verschuldungsgrad (in %)	1.124,7	2.616,7	-1.492,0

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Thomas Kutschke

Prokurist/-in

Frau Ulrike Käbsch

Herr Sebastian Oeben-Heinrichs (ab 29.07.2024)

Frau Anika Oidtmann

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Birgitt Lahaye-Reiß (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung sachk.B. Herr Wolfgang Wetzstein (GRÜNE)	
sachk.B. Frau Astrid Siemens (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Halice Kreß-Vannahme (SPD)	
Herr Dr. Michael Ziemons	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Markus Terodde	

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Frau Birgitt Lahaye-Reiß (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung sachk.B. Herr Wolfgang Wetzstein (GRÜNE)	
sachk.B. Frau Astrid Siemens (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Halice Kreß-Vannahme (SPD)	
Herr Dr. Michael Ziemons	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Markus Terodde	

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Frau Birgitt Lahaye-Reiß (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung sachk.B. Herr Wolfgang Wetzstein (GRÜNE)	
sachk.B. Frau Astrid Siemens (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Halice Kreß-Vannahme (SPD)	

Herr Dr. Michael Ziemons — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Herr Markus Terodde

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 4 Mitgliedern 2 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 50,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht/überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde erstellt.

Lagebericht

I. Grundlage des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

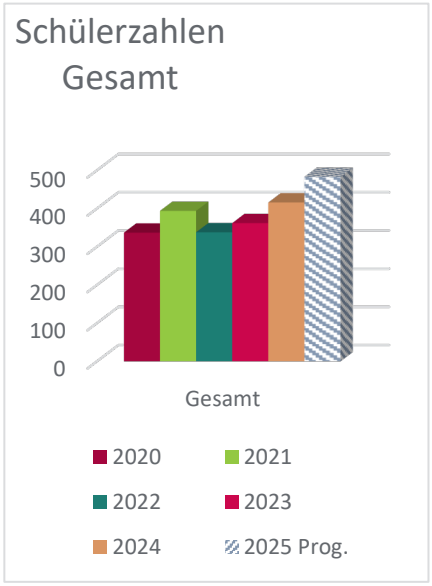
Die BZPG - Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH mit Sitz in Würselen ist im Handelsregister unter HR B 22144, Amtsgericht Aachen, eingetragen.

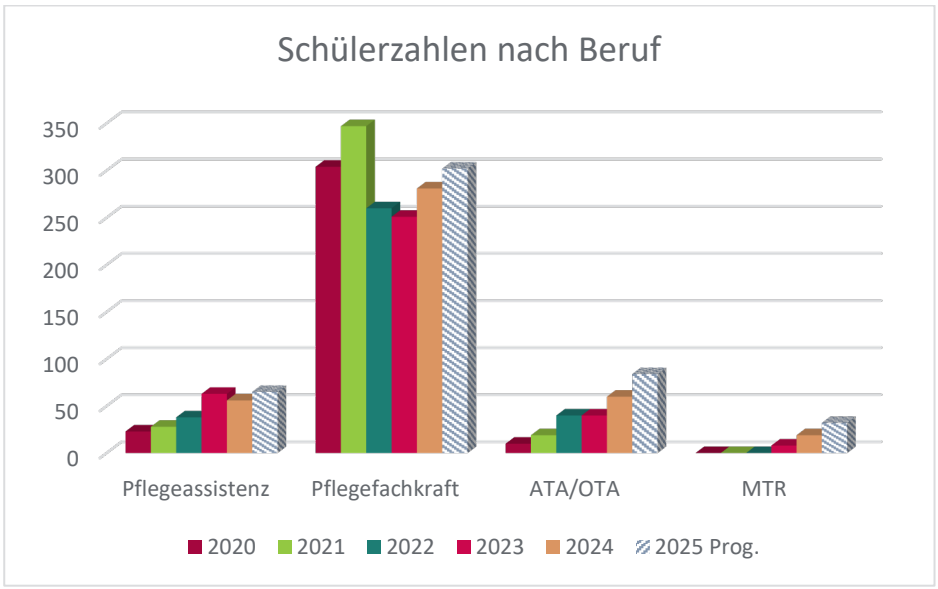
Die Grundlage des BZPG bildet die Aus-, Fort- und Weiterbildung in Pflege- und Gesundheitsberufen. Das BZPG besteht seit 2018 und hat zum 31.12.2024 insgesamt 52 Angestellte, wovon 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollzeitbeschäftigt angestellt sind.

Der Schwerpunkt des Dienstleistungs- und Ausbildungsangebot des BZPG liegt in der beruflichen Pflege. Neben Kursen zur Pflegefachfrau/zum Pflegefachmann (PFF/PFM) in Voll- und Teilzeit, der Pflegefachassistenz (PFA) werden hierbei auch Kurse in der Operationstechnischen/ Anästhesietechnischen Assistenz (ATA/OTA) sowie in der Medizinischen Technologie Radiologie (MTR) angeboten.

Zum 31.12.2024 befanden sich insgesamt 432 Auszubildende am BZPG. Davon in der 3-jährigen Pflegeausbildung 281, in der einjährigen Assistenzausbildung 56, in der ATA/OTA 60 und der MTR 19.

Das BZPG betreibt keine Forschung und Entwicklung und unterhält keine Zweigniederlassungen.





Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3, Ziffer 2 GO NRW

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag unter § 2 vorgegebenen öffentlichen Zweck der Förderung der Bildung im Gesundheitswesen einschließlich der Ausbildung und akademischen Qualifizierung im Jahr 2024 mit dem Abhalten folgender Kurse umgesetzt:

- fünf Kurse zur Pflegefachfrau/zum Pflegefachmann, zuzüglich eines Teilzeitkurses,
- drei Kurse in der Pflegefachassistenz,
- zwei Kurse in der Operationstechnischen/Anästhesietechnischen Assistenz,
- ein Kurs Medizinische Technologie für Radiologie

In der Abteilung Fort- und Weiterbildung wurden darüber hinaus zahlreiche Fort- und Weiterbildungen und Inhouse-Schulungen angeboten. Insbesondere die Schulungen für pflegende Angehörige wurden aufgrund der regen Nachfrage verstärkt angeboten.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach den ersten Ergebnissen des Statistischen Bundesamts haben sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2024 nicht verbessert. So nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um knapp 0,2% ab. Die Prognose für 2025 ist leicht positiv. Zu befürchten ist, dass Deutschland -ähnlich des Konjunktureinbruchs des Jahrs 2020- wieder einen vergleichbaren Rückgang der Wirtschaftsleistung verzeichnen könnte, wenn nicht eine neue Bundesregierung mit entsprechenden Wachstumsimpulsen gegengesteuert. Trotz abnehmender Beschaffungsengpässe und einem sich stabilisierenden Preisniveau dürfte vorläufig die stagnierende Marktsituation andauern.

Die binnenwirtschaftliche Nachfrage dürfte sich angesichts der anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten sowie der noch unklaren wirtschafts- und finanzpolitischen Ausrichtung der nächsten Bundesregierung zunächst noch schwach entwickeln. Bei nachlassender Inflation, weiter steigenden Realeinkommen und zunehmender Klarheit über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird im späteren Jahresverlauf dann mit einer anziehenden binnenwirtschaftlichen Dynamik gerechnet. Angesichts im Jahresdurchschnitt noch rückläufiger Exporte bei gleichzeitig steigenden Importen ist vom Außenhandel ein spürbar negativer Wachstumsbeitrag zu erwarten.

In der mittelfristigen Betrachtung dürften sich die Folgen des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt zunehmend dämpfend auf das Wachstumspotenzial auswirken. Insbesondere im Gesundheitswesen stellt der Fachkräftemangel für die Arbeitgebenden eine zunehmend herausfordernde und limitierende Herausforderung dar. Der Bedarf an Pflegefachkräften wächst weiter rasant. In dem Maße können nicht ausreichend Menschen für die Fachausbildung qualifiziert werden. Die Zahl älterer Menschen steigt, was eine höhere Nachfrage nach medizinischer Versorgung und Pflege bedeutet.

Der **Schulbetrieb in Pflege und Gesundheitsberufen** war im Jahr 2024 geprägt von einer deutlichen Zunahme an Menschen, die für die Pflegeausbildung immigrieren. Insbesondere die Einrichtungen der Altenhilfe finden kaum noch Bewerber im regionalen Markt. Sie greifen deswegen auf Recruiter zurück, die Auszubildende aus aller Welt vermitteln. Derzeit befinden sich zahlreiche Auszubildende aus Indien und Marokko in der Pflegefachausbildung im BZPG. Bei den neu gestarteten Ausbildungsgängen sind rund 25 % für die Ausbildung eingewandert. Insgesamt hat sich die Bewerberlage im Herbst 2024 etwas entspannt. Erstmals seit 2 Jahren gab es wieder mehr Bewerber als Ausbildungsplätze, sodass eine Auswahl stattfand. Die Präsenz des BZPGs auf Berufsinformations-veranstaltungen und in allgemeinbildenden Schulen wurde im Jahr 2024 ebenfalls deutlich ausgebaut. Vermutlich wirkt sich das ebenfalls positiv auf die Bewerberlage aus. Der Rückgang der Ausbildungsabbrüche auf 15 % statt 30 % im Jahr 2023 bestätigt die bessere Bewerberlage. Allerdings klagen besonders Altenheime und Pflegedienst weiterhin über eine sehr niedrige Bewerberzahl an ihren Einrichtungen.

Parallel zu dieser Entwicklung gewinnen die weiteren Gesundheitsberufe an Bedeutung. Mit dem Berufsgesetz zur Operationstechnischen Assistenz und Anästhesietechnischen Assistenz haben diese beiden Berufe an Bedeutung gewonnen. Die Anzahl der Bewerbungen und der kooperierenden Einrichtungen hat auch im Jahr 2024 weiter zugenommen. Ebenso sind diese Berufe interessant für einwandernde Menschen. So haben die Anpassungsmaßnahmen für ausländische Abschlüsse zur Anerkennung für Deutschland eine nicht unerhebliche Bedeutung für das BZPG bekommen. Im Jahr 2024 gab es zahlreiche Anpassungsmaßnahmen in der ATA, der OTA und der MTR-Ausbildung.

Der Lehrkräftemangel im Gesundheitswesen, speziell in der Pflege besteht weiter und wird auch die nächsten Jahre prägen. Qualifizierte Bewerbungen liegen kaum vor, sodass sich der Lehrkräftemangel im Jahr 2026 negativ auf die Anzahl der neu zu planenden Kurse auswirken kann.

Geschäftsverlauf

Der Bedarf an Pflegekräften und weiteren Mitarbeitenden in Gesundheitsberufen ist unverändert hoch und der Ausbau von Ausbildungsplätzen wird weiterhin gefordert. In den Jahren 2022 und 2023 gab es weniger Bewerber als Ausbildungsplätze. Mit dem Ausbildungsstart September 2024 gab es erstmals wieder mehr Bewerbungen als Ausbildungsplätze, sodass sich die Bewerberlage insgesamt auf niedrigem Niveau entspannt hat. Parallel dazu ist auch die Anzahl der Ausbildungsabbrüche gesunken. Insgesamt muss aber betont werden, dass der Anteil der Immigranten zur Pflegeausbildung ein wichtiger Faktor bei der besseren Bewerberlage ist. Zum 01.11.2024 wurde nochmals eine Teilzeitausbildung in der Pflege über 4 Jahre gestartet. Hier gab es allerdings eine sehr geringe Quote an Bewerbungen, sodass voraussichtlich im Jahr 2025 kein neuer Teilzeitkurs zustande kommt.

In der ATA/OTA-Ausbildung hat das BZPG mit dem Universitätsklinikum Aachen (UKA) einen sehr großen Kooperationspartner dazubekommen. 20 bis 50 Ausbildungsplätze pro Jahr will das UKA voraussichtlich im BZPG ausbilden lassen. Kurzfristig hat das Rhein-Maas-Klinikum jedoch statt der geplanten 10 Ausbildungsplätze nur 4 besetzt, so konnten damit 33 neue Ausbildungsplätze zum 01.09.2024 belegt werden.

Die MTR-Schule hat am 01.09.2024 den zweiten Ausbildungsgang mit 12 Plätzen gestartet. Für das Jahr 2025 sind 12 Ausbildungsplätze bereits angefragt. Seit dem Kursstart 2024 lassen auch niedergelassene Arztpraxen ihren Nachwuchs an MTRs im BZPG ausbilden.

Zahlreiche Anpassungslehrgänge in den verschiedenen Ausbildungszweigen des BZPGs ergänzen die regulären Ausbildungsplätze.

Die Anzahl der durchgeführten Kurse in der Abteilung Fort- und Weiterbildung ist im Jahr 2024 auf einen bisherigen Höchststand von 138 angestiegen. Dies liegt im Wesentlichen begründet in einer Zunahme der innerbetrieblichen Fortbildung (IBF) auf insgesamt 57 Kurse. Parallel dazu gab es im Jahr 2024 ein leicht reduziertes Angebot an Weiterbildungen (eine Weiterbildung Pain Nurse statt zwei und Wegfall der Weiterbildung Gerontopsychiatrie). Insgesamt führt dies erstmals zu einer Gesamtanzahl von über 1.500 Teilnehmenden/Jahr an Angeboten der Fort- und Weiterbildung.

Im April 2024 konnte das Simulationszentrum am BZPG in der umgebauten 2.Etage eröffnet werden. In vier verschiedenen Patienten-/Bewohnerzimmern kann nun der Berufsalltag simuliert werden. Ein Altenheimzimmer, ein Krankenhauszimmer, ein Intensivpflegezimmer und ein OP wurden eingerichtet und mit modernster Kameratechnik ausgestattet. Dazu kommen noch ein Regieraum, ein Besprechungsraum und ein Stationszimmer. So können die Gesundheitsberufe für die Auszubildenden alltagsnah nachgestellt werden und durch die Videoaufzeichnungen optimal ausgewertet werden. Dieser Weg soll dauerhaft die Schnittstelle zur praktischen Ausbildung verbessern.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2024 ist positiv und die Erträge lagen über den prognostizierten Erwartungen. Die Ausbildungsplatzzahlen in der Pflegefachausbildung sind seit Herbst 2024 wieder etwas angestiegen. Dieser Trend setzt sich auch im Frühjahr 2025 fort. Trotzdem muss darauf hingewiesen werden, dass ohne Immigration zur Ausbildung die geplanten Ausbildungsplätze kaum besetzt, werden könnten.

Lage

a. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 4.761 T€ sowie sonstige betriebliche Erträge und Zinserträge in Höhe von 540 T€ erwirtschaftet. Dem standen Personalaufwendungen von 3.460 T€ sowie Abschreibungen, Steuern und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 1.816 T€ gegenüber, so dass insgesamt ein Ergebnis von 24 T€ ausgewiesen wird.

Auf der Ertragsseite ist hervorzuheben, dass der Umsatz gesteigert werden konnte durch geringere Anzahl an Abbrecher und einer steigenden Nachfrage an Kenntnisprüfungen und Anpassungsmaßnahmen. Der Zuschuss der StädteRegion ist im Jahr 2024 erstmalig wieder über 650 T€ gestiegen auf 875 T€. Der erhöhte Bedarf des Zuschusses resultiert aus den geringeren Schülerzahlen aus den Vorjahren.

In Laufe des Geschäftsjahr 2024 konnten nicht alle notwendigen offenen Kursleitungen besetzt werden, weshalb im Jahr 2025 zwei Lehrkräfte für die Pflegeschule gesucht werden. Die höheren Personalkosten von 435 T€ sind auf Tarifanpassungen sowie auf die neubesetzten Lehrkräfte im Bereich ATA/OTA und die damit verbunden Löhne und Sozialabgaben zurückzuführen.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Abschreibungen um 25 T€ verringert. Die Werbe- und Reisekosten sind im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2023 um 10 T€ gestiegen was auf durch die höhere Präsenz der Social-Media Kanäle und das neue Wege-Leitsystem des BZPG 's zurückzuführen ist. Die Honorarkosten für externen Dozenten sind im Jahr 2024 um 6 T€ rückläufig, was eine Folge der neueingestellten Kursleitungen und damit der erhöhten Personalkosten ist.

Auf der Kostenseite hervorzuheben sind die 160 T€ mehr Aufwendungen für Raumkosten durch die Erweiterung des BZPG's in die 2. Etage und die damit verbundenen Baumaßnahmen sowie die Kosten für Reinigung und Miete.

b. Finanzlage

Die Finanz- und Liquiditätslage ist als stabil zu bezeichnen, die Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt in der Lage, fällige Verbindlichkeiten zu bedienen.

Die liquiden Mittel belaufen sich zum Stichtag 31. Dezember 2023 auf 2.406 T€ (gegenüber 2.886 T€ im Vorjahr).

c. Vermögenslage

Das Gesamtvermögen setzt sich wie folgt zusammen, 16 % Anlagevermögen und 84 % Umlaufvermögen (VJ Anlagevermögen 13 %, Umlaufvermögen 87 %). Das Bilanzvermögen der BZPG gGmbH beläuft sich zum Stichtag 31.12.2024 auf 3.106 T€ (VJ 3.450 T€) und ist wesentlich durch die liquiden Mittel von 2.406 T€ geprägt (VJ 2.886 T€). Die liquiden Mittel entstammen im wesentlichen Zuschüssen für den Umbau und Neubau. Entsprechend steht den liquiden Mitteln ein Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen in Höhe von 2.477 T€ (Vj: 2.776 T€) auf der Passivseite entgegen.

Das langfristig gebundene Anlagevermögen beläuft sich zum Stichtag auf 509 T€ (gegenüber 456 T€ im Vorjahr). Hier spiegeln sich die Investitionen in das Schulungsgebäude mit dem Um- und Neubau wider.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Vermögensgegenstände belaufen sich insgesamt auf 185 T€ und liegen damit über dem Vorjahr (107 T€).

Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unsere Unternehmenssteuerung die Kennzahlen Anzahl der Schüler(innen) sowie den Lehrenden/ Schüler(innen)-Schlüssel heran, wobei für die Pflegefachausbildung und die Ausbildung der ATA/OTA derzeit ein Schlüssel von 1:25 als Soll-Größe gilt. In der MTR-Ausbildung liegt dieser Schlüssel bei 1:20. In allen Ausbildungszweigen wird die gesetzliche Schüler-Lehrer-Relation eingehalten.

- Anzahl Schüler(innen) 31.12.2024: 416 (Vorjahr 376)
- Davon in der Pflegefachausbildung 281
- in der Pflegefachassistenzausbildung 56
- in der ATA/OTA 60
- und der MTR 19

Für den Fort- und Weiterbildungsbereich richtet sich das BZPG an den Erfahrungen des Vorjahres und den geschätzten Entwicklungen im laufenden Jahr aus, siehe auch nochmals oben.

III. Prognosebericht

Vorrangiges Ziel für das Jahr 2025 bleibt die vollständige Erschließung des Bestandsgebäudes im 2. und 3. Obergeschoss und der Start der Baumaßnahmen für den Neubau. Die Baugenehmigung liegt seit Mitte Februar vor. Die Baumaßnahmen können ca. April 2025 beginnen.

Der Rückgang der regionalen Bewerber konnten dadurch aufgefangen werden, dass die Träger praktischen Ausbildung verstärkt durch Recruiter vermittelte Immigranten einstellen. Auch die Schulabgängerprognose des Landes NRW sieht wieder steigende Schulabgängerzahlen bei den allgemeinbildenden Schulen. Somit dürfte sich die Bewerberlage etwas entspannen. Die wirtschaftliche Situation des BZPGs hängt aber weiterhin maßgeblich von diesen Zahlen ab, ohne selber direkt darauf Einfluss nehmen zu können. Voraussichtlich können die Ausbildungsplätze im Jahr 2025 nicht wie geplant besetzt werden. Aufgrund der hohen Nachfrage in 2024 wurde z.B. für März ein zweiter Kurs PFA geplant. Dafür gibt es derzeit keine Bewerbungen. Auch hat sich das Interesse an der Teilzeitausbildung nicht im erwarteten Maße bestätigt. Zum einen gibt es nur sehr wenige Bewerbungen für die Ausbildung, zum anderen haben auch die Träger der Praxis nur ein geringes Interesse an Teilzeitausbildung. Voraussichtlich wird der geplante Teilzeitkurs zum 01.11.2025 nicht zustande kommen. Andererseits ist das Interesse an der PFF/PFM Ausbildung gestiegen. Daher wird für Mai 2025 ein weiterer Kurs PFF/PFM angelegt. Positiv zeigt sich bis jetzt die Entwicklung der Ausbildungsabbrüche. Insbesondere bei immigrierten Auszubildenden liegt die Abbruchquote bei 0.

In der ATA/OTA Ausbildung wird zum 01.09. aufgrund der großen Nachfrage wieder ein zusätzlicher Kurs eingerichtet. Die Ausbildungsplätze sind von 20 auf über 40 jährlich gestiegen. In der MTR-Ausbildung wird zum 01.09. ein weiterer Kurs beginnen. Damit erreicht diese Schule die endgültige Größe mit rund 40 Ausbildungsplätzen. Aufgrund der begrenzten Praktikumsplätze in der praktischen Ausbildung ist ein weiteres Wachstum nicht möglich.

Insgesamt haben sich die Anpassungsmaßnamen in den Gesundheitsberufen etabliert. Besonders für die Berufe ATA/OTA und MTR werden das voraussichtlich wichtige Wege bleiben, um auch zukünftig Fachkräfte zu qualifizieren.

Im Jahr 2025 wird eine Notfallsanitäterschule am BZPG gegründet. Ausbildungsstart wird der 01.09.25 mit 8 bis 10 Plätzen. Damit wird ein weiterer Gesundheitsberuf das Portfolie des BZPGs abrunden. Der Gesamtbedarf an Ausbildungsplätzen in der StädteRegion Aachen liegt bei ca. 15-20 jährlich.

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung ist besonders die Fachweiterbildung Intensivpflege-Anästhesie zu erwähnen. Zum 01.11.25 ist der Start eines ersten Kurses geplant. Die Krankenhäuser haben Schwierigkeiten die geforderten Fachkräfte zu qualifizieren. Die regionalen Weiterbildungsstätten decken diesen Bedarf derzeit nicht ab, gleichzeitig müssen die Kliniken mehr Fachkräfte nachweisen. Daher wird der Bedarf für diese Fachweiterbildung hier auch dauerhaft hoch eingeschätzt.

Ein großes Problem wird auch in den nächsten Jahren sein, Lehrkräfte für die Gesundheitsberufe und besonders die Pflege zu finden. Es gibt nahezu keinen Bewerbermarkt in der Region.

Die genaue Entwicklung der Schülerzahlen des BZPGs ist im Diagramm auf Seite 1 des Lageberichtes nachzulesen. Insgesamt sieht der im Dezember 2024 verabschiedete Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2025 Erträge in Höhe von 5.570.676 € vor - zuzüglich eines geplanten Zuschusses durch die StädteRegion Aachen in Höhe von 734.880 €. Dem stehen geplante Aufwendungen in Höhe von 6.305.556 € gegenüber, so dass mit einem (Plan-)Ergebnis von 0 € gerechnet wird.

Das im Vorjahr geplante Ergebnis von T€ 2 wurde im Geschäftsjahr leicht übertroffen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Chancen- und Risikoeinschätzung hinsichtlich des operativen Geschäftes hat sich gegenüber 2023 nicht nennenswert verändert. Die Gewinnung von Nachwuchs für Pflege- und Gesundheitsberufe sowie die Gewinnung von Lehrkräften werden eine Herausforderung bleiben. Die zunehmende Verbesserung des Gebäudes und der Schulinfrastruktur erhöht bereits die Attraktivität deutlich. Insbesondere vom Simulationszentrum wird ein positiver Impuls erwartet.

Neben den vorgenannten operativen Risiken ist das BZPG - durch die umfangreichen Umbau- und Erweiterungsarbeiten - für die nächsten Jahre einem Risiko steigender Baukosten einschl. Materialkosten hierfür ausgesetzt. Durch die mittlerweile sinkende Bautätigkeit in Deutschland sehen wir hier aber risikoseitig eine Talsohle erreicht, bei der eher mit sinkenden als mit steigenden Baukosten zu rechnen ist.

Die Pflegeausbildung ist die wesentliche Säule des BZPGs. Daneben ist die Ausbildung in der ATA/OTA deutlich gewachsen. Derzeit in vier Kursen und ab September 2025 in geplanten fünf Kursen wird dort ausgebildet. Die MTR Ausbildung wird mit dem dritten Kursstart zum 01.09.2025 die endgültige Größe erreicht haben. Neben Krankenhäusern lassen inzwischen auch niedergelassene Arztpraxen im BZPG ausbilden. Eine weitere Säule im Ausbildungsbereich sind inzwischen die Anpassungsmaßnahmen in der ATA/OTA und MTR Ausbildung geworden. Zum 01.09.2025 wird zusätzlich eine Notfallsanitäterschule gegründet. Aufgrund der vorgeschriebenen Qualifizierungen zur Fahrzeugbesetzung im Rettungsdienst müssen in der StädteRegion Aachen mehr Ausbildungsplätze angeboten werden. Bis zu 15 Ausbildungsplätze jährlich könnten ggf. vom BZPG dazu angeboten werden.

Um diesem stetigen Wachstum im Gebäude Rechnung zu tragen, ist es wichtig, dass weitere Bauabschnitte fertiggestellt werden. Es bleibt ein Risiko, dass es derzeit an Unterrichtsräumen und an Gruppenarbeitsräumen mangelt. Dieser Mangel wird erst mit der Fertigstellung der Baumaßnahmen beendet sein. Bis dahin wird immer wieder auf Distanzunterricht umgestellt werden müssen. Dies ist gesetzlich nur im begrenzten Rahmen möglich. Eine weitere Chance sehen wir im Ausbau von Anpassungsmaßnahmen für Menschen mit ausländischen Berufsqualifizierungen, d.h. das Angebot von Anpassungslehrgängen bzw. Kenntnisprüfungen.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sind sich bewusst, dass mit der Umsetzung der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Planzahlen Wagnisse auftreten können und sich daraus ergebnisrelevante Auswirkungen ergeben könnten, die

unmittelbar den von der StädteRegion als Gesellschafterin abzudeckenden Fehlbetrag erhöhen - oder im Fall positiver Entwicklungen senken - würden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Gesellschafterin die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin in der erforderlichen Höhe finanziell unterstützen wird.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Derivative Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

Forderungsausfälle sind bis zum heutigen Tag nur im geringsten Umfang zu verzeichnen. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über die vorhandenen liquiden Mittel.

Ziel des Kontroll- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Diese Kontroll- und Risikomanagementsysteme sind installiert, werden laufend optimiert und den geänderten Marktverhältnissen angepasst.

3.4.6.5 SPRUNGbrett gGmbH - Sozial- und Gesundheitsinitiative der StädteRegion Aachen

Firmensitz:
Trierer Straße 1
52078 Aachen

Rechtsform: gGmbH
Handelsregisternummer: 5963
Gründungsdatum: 11.07.1994
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Kleine Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten

Nominal:	100% / - / 100%
Stimmen:	- / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

DRP Randerath & Partner PartG mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

(1) Gegenstand des Unternehmens ist es, nach dem Sozialstaatgebot benachteiligten Menschen, insbesondere arbeitslosen bzw. langzeitarbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Die Unterstützung erfolgt bereits frühzeitig durch den Einsatz von Schulsozialarbeitern an den Schulen in Trägerschaft der StädteRegion Aachen, die eine kontinuierliche Beratung und Begleitung der Schüler in ihrem Schulalltag sicherstellen sowie den Schulen Hilfestellung bei der Wahrnehmung ihres Bildungsauftrags geben.

(2) Darüber hinaus ist der präventive Gesundheitsschutz Gegenstand mit dem Ziel, Lebens- und Gesundheitschancen von Menschen in der StädteRegion zu verbessern und deren Gesundheitskompetenz zu steigern. Hierzu ist wesentlich, die sektoral ausgerichteten Gesundheits- und Sozialsysteme zu verzahnen und niedrigschwellige Zugänge zu den Versorgungssystemen zu etablieren.

(3) Zur Umsetzung dieser Unternehmenszwecke ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die durch Ausschöpfung der gesetzlichen Grundlagen nach den einschlägigen Sozialgesetzbüchern und sonstiger Förderprogramme die Integrationsfähigkeit der betroffenen Menschen bzw. die Gesundheitskompetenz der Menschen in der StädteRegion verbessern.

(4) Soweit es die Verwirklichung des Gesellschaftszweckes erfordert, ist die Kooperation mit den regionsangehörigen Städten und Gemeinden sowie den relevanten Akteuren im Bildungsbereich bzw. im Gesundheits- und Sozialsystem, vorgesehen.

(5) Die Gesellschaft ist insbesondere im Bereich der Beratung und Betreuung, der Beschäftigung, der Ausbildung und der Qualifizierung von benachteiligten Menschen sowie im Bereich der Gesundheitsprävention, der Einrichtung niedrigschwelliger Angebote und der notwendigen Vernetzung der Akteure in den unterschiedlichen Sektoren zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des genannten Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft nicht in Konkurrenz zu anderen, etablierten Weiterbildungsträgern oder bereits bestehenden Angeboten der Gesundheitsprävention bzw. des Sozialbereichs auftritt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die ursprüngliche Zielsetzung der Gesellschaft als Beschäftigungsinitiative ist im Lauf der letzten Jahre in den Hintergrund getreten. Die gezielte Unterstützung von benachteiligten jungen Menschen, denen ein Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht werden soll, setzt mittlerweile sehr frühzeitig und niedrigschwellig an und ist präventiv ausgerichtet. Mit dem Einsatz von Schulsozialarbeiter_innen an den Schulen in Trägerschaft der StädteRegion Aachen erfolgt die Begleitung junger Menschen auf ihrem Weg zu einer erfolgreichen beruflichen Zukunft sowie der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Zum 01.04.2022 wurde mit der Eröffnung des landesweit ersten Gesundheitskiosk das heutige zweite Standbein der SPRUNGbrett gGmbh eingerichtet. Dem liegt die Feststellung zugrunde, dass in sozial benachteiligten Quartieren die Lebens- und Gesundheitschancen aufgrund der soziökonomischen Bedingungen und aufgrund von sprachlichen und/oder kulturellen Hürden erheblich schlechter sind als in anderen Stadtteilen. Dies führt dazu. dass die Bewohner_innen nicht hinreichend versorgt werden, der Zugang zum Gesundheitssystem oft nicht gefunden wird, der Gesundheitszustand signifikant schlechter ist als in anderen Bevölkerungsgruppen, Notaufnahmen verstärkt konsultiert werden und die Gesundheitsausgaben kontinuierlich steigen.

Kapital

Stammkapital	26.000 €; 0 Stimmen

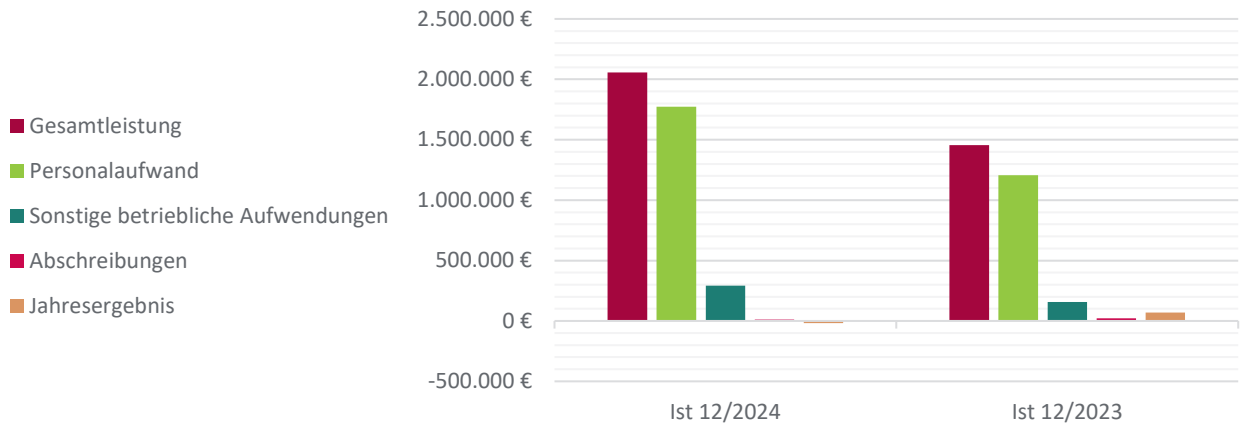
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
StädteRegion Aachen	26.000,00 €	100,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

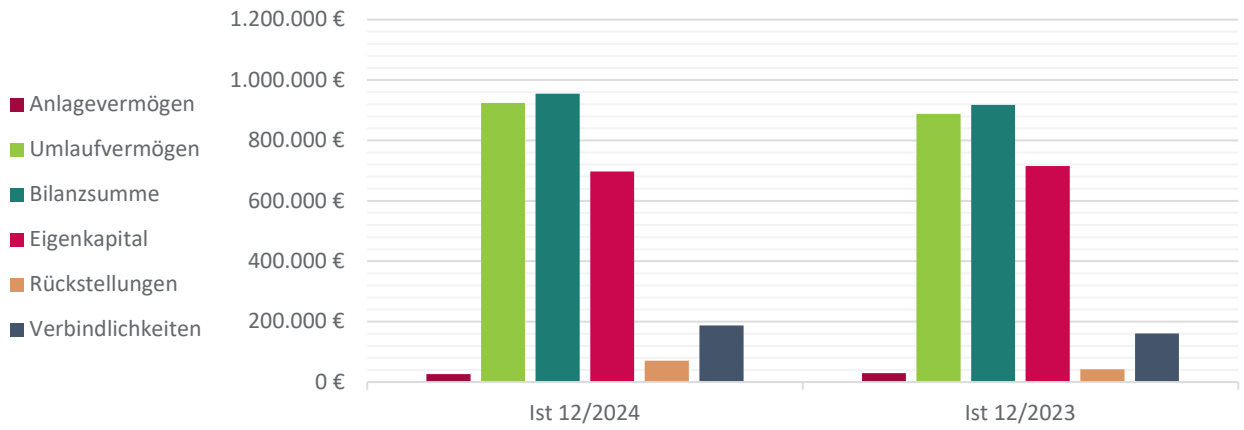


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	2.023.336,10	1.424.747,94	598.588,16
Sonstige betriebliche Erträge	33.504,91	30.468,95	3.035,96
Gesamtleistung	2.056.841,01	1.455.216,89	601.624,12
Materialaufwand	-	-	-
Rohergebnis	2.056.841,01	1.455.216,89	601.624,12
Personalaufwand	1.772.594,43	1.206.637,38	565.957,05
dar.: Löhne und Gehälter	1.442.024,14	982.962,97	459.061,17
dar.: soziale Abgaben	330.570,29	223.674,41	106.895,88
Sonstige betriebliche Aufwendungen	291.546,72	157.988,34	133.558,38
EBITDA	-7.300,14	90.591,17	-97.891,31
Abschreibungen	10.310,27	21.804,59	-11.494,32
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	10.310,27	21.804,59	-11.494,32
EBIT	-17.610,41	68.786,58	-86.396,99
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	180,56	-	180,56

EBT	-17.429,85	68.786,58	-86.216,43
Ergebnis nach Steuern	-17.429,85	68.786,58	-86.216,43
Sonstige Steuern	426,00	426,00	0,00
Jahresergebnis	-17.855,85	68.360,58	-86.216,43

Bilanz

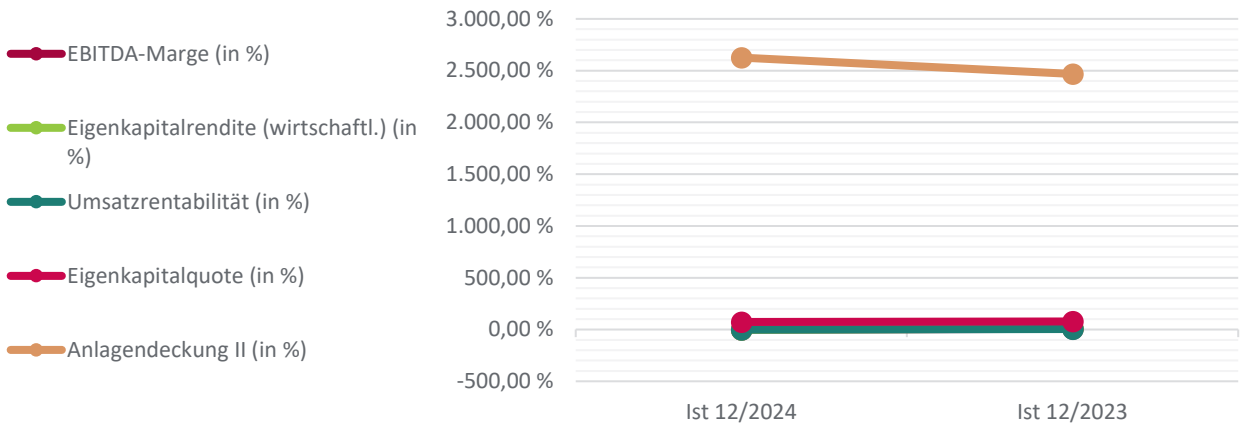


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	26.546,00	28.966,00	-2.420,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	18.373,00	23.845,00	-5.472,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	18.373,00	23.845,00	-5.472,00
Geleistete Anzahlungen	-	0,00	0,00
Sachanlagen	8.173,00	5.121,00	3.052,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.173,00	5.121,00	3.052,00
Umlaufvermögen	923.761,42	888.126,27	35.635,15
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	317.739,27	112.690,90	205.048,37
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	313.141,18	108.925,16	204.216,02
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	4.598,09	3.765,74	832,35
Kasse, Bankguthaben, Schecks	606.022,15	775.435,37	-169.413,22
Rechnungsabgrenzungsposten	4.435,90	204,46	4.231,44
Bilanzsumme	954.743,32	917.296,73	37.446,59
Passiva			
Eigenkapital	697.104,04	714.959,89	-17.855,85
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	0,00
Gewinnrücklagen	317.767,01	317.767,01	0,00
dar.: andere Gewinnrücklagen	317.767,01	317.767,01	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	371.192,88	302.832,30	68.360,58
Jahresergebnis	-17.855,85	68.360,58	-86.216,43
Rückstellungen	70.360,59	41.670,90	28.689,69
sonstige Rückstellungen	70.360,59	41.670,90	28.689,69

Verbindlichkeiten	187.278,69	160.665,94	26.612,75
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	25.611,33	38.688,33	-13.077,00
Sonstige Verbindlichkeiten	161.667,36	121.977,61	39.689,75
dar.: aus Steuern	151.523,81	97.301,23	54.222,58
dar.: im Rahmen der sozialen Sicherheit	5.276,31	3.075,17	2.201,14
Rechnungsabgrenzungsposten	-	0,00	0,00
Bilanzsumme	954.743,32	917.296,73	37.446,59

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-0,4	6,4	-6,8
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	-2,6	9,6	-12,2
Umsatzrentabilität (in %)	-0,9	4,8	-5,7
Eigenkapitalquote (in %)	73,0	77,9	-4,9
Anlagendeckung II (in %)	2.626,0	2.468,3	157,7

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	37	-	37
Verschuldungsgrad (in %)	37,0	28,3	8,7

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Frau Elif Tunay-Cot

Prokurist/-in

Frau Gabriele Kirch (bis 27.05.2024)

Frau Tamara Rother (ab 28.05.2024)

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Manfred Bausch (SPD) (ab 15.03.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Margret Roitzsch (SPD)	
Städteregionstagsmitglied Frau Halice Kreß-Vannahme (SPD) (bis 14.03.2024)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Wolfgang Königs (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Birgitt Lahaye-Reiß (CDU)	
Bgm Frau Nadine Leonhardt (SPD)	
Stellvertretung Bgm Herr Patrick Haas (SPD)	
Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU) (ab 11.10.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Heiko Franzen (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Volker Thelenz (GRÜNE)	
3. stellv. Städteregionsrat Frau Elisabeth Paul (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Melanie Seufert (GRÜNE)	
Städteregionstagsmitglied Frau Gudrun Ritzen (bis 16.09.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Josefine Lohmann (CDU)	
sachk.B. Frau Astrid Siemens (SPD) (ab 15.03.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung sachk.B. Herr Horst Herberg (SPD)	
Herr Markus Terodde	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Nico Kosanke	
Herr Dr. Michael Ziemons	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Marvin Kouchen	

beratendes Mitglied

Frau PD Dr. Monika Gube	StädteRegion Aachen
Frau Angelika Hirtz	StädteRegion Aachen
Herr Jan Röder	StädteRegion Aachen

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Wolfgang Königs (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung 3. stellv. Städteregionsrat Frau Elisabeth Paul (GRÜNE)	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 13 Mitgliedern 5 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 38,46 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde erstellt.

Lagebericht

Geschäftsentwicklung

Öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung

Gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrags ist Gegenstand des Unternehmens, nach dem Sozialstaatsgebot benachteiligten Menschen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen haben, insbesondere arbeitslosen bzw. langzeitarbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.

Darüber hinaus ist Gegenstand des Unternehmens der präventive Gesundheitsschutz mit dem Ziel, Lebens- und Gesundheitschancen von Menschen in der StädteRegion zu verbessern und deren Gesundheitskompetenz zu steigern. Hierzu ist es wesentlich, die sektoral ausgerichteten Gesundheits- und Sozialsysteme zu verzahnen und niedrigschwellige Zugänge zu den Versorgungssystemen zu etablieren.

Entwicklung im Berichtsjahr

Die SPRUNGbrett gGmbH leistete 2024 mit ihren Fachbereichen Schulsozialarbeit, Gesundheitskiosk und Krebsberatung einen wichtigen Beitrag zur sozialen und beruflichen Integration in der StädteRegion Aachen. Insgesamt wurden 25.067 Beratungen durchgeführt und 4.871 Personen erreicht - ein deutliches Zeichen für die hohe Nachfrage und Relevanz der Angebote.

Wichtige Entwicklungen im Jahr 2024:

- Eröffnung der Krebsberatungsstelle, wodurch das Leistungsspektrum gezielt erweitert wurde.
- Zur Bewältigung steigender Anforderungen wurde der Personalbestand im Durchschnitt von 28 Mitarbeitende auf insgesamt 37 Mitarbeitende aufgestockt.
- Trotz fehlender gesetzlicher Grundlage konnte die Finanzierung des Gesundheitskiosks durch erfolgreiche Gespräche mit der AOK gesichert werden.
- In der Schulsozialarbeit wurden neue Stellen geschaffen und bestehende Angebote ausgebaut, insbesondere zur Bewältigung des zunehmenden Schulabsentismus.

- Wechsel des IT-Dienstleisters zu regio iT, zur besseren Einbindung in die Infrastruktur der StädteRegion und Einhaltung aktueller Datenschutzstandards.
- Das 30-Jährige Jubiläum wurde mit einer feierlichen Veranstaltung im Energeticon in Alsdorf gefeiert. Dabei wurde die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit von SPRUNGbrett für die Region nochmals betont und die Mitarbeitenden in ihrem wertvollen Engagement bestärkt und motiviert
- Die Öffentlichkeitsarbeit wurde weiter professionalisiert, unter anderem durch stärkere Social-Media-Präsenz und regionale Medienarbeit.
- Alle Verwendungsnachweise für Fördermittel wurden fristgerecht eingereicht, genehmigt und geprüft. Die Mittel wurden zweckgebunden eingesetzt.
- Zur Entlastung der Geschäftsführung wurde in der Verwaltung eine neue Vollzeitstelle für die Position „Prokurist/Finanzbuchhhaltung/Referent der Geschäftsführung“ geschaffen und besetzt.

In der Schulsozialarbeit wurden zusätzliche Stellen eingerichtet, um personelle Ausfälle durch Ruhestand und Krankheit zu kompensieren. Die Aufgabenübernahme durch das bestehende Team sicherte die Kontinuität der Betreuung.

Insgesamt wurde der Personalbestand um 9,7 VZÄ (Vollzeitäquivalente) erhöht. Die Verteilung der neuen Stellen:

- Schulsozialarbeit: 2,5 VZÄ (u.a. Rodaschule, Mies-van-der-Rhoe-Schule, Gesamtschule Würselen)
- Gesundheitskiosk: 1,9 VZÄ (Gesundheitsberatung und Projekt „ReGe Pflege“)
- Krebsberatung: 4,3 VZÄ (Leitung, Beratung, Assistenz)
- Verwaltung: 1,0 VZÄ (Prokura/Finanzen/Referat)

Im Gesundheitskiosk wurden fünf Arbeitsverträge entfristet, darunter zwei Gase Managerinnen. Eine Mitarbeiterin verließ das Team auf eigenen Wunsch. Der Bereich umfasste im Berichtsjahr neun Mitarbeitende (darunter 1 abgeordneter Mitarbeiter seitens des Gesundheitsamtes) unter fachlicher Leitung.

Neues Projekt: ReGe Pflege

Das von der AOK Rheinland/Hamburg initiierte Projekt startet 2025 und richtet sich an ambulant gepflegte Menschen ab 60 Jahren (Pflegegrad 1-3). SPRUNGbrett besetzt für die Region Aachen eine 0,5 VZÄ-Koordinationsstelle im Fachbereich Gesundheitskiosk. Das Projekt zielt auf wohnortnahe präventive Angebote zur Stärkung von Selbstständigkeit und Lebensqualität. SPRUNGbrett ist aktiv in das regionale Steuerungsgremium eingebunden.

SPRUNGbrett blickt auf ein ereignisreiches und erfolgreiches Jahr zurück und wird sich auch künftig engagiert für die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in der StädteRegion Aachen einsetzen.

Überblick über strategische Ziele

Bei der SPRUNGbrett gGmbH handelt es sich um eine gemeinnützige Gesellschaft, deren strategisches Ziel die Unterstützung von benachteiligten Menschen entsprechend der öffentlichen Zwecksetzung ist. Die Aufgabenwahrnehmung wird mit Fördermitteln aus verschiedenen Bereichen finanziert. Solange die Finanzierung durch Dritte sichergestellt ist, kann die Aufgabenwahrnehmung fortgesetzt werden.

Als Sozial- und Gesundheitsinitiative verfolgt SPRUNGbrett das übergeordnete Ziel, Chancengleichheit, Teilhabe und soziale Integration in der StädteRegion Aachen nachhaltig zu fördern. Dabei stehen Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit besonderem Unterstützungsbedarf im Mittelpunkt.

Ein wichtiger Schwerpunkt liegt auf dem kontinuierlichen Ausbau bedarfsgerechter Beratungs- und Unterstützungsangebote, insbesondere in den Bereichen Schulsozialarbeit, Gesundheitsförderung und psychoonkologische Begleitung, um flexibel auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren zu können.

Die Sicherung und Weiterentwicklung der fachlichen Qualität hat dabei hohe Priorität. Regelmäßige Fortbildungen, Supervisionen, der Einsatz standardisierter Verfahren sowie strukturierte Evaluationen der Angebote sind dafür grundlegende Maßnahmen.

Zudem wird die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Schulen, Gesundheitseinrichtungen, sozialen Trägern und Kommunen gefördert, um Synergien zu nutzen und ganzheitliche Unterstützungssysteme aufzubauen. Alle Angebote zielen darauf ab, Ressourcen zu aktivieren, Eigenverantwortung zu stärken und den Zugang zu Bildung, Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.

Auch die nachhaltige Organisationsentwicklung spielt eine wesentliche Rolle. Zur Sicherung der Angebote wird an der Verstetigung bestehender Projektfinanzierungen sowie der Erschließung neuer Förderquellen gearbeitet, insbesondere angesichts gesetzlicher Unsicherheiten wie beim Gesundheitskiosk.

Ein weiterer Fokus liegt auf der Förderung der Mitarbeitergesundheit und -Zufriedenheit durch die Einführung und Erweiterung betrieblicher Gesundheitsangebote. Geplant sind regelmäßige Betriebsarztsprechstunden, Gesundheitstage sowie psychologische Beratungsstunden, die speziell auf die Bedürfnisse der Mitarbeitenden zugeschnitten sind. Eine Mitarbeiterbefragung zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen soll gezielte Maßnahmen zur Stressreduktion ermöglichen. Fachlich orientierte Teamtage stärken zudem die persönliche Weiterentwicklung und den Teamzusammenhalt. Darüber hinaus ist die Einführung von BEM-Gesprächen (betriebliches Eingliederungsmanagement) vorgesehen, um Mitarbeitende nach längeren Krankheitsphasen besser zu unterstützen und ihre nachhaltige Wiedereingliederung zu gewährleisten. Diese vielfältigen Maßnahmen unterstreichen das Engagement von SPRUNGbrett für ein gesundes, motiviertes und leistungsfähiges Team.

Als Reaktion auf die rückläufige öffentliche Förderung im sozialen Bereich plant SPRUNGbrett außerdem die Entwicklung eines strukturierten Ehrenamtskonzepts. Ziel ist es, ehrenamtliches Engagement systematisch zu organisieren, nachhaltig zu etablieren und langfristig in die Arbeitsprozesse des Unternehmens zu integrieren. Eine koordinierte ehrenamtliche Mitarbeit soll nicht nur als wertvolle Ergänzung der bestehenden Angebote dienen, sondern auch dazu beitragen, gesellschaftliches Engagement zu stärken und das Leistungsspektrum von SPRUNGbrett unter den sich verändernden finanziellen Rahmenbedingungen abzusichern. Dieses Vorhaben stellt einen wichtigen Meilenstein in der strategischen Ausrichtung des Unternehmens dar.

Lage des Unternehmens

Fachbereich Schulsozialarbeit

Im Jahr 2024 stand die Schulsozialarbeit weiterhin stark unter dem Einfluss der Nachwirkungen der Corona-Pandemie. Ein zentrales Thema war der deutlich angestiegene Schulabsentismus, der insbesondere auf Schulängste und soziale Phobien zurückzuführen ist. Hinzu kam ein erhöhter Beratungsbedarf an Förderschulen - vor allem im Zusammenhang mit Anträgen auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), der durch bestehende Sprachbarrieren zusätzlich erschwert wurde. Besonders herausfordernd gestaltete sich die Situation an der Martinusschule in Baesweiler, wo gravierende räumliche Engpässe die Arbeit beeinträchtigen. Eine Verbesserung ist im Zuge geplanter Umbaumaßnahmen im Jahr 2025 zu erwarten.

Das Team der SPRUNGbrett gGmbH bestand im Schuljahr 2023/2024 aus 21 Mitarbeitenden, davon 8 in Vollzeit und 13 in Teilzeit mit überwiegend 50 Prozent Stellen. Die Finanzierung erfolgt durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR), die StädteRegion Aachen sowie die Städte Eschweiler und Würselen, teilweise auch durch das Land NRW.

Die Schulsozialarbeit wurde im Berichtsjahr an mehreren Standorten erfolgreich ausgebaut: In Würselen wurde das Angebot an der Gesamtschule erweitert und am Gymnasium neu eingeführt. Am Mies-van-der-Rohe-Berufskolleg stehen nun zwei Vollzeitstellen zur Verfügung. In Herzogenrath wurde das sozialpädagogische Angebot an der Rodaschule verdoppelt. Trotz sprachlicher Herausforderungen konnten die BuT-Beratungen an Förderschulen weiter ausgebaut werden.

Zur Qualitätssicherung fanden regelmäßige Teamsitzungen, Supervisionen sowie kollegiale Fallberatungen statt. Neue pädagogische Fachkräfte wurden durch ein etabliertes Patenschaftsmodell begleitet. Darüber hinaus nahmen alle Fachkräfte an einer Inhouse-Fortbildung zum Thema Autismus teil, die von einer Expertin des Autismuszentrums Aachen geleitet wurde.

Zahlen und Fakten im Schuljahr 2023/2024

Der Fachbereich führte:

- **19.141 Einzelgespräche**, die 2.360 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erreichten
- **1.525 Gruppenveranstaltungen** mit dem Fokus auf Sozialkompetenz, Konfliktmanagement, Medienkompetenz und Suchtprävention.

Berufskollegs:

- 1.325 Jugendliche und junge Erwachsene wurden beraten.
- Insgesamt fanden **11.654 persönliche Gespräche** statt.
- 1.039 junge Menschen wurden erfolgreich in eine berufliche oder schulische Perspektive vermitteln, was einer Erfolgsquote von 82 % entspricht.

Haupt- und Gesamtschulen:

- **226 Schülerinnen und Schüler** wurden intensiv betreut.
- **1.372 Beratungsgespräche** wurden durchgeführt.
- **416 Gruppenangebote** mit insgesamt 467 Teilnehmenden fanden statt.

Förderschulen:

- 875 Kinder wurden begleitet, beraten und unterstützt.
- Mindestens 520 Kinder stammen aus Bedarfsgemeinschaften und erhielten Unterstützung bei BuT-Anträgen

Gymnasium Würselen:

- Die Schulsozialarbeit wurde im Sommer 2024 übernommen. Zahlen liegen ab dem nächsten Jahresbericht 2025 vor.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde durch die SPRUNGbrett-Homepage gestärkt, die über besondere Ereignisse, Mitarbeitende und Ergebnisse informiert. Statistikzahlen fließen in den Jahresbericht der StädteRegion Aachen ein und bieten Transparenz über die Arbeit in den verschiedenen Schulen.

Die Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperations- und Netzwerkpartnern prägt die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen. Dazu gehören unter anderem Beratungsstellen, die Arbeitsagentur, verschiedene Ämter und Behörden sowie die Gesundheitskiosk und Krebsberatung innerhalb des Hauses.

Fachbereich Gesundheitskiosk

Seit der Eröffnung am 01.04.2022 hat der Gesundheitskiosk bis zum 31.12.2024 insgesamt 5676 Gesundheitsberatungen durchgeführt. Darunter fallen 4783 Erst- und Folgeberatungen sowie 893 Kurzberatungen. Die vielfältigen Beratungsangebote - Einzel- und Gruppenberatungen, mobile Beratungen mittels Gesundheitsbus sowie offene Sprechstunden - erfreuen sich wachsender Beliebtheit und unterstreichen den steigenden Bedarf an niedrigschwelligen und praxisnahen Beratungsleistungen in der StädteRegion Aachen.

Im Jahr 2024 wurde das Angebot durch die Eröffnung weiterer Zweigstellen in Baesweiler-Setterich, Eschweiler, Roetgen und Aachen Driescher Hof erweitert. Bürgerinnen und Bürger können dort kostenfreie, monatliche Beratungen wahrnehmen.

Im Jahr 2024 setzte der Gesundheitskiosk seine Angebote zur Gesundheitsförderung erfolgreich fort. Der Kurs „Frauen in Bewegung“ sensibilisierte 34 Teilnehmerinnen für gesundheitsrelevante Themen, wobei sich 11 von ihnen anschließend für externe Bewegungsangebote anmeldeten. Weitere Kursformate in Kooperation mit der AOK Rheinland/Hamburg sind für 2025 geplant. Die Gesundheitsberaterinnen klärten die Ratsuchenden u.a. über zahlreiche gesundheitliche Themen auf, wie:

- Das deutsche Gesundheitssystem in einfacher Sprache
- Die Bedeutung von Vorsorgeuntersuchungen
- Hitzeschutzmaßnahmen
- Gesundes Frühstück für Schulen und Kindergärten

Im Jahr 2024 waren im Fachbereich Gesundheitskiosk neben der Leitung 6 Gesundheitsberaterinnen, eine Teamassistentin, ein abgeordneter Mitarbeiter sowie ab Oktober einen Koordinator für das neue Kooperationsprojekt Projekt „ReGe Pflege“ mit AOK Rheinland/Hamburg und IGES. Die Beraterinnen bringen ein breites Spektrum an medizinischen und sprachlichen Kompetenzen ein, darunter Deutsch, Englisch, Türkisch, Arabisch, Französisch, Russisch, Kurdisch und Polnisch.

Ein wichtiger Schwerpunkt war die regelmäßige Teilnahme der Mitarbeitenden an Fort- und Weiterbildungen, die in Kooperation mit dem Gesundheitsamt, Versorgungsamt und AOK Rheinland/Hamburg organisiert wurden. Die Schulungen fördern die fachliche Kompetenz und stärken die Beratungsqualität. Darüber hinaus wurden regelmäßige Teamsupervisionen als Qualitätssicherung mit großem Erfolg durchgeführt.

Der Ehrenamtspool des Gesundheitskiosks wurde weiter ausgebaut. Im Laufe des Jahres 2024 unterstützten sechs ehrenamtlich Tätige den Fachbereich.

Zur langfristigen Sicherung und kontinuierlichen Verbesserung der Beratungsqualität wurde ein umfassendes Handbuch für das Gesundheitskiosk-Aachener Modell konzipiert. Dieses dient als zentraler Leitfaden für die Versorgungsstruktur und soll im zweiten Quartal des Jahres 2025 finalisiert und implementiert werden.

Die Dokumentation der Klientinnen und Klienten erfolgt systematisch über eine Teilnehmerdatenbank, die eine strukturierte Erfassung und Nachverfolgung relevanter Informationen gewährleistet.

Die mediale Sichtbarkeit des Gesundheitskiosks wurde im Jahr 2024 weiter ausgebaut:

- Der Gesundheitskiosk präsentierte sich auf digitalen Plattformen wie Instagram und einer neuen Webseite (www.qesundheitskiosk-aachen.de).
- Mobile Beratungen, Workshops, Veranstaltungen und die Teilnahme an regionalen Festen und Netzwerktreffen trugen dazu bei, das Angebot bekannter zu machen.
- Neue Partnerschaften wurden mit regionalen und überregionalen Akteuren wie Krankenhäusern, Vereinen und sozialen Institutionen geschlossen.

	Gesundheitsberatungen		
	weiblich	männlich	gesamt
Erstberatungen	373	241	614
Folgeberatungen	1.311	544	1.855
Gesamt	1.684	785	2.469

Folgende Themen sind im Berichtsjahr in den Beratungen vorgekommen:

- Beratung und Vermittlung in Präventionsangebote
- Hilfe beim Verständnis von ärztlichen Dokumenten und Haus- und Facharztsuche
- Beratung und Vermittlung in Vorsorgeangebote
- Überforderung und Überlastung der Eltern mit pflegebedürftigen Kindern
- Suchtproblematik
- Fragen zu allgemeinen Pflegeleistungen

- Arbeitslosigkeit
- Fehlende soziale Kontakte und Aktivitäten
- Gesprächsbedarfe mit Gleichgesinnten
- Stress und Depression
- Bewegungsmangel
- Chronische Krankheiten (Bluthochdruck, Diabetes, usw.)
- Zahngesundheit
- Schwerbehinderung

Die Gesundheitsberaterinnen informierten Ratsuchende zu vielfältigen Themen wie dem deutschen Gesundheitssystem, Vorsorgeuntersuchungen, Hitzeschutz und gesunder Ernährung in Bildungseinrichtungen.

Zur Sicherung der Beratungsqualität wurde ein Handbuch für das „Gesundheitskiosk-Aachener Modell“ entwickelt, das 2025 implementiert werden soll. Ein digitales Terminbuchungssystem ist in Vorbereitung. Die strukturierte Dokumentation der Klientinnen und Klienten erfolgt über eine Teilnehmerdatenbank.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde intensiviert durch den Ausbau digitaler Kanäle (u.a. Instagram und eine neue Website) sowie durch mobile Angebote, Veranstaltungen und neue Kooperationen mit regionalen und überregionalen Partnern.

Krebsberatung

Im Januar 2024 wurde die Krebsberatung als neuer Fachbereich der SPRUNGbrett gGmbH etabliert, um onkologisch erkrankte Menschen sowie deren Angehörige professionell zu unterstützen. Aufgrund des hohen Bedarfs wurde das Angebot bereits im ersten Jahr intensiv genutzt. Am 8. Mai 2024 fand die feierliche Eröffnung der neuen Räumlichkeiten in der Lütticher Straße 10 in Aachen statt.

Die Krebsberatungsstelle stellt ein multiprofessionelles, hochqualifiziertes Team bereit, das Ratsuchende ergebnisoffen, neutral und patientenorientiert begleitet. Sie versteht sich als verlässliche Anlaufstelle, die mit einem systemischen Ansatz individuell unterstützt. Die Beratung erfolgt unabhängig von wirtschaftlichen Interessen oder systembedingten Vorgaben und ermöglicht dadurch eine neutrale Orientierung im Gesundheits- und Sozialsystem. Das Angebot umfasst soziale, psychoonkologische und individuelle Beratung, die sich an den jeweiligen Bedürfnissen orientiert. Schwerpunkte sind die Hilfe bei Alltagsbewältigung, familiären Konflikten, finanziellen Sorgen sowie bei der beruflichen und sozialen Reintegration.

Im sozialrechtlichen Bereich unterstützt das Team bei Fragen zu Schwerbehinderung, Reha-Maßnahmen, finanzieller Absicherung und bei Anträgen im Gesundheits- und Sozialsystem. Auch präventive Beratungen bei unklarer onkologischer Diagnose gehören zum Angebot. Die psychologische Beratung hilft, emotionale Belastungen zu verarbeiten, fördert Krankheitsakzeptanz und stärkt persönliche Ressourcen. Sie erfolgt in Form von Einzel-, Paar- und Familiengesprächen - auch anonym möglich - und schließt Unterstützung in palliativen Situationen mit ein.

Das erste Jahr der Krebsberatung zeigt eine erfolgreiche Implementierung und steigende Nachfrage. Die enge Zusammenarbeit mit Fachstellen und das multiprofessionelle Team ermöglichen eine umfassende Begleitung der Ratsuchenden. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Angebote wird die Krebsberatung als essenziellen Bestandteil der SPRUNGbrett gGmbH nachhaltig etablieren.

Die technische Ausstattung der Beraterinnen und Assistenzkraft steht kurz vor der vollständigen Fertigstellung. Zur Sicherstellung einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur wurden Verträge mit der Regio IT und NET Aachen für die Bereitstellung der Telefonanlage abgeschlossen. Darüber hinaus wurde das DSGVO-konforme Dokumentationssystem „freinet“ implementiert, das den Anforderungen der gesetzlichen Krankenkassen entspricht. Die kontinuierliche Optimierung und der weitere Ausbau der IT-Infrastruktur sind fortlaufend in Planung.

Die Beratungsstelle verfügt über drei Beratungsräume, einen Gruppenraum und wird ab 2025 um zusätzliche Flächen erweitert.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt **464 Ratsuchende** (311 Frauen, 153 Männer) von der Krebsberatungsstelle betreut. Dabei wurden **2.564 Beratungseinheiten** entsprechend den Vorgaben der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) erbracht. Das Angebot richtet sich an onkologisch Erkrankte, deren Angehörige sowie Netzwerkpartner.

Themenschwerpunkte der Beratung lagen auf psychosozialer Unterstützung, insbesondere im sozialen und psychologischen Bereich. Häufige Anliegen betrafen sozialrechtliche Fragen (308 Fälle), psychologische Beratung (117 Fälle) sowie Weitervermittlungen (67 Fälle) an z. B. Psychotherapeutinnen oder Selbsthilfegruppen. Auch Gruppenangebote sowie Beratungen für Kinder und Jugendliche wurden angeboten.

Das Team besteht aus fünf Mitarbeitenden mit insgesamt 4,3 Vollzeitstellen, darunter psychosoziale Fachkräfte, eine psychologische Beraterin und eine Assistenzkraft. Supervision, Fortbildungen sowie eine verpflichtende Weiterbildung zur „Psychosozialen Onkologie“ sichern Qualität und GKV-Finanzierung.

Ein standardisiertes Verfahren für die sozialrechtliche Beratung, der Einsatz psychologischer Instrumente, regelmäßige Team- und Fallbesprechungen sowie ein anonymisierter Evaluationsbogen tragen zur Qualitätssicherung bei. Seit August 2024 ist ein Teamsupervisionsprozess fester Bestandteil. Ein gemeinsamer Teamtag diente der Entwicklung eines Leitbilds.

Die Krebsberatungsstelle ist gut vernetzt mit Krankenhäusern, onkologischen Praxen und Selbsthilfegruppen. Sie ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Krebsberatungsstellen (BAK) und der Deutschen Krebsgesellschaft (DKG). Öffentlichkeitsarbeit erfolgt über eine eigene Webseite (www.krebsberatung-aachen.de), Instagram sowie durch Flyer, Veranstaltungen und Netzwerkbeteiligung - u. a. beim Ehrenamtstag, der Gesundheitskonferenz und dem Aachener Firmenlauf.

Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanz zum 31.12.2024 zeigt eine solide finanzielle Basis der SPRUNGbrett gGmbH. Das Gezeichnete Kapital beträgt EUR 26.000,00, und die Gewinnrücklagen belaufen sich auf EUR 317.767,01. Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2024 beträgt EUR 17.855,85. Das Anlagevermögen liegt bei EUR 26.546,00, während das Umlaufvermögen einen Betrag von EUR 923.761,42 ausmacht. Die Verbindlichkeiten betragen EUR 187.278,69.

Die SPRUNGbrett gGmbH verzeichnete im Geschäftsjahr 2024 eine solide finanzielle Lage, die durch eine kontinuierliche Geschäftsentwicklung und eine negative Ergebnissituation gekennzeichnet ist.

Kennzahlen:

1. **Eigenkapitalquote**: Die Eigenkapitalquote ist ein wichtiger Indikator für die finanzielle Stabilität eines Unternehmens. Sie zeigt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtvermögen und gibt Auskunft über die finanzielle Eigenständigkeit des Unternehmens. Im Jahr 2024 betrug die Eigenkapitalquote der SPRUNGbrett gGmbH 73%, was auf eine solide finanzielle Basis hinweist.

2. **Umsatzentwicklung**: Die Umsatzentwicklung ist ein entscheidender Faktor für das Wachstum eines Unternehmens. Im Jahr 2024 konnte die SPRUNGbrett gGmbH ihre Umsatzerlöse auf EUR 2.023.336,10 steigern, verglichen mit EUR 1.424.747,94 im Vorjahr. Dies entspricht einem beeindruckenden Wachstum von 42,01 %.

3. **Jahresergebnis**: Das Jahresergebnis zeigt den erzielten Gewinn oder Verlust des Unternehmens im abgelaufenen Geschäftsjahr. Im Jahr 2024 erzielte die SPRUNGbrett gGmbH einen geringen Jahresfehlbetrag von EUR 17.855,85, im Vorjahr wurde ein Jahresüberschuss von EUR 68.360,58 erwirtschaftet. Es besteht keine Gefährdung der Gemeinnützigkeit gemäß den gesetzlichen Vorschriften. Die SPRUNGbrett gGmbH erfüllt weiterhin ihre satzungsgemäßen gemeinnützigen Zwecke. Die Gemeinnützigkeit wird gemäß §§ 55 Abs. 1 Nr. 5, 63 Abs. 1 AO durch die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel und die Einhaltung der satzungsgemäßen Zwecke gewährleistet, zudem dürfen gemeinnützige Organisationen gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO jährlich bis zu 10% der sonstigen zeitnah zu verwendenden Mittel einer freien Rücklage zuführen.

4. **Abschreibungen**: Abschreibungen sind bilanzielle Wertminderungen von Vermögensgegenständen und spiegeln den Werteverzehr des Anlagevermögens wider. Im Jahr 2024 betrugen die Abschreibungen der SPRUNGbrett gGmbH EUR 10.310,27, im Vergleich zu EUR 21.804,59 im Vorjahr.

5. **Gesamtkapitalrentabilität**: Die Gesamtkapitalrentabilität gibt Aufschluss darüber, wie rentabel das eingesetzte Gesamtkapital ist. Sie setzt den Jahresüberschuss ins Verhältnis zum Gesamtkapital. Im Jahr 2024 erreichte die Gesamtkapitalrentabilität der SPRUNGbrett gGmbH -1,87 %, verglichen mit 7,45% im Vorjahr. Dies verdeutlicht einen geringen Abfall der Effizienz und Rentabilität des Unternehmens.

Die Eigenkapitalquote von 73 % unterstreicht die finanzielle Stabilität und Eigenständigkeit des Unternehmens. Die erfolgreiche Geschäftsentwicklung ermöglichen es der SPRUNGbrett gGmbH, ihre strategischen Ziele weiter zu verfolgen, ihre Dienstleistungen auszubauen und ihre soziale Verantwortung in der StädteRegion Aachen erfolgreich zu tragen.

Belegschaft:

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter/-innen betrug 37 Personen, davon alleine ein Frauenanteil von jahresdurchschnittlich 95 %.

Im Ergebnis konnte das Wirtschaftsjahr 2024 mit einem geringen Jahresfehlbetrag abgeschlossen werden.

Auf einen Betriebskostenzuschuss der StädteRegion Aachen konnte erneut vollständig verzichtet werden.

	Bilanz zum 31.12.2024		Bilanz zum 31.12.2023		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
AKTIVA					
Immaterielles Anlagevermögen	18	1,89	24	2,62	8
Sachanlagen	8	0,84	5	0,55	2
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0
Lang- und mittelfristig gebundenes Vermögen	**27**	**2,73**	**29**	**3,17**	**10**
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	313	32,81	109	11,89	94
sonstige Vermögensgegenstände	5	0,52	4	0,44	4
Guthaben bei Kreditinstituten	606	63,52	775	84,52	-58
kurzfristig gebundenes Vermögen	**924**	**96,86**	**888**	**96,83**	**40**
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0,41	0	0,00	-1
	955	**100,00**	**917**	**100,00**	**49**
PASSIVA					
Gezeichnetes Kapital	26	2,72	26	2,84	0
Gewinnrücklagen	318	33,28	318	34,68	0
Gewinnvortrag	371	38,88	303	33,05	96
Jahresüberschuss	-18	-1,87	68	7,42	-28
Eigenkapital	**697**	**73,01**	**715**	**77,99**	**68**
Rückstellungen	70	7,37	42	4,58	20
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	26	2,62	39	4,26	31
sonstige Verbindlichkeiten	162	16,98	122	13,31	3
Kurzfristiges Fremdkapital	**258**	**26,98**	**203**	**22,15**	**54**
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	8,50	-74
	955	**100,00**	**917**	**100,00**	**49**

Finanzlage

Die Gesellschaft kann sich durch Eigenmittel finanzieren. Das Eigenkapital zum Bilanzstichtag liegt bei 697 T€ und macht somit 73,01 % der Bilanzsumme aus. Auf der Aktivseite weist SPRUNGbrett einen Bestand in Höhe von 606 T€ an liquiden Mitteln auf. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben.

Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

In der nachfolgenden Tabelle ist die Veränderung der einzelnen Positionen aus der Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich zum Vorjahr dargestellt. Der Umsatzzugang im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 599 T€ auf 2.023 T€ ist alleine für 308 T€ auf den Zugang des Projektes Krebsberatung zurückzuführen. Dieses Projekt ist im Januar 2024 gestartet.

Der Personalaufwand hat sich um 566 T€ auf 1.773 T€ erhöht. Die Erweiterung hängt mit den Projekten Krebsberatung und Gesundheitskiosk zusammen. Zudem mussten die Rückstellungen für Urlaube und Überstunden erhöht werden, was auf die deutliche Mehrarbeit im Zusammenhang mit der Eröffnung der Krebsberatungsstelle zurückzuführen ist.

Das Jahresergebnis ist mit -18 T€ rund 86 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Geschäftszweck, der öffentliche Zweck und die Gemeinnützigkeit begrenzen ohnehin die Gewinnerzielungsabsicht. Seit 13 Jahren ist es ununterbrochen gelungen, positive Jahresergebnisse abzuliefern und damit das Eigenkapital zu stärken.

Die Eigenkapitalrentabilität ist von 9,56 % im Vorjahr auf -1,85 % gesunken

	01.01. bis 31.12.2024 T€	%	01.01. bis 31.12.2023 T€	%	Veränderung zum Vorjahr T€
Umsatzerlöse	2.023	100,00	1.425	100,00	599
+/- Bestandsveränderungen	0	0,00	0	0,00	0
= Gesamtleistung	**2.023**	**100,00**	**1.425**	**100,00**	**599**
+ sonstige betriebliche Erträge	34	1,66	30	2,11	3
- Materialaufwand	0	0,00	0	0,00	0
- Personalaufwand	1.773	87,61	1.207	84,69	566
- Abschreibungen	10	0,51	22	1,53	-11
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	292	14,41	158	11,09	0
= Betriebsergebnis	**-18**	**-0,87**	**69**	**4,83**	**-86**
+/- Beteiligungs-/Finanzergebnis	0	0,00	0	0,00	0
= Ergebnis vor Steuern	**-17**	**-0,86**	**69**	**4,83**	**-86**
+/- außerordentliches Ergebnis	0	0,00	0	0,00	0
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0,00	0	0,00	0
+ Gesellschafterzuschüsse	0	0,00	0	0,00	0
= Jahresergebnis	**-18**	**-0,88**	**68**	**4,80**	**-86**

Chancen und Risikobericht

Finanziell und ergebnistechnisch konnte sich die SPRUNGbrett gGmbH während des Berichtszeitraums 2024 nicht stabil halten. Die weitere finanzielle Stabilität wird davon abhängen, inwieweit die öffentlichen Auftraggeber die qualitativ hochwertige Arbeit von der SPRUNGbrett gGmbH kostendeckend entgelten

Prognosebericht

Für das Jahr 2025 wird wieder mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

3.4.6.6 RMK-Service GmbH

Firmensitz:
Mauerfeldchen 25
52146 Würselen

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 12048
Gründungsdatum: 18.08.2003
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: - / 50% / 50%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

W+ST Kessler & Partner Steuerberatungsgesellschaft mbH

Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung (AO). Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Berufsbildung, des Wohlfahrtswesens sowie die selbstlose Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne des § 53 Nr. 1 AO, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustands auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Die Gesellschaft verwirklicht die in Absatz 2 genannten Zwecke auch im Rahmen eines planmäßigen Zusammenwirkens mit weiteren steuerbegünstigten Körperschaften, die die Voraussetzungen der §§ 51 bis 68 AO erfüllen, durch das Erbringen oder die Inanspruchnahme von Leistungen, insbesondere von Dienstleistungen aller Art, durch Nutzungsüberlassungen, durch Lieferungen oder durch Personaldienstleistungen. Zu den vorgenannten Leistungen gehören Geschäftsführungs- und Managementdienstleistungen sowie Beratungsleistungen von Krankenhausgesellschaften und anderen in der Gesundheitsbranche tätigen Dienstleistungsgesellschaften, an denen die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See mit mindestens 50 % der Gesellschaftsanteile beteiligt ist, Verwaltungsdienstleistungen, zentrale Service- und IT-Leistungen, Einkaufs- und Logistikleistungen, Speisenversorgung, Reinigungsleistungen, Verpachtungsleistungen und Personaldienstleistungen im Bereich der Personalverwaltung und der Finanzbuchhaltung.

Das planmäßige Zusammenwirken erfolgt mit den zum Unternehmensverbund um die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See gehörenden Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, die die Voraussetzungen der §§ 51 bis 68 AO erfüllen, dazu gehören derzeit die folgenden Körperschaften:

- Knappschaft Kliniken GmbH

- Knappschaft Kliniken Service GmbH

- Rhein-Maas Klinikum GmbH

Die konkreten Leistungsbeziehungen regelt die beigefügte Anlage zu § 2 Abs. 3.

Der Gesellschaftszweck kann gemäß § 58 Nr. 1 AO auch verwirklicht werden durch die Weitergabe bzw. Zuwendung eigener Mittel zur Förderung der in der Abgabenordnung genannten steuerbegünstigten Zwecke, soweit diese durch andere steuerbegünstigte Körperschaften oder durch Körperschaften des öffentlichen Rechts verfolgt werden. Die Förderung kann auch durch die vergünstigte Überlassung von Gütern und Leistungen an andere steuerbegünstigte Körperschaften für deren steuerbegünstigte Zwecke erfolgen. Diese haben die ihnen zugewandten Mittel ausschließlich und unmittelbar für ihre steuerbegünstigten Zwecke zu verwenden.

Die Gesellschaft ist zu Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Geschäftszwecks notwendig oder nützlich erscheinen und nach Maßgabe der für den Gesellschafter geltenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind. Sie dient der Aufgabenstellung des beteiligten Sozialversicherungsträgers (§§ 30, 85 SGB IV, § 140 SGB V).

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen, die dem vorgenannten Zwecke dienen, zu beteiligen und deren Geschäftsführung zu übernehmen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die RMK-Service GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der Rhein-Maas Klinikum GmbH. Sie erbringt Serviceleistungen in den Bereichen Reinigung, Küche, Betrieb des Bistros und textile Versorgung.

Kapital

Stammkapital	25.000 €; 0 Stimmen

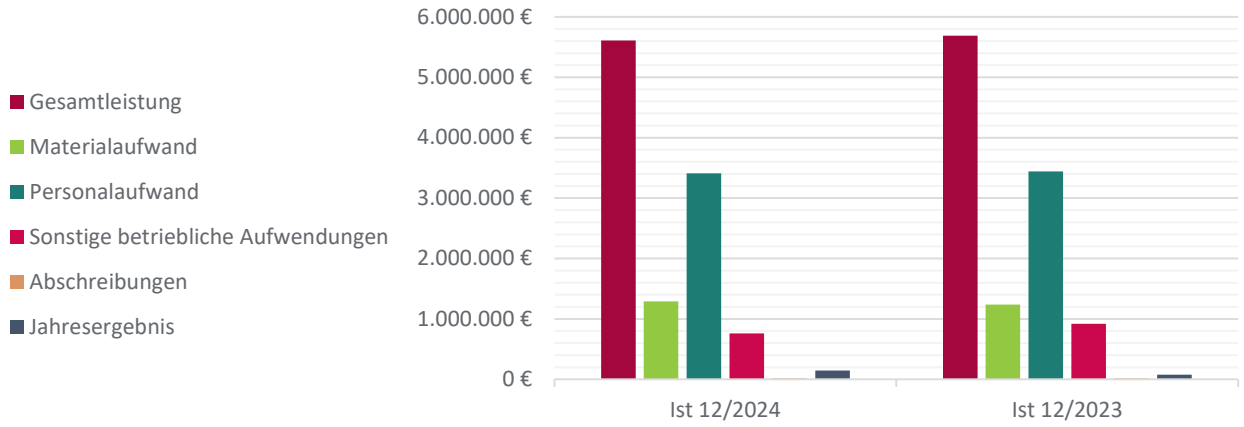
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Rhein-Maas Klinikum GmbH	25.000,00 €	100,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

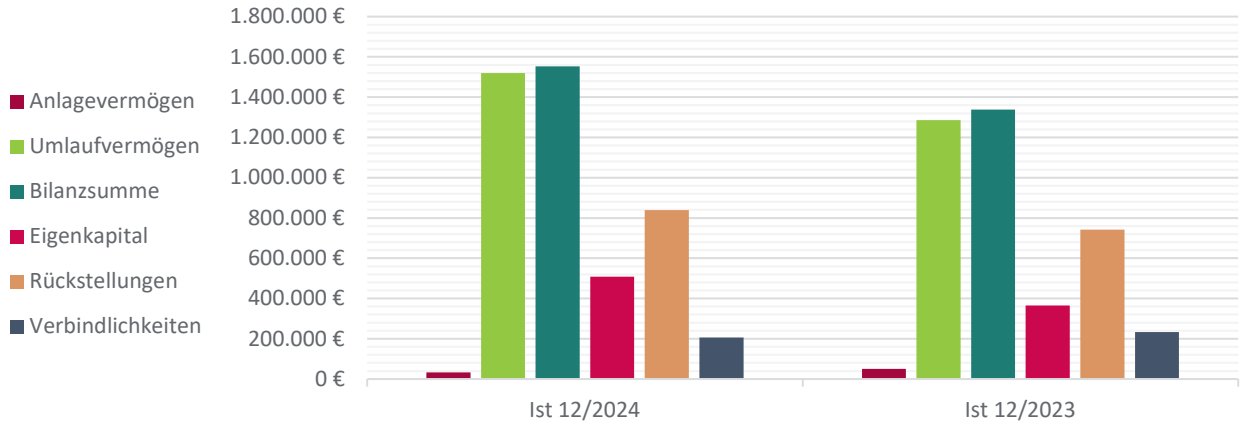


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	5.421.301,06	5.458.487,47	-37.186,41
Sonstige betriebliche Erträge	187.395,97	232.674,55	-45.278,58
Gesamtleistung	5.608.697,03	5.691.162,02	-82.464,99
Materialaufwand	1.292.597,31	1.236.310,58	56.286,73
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.292.597,31	1.236.310,58	56.286,73
Rohergebnis	4.316.099,72	4.454.851,44	-138.751,72
Personalaufwand	3.408.713,24	3.439.902,65	-31.189,41
dar.: Löhne und Gehälter	2.749.102,70	2.808.599,84	-59.497,14
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	659.610,54	631.302,81	28.307,73
Sonstige betriebliche Aufwendungen	760.492,97	921.052,56	-160.559,59
EBITDA	146.893,51	93.896,23	52.997,28
Abschreibungen	17.855,87	17.518,15	337,72
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	17.855,87	17.518,15	337,72
EBIT	129.037,64	76.378,08	52.659,56
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.419,68	-	14.419,68

EBT	143.457,32	76.378,08	67.079,24
Steuern vom Einkommen und Ertrag	262,11	-	262,11
Ergebnis nach Steuern	143.195,21	76.378,08	66.817,13
Jahresergebnis	143.195,21	76.378,08	66.817,13

Bilanz

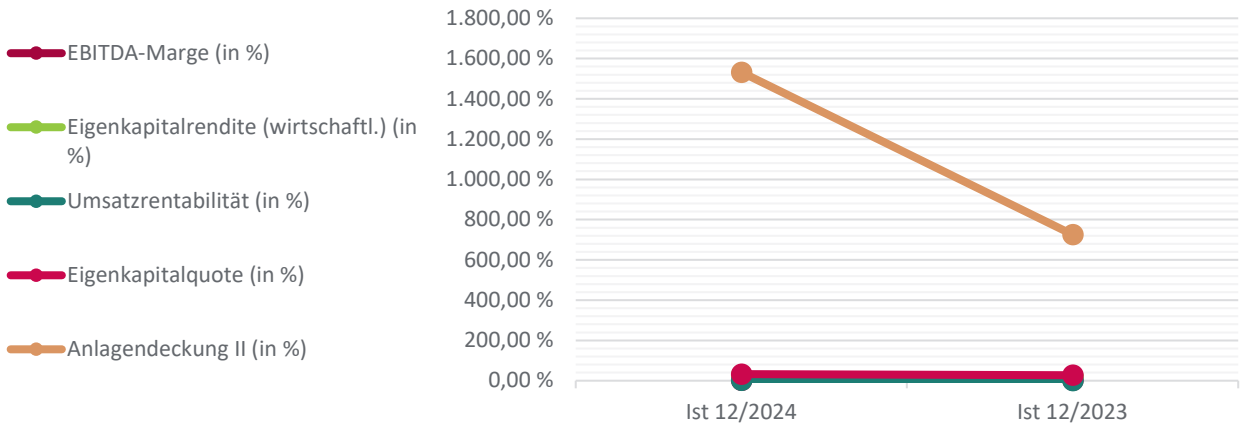


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	33.146,00	50.274,00	-17.128,00
Sachanlagen	33.146,00	50.274,00	-17.128,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.146,00	50.274,00	-17.128,00
Umlaufvermögen	1.519.596,26	1.285.942,48	233.653,78
Vorräte	48.214,15	54.357,05	-6.142,90
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	48.214,15	54.357,05	-6.142,90
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	817.807,61	1.043.138,66	-225.331,05
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21.916,06	15.571,93	6.344,13
Forderungen gegen Gesellschafter	748.361,32	947.702,95	-199.341,63
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	47.530,23	79.863,78	-32.333,55
Kasse, Bankguthaben, Schecks	653.574,50	188.446,77	465.127,73
Rechnungsabgrenzungsposten	-	2.614,43	-2.614,43
Bilanzsumme	1.552.742,26	1.338.830,91	213.911,35
Passiva			
Eigenkapital	507.928,92	364.733,71	143.195,21
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	339.733,71	263.355,63	76.378,08
Jahresergebnis	143.195,21	76.378,08	66.817,13
Rückstellungen	838.337,87	741.434,25	96.903,62
Steuerrückstellungen	-	1.978,13	-1.978,13
sonstige Rückstellungen	838.337,87	739.456,12	98.881,75
Verbindlichkeiten	206.475,47	232.662,95	-26.187,48
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	81.894,43	101.156,14	-19.261,71

Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	63.789,85	84.317,88	-20.528,03
Sonstige Verbindlichkeiten	60.791,19	47.188,93	13.602,26
Bilanzsumme	1.552.742,26	1.338.830,91	213.911,35

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	2,7	1,7	1,0
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	28,2	20,9	7,3
Umsatzrentabilität (in %)	2,6	1,4	1,2
Eigenkapitalquote (in %)	32,7	27,2	5,5
Anlagendeckung II (in %)	1.532,4	725,5	806,9

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	106	109	-3
Verschuldungsgrad (in %)	205,7	267,1	-61,4

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Dirk Offermann (ab 21.11.2024)

Herr Jonas Wintz (bis 20.11.2024)

Prokurist/-in

Herr Stefan Kück (ab 25.06.2024)

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Friedhelm Krämer (SPD)	StädteRegion Aachen
Frau Birgit Nolte	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Peter Timmermanns (CDU)	StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 6 Mitgliedern 1 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 16,70 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

Mit Eintragung der Firma im vom Amtsgericht Aachen geführten Handelsregister (HRB 12048) nahm die Gesellschaft am 18.08.2003 ihre operative Geschäftstätigkeit auf und wurde am 31.08.2017 zur RMK-Service GmbH umfirmiert (vorher MZ-Service-GmbH). Hauptzweck des Unternehmens ist die Erbringung von Serviceleistungen aller Art für die Gesellschafterin Rhein-Maas Klinikum GmbH („RMK GmbH“) und anderen mit ihr verbundenen Unternehmen.

Die Entwicklung der Gesellschaft verlief im operativen Bereich seit diesem Zeitpunkt planmäßig und entsprechend den Vorgaben der Gesellschafterversammlung bzw. des Aufsichtsrates.

Die für die Gesellschaftstätigkeit der Gesellschaft erforderlichen Verträge und Vereinbarungen, insbesondere mit der RMK GmbH, wurden form- und fristgerecht geschlossen.

Zu den wesentlichen Verträgen zwischen der Gesellschaft und der RMK GmbH gehören:

1. Rahmenleistungsvereinbarung im Gemeinschaftsbetrieb
2. Führungsvereinbarung im Gemeinschaftsbetrieb
3. Leistungsvereinbarung im Gemeinschaftsbetrieb
4. Pachtvertrag Küche
5. Pachtvertrag Cantina inkl. Nachtrag
6. Pachtvertrag Café Karl inkl. Nachtrag

Mit Datum 05.03.2024 wurden neue Verträge zwischen der RMK-Service GmbH und der RMK GmbH geschlossen:

Die neue „Rahmenleistungsvereinbarung im Gemeinschaftsbetrieb“ regelt die krankenhausspezifischen Serviceleistungen, die die RMK-Service GmbH im gemeinsamen Betrieb mit der RMK GmbH erbringt. Diese Vereinbarung ersetzt die bisherigen Dienstleistungsverträge „Dienstleistungsvertrag für den Verpflegungsbereich vom 03.03.2004“ sowie der „Ergänzung zum Dienstleistungsvertrag für den Bereich Verpflegung vom 03.07.2013“, „Dienstleistungsvertrag für den Reinigungsbereich vom 03.03.2004“ und den „Rahmendienstleistungsvertrag vom 02.05.2005 nebst Anlage“.

Die neue „Führungsvereinbarung im Gemeinschaftsbetrieb“ regelt die Übernahme der Personalführung und das Personalmanagement durch die bei der RMK GmbH angesiedelten Personalabteilung für die Mitarbeiter beider Unternehmen. Diese Vereinbarung ersetzt die bisherige Führungsvereinbarung vom 06.10.2017 mit Wirkung zum 01.09.2023.

Die neue „Leistungsvereinbarung im Gemeinschaftsbetrieb“ regelt die spezifischen Leistungen, die die RMK GmbH im gemeinsamen Betrieb für die RMK-Service erbringt. Die Vereinbarung ersetzt mit Wirkung zum 01.01.2024 die zwischen der RMK-Service GmbH und der Rhein Maas Klinikum GmbH bestehenden „Geschäftsbesorgungsvertrag vom 18.03.2013“ sowie die „Vereinbarung zum Personal vom 30.03.2004“. Der „Dienstleistungsvertrag für den Hol- und Bringedienst vom 30.03.2004 wurde mit Wirkung 31.12.2023 am 05.03.2024 aufgehoben.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist als Service GmbH der Alleingesellschafterin Rhein-Maas Klinikum GmbH, abhängig von deren Entwicklung. Sie ist somit mittelbar abhängig von der Entwicklung des Krankenhausmarktes im Allgemeinen und im Speziellen in der Region Aachen.

II. Lage der Gesellschaft

Die RMK-Service GmbH erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss in Höhe von 143 TEUR. Das im Vorjahr erzielte Ergebnis von 76 TEUR wurde insoweit überschritten.

Im Bereich des operativen Geschäftes der RMK-Service GmbH verlief das Geschäftsjahr erfolgreich. Die Umsatzerlöse inklusive der sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr von 5.691 TEUR auf 5.608 TEUR leicht gesunken. In 2024 sind die Erlöse aus Speisenversorgung um 150 TEUR gestiegen, ebenfalls konnten die Erlöse aus Reinigungsdienstleistungen um 253 TEUR gesteigert werden. Im gleichen Zeitraum sind die Lebensmittelaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 100 TEUR gestiegen. Die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Geschäftsergebnis des Vorjahres um -31 TEUR gesunken.

Die Instandhaltungen sind gegenüber dem Vorjahresergebnis um 1 TEUR gestiegen, der Wirtschaftsbedarf um -59 TEUR gesunken. Die Sonstigen Aufwendungen konnten aufgrund der geringeren Nebenkosten auf -115 TEUR abgesenkt werden.

II.I Analyse der Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2024 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2023 gegenübergestellt.

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen:

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Vermögensstruktur	33	2,1	50	3,7	-17	34,0
Langfristig gebundenes Vermögen						
Anlagevermögen						
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.520	97,9	1.289	96,3	231	17,9
Umlaufvermögen						
Gesamtvermögen	1.553	100,0	1.339	100,0	214	15,9
Summe Aktiva	1.553	100,0	1.339	100,0	214	15,9

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Kapitalstruktur Langfristig verfügbares Kapital Eigenkapital	508	32,7	364	27,2	144	39,6
Langfristig verfügbares Kapital Fremdkapital	555	35,7	514	38,4	41	8,0
Kurzfristig verfügbares Kapital Fremdkapital	490	31,6	461	34,4	29	6,3
Gesamtkapital	1.553	100,0	1.339	100,0	214	15,9
Summe Passiva	1.553	100,0	1.339	100,0	214	15,9

II.II Analyse der Ertragslage

Die Umsatzerlöse inklusive der sonstigen betrieblichen Erträge sind im Berichtsjahr 2024 von 5.691 TEUR auf 5.608 TEUR leicht gesunken. Dabei setzte sich der Umsatz wie folgt zusammen:

Speisenversorgung	TEUR	2.239
Reinigung	TEUR	2.122
Sonstige Dienstleistungen	TEUR	1.057
Sonstige betriebliche Erträge	TEUR	190
Gesamt	TEUR	5.608

Die Reduzierung des Umsatzes von insgesamt -83 TEUR (= 1,46 %) resultiert überwiegend aus den geringeren Erlösen aus Vermietung und Verpachtung -80 TEUR, sowie aus den Sonstigen Dienstleistungen -420 TEUR gesteigerten Erlösen aus Speiseversorgung 150 TEUR und Reinigungsdienstleistungen 253 TEUR. Die Cafeteriaerlöse konnten ebenfalls um 58 TEUR gesteigert werden.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um -31 TEUR gesunken. Ursächlich hierfür ist die Absenkung der Kosten beim Wirtschafts- und Versorgungsdienst um -115 TEUR, sowie beim Verwaltungsdienst um -83 TEUR. Beim Pflegedienst wurden ebenfalls die Kosten um -49 TEUR vermindert, beim Med. Techn. Dienst um -2 TEUR.

Beim Klinischen Hauspersonal sind die Kosten um 219 TEUR gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das erzielte Jahresergebnis liegt mit 143 TEUR um rd. 63 TEUR unter dem Wirtschaftsplan 2024.

Der Ansatz im Wirtschaftsplan wurde bei den Erträgen aus Speisenversorgung um 153 TEUR, bei den Erträgen aus Sonstigen Dienstleistungen um 117 TEUR überschritten. Bei den Erträgen aus Reinigungsdienstleistungen wurde der Ansatz um -108 TEUR unterschritten und bei den Sonstigen Erlösen um -68 TEUR. Dem gegenüber stehen Erlössteigerungen im Bereich Vermietung und Verpachtung in Höhe von 39 TEUR, sowie Cafeteriaerlöse in Höhe von 28 TEUR.

Korrespondierend mit den Erlösrückgängen ergeben sich im Lebensmittelbereich geringe Aufwendungen in Höhe von 21 TEUR. Die Personalaufwendungen überschreiten den Planansatz um rd. 60 TEUR. Dies betrifft in erster Linie den Wirtschaft- und Versorgungsdienst (+68 TEUR), den Pflegedienst (+44 TEUR), sowie den Med. Techn. Dienst (+43 TEUR).

Der Verwaltungsdienst steigt um 12 TEUR gegenüber dem Planansatz. Die Aufwendungen für das klinische Hauspersonal unterschritten den Planansatz um -107 TEUR.

II.III Analyse der Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage im Berichtsjahr wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) erstellt:

		WJ 2024 TEUR
	Periodenergebnis	**143**
+	Abschreibungen	**18**
+/-	Zu-/ Abnahme der Rückstellungen	**96**
-/+	Zu-/ Abnahme der Vorräte	**6**
-/+	Zu-/ Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistungen (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	**-6**
-/+	Zu-/ Abnahme der Forderungen gegen Gesellschafter/Sonstige	**234**
+/-	Zu-/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	**20**
+/-	Zu-/ Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter und Sonstigen Verbindlichkeiten (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	**-7**
-/+	Zu-/ Abnahme des Rechnungsabgrenzungsposten	**3**
=	**Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (I.)**	**467**
-	Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	**-1**
=	**Cashflow auf der Investitionstätigkeit (II.)**	**-1**
-	Einzahlungen aus Mittelzufluss der Gesellschafter (rollierender Vorschuss)	**0**
=	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (III.)**	**0**
	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Saldo aus I. bis III.)	**466**
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	**188**
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**654**

II.IV Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung einiger wesentlicher Kennzahlen im Verlauf der letzten 5 Geschäftsjahre:

		31.12.2020	**31.12.2021**	**31.12.2022**	**31.12.2023**	**31.12.2024**
	Anlagenintensität (in %)					
=	Anlagevermögen / Gesamtkapital	2,3	3,4	4,4	3,8	2,1
	Eigenkapitalquote (in %)					
=	Eigenkapital / Gesamtkapital	15,7	22,7	24,3	27,2	32,7
	Liquidität (in %)					
	1. Grades					
=	liquide Mittel / kurzfr. Verbindlichkeiten	92,7	121,8	35	19,4	62,6
	3. Grades					
=	liqu. Mittel + Ford. + RAP / kurzfr. Verbindlichkeiten	97,4	125	126	132	145,4
	Working Capital (in T€)					
=	Umlaufvermögen-kurzfr. FK	116	189	237	312	474,8
	Umsatzrentabilität (in %)					
=	Betriebsergebnis / Umsatzerlöse	1,8	2,8	1,4	1,4	2,6

C. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft

Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Jahren kann unter der Annahme von stabilen externen Faktoren von einer Fortführung und weiterhin positiven Entwicklung der Gesellschaft ausgegangen werden.

Der Wirtschaftsplan 2024 prognostiziert einen Jahresüberschuss in Höhe von 55 TEUR und bestätigt damit die positive Einschätzung.

Im Jahr 2022 hat die Gesellschaft das Cafeteria-Geschäft im Krankenhaus selbständig übernommen. Im Verlauf des Jahres 2025 kann es aufgrund anstehender Baumaßnahmen zu temporären Beeinträchtigungen im Bereich des Patienten-Cafés kommen. Wesentliche Umsatzeinbußen werden hier nicht erwartet.

Derzeit sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar. Eine mögliche Gefährdung des Unternehmens kann zum Beispiel durch Streikmaßnahmen oder ähnliche wesentliche Beeinträchtigungen eintreten. Unter der Voraussetzung, dass solche negativen Ereignisse die RMK-Service GmbH nicht treffen werden, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Gesellschaft im kommenden Jahr weiterhin positiv entwickeln wird.



Beschäftigung
Qualifizierung
Dienstleistung

3.4.7.1 regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh

Firmensitz:
Lombardenstraße 24
52070 Aachen
Tel.: 0241 41359-0
Webseite: https://www.regioit.de/

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 552
Gründungsdatum: 03.08.1967
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Mittelgroße Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten
Nominal: 10,09% / 0% / 10,09%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

PKF Fasselt Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio IT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Kapital

Stammkapital	1.500.001 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen	564.624,00 €	37,64 %
civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	269.977,00 €	18,00 %
INFOKOM Gütersloh - Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	193.184,00 €	12,88 %
Stadt Aachen	151.340,00 €	10,09 %
StädteRegion Aachen	151.340,00 €	10,09 %
regio IT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	15.000,00 €	1,00 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	12.878,00 €	0,86 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	12.878,00 €	0,86 %
Gemeinde Roetgen	12.878,00 €	0,86 %

Gemeinde Simmerath	12.878,00 €	0,86 %
Kupferstadt Stolberg	12.878,00 €	0,86 %
Stadt Alsdorf	12.878,00 €	0,86 %
Stadt Baesweiler	12.878,00 €	0,86 %
Stadt Düren	12.878,00 €	0,86 %
Stadt Eschweiler	12.878,00 €	0,86 %
Stadt Herzogenrath	12.878,00 €	0,86 %
Stadt Monschau	12.878,00 €	0,86 %
Stadt Würselen	12.878,00 €	0,86 %

Beteiligungen

votegroup GmbH	17.500,00 €	70,00 %
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH	15.600,00 €	60,00 %
nextgov iT GmbH	60.000,00 €	60,00 %
Better Mobility GmbH	12.375,00 €	49,50 %
Telecomputer GmbH	2.000,00 €	4,00 %
PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	4.008,00 €	0,20 %

Verbundene Unternehmen

votegroup GmbH
70,00%

cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH
60,00%

nextgov iT GmbH
60,00%

Assoziierte Unternehmen und Beteiligungen

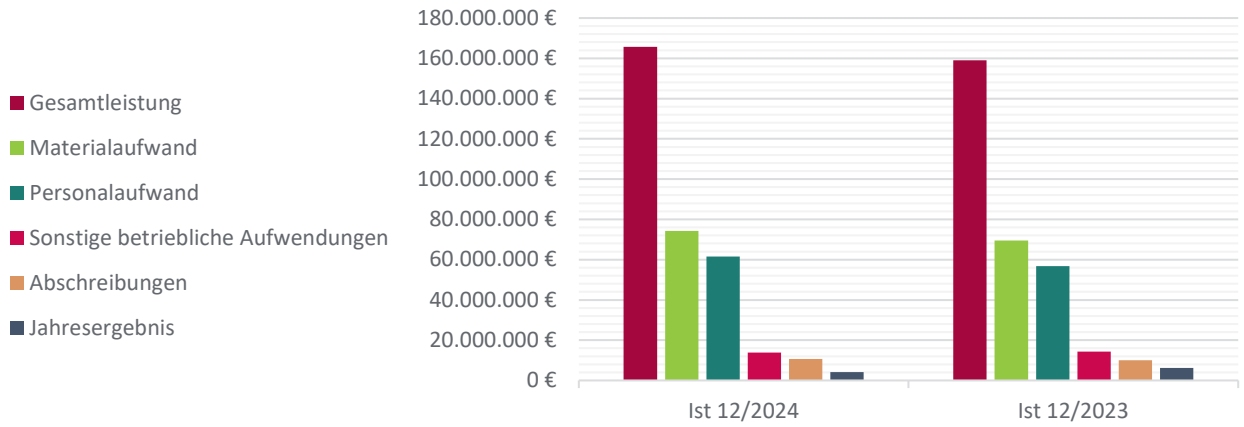
Better Mobility GmbH
49,50%

Telecomputer GmbH
4,00%

PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH
0,20%

Finanzdaten

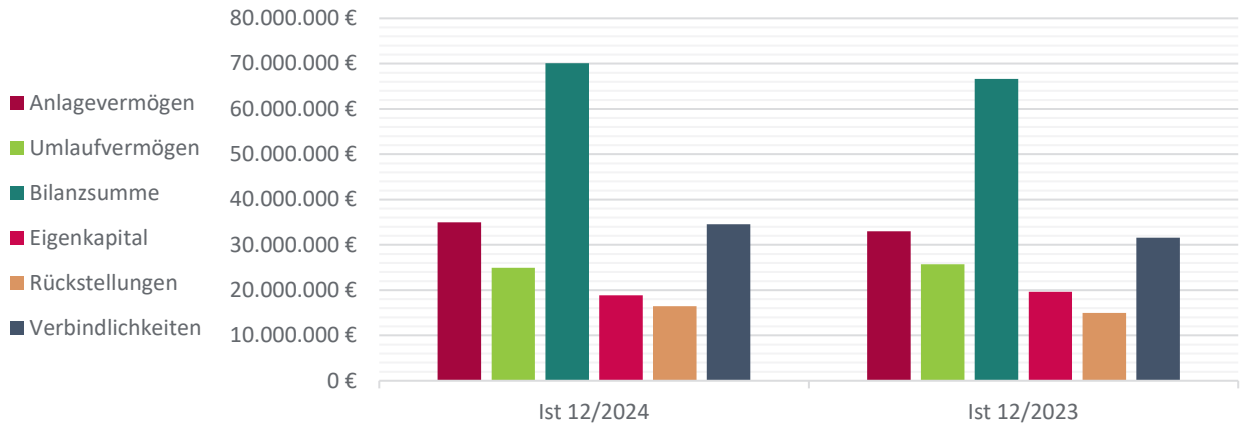
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	164.973.119,77	155.332.865,12	9.640.254,65
Bestandsveränderungen	-344.776,00	344.776,00	-689.552,00
Andere aktivierte Eigenleistungen	34.714,00	537.296,00	-502.582,00
Sonstige betriebliche Erträge	1.048.904,05	2.804.029,95	-1.755.125,90
Gesamtleistung	165.711.961,82	159.018.967,07	6.692.994,75
Materialaufwand	74.333.567,31	69.560.376,44	4.773.190,87
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	23.137.624,75	20.771.943,06	2.365.681,69
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	51.195.942,56	48.788.433,38	2.407.509,18
Rohergebnis	91.378.394,51	89.458.590,63	1.919.803,88
Personalaufwand	61.540.621,29	56.711.269,43	4.829.351,86
dar.: Löhne und Gehälter	49.031.301,79	45.747.684,94	3.283.616,85
dar.: soziale Abgaben	12.509.319,50	10.963.584,49	1.545.735,01
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.848.784,42	14.281.245,41	-432.460,99
EBITDA	15.988.988,80	18.466.075,79	-2.477.086,99
Abschreibungen	10.670.236,32	10.076.196,64	594.039,68
EBIT	5.318.752,48	8.389.879,15	-3.071.126,67
Erträge aus Beteiligungen	1.181.539,61	557.978,30	623.561,31
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	36.907,18	13.098,84	23.808,34
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	767.767,40	469.705,76	298.061,64
EBT	5.769.431,87	8.491.250,53	-2.721.818,66
Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.647.260,25	2.339.737,96	-692.477,71
Ergebnis nach Steuern	4.122.171,62	6.151.512,57	-2.029.340,95
Sonstige Steuern	27.628,48	3.810,36	23.818,12
Jahresergebnis	4.094.543,14	6.147.702,21	-2.053.159,07

Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	34.993.507,59	32.973.963,34	2.019.544,25
Immaterielle Vermögensgegenstände	11.563.487,05	12.611.597,36	-1.048.110,31
Selbst geschaffene Lizenzen und Rechte	3.764.106,00	4.122.363,00	-358.257,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	6.458.550,00	6.343.823,00	114.727,00
Geschäfts- oder Firmenwert	1.000.000,00	1.200.000,00	-200.000,00
Geleistete Anzahlungen	340.831,05	945.411,36	-604.580,31
Sachanlagen	19.368.293,98	17.187.759,42	2.180.534,56
Grundstücke und Gebäude	939.417,00	1.146.476,00	-207.059,00
dar.: mit Betriebsbauten	939.417,00	1.146.476,00	-207.059,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.783.267,00	15.129.315,00	1.653.952,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.645.609,98	911.968,42	733.641,56
Finanzanlagen	4.061.726,56	3.174.606,56	887.120,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.631.631,56	2.631.631,56	0,00
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	200.000,00	200.000,00	0,00
Beteiligungen	1.230.095,00	342.975,00	887.120,00
Umlaufvermögen	24.918.473,18	25.708.663,23	-790.190,05
Vorräte	-	344.776,00	-344.776,00
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	-	344.776,00	-344.776,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.534.782,56	25.297.265,27	-762.482,71
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.213.713,38	15.077.003,30	-863.289,92
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	73.463,73	839.172,65	-765.708,92
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	311.394,18	245.301,78	66.092,40
Forderungen gegen Gesellschafter	5.984.275,11	5.004.148,71	980.126,40
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	3.951.936,16	4.131.638,83	-179.702,67
Kasse, Bankguthaben, Schecks	383.690,62	66.621,96	317.068,66
Rechnungsabgrenzungsposten	10.211.426,59	7.919.489,81	2.291.936,78
Bilanzsumme	70.123.407,36	66.602.116,38	3.521.290,98
Passiva			
Eigenkapital	18.834.475,60	19.658.094,23	-823.618,63
Kapitalanteile	1.500.001,00	1.500.001,00	0,00
Kapitalrücklage	3.799.900,00	3.799.900,00	0,00
Gewinnrücklagen	9.440.031,46	8.210.491,02	1.229.540,44
dar.: andere Gewinnrücklagen	9.440.031,46	8.210.491,02	1.229.540,44
Jahresergebnis	4.094.543,14	6.147.702,21	-2.053.159,07
Rückstellungen	16.467.398,14	15.003.710,16	1.463.687,98
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.770.831,00	3.873.505,00	-102.674,00
Steuerrückstellungen	74.795,16	75.039,16	-244,00
sonstige Rückstellungen	12.621.771,98	11.055.166,00	1.566.605,98
Verbindlichkeiten	34.547.981,11	31.567.692,43	2.980.288,68
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	17.120.810,02	18.777.088,29	-1.656.278,27

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.468.057,12	11.323.065,21	4.144.991,91
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	470.225,62	67.282,96	402.942,66
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	63.656,38	19.971,29	43.685,09
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	352,95	-	352,95
Sonstige Verbindlichkeiten	1.424.879,02	1.380.284,68	44.594,34
Rechnungsabgrenzungsposten	57.342,51	114.025,56	-56.683,05
Passive latente Steuern	216.210,00	258.594,00	-42.384,00
Bilanzsumme	70.123.407,36	66.602.116,38	3.521.290,98

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	9,7	11,9	-2,2
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	21,7	31,3	-9,6
Umsatzrentabilität (in %)	2,5	4,0	-1,5
Eigenkapitalquote (in %)	26,9	29,5	-2,6
Anlagendeckung II (in %)	64,6	71,4	-6,8

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	649	615	34
Verschuldungsgrad (in %)	270,9	236,9	34,0

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Dieter Ludwigs
Herr Dr. Stefan Wolf

Prokurist/-in

Frau Ellen Basner (ab 03.12.2024)
Herr Oliver Blanke
Herr Jochen Bordfeld
Herr Ralf Bröxkes
Herr Frank Hamm
Frau Doris Havertz (bis 11.06.2024)
Herr Steffen Koch
Herr Jürgen Kouhl
Herr Thomas Neukirch
Herr Dr. Peter Zink

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Jochen Emonds (CDU)	StädteRegion Aachen
Herr Dr. Michael Ziemons	StädteRegion Aachen

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Frau Ingrid von Morandell (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Frau Ulla Thönnissen (CDU)	

Beirat

Mitglied

Bgm Herr Bernd Goffart (CDU)
Bgm Herr Jorma Klauss (SPD)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 6 Mitgliedern 1 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 16,70 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Die regio iT investiert zudem in Beteiligungen, die als eigenständige Gesellschaft mit weiteren Partnern gemeinsame Kompetenzen bündeln und auf diese Weise zukunftsorientierte Geschäftsfelder und IT-Technologien erschließen.

Die votegroup GmbH, an der die regio iT mehrheitlich beteiligt ist, versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen.

Im Bereich der digitalen Vernetzung von Mobilitätsangeboten ist die regio iT an der Better Mobility GmbH beteiligt.

Im Bereich der digitalen Bildung ist die regio iT mehrheitlich an der cogniport GmbH beteiligt.

Im Bereich „kommunale Serviceportale“ ist die regio iT mehrheitlich an der nextgov iT GmbH beteiligt.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01. Januar 2024 hat die regio iT 4% der Geschäftsanteile an der Telecomputer GmbH mit Sitz in Berlin erworben. Gegenstand des Unternehmens der Telecomputer sind die Konzeption, Entwicklung, Pflege und der Vertrieb von Softwareprodukten für den Bereich des Verkehrswesens (insbesondere Kraftfahrzeugzulassungen und Führerscheinwesen).

Gesellschafterstruktur

Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen die Wachstumsstrategie der Gesellschaft. Die regio iT ist offen für neue Gesellschafter, die ihrerseits ihr Geschäft in die regio iT einbringen. Sie ist willens, sich auch an Unternehmen, die zum Geschäftsfokus der regio iT passen, zu beteiligen.

Somit ergibt sich zum 31. Dezember 2024 folgende Gesellschafterstruktur:

Gesellschafter	Nennbetrag Geschäftsanteil	Quote in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen (E.V.A.)	564.624 €	37,64%
civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	269.977 €	18,00 %
INFOKOM Gütersloh Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	193.184 €	12,88 %
Stadt Aachen	151.340 €	10,09 %
StädteRegion Aachen	151.340 €	10,09 %
regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	15.000 €	1,00 %
Stadt Alsdorf	12.878 €	0,86 %
Stadt Baesweiler	12.878 €	0,86 %

Gesellschafter	Nennbetrag Geschäfts-anteil	Quote in %
Stadt Eschweiler	12.878 €	0,86 %
Stadt Herzogenrath	12.878 €	0,86 %
Stadt Monschau	12.878 €	0,86 %
Gemeinde Roetgen	12.878 €	0,86 %
Gemeinde Simmerath	12.878 €	0,86 %
Kupferstadt Stolberg	12.878 €	0,86 %
Stadt Würselen	12.878 €	0,86 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	12.878 €	0,86 %
Stadt Düren	12.878 €	0,86 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	12.878 €	0,86 %
	1.500.001 €	**100,00 %**

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2024 um 0,2 % gesunken. Die Wirtschaftsleistung sank damit im zweiten Jahr in Folge. Zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein erhöhtes Zinsniveau und unsichere wirtschaftliche Aussichten standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Weg.

Positiver haben sich die Teilmärkte der Digitalbranche entwickelt. Die Umsätze im Informationstechnik-Gesamtmarkt stiegen 2024 von 214,9 (2023) auf 222,7 Mrd. Euro (+3,6 %).

Der für die regio iT wichtige Teilmarkt Informationstechnik ist um 4,8 % gestiegen. Während die Teilmärkte Software (+12,0 %) sowie IT-Services (+3,6 %) ein Wachstum aufwiesen, ist der Teilmarkt IT-Hardware auf Vorjahresniveau. Auch die Anzahl der Beschäftigten in der Informationstechnik ist erneut um 6.700 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2024 ihren Gesamtumsatz entgegen der wirtschaftlichen Lage auf einen Wert i.H.v. 165,0Mio € steigern. Dieses Wachstum führt zu einer neuen Bestmarke für die regio iT.

Nach wie vor sind die Produktlösungen mit einem Umsatzerlös von 116,5 Mio. € Wachstumstreiber der regio iT. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dieses Umsatzsegment einem Zuwachs von 6,5 Mio. € bzw. 5,9 %. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Insbesondere die Mitglieder der Beteiligungsgenossenschaft der regio iT sorgen für stark steigende Umsatzerlöse. An dieser Stelle trägt die Strategie der regio iT Früchte, Kunden zu Gesellschaftern zu machen.

Auch das Projektgeschäft trägt einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der regio iT bei. Mit einem Umsatzvolumen in Höhe von 11,5 Mio. € weisen die Erlöse aus Beratung einen hohen Wert aus. Das Vorjahresniveau von 12,3 Mio. € konnte in diesem Umsatzsegment nicht erreicht werden. Die angespannte Haushaltslage der Kommunen führt zu einem rückläufigen Projektgeschäft.

Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (21,2 Mio. €) konnten mit 26,2 Mio. € übertroffen werden. An dieser Stelle zeigen sich die investiven Maßnahmen seitens der Kunden aufgrund des DigitalPaktes.

Die sonstigen Erträge liegen mit 1,0 Mio. € rund 1,8 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (2,8 Mio. €). Im vergangenen Jahr konnten einmalige Effekte generiert werden. Im wesentlichen wurden Erlöse aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen an den Tochtergesellschaften votegroup GmbH und cogniport GmbH erzielt, welche den jeweiligen Buchwert überschritten.

Korrespondierend mit den gestiegenen Umsätzen weist auch der Materialaufwand einen Anstieg auf. Mit 74,3 Mio. € liegt dieser 4,8 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Die Fremdlieferungen entwickeln sich analog den Umsätzen aus Handels- und Leasinggeschäften, da dieses Kostensegment in unmittelbarer Korrelation zu diesem Umsatzsegment steht. Ähnliches gilt für die Entwicklung der Wartungskosten. Aufgrund der gestiegenen Produkterlöse werden im Zuge der Leistungserbringung vermehrt Wartung und Subskription eingekauft.

In der Folge konnte das Rohergebnis von 89,5 Mio. € auf 91,4 Mio. € gesteigert werden. Die Rohertragsquote im Verhältnis zum Gesamtumsatz beläuft sich auf 55,4 %.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten. Diese belaufen sich auf 61,5 Mio. € (Vorjahr: 56,7 Mio. €) für das Geschäftsjahr 2024. Ausschlaggebend ist der Aufbau von Mitarbeitenden. Zum 31. Dezember 2024 waren bei der regio iT 729 Mitarbeitende (Vorjahr: 697), davon 48 Auszubildende (Vorjahr: 55) beschäftigt. Darüber hinaus führten die tarifvertraglichen geltenden Entgelterhöhungen zu steigenden Personalkosten. Mit Wirkung zum 01.03.2024 erfolgte eine monatliche Tarifsteigerung von 220 € zzgl. 5,5 %. Die Personalkostenintensität (Personalkosten in % vom Umsatz) liegt bei 37,3%.

Die Abschreibungen liegen aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 10,7 Mio. € über dem Vorjahreswert (10,1 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 13,8 Mio. € über dem Vorjahresniveau (14,3 Mio. €).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 5,3 Mio. € ist zwar im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Dies ist insbesondere aufgrund der Einmaleffekte in den sonstigen Erträgen durch den Verkauf der Geschäftsanteile 2023 sowie der deutlich gestiegenen Tariferhöhung zu erklären

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €).

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente.

Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 91,4 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr: 89,5 Mio. €). Die Rohertragsquote (Rohertrag im Verhältnis zum Gesamtumsatz) liegt in 2024 stabil bei 55,4 % (Vorjahreszeitraum: 57,6 %).

Der Anteil der Beratungsumsätze im Verhältnis zum Gesamtumsatz beträgt 7,0 %. Dies entspricht einen relativen Rückgang von 0,9 %-Punkten zum Vorjahr (7,9 %).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) regelmäßig von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits ISO 9001 und ISO 27001 fanden auch im Berichtsjahr 2024 statt.

Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2026 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2023 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2026 zu führen.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss der regio iT liegt im Betrachtungszeitraum bei 4,1 Mio. €. Dies ist zwar im Vergleich zum Vorjahr ein rückläufiges Ergebnis. Insgesamt betrachtet kann die Ertragslage der regio iT als stabil bezeichnet werden.

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2024 betrug die Bilanzsumme 70,1 Mio. € (Vorjahr: 66,6 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Finanz- und Sachanlagen bei 12,7 Mio. € (Vorjahr: 13,8 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2024 betrug der Anlagendeckungsgrad 1 53,8 %, und die Eigenkapitalquote 26,9 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 29,5 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 17,1 Mio. € (Vorjahr: 18,8 Mio. €).

Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung wird folgendes festgestellt: Die regio iT ist im Berichtsjahr ihren satzungsgemäßen Aufgaben, bestehend aus der Erbringung von IT-Dienstleistungen für alle hierfür geeigneten kommunalen Aufgaben, nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

Zusammenfassung

Der Geschäftsverlauf des Berichtsjahres 2024 kann unter herausfordernden Rahmenbedingungen als stabil bewertet werden. Trotz des rückläufigen Ergebnisses kann ein Gewinn nach Steuern in Höhe von 4,1 Mio. € ausgewiesen werden.

Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen.

Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 232,9 Milliarden Euro und einer Wachstumsrate von 4,6% wird trotz der weltweiten Krisen auch für das Jahr 2025 von einer sehr positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Dies bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2024/2025 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2025 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €):

Finanzielle Leistungsindikatoren	2024 Ist	2025 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	165,0	164,9	-0,1	-0,1 %
davon				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	116,5	119,5	3,0	2,6 %
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung				
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft				
	11,5	12,3	0,8	7,0 %
	26,2	21,4	-4,8	-18,3 %
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	7,0 %	7,5 %	-	-
Rohergebnis	91,4	96,3	4,9	5,4 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,8	4,2	-1,6	-27,6 %
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	3,5 %	2,6 %	-	-

Für das Geschäftsjahr 2025 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 119,5 Mio. € eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 12,3 Mio. € weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 21,4 Mio. € nach wie vor auf hohem Niveau liegen werden. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Risiken entgegen, da die gesamtwirtschaftliche Lage negativen Einfluss auf finanzielle Spielräume der Kommunen haben könnte.

Nach wie vor verbleibt das Risiko, dass mit deutlich höheren Preissteigerungen seitens der Hersteller zu kalkulieren ist. Trotz rückläufiger Inflationsrate wirken sich die gestiegenen Preise auf die Kostensituation der regio iT aus. Zudem wird für 2025 mit Personalkosten in Höhe von 66,4 Mio. € gerechnet, was einem Anstieg von 4,9 Mio. € gegenüber 2024 entspricht.

In der Folge erwartet die regio iT für 2025 eine Steigerung des Rohergebnisses von 91,4 Mio. € auf 96,3 Mio. €. Das Ergebnis vor Steuern wird mit 4,2 Mio. € niedriger ausfallen (Vorjahreswert: 5,8 Mio. €). Die regio iT wird die gestiegenen

Kosten Großteils nicht an die Kunden weitergeben, weil die Preise für den Produkt-/Applikationsbetrieb auf mehrere Jahre hinweg fest vereinbart sind. Folglich wird die Kostenentwicklung zu Lasten des Ergebnisses gehen.

Zusammenfassend geht die regio iT weiterhin von einer guten Geschäftsentwicklung für das Jahr 2025 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Erklärung der Geschäftsführung gemäß § 289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Danach müssen unter anderem Gesellschaften, die der unternehmerischen Mitbestimmung (insbesondere nach dem MitbestG oder dem DrittelbG) unterliegen, Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung festlegen. Die Geschäftsführung des Unternehmens besteht zum Bilanzstichtag aus zwei männlichen Geschäftsführern. Für die Laufzeit der Bestellung und der Anstellungsverträge kann diese Quote nicht verändert werden. Der 15-köpfige Aufsichtsrat ist mit 15 Männern besetzt (Frauenquote: 0 %). Da die Aufsichtsräte ihr Mandat bis zur nächsten Kommunalwahl innehaben, ist frühestens Ende 2025 mit einer Änderung zu rechnen. Bei der regio iT besteht die Besonderheit, dass es im technischen Umfeld ausgesprochen schwierig ist, weibliche Führungskräfte zu finden. So weist die 1. Führungsebene unter der Geschäftsführung 1 weibliche Führungskraft und 9 männliche Führungskräfte auf. Die 2. Führungsebene (Center & Stäbe mit Leitungsfunktion) unter der Geschäftsführung besteht zum Bilanzstichtag aus 33 männlichen und 6 weiblichen Führungskräften. Die Frauenquote (1. und 2. Führungsebene) beträgt folglich 14,3 %. Selbstverständlich wird sich die Geschäftsführung dafür einsetzen, Frauen in Führungspositionen zu bringen und wird weiterhin die Förderung von Frauen besonders unterstützen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT ist die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Deren finanzielle Mittel sind in hohem Maße von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Der IT-Markt ist zudem äußerst wettbewerbsintensiv und die IT-Branche ist einem rasanten technologischen Wandel unterworfen. Der herrschende Wettbewerb prägt hinsichtlich hohen Preisdrucks bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an Produkt- und Servicequalität insbesondere den IT-Dienstleistungsbereich. Neue Technologien können sich zudem disruptiv auf das Geschäftsmodell der regio iT auswirken, z.B. wenn Softwarelieferanten durch Cloud-Technologien zu Wettbewerbern werden. Um diesen Risiken zu begegnen, passt die regio iT alle Prozesse sowie das Produktportfolio laufend den Markt-/Kundenanforderungen an. Die regio iT investiert zudem in Forschung & Entwicklung in Themengebiete, die auf Geschäftsfelder mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial ausgerichtet sind (Cloud-Computing, E-Mobilität, Shared-Service-Dienstleistungen, Bildung etc.). In diesem Umfeld beteiligt sich die regio iT regelmäßig an Netzwerken innerhalb von mit Bundes- oder EU-Mitteln geförderten Projekten.

Die Überwachung der Geschäftsentwicklung und der damit einhergehenden Risiken ist wesentlicher Bestandteil des operativen Controllings der regio iT und des Berichtswesens. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die konstante Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Verbindung mit wesentlichen kurzfristigen Vertragskündigungen wird derzeit als gering eingeschätzt.

Die Kunden der regio iT, Kommunen und kommunale Unternehmen, haben hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit und die Verfügbarkeit. Dies gilt auch für die regio iT selbst. Die Anzahl der Cyberangriffe mit Datendiebstahl durch kriminelle Handlungen, Sabotage und Spionage hat auch im Berichtsjahr weltweit weiter zugenommen. Cyberangriffe können zu erheblichen Beeinträchtigungen und negativen Auswirkungen auf die IT-Infrastruktur der regio iT führen. Wahrscheinlichkeit und Ausmaß von Schäden durch externe Angriffe sind allerdings nur sehr schwer abzuschätzen. Im Extremfall können Attacken auf die IT-Systeme zum vollständigen Erliegen von Arbeitsabläufen und Prozessen der regio iT führen. Risiken bestehen auch bei Ausfall der IT-Systeme aufgrund technischer Probleme oder durch sonstige negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Servicemanagement-Prozesse. Weiterhin bestehen Haftungsrisiken aus dem Verstoß gegen nationale und internationale Datenschutzbestimmungen. Um diese Risiken zu minimieren, trifft die regio iT zahlreiche Vorkehrungen. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist ein zentraler Aspekt aller Prozesse der regio iT. So sind die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechend den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 sowie ISO/IEC 20000 zertifiziert. Zudem verfügt die regio iT über ein nach der strengen internationalen Norm ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheits-Managementsystem. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die

getroffenen (Sicherheits-)Maßnahmen keinen hinreichenden Schutz bieten, da sich insbesondere die Szenarien externer Angriffe ständig verändern. Können Beeinträchtigungen der IT-Infrastruktur nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarten Leistungserbringungen dar. In der Folge können durch Ausfälle der IT-Systeme Umsatzeinbußen, Reputationsschäden sowie Zahlungsverpflichtungen aus vertraglichen und/oder gesetzlichen Ansprüchen von Kunden, Vertragspartnern und Behörden entstehen.

Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Projekte der regio iT zeichnen sich oft durch hohe Komplexität bei hohem Zeit- und Kostenaufwand aus. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese aufgrund von negativen Einwirkungen das definierte Projektziel verfehlen. Daher erfolgt vor der Erstellung von Angeboten grundsätzlich eine Vorkalkulation auf Basis definierter kaufmännischer Kennzahlen/Vorgaben (Deckungsbeitrag, Mindestrendite, Kapazität/Mitarbeiteräquivalente) sowie eine Prüfung der technischen und personellen Machbarkeit.

Weiterhin bestehen Risiken aus einer möglichen Verletzung von Schutzrechten Dritter. Dies kann dazu führen, dass Lizenzzahlungen erforderlich sind oder Dritte Ansprüche aus der Verletzung von Schutzrechten gegenüber der regio iT geltend machen.

Eventuellen Vertragsrisiken wird bei der regio iT durch die Verwendung von standardisierten und/oder geprüften Verträgen begegnet. Dies beinhaltet auch den Abgleich der vertraglichen Rahmenbedingungen eines möglichen Vorlieferanten mit den vertraglichen Verpflichtungen, die die regio iT mit ihren Kunden eingeht. Im Rahmen von ASP-Dienstleistungen (Application Service Providing) stellt die regio iT ihren Kunden Softwareprodukte Dritter zur Verfügung. Eine nicht vertragskonforme Erbringung des vertraglich vereinbarten Leistungsniveaus durch den Lieferanten oder dessen Ausfall könnte negative Auswirkungen auf das mit dem Kunden vertraglich vereinbarte Leistungsniveau haben. Zur Minimierung dieses Risikos setzt die regio iT auf ein stringentes Lieferantenmanagement bei wichtigen IT-Produkten. Ein verbleibendes Risiko besteht jedoch darin, dass der Markt für spezialisierte kommunale Anwendungen/Verfahren sehr klein ist und häufig keine adäquaten Alternativen bestehen.

Der Erfolg der regio iT, die zukünftige positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung geschäftlicher Risiken hängt entscheidend vom eigenverantwortlichen Handeln aller Mitarbeitenden nach den definierten und beschriebenen Prozessen ab. Hierzu muss die regio iT hinreichend qualifiziertes Personal aufbauen, gewinnen und halten können. Demzufolge ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen.

Bei der regio iT bestehen in geringem Umfang Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken. Eine Verschlechterung der Geschäftsentwicklung bzw. der Liquidität kann für die regio iT wesentliche und möglicherweise bestandsgefährdende Risiken zur Folge haben. Daher erstellt die regio iT neben der mittelfristigen Finanzplanung auch einen monatlichen Liquiditätsplan mit rollierendem Forecast für 12 Monate.

Störungen innerhalb der bzw. zwischen den am Leistungsprozess der regio iT beteiligten Organisationseinheiten und Teilprozessen könnten zu Problemen bzw. zum Erliegen des Leistungsprozesses führen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher (technischer) Integrität, eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele erreicht werden.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist geprägt von strukturellen Problemen insbesondere Arbeits- und Fachkräftemangel, hohe Bürokratie, Investitionsschwäche, sowohl bei privaten als auch bei öffentlichen Investitionen. Sollte sich in der Folge die gesamtwirtschaftliche Lage und insbesondere die Entwicklung der Digitalbranche entgegen den Prognosen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Risikoberichts deutlich negativer entwickeln, kann dies die genannten Risiken verschärfen. Die regio iT geht dennoch davon aus, solchen Entwicklungen auf Basis des bestehenden Risikomanagements begegnen zu können. Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

3.4.7.2 Studieninstitut für kommunale Verwaltung

Firmensitz:
Leonhardstraße 23-27
52064 Aachen

Rechtsform: KdöR
Gründungsdatum: 01.01.1963
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Datum der aktuellen Satzung: 01.12.2017

Wirtschaftsprüfer/-in

StädteRegion Aachen - A 14 Prüfung und Beratung

Unternehmensgegenstand

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Behörden und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Stadt Aachen, die StädteRegion Aachen sowie die Kreise Düren und Heinsberg bilden einen Zweckverband zur Unterhaltung des "Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen".

Kapital

Stimmrechte	- €; 100 Stimmen

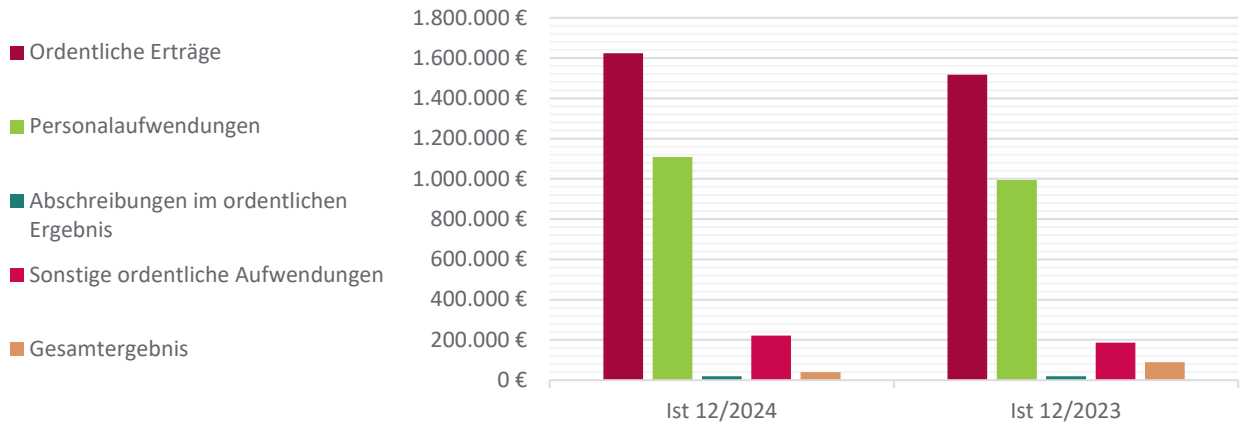
Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder	
Kreis Düren	25 Stimmen
Kreis Heinsberg	25 Stimmen
Stadt Aachen	25 Stimmen
StädteRegion Aachen	25 Stimmen

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

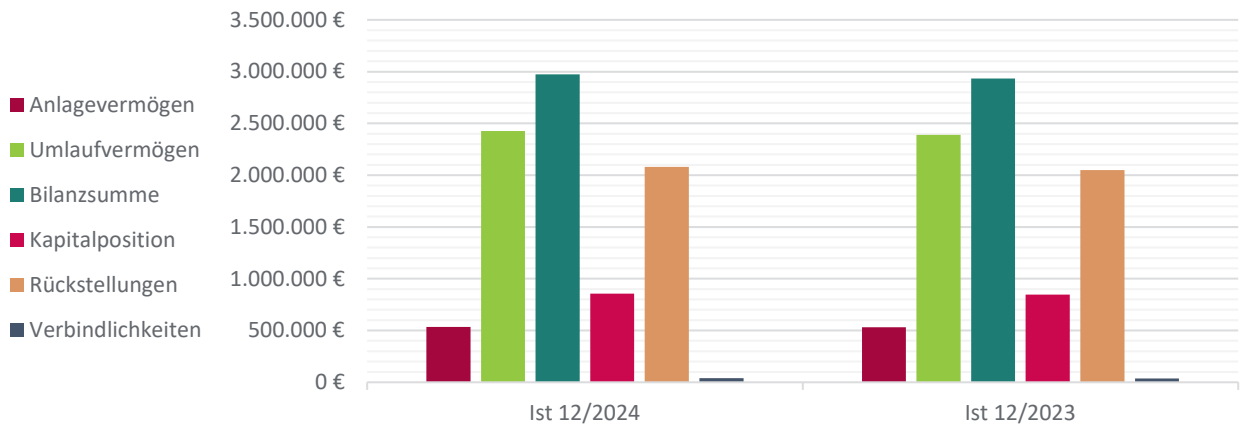
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Zuweisungen und Umlagen nach Arten sowie aufgelöste Sonderposten	64.693,74	32.346,87	32.346,87
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.544.510,50	1.434.917,90	109.592,60
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.888,50	412,97	1.475,53
Zinsen und sonstige Finanzerträge	6.900,19	3.078,24	3.821,95
Sonstige ordentliche Erträge	5.650,76	46.281,90	-40.631,14
Ordentliche Erträge	1.623.643,69	1.517.037,88	106.605,81
Personalaufwendungen	1.108.345,79	993.540,03	114.805,76
Versorgungsaufwendungen	189.640,03	186.246,22	3.393,81
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	43.554,28	41.955,40	1.598,88
Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis	20.291,15	19.849,58	441,57
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-	44,85	-44,85
Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahme	-179,77	-	-179,77
Sonstige ordentliche Aufwendungen	221.788,78	186.663,39	35.125,39
Ordentliche Aufwendungen	1.583.440,26	1.428.299,47	155.140,79
Ordentliches Ergebnis	40.203,43	88.738,41	-48.534,98
Gesamtergebnis	40.203,43	88.738,41	-48.534,98
Verbleibendes Gesamtergebnis	40.203,43	88.738,41	-48.534,98

Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	535.238,07	532.760,72	2.477,35
Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	17.627,20	-17.626,20
Sachanlagevermögen	31.114,14	24.087,09	7.027,05
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere	31.114,14	24.087,09	7.027,05
Finanzanlagevermögen	504.122,93	491.046,43	13.076,50
Ausleihungen	504.122,93	491.046,43	13.076,50
Ausleihungen sonstiger inländischer Bereich	504.122,93	-	504.122,93
Umlaufvermögen	2.427.841,92	2.390.545,97	37.295,95
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	1.949.640,58	1.557.708,56	391.932,02
Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	365.061,76	-	365.061,76
Forderungen aus Transferleistungen	1.584.578,82	1.557.697,56	26.881,26
Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	-	11,00	-11,00
Privatrechtliche Forderungen, Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	277.217,77	-277.217,77
Liquide Mittel	478.201,34	555.619,64	-77.418,30
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	12.029,53	10.501,05	1.528,48
Bilanzsumme	2.975.109,52	2.933.807,74	41.301,78
Passiva			
Kapitalposition	855.543,89	847.687,33	7.856,56
Basiskapital	505.632,61	-	505.632,61
Rücklagen	342.054,72	758.448,92	-416.394,20
dar.: Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses	-	505.632,61	-505.632,61
dar.: zweckgebundene und sonstige Rücklagen	-	252.816,31	-252.816,31
Jahresergebnis	7.856,56	89.238,41	-81.381,85
Rückstellungen	2.081.008,02	2.048.744,00	32.264,02
Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit	-	2.048.744,00	-2.048.744,00
Verbindlichkeiten	38.557,61	37.376,41	1.181,20

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.060,86	30.363,21	-3.302,35
Sonstige Verbindlichkeiten	11.496,75	7.013,20	4.483,55
Bilanzsumme	2.975.109,52	2.933.807,74	41.301,78

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Eigenkapitalquote I (in %)	28,8	28,9	-0,1
Anlagendeckungsgrad (in %)	159,8	159,1	0,7

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	3	6	-3
Verschuldungsgrad (in %)	-	-	-

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung
Verbandsvorsteher/-in
Frau Birgit Nolte

Verbandsversammlung
Mitglied
Frau Birgit Nolte StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Herr Ralf Pütz

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Hierzu wurden seitens des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung keine Angaben gemacht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als

auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Allgemeines

Das Ergebnis der Jahresrechnung des Zweckverbandes als Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen hat folgende Parameter:

o die Menge der durchgeführten Lehrgänge,

o die Anzahl der organisierten Fortbildungsveranstaltungen sowie

o deren Teilnehmerzahlen im genannten Berichtszeitraum und

o die durchgeführten Testfälle und erteilten Testauskünfte aus den Personalausleseverfahren.

Vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Betriebsabläufe alljährlich einer intensiven Betrachtung unterzogen. Die Plandaten beruhen zum einen auf exakten Ermittlungen, zum anderen auf qualifizierten Schätzungen, selbst wenn diese insbesondere von externen Einflüssen abhängig sind. So ist die Einrichtung und Durchführung von Laufbahnlehrgängen für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (vorher mittlerer allgemeinen Verwaltungsdienst) und von Sonderlehrgängen für die dienstbegleitende Unterweisung für Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten von der Zahl der durch die Körperschaften eingestellten Auszubildenden im Verbandsgebiet abhängig.

Diese richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Stellenbedarf und orientiert sich an den Veränderungsprozessen innerhalb der Behörden, die in den letzten Jahren zunehmend durch die Auswirkungen des demographischen Wandels beeinflusst sind. Zudem kommen trotz der strengen Vorgaben durch das Grundgesetz, der Landesverfassung NRW und der Gemeindeordnung NRW alljährlich zusätzliche Aufgaben und finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Seit geraumer Zeit sind Aufgabenzuwächse im Bereich der Leistungsverwaltung zu erkennen, die die Kommunen vermutlich auch in den kommenden Jahren zu überproportionalen Einstellungen im Personalbereich zwingen (u.a. Jobcenter, Ausländerbehörde und kommunale Außendienste). Somit bedingen insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen eine Ausdehnung des Personalkörpers und gelten als Grundlage für die Daseinsfürsorge.

Unabhängig davon unterliegen die Personaletats bei den Kommunen und vor allem die Budgets für Personalentwicklung (Fortbildung) stets den gesetzlichen Vorgaben der wirtschaftlichen Haushaltsführung, wenn nicht gar den Kriterien bestehender Haushaltssicherungskonzepte.

Die Durchführung der Lehrgänge ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulabteilungen. Dabei sind vorrangig die räumlichen und personellen Kapazitäten - unter Berücksichtigung der Ferientermine maximal nutzbare Schultage - zu beachten. Der Bestand der vorhandenen Unterrichtsräume mit ihrer Ausstattung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Summe der jährlichen Unterrichtsstunden und die Menge der durchzuführenden Zwischen- und Abschlussprüfungen. Hier steht das Institut derzeit vor wachsenden Herausforderungen, da es ein starkes Spannungsfeld zwischen Lehrgangsanzahl und adäquaten Räumlichkeiten sowie den nebenamtlichen Lehrenden gibt.

Eine weitere, nur begrenzt belastbare Größe ist der Kader der nebenamtlichen Dozenten, die den Unterricht nur im Konsens mit ihrer Dienststelle oder auch in Abstimmung mit dem Dienstbetrieb erteilen können. Die einzelnen Abteilungen haben sich auch 2024 um neue nebenamtlichen Dozentinnen und Dozenten bemüht. Dies hat zu guten Ergebnissen geführt. Die Anzahl von jungen Dozenten mit fachlich hoher Kompetenz hat zugenommen und wurde im Vergleich zum Vorjahr weiter ausgebaut. Darüber hinaus konkurriert das Studieninstitut auch mit der örtlichen Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung um geeignete Lehrende in Aachen, wenngleich hier zwischen den Institutionen ein sehr vertrauensvoller und umfänglicher Austausch stattfindet. Der Studienleiter hat es sich zur Aufgabe gemacht, insbesondere die Wartezeiten bei den Verwaltungslehrgängen zu minimieren. Dazu ist eine erhebliche Mehrzahl von Dozierenden notwendig und wird auch zukünftig notwendig sein. Neben der Akquise an der Hochschule wurde auch

konkret Mitarbeitende angesprochen, damit dieser Mehrbedarf noch ohne weitere hauptamtliche Kräfte gedeckt werden kann. Weiterhin ist auch zu berücksichtigen, dass alle nebenamtliche Kräfte auch in ihrem originären Tätigkeitsfeld stark beansprucht sind und die Übernahme von gleichzeitigen Kursen nur schwerlich möglich ist. Dies zeigt sich insbesondere an der immer mehr zunehmenden negativen Rückmeldungen aus dem Kreise der Lehrenden zur Übernahme von gleichzeitigen Lehraufträgen.

Der Fortbildungsbedarf der Kommunen richtet sich nach dem Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Sachgebieten. Durch neue oder geänderte Rechtsanwendung, neue Rechtsprechung etc. ergibt sich die Notwendigkeit oder das Interesse, sich fortzubilden. Weiterhin werden vermehrt verwaltungsfremde Mitarbeitende eingestellt, was das Studieninstitut im Schulungsbedarf vor neue Herausforderungen stellt. Auf diese Parameter jedoch kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Der Seminarkalender wird jährlich neu aufgelegt. Dabei stehen Anfragen der Gebietskörperschaften im Vordergrund. Zudem wurde im Jahre 2024 ein Studienprojekt in Abstimmung mit der HSPV NRW durchgeführt, die sich mit einer Analyse des Fortbildungsprogramms beschäftigt hat und damit in vielfältiger Weise konkrete Wünsche der verbandsangehörigen Kommunen ermitteln konnte, die es in den Folgejahren umzusetzen gilt.

Umfangreiche Druckstücke werden aus Kostengründen (Druckkosten, Versand etc.) vermieden. Es bleibt jedoch auch weiterhin das Ziel, Seminarangebote passgenau für die Gebietskörperschaften im Sinne einer markt- und kundengerechten Orientierung zu erarbeiten und aktiv zu bewerben. Kommunen fragen zunehmend nach Inhouse-Veranstaltungen. Diese werden, wenn möglich, bei entsprechender Preisgestaltung durchgeführt. Darüber hinaus hat auch der Studienleiter im Rahmen seiner hauptamtlichen Tätigkeit auswärtige In House Schulungen unterstützt, die gleichzeitig einen direkten Zufluss der Gebühren ermöglichen. So wurde beispielsweise eine Fortbildungsveranstaltung für Bereitschaftsdienste des Ordnungsamtes in der Gemeinde Hürtgenwald durchgeführt.

Wie oben bereits beschrieben, unterliegt die betriebene Angebotsplanung der Unsicherheit, den Bedarf der Kommunen nicht in Gänze zu treffen oder aufgrund einer angespannten Finanzsituation ins Leere zu laufen. Gleichwohl wird weiterhin die Strategie verfolgt, ein quantitativ umfangreiches und qualitativ gehobenes Angebot für Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu gestalten, was einem ständigen Kontrollprozess unterzogen wird. Zu Beginn des neuen Jahres 2024 wurde der Fortbildungskatalog nochmals erheblich erweitert, nachdem abermals eine best-practice Analyse sowie ein Praxisprojekt alle Studieninstitute in NRW durchgeführt haben, KBW und weitere Träger in Augenschein genommen haben und mögliche Fortbildungspotentiale für das STI Aachen erkannt haben.

Planung und Kalkulation der angebotenen Seminare erfolgen grundsätzlich durch den Studienleiter, in enger Abstimmung mit den hauptamtlichen Lehrkräften. Bei der Umsetzung wird er durch die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle unterstützt. Hierbei wird neben der fachlichen Ausrichtung auch auf die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen gesetzt.

In der Geschäftsstelle wurden 2024 die Räume neugestaltet und der Eingangsbereich durch Möbelbeschaffung und eine veränderte Konzeption aufgewertet, damit im Rahmen von Fortbildungen auch Möglichkeiten für Gruppenarbeiten geschaffen werden. Gleichzeitig soll die Kommunikation in Pausenzeiten gefördert werden.

Personalsituation

Die Geschäftsstelle war zum Stichtag 31.12.2024 neben den beiden hauptamtlichen Dozenten und dem Studienleiter mit 3 weiteren Mitarbeiterinnen besetzt, wovon zwei in Teilzeit und eine Stelle in Vollzeit besetzt sind.

Haushaltssatzung; Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband für das Haushaltsjahr 2024 (Doppelhaushalt 2024/2025) konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 01.12.2023 beschlossen werden.

Der Beschluss beinhaltete die Beibehaltung der Höhe der Umlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied.

Lehrgangsgeld

Als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes (ohne Berufsförderungswerk) für das Haushaltsjahr 2023 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgeblich.

Im Rahmen des Doppelhaushaltes 2024/2025 wurde zunächst entschieden, für das Jahr 2024 ein Lehrgangsgeld in Höhe von 6,45 €/Std./Teilnehmer zu erheben.

Das Lehrgangsgeld für das Berufsförderungswerk Düren wird getrennt über einen eigenen Kostenträger (429502) abgerechnet. Hier erfolgt keine Abrechnung nach Lehrgangsstunden und Teilnehmer, sondern vielmehr nach tatsächlich angefallenen Kosten beim Studieninstitut zuzüglich eines Aufschlags für Overheadkosten.

Aufgrund des besonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger bestehen die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises meistens aus maximal zehn Personen. Diesen Umschulungslehrgängen werden seit 2016 Vorbereitungskurse mit Eignungsprognosen beim Kreis Düren vorgeschaltet, um hierzu eine Einschätzung hinsichtlich der Aussicht auf Erfolg für die Teilnehmer zu treffen. In der Regel werden jeweils drei parallellaufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungsfachangestellten beim Berufsförderungswerk durchgeführt.

In 2024 gab es insgesamt 55 Lehrgänge mit 1088 Teilnehmenden.

Fortbildung

Insgesamt wurden 198 Seminare mit 2360 Teilnehmende in 2024 durchgeführt. Die Seminartage wurden von 286 in 2023 auf 420 in 2024 gesteigert.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde dieser Bereich erheblich ausgebaut, was insbesondere auf Direktansprache für Fortbildungen durch die Geschäftsstelle und den Studienleiter zurückzuführen ist.

Auch die Lehrenden des Studieninstituts wurden im Januar 2024 im Rahmen eines Neujahrsempfangs mit integrierter Fortbildung und am Ende der Sommerferien weitergebildet. Darüber hinaus wurde eine Fortbildung und Einstieg für alle neuen Lehrenden am STI angeboten, die vom Studienleiter und seinem Stellvertreter durchgeführt wurden.

Unterstützung Personalauswahl der Nachwuchskräfte

Als dritten Bereich des Aufgabenspektrums führt das Studieninstitut für die 38 Kommunen im Verbandsgebiet in Zusammenarbeit mit dem geva-Institut München Onlinetests für die Personalgewinnung durch. Die Vorbereitung und Durchführung der Testverfahren bindet die Kapazitäten der Geschäftsstelle verstärkt über einen Zeitraum von etwa zehn Wochen im Spätsommer bzw. Herbst jeden Jahres, aber mit zunehmender Tendenz auch immer mehr unterjährig.

24 von 38 Verbandskommunen und deren Untergliederungen sowie das Bistum Aachen haben im Jahr 2024 insgesamt 2356 Bewerber/innen gemeldet. Nach Rückmeldung der Testergebnisse durch das geva-Institut wurden diese an die anmeldenden Behörden entsprechend aufbereitet weitergegeben.

Das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2024 konnte äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Ende August 2024 an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten. Es besteht darüber hinaus auch die Möglichkeit Einzelergebnisse vorab zu erhalten.

Für die Abrechnung der Kosten für den Einstellungsjahrgang 2024 wurde als Basispreis ein Betrag in Höhe von 27,00 € je Testauskunft ermittelt und den Behörden in Rechnung gestellt. Außerhalb des regulären Termins wurden 29,90 € in Rechnung gestellt, da einiger Kommunen außerhalb der regulär angesetzten Meldezeiträumen Testverfahren in Auftrag gegeben haben, die Rechnung von GEFA wird jährlich angepasst.

B. Plan und tatsächliche Entwicklung der Haushaltsdaten

<u>Geplante Entwicklung 2024:</u>

Bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2024/2025 wurde für 2024 ursprünglich ein ausgeglichener Haushalt geplant.

Tatsächliche Entwicklung 2024:

Der Jahresabschluss 2024 hat mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe 7.856,56 € abgeschlossen. Dieser Betrag ist auch entsprechend im Gesamtergebnisplan ausgewiesen und entspricht einer Reduktion der Überschüsse in den Vorjahren, die 2023 wesentlich auf die aufzulösenden Rückstellungen zurückgeführt werden konnten. Weiterhin finden fast alle Seminare in Präsenz statt und haben dadurch zu Kostensteigerungen geführt. Auch zukünftig werden höhere Aufwendungen anfallen, da gerade im Bereich der Lehrgänge und Fortbildungen auf die kostenpflichtige Nutzung von externen Räumlichkeiten zurückgegriffen werden muss.

Ermächtigungsübertragungen

In 2024 ist keine Ermächtigungsübertragung nach 2025 erfolgt.

C. Darstellung der Lage

Im Sinne der Transparenz der Aufwendungen und Erträge sind für das Finanzwesen des Zweckverbandes fünf Kostenträger (Produkte) gebildet worden, und zwar:

- 429501 Lehrgangsbetrieb

- 429502 Berufsförderungswerk Düren (BFW),

- 429503 Fortbildungsbetrieb und

- 429504 Personalauswahlverfahren

- 160101 Allgemeine Finanzwirtschaft und Umlagen

Im Kostenträger „429500 Verwaltung“ wurden bis 31.12.2017 insbesondere allgemeine Kosten wie Mieten und Bewirtschaftungskosten erfasst. Ab dem Haushaltsjahr 2018 wurde dieser Kostenträger nicht mehr beplant. Die dort ausgewiesenen Aufwendungen bzw. Auszahlungen werden seit 2018 entsprechend dem tatsächlichen Ressourcenverbrauch produktscharf bei den anderen Kostenträgern abgebildet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen für die hauptamtlichen Dienstkräfte entsprechend dem Zeitanteil des Einsatzes auf die einzelnen Kostenträger verteilt werden. Die Verbandsumlage wird erst seit 2018 bei dem Kostenträger „160101 Allgemeine Finanzwirtschaft“ (vorher beim Kostenträger Verwaltung), der für solche Finanzbewegungen vorgesehen ist, abgebildet.

E. Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Bereich Ausbildung, berufliche Weiterbildung

Der Ausbildungsbedarf und der Bedarf an beruflichen Weiterbildungslehrgängen (VL I und VL II) werden sich voraussichtlich mit steigender Tendenz entwickeln. Nach aktueller Einschätzung werden die Gebietskörperschaften im Verbandsgebiet als Antwort auf einen allgemeinen Aufgabenzuwachs und als notwendige Reaktion auf den demografischen Wandel zunehmend Personalverstärkungen vornehmen müssen.

In den letzten Jahren ist eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten zu konstatieren. Nach den aktuellen Anmeldezahlen werden zum 01.08.2024 in den Abteilungen StädteRegion (28) Heinsberg (18) und Düren (27) drei Unterstufen mit insgesamt 73 Auszubildenden an den Start gehen.

Für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt liegen bisher 41 Anmeldungen für den Laufbahnlehrgang l bei der Abteilung Aachen Stadt vor, die 2024 erstmals 2 Laufbahnlehrgänge erfordern und damit verdeutlichen, dass gerade im Bereich der Nachwuchsförderung weitere Kapazitäten im Bereich der Lehrenden erforderlich werden.

Die enormen Anmeldezahlen für die Verwaltungslehrgänge I und II erforderten die Erstellung von „Longlists“ mit Wartezeiten bis zu mehreren Jahren. Anfang 2017 standen noch mehr als 200 Personen für die Verwaltungslehrgänge auf der Warteliste. Die vier Abteilungen haben seit Ende 2017 jeweils einen zusätzlichen VL I - bzw. VL II Lehrgang gestartet, um so den Wartestau abzubauen. Durch den Wegfall der gesetzlich verankerten vierjährigen Wartezeit für die Verwaltungsfachangestellten haben sich die Anmeldungen für den VL II proportional erhöht.

Im Herbst 2018 hatte der KAV aufgrund der Nachwuchs- bzw. Einstellungsprobleme großer Kommunen dafür geworben, die Ausbildungs- und Prüfungspflichten für den VL I und VL II zunächst bis 2020 auszusetzen. Dies wurde jedoch von den

zuständigen Gremien nicht befürwortet. Vielmehr hat man die Studieninstitute NRW aufgefordert, bis März 2019 ein Konzept vorzulegen, in dem die bisherigen Lehrgangsformen des VL I und VL II modifiziert und gestrafft werden. Ferner sollten insbesondere für den VL II Anerkennungsmöglichkeiten von vorherigen Studiengängen etc. geschaffen werden. Die Studieninstitute NRW haben unter Beteiligung des Städtetages und Landkreistages NRW und unter Einbindung aller Kommunen von NRW entsprechend die Prüfungsordnungen sowie die Lehrpläne für den VL I und VL II überarbeitet. Die neuen Prüfungsordnungen für den VL I und VL II sind für das hiesige Studieninstitut jeweils zum 01.01.2020 in Kraft getreten. Darüber hinaus wurde von den Studieninstituten NRW gemeinsam eine Richtlinie über mögliche Anerkennungen von Vorleistungen für den VL II erarbeitet. Auch die neuen Lehrpläne für den VL I und den künftigen modularen VL II sind am 18.03.2020 in Kraft getreten. Der neue VL I unterteilt sich in einen sogenannten „Basislehrgang mit 150 Unterrichtsstunden“ und einem „Aufbaulehrgang mit 400 Unterrichtsstunden.“ Der Lehrplan des modularen VL II beinhaltet insgesamt 814 Präsenzstunden.

In der Vergangenheit haben sich die Anfragen gehäuft, ob das Studieninstitut den VL II auch am Wochenende für „Selbstzahler“ anbieten könnte. Viele Studieninstitute führen solche Wochenendlehrgänge bereits durch. Seit dem Januar 2022 ist dieser sogenannte „Selbstzahler VL II“ mit 23 Personen gestartet und wurde 2024 erfolgreich beendet, sodass unmittelbar ein neuer Lehrgang am Samstag gestartet wurde.

Durch die verstärkte Gewinnung von Nachwuchskräften werden seit geraumer Zeit Plätze für die Teilnahme an Ausbilderlehrgängen angefragt. Beim Studieninstitut sind bis zum Jahr 2026 fortlaufend mindestens zwei Ausbilderlehrgänge je Jahr geplant. Darüber hinaus finden auch dezentrale Lehrgänge in Düren statt.

Ein weiterer Fokus soll in der Ausbildung von Nachwuchskräften gelegt werden. Erstmals werden seit 2023 Nachwuchskräfte des GD von der Stadt Aachen, in den Modulen Finanzen und Personal, im Studieninstitut ausgebildet. Die Abstimmung sieht vor, dass insgesamt 8 Nachwuchskräfte über das Jahr 2024 verteilt eingesetzt wurden. Darüber hinaus wird auch weiterhin im Bereich des mittleren Dienstes ausgebildet.

Weiterhin besteht eine zentrale Forderung der Kommunen in der Minimierung von Wartezeiten beim VL 1 und VL 2. Da die Abteilungen des StI allesamt räumlich und personell stark eingespannt sind, werden erstmals zusätzliche Lehrgänge an der Zentralabteilung des STI organisiert, die von den Mitarbeitenden dort durchgeführt werden. Um bestehenden räumlichen Engpässen im Fortbildungsbereich entgegen zu wirken, wurde eine Kooperation mit der bischöflichen Akademie geschlossen, welche die Möglichkeit bietet, dortige Lehrgangsräume zu nutzen.

<u>Bereich Fortbildung, Seminare</u>

Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass es insbesondere wichtig ist, aktuelle Themen aufzugreifen und auch Seminare intensiv zu bewerben. Darüber hinaus hat sich im letzten Jahr ebenfalls als sehr positiv herausgestellt, aktiv auf die Kommunen zuzugehen und deren Bedarf abzufragen sowie konkrete Seminarwünsche entgegenzunehmen. Die Anzahl der durchgeführten Inhouse-Seminare wächst stetig und wird passgenau für die jeweiligen Kommunen vorbereitet.

Die Nachfrage zu Kompaktkursen für die Qualifizierung von Ausbildern zu Praxisprüfern für die Durchführung der fachpraktischen Module im Bachelor-Studiengang ist konstant hoch. In 2024 wurden mehrere ausgebuchte Schulungen diesbezüglich durchgeführt. Für 2025 ist ein Projekt mit der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung geplant, in dem neue Videobeispiele für diese Fortbildung als Rollenspiele erarbeitet werden sollen. Dies soll als Masterprojekt durchgeführt werden und bereits genehmigt.

Die „Modulare Qualifizierung“ mit jeweils 40 Seminartagen und 4 Leistungsnachweisen ist mittlerweile fester Bestandteil des Fortbildungsangebotes des Studieninstitutes und wird sehr rege in Anspruch genommen. Seit 2024 erfolgt dieses Angebot jährlich und mit zwei Gruppen. Die Abschlussgruppe 2022-2024 wurde im November 2024 feierlich vom Verbandsvorstand und dem Studienleiter im Rahmen eines Empfangs mit Zeugnisverleihung verabschiedet.

<u>Bereich Personalauswahl</u>

Seit 2016 werden die Kommunen bei der Personalauswahl der Nachwuchskräfte durch einen Onlinetest der Fa. Geva unterstützt.

Das Personalauswahlverfahren für die Einstellungsjahrgänge bis einschl. 2024 konnte nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden und soll auch weiterhin für die Kommunen im Verbandsgebiet angeboten werden. Durch geringere Bewerberzahlen sind die Anmeldungen leicht rückläufig.

3.4.7.3 d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

Firmensitz:
Rheinische Str. 1
44137 Dortmund

Rechtsform: AöR
Gründungsdatum: 01.01.2017
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 0,07% / - / 0,07%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Friebe-Prinz + Partner Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte mbB

Unternehmensgegenstand

(1) Der Anstalt obliegen die ihr nach § 6 des Errichtungsgesetzes d-NRW AöR vom 25. Oktober 2016, das durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) geändert worden ist, übertragenen Aufgaben. (2) Die Koordinierungsstelle des Landes NRW zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138), in der jeweils geltenden Fassung, (OZG Koordinierungsstelle NRW) wird bei der d-NRW AöR eingerichtet.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Außerdem unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 EGovG NRW. Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung, denen eine strategische Bedeutung zukommt, können der d-NRW AöR durch Rechtsverordnung zur ausschließlichen Wahrnehmung auf der Grundlage öffentlich-rechtlicher Verträge durch das Digitalisierungsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium (ggf. im Einvernehmen mit anderen Ressorts) zugewiesen werden.

Kapital

Stammkapital	1.385.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Land Nordrhein-Westfalen	1.000.000,00 €	72,20 %
StädteRegion Aachen	1.000,00 €	0,07 %

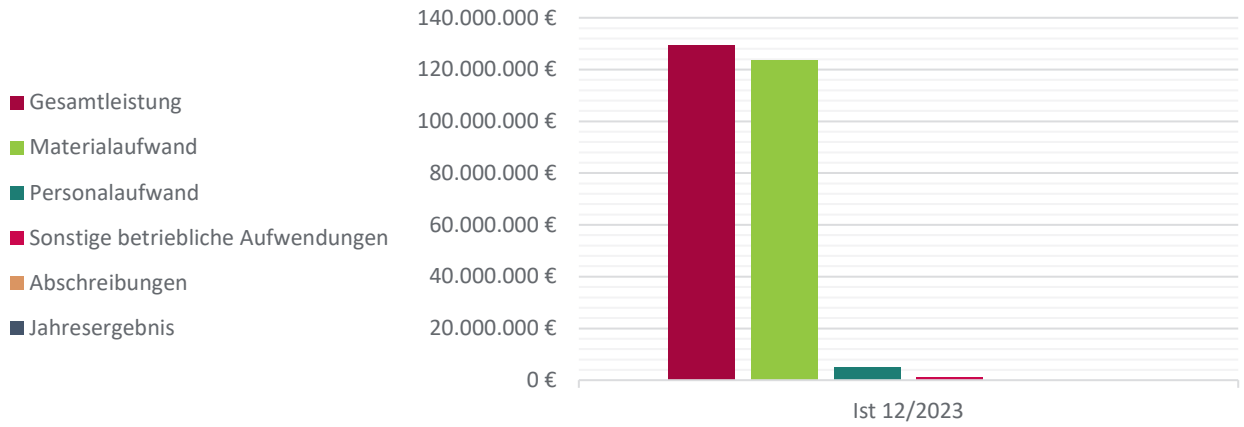
Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Hinweis

Der Jahresabschluss 2024 liegt aufgrund einer umfangreichen umsatzsteuerrechtlichen Sonderprüfung noch nicht vor.

Finanzdaten

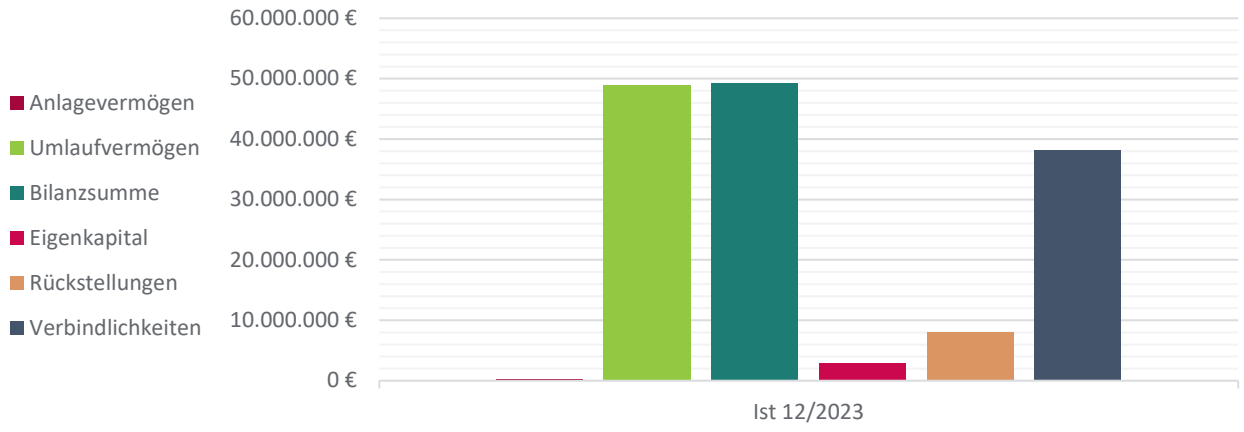
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2023
Umsatzerlöse	129.383.244,50
Sonstige betriebliche Erträge	102.709,62
Gesamtleistung	129.485.954,12
Materialaufwand	123.389.753,88
Rohergebnis	6.096.200,24
Personalaufwand	4.892.946,94
dar.: Löhne und Gehälter	3.907.134,80
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	985.812,14
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.147.070,69
EBITDA	56.182,61
Abschreibungen	56.172,61
EBIT	10,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00
EBT	10,00
Ergebnis nach Steuern	10,00
Sonstige Steuern	10,00
Jahresergebnis	0,00

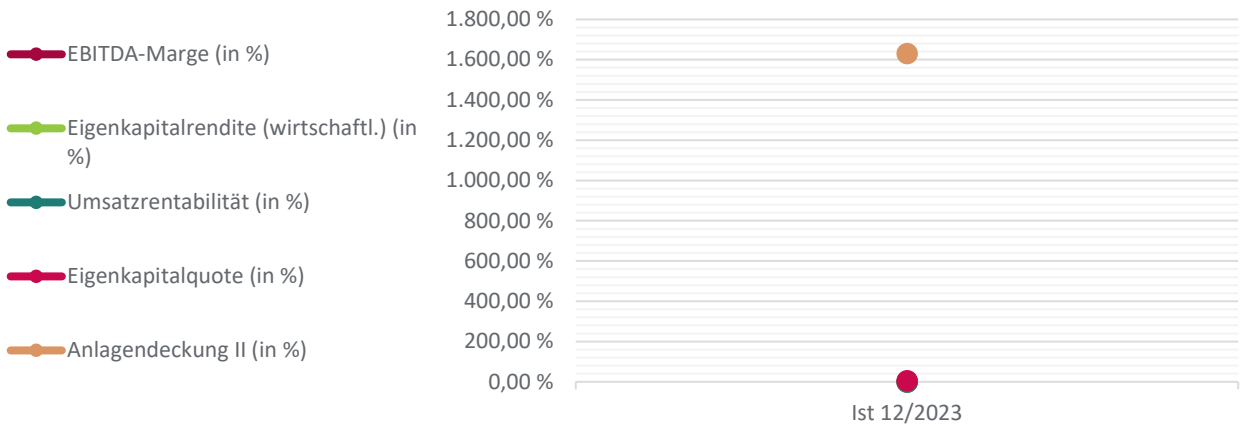
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2023
Aktiva	
Anlagevermögen	178.610,75
Immaterielle Vermögensgegenstände	62.022,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	62.022,00
Sachanlagen	56.588,75
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.588,75
Finanzanlagen	60.000,00
Umlaufvermögen	48.888.741,56
Vorräte	1.056.885,49
Geleistete Anzahlungen	1.056.885,49
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.949.721,13
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.978.566,27
Forderungen gegen Gesellschafter	0,00
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	971.154,86
Kasse, Bankguthaben, Schecks	35.882.134,94
Rechnungsabgrenzungsposten	110.705,88
Bilanzsumme	49.178.058,19
Passiva	
Eigenkapital	2.913.752,40
Gezeichnetes Kapital	1.385.000,00
Kapitalrücklage	1.528.752,40
Jahresergebnis	0,00
Rückstellungen	8.044.571,64
sonstige Rückstellungen	8.044.571,64
Verbindlichkeiten	38.115.457,48
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.402.544,80
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.463.052,65
Sonstige Verbindlichkeiten	4.249.860,03
dar.: aus Steuern	52.863,60
dar.: im Rahmen der sozialen Sicherheit	8.784,72
Rechnungsabgrenzungsposten	104.276,67
Bilanzsumme	49.178.058,19

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2023
EBITDA-Marge (in %)	0,0
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	0,0
Umsatzrentabilität (in %)	0,0
Eigenkapitalquote (in %)	5,9
Anlagendeckung II (in %)	1.631,3

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2023
Mitarbeiteranzahl	85
Verschuldungsgrad (in %)	1.584,2

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat

Mitglied

Herr Dirk Brügge
Frau Simone Dreyer
Frau Lee Hamacher
Frau Katharina Jestaedt
Frau Diane Jägers
StD Herr Sebastian Kopietz
Bgo Herr Dr. Marco Kuhn
Herr Dr. Heinz Oberheim
Herr Daniel Sieveke
Bgo Herr Andreas Wohland
Bgm Herr Harald Zilikens

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 4 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 40,00 % (2023).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde erstellt.

3.4.7.4 KOMPAC GmbH

Firmensitz:
Bierstraße 1d
52134 Herzogenrath

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 7420
Gründungsdatum: 10.08.1998
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Mittelgroße Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten
Nominal: 100% / - / 100%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

DRP Randerath & Partner PartG mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens sind die Errichtung, die Erweiterung und der Betrieb von Parkplatzflächen, die den dem Betrieb des Rhein-Maas Klinikums am Standort Würselen, Mauerfeldchen, dem Gewerbegebietsstandort Merzbrück in Würselen sowie den Mitarbeitern, Besuchern und Patienten/Kunden an beiden Standorten dienen. Der öffentliche Zweck besteht in der Vorhaltung von Parkflächen für den Krankenhausbetrieb und einen forschungsaffinen Gewerbegebietsstandort. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte, insbesondere das Kurzzeitparken.

Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die Ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere Grundstücke erwerben, die für die Verfolgung des Geschäftszweckes erforderlich oder nützlich sind, sich mit anderen Einrichtungen, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen, solche gründen oder erwerben und Zweigniederlassungen errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der Vorhaltung von Parkflächen für den Krankenhausbetrieb und einen forschungsaffinen Gewerbegebietsstandort.

Kapital

Stammkapital	26.000 €; 0 Stimmen

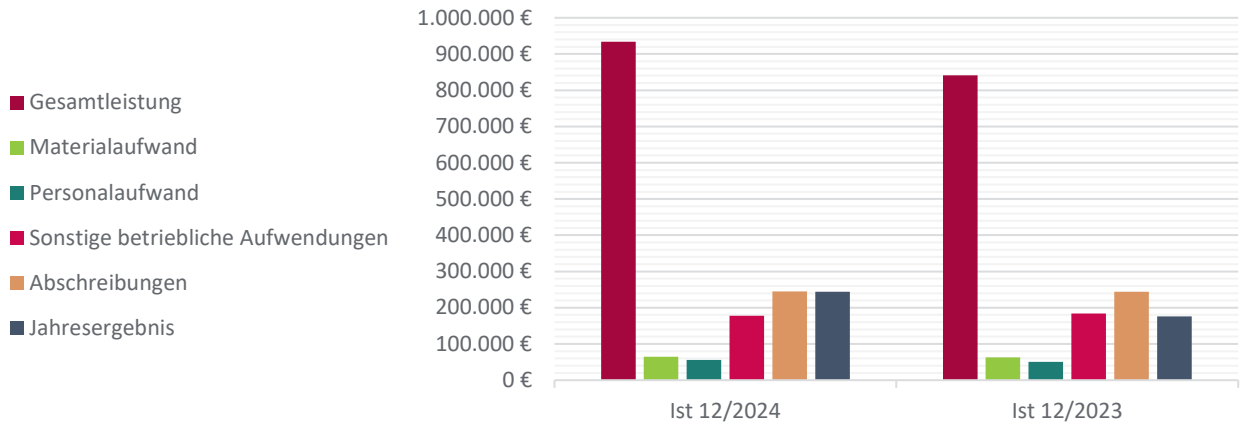
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
StädteRegion Aachen	26.000,00 €	100,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

Gewinn und Verlust

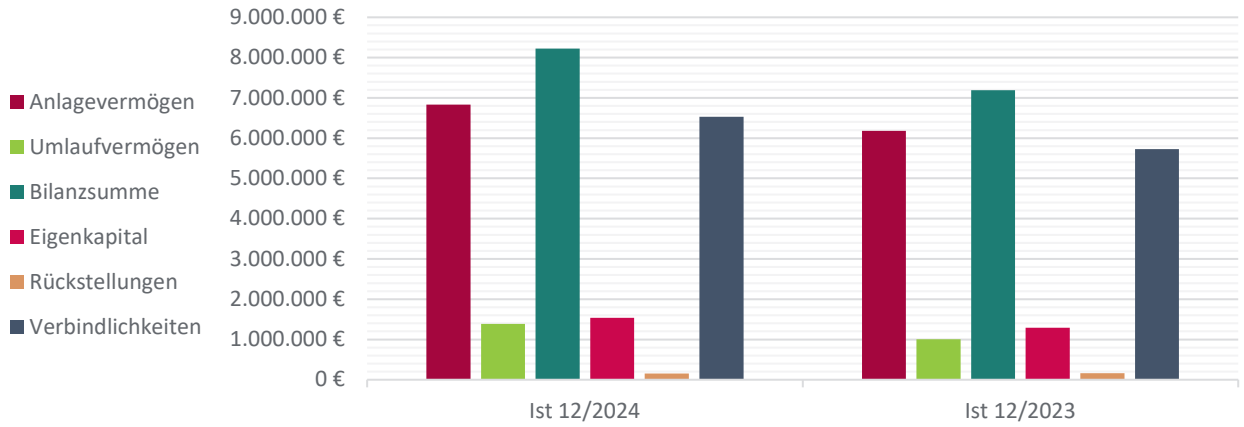


Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	927.451,73	828.385,98	99.065,75
Sonstige betriebliche Erträge	6.566,75	12.497,55	-5.930,80
dar.: Erträge aus Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen	908,39	3,68	904,71
dar.: Erträge aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	9.813,92	-9.813,92
dar.: sonstige betriebliche Erträge finanzwirksam	5.658,36	2.679,95	2.978,41
Gesamtleistung	934.018,48	840.883,53	93.134,95
Materialaufwand	64.965,68	63.092,49	1.873,19
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15,05	0,00	15,05
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	64.950,63	63.092,49	1.858,14
Rohergebnis	869.052,80	777.791,04	91.261,76
Personalaufwand	56.241,39	50.571,59	5.669,80
dar.: Löhne und Gehälter	46.141,07	41.892,20	4.248,87
dar.: soziale Abgaben	9.879,23	8.679,39	1.199,84
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	221,09	0,00	221,09
Sonstige betriebliche Aufwendungen	177.362,21	184.246,68	-6.884,47
dar.: Raumkosten (Nebenkosten)	29.144,42	41.766,00	-12.621,58
dar.: Reparatur / Instandhaltung	52.575,06	63.866,87	-11.291,81
dar.: Versicherungen	49.616,38	45.881,93	3.734,45
dar.: Kfz-Aufwand	308,69	0,00	308,69
dar.: Werbekosten	4.474,73	885,77	3.588,96
dar.: Verluste aus dem Abgang von Anlagegegenständen	300,00	0,00	300,00
dar.: sonstiger betrieblicher Aufwand finanzwirksam	629,87	615,26	14,61
dar.: verschiedene betriebliche Kosten	40.313,06	31.230,85	9.082,21
EBITDA	635.449,20	542.972,77	92.476,43
Abschreibungen	245.160,09	244.202,87	957,22
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	245.160,09	244.202,87	957,22
EBIT	390.289,11	298.769,90	91.519,21

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.961,30	5.457,22	11.504,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41.397,21	43.156,27	-1.759,06
EBT	365.853,20	261.070,85	104.782,35
Steuern vom Einkommen und Ertrag	121.449,50	84.941,06	36.508,44
Ergebnis nach Steuern	244.403,70	176.129,79	68.273,91
Sonstige Steuern	52,00	0,00	52,00
Jahresergebnis	244.351,70	176.129,79	68.221,91

Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	6.829.082,47	6.180.642,23	648.440,24
Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	0,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Rechte	1,00	1,00	0,00
Sachanlagen	6.829.081,47	6.180.641,23	648.440,24
Grundstücke und Gebäude	6.220.796,58	5.816.110,08	404.686,50
Technische Anlagen und Maschinen	176.947,00	217.534,00	-40.587,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.045,00	29.060,65	984,35
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	401.292,89	117.936,50	283.356,39
Umlaufvermögen	1.389.651,23	1.008.468,14	381.183,09
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	286.952,04	84.949,79	202.002,25
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	174.111,79	82.800,19	91.311,60
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	112.840,25	2.149,60	110.690,65
Kasse, Bankguthaben, Schecks	1.102.699,19	923.518,35	179.180,84
Rechnungsabgrenzungsposten	779,37	0,00	779,37
Bilanzsumme	8.219.513,07	7.189.110,37	1.030.402,70
Passiva			
Eigenkapital	1.538.126,62	1.293.774,92	244.351,70
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	0,00
Kapitalrücklage	124.489,35	124.489,35	0,00

Gewinnrücklagen	974.844,92	974.844,92	0,00
dar.: gesetzliche Rücklage	974.844,92	974.844,92	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	168.440,65	-7.689,14	176.129,79
Jahresergebnis	244.351,70	176.129,79	68.221,91
Rückstellungen	150.717,00	166.039,00	-15.322,00
Steuerrückstellungen	33.717,00	78.939,00	-45.222,00
sonstige Rückstellungen	117.000,00	87.100,00	29.900,00
Verbindlichkeiten	6.530.669,45	5.729.296,45	801.373,00
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	6.444.823,12	5.683.633,91	761.189,21
dar.: Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	240.582,91	238.810,79	1.772,12
dar.: Restlaufzeit 1-5 Jahre	6.204.240,21	5.444.823,12	759.417,09
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	71.649,41	24.229,99	47.419,42
dar.: Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	71.649,41	24.229,99	47.419,42
Sonstige Verbindlichkeiten	2.430,67	10.267,30	-7.836,63
dar.: aus Steuern	2.430,67	10.267,30	-7.836,63
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	11.766,25	11.165,25	601,00
dar.: Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	11.766,25	11.165,25	601,00
Bilanzsumme	8.219.513,07	7.189.110,37	1.030.402,70

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	68,5	65,5	3,0
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	15,9	13,6	2,3
Umsatzrentabilität (in %)	26,3	21,3	5,0
Eigenkapitalquote (in %)	18,7	18,0	0,7
Anlagendeckung II (in %)	22,5	20,9	1,6

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	8	8	0
Verschuldungsgrad (in %)	434,4	455,7	-21,3

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Tim Fürpeil KOMPAC GmbH

Prokurist/-in

Herr Michael Frey KOMPAC GmbH

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Heiner Berlipp (SPD)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Städteregionstagsmitglied Herr Andor Schmitz (SPD)	
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Frau Birgit Nolte	
Städteregionstagsmitglied Herr Georg Karl Helg (FDP)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Städteregionstagsmitglied Herr Björn Bock (FDP/UFW)	
Städteregionstagsmitglied Herr Micha Kreitz (CDU) (ab 11.10.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Herr Dieter Wolf (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Frau Gudrun Ritzen (bis 16.09.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Herr Dieter Wolf (CDU)	
Städteregionstagsmitglied Herr Peter Timmermanns (CDU)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
Herr Carl Meulenbergh (CDU)	
sachk.B. Herr Wolfgang Wetzstein (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung	
sachk.B. Frau Janine Schneppenheim (GRÜNE)	

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Frau Birgit Nolte	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Peter Timmermanns (CDU)	StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern 1 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 11,11 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens:

Gegenstand der unternehmerischen Tätigkeit sind die Errichtung, die Erweiterung und der Betrieb von Parkplatzflächen, die den Betrieb des Rhein-Maas Klinikums am Standort Würselen, Mauerfeldchen, dem Gewerbegebietsstandort Merzbrück in Würselen sowie den Mitarbeitern, Besuchern und Patienten / Kunden an beiden Standorten dienen.

Der öffentliche Zweck besteht in der Vorhaltung von Parkflächen für den Krankenhausbetrieb und einen forschungsaffinen Gewerbegebietsstandort. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte, insbesondere das Kurzzeitparken.

Die KOMPAC GmbH erfüllt diesen gemeinwohlorientierten Auftrag kontinuierlich seit ihrer Gründung im Jahr 1998.

B. Wirtschaftsbericht

Marktumfeld

Die Entwicklung der Gesellschaft ist weiterhin weitestgehend unabhängig von der Entwicklung der Volkswirtschaft. Sie ist im Berichtsjahr 2024 abhängig von der Akzeptanz und Frequenz des Rhein-Maas Klinikums. Zu den Nutzergruppen des Rhein-Maas Klinikums gehören ambulante und stationäre Patienten, Angehörige und Besucher sowie Beschäftigte des Krankenhauses. Des Weiteren wird der Parkplatz P5 von Besuchern der anliegenden Berufsschule genutzt. Die Kundengruppen der KOMPAC GmbH sind diversifiziert, sie haben als verbindendes Merkmal einen Kontext zum Rhein-Maas-Klinikum. Die Umsatzentwicklung im Jahr 2024 ist durch ein durchgehend sehr hohes und stabiles Niveau geprägt.

Die Weltwirtschaft und die globale Industrieproduktion wuchsen 2024 mit deutlich positiven Raten (ca. 2,5 %). Die Weltwirtschaft findet damit auf ihren langjährigen Wachstumspfad zurück- schreibt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Der Wachstumskurs in Europa entwickelt sich mit ca. 0,7 % schwächer als der globale Wachstumspfad. Insbesondere wird die wirtschaftliche Dynamik in Europa durch das Nullwachstum bzw. durch die Stagnation in Deutschland gebremst.

Während das „globale Bruttoinlandsprodukt“ also spürbar zugenommen hat, fällt Deutschland mit einem Nullwachstum bzw. einer Stagnation im Vergleich ab. Es zeichnet sich eine Kettenreaktion ab. Die Schwäche der deutschen Industrie reduziert die Investitionsbereitschaft und strahlt negativ auf die Unternehmensdienstleistungen und das Konsumverhalten in Deutschland aus.

Die deutsche Volkswirtschaft ist in Summe der vergangenen fünf Jahren lediglich um 0,1 % gewachsen. Damit hinkt Deutschland im Vergleich der G 20 Staaten, also der führenden Industrienationen, deutlich hinterher. Die deutsche Volkswirtschaft hat erkennbar nicht nur mit konjunkturellen, sondern auch insbesondere mit strukturellen Defiziten zu kämpfen. Das DIW spricht in diesem Zusammenhang von einem kritischen Mix aus konjunktureller Flaute und strukturellen Problemen. In Summe führt dies dazu, dass die deutsche Wirtschaft vorerst nicht in Fahrt kommt. Dies führt dazu, dass die deutsche Volkswirtschaft im vergangenen Jahr nicht gewachsen ist. Der Konsum im Inland hat keine Eigendy-

namik, die Sparquote bleibt weiterhin hoch. In der Industrie ist die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber wichtigen Handelspartnern gesunken und es sind keine Anzeichen einer Verbesserung zu erkennen. Die Kapazitätsauslastung und die Arbeitsproduktivität sind zurückgegangen. Der Auslastungsgrad der deutschen Industrie ist gegenwärtig so gering wie seit langer Zeit nicht mehr. Er liegt damit deutlich niedriger als in der letzten Rezessionsphase.

Für die schwache Wirtschaftsentwicklung in Deutschland ist vor allem die Industrie verantwortlich. Die Nachfrage nach Industriegütern im Inland ist wirtschaftlich schwach. Im Jahresdurchschnitt sieht der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,1 %.

Entwicklungen der Gesellschaft

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Parkhausprojekts am Rhein-Maas Klinikum in Würselen im Jahr 2021 wurde die Geschäftsführung der KOMPAC GmbH im Jahr 2024 von ihrem Gesellschafter, der StädteRegion Aachen, mit der Realisierung eines weiteren infrastrukturellen Großprojekts betraut: dem Bau des Mobility Hub Merzbrück. In einem ersten Bauabschnitt ist die Errichtung eines Parkhauses mit einer Kapazität von rund 520 Stellplätzen vorgesehen.

Am Standort Merzbrück in Würselen entwickelt die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG (AKM) bis zum Jahr 2037 neue Gewerbeflächen im Umfang von etwa 80 Hektar. Diese Flächen erstrecken sich nördlich und südlich des bestehenden Verkehrslandeplatzes und dienen der Ansiedlung eines Aviation-Clusters. Im nordwestlichen Bereich des Flugplatzes stehen aktuell 19 Hektar für neue Nutzungen zur Verfügung, wobei rund zwei Drittel dieser Flächen bereits vergeben sind. Ziel ist der Aufbau eines innovativen, zukunftsorientierten und nachhaltigen ökonomischen Ökosystems im Bereich Luftfahrt. Dieses soll sowohl grundlagen- als auch anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung sowie Produktion und Vermarktung von Luftfahrtprodukten und –dienstleistungen ermöglichen und fördern.

Im Rahmen der planerischen Entwicklung des Standorts wurde dem Themenfeld Mobilität besondere Aufmerksamkeit gewidmet, da sich die Anforderungen an individuelle Mobilitätsformen in den kommenden Jahren maßgeblich verändert werden. Das bisher übliche Maß an Stellplatzbereitstellung auf den einzelnen Gewerbegrundstücken wird bewusst zugunsten großzügiger Frei- und Grünflächen reduziert. Entsprechend sollen auch die Flächen im sogenannten AreoPark 1 Merzbrück nicht durch extensive Parkplatzanlagen geprägt sein. Auf den einzelnen Grundstücken wird lediglich ein begrenzter Anteil an Stellplätzen vorgesehen. Der darüberhinausgehende Stellplatzbedarf für Mitarbeitende und Besuchende soll zentral über den im Bebauungsplan vorgesehenen Mobility Hub gedeckt werden. Die Gesamtinvestition für das Vorhaben beläuft sich auf etwa 11 Millionen Euro. Die Fertigstellung des Mobility Hub ist für Anfang 2026 geplant.

Lage des Unternehmens

Es dominieren bei der KOMPAC GmbH auf der Kostenseite auch im Jahr 2024 überwiegend die Fixkosten (Abschreibungen, Zinsen, Personalkosten), jedoch wirkt sich die sehr gute Auslastung des Parkhauses äußerst positiv auf das Jahresergebnis der Gesellschaft aus.

Die Bilanz des Unternehmens ist auf der Aktivseite durch die Aktivierung des Parkhausbaus geprägt. Die Höhe des Anlagevermögens stieg von 6,18 Mio. € auf 6,83 Mio. €. Insgesamt erreichte die Aktivseite eine Summe von 8,22 Mio. €. Der Vorjahreswert (2023) lag bei 7,19 Mio. €.

Die durch den Bau des Parkhauses entstandenen Kreditverbindlichkeiten betragen zum 31.12.2024 6,45 Mio. €, nach 5,68 Mio. € im Vorjahr. Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich durch die Einstellung des Gewinns des Jahres 2023 in den Gewinnvortrag im Berichtsjahr von 1,29 Mio. € auf 1,54 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2024 ist ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von ca. 244,4 T€ entstanden. Im Vorjahr wurde ein Überschuss in Höhe von 176,1 T€ erzielt.

Wesentliche Ausgangsgröße für die Gewinn- und Verlustrechnung ist der Umsatz aus der Parkraumbewirtschaftung. Dieser ist von 828 T€ auf ca. 927 T€ gestiegen. Ursächlich hierfür ist der ganzjährige einschränkungsfreie Betrieb, verbunden mit einer sehr höhen Auslastung des Parkhauses.

Der Personalaufwand stieg im Berichtsjahr 2024 von 50,6 T€ im Vorjahr auf 56,2 T€ im Jahr 2024 an. Grund hierfür ist im Wesentlichen die Einstellung eines weiteren Hausmeisters.

Die Abschreibungen, die im Wesentlichen das Parkhaus betreffen, sind von 244 T€ auf 245 T€ gestiegen.

Die Höhe des sonstigen betrieblichen Aufwands konnte im Berichtsjahr leicht reduziert werden. Vor allem durch geringere Reparaturen und Instandsetzungen und gesunkene Nebenkosten konnte der sonstige betriebliche Aufwand auf 177 T€ (Vorjahr 184 T€) gesenkt werden.

Für den Kredit, der im Zusammenhang mit dem damaligen Bau des Parkhauses am Rhein Maas Klinikum aufgenommen wurde, sind Zinsaufwendungen angefallen. Diese machen einen Betrag von 41 T€ aus.

Die Geschäftsführung zeigt sich im Rückblick auf das Geschäftsjahr 2024 insgesamt sehr zufrieden mit dessen Verlauf und den erzielten Ergebnissen.

Die Stichtagsliquidität zum Jahresultimo 2024 betrug ca. 1.103 T€ (nach zuvor ca. 924 T€).

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unsere interne Unternehmenssteuerung als bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren die Umsatzerlöse sowie das Jahresergebnis heran. Die Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 12 % an. Das Jahresergebnis steigt im Vergleich zum Vorjahr deutlich um über 38 % auf 244 TEUR an. Hiermit konnte die Prognose des Vorjahres übertroffen werden.

C. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2025 wird ein weiterhin positiver Geschäftsverlauf antizipiert. Es ist davon auszugehen, dass sich sowohl die Umsatzerlöse als auch das Jahresergebnis auf einem stabilen, konstanten Niveau bewegen werden. Das Parkhaus verzeichnet auch in den ersten Monaten des Jahres 2025 eine erfreuliche Auslastung während der Besuchszeiten. Darüber hinaus wird das Geschäftsjahr maßgeblich durch die bauliche Umsetzung des Mobilitäts-Hubs in Würselen geprägt sein.

D. Risikobericht

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Risiken ist anzumerken, dass der vollständig kreditfinanzierte Neubau mit erheblichen Fixkosten und entsprechenden Liquiditätsbelastungen einhergeht. Hierbei sind insbesondere die planmäßigen Abschreibungen sowie der Zinsaufwand beziehungsweise die Annuitätenverpflichtung aus dem aufgenommenen Darlehen zu berücksichtigen.

Für das Geschäftsjahr 2025 ergeben sich spezifische Risiken aus der Tatsache, dass die Nachfrage nach Parkraum in unmittelbarer Nähe eines Krankenhauses in hohem Maße von der Anzahl der ambulanten und stationären Patientinnen und Patienten sowie der daraus resultierenden Besucherfrequenz abhängig ist.

Demgegenüber stellt die Anzahl der Beschäftiten eine konstante Größe dar, die sich kurzfristig nicht flexibel an veränderte Nachfragesituationen anpassen lässt. Vor diesem Hintergrund bleibt das wirtschaftliche Ergebnis der zukünftigen Geschäftsjahre in wesentlichem Maße an den wirtschaftlichen Erfolg des Krankenhauses gekoppelt.

E. Chancenbericht

Ein modernes und nachhaltig konzipiertes Parkhaus trägt zur Steigerung der Akzeptanz des Rhein-Maas Klinikums bei und leistet zugleich einen wesentlichen Beitrag zur qualitativen Aufwertung des Gesamtstandorts. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die architektonische Gestaltung als auch in funktionaler und energetischer Hinsicht.

F. Gesamtaussage

Aufgrund des ganzjährig störungsfreien Betrieb des Parkhauses geht die Geschäftsführung weiterhin von einer stabilen und positiven Ertragslage des Parkhausbetriebs am Rhein-Maas Klinikum aus. Vor diesem Hintergrund wird auch für die kommenden Jahre ein nachhaltiger Beitrag zum wirtschaftlichen Gesamtergebnis erwartet.



Kultur

3.4.8.1 Grenzlandtheater Aachen der StädteRegion Aachen Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Firmensitz:
Friedrich-Wilhelm-Platz 5-6
52062 Aachen
Webseite: https://grenzlandtheater.de/

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 146
Gründungsdatum: 19.10.1951
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Kleine Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten
Nominal: 100% / - / 100%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

VBR GmbH & Co. KG

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Aufführung von Theaterstücken kulturell hochstehenden Charakters. Der Bevölkerung des Aachener Raumes soll Gelegenheit und insbesondere auch durch günstige Preisgestaltung die Möglichkeit gegeben werden, die Theateraufführungen zu besuchen, um die Kunst und das Verständnis für sie zu fördern und hierdurch einem gemeinnützigen Zweck zu dienen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist ihrem im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen öffentlichen Zweck der Aufführung von kulturell anspruchsvollen, spannenden und unterhaltsamen Theaterstücken für die Bevölkerung in Aachen und der Region mit der Umsetzung der Spielpläne 2021/2022 sowie 2022/2023 im Geschäftsjahr 2022 nachgekommen. Allerdings bekam der Spielbetrieb die Auswirkungen der Coronapandemie stark zu spüren, vor allem zu Beginn des Jahres 2022, denn die Aufnahme des Abstecherspielbetriebes erfolgte nur in kleinen Schritten.

Kapital

Stammkapital	26.000 €; 0 Stimmen

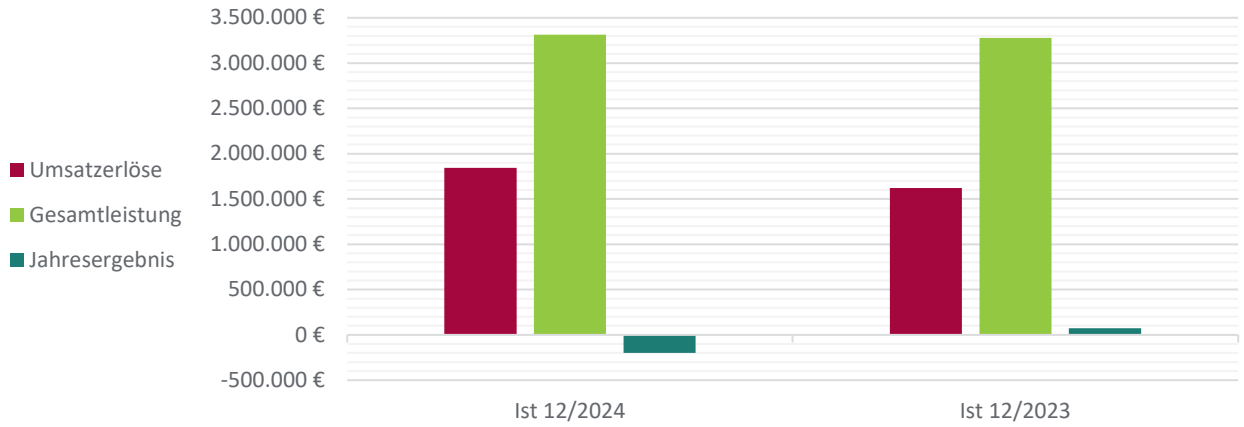
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
StädteRegion Aachen	26.000,00 €	100,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

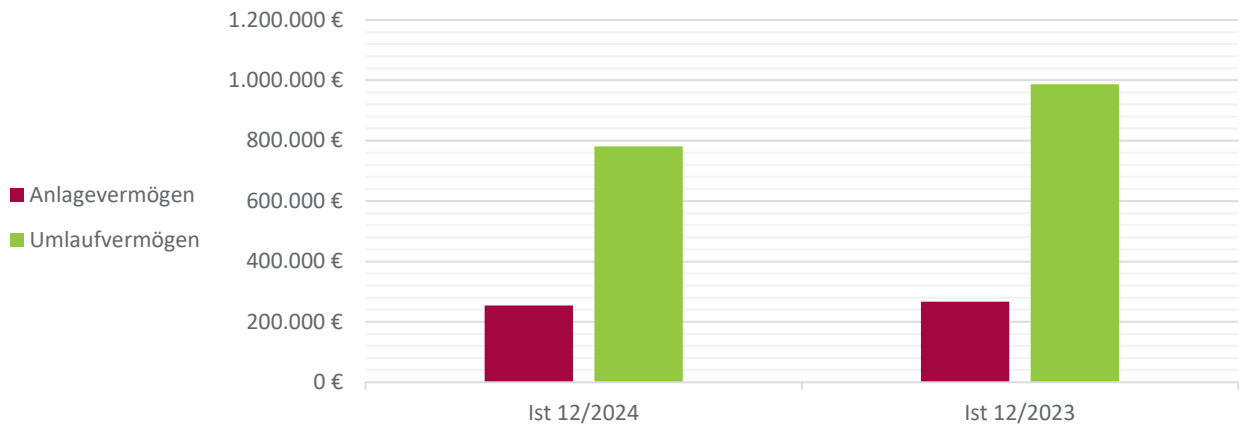
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	1.843.673,04	1.620.745,49	222.927,55
Sonstige betriebliche Erträge	1.471.172,11	1.657.594,41	-186.422,30
dar.: sonstige betriebliche Erträge finanzwirksam	1.471.172,11	1.657.594,41	-186.422,30
Gesamtleistung	3.314.845,15	3.278.339,90	36.505,25
Materialaufwand	-560,50	-400,50	-160,00
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-560,50	-400,50	-160,00
Rohergebnis	3.315.405,65	3.278.740,40	36.665,25
Personalaufwand	2.227.304,65	1.969.673,68	257.630,97
dar.: Löhne und Gehälter	1.745.287,63	1.592.361,81	152.925,82
dar.: soziale Abgaben	436.578,88	362.503,63	74.075,25
dar.: Altersversorgung und Unterstützung	45.438,14	14.808,24	30.629,90
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.250.671,08	1.201.111,87	49.559,21
dar.: Raumkosten (Nebenkosten)	306.181,35	257.020,81	49.160,54
dar.: Reparatur / Instandhaltung	11.286,01	992,81	10.293,20
dar.: Versicherungen	14.758,95	12.594,07	2.164,88
dar.: Kfz-Aufwand	12.900,22	11.739,35	1.160,87
dar.: Werbekosten	122.043,07	124.195,67	-2.152,60
dar.: Kosten der Warenabgabe	-	281,38	-281,38
dar.: Grundstücksaufwendungen	1.458,58	6.147,19	-4.688,61
dar.: verschiedene betriebliche Kosten	778.917,94	788.140,59	-9.222,65
EBITDA	-162.570,08	107.954,85	-270.524,93
Abschreibungen	36.622,68	35.459,64	1.163,04
dar.: auf Sachanlagen	36.622,68	35.459,64	1.163,04
EBIT	-199.192,76	72.495,21	-271.687,97
EBT	-199.192,76	72.495,21	-271.687,97
Ergebnis nach Steuern	-199.192,76	72.495,21	-271.687,97
Sonstige Steuern	225,25	542,50	-317,25
Jahresergebnis	-199.418,01	71.952,71	-271.370,72

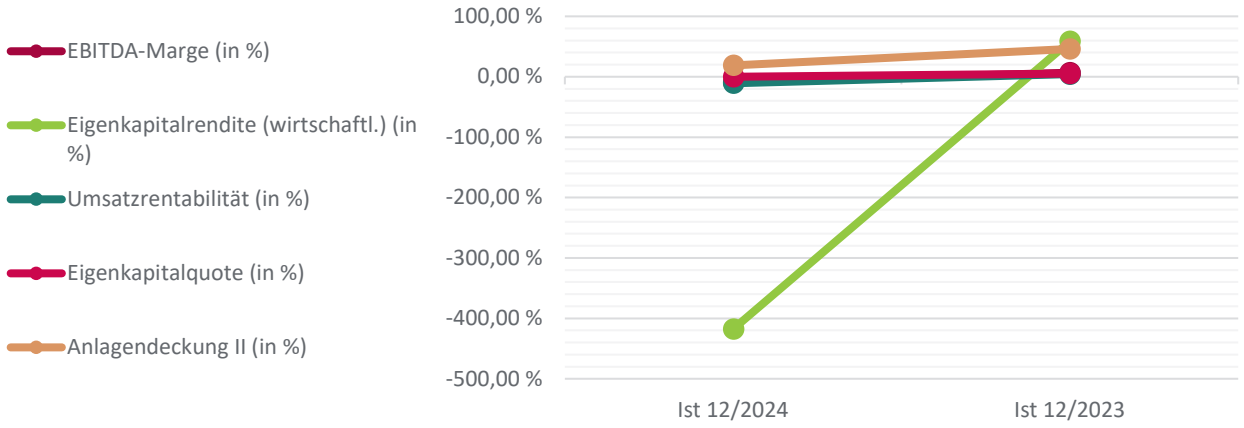
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	254.142,00	266.882,00	-12.740,00
Sachanlagen	254.142,00	266.882,00	-12.740,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	254.142,00	266.882,00	-12.740,00
Umlaufvermögen	780.721,38	986.556,24	-205.834,86
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	61.881,41	68.268,60	-6.387,19
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26.758,96	64.016,14	-37.257,18
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	35.122,45	4.252,46	30.869,99
Kasse, Bankguthaben, Schecks	718.839,97	918.287,64	-199.447,67
Rechnungsabgrenzungsposten	2.728,72	3.790,67	-1.061,95
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	134.656,61	-	134.656,61
Bilanzsumme	1.172.248,71	1.257.228,91	-84.980,20
Passiva			
Eigenkapital	0,00	64.761,40	-64.761,40
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	38.761,40	-33.191,31	71.952,71
Jahresergebnis	-199.418,01	71.952,71	-271.370,72
Nicht gedeckter Fehlbetrag	134.656,61	-	134.656,61
Sonderposten	47.756,00	57.960,00	-10.204,00
dar.: Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	47.756,00	57.960,00	-10.204,00
Rückstellungen	123.042,54	140.975,89	-17.933,35
sonstige Rückstellungen	123.042,54	140.975,89	-17.933,35
Verbindlichkeiten	270.680,23	282.027,84	-11.347,61
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.325,01	34.270,69	-9.945,68
Sonstige Verbindlichkeiten	246.355,22	247.757,15	-1.401,93
dar.: aus Steuern	0,00	-	0,00
dar.: im Rahmen der sozialen Sicherheit	1.117,90	-	1.117,90
Rechnungsabgrenzungsposten	730.769,94	711.503,78	19.266,16
Bilanzsumme	1.172.248,71	1.257.228,91	-84.980,20

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-8,8	6,7	-15,5
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	-417,6	58,6	-476,2
Umsatzrentabilität (in %)	-10,8	4,4	-15,2
Eigenkapitalquote (in %)	0,0	5,2	-5,2
Anlagendeckung II (in %)	18,8	46,0	-27,2

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	56	-	56
Verschuldungsgrad (in %)	-	653,2	-653,2

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Frau Anja Junski-Setzer

Herr Ingmar Letmathe

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Heiner Berlipp (SPD) StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Herr Andreas Vroels (SPD)

Städteregionstagsmitglied Herr Jochen Emonds (CDU) StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Frau Gudrun Ritzen

Städteregionstagsmitglied Herr Hans-Jürgen Fink (FDP/UFW) StädteRegion Aachen

Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Maximilian Möhring (UPP)

Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen) — StädteRegion Aachen

Städteregionstagsmitglied Herr Georg Karl Helg (FDP) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Björn Bock (FDP/UFW)

Städteregionstagsmitglied Herr Karl-Heinz Hermanns (CDU) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Leo Pontzen

Städteregionstagsmitglied Frau Halice Kreß-Vannahme (SPD) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
2. stellv. Städteregionsrat Frau Christiane Karl (SPD)

Städteregionstagsmitglied Herr Werner Krickel (GRÜNE) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Dr. Thomas Griese (GRÜNE)

Städteregionstagsmitglied Herr Wolfgang Königs (CDU) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Franz-Josef Kogel (CDU)

Städteregionstagsmitglied Frau Janine Köster (SPD) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Frau Halice Kreß-Vannahme (SPD)

Städteregionstagsmitglied Herr Lars Lübben (GRÜNE) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Alexander Martin Tietz-Latza (GRÜNE)

Städteregionstagsmitglied Frau Gisela Nacken (GRÜNE) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Frau Ingrid von Morandell (GRÜNE)

Städteregionstagsmitglied Herr Andor Schmitz (SPD) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Wolfgang Goebbels (SPD)

Städteregionstagsmitglied Frau Melanie Seufert (GRÜNE) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
3. stellv. Städteregionsrat Frau Elisabeth Paul (GRÜNE)

Städteregionstagsmitglied Frau Ulla Thönnissen (CDU) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung
Städteregionstagsmitglied Herr Micha Kreitz (CDU)

1. stellv. Städteregionsrat Herr Axel Wirtz (CDU) — StädteRegion Aachen
Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Frau Marie-Theres Sobczyk (CDU)

beratendes Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Darius Karl Dunker (DIE LINKE) *Stellvertretung* Städteregionstagsmitglied Frau Sonia Siller (DIE LINKE)	StädteRegion Aachen

Beirat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Frau Angelika Botz (GRÜNE)	StädteRegion Aachen
Käm. Herr Thomas Claßen	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Jochen Emonds (CDU)	StädteRegion Aachen
Städteregionsrat Herr Dr. Tim Grüttemeier (CDU/ Städteregion Aachen)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Herr Georg Karl Helg (FDP)	StädteRegion Aachen
2. stellv. Städteregionsrat Frau Christiane Karl (SPD)	StädteRegion Aachen
Städteregionstagsmitglied Frau Birgitt Lahaye-Reiß (CDU)	StädteRegion Aachen
Frau Birgit Nolte	StädteRegion Aachen

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 8 Mitgliedern 4 Frauen an, dies entspricht einem Frauenanteil von 50,00 %.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht/überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde bislang nicht erstellt.

Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist die Aufführung von Theaterstücken kulturell abwechslungsreichen, ansprechenden und anspruchsvollen Charakters. Den Bewohnern Aachens, der StädteRegion und teilweise darüber hinaus soll durch die Programmgestaltung und die angemessene Preisstruktur die Möglichkeit gegeben werden, die Theateraufführungen zu besuchen, um die Kunst und das Verständnis für sie zu fördern und hierdurch einem gemeinnützigen Zweck zu dienen.

Forschung und Entwicklung betreibt die Gesellschaft demnach nicht.

Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 2, Ziffer 2 GO NRW

Die Gesellschaft ist ihrem im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen öffentlichen Zweck der Aufführung von kulturell anspruchsvollen, spannenden und unterhaltsamen Theaterstücken für die Bevölkerung in Aachen und der Region mit der Umsetzung der Spielpläne 2023/2024 sowie 2024/2025 im Geschäftsjahr 2024 nachgekommen.

Der Zuspruch zu den Vorstellungen des Grenzlandtheaters war auch im Jahr 2024 sehr gut, die durchschnittliche Auslastung der Stücke liegt in der ElisenGalerie bei ca. 80 Prozent. Hinzu kommt das gut angenommene vielfältige Zusatzangebot Grenzlandtheater-XTRA. Erstmals hat das Grenzlandtheater mit der Premiere von „Der kleine Prinz“ im Dezember 2024 ein Familienstück ins Programm aufgenommen, die Auslastung hier betrug 100 Prozent. Positiv ist zudem, dass die Zuschauerzahlen bei den Abstecherorten im Jahr 2024 gestiegen sind. Im Gegenzug sind aber auch die nach wie vor steigenden Sach- und Personalkosten deutlich spürbar, zu nennen ist hier v. a. die Tariferhöhung im öffentlichen Dienst.

II. Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die Spielzeiten 2023/24 und die laufende Spielzeit 2024/25 sind gut verlaufen. Die Einnahmensituation hat sich noch einmal verbessert und liegt über der des Geschäftsjahres 2023.

Vergleich der Vorstellungsanzahl der Geschäftsjahre 2023 und 2024:

	2024	**2023**
Grenzlandtheater Elisen Galerie	282	277
Abstecher	65	74
Sonderveranstaltungen GTA XTRA	50	44
Theaterzelt	23	27
insgesamt	420	422

Die Zuschauerzahlen entwickelten sich wie folgt:

	2024	**2023**
Aachen (Freiverkauf & Abo)	48.508	47.387
Abstecher	14.761	13.387
Sonderveranstaltungen Freiverkauf	4.499	5.655
Theaterzelt	6.406	8.361
insgesamt	74.174	75.086

Die Personalkosten sind, aufgrund der Tarifsteigerungen, im Vergleich zum Vorjahr um 260.291 € gestiegen. Die Sachkostensteigerung ist v. a. durch die Inflation bedingt und liegt im Vergleich zum Vorjahr bei 46.367 €. Die StädteRegion hat auch im Geschäftsjahr 2024 im Hinblick auf das prognostizierte Defizit zum 31.12.2024 eine Abschlagszahlung auf die Verlustabdeckung an das Grenzlandtheater gezahlt, i. H. v. 500.000,00 €. Im Gesamten konnte das Geschäftsjahr 2024 positiver abgeschlossen werden, als prognostiziert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 199.418,01 € aus. Hinzu kommt die von der StädteRegion geleistete Abschlagszahlung, so dass sich für das Geschäftsjahr ein tatsächliches Defizit i. H. v. 699.418,01 € ergibt.

Lage

Die Gesellschaft ist zum Stichtag 31. Dezember 2024 bilanziell überschuldet. Eine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne liegt nach Einschätzung der Geschäftsführer jedoch nicht vor. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Gesellschafterin die Gesellschaft – wie bereits in den Vorjahren erfolgt – weiterhin in der erforderlichen Höhe finanziell unterstützen und den ausgewiesenen Jahresfehlbetrag ausgleichen wird. In diesem Zusammenhang ist die Fortführung

des Unternehmens nach den derzeitigen Umständen überwiegend wahrscheinlich. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 wurde daher trotz der bestehenden bilanziellen Überschuldung unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

Darüber hinaus ist die Lage des Grenzlandtheaters nach wie vor geprägt von einer Produktionsvielfalt, die sich auch im Spielplan für 2025/26 darstellt. Das Angebot wird in der kommenden Saison erneut durch ein Familienstück erweitert, ebenso um eine neunte Produktion im Abendspielplan, um so die Besucherzahlen zu steigern und die Produktionskosten der Theaterzelt-Produktion teilweise zu kompensieren.

a) Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 199.418,01 € aus. In der GuV ist bereits die Abschlagszahlung zur Verlustabdeckung 2024, die die StädteRegion Aachen im Dezember 2024 an das Grenzlandtheater Aachen überwiesen hat, berücksichtigt. Der Verlust vor Gesellschafterzuschuss beträgt 699.418,01 €.

Erfreulich ist, dass die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden konnten. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31.12.2024 folgende Erlöse aus Ticketverkäufen aus:

	2024	2023
Kartenverkauf AC	1.292.338,35 €	1.060.614,24 €
Kartenverkauf AC Sonderveranstaltungen	148.428,90 €	265.809,12 €
Kartenverkauf Abstecher	237.335,65 €	210.021,05 €

Das ergibt Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr i. H. v. 141.658,49 €

Hinzu kommen Erlöse aus Garderobe, Anzeigen, Sozialabgaben, Plakaten und sonstigem i. H. v. 166.207,88 € (2023: 84.301,08 €) sowie übrige sonstige betriebliche Erträge i. H. v. 1.471.172,11 € (2023: 1.657.594,41 €). Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Zuschuss Förderverein für nicht zuschussfähige Aufwendungen	27.023,00 €
Versicherungsentschädigung und Schaden	10.974,15 €
Zuschuss StädteRegion	500.000,00 €
Zuschüsse Spenden	500,00 €
Zuwendung Förderverein	695.000,00 €
Teilauflösung SoPo	17.886,63 €
Zuschüsse Land NRW	291.241,00 €

Berücksichtigt werden müssen zudem zwei Rückzahlungen:

- 71.952,71 € an die StädteRegion Aachen, da die im Jahr 2023 geleistete Abschlagszahlung den Jahresfehlbetrag zum 31.12.2023 überstiegen hat

- 637,74 € an das Land NRW für zu viel gezahlter Zahlungen zum Kulturfonds Energie Im Gesamten erreichen die Theatereinnahmen damit einen Betrag i. H. v. 3.314.845,15 € (2023: 3.278.339,90 €).

Die Personalkosten betrugen zum 31.12.2024 beim Grenzlandtheater 2.227.304,65 € (2023: 1.969.673,68 €). Die Sachkosten sind zum Vorjahr leicht gestiegen und betrugen zum 31.12.2024 1.286.733,26 € (2023: 1.236.171,01 €).

Im Gesamten ergibt sich folgende Gewinn- und Verlustrechnung:

Umsatzerlöse	1.843.673,04 €
Sonstige betriebliche Erträge	1.471.172,11 €
Personalaufwendungen	-2.227.304,65 €
Abschreibungen	-36.622,68 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen, abzgl. Materialaufwand	-1.250.335,83 €
Jahresüberschuss	**199.418,01 €**

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Die Einnahmen aus dem Kartenverkauf sind steigend. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die Liquiditätslage ist weiterhin durch Vorauszahlungen von Abonnenten sowie durch Zuwendungen, Abschlagszahlungen der StädteRegion und Spenden geprägt, die liquiden Mittel belaufen sich auf 718.839,97 €.

c) Vermögenslage

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft hat sich zum 31. Dezember 2024 – im Vergleich zum Vorjahresstichtag – verringert und ist weiterhin überwiegend durch Bankguthaben geprägt. Das Bankguthaben hat einen Anteil von 61,07 % am Gesamtvermögen.

Entwicklung:

Es ist eine positive Entwicklung bezüglich der Einnahmen zu verzeichnen. D. h., die zum Beginn der Spielzeit 2024/25 vorgenommene Preiserhöhung zeigt Wirkung.

Die Verteilung der institutionellen Förderung und der Zuwendung des Fördervereins i. H. v. 986.741,00 € ergibt bei 74.174 Besuchern einen rechnerischen Betriebszuschuss von 13,30 € pro Zuschauer (2023: 13,02 €).

Die letzte aktuelle Statistik vom Deutschen Bühnenverein zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts weist als entsprechenden Durchschnittswert für NRW 216,92 € als Betriebszuschuss pro Besucher aus, der bundesweite Durchschnitt liegt bei 201,17 € (Stand: Theaterstatistik Spielzeit 2022/23; Quelle: Dt. Bühnenverein).

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen wie in den Vorjahren für unsere Unternehmenssteuerung die Kennzahlen Besucheranzahl sowie Anzahl der Vorstellungen heran. Weiterhin ist das Jahresergebnis für uns ein relevanter Leistungsindikator.

Prognosebericht

In der Beiratssitzung am 3. Juni 2025 werden die Beiratsmitglieder über das Ergebnis bzw. den Jahresfehlbetrag zum 31.12.2024 informiert, auch im Hinblick auf den Verlust vor Gesellschafterzuschuss.

Am 11. September 2025 findet die Gesellschafterversammlung statt, in der der Jahresabschluss 2024 festgestellt und genehmigt werden soll.

Der gute Zuschauerzuspruch für die Vorstellungen des Grenzlandtheaters hält an, somit können momentan auch die Einnahmen als konstant betrachtet werden. Aber die Einnahmen stehen nach wie vor nicht im Verhältnis zu den Kostensteigerungen. Auch im aktuellen Geschäftsjahr ist aufgrund der ab April geltenden Tarifsteigerungen mit einer deutlichen Steigerung bei den Personalkosten zu rechnen.

Für das Geschäftsjahr ist folgender Wirtschaftsplan 2025 genehmigt worden:

Summe Erträge:	2.715.570,00 €
- darin enthalten sind Zuwendungen i. H. v.	977.522,00 €
Personalaufwand:	-2.237.380,00 €
Sachaufwand:	-1.399.531,00 €
Ergebnis:	**-921.341,00 €**

- wird als Gesellschafterzuschuss als Ergebnisausgleich erbeten

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt einer Vielzahl von Risiken, die untrennbar mit der unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind.

Sowohl Risiken als auch Chancen ergeben sich stets auch mit der Herausgabe des Spielplans. Ein kulturell anspruchsvoller, zugleich attraktiver und abwechslungsreicher Spielplan sowie das Programm Grenzlandtheater-XTRA sind die Basis für die Einnahmen des Theaters und stellen zugleich dessen unternehmerisches Risiko dar. Dieser Spielplan muss dem Publikum qualitativ gutes Theater bieten und so die notwendigen Einnahmen sichern.

Der Beirat und die Theaterleitung sind sich bewusst, dass mit der Umsetzung der im Spielplan vorgesehenen Produktionen Wagnisse auftreten können und sich daraus unmittelbar ergebnisrelevante Auswirkungen ergeben könnten, die unmittelbar den von der StädteRegion als Gesellschafterin abzudeckenden Fehlbetrag erhöhen würden. Über die Entwicklungen des Theaters ist der Beirat daher frühzeitig zu informieren.

Die Risiken des Grenzlandtheaters Aachen liegen insbesondere in der Abhängigkeit von der Gewährung öffentlicher Fördermittel im bisherigen Umfang. Eine Reduzierung oder der Wegfall der Landesförderung könnte das Theater existenziell gefährden und müsste ggf. durch Gesellschaftermittel kompensiert werden. Im Geschäftsjahr 2025 wurde bislang nur ein hälftiger Abschlag der Landesförderung bewilligt. Der endgültige Bewilligungsbescheid steht nach wie vor aus.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Forderungsausfälle sind bis zum heutigen Tag nur in geringem Umfang zu verzeichnen.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über die vorhandenen liquiden Mittel.

Ziel des Kontroll- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Diese Kontroll- und Risikomanagementsysteme sind installiert, werden laufend optimiert und den geänderten Marktverhältnissen angepasst.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

3.4.8.2 KuK- Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen GmbH (i.L.)

Firmensitz:
Austraße 9
52156 Monschau

Rechtsform: GmbH
Handelsregisternummer: 11814
Gründungsdatum: 24.02.2003
Geschäftsjahresbeginn: Januar
Größenklasse nach §267 HGB: Kleine Kapitalgesellschaft

Beteiligungsquoten
Nominal: 60% / - / 60%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

StädteRegion Aachen - A 14 Prüfung und Beratung

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit im Kreis Aachen. Dazu gehören insbesondere der Betrieb und die Verwaltung des "KuK - Kunst- und Kulturzentrum in der StädteRegion Aachen". Die im KUK-Zentrum ansässigen Künstler und Künstlerinnen werden durch qualifizierte Begleitung und Beratung in ihrer Existenzfähigkeit gefördert. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die für den Gesellschaftszweck notwendig sind und diesen fördern, insbesondere zum Abschluss entsprechender Miet- und Pachtverhältnisse mit dem Zentrum und dort ansässigen Künstlerinnen und Künstlern.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Kunst- und Kulturzentrum der StädteRegion Aachen (KuK) ist das erste kulturelle Gründerzentrum in NRW. Es geht hervor aus dem Wettbewerb "Kulturelle Gründerzentren", der im Jahr 2001 vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW ausgerichtet wurde und von der Stabstelle Kultur, Empirische Forschung und Gleichstellung des Kreis Aachen gewonnen wurde. Das KuK-Zentrum ermöglicht den Künstlerinnen und Künstlern einen Erfahrungsaustausch untereinander, sowie die Konzeption gemeinsamer Projekte. Es stellt gleichzeitig eine öffentliche Plattform als Hilfe zur ökonomischen Unabhängigkeit dar.

Kapital

Stammkapital	25.000 €; 0 Stimmen

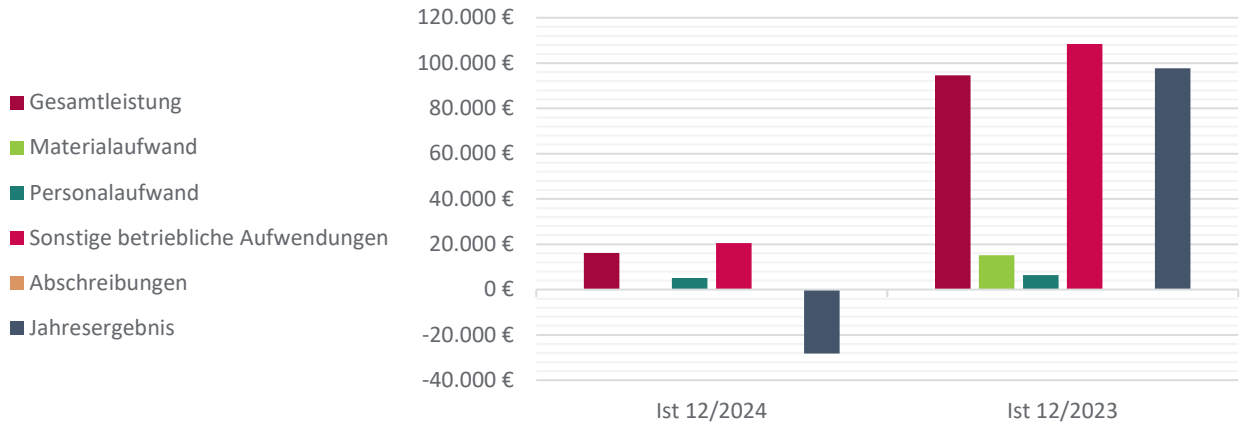
Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
StädteRegion Aachen	15.000,00 €	60,00 %
Stadt Monschau	9.000,00 €	36,00 %
KuK e.V.	1.000,00 €	4,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Finanzdaten

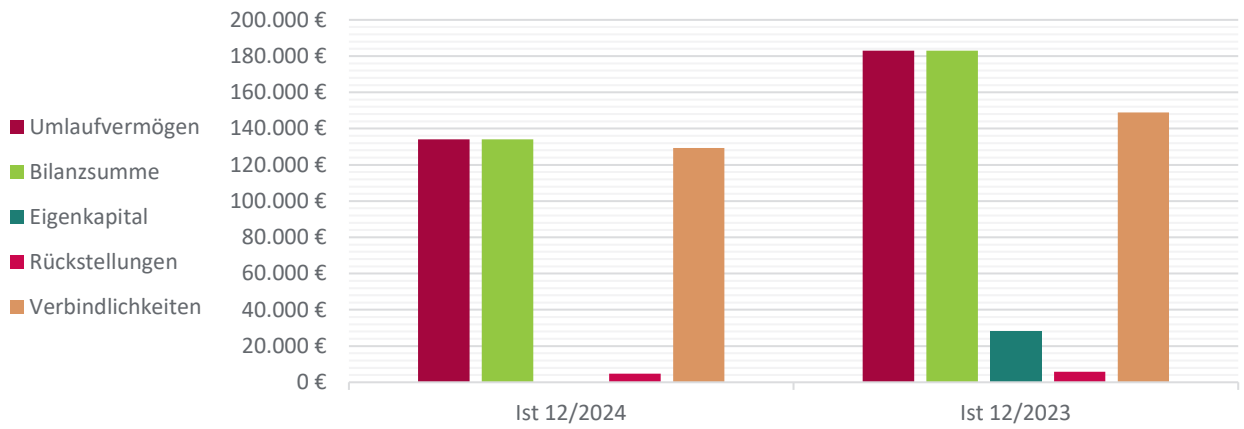
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Umsatzerlöse	0,00	2.521,02	-2.521,02
Sonstige betriebliche Erträge	16.216,80	92.092,44	-75.875,64
dar.: Erträge aus Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen	300,00	493,40	-193,40
dar.: übrige sonstige Erträge	15.916,80	91.599,04	-75.682,24
Gesamtleistung	16.216,80	94.613,46	-78.396,66
Materialaufwand	210,87	15.116,27	-14.905,40
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	210,87	15.116,27	-14.905,40
Rohergebnis	16.005,93	79.497,19	-63.491,26
Personalaufwand	5.175,61	6.330,49	-1.154,88
dar.: Löhne und Gehälter	4.320,00	5.136,00	-816,00
dar.: soziale Abgaben	855,61	1.194,49	-338,88
Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.544,90	108.427,04	-87.882,14
dar.: Raumkosten (Nebenkosten)	-12,03	6.709,40	-6.721,43
dar.: Reparatur / Instandhaltung	-	0,00	0,00
dar.: Versicherungen	212,05	347,61	-135,56
dar.: Werbekosten	0,00	86,40	-86,40
dar.: verschiedene betriebliche Kosten	20.344,88	101.283,63	-80.938,75
EBITDA	-9.714,58	-35.260,34	25.545,76
Abschreibungen	0,00	525,90	-525,90
dar.: auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV	0,00	525,90	-525,90
EBIT	-9.714,58	-35.786,24	26.071,66
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.050,00	24.428,00	-19.378,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	216,41	1.021,91	-805,50
EBT	-4.880,99	-12.380,15	7.499,16
Ergebnis nach Steuern	-4.880,99	-12.380,15	7.499,16
Sonstige Steuern	23.403,74	-110.144,16	133.547,90
Jahresergebnis	-28.284,73	97.764,01	-126.048,74

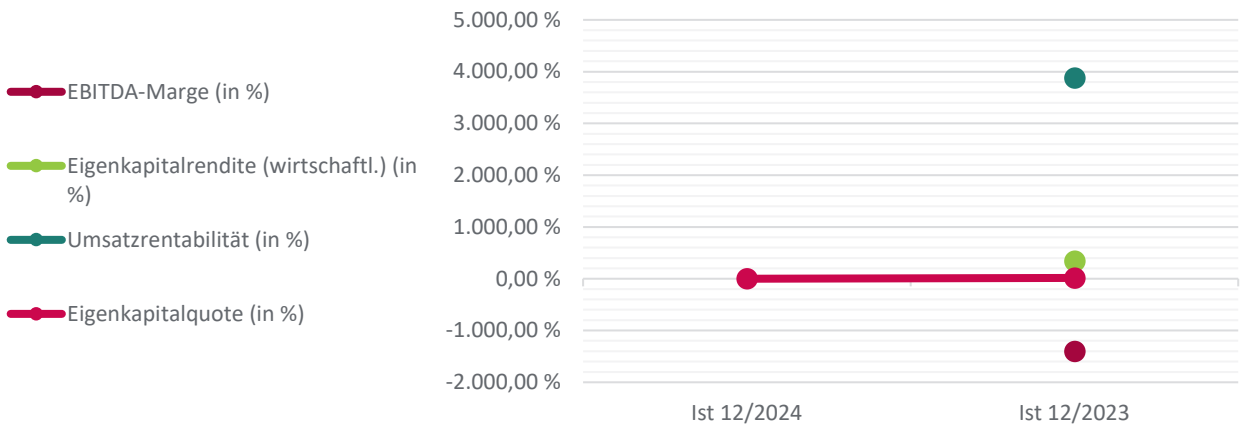
Bilanz



Alle Angaben in €

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Aktiva			
Anlagevermögen	-	-	-
Umlaufvermögen	134.031,90	182.924,99	-48.893,09
Vorräte	35,61	246,48	-210,87
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	0,00	0,00
Fertige Erzeugnisse und Waren	35,61	246,48	-210,87
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.224,50	140.189,32	-137.964,82
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	2.224,50	140.189,32	-137.964,82
Kasse, Bankguthaben, Schecks	131.771,79	42.489,19	89.282,60
Rechnungsabgrenzungsposten	-	18,50	-18,50
Bilanzsumme	134.031,90	182.943,49	-48.911,59
Passiva			
Eigenkapital	0,00	28.284,73	-28.284,73
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0,00
Kapitalrücklage	103.166,74	103.166,74	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-99.882,01	-197.646,02	97.764,01
Jahresergebnis	-28.284,73	97.764,01	-126.048,74
Rückstellungen	4.700,00	5.819,75	-1.119,75
sonstige Rückstellungen	4.700,00	5.819,75	-1.119,75
Verbindlichkeiten	129.331,90	148.839,01	-19.507,11
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	943,68	3.708,34	-2.764,66
dar.: Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-	3.708,34	-3.708,34
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	127.438,30	143.333,26	-15.894,96
Sonstige Verbindlichkeiten	949,92	1.797,41	-847,49
dar.: aus Steuern	-	1.753,49	-1.753,49
Bilanzsumme	134.031,90	182.943,49	-48.911,59

Finanzkennzahlen



	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
EBITDA-Marge (in %)	-	-1.398,7	1.398,7
Eigenkapitalrendite (wirtschaftl.) (in %)	-	345,6	-345,6
Umsatzrentabilität (in %)	-	3.878,0	-3.878,0
Eigenkapitalquote (in %)	0,0	15,5	-15,5
Anlagendeckung II (in %)	-	-	-

Individuelle Kennzahlen

	Ist 12/2024	Ist 12/2023	Abw. Ist 12/2024-12/2023
Mitarbeiteranzahl	0	0	0
Verschuldungsgrad (in %)	-	546,8	-546,8

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Werner Krickel (GRÜNE) — StädteRegion Aachen

Stellvertretung

Städteregionstagsmitglied Herr Micha Kreitz (CDU)

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Lagebericht

I. Vorbemerkungen

Das Kunst- und Kulturzentrum der StädteRegion Aachen (KuK) ist das erste kulturelle Gründerzentrum in Nordrhein-Westfalen. Es geht hervor aus dem Wettbewerb „Kulturelle Gründerzentren“, der im Jahr 2001 vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen ausgerichtet und von der Stabsstelle Kultur, Empirische Forschung und Gleichstellung des Kreises Aachen (heutige S 16 – Kultur; StädteRegion Aachen) gewonnen wurde. Das KuK-Zentrum ermöglicht Künstlerinnen und Künstlern ihre Projekte (Bilder, Photographien, Skulpturen, Kunstgegenstände etc.) in den Räumlichkeiten auszustellen und der Öffentlichkeit präsentieren zu können.

Im fast 150-jährigen Gebäude des ehemaligen Monschauer Finanzamtes wurden Marketing, Beratung, Produktion und Präsentation der unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstler miteinander verbunden. Im Rahmen zahlreicher Ausstellungen und Events, die mit Unterstützung des KuK-Fördervereins initiiert werden, wird den Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit geboten, sich öffentlich zu präsentieren, neue Kontakte zu knüpfen und ihre berufliche Entwicklung zu fördern.

Im Laufe der Jahre entwickeltet sich das KuK zu einem Ausstellungshaus für künstlerische Fotografie. 2020 wurde das KuK, diesem Schwerpunkt entsprechend, in „Fotografie-Forum der StädteRegion Aachen“ umbenannt. Im KuK-Zentrum wurden im Berichtsjahr Foto- und Bilderausstellungen namhafter Künstler und Künstlerinnen gezeigt, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen, was sich in der stets steigenden Besucherzahl ausdrückt. Insgesamt wurden die Ausstellungen von mehr als 28.000 Kunstinteressierten besucht.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die für den Gesellschaftszweck notwendig sind und diesen fördern.

Der KuK Förderverein organisierte und präsentierte im Jahr 2024 in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle S 16 – Kultur, unter der Projektleitung von Frau Dr. Nina Mika-Helfmeier ein facettenreiches Programm mit vier sehenswerten Ausstellungen, die für das Forum eigens kuratiert wurden. Unter anderem wurden angeboten: Fotografie der 30er Jahre, Street Fotografie und konzeptuelle Fotokunst.

Wie bedeutsam die 1930er Jahre für die Geschichte und die Entwicklung der Fotokunst waren, zeigt die Auswahl der Fotografien für das Ausstellungsjahr. Die Bedeutsamkeit der 30er Jahre für die Fotokunst belegt zum Teil auch die Ausstellung „Sie muss nicht immer schillernd sein.

Gefeiert wurde im Fotografie-Forum auch ein ganz besonderer Alltagsgegenstand: die Sitzbank. Im Rahmen einer weiteren Ausstellung mit dem Titel „Bankgeheimnisse“ wurden rund 170 schöne, skurrile, witzige und nachdenkliche Geschichten und Szenen gezeigt, in denen Sitzbänke eine besondere Rolle spielen.

Der Kunstpreis für Fotografie im Jahr 2024 wurde posthum an die Berliner Fotografin Helga Paris (gestorben im Februar 2024) vergeben. Anlässlich der Preisverleihung wurde am 22.09.2024 eine monografische Ausstellung mit Arbeiten der Preisträgerin eröffnet.

In dieser vierten und letzten Ausstellung im Jahr 2024 widmete das Fotografie-Forum seine Aufmerksamkeit dem Lebenswerk von Helga Paris. Sie begann in den frühen 1970er Jahren zu fotografieren. Ihre Motive fand sie in Wohnungen, Kneipen, Pausenräumen und Werkhallen, auf Straßen und Bahnhöfen in Halle, Leipzig, Tiflis, Moskau und New York. Geschult durch die Malerei der Moderne, das frühe sowjetische, italienische und französische Kino, das Theater und die Poesie, entwickelte die Fotografin über Jahrzehnte hinweg ein umfangreiches Œuvre.

Neben dem professionellen Ausbau des digitalen Foto-Archivs im Fotografie-Forum in Monschau wurde auch das attraktive und interessante Vermittlungsangebot für junge Menschen im Fotografie-Forum ausgebaut und weiterentwickelt.

II. Wirtschaftliche Entwicklung / Ausblick 2025

Die KuK-Betriebs GmbH führte im Berichtszeitraum den operativen Geschäftsbetrieb durch. Dieser beinhaltete die Verwaltung und den Betrieb des KuK-Zentrums. Seit dem 01.07.2023 ist die StädteRegion Aachen Vermieter des Gebäudes an den KuK e.V.

Die lfd. Verträge der KuK GmbH mit Dritten wurden im Hinblick auf die Liquidation der Gesellschaft zum 01.01.2024 sukzessive auf den KuK e.V. übertragen.

Die KuK Betriebs GmbH finanziert sich vorrangig durch die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter KuK e.V. und Stadt Monschau. Im Berichtsjahr wurden diese nicht angefordert bzw. nicht bezahlt. Die liquiden Mittel der Gesellschaft waren aufgrund der in 2023 für die USt. Rückzahlung geleisteten Gesellschafterzuschüsse aller Gesellschafter im Berichtsjahr stets ausreichend.

Das USt. Verfahren konnte im Jahr 2024 abgeschlossen werden.

Das Finanzamt Aachen hat am 28.12.2023 das Steuerstrafverfahren gegen die aktuelle und vorherige Geschäftsführung eingestellt.

Die USt - Steuerrückzahlungen für die von der KuK GmbH mit Nennung der Selbstanzeige an das FA geleisteten (Voraus)Zahlungen gingen im Jahr 2024 auf dem Konto ein.

Der Aufhebungsbescheid für die seinerzeit vom Finanzamt eingeforderten Umsatzsteuernachzahlungen 2011-2017 lag im Jahr 2024 vor. Eine USt-Nachzahlung für die benannten Jahre war demnach nicht erforderlich.

Die Aussetzung der Vollziehung (AdV) endete zum 18.03.2024. Hinsichtlich der Verrechnung und Kontrolle der Eingangszahlungen sowie des gesamten Sachverhaltes stand die Geschäftsführung in enger Abstimmung mit dem die Gesellschaft unterstützenden Wirtschaftsprüfer.

Die Gesellschafter wurden regelmäßig und zeitnah von der Geschäftsführung über den jeweils aktuellen Sachstand informiert.

In Abstimmung mit den Gesellschaftern wurde die Liquidation der KuK GmbH im Januar 2024 angemeldet.

Nach aktueller Einschätzung wird in 07.2025 die Erstellung der Liquidationsschlussbilanz erfolgen. Sodann erfolgt dessen Prüfung. In 08.2025 ist die Auskehrung (Auszahlung der vorhandenen Mittel) an die Gesellschafter vorgesehen. Nach Veröffentlichung in den Amtsblättern wäre die Liquidation dann besiegelt.

III. Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3, Ziffer 2 GO NRW

Die Gesellschaft ist dem im Gesellschaftsvertrag verankerten öffentlichen Zweck nachgekommen. Sie hat die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der Städteregion Aachen betrieben und den Betrieb und die Verwaltung des Kunst- und Kulturzentrums durchgeführt. Künstler und Künstlerinnen erhielten die Möglichkeit im Rahmen von den oben genannten Ausstellungen ihre Fotografien auszustellen.

IV. Chancen und Risiken

Die Beendigung des Umsatzsteuerstrafverfahrens im Jahr 2024 stellt für die Gesellschaft einen Meilenstein dar. Die Beendigung ist Voraussetzung für die in 2025 anvisierte Liquidation der Gesellschaft bzw. die Beendigung des Liquidationsverfahrens.

Die Geschäftsführung ist optimistisch, dass dieser letzte Schritt zum Wohle der Gesellschaft im vorgesehenen Zeitplan durchgeführt werden kann.

3.4.8.3 Rureifel Tourismus GmbH

Firmensitz:
Matthias-Zimmermann-Straße 14a
52152 Simmerath
Tel.: +49 2473 55205 0
E-Mail: info@rureifel-tourismus.de
Webseite: https://www.rureifel-tourismus.de/

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 10.12.2024
Geschäftsjahresbeginn: Januar

Beteiligungsquoten
Nominal: 10% / - / 10%
Stimmen: - / - / 0

Wirtschaftsprüfer/-in

Steuerberater Savelsberg (ab 10.12.2024)

Unternehmensgegenstand

1. Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Stärkung und Weiterentwicklung des Tourismus in der Region Rureifel, die Förderung eines positiven Images der Destination Rureifel und die Steigerung ihres Bekanntheitsgrades. Hierzu übernimmt die Gesellschaft in Erfüllung eines öffentlichen Zweckes unter Beachtung der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW Aufgaben, die der Stärkung und Förderung des Wirtschaftsraumes der Gesellschafter in den Bereichen Tourismus, Freizeit und Naherholung dienen. Es besteht keine Gewinnerzielungsabsicht.

2. Die Gesellschaft fördert und unterstützt die naturnahe, nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung des Tourismus in der Urlaubs- und Freizeitregion Rureifel.

3. Die Gesellschaft entwickelt, betreibt und aktualisiert ein eindeutiges und unverwechselbares Erscheinungsbild der Rureifel als Urlaubs- und Freizeitregion.

4. Die Gesellschaft koordiniert und fördert die Vermarktung des touristischen Angebotes unter dem Dach des touristischen Markenbegriffs Rureifel.

5. Die Gesellschaft fördert Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des touristischen Angebotes unter Berücksichtigung des Freizeitangebotes für Einwohnerinnen und Einwohner der Region.

6. Die Gesellschaft organisiert und betreibt die Gästeberatung in den Informationsstellen der Rureifel.

7. Die Gesellschaft betreibt Netzwerkarbeit mit den relevanten Institutionen und Verbänden, welche sich ebenfalls um die Förderung des Tourismus bemühen.

8. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft fördert und unterstützt die naturnahe, nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung des Tourismus in der Urlaubs- und Freizeitregion Rureifel.

Die Gesellschaft entwickelt, betreibt und aktualisiert ein eindeutiges und unverwechselbares Erscheinungsbild der Rureifel als Urlaubs- und Freizeitregion.

Die Gesellschaft koordiniert und fördert die Vermarktung des touristischen Angebotes unter dem Dach des touristischen Markenbegriffs Rureifel.

Die Gesellschaft fördert Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des touristischen Angebotes unter Berücksichtigung des Freizeitangebotes für Einwohnerinnen und Einwohner der Region.

Die Gesellschaft organisiert und betreibt die Gästeberatung in den Informationsstellen der Rureifel.

Die Gesellschaft betreibt Netzwerkarbeit mit den relevanten Institutionen und Verbänden, welche sich ebenfalls um die Förderung des Tourismus bemühen.

Kapital

Stammkapital	25.000 €; 0 Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter		
Gemeinde Simmerath (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %
Gemeinde Hürtgenwald (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %
Gemeinde Kreuzau (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %
Gemeinde Roetgen (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %
Kreis Düren (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %
Kupferstadt Stolberg (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %
Stadt Heimbach (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %
Stadt Monschau (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %
Stadt Nideggen (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %
StädteRegion Aachen (ab 10.12.2024)	2.500,00 €	10,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Frau Astrid Joraschky (ab 10.12.2024)

Herr René Wißgott (ab 10.12.2024)

Aufsichtsrat

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Karl-Heinz Hermanns (CDU) (ab 10.12.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Benjamin Dick	
Herr Markus Terodde (ab 10.12.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Herr Michael Lock	

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Städteregionstagsmitglied Herr Werner Krickel (GRÜNE) (ab 10.12.2024)	StädteRegion Aachen
Stellvertretung Städteregionstagsmitglied Herr Pascal Heck (CDU)	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 10,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG muss nicht erstellt werden. Eine Dienststelle ist erst mit mindestens 20 Beschäftigten dazu verpflichtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit für Personalangelegenheiten einen Gleichstellungsplan zu erstellen. Die Anzahl von mindestens 20 Beschäftigten wird nicht erreicht.

Hinweis

Der Gesellschaftsvertrag der Rureifel Tourismus GmbH wurde am 10.12.2024 von den zehn Gesellschaftern unterzeichnet. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft startet zum 01.01.2025.

Mittelbare und Unmittelbare Beteiligungen

StädteRegion Aachen

